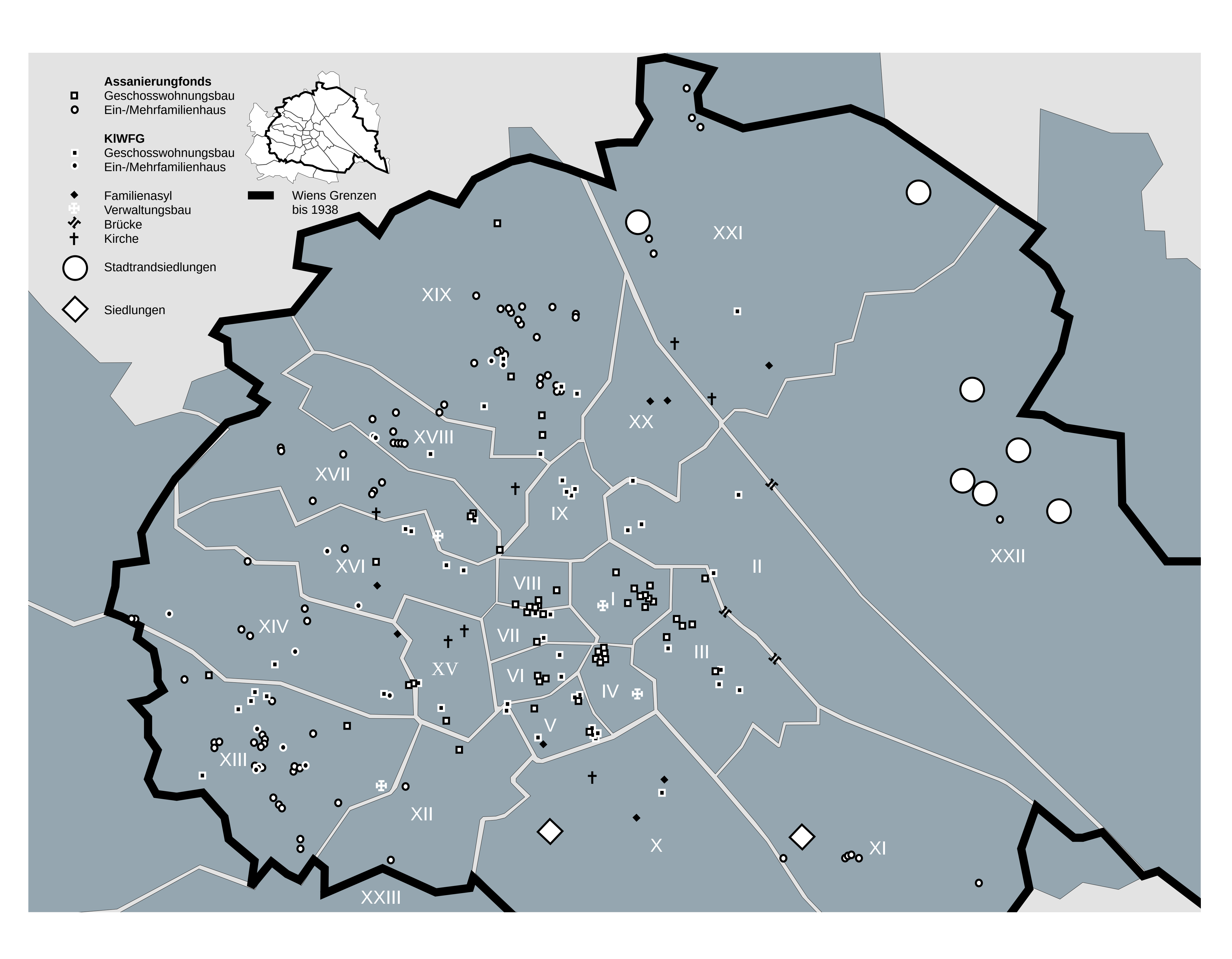


DAS SCHWARZE WIEN

BAUTÄTIGKEIT IM STÄNDESTAAT 1934–1938

ANDREAS SUTTNER



Assanierungfonds
Geschosswohnungsbau
Ein-/Mehrfamilienhaus
KIWFG
Geschosswohnungsbau
Ein-/Mehrfamilienhaus
Familienasyl
Verwaltungsbau
Brücke
Kirche
Stadtrandsiedlungen
Siedlungen
Wiens Grenzen
bis 1938
XXI
XIX
XX
XVIII
XVII
IX
XXII
XVI
VIII
I
II
XIV
VII
XV
III
VI
IV
XIII
V
XII
X
XI
XXIII


böhlau



Andreas Suttner

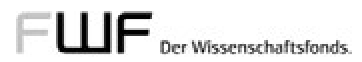
DAS SCHWARZE WIEN

Bautätigkeit im Ständestaat 1934–1938



BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR · 2017

Veröffentlicht mit der Unterstützung
des Austrian Science Fund (FWF): PUB 360-G28



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
http://portal.dnb.de abrufbar.

Umschlagabbildung:
Bundeskanzler Kurt Schuschnigg bei seiner Rede zur Grundsteinlegung zum Bau
der Dollfuß-Führerschule am 24.7.1937 in Wien.
© Foto Wilhelm/Interfoto/picturedesk.com

Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Korrektorat: Ulrike Weingärtner, Gründau
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Druck und Bindung: Finidr, Cesky Tesin
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in the EU

ISBN 978-3-205-20292-9

DANKSAGUNG

Allen voran möchte ich dem Wissenschaftsfonds FWF (Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung) für die finanzielle Unterstützung meines Projektes (PUB 360-G28, Kuratoriumssitzung vom 29.02.2016) danken. Vom Böhlau Verlag gebührt mein besonderer Dank Frau Dr. Ursula Huber für die Betreuung und Frau Ulrike Weingärtner für das Korrektorat.

Viele Menschen haben dieses Buch vom Beginn meiner Forschung Anfang 2010 an begleitet, vorab gelesen, kommentiert, bewertet und nützliche Hinweise gegeben. Mein Dank geht an: Mag. Dr. Gregor Holzinger, Mag. Dr. Nina Linke, Hans Christian Leitich, Mag. Clemens Reisner, Mag. Dr. Andreas Salmhofer, Mag. Hermann Wolkensteiner

Ohne kompetente und freundliche MitarbeiterInnen in Archiven und Bibliotheken wäre die Fertigstellung nicht zu bewerkstelligen gewesen. Sie haben die Auffindung und Sichtung des Materials durch ihr Fachwissen unterstützt. An dieser Stelle möchte ich besonders Mag. Dr. Ulrike Zimmerl Leiterin des *Historischen Archivs der Bank Austria*, Mag. Dr. Werner Michael Schwarz vom *Wien Museum*, Mag. Dr. Andreas Nierhaus vom *Wien Museum* und Mag. Christian Preining vom *Archiv für Baukunst der Universität Innsbruck* danken.

Die Suche und Abklärung des Fotomaterials war ebenfalls eine überaus große Herausforderung, die ohne kompetente Hilfestellung und rechtliches Fachwissen der ArchivmitarbeiterInnen nicht geglückt wäre. Hier danke ich dem Team des *Bildarchivs Austria*, insbesondere dem Leiter Dr. Hans Petschar und Mag. Mathias Böhm. Weiters Katrin Stingl vom *Architekturzentrum Wien* sowie Mag. Cornelia Schörg und Erika Simoni, Bakk. phil. vom *Technischen Museum Wien.*

Besonderer Dank gebührt den Erben und Rechteinhabern der verschollenen Architekturmodelle Dipl. Ing. ETH/ITA Christian Holzmeister, Pedro Kramreiter und dem *Technischen Museum Wien.* Leo Reiffenstein hat mir ermöglicht die Rechte des Fotos von Bruno Reiffenstein, das den Stadtflughafen Brigitte Kundls zeigt, mit den ErbInnen Maria Reiffenstein, Viktoria Reiffenstein und Paulus Reiffenstein abzuklären. Bei Gerhart Gerlach und Martin Gerlach möchte ich mich nicht nur für die Unterstützung bei der Rechteabklärung der Fotos ihres Großvaters Martin Gerlach jun. bedanken. Sie haben durch ihr aktives Herantreten an die Archive die Sicherung des Fotoschatzes des Fotostudios Gerlach auch für zukünftige Generationen möglich gemacht.

Schließlich möchte ich meiner Familie – Wolfgang, Ingrid, Thomas, Erika, Akito, Haruto – sowie meinen FreundInnen und allen hier nicht namentlich erwähnten UnterstützerInnen danken.



INHALT

EINLEITUNG

Dieses Buch beschäftigt sich mit der Baupolitik des autoritären Ständestaates in Wien von 1934 bis 1938 und will den LeserInnen einen möglichst breiten Einblick in die Thematik geben. Durch die Darstellung fertig gestellter und begonnener Wohnungs-, Siedlungs-, Infrastruktur- und Verwaltungsbauten wird die Baustrategie rekonstruiert und ihre Auswirkungen auf das Stadtgebiet beschrieben. Den Hintergrund dafür bilden die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen genauso wie eigene Finanzierungsstrategien und neugeschaffene gesetzliche Grundlagen. Republik, Ständestaat und internationales Umfeld werden ebenso beleuchtet wie die Einflüsse des internationalen und nationalen Städtebaus. Dieser allgemeine Überblick soll eine weitere, detaillierte Erforschung des ergiebigen Themas möglich machen.

Das zahlreich verwendete Bildmaterial dient zur Visualisierung des *schwarzen Wien*, das als Versuch der Marginalisierung der in Europa einzigartigen kommunalen Bauphase des sozialistischen *Roten Wien* gesehen werden kann.

Der Auslöser für die genauere Erforschung des Themas Bauen in Wien während des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes war der Einblick in die Fonds des *Sonderarchivs Moskau*. Diese beinhalten vor allem Aktenmaterial aus dem Generalsekretariat der *Vaterländischen Front*. Die Akten gelangten als Kriegsbeute in die Sowjetunion und wurden im Sommer 2009 von der Russischen Föderation an die Republik Österreich übergeben. Während der Durchsicht des Materials im *Archiv der Republik des Österreichischen Staatsarchivs* stieß ich auch das erste Mal auf Fotos der Schautafeln der sogenannten *Frontführerschule* im Fasangarten des Architekten Robert Kramreiter sowie des *Fronthausmodells* am Ballhausplatz des Architekten Clemens Holzmeister. Bis dahin war ich der Meinung, das Regime hätte in Wien aufgrund begrenzter Zeit- und Geldressourcen keine einschlägigen *Bauwerke der Bewegung* in Angriff genommen. Angespornt von dieser Entdeckung begann ich ab 2010 mit der Erforschung der gesamten Bautätigkeit, auch des Wohnungs-, Siedlungs- und Infrastrukturbaus im Wien des Ständestaates.

Der Titel *Das schwarze Wien* war denkbar einfach zu finden. Er entstand in Umkehrung zum feststehenden Begriff *Rotes Wien*, mit dem das sozialdemokratische Projekt von 1918 bis 1934 bezeichnet wird. Schwarz ist die politische Kennfarbe der *Christlichsozialen Partei* und damit der späteren HauptprotagonistInnen des autoritären Ständestaates.

Der autoritäre österreichische Ständestaat versuchte während seines Bestehens 1934 bis 1938 eine eigene städtebauliche Gestaltung Wiens. Dabei kamen sowohl bereits bestehende nationale wie auch internationale Städtebaustrategien zum Tragen.

Um diese verorten zu können, wird am Anfang dieser Arbeit eine kurze Einführung in die außen- und innenpolitische sowie wirtschaftliche Situation Österreichs vom Ende des *Ersten Weltkrieges* 1918 bis zum Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutsch-

land 1938 gegeben. Ich konzentriere mich dabei auf die Kernpunkte und verweise die daran interessierten LeserInnen auf die mehr als umfangreiche Literatur, die für die österreichische Zwischenkriegszeit in all ihren Facetten bereits besteht.

Eine Darstellung des Status quo der Städtebaupolitik des sozialdemokratischen Wiens von 1921 bis 1934 und deren Rahmenbedingungen werden die Grundlagen zeigen, auf denen das autoritäre System des Ständestaates aufbaute. Die sozialistische Stadtregierung schuf ein in Europa einzigartiges kommunales Wohnbauprogramm, in dem rund 60.000 Wohnungen errichtet und die städtebauliche Ausprägung der Blockverbauung nachhaltig in Richtung eines kommunalen Hofverbauungsstils beeinflusst werden konnte. Dieses Wohnbauprogramm unterlag der fundamentalen Kritik des bürgerlichen Lagers, die bis 1934 richtungweisend für das *schwarze Wien* werden konnte.

Die ständestaatliche Verwaltung unter dem ehemaligen christlichsozialen, nunmehr autoritären Bürgermeister Richard Schmitz versuchte ab 1934 eine durchgehende Reprivatisierung des Wohnungsbaus. Schmitz übernahm dafür bereits bestehende österreichische Konzepte der konservativen Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre, wie die Wohnbauförderung 1929 und das *Randsiedlungskonzept* 1932. Gleichzeitig stellte die städtebauliche Ausrichtung Wiens eine Parallelentwicklung zum europäischen Städtebau dar. Besonders der diktatorische italienische Städtebau und konservative Konzepte der Weimarer Republik Anfang der 1930er Jahre wurden adaptiert.

Wien sollte mittels eines städtischen Assanierungsprogramms und eines Kleinwohnungsbauprogramms aus Bundesmitteln zur Verkehrsstadt umgebaut werden. Diese Strategie wurde mit einem weitreichenden Straßen- und Brückenbauprogramm unterstützt. In den Siedlungsgebieten an den Rändern der Stadt sollte die *Entproletarisierung* der Arbeiterschaft und ihre Einbindung ins politische System des Ständestaates durch die Schaffung von Eigentumshäusern bewerkstelligt werden. Dazu wurden ab 1934 sowohl Stadtrandsiedlungen zur Überwindung der *Weltwirtschaftskrise* als auch die Schaffung von Gartenstädten durch die Förderungen des Ein- und Mehrfamilienhausbaus unterstützt. Die Rahmenbedingungen der Finanzierung und Verwaltung wurden für die Verwirklichung dieser Strategie grundlegend geändert.

Forschungsstand

Die wissenschaftliche Aufarbeitung des politischen Systems, der Sozialpolitik und der internationalen Beziehungen des autoritären Ständestaates[1] begann nach 1945, mit Aus-

---

1 In diesem Buch werden die Bezeichnungen „autoritärer Ständestaat", „autoritäre Regierung", „autoritäres Regime", „Dollfuß-/Schuschnigg-Regime" und die Selbstbezeichnung „Ständestaat" – allesamt nicht mit Anführungszeichen gekennzeichnet – als Synonyme für das 1933/34 bis 1938 regierende Herrschaftssystem in Österreich benutzt. *Austrofaschismus* ist als wissenschaftlicher Begriff aufgrund der noch andauernden Faschismusdebatte in der Geschichtsforschung umstritten, löst sich jedoch zusehends von seiner Verwendung als politischer Kampfbegriff. Zur Debatte über den Begriff *Austrofaschismus* siehe das Kapitel „Weg in die Diktatur" in diesem Buch.

nahme der parteieigenen Literatur der *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) und *Sozialdemokratischen Partei Österreichs* (SPÖ), relativ spät. Der soziale Burgfrieden und der Mythos über Engelbert Dollfuß als Retter vor dem Nationalsozialismus waren Konsens der österreichischen nationalen Nachkriegsidentität. Erst nach der Konsolidierungsphase der Zweiten Republik und der Ausdifferenzierung des politischen Systems konnte sich vor allem eine junge Generation universitärer ForscherInnen mit dem Thema beschäftigen.[2]

Die Wohnbaupolitik der kommunalen Bauphase des *Roten Wien* und deren architektonische, soziale und politische Eigenheiten wurden seit den 1970er Jahren weitgehend aufgearbeitet. Eine Fülle von Literatur beleuchtet die einzelnen Aspekte ausreichend.[3]

Über die Baupolitik des Ständestaates in Wien von 1934 bis 1938 gibt es fast durchgehend nur Quellen, die sich mit Einzelaspekten auseinandersetzen. Es fehlt eine Arbeit, die die schon erforschten Teilbereiche für weitere Forschung zusammenzuführen versucht. Das soll das vorliegende Buch leisten, ohne jedoch einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Vielmehr soll diese Arbeit Anstoß für tiefer gehende Forschung geben, sowohl die Bautätigkeit als auch die Kontinuitäten der ProtagonistInnen des autoritären Ständestaats unter mehreren politischen Systemen betreffend.

Mit einem Text von Franz Baltzarek konnte 1974 erstmals eine wissenschaftliche Annäherung an das Thema publiziert werden. Neben der Darstellung der Politik, Wirtschaft und Finanzen widmete Baltzarek in seiner Untersuchung einen großen Teil der Bautätigkeit, insbesondere dem Wohnbau im Ständestaat. Der Artikel lieferte zum ersten Mal eine Auswahl zeitgenössischer Quellen.[4]

Eine erste Dissertation wurde von Brigitte Vallazza 1986 abgeschlossen. Die Arbeit stellt vor allem die ständestaatliche Propagandapolitik zum Wohnbau in den Vordergrund.[5] Die

---

2 Einen besonders guten und vollständigen Einblick geben folgende Werke: Emmerich Talos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, Wien – Berlin – Münster, 2013; Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus – Politik-Ökonomie-Kultur 1933–1938, Wien, 2005; Florian Wenninger, Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938 – Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien – Köln, Weimar, 2013.

3 Eine Auswahl wichtiger Literatur zum *Roten Wien*: Rainer Bauböck, Wohnungspolitik im sozialdemokratischen Wien 1919–1934, Salzburg, 1979; Hans Hautmann, Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919–1934, Wien, 1980; Alfred Georg Frei, Rotes Wien – Austromarxismus und Arbeiterkultur – Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik 1919–1934, Berlin, 1984; Peter Marchart, Wohnbau in Wien 1923–1983, Wien, 1984; Helmut Weihsmann, Das Rote Wien – Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934, Wien, 1985 und 2002; Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Das Rote Wien 1918–1934, Wien, 1993; Eve Blau, The architecture of Red Vienna 1919–1934, Cambridge, London, 1998; Alexander Kaiser, Das österreichische Wohnungswesen der Ersten und Zweiten Republik im Vergleich, am Beispiel des geförderten Wohnbaus, unter besonderer Berücksichtigung der sozialdemokratischen Wohnbaupolitik in Wien, Wien, 2011, Diplomarbeit; die sozialdemokratische Siedlungspolitik wird beim Ständestaat mitbehandelt.

4 Franz Baltzarek, Wien 1934–1938 – Die Geschichte der Bundeshauptstadt im autoritären Österreich, in: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), Wiener Geschichtsblätter, 29. Jg., Wien, 1974, Sonderheft 2, S. 49-97.

5 Brigitte Vallazza, „Wir bauen auf" – Propaganda und Gegenpropaganda zur Bautätigkeit im österreichischen Ständestaat (1934–1938), Wien, 1986, Dissertation.

Diplomarbeit von Barbara Feller gewährte 1991 erstmals genauere Einblicke in die ständestaatliche Baupolitik, insbesondere in die Kirchenbaupolitik.[6]

Die Wohlfahrtspolitik und deren bauliche Manifestation, die Familienasyle, wurden von Gerhard Melinz und Gerhard Unger ab 1996 genauer beleuchtet.[7] Franz Denk erforschte die Materie innerhalb des Margarete Schütte-Lihotzky-Stipendiums 2003.[8]

Die Sammelbände *Kunst und Diktatur* von Jan Tabor 1994[9] und *Steinernes Bewusstsein* von Stefan Riesenfellner 1998[10] versuchen die Baupolitik innerhalb eines breiten Überblickes über die Felder Denkmäler, Bautätigkeit und Kunstpolitik zu fassen. Viele der im Folgenden vorgestellten AutorenInnen haben darin Beiträge verfasst.

Erst Stefan Plischke untersuchte die Ausgestaltung des ständestaatlichen Städtebaus anhand der politischen und wirtschaftlichen Instrumentarien und mittels eines Fallbeispieles der Stadtsanierung. Er war es auch, der erstmals einen internationalen Bezug zur Architektur anderer autoritärer Systeme herzustellen versuchte.[11] Hier sei kurz erwähnt, dass Harald Bodenschatz die Grundlagen und den Vergleich des diktatorischen Städtebaus des italienischen Faschismus, des deutschen Nationalsozialismus und der Sowjetunion in zahlreichen Aufsätzen behandelt hat und damit eine solide Grundlage für die Einordnung des österreichischen Ständestaates in den Städtebau liefert.[12]

---

6 Barbara Feller, Baupolitik in Wien im Austrofaschismus, Wien, 1991, Diplomarbeit; Barbara Feller forschte und publizierte intensiv über den Ständestaat in Wien, vgl.: Barbara Feller, Vorwärts in die Vergangenheit – Stadtbilder und Baupolitik im austrofaschistischen Wien zwischen 1934 und 1938, in: Wolfgang Kos, Christian Rapp (Hg.), Alt-Wien, Wien, 2004, Ausstellungskatalog Wien Museum, S. 273–279, in diesem Buch wird die 2. überarbeitete Auflage von 2005 verwendet.

7 Gerhard Melinz, Gerhard Unger (Hg.), Wohlfahrt und Krise – Wiener Kommunalpolitik 1929–1938, Wien, 1996; Gerhard Melinz, Fürsorgepolitik(en), in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 238–252.

8 Öffentliche Kurzfassung der Studie von Franz Denk, Margarete Schütte-Lihotzky Stipendium 2003 „Familienasyle der Stadt Wien" im Auftrag des Bundeskanzleramtes – Kunstsektion, in: www.franzdenk.at/familienasyle/start.htm (Zugriff: 14.09.2016).

9 Jan Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur – Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922–1956, Bd. 1, Wien, 1994.

10 Stefan Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I. – Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern, Wien – Köln – Weimar, 1998.

11 Stefan Plischke, Wir müssen bauen! – Der Assanierungsfonds und die Wohnbaupolitik in Wien 1934–1938, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 216–223; Stefan Plischke, Ein Hauch des Großstädtischen – Das Assanierungsgebiet Operngasse, in: Ebd., S. 224–229.

12 Harald Bodenschatz, Pierro Sassi, Max Welch Guerra (Hg.), Urbanism and Dictatorship – A European Perspective, Bauwelt Fundamente 153, Basel – Gütersloh – Berlin, 2015; Harald Bodenschatz (Hg.), Städtebau für Mussolini – Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien, Berlin, 2011; Harald Bodenschatz, Städtebau im faschistischen Italien: Hauptstadtplanungen in Rom, in: Tilman Harlander, Wolfgang Pyta (Hg.), NS-Architektur: Macht und Symbolik, Berlin, 2010, S. 61–78; Harald Bodenschatz, Diktatorischer Städtebau in der Zwischenkriegszeit. Besonderheiten Italiens mit Blick auf das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion, in: Aram Mattioli, Gerald Steinacher (Hg.), Für den Faschismus bauen – Architektur und Städtebau im Italien Mussolinis, Zürich, 2009, S. 45–64; Harald Bodenschatz, Rom – Moskau – Berlin: Städtebau und Diktatur, in: Hans Jörg Czech, Nikola Doll (Hg.), Kunst und Propaganda im Streit der Nationen 1930–1945, Ausstellungskatalog Deutsches Historisches Museum Berlin, Dresden, 2007, S. 48–62.

Barbara Feller, Erich Bernard[13] und Jan Tabor[14] beschäftigen sich ebenfalls mit der sogenannten *Österreichischen* bzw. *Wiener Moderne* und betonen besonders deren endgültige Entfaltung nach 1945.

In einem Artikel über die NS-Stadt- und Regionalplanung Wiens zeigten Siegfried Mattl und Gottfried Pirhofer 2015[15] ein erstes Konzept eines Stadtplanungsdiskurses im autoritären Ständestaat auf.

In der Abschlussphase dieses Buches wurde das Forschungsfeld Bauen im *schwarzen Wien* von zwei fundierten wissenschaftlichen Arbeiten genauer ausgeleuchtet. Matthias Trinkaus hat mit seiner politikwissenschaftlichen Diplomarbeit von 2013[16] einen ersten Gesamtüberblick geschaffen, der sich mit der Wohnbaupolitik in Wien von 1934–1938 auch mithilfe der Quellenbestände der Sitzungsprotokolle der *Wiener Bürgerschaft* des *Wiener Stadt- und Landesarchivs* auseinandergesetzt hat. Markus Mistelbauer konzentriert sich in seiner Dissertation an der *Technischen Universität Wien* von 2015[17] vor allem auf die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien und hier im Besonderen auf das *Bundesgesetz betreffend die Förderung der Errichtung von Kleinwohnungshäusern* 1937 im Zeitraum 1937/38. Er stellt die einzelnen Kleinwohnungshäuser anhand ihrer Planungsentwürfe vor und wirft einen Blick auf Ideologie und Architektur.

In thematischen Einzeldarstellungen hebt sich die für Wien gut dokumentierte Wiener SiedlerInnenbewegung von 1918 bis 1938 positiv ab. Ausgangspunkt war die Beschäftigung mit der Protest- und Lebensreformbewegung der 1970er Jahre in Deutschland. Von dieser Grundlage aus wurde die SiedlerInnenbewegung und deren genossenschaftlicher Selbsthilfecharakter der 1920er Jahre bearbeitet. Ein Forschungsprojekt des *Vereins der Geschichte der Stadt Wien* versuchte von 1979 bis 1981 die Aspekte des Siedlungswesens, insbesondere des gegen wirtschaftliche Krisenerscheinungen gerichteten Innenkolonisationsgedankens und damit den Versuch der Reagrarisierung der Arbeiterschaft in der Zwischenkriegszeit, wissenschaftlich zu erfassen. An diesem Projekt nahmen die später maßgeblich über die Wiener Siedlungsgeschichte der Stadt Wien in der Zwischenkriegszeit publizierenden AutorInnen teil: Robert Hoffmann, Birgit Bolognese-Leuchtenmüller, Wolfgang Förster, Margit Altfahrt und Dieter Stiefel.[18] Wolfgang Förster und Klaus Novy stellten 1985 die lebensreformerische Massenbewegung der SiedlerInnen und damit den Ausgangspunkt

13 Barbara Feller, Erich Bernard, Brüche und Kontinuitäten der Moderne in der österreichischen Architektur vom Austrofaschismus zum Wiederaufbau, in: Österreichischer Kunsthistorikertag (Hg.), „Kunstrealitäten" – Blinde Flecken der Kunstgeschichte, Wien, 1997, Tagungsband des 9. Österreichischen Kunsthistorikertages, S. 125–131.

14 Jan Tabor, Ständestaatsmoderne, 15.05.2013, Vortrag im Architekturzentrum Wien.

15 Siegfried Mattl, Gottfried Pirhofer, Wien. „Tor zum Südosten" – Stadt und Regionalplanung im Kontext imperialer Raumpolitik, in: Ingrid Holzschuh, Monika Platzer (Hg.): „Wien. Die Perle des Reiches", Ausstellungskatalog Architekturzentrum Wien, 2015, S. 12–25.

16 Matthias Trinkaus, Wohnbaupolitik in Wien 1934–1938, Wien, 2013, Diplomarbeit.

17 Markus Mistelbauer, Architektur und Ideologie – Wohnbau im Austrofaschismus, Wien, 2015, Diplomarbeit.

18 Margit Altfahrt, Birgit Bolognese-Leuchtenmüller, Wolfgang Förster, Robert Hoffmann, Dieter Stiefel, Die Zukunft liegt in der Vergangenheit – Studien zum Siedlungswesen der Zwischenkriegszeit, Wien, 1983.

des kommunalen Bauprogramms genauer dar.[19] Ihr Hauptaugenmerk lag auf deren sozialen und politischen Dimension. Robert Hoffmann beschäftigte sich 1987 vorwiegend mit der Entstehungsgeschichte der Innenkolonisationsbewegung.[20] Ulrike Zimmerl schuf 2002 erstmals eine mit Karten- und Bildmaterial belegte, umfassende und allgemein verständliche Gesamtdarstellung der SiedlerInnenbewegung.[21] Die im Ständestaat errichtete Eigenheimsiedlung am Bierhäuselberg wurde 2013 von Norbert Mayr dargestellt.[22]

Die Denkmäler des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes fanden nach der Diplomarbeit von Alexandra Vasak 1991, die reichlich mit archivalischen Quellen ausgearbeitet wurde,[23] ausführliche Bearbeitung durch Friedrich Grassegger,[24] Josef Seiter[25] und Thomas Kahler.[26] Über die *Kunst am Bau* des Ständestaates publizierten Barbara Feller 1994[27] und Siegfried Mattl 1998.[28]

Den für das Regime besonders wichtigen Kirchenbau und die Kirchenentwürfe arbeiteten Elisabeth Klamper 1994,[29] Erich Bernard und Barbara Feller 1998,[30] sowie Alexander Grabner in seiner Diplomarbeit 2002[31] auf.

19 Klaus Novy, Wolfgang Förster, Einfach bauen – Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlerbewegung, Wien, 1991.

20 Robert Hoffmann, „Nimm Hack' und Spaten…" – Siedlung und Siedlerbewegung in Österreich 1918–1938, Wien, 1987.

21 Ulrike Zimmerl, Kübeldörfer – Siedlung und Siedlerbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit, Wien, 2002.

22 Norbert Mayr, Die Mustersiedlung am Bierhäuselberg – Eine konservative Antwort auf die Werkbundsiedlung, in: Andreas Nierhaus, Eva-Maria Orosz (Hg.), Werkbundsiedlung Wien 1932 – Ein Manifest des Neuen Wohnens, Ausstellungskatalog Wien Museum, Wien, 2013, S. 252–259.

23 Alexandra Vasak, Kulturpolitik im Austrofaschismus hinsichtlich der bildenden Künste: Architektur Bildhauerei Malerei, Wien, 1996, Diplomarbeit.

24 Friedrich Grassegger, Denkmäler des autoritären Ständestaates, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 495–546.

25 Josef Seiter, Politische Denkmäler im Wien der Ersten Republik (1918–1934), in: Ebd., S. 411–460; Josef Seiter, Politik in der Idylle – Die plastischen Monumente der Ersten Republik, in: Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Das Rote Wien, 1993, S. 74-90.

26 Thomas Kahler, „Gefallen auf dem Feld der Ehre …" – Kriegerdenkmäler für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges in Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Salzburg bis 1938, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 365–410.

27 Barbara Feller, Sichtbarmachung der Vergangenheit – Kunst-am-Bau und neue Monumente in Österreich 1930–1938, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 282–287.

28 Siegfried Mattl, Im Namen des Staates – Von der Entstehung des Genres Kunst am Bau nach dem Fall monarchistischer Herrschaftstraditionen im Ständestaat und zur Zeit des Nationalsozialismus, in: Markus Wailand, Vitus H. Weh (Hg.), Zur Sache Kunst am Bau – Ein Handbuch, Wien, 1998, S. 22–29.

29 Elisabeth Klamper, Die Mühen der Wiederverchristlichung – Die Sakralkunst und die Rolle der Kirche während des Austrofaschismus, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 148–180.

30 Erich Bernard, Barbara Feller, Die Baumeister des Friedensfürsten – Kirchliche Bauten in den dreißiger Jahren in Österreich, in: Ebd., S. 204–211.

31 Alexander Grabner, Die Kirchenbauten und Kirchenentwürfe der Architekten Siegfried Theiß und Hans Jaksch, Wien, 2002, Diplomarbeit.

Nicht realisierte städtebauliche Eingriffe und monumentale Bauprojekte des Ständestaates wurden von Peter Noever 1986,[32] Ursula Prokop 1994,[33] Renata Kassal-Mikula, Vera Purtscher, Peter Haiko, Jan Tabor 1999[34] bearbeitet.

In den Darstellungen über das *Rote Wien* finden sich ebenfalls kurze Kapitel über einzelne Aspekte der Baupolitik des autoritären Ständestaates. Beispielsweise spannt Helmut Weihsmann den Bogen über Gemeindebauten und Siedlungen bis hin zum Ständestaat und versucht eine stilistische Eingliederung derselben.[35]

Weitere wichtige Quellen sind die zeitgenössischen Eigenpublikationen der Stadt Wien, die ihre Baupolitik und die Grundlagen der Stadtplanung ausführlich dokumentiert hat. Hier sind das *Amtsblatt der Stadt Wien*, in dem die Baubewegungen der relevanten Jahre genau behandelt werden, und die 1937 erschienene Serie *Wien im Aufbau* zu nennen.

Ausgehend von den bereits genannten Quellen habe ich mich vor allem mit zeitgenössischen Publikationen und unveröffentlichtem Archivmaterial beschäftigt. Die Bestände des *Wiener Stadt- und Landesarchivs* und des *Österreichischen Staatsarchivs* halfen mir dabei, wichtige Aspekte der Baupolitik nachvollziehen zu können. Im *Historischen Archiv der Bank Austria* konnte ich die Finanzierungen der einzelnen Bauobjekte ausfindig machen. Leider sind die Protokolle der Verwaltungskommission der *I. Österreichischen Sparkasse* und damit der zweiten für die Finanzierung des Wohnbaus wichtigen Bank, laut Eigenaussage des Archivs, nicht mehr vorhanden.

In den Archiven existiert ebenfalls eine Fülle an Fotografien aus der Zeit von 1934 bis 1938.[36] Der bedeutendste und ergiebigste Bestand stammt vom Fotoatelier Martin Gerlach jun. Durch das Studio ließ die Gemeinde Wien die wichtigsten Bauwerke und Bauarbeiten bis in die 1950er Jahre hinein dokumentieren. Teile des Gerlach-Bestandes sind im Besitz des *Wiener Stadt- und Landesarchivs*, des *Bildarchivs der Österreichischen Nationalbibliothek* und des *Wien Museums*.[37] Ein weiterer wichtiger Architekturfotograf der Zwischenkriegszeit war Bruno Reiffenstein, der Projekte und topografische Aufnahmen der Stadt Wien angefertigt hat. Viele der Bilder dienten nach 1945 zur Rekonstruktion der Gebäude, die

---

32 Peter Noever (Hg.), Wiener Bauplätze – Verschollene Träume-Angewandte Projekte, Wien, 1986.

33 Ursula Prokop, Die Anbiederung an die Ewigkeit – Der Wettbewerb für das neue Hauptpostgebäude in Wien 1938, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 426–429; Ursula Prokop, Rudolf Perco 1884–1942 – Von der Architektur des Roten Wien zur NS-Megalomanie, Wien – Köln – Weimar, 2001, zugleich ihre Dissertation von 1997.

34 Renata Kassal-Mikula, Vera Purtscher, Peter Haiko, Jan Tabor, Das ungebaute Wien 1800 bis 2000 – Projekte für die Metropole, Wien, 1999.

35 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002; Helmut Weihsmann, Wiener Moderne 1910–1938 – Modernes Bauen in Wien zwischen den Kriegen, Wien, 1983; Helmut Weihsmann, In Wien erbaut – Lexikon der Wiener Architekten des 20. Jahrhunderts, Wien, 2005.

36 Sytematisch gesammelte biografische und bibliografische Informationen von allen ProtagonistInnen, die sich ab 1839 auf dem Gebiet des heutigen Österreich mit Fotografie beschäftigt haben finden sich in der „Bio-Bibliografie zur Fotografie in Österreich", vgl.: http://sammlungenonline.albertina.at/ (Zugriff: 14.09.2016).

37 Das 1907 in Wien eröffnete Atelier von Martin Gerlach jun. (1879–1944) war auf Architekturfotografie spezialisiert. 1947 übernahm sein Sohn Kurt Gerlach das ab 1944 von der Witwe Anna Gerlach geführte Studio, vgl.: Anton Holzer, Fotografie in Österreich – Geschichte – Entwicklungen – Protagonisten 1890–1955, Wien, 2013, S. 203.

im Bombenkrieg zerstört oder beschädigt wurden.[38] Julius Scherb, ständiger Fotograf des *Wiener Künstlerhauses*, hat viele Modellentwürfe abgelichtet.[39] Rudolf Spiegel hat sich auf die Dokumentation des Zeitgeschehens konzentriert und mit einem ausgezeichneten Gespür festgehalten.[40] Albert Hilscher war Pressefotograf und dokumentierte ebenfalls das Zeitgeschehen in Wien.[41] Dazu kommen noch eine Handvoll unbekannter FotografInnen, deren Nachlässe an die Archive gelangt sind. Ebenfalls fündig wurde ich in den Beständen des *Archivs der Republik des Österreichischen Staatsarchivs*, an der *Technischen Universität Wien* und im *Technischen Museum Wien*. Leider sind in vielen der Archive keine Rechte für Dritte an den Fotografien abgedeckt, weswegen viele aussagekräftige und wichtige Fotografien unveröffentlicht bleiben müssen.

Besonderen Stellenwert haben Nachlässe, durch die mir vor allem Wettbewerbsentwürfe und Zeichnungen zugänglich gemacht wurden. Der Nachlass von Clemens Holzmeister ist aufgeteilt zwischen dem *Archiv der Albertina* in Wien, der *Akademie der Bildenden Künste* in Wien und dem *Bauarchiv der Universität Innsbruck*. Teile davon verwaltet der Erbe von Clemens Holzmeister. Das *Architekturzentrum Wien* gewährte mir Einblick in den Nachlass von Robert Kramreiter, übergeben von seinem Sohn Pedro Kramreiter, der aussagekräftige Stücke seines Schaffens beinhaltet.

In diesem Buch wird der Anteil von Frauen mittels *Binnen-I* aufgezeigt. Die männliche Form wird verwendet, wenn das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime nur Männer angesprochen oder beschäftigt hat. Den aufmerksamen LeserInnen wird dies vor allem bei der Architekten- und der Arbeiterschaft auffallen.[42] Historische Namen von Institutionen wurden in ihrer Form belassen.

---

38 Bruno Reiffenstein (1868–1951) veröffentlichte ab 1900 Fotos des Baugeschehens sowie Architekturfotos, vgl.: Holzer, Fotografie, 2013, S. 214. Er starb ohne direkten Erben. Sein Fotonachlass ging an den jüngsten Sohn seines Bruders, des Künstlers Leo Reiffenstein, über. Dieser Neffe, Ingomar Reiffenstein, war ebenfalls Berufsfotograf, vgl.: Information der ErbInnen 2016.

39 Julius Scherb (1881–1958), ein weiterer Architekturfotograf der Zwischenkriegszeit, eröffnete sein eigenes Atelier in Wien 1919, vgl.: Holzer, Fotografie, 2013, S. 216.

40 Rudolf Spiegel (1896–1982) begann Ende der 1920er Jahre das Zeitgeschehen in der Tradition des *Neuen Sehens* fotografisch festzuhalten.

41 Albert Hilscher (1887–1964) fotografierte in Wien für die Fotoagentur Wide World Photos, vgl.: Ebd., S. 219.

42 Zum Forschungsfeld von Frauen- und Männergeschichte im autoritären Ständestaat, vgl.: Brigitte Lehmann (Hg.), Dass die Frau zur Frau erzogen wird – Frauenpolitik und Ständestaat, Wien, 2008; Irene Bandhauer-Schöffmann, Der „Christliche Ständestaat“ als Männerstaat?, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 254–280; Neda Bei, Austrofaschistische Geschlechterpolitik durch Recht: Die „Doppelverdienerverordnung“, in: Ilse Reiter-Zatloukal, Christine Rothländer, Pia Schölnberger (Hg.), Österreich 1933–1938 – Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien, 2012, S. 197–206; Christine Schaunig, „Frauen im Austrofaschismus – Rückschritt, Stillstand, Fortschritt? Eine Suche in der Stadt und auf dem Land“, Wien, 2010, Diplomarbeit.

Hypothesen

Die Baupolitik des *Roten Wien*, insbesondere der Wohnungsbau, war zentraler Angriffspunkt der *Christlisozialen Partei* sowie des bürgerlichen Lagers und damit der späteren ProtagonistInnen des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes. Die Gemeindebauten und die Hofarchitektur waren gebaute Politik. Durch die Abkehr vom *Roten Wien* musste auch der autoritäre Ständestaat ein Verhältnis zwischen seinem eigenen politischen Selbstverständnis und seiner Bautätigkeit herstellen. Dazu diente, so meine erste Hypothese, eine eigene Baupolitik mit eigenen Instrumenten und einer eigenen Fiananzierungsstrategie des *schwarzen Wien*.

Die vier Jahre, in denen der Ständestaat bestand, wurden von einer schweren Wirtschaftskrise beherrscht. Ich gehe in meiner zweiten These davon aus, dass trotzdem aus der anzunehmend geringen Bauleistung eine Hauptstoßrichtung der Baupolitik in Wien abgeleitet werden kann, nicht nur, was die Form der Bauten betrifft, sondern auch, für wen sie gebaut werden sollten und ihre Lage im Stadtgebiet.

In meiner letzten Hypothese beschäftige ich mich mit dem internationalen Umfeld des Regimes. Ich gehe davon aus, dass der autoritäre Ständestaat im baulichen Wettstreit verwandter politischer Systeme – *Vorbildsysteme* wie Italien und *Konkurrenzsysteme* wie Deutschland – involviert war. Die Ergebnisse dieser internationalen Diskurse sollten in Wien zur Umsetzung gelangen.

1 STÄNDESTAAT UND ROTES WIEN

1.1 Weg in die Diktatur

Mit der sogenannten Selbstausschaltung des Parlamentes am 4. März 1933 begann der Weg in den autoritären Ständestaat und die schrittweise Aushebelung der demokratischen Institutionen der am 12. November 1918 ausgerufenen *Republik Deutschösterreich*, 1919 umbenannt in *Republik Österreich*. Die drei Nationalratspräsidenten traten zurück, damit wurde es dem der *Christlichsozialen Partei* zugehörigen Engelbert Dollfuß[1] als Bundeskanzler möglich, mit dem *Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz* von 1917 zu regieren. Somit war der Bundeskanzler, als Schlüsselfigur des autoritären Ständestaat-Konzeptes, zu einem Hauptverantwortlichen bei der Ausschaltung der Demokratie und der Niederschlagung der ArbeiterInnenbewegung in Österreich geworden. Nicht zuletzt hatten innenpolitische Krisen zum Erstarken antidemokratischer Kräfte[2] in allen Parteien geführt.[3]

Genährt wurden diese ebenfalls durch außenpolitische Faktoren wie beispielsweise der Verschärfung der wirtschaftlichen Situation innerhalb der *Weltwirtschaftskrise*[4] 1929. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Österreich der 1930er Jahre griff durch die Wirtschaftskrise rasant um sich. Verschärft wurde sie durch die krisenbedingte Rettung der *Creditanstalt*, der größten Bank Europas, für die 1931 ein tiefgreifendes Sparpaket zur Budgetsanierung geschnürt wurde.[5] Zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation wurde die

1 Der Agrarexperte Engelbert Dollfuß wurde am 20. Juli 1931 als Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Mitglied der christlichsozialen Bundesregierung von Karl Buresch. Am 20. Mai 1932 wurde er zum Bundeskanzler gewählt. Nach der Ausschaltung des Parlamentes am 4. März 1933 regierte er autokratisch bis zu seinem gewaltsamen Tod durch die illegale Schutzstaffel (SS) während des *Juliputsches* in Wien am 25. Juli 1934.

2 Die Erfahrungswelt des Schützengrabens im Ersten Weltkrieg förderte, laut Lutz Musner, Utopien für einen radikalen Neuanfang und nach einer andersartigen Ordnung. Traumata, Verstörungen und die allgegenwärtige Nähe zum Tod fanden nach dem Krieg ihren Ausdruck in einer eigentümlichen Mischung aus Gewaltbereitschaft, Messianismus und Massenbegeisterung, wie sie den links- und rechtsradikalen Bewegungen, also Soldatenräten und Wehrverbänden, eigen waren, vgl.: Lutz Musner, Im Schatten von Verdun – Die Kultur des Krieges am Isonzo, in: Helmut Konrad, Wolfgang Maderthaner (Hg.), Das Werden der Ersten Republik – … der Rest ist Österreich, Bd. 1, Wien, 2008, S. 60.

3 Ulrich Kluge, Der österreichische Ständestaat 1934–1938, Wien, 1984, S. 18 f.

4 Kreditfinanzierte Spekulationsblasen einer auf Überproduktion von Konsumgütern ausgerichteten US-Wirtschaft führten nach Sättigung der Märkte 1929 zum Zusammenbruch der New Yorker Börse, vgl.: Stefan Heinrich, Erste Republik – Austrofaschismus – Anschluss. Ausgewählte Maßnahmen der Finanzkrisenbewältigung, Wien, 2011, Diplomarbeit, S. 68.

5 Emmerich Talos, Walter Manoscheck, Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 11 f.

sogenannte *Lausanner Anleihe* von öS 300 Mio.[6] zum Ausgleich des Staatshaushaltes aufgenommen. Die SozialdemokratInnen stimmten aus sozialpolitischen Erwägungen gegen die Anleihe. Nach dem Ausscheren der *Großdeutschen* wurde offenbar, dass im parlamentarischen System der Bewegungsfreiraum des konservativen *Bürgerblocks* sehr eng war. Der Schritt zur Ausschaltung des Parlamentes lag nahe.[7] Die am 20. Mai 1932 gebildete Regierung Dollfuß wollte nicht zuletzt durch Änderung der politischen Struktur Richtung Autoritarismus ihre politische Machtbasis und ihre Krisenlösungspolitik absichern.[8]

Die ideologische Grundlage für den Ständestaat lieferte ab 1931 die päpstliche Sozialenzyklika *Quadragesimo anno*,[9] die in Österreich eine weitgehende Uminterpretation erfuhr. Ideen eines katholischen Staates wurden mit der vom Papst geforderten Änderung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verwoben. Durch die spezielle Auslegung der Sozialenzyklika verhallte auch die leise Kritik des Papstes am Korporationsmodell des faschistischen Italien weitgehend, welches dieser als Grundlage für die sozialen Gräben zwischen den wirtschaftlichen Akteuren ausmachte, und trug zu einer Stärkung der autoritären Strömung im bürgerlichen Lager bei.[10]

---

6 öS 1.000.000 = € 2.690.000: Der Österreichische Schilling öS von 1930 hätte heute den Wert von rund € 2,96. Aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Gegebenheiten stellt diese Zahl jedoch nur einen ungefähren Richtwert dar. Beispielsweise betrug der Stundenlohn eines ungelernten Hilfsarbeiters des Holzverarbeitungsgewerbes 1929 öS 0,83 also rund € 2,45. Mit steuerlichen Abzügen kam er mit einer 48 Stundenwoche auf ein Jahreseinkommen von öS 1817,92 also ca. € 5381,04. Die Lebenserhaltungskosten pro Jahr (inklusive Nahrung, Wohnen, Kleidung, Heizung, Belichtung, Genussmittel und diverse Ausgaben) beliefen sich in Wien 1930 auf insgesamt öS 1204,92 also rund € 3566,56. 1934 wurde der Schilling durch die *Nationalbank* um 28 % abgewertet und hatte nur mehr den Wert von € 2,13. Der Stundenlohn eines Bauarbeiters in der Siedlung Wolfersberg im Jahre 1936 daher mit öS 1,13 nicht mehr € 3,34, sondern nur € 2,41. Ich behalte deshalb die Schilling-Beträge bei und biete mit den Richtwerten die Möglichkeit der ungefähren Umrechnung, vgl.: Gerhard Trübswasser (Hg.): Zur Geschichte der Siedlungen Wolfersberg Bierhäuselberg – Ergänzungen zur Jubiläumsbroschüre 1989, Wien, 1990, S. 5; Erste Österreichische Spar-Casse (Hg.), Wien am Graben, 21–150 Jahre Erste Österreichische Spar-Casse – 150 Jahre Österreichische Geschichte, Wien, 1969; Oskar Sitte, Werdendes Wien – Ein Versuch zur Lösung der Wohnungs- und Verkehrsfrage in Wien, Wien, 1935, Dissertation, S. 46, Tafel 31; Österreichische Nationalbank (Hg.), Österreichische Geldgeschichte – vom Mittelalter bis zum Euro, S. 88, in: https://www.oenb.at/Ueber-Uns/Geldmuseum/Geschichte-des-Geldes.html (Zugriff 14.10.2016).

7 Andreas Mittelmeier, Austrofaschismus contra Ständestaat – Wie faschistisch war das autoritäre Regime im Österreich der 1930er Jahre verglichen mit Mussolinis Italien, Wien, 2009, Diplomarbeit, S. 83 f.

8 Talos, Manoscheck, Konstituierungsprozeß, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 11 f.

9 Die päpstliche Enzyklika wurde durch Ignaz Seipel, Engelbert Dollfuß und Otto Ender Vorbild der ständestaatlichen Verfassung Österreichs. Die neue päpstliche Gesellschaftsordnung sollte auf dem Subsidaritätsprinzip und einer berufsständischen Ordnung fußen. In Österreich wurde sie jedoch auf geburts- und herrschaftsständischer Grundlage angedacht. Stände wurden statt Parteien installiert, um Klassenkonflikten ausweichen zu können, vgl.: Thomas Figl, Die Enzyklika Quadragesimo anno und ihr Einfluß auf die österreichische Verfassung vom 1. Mai 1934, Wien, 1995, Diplomarbeit, S. 44, 46 f., 49 f., 81.

10 Ebd., S. 48–52.

Nach der Ausschaltung des Nationalrates 1933 konnte die von Dollfuß gegründete *Vaterländische Front* (VF)[11] als Sammelbecken für die zerfallenden bürgerlichen Parteien[12] dienen. Nach dem Bürgerkrieg trat sie an die Stelle des demokratischen Partei- und Verwaltungsapparates. Ihr struktureller Aufbau lehnte sich durchwegs an autoritäre Organisationsmuster der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei* (NSDAP) und der italienischen *Partito Nazionale Fascista* (PNF) an. Im Unterschied zu den italienischen FaschistInnen und den deutschen NationalsozialistInnen hatte die Organisation jedoch geringe Bedeutung und Mobilisierungsfähigkeit innerhalb der österreichischen Bevölkerung. Sie wurde als Verwaltungsapparat wahrgenommen. Ideologisches und politisches Ziel der *Vaterländischen Front* war die Vereinigung aller ÖsterreicherInnen unter christlicher und berufsständischer Ordnung.[13]

Das ständische System wurde durch die Maiverfassung Otto Enders[14] innerhalb eines Stufenplanes endgültig durchgesetzt und damit die parlamentarische Demokratie zu Grabe getragen. Doch konnte das System Ständestaat nicht entwickelt werden und war zumindest 1938 noch nicht voll durchgesetzt.[15] Fast alle Gesetze wurden nicht in den neuen Organen der Bundesgesetzgebung entschieden, sondern per Ermächtigungsgesetz erlassen.[16] Das politische Konstrukt des Ständestaates trug bis 1938 eindeutig autoritäre Züge und ist insgesamt als österreichische Version eines faschistischen Staates, in seiner speziellen Ausprägung als *Austrofaschismus*, zu werten.[17]

---

11 Die Idee zu der Gründung einer vaterländisch-patriotischen Dachorganisation resultierte direkt aus dem Schulterschluss der *Christlichsozialen Partei* mit der *Heimwehr* unter Ernst Rüdiger Starhemberg. Starhemberg hatte, wie die sogenannte *Hirtenberger Waffenaffäre* 1933 zeigte, Verbindungen zum italienischen Faschismus. Ab 1934 war er Vizekanzler in der Regierung Dollfuß und Generalsekretär der *Vaterländischen Front*. 1936 war er gezwungen, alle Ämter niederzulegen. 1937 emigrierte er in die Schweiz.

12 Der Parlamentsklub der *Christlichsozialen Partei* löste sich am 14. Mai 1934 selbstständig auf und seine Mitglieder übernahmen Führungspositionen in der *Vaterländischen Front*.

13 Eine ausführliche Analyse findet sich in: Emmerich Talos, Walter Manoschek, Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus: (Verfassungs-)Rechtlicher Rahmen – politische Wirklichkeit – Akteure, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 124–160; Talos, Herrschaftssystem, 2013, S. 147–190.

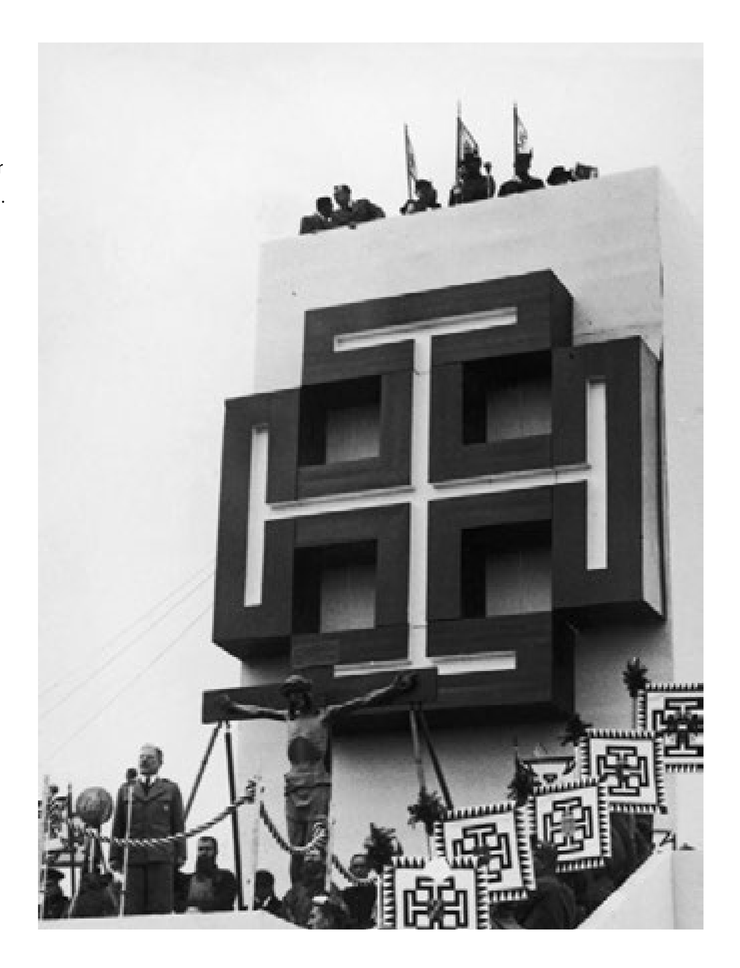
14 Otto Ender war als Bundesminister im *Bundeskanzleramt* vom 19. Juli 1933 bis 10. Juli 1934 (Dollfuß I, II) mit den Angelegenheiten der Verfassungs- und Verwaltungsreform betraut, vgl.: Österreichischer Amtskalender für das Jahr 1952, 20. Jg., Wien, 1952, S. 10.

15 In der Verfassung wurden 7 Hauptgruppen der Berufsstände klassifiziert: Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe, Industrie- und Bergbau, Geld-, Kredit und Versicherungswesen, Handel und Verkehr, Freie Berufe und öffentlicher Dienst. Außerdem erhielt die Verfassung nur Rahmenbedingungen und keine Organisationspläne, vgl.: Gertrude Enderle-Burcel, Mandatare im Ständestaat 1934–1938 – Biographisches Handbuch der Mitglieder des Staatsrates, Bundeskulturrates, Bundeswirtschaftsrates und Länderrates sowie Bundestages, Wien, 1991, S. 13.

16 Ebd., S. 31.

17 *Austrofaschismus* ist als wissenschaftlicher Begriff aufgrund der noch andauernden Faschismusdebatte in der Geschichtsforschung umstritten, löst sich jedoch zusehends von seiner Verwendung als politischer Kampfbegriff. Vielfach werden die Bezeichnungen Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Diktatur oder autoritärer Ständestaat präferiert, denen ich mich ebenfalls anschließe. Für einen Überblick über die unterschiedlichen Paradigmen der 2011 kurzzeitig neu aufgeflammten Debatte vgl.: Valentin Schwarz, „Austrofaschismus" – mehr als nur ein Kampfbegriff? – Begriffsgeschichte der

Abb. 1 Ansprache des österreichischen Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg bei der Versammlung der *Vaterländischen Front* Wien und Niederösterreich auf der Schmelz in Wien. (Anonym 1936).



Ein weiterer Faktor für das Erstarken des Ständestaates ist in seiner geopolitischen Lage zu finden, die nach dem Friedensvertrag von St. Germain 1919 vor allem von Frankreich und seinen Bündnispartnern, der Kleinen Entente, Jugoslawien, Ungarn, Tschechoslowakei und Rumänien, dominiert wurde. Durch das Anschlussverbot an Deutschland gewann Italien nach dem Machtantritt des faschistischen Diktators Benito Mussolini[18] zunehmenden Einfluss auf die junge Republik.[19] Insgesamt wirkte sich der Vormarsch faschistischer

---

konkurrierenden politisch-wissenschaftlichen Paradigmen des Dollfuß/Schuschnigg Regimes, Wien, 2013, Diplomarbeit. Mehr zum Begriff *Austrofaschimus*: Talos, Herrschaftssystem, 2013, S. 585 f.; Talos, Manoschek, Austrofaschismus, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 157 f.; Mittelmeier, Austrofaschismus, 2009, Diplomarbeit, S. 189 f.

18 Der ehemalige politische Journalist und Sozialdemokrat errichtete in Italien 1922 eine autoritäre, faschistische Herrschaft. Das Einparteiensystem existierte bis 1943. Erst Schutzmacht der konservativen Bewegungen Österreichs, wandte sich Italien unter Mussolini Mitte der 1930er Jahre dem nationalsozialistischen Deutschland zu.

19 Otto Naderer, Der bewaffnete Aufstand – Der republikanische Schutzbund der österreichischen Sozialdemokratie und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg (1923–1934), Graz, 2004, S. 11 f.

und autoritärer Regierungen in Europa, besonders durch die Einflussnahme Italiens und Deutschlands, auf die Etablierung eines autoritären Systems in Österreich aus.[20] Italien konnte sich ab 1933 als außenpolitische Schutzmacht gegen das nationalsozialistische Deutschland präsentieren[21] und übte verstärkt außen- und innenpolitischen Einfluss auf Österreich aus.[22]

Erst Kurt Schuschnigg[23] näherte sich außenpolitisch dem nationalsozialistischen Deutschland an und reagierte damit auf das politische Bündnis der Achse Berlin – Rom, das die *Heimwehr*[24] als antidemokratische Kraft obsolet machte.[25] Mittels des sogenannten *Juli-Abkommens* vom 11. Juli 1936, sollten die außenpolitischen Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland durch enge wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit normalisiert werden. Die Anerkennung eines eigenständigen Staates Österreich und die Nichteinmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten konnten auf bilateraler Ebene durchgesetzt werden.[26]

Die Propagierung einer eigenen *Österreich-Ideologie* war zwar defensiv gegen die deutsche Propaganda der NationalsozialistInnen gerichtet, schöpfte aber aus einem deutschen Selbstverständnis und der Proklamierung einer österreichischen Variante der *Volkstumsideologie*. Dem sogenannten *österreichisch-katholischen Deutschtum* wurde darin die Rolle einer *österreichischen Mission* zugedacht, die außen- und innenpolitisch wahrnehmbar gemacht werden sollte. Die *Österreich-Ideologie* zielte weitgehend auf die Etablierung eines katholi-

20 Emmerich Talos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 411.

21 Vorrangiges Ziel der Außenpolitik Mussolinis war die Errichtung einer Zollunion mit Österreich und Ungarn um die deutsche Südosteuropapolitik zu verhindern. Gleichzeitig sollte Frankreich als politischer Faktor in Mittel- und Südeuropa ausgebootet werden, vgl.: Karl Haas, Die Römische Allianz 1934, in: Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hg.), Der 4. März 1933 – Vom Verfassungsbruch zur Diktatur, Wien, 1984, S. 78 f.

22 Helmut Wohnout, Bundeskanzler Dollfuß und die österreichisch-italienischen Beziehungen 1932–1934, in: Wenninger, Dreidemy (Hg.), Dollfuß/Schuschnigg-Regime, 2013, S. 601–627.

23 Schuschnigg war 1932/1933 Justizminister und verantwortlich für die Wiedereinführung des Standrechts am 11. November 1933. Nach der Ermordung von Engelbert Dollfuß am 25. Juli 1934 wurde er Bundeskanzler des autoritären Ständestaates. Der Umgang mit den Hauptprotagonisten des Ständestaates ist in Österreich bis heute problematisch. Schuschnigg wurde 1945 in Italien befreit. Nach seiner Zeugenschaft im Hochverratsprozess gegen den ehemaligen Staatssekretär und späteren Minister für die Auswärtigen Angelegenheiten des Ständestaates Guido Schmidt ging er in die USA, wo er an der St. Louis University, Missouri lehrte. 1962 bekam er eine österreichische Ministerpension zugesprochen und kehrte nach seiner Emeritierung 1967 dauerhaft nach Österreich zurück. Kurt Schuschnigg starb 1977 in Mutters in Tirol, vgl.: Leonhard Woldan, Kurt Schuschnigg als katholischer „Kulturdeutscher“: Analyse eines politischen Weltbilds, 2013, Wien, Diplomarbeit.

24 Die *Heimwehr* war am Beginn der neuen Republik unter dem Vorbild der paramilitärischen Verbände der bayerischen Rechten und der faschistischen Squadren des italienischen Frühfaschismus als militärischer, *antimarxistischer* und *antimodernistischer* Arm der bürgerlichen und bäuerlichen Schichten entstanden, vgl.: Mittelmeier, Austrofaschismus, 2009, Diplomarbeit, S. 124–126.

25 Kluge, Ständestaat, 1984, S. 86 f.

26 Karl Stuhlpfarrer, Austrofaschistische Außenpolitik – ihre Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 332.

schen föderalistischen gesamtdeutschen Reiches mit Wien als Zentrum ab. Das ideologische Konstrukt fußte weitgehend auf der Geschichte der Habsburgermonarchie und des *Heiligen Römischen Reiches*.[27]

1.2 Das *Rote Wien*

Die landes- sowie bundespolitischen Kämpfe, die internationale Entwicklung hin zu autoritären Systemen und die allgemeine Krise des Wirtschaftssystems wirkten sich zunehmend negativ auf die politische und reformerische Stellung der österreichischen Bundeshauptstadt Wien aus. Dort hatte die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* (SDAP) mit dem Reformprojekt des *Roten Wien* ein international anerkanntes Beispiel kommunaler Politik etabliert.

Mittels verstärkter Sozialpolitik und eines umfassenden Wohnbauprogramms war die Stadt nach Ende des Ersten Weltkrieges bundespolitisches Aushängeschild sozialdemokratischer Politik geworden. Wien wurde dabei bewusst als Subsystem *austromarxistischer Reformen*[28] gestaltet, um als Musterbeispiel für die Durchsetzung der sozialdemokratischen Politik innerhalb des republikanischen, demokratischen Systems in Österreich[29] zu dienen.[30]

Die Wiener Gemeinde entwickelte, als erste sozialdemokratische Verwaltung einer europäischen Millionenstadt, eine erste Gesamtstrategie zur Umformung der Wiener *metropolitanen Infrastruktur*. Eckpfeiler dieses aktiven und radikalen Reformprozesses waren vor allem die Schulreform Otto Glöckels,[31] die Fürsorgepolitik Julius Tandlers,[32] die Steuerreform Hugo Breitners[33] und das Wohnbauprogramm.[34]

Durch Krisenerscheinungen des Wohnungsbaus der privaten Bauwirtschaft im Ersten Weltkrieg war eine Sozialgesetzgebung ermöglicht worden, die sich nach Ende des Krie-

---

27 Anton Staudinger, Austrofaschistische „Österreich"-Ideologie, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 47–49.

28 Die Stärke des *Austromarxismus* von Otto Bauer bestand vor allem in seiner integrativen Wirkung auf verschiedenste ideologische Strömungen. Revolutionäre Kader und reformistische Massenpartei konnten weitgehend zusammengeführt werden, vgl.: Wolfgang Maderthaner, Die österreichische Sozialdemokratie 1918 bis 1934 – Die größte Parteiorganisation der Welt, in: Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Das Rote Wien, 1993, S. 30.

29 Die österreichische Bundespolitik wurde ab 1920 von der Alleinregierung bürgerlicher Parteien dominiert.

30 Frei, Austromarxismus und Arbeiterkultur, 1984, S. 66.

31 Der sozialdemokratische Politiker führte ab 1922 als Präsident des Stadtschulrates die Wiener Schulreform durch. Seine Ziele waren die Gesamtschule und die Trennung von Kirche und Schule. 1934 wurde er verhaftet und ins politische Anhaltelager Wöllersdorf gebracht.

32 Der Arzt kämpfte als sozialdemokratischer Stadtrat für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen in Wien gegen die *Wiener Krankheit* genannte Tuberkulose. 1934 wurde er vom neuen Regime in Pension geschickt.

33 Breitner wurde am 4. Mai 1919 Stadtrat für das Finanzwesen. Er war 1923 Hauptverantwortlicher für die *Wohnbausteuer* in Wien, die die soziale Gemeindebautätigkeit ermöglichte. Während seiner Amtszeit war Breitner verstärkt populistischen Angriffen der Konservativen ausgesetzt. 1934 wurde er durch die autoritäre Regierung verhaftet, es konnte ihm jedoch keinerlei wirtschaftliches Fehlverhalten nachgewiesen werden.

34 Maderthaner, Sozialdemokratie, in: Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Das Rote Wien, 1993, S. 40 f.

ges positiv auf den Wohnungsbestand in Wien auswirkte. Die kriegswirtschaftliche Notmaßnahme des *Mieterschutzes*[35] kurbelte vorerst den Niedergang des privaten Wohnungsbaus an.[36] Erst 1922 konnte der *Mieterschutz* in abgeschwächter Form als *Mietengesetz* vom 1. Mai 1922 gesetzlich fixiert werden.[37]

Anfangs versuchte der provisorische Gemeinderat unter sozialdemokratischer Mitwirkung die Stützung des privaten Wohnungsmarktes. Ein erstes Wohnbauprogramm vom 19. Februar 1919 scheiterte aber an der Bereitstellung finanzieller Mittel. 1921 präferierten die SozialdemokratInnen noch die Lösung der *Wohnungsbaufrage* mit Bundesmitteln. Unter diesem Eindruck arbeiteten sie intensiv an der Schaffung des *Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds* (BWSF) mit. Damit sollten vor allem gemeinnützige und private Bauprojekte unterstützt werden. Ein eigener *Wohnungs- und Siedlungsfonds der Bundeshauptstadt Wien* wurde am 29. April 1921 gegründet. Zweckgebundene Mittel sollten dabei den Wohnbau weitgehend wiederbeleben. Durch die Übernahme der Aufgabe des Wohnungsbaus in kommunale Verantwortung konnten langfristig Instrumente geschaffen werden, die ein intensives Wohnbauprogramm ermöglichten.[38]

Erst mit einer Trennung Wiens vom christlichsozial dominierten Niederösterreich,[39] mit dem es eine politische und wirtschaftliche Einheit bildete, wurde eine gezielte sozialdemokratische Wohnbaupolitik möglich.[40] Wien wurde am 1. Januar 1922 unabhängiges Bundesland und errang damit Gesetzgebungskompetenz, das Recht auf Erlass von Ausführungsbestimmungen von Bundesgesetzen, das Recht auf Anteile aus Bundessteuern und als wichtigstes Instrument eine eigene Finanzhoheit mit dem Recht auf Landeseinnahmen.[41] Dadurch konnte neben dem *Mieterschutz* eine zweite wichtige Säule des kommunalen Wohnbauprogramms entstehen. Am 20. Januar 1923 wurde im Gemeinderat eine progressive *Wohnbausteuer* beschlossen.[42] Diese zweckgebundene Steuer, die Hugo Breitner mit Robert Danneberg entwickelte, war Teil einer radikalen Steuerreform mit der eine sozialere Umverteilung durch höchst progressiv gestaltete Steuern angestrebt wurde. Somit zahlten nicht mehr alle WohnungsmieterInnen den gleichen Betrag, sondern

35 Wichtigste Eckpunkte waren die Einschränkung der Kündigungsmöglichkeiten durch die VermieterInnen, das Niedrighalten der Mieten zugunsten der Mietparteien und das Verbot von sogenannten Wohnungsablösen. Der *Mieterschutz* wurde 1917 zur Befriedung des Hinterlandes eingeführt, da eklatante Preissteigerungen der Mieten erwartet wurden. Diese resultierten aus einem erhöhten Wohnungsbedarf durch heimkehrende Soldaten, der einer Stagnation des Wohnungsangebotes gegenüberstand.

36 Bauböck, Wohnungspolitik, 1979, S. 26–32.

37 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 33.

38 Bauböck, Wohnungspolitik, 1979, S. 117–124.

39 Die Struktur der österreichschen Verwaltung besteht aus einer zentralistischen und einer föderalen Komponente. Erstere stellt die Bundesebene mit Bundespräsident, Bundesregierung und Nationalrat. Zweite besteht aus einem gemeinsamen Bundesrat der 9 Bundesländer. Diese besitzen eigene legislative und finanzhoheitliche Kompetenzen.

40 Alfred Georg Frei, Die Arbeiterbewegung und die „Graswurzel" am Beispiel der Wiener Wohnungspolitik 1919–1934, Wien, 1991, S. 81.

41 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 61.

42 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 33.

die MieterInnen der rund 90 größten und teuersten Mietobjekte zahlten ebenso viel an Steuern wie die Mietparteien der ca. 350.000 Kleinst- und Substandardwohnungen.[43] Zusätzlich Einnahmen der Gemeinde wurden durch Luxussteuern, eine Pferdesteuer, eine Genussmittelabgabe, Vergnügungssteuern auf Pferderennen sowie Bälle und eine Hauspersonalabgabe lukriert. Durch die Steuerreform konnte das Wohnbauprogramm in Wien ohne Anleihen und gewinnorientierten Mieten durchgeführt werden. Die wohlhabenden Schichten finanzierten damit die Grundversorgung der breiten Bevölkerung. Das progressive Steuermodell der Sozialdemokratie konnte sich im Bund jedoch nicht durchsetzen und trug insgesamt zu einer Verschärfung des Konfliktes zwischen dem sozialdemokratischen und dem konservativen Lager bei.[44]

Das *Rote Wien* bildete bis 1934 eigene Systeme für die Umsetzung des kommunalen Wohnbauprogramms aus. Darunter fallen nicht nur eine eigene Strategie zur Finanzierung, sondern auch die umfassende Neugestaltung hin zu einer demokratischen Stadtverwaltung sowie die Absicherung der Ergebnisse innerhalb einer adaptierten *Wiener Bauordnung*. Trotz vehementer Ablehnung und Gegnerschaft durch die Kräfte des konservativen Lagers stellte das Bauprogramm und dessen Instrumente die Grundlage für die spätere Bautätigkeit des Ständestaates dar. Folgend gebe ich deshalb eine kurze Einführung über die Entwicklung, Bedeutung, Ausgestaltung und Umsetzung des sozialdemokratischen Städtebaus in Wien.

1.2.1 Instrumente und Entwicklung der Stadtplanung in Wien

Der kommunale Wohnbau, der Straßenbau und die SiedlerInnenbewegung lieferten als neue Faktoren der Stadtplanung in der Zwischenkriegszeit erweiterte Ansätze und Möglichkeiten für die Planung der österreichischen Städte. Trotzdem konnten sie gerade wegen der durchgehenden ökonomischen Krise nicht ausreichend wirksam werden, was insgesamt zu einer Stagnation der Stadtplanung in Österreich führte. Stadtplanung als planerische Lenkung der Entwicklung war also nur von begrenztem Umfang.[45]

Die Stadtplanung der Zwischenkriegszeit wurde in der Kompetenz der Stadtbauämter der einzelnen österreichischen Städte durchgeführt. In Wien wurde eine eigene Magistratsabteilung, *Stadtregulierung und Vermessungswesen*, damit beschäftigt.[46] Als Instrument fungierte in Wien die *Vierte Wiener Bauordnung* von 1883, in der Generalregulierungs- und Generalbaulinienpläne zur Anwendung kamen.[47] Mit der Wiener Bauordnungsnovelle

---

43 Blau, Red Vienna, 1998, S. 139 f.

44 Weihsmann bietet eine genaue Aufschlüsselung der Finanzpolitik des *Roten Wien*, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 26 –32.

45 Blau, Red Vienna, 1998, S. 7.

46 Christoph Braumann, Stadtplanung in Österreich von 1918–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Salzburg, Wien, 1986, S. 12.

47 Ebd., S. 156.

von 1890, die als Planungsinstrument für die Eingemeindung der umliegenden Vorstädte diente, wurde eine erste funktionelle Grobgliederung des bereits bebauten Gebietes in Wohngebiete und Industriegebiete möglich.[48]

Im Juli 1921 wurde erstmals die Kleingarten- und Siedlungszone[49] im Generalregulierungsplan für Wien festgelegt. Die Grundlage für die Einteilung von drei Siedlungsgebieten, *Nord und Nordost*, *Süd und Südost* sowie *West*, basierte auf einem 1920 von der Gemeinde initiierten Wettbewerb für einen Generalsiedlungsplan für Wien. Erst 1923 konnte durch die Initiative des *Österreichischen Verbandes für Siedlungs- und Kleingartenwesen* (ÖVSK) ein Generalarchitekturplan ausgearbeitet werden. Damit wurde ein erstes städtebauliches Konzept für Wien geschaffen. Die Architekten Josef Frank, Peter Behrens, Josef Hoffmann, Adolf Loos und Oskar Strnad[50] wiesen darin Kleingarten- und Siedlungsgebiete aus. Der Plan beinhaltete außerdem die Horizontal- und Vertikalgestaltung der Stadt, also Richtlinien für die Verteilung von Hoch- und Flachbauten. Industriebauten und die Verkehrsgestaltung wurden ebenso berücksichtigt. Die Siedlungsgebiete X., Laaerberg, XXII., Hoffingergasse, XIII., Lainz, XIII., Rosenhügel, XVII., Heuberg und XXI., Straßäcker fungierten, nach starken Protesten der Architektenschaft, nur als Leitlinien der zukünftigen Stadterweiterung. Die Erstellung eines detaillierten Bebauungsplanes scheiterte in weiterer Folge.[51] Eine einzige Siedlung konnte in der XII., Hoffingergasse von 1921 bis 1924[52] unter der Leitung von Josef Frank verwirklicht werden.[53]

Erst durch die *Wiener Bauordnung*[54] von 1930, die sich stark an dem Beispiel des Preußischen Städtebaugesetzes von 1925 orientierte,[55] konnte eine Rechtsgrundlage für einen *Fachbeirat für Stadtplanung* geschaffen werden. Dieses ehrenamtliche Beratungsorgan bewertete städtebauliche Maßnahmen und größere Umbauten, hatte aber wenig Einfluss und wurde schließlich 1939 aufgelöst.[56]

---

48 Ebd., S. 10.

49 Damit wurde ein unmittelbares städtebauliches Problem, durch das Nachvollziehen bereits vorgegebener baulicher und räumlicher Tatsachen, behoben, vgl.: Ebd., S. 12.

50 Kurzbiografien der Architekten finden sich mitsamt mehr oder weniger vollständigen Werksverzeichnissen in: Weihsmann, Das Rote Wien, 1985; Weihsmann, In Wien erbaut, 2005; www.architektenlexikon.at; Ursula Prokop forscht verstärkt am jüdischen Erbe der Wiener Architektur, vgl.: Ursula Prokop, Zum jüdischen Erbe in der Wiener Architektur – Der Beitrag jüdischer ArchitektInnen am Wiener Baugeschehen 1868–1938, Wien – Köln – Weimar, 2016.

51 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 81 f.

52 Gemeinsam mit Erich Faber wurde die Siedlung XII., Hoffingergasse – Oswaldgasse – Stegmayerstraße – Schneiderhangasse – Elsniggasse – Sonnergasse – Frühwirtgasse mit geringem finanziellen Aufwand errichtet. Jedoch sind die Grundrisslösungen und Planungsprinzipien einzigartig, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 289 f.

53 Prokop, Das jüdische Erbe, 2016, S. 113.

54 Gesetz vom 25. November 1929, womit eine Bauordnung für Wien erlassen wird, in: LGBl. für Wien, 3. Februar 1930, 3. Stück, Nr. 11, Wien, 1930, S. 9. Sie löste die bis dahin wirkende *Bauordnung* von 1883, mitsamt ihren Novellierungen ab.

55 Braumann, Stadtplanung, 1986, S. 10.

56 Geleitwort des Stadtbaudirektors, in: Wiener Stadtbauamt (Hg.), Die Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts und der städtischen Unternehmungen technischer Richtung in der Zeit von 1935 bis 1965 – ein Bericht in zwei Bänden, Bd. 1, Wien, 1974, S. 14.

In der *Bauordnung* wurde zwischen dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan unterschieden. Im Ersteren wurde zwischen dem Grünland, der neuen Widmungskategorie der Verkehrsbänder und dem Bauland in seinen Ausprägungen als Wohngebiet, gemischtes Baugebiet und Industriegebiet unterschieden.[57] Er stellte für die Behörde ein verbindliches Ordnungsinstrument dar. Der Bebauungsplan wies Bebauungsbestimmungen, Widmungen und rechtswirksame Linien für die LiegenschaftseigentümerInnen aus. Es existierten damit jedoch keine geeigneten Instrumente[58] für eine städtebauliche Gesamtplanung Wiens.[59]

1.2.2 Die innerstädtische Hofverbauung als städtebauliches Konzept

1.2.2.1 Bedeutung für die Stadtplanung

Das sozialdemokratische Wiener Gemeindebauprogramm ist international als Unikum der Zwischenkriegszeit anzusehen. Nicht nur durch die einzigartige Möglichkeit der Finanzierung, die aus der Verwaltung des österreichischen Staates durch Bund und Länder resultierte, sondern auch durch die Ablehnung des gewinnorientierten Mietzinsdenkens. Hans und Rudolf Hautmann sprechen sogar von der Erfindung des *Sozialistischen Realismus*[60] in Wien, nicht als architektonische Ausprägung, sondern als Verlagerung der Prioritäten des Bauens im Bezug auf die Qualität, Finanzierung, Bodenfrage, Mietpreisgestaltung, also der ökonomischen und politischen Faktoren.[61]

Die sozialdemokratische Gemeinde setzte ebenfalls neue städtebauliche Akzente. Die Entscheidung für eine kommunale Großverbauung von 1923 richtete sich entschieden gegen internationale Konzepte des zeitgenössischen Städtebaus. Gartenstadt-[62] und Trabantenstadtkonzeptionen,[63] wie sie in Deutschland und Frankreich en vogue waren,

---

57 Braumann, Stadtplanung, 1986, S. 156.

58 Ein einzelnes Exemplar des bis 1938 verwendeten General-Stadtplanes der Abteilung für Stadtregulierung diente zur Feststellung des jeweiligen Planungsstandes. Der Plan umfasste 132 Blätter mit einem Maßstab von 1:2880.

59 Magistratsabteilung 18, Stadtplanung in Wien, in: Wiener Stadtbauamt (Hg.), Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts, Bd. 1, 1974, S. II/9.

60 Der *Sozialistische Realismus* setzte sich Anfang der 1930er Jahre als sogenannter *Sowjetischer Klassizismus* als architektonische Stilrichtung in der Sowjetunion durch. Damit folgte die Sowjetunion internationalen Entwicklungen und verwarf mit dem bisher vorherrschenden Konstruktivismus einen funktionellen Architekturstil.

61 Hautmann, Hautmann, Gemeindebauten, 1980, S. 217–220.

62 Die Gartenstadtidee entstand im 19. Jahrhundert in England. Ebenezer Howards Konzept schöpfte aus Vorteilen der dicht verbauten Großstadt und landwirtschaftlicher Siedlungen. Der lebensreformerische und emanzipatorische Ansatz des Wohnens und Arbeitens in einer autonomen städtebaulichen Einheit konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Die Entwicklung mündete in der städtebaulichen Form suburbaner Siedlungen, vgl.: Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 25–30.

63 Das Konzept der Satelliten-Gartenstadt stammt von Raymond Unwin. Die in sich geschlossenen Siedlungen sollten als neue Stadtkerne fungieren, die sich an die dezentralisierte Industrie an der Peripherie der Städte anschlossen und mittels eines erweiterten Straßennetzes mit dem Stadtzentrum verbunden waren. In den 1920er Jahren wurde die

wurden durchgehend abgelehnt.[64] Ein städtischer Geschosswohnungsbau mit großzügiger, parkähnlicher Hofverbauung wurde in den bereits bestehenden Rahmen des historisch gewachsenen Stadtgefüges eingeführt. Somit setzte die Sozialdemokratie auf Akzente der Stadtveränderung bürgerlicher Bezirke, also die konsequente Umgestaltung der Wohnviertel durch Einfügen neuartiger Architektur.[65] Die praktizierte Hofverbauung wurde als Teil der Stadtplanung begriffen. Als raumbildendes Element wurde sie an den bereits bestehenden Straßenraum angegliedert und fungierte als *grüne Oase der Arbeiterschaft*. Diese Auflockerung des eng mit Bürgerhäusern bebauten Wiens wurde insgesamt als Stadtverbesserung innerhalb einer bereits bestehenden *Bauordnung* wahrgenommen.[66]

Damit setzte die Gemeinde ab 1924 auf die wirtschaftliche und bautechnische Lösung, kleine Wohnungen in Hofverbauung zu errichten, die durch gemeinschaftliche Einrichtungen wie Wäschereien, Kindergärten, Grünanlagen und Büchereien ergänzt wurden. Die rationelle Überlegung, das Wohnbauprogramm so forcierter durchführen zu können, begünstigte in weiterer Folge eine Verlegung des Alltags der GemeindebaubewohnerInnen in die Höfe und ein Zusammentreffen in den Gemeinschaftseinrichtungen. Gemäß der Theorie des *Austromarxismus* sollte so einer Emanzipation der GemeindebaumieterInnen zu *Gemeinschaftsmenschen* Vorschub geleistet werden.[67]

1.2.2.2 Die *roten Höfe*

Die SozialdemokratInnen gingen aus der ersten Gemeinderatswahl[68] vom 4. Mai 1919 als Sieger mit der absoluten Mehrheit hervor. Jakob Reumann[69] wurde erster sozialdemokratischer Bürgermeister und die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* übernahm die Stadtverwaltung von 1919 bis 1923. Eine 1920 durchgeführte Verwaltungsreform des provisorischen Gemeinderates demokratisierte die bisher patriarchalisch durchgeführte Stadtregierung und relativierte damit die Stellung des Bürgermeisters. Der demokratische Wiener Stadtrat bestand aus bezahlten, amtsführenden Stadträten, die jeweils eine Magistratsabteilung

---

sogenannte Trabantenstadt im kommunalen Bauprogramm in Frankfurt am Main umgesetzt, vgl.: Eric Mumford, The CIAM Discourse on Urbanism, 1928–1960, Cambridge, Massachusetts, 2000, S. 29.

64 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 112.

65 Karl Mang, Architektur und Raum – Gedanken zum Wohnbau im Roten Wien, in: Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Das Rote Wien, 1993, S. 44 f.

66 Ebd., S. 50–52.

67 Frei, Graswurzel, 1991, S. 194.

68 Am 12. März 1919 wurde vom provisorischen Gemeinderat eine neue Wahlordnung für Wien beschlossen. Diese orientierte sich am Verhältniswahlrecht der Nationalversammlung. Alle österreichischen Staatsbürger, die ihren Wohnsitz in Wien hatten, unabhängig vom Geschlecht, durften ab dem 20. Lebensjahr an allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen teilnehmen, vgl.: Maren Seliger, Karl Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848–1932 – Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur, Wien, 1984, S. 63.

69 1888/89 wurde Reumann am *Hainfelder Parteitag* Sekretär der neugegründeten *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs*. 1918 übernahm er den Vorsitz des provisorischen Gemeinderates von Wien und wurde am 21. Mai 1919 erster sozialdemokratischer Bürgermeister der Hauptstadt. Am 13. November 1923 trat er zurück und war bis zu seinem Tod 1925 Vorsitzender des Bundesrates.

leiteten, ehrenamtlichen Stadträten und zwei Vizebürgermeistern. Der Gemeinderat hatte die Aufgabe, den Bürgermeister, seine Stellvertreter und die Stadträte zu wählen. Außerdem bildete er Ausschüsse für die verschiedenen Verwaltungsgruppen. Für die Durchführung der Gemeinderatsbeschlüsse wurden in den einzelnen Stadtbezirken Bezirksvertretungen gebildet, die in den Bezirken selbst gewählt wurden. Die MandatsträgerInnen konnten innerhalb einer fünfjährigen Periode arbeiten, in der es keine direkte Mitwirkung der WählerInnen gab.[70]

Durch die Beseitigung des undemokratischen Kurienwahlrechtes und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts konnte die Arbeiterschaft erstmals als Faktor im politischen System in Erscheinung treten. Vor allem die Frage des gestiegenen Wohnungsbedarfs, die durch den Ausschluss der politischen Teilnahme der Arbeiterschaft in der Monarchie nicht behandelt werden musste, wirkte sich nachteilig für die bürgerlichen Parteien aus.[71] Die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* konnte innerhalb des demokratischen Systems deshalb weitgehend aus ihrem Wohnbauprogramm und den sozialpolitischen Maßnahmen ihre politische Legitimation ziehen, die allesamt als *austromarxistische Errungenschaften* Wiens anerkannt wurden. Somit hatte das Wiener Wohnbauprogramm auch eine weitreichende Bedeutung für die Durchsetzung einer neuen Wohnkultur und damit auch direkte Auswirkung auf die politische Praxis der Sozialdemokratie in Wien.

Die enge Verknüpfung von Politik und Alltag in den Hofbauten leisteten ein Übriges. Beispielsweise wurden Parteilokale in den Gemeindebauten gegründet, damit die sozialdemokratischen BewohnerInnen den Parteisitzungen in Gasthäusern entkommen und durch die örtliche Nähe zur eigenen Wohnung direkter am politischen Leben teilnehmen konnten. Auch die Eröffnungsfeiern der *Höfe* wurden durch Aufmärsche der Parteiorganisationen zur Tribüne der Sozialdemokratie. Am traditionellen Tag der Arbeit, dem 1. Mai, schmückten die BewohnerInnen *ihre Gemeindebauten* mit einem roten Fahnenmeer. Die kommunalen Bauten konnten sich so zu Hochburgen der Sozialdemokratie entwickeln.[72]

Die als *rote Höfe* im Stadtgebiet leicht an ihrer expressionistischen Ausgestaltung erkennbaren Gemeindebauten wirkten sich positiv auf die Wahrnehmung der eigenen politischen Stellung der Arbeiterschaft aus. Die Hofbauten wurden damit durch ihren symbolischen, räumlichen Ausdruck zu Ideologieträgern für die sozialdemokratische Wohnungspolitik. Unterstützt wurde dies durch die Benennungen der Höfe mit Namen bekannter Sozialisten.[73]

Die Sozialdemokratie setzte mit ihrer neuartigen Baupolitik durchwegs auf eine architektonische Manifestation der urbanen, sozialdemokratischen Kultur Wiens in einem auf bürgerlich-bäuerlichen Traditionen fußenden Staat.[74]

---

70 Frei, Graswurzel, 1991, S. 81 f.

71 Kaiser, Wohnungswesen, 2011, Diplomarbeit, S. 22.

72 Frei, Graswurzel, 1991, S. 201–207.

73 Ebd., S. 196, 230 f.

74 Hoffmann, Hack' und Spaten, 1987, S. 66.

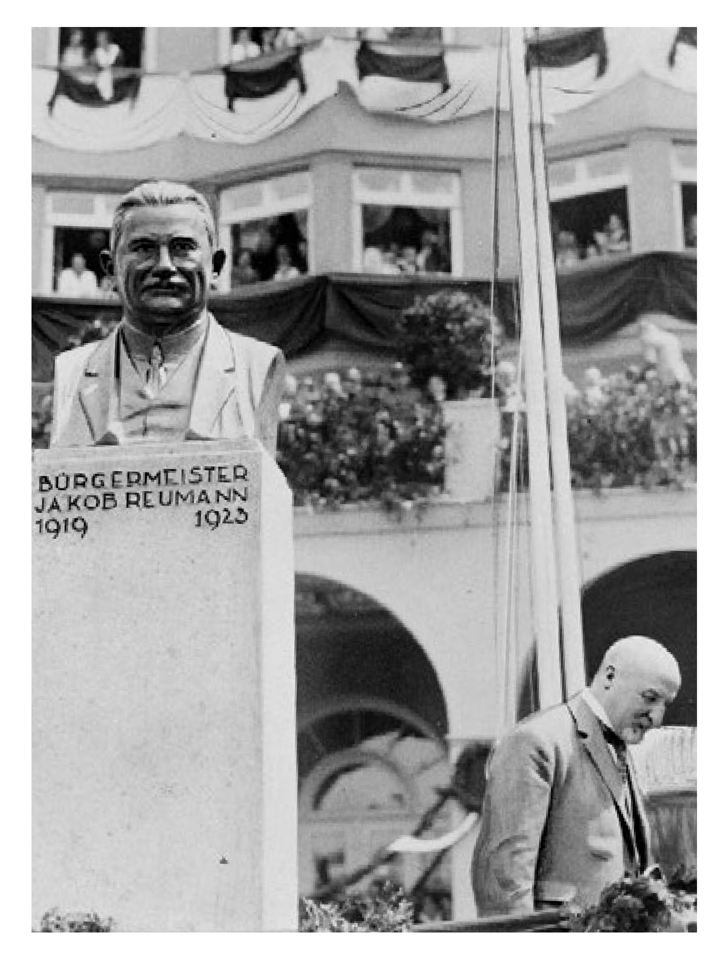


Abb. 2 Eröffnung des *Jakob-Reumann-Hofes* durch Bürgermeister Karl Seitz vor der Büste des ersten sozialdemokratischen Bürgermeisters Wiens. (Albert Hilscher 27.06.1926).

1.2.3 SiedlerInnenbewegung und Gartenstadt im *Roten Wien*

Durch die wirtschaftliche Blockade der Alliierten im Ersten Weltkrieg und die heimkehrenden Soldaten verschärfte sich die Versorgungssituation am Lebensmittelsektor in Wien zusehends. Durch unerlaubte Besetzungen von Grundstücken und den Aufbau einer Selbstversorgerwirtschaft, sogenannten *Kriegsgemüsegärten*, versuchten breite Teile der Bevölkerung der Krise gegenzusteuern. Im Zuge der illegalen Landnahme entstanden rings um Wien Wohnhütten. Zwischen 1918 und 1921 konnte sich dadurch eine eigene Infrastruktur für die KleingartensiedlerInnen herausbilden, die sich in Österreich durchwegs aus einem *proletarischen Milieu* rekrutierte. Konservative Siedlungsideen, wie sie in Deutschland propagiert wurden, sickerten erst nach und nach in die neu entstehende SiedlerInnenbewegung ein.[75]

75 Ebd., S. 61 f.

Die aufstrebende Wiener SiedlerInnenbewegung konnte sich aufgrund fehlender Voraussetzungen wie etwa die Gartenstadt-, Schrebergarten- und Bauvereinsbewegung zu einer starken, nicht besitzindividualistischen Genossenschaftsbewegung formieren. Ab 1920 untermauerte diese ihre kulturellen und sozialen Forderungen mit Großdemonstrationen, die durchwegs auf die Legalisierung der besetzten Grundstücke abzielten.[76]

Die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* erkannte das Potential der neuen Bewegung und integrierte sie in die eigenen politischen Strukturen, was der genossenschaftlichen SiedlerInnenbewegung einen Aufschwung bis 1923 bescherte. 1920 wurde dafür das *Siedlungsamt* als provisorische Unterabteilung des *Wohnungsamts* gegründet, das im darauffolgenden Jahr zur eigenen Magistratsabteilung erhoben wurde. Im September 1921 konnten die SiedlerInnen durch den Zusammenschluss des *Verbandes der Schrebergartenvereine Österreichs* und des *Hauptverbandes für Siedlungs- und Kleingartenwesen* im *Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen* zentralisiert werden. Mit der Errichtung der *Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt* (GESIBA) im September 1921 entstand ein kommunaler Baustofflieferant.[77]

Erst mit personellen Umbesetzungen im Gemeinderat und dem Amtsantritt des neuen sozialdemokratischen Bürgermeisters Karl Seitz[78] am 13. November 1923 geriet die auf genossenschaftlicher Selbsthilfe basierende SiedlerInnenbewegung durch Entzug der sozialdemokratischen Unterstützung in die Defensive. Durch Förderung des Hochbaus in einem am 21. September 1923 beschlossenen Gemeindewohnbauprogramm sollten in nur fünf Jahren 25.000 Wohnungen entstehen. Die konservative Bundesregierung kürzte daraufhin ab 1924 alle Zuschüsse an die gemeinnützigen Wohnbauträger, wodurch der genossenschaftliche Siedlungsbau fast vollständig zum Erliegen kam und Auflösungserscheinungen in seiner Infrastruktur zeigte.[79]

Im selben Jahr begann die Wiener Gemeinde mit der Errichtung gemeindeeigener Siedlungen, die kommunales Eigentum darstellten und wie die Gemeindebauwohnungen zentral verwaltet wurden. Die Siedlungsgenossenschaften wandten sich deswegen weitgehend von der Sozialdemokratie ab und vollführten einen Schwenk ins konservative Lager.[80] Durch die politische Umorientierung wurde auch Otto Neuraths[81] städtebauliches Konzept der Verschiebung des Schwerpunktes der Stadt an deren Ränder durch die

76 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 72 f.

77 Ebd., S. 76–78.

78 Der Sozialdemokrat Seitz war 1918 einer der drei Präsidenten der provisorischen Nationalversammlung der *Republik Deutschösterreich*. Am 11. November 1918 wurde er Parteivorsitzender und Leiter des Parlamentklubs. Ab 1923 wurde er nach Reumann zweiter sozialdemokratischer Bürgermeister Wiens. In seiner Amtszeit wurde das Wohnbauprogramm des *Roten Wien* forciert vorangetrieben. Nach dem Bürgerkrieg 1934 wurde er verhaftet.

79 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 108 f.

80 Frei, Graswurzel, 1991, S. 154 f., 165; Hoffmann, Hack' und Spaten, 1987, S. 63–65.

81 Der Ökonom Neurath gründete in Wien 1924 das *Museum für Siedlung und Städtebau*. Im Zuge dieser Tätigkeit entwickelte er standardisierte bildliche Darstellungen zur Vermittlung wirtschaftlichen Wissens.

Schaffung von Trabantenstädten nach dem Muster Frankfurts am Main als neue *proletarische Zentren* obsolet.[82]

Die forcierte Hofverbauung der SozialdemokratInnen unterlag nicht nur international und national, sondern auch innerhalb der eigenen Partei einer gezielten Kritik von Siedlungs- und GartenstadtbefürworterInnen. Diese wirkten innerhalb des im September 1926 in Wien stattfindenden *Wohnungs- und Städtebaukongresses*[83] des *Internationalen Verbandes für Städtebau, Landschaftsplanung und Gartenstädte*, auf die parteieigene Wohnungsbaupolitik ein. Die internationale Kritik am kommunalen Hofverbauungsprogramm wurde von der Gemeinde mit der Zusage, den Flachbau weiter auszubauen, quittiert. Trotzdem bestanden unter den SozialdemokratInnen weiterhin ideologische Vorbehalte gegen die als großstadtfeindlich und bürgerlich verortete Gartenstadtideologie.[84]

Infolge der Kritik wurde ab 1927 der gemeindeeigene und genossenschaftliche Siedlungsbau ausgeweitet. Dies ging mit einer Zentralisierung des Baus von Siedlungen in den Händen der *Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt* einher. Die Planungshoheit oblag dem *Wiener Stadtbauamt* zusammen mit dem *Siedlungsamt* der Stadt Wien.[85]

Mit den Gemeindebauprogrammen konnten bis 1934 rund 64.000 Wohnungen für ca. 220.000 BewohnerInnen geschaffen werden. Dies stellt rund 70 % der städtischen Wohnbauleistung der Zwischenkriegszeit dar. Die Genossenschaften erstellten im Vergleich dazu mit 7.000 Siedlungshäusern rund 11 %.[86]

1.2.4 Formen und Ausgestaltung der Hofverbauung

1.2.4.1 Die neuen Wohnungstypen

Die Zinshäuser und -wohnungen der Jahrhundertwende und des beginnenden 19. Jahrhunderts waren auf Repräsentation hin ausgerichtet. Selbst kleinste Räume wurden von einer übergroßen zweiflügeligen Tür beherrscht.[87] Deren repräsentative Anordnung und die standardisierte Beleuchtung kleinster Räume durch zwei Fenster, die von außen die Fassade der Gebäude gliederten, ließen Platzprobleme bei der Ausnutzung der Wohnfläche entstehen.[88]

Die in den 1920er Jahren international beginnende Taylorisierung des Wohnungsbaus[89] und die vollständige Durchrationalisierung der Wohnung nach Gesichtspunkten der effi-

82 Blau, Red Vienna, 1998, S. 167.

83 Der Kongress wurde vom Gründer des Gartenstadtgedankens, Ebenezer Howard, geleitet.

84 Hoffmann, Hack' und Spaten, 1987, S. 126–128.

85 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 113 f.

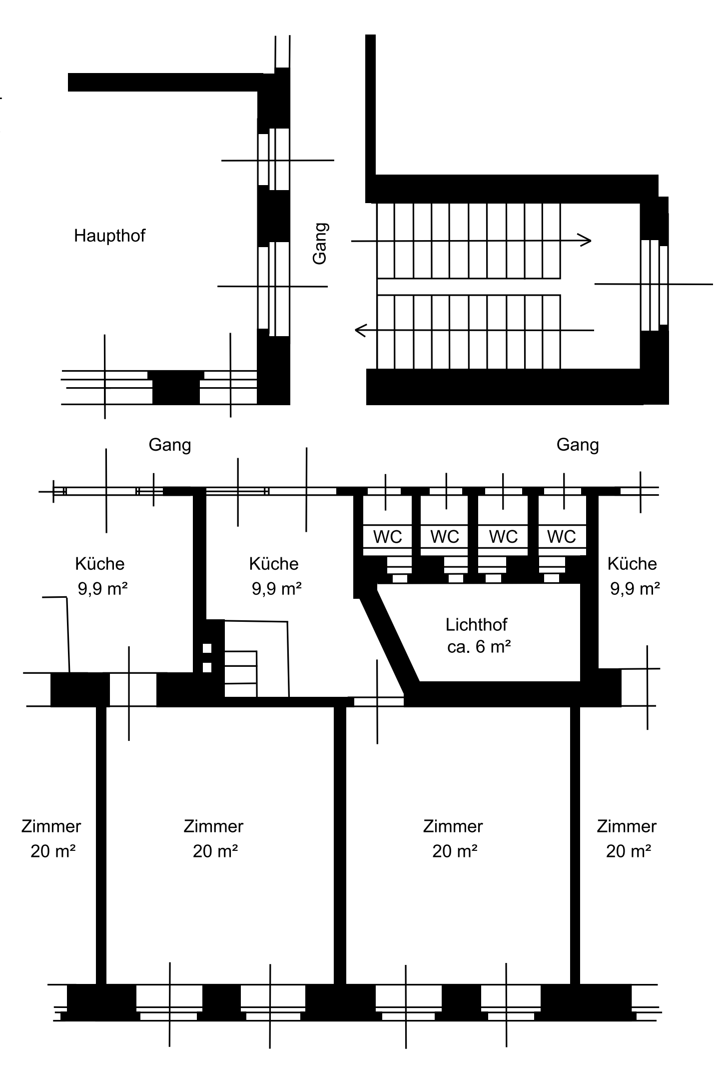
86 Ebd., S. 108.

87 Karl Maria Grimme, Die Mietwohnung von heute – Wie richte ich sie ein?, Wien – Leipzig, 1932, S. 6.

88 Ebd., S. 11–15.

89 Eine wirtschaftliche Reorganisation des Baugewerbes durch arbeitssparende Techniken vom Beginn des 20. Jahrhunderts, die sich ab den 1920er Jahren vor allem auf die Rationalisierung der Wohnungsgrundrisse auswirkte.

Abb. 3 Grundriss eines nicht ausreichend belüfteten Wiener Gründerzeithauses der Jahrhundertwende mit Toilette am Gang. (Andreas Suttner 2016).



zienten Nutzung hatte im *Roten Wien* aufgrund veralteter Baustrategien noch nicht ganz gegriffen. Im Wohnbauprogramm wurde für die Typisierung der Wohnungen auf Grundrisse des historischen Mietshausbaus zurückgegriffen.[90]

Bis 1927 wurden 75 % der Wohnungen mit Vorraum, WC, Küche und einem Zimmer mit einer durchschnittlichen Gesamtgröße von 38 m² gebaut. Die übrigen Wohnungen

90 Doris Weigel, Die Einraumwohnung als räumliches Manifest der Moderne – Untersuchungen zum Innenraum der dreißiger Jahre, Schliengen, 1996, S. 112; Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien – Ein Überblick über die Tätigkeit der Stadt Wien seit dem Kriegsende zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Hebung der Wohnkultur, Wien, 1926, S. 28.

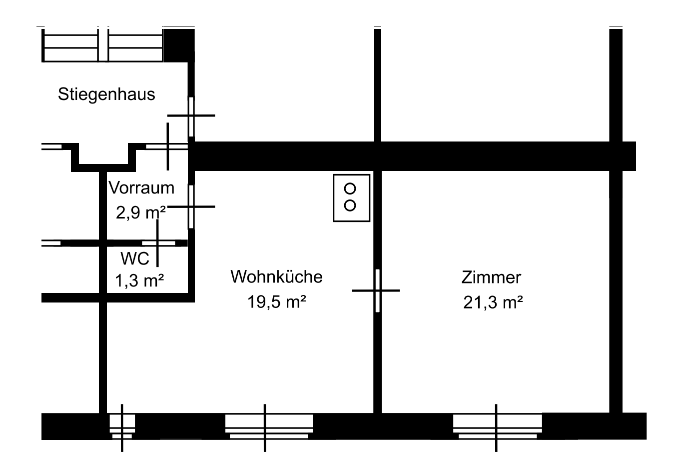


Abb. 4 Größte Standardwohnungstype des *Roten Wien* mit 45 m² Grundfläche, eigener Toilette und Badezimmer. Diese Typenwohnungen wurden ab 1926 gebaut. (Andreas Suttner 2016).

wiesen entweder eine zusätzliche Schlafkammer oder größere Wohnküchen auf einer Fläche von 45 bis 48 m² auf.[91] Rund die Hälfte der Wohnungen des bis 1927 geplanten *Karl-Marx-Hofs*,[92] waren noch Kleinwohnungen mit Zimmer, Küche und Kabinett.[93] Ab 1926 setzte durch die Kritik des in Wien tagenden internationalen Städtebaukongresses und aus bevölkerungspolitischen Erwägungen ein Umdenken bei der Gemeinde ein. Die Wohnungstypen wurden vergrößert, wobei aber teilweise die Größe der Räume gegenüber den Gründerzeitgrundrissen reduziert wurden. Bei der ersten Type fanden sich auf 40 m² Vorraum, Küche, Schlafzimmer und WC. Eine weitere Variante mit 49 m² wurde mit einem zusätzlichen Wohnzimmer ausgeführt. Die größte Type mit 57 m² besaß statt eines Wohnzimmers einen kleiner dimensionierten Wohnraum und wartete mit einem zusätzlichen Schlafzimmer auf.[94]

Die Wohnungen waren jedoch nicht wie in den Mietshäusern der Gründerzeit von einem gemeinsamen, langgezogenen Gang aus begehbar, sondern wurden um ein Treppenhaus gruppiert, wodurch direkte Besonnung und Belichtung durch Fenster, die zur Straße und zum Hof gingen, ermöglicht wurde. Außerdem waren die hygienischen Bedingungen der einzelnen Wohneinheiten mittels Einleitung von fließendem Wasser und eigenen Toiletten[95] erhöht worden.[96]

Nach internationalem Beispiel konnten durch Normierung und Typisierung eigene Räume für die Grundbedürfnisse – Kochen, Essen, Schlafen und Körperhygiene – geschaf-

91 Marchart, Wohnbau, 1984, S. 30.

92 Karl Ehn schuf die Gemeindebauanlage XIX., Heiligenstätter Straße 82–92 – Grinzinger Straße – Gunoldstraße – Boschstraße 1–19 – Halteraugasse – Geistingergasse 1 mit 1.382 Wohnungen zwischen 1927 und 1930, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 398–401.

93 Weigel, Einraumwohnung, 1996, S. 112.

94 Marchart, Wohnbau, 1984, S. 30.

95 In den Mietshäusern der Gründerzeit wurde eine gemeinsame Toilette von mehreren Mietparteien benutzt.

96 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 39 f.

fen werden. Auch das Mobilar unterlag einer Normierung, um den wenigen Platz in den Kleinwohnungen möglichst effizient zu nutzen. Die neuartige Form der Wohnungsgestaltung und -einrichtung nahm weitgehend Einfluss auf die Lebensgewohnheiten der BewohnerInnen.[97]

Insbesondere das durch die Taylorisierung aufkommende fordistische Familienbild als Grundzelle der bürgerlichen Gesellschaft führte zu einer neuen Rollenzuweisung der Frau als aus dem Produktionsprozess ausgeschlossene Hausfrau. Der ihr zugewiesene Platz war die durchrationalisierte Kleinküche.[98] Dieser Ansatz wurde im *Roten Wien* nicht übernommen, sondern die Wohnküche präferiert. Laut Weihsmann sollte es dadurch zu keiner Ausgliederung der Frau aus dem Familien- und Arbeitsalltag der Familie kommen.[99] Die österreichische Architektin Margarete Schütte-Lihotzky, die maßgeblich an der Entwicklung der *Frankfurter Küche*[100] beteiligt war, betrachtet die Weiterführung der Wohnküche im Wien der Zwischenkriegszeit nüchterner. In Frankfurt am Main war deren Einführung an die Möglichkeiten des Kochens und Heizens mit Gas gekoppelt. In Wien war die Feuerstelle, die mit Holz oder Kohle geheizt wurde, Wärmepol der ganzen Wohnung. Eine Trennung von Wohnen und Kochen war aus praktikablen Gründen nicht möglich.[101]

Gemeinschaftliche Einrichtungen wie Bäder, Wäschereien, Hofanlagen, Bibliotheken, Kinderspielplätze und Läden, in die die Wohnungen innerhalb der Hofverbauung eingebunden waren, sollten nach sozialdemokratischem Ideal einem Gemeinschaftsleben Vorschub leisten.[102]

1.2.4.2 Die Architektur der Höfe anhand ausgewählter Beispiele

Die neuartige Type der Hofverbauung wurde erstmals mit dem *Metzleinstaler-Hof*[103] von Hubert Gessner[104] im V. Bezirk begonnen. Der gemeinsame Gang der Miets- und Bürgerhäuser der Jahrhundertwende wurde zugunsten eines vertikalen Stiegenhauses mit jeweils vier oder fünf direkt daran anschließenden Wohnungen abgeändert. Dieses für ArbeiterInnenwohnungen radikale Konzept konnte sich ab 1922 in der Ausgestaltung der Gemeindebauten durchsetzen.[105] Damit wurde ein sogenanntes Baumuster vorgegeben,

---

97 Jürgen Mümken, Kapitalismus und Wohnen – Ein Beitrag zur Geschichte der Wohnungspolitik im Spiegel kapitalistischer Entwicklungsdynamik und sozialer Kämpfe, Lich/Hessen, 2006, S. 110 f.

98 Ebd., S. 114 f.

99 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 43.

100 Eine durchrationalisierte Kleinküche, wie sie im sozialistischen Wohnbauprogramm in Frankfurt am Main zur Anwendung kam.

101 Margarethe Schütte-Lihotzky, Warum ich Architektin wurde, Wien, 2004, S. 145–147.

102 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 43–47.

103 V., Margaretengürtel 90–98 – Fendigasse 38–42 – Siebenbrunnengasse 87–89 – Siebenbrunnfeldgasse 13–15, 1919/20, 1923–1925, Hubert Gessner (begonnen von Robert Kalesa), vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 217 f.

104 Kurzbiografien der ArchitektInnen finden sich mitsamt mehr oder weniger vollständigen Werksverzeichnissen in: Weihsmann, Das Rote Wien, 1985; Weihsmann, In Wien erbaut, 2005; www.architektenlexikon.at; Ursula Prokop forscht verstärkt am jüdischen Erbe der Wiener Architektur, vgl.: Prokop, Das jüdische Erbe, 2016.

105 Blau, Red Vienna, 1998, S. 177, 179.

in Bezug auf Wohnungsgröße, Baudichte, innere Gliederung und gemeinschaftliche Einrichtungen, wodurch die Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit als in ein übergreifendes Gesamtkonzept eingebettet erscheinen.[106] Die Baumassen der monumentalen Wohnblöcke wurden frei gegliedert, die Schauseiten reicher. Erker, Loggien und vorspringenden Balkone gliederten die Fassaden.[107] Durch diese stilistischen Versatzstücke trugen die einzelnen Gemeindebauten die ästhetische Handschrift ihrer ArchitektInnen und lassen so eine stilistische Einordnung zu.[108]

Mit der Errichtung des *George-Washington-Hofes*[109] im X. Bezirk von Karl Krist und George Orley in den Jahren 1927 bis 1930 wurde versucht, den kommunalen Wohnungsbau mit der Idee der Gartenstadt zu verbinden. Damit sollte die Kritik an der kommunalen Großverbauung abgedämpft werden, die während des Städtebaukongresses von 1926 am Wiener Bauprogramm geübt wurde. Eine aufgelockerte Blockbebauung mit mehreren Höfen entstand.[110]

Weitere bekannte und eindrucksvolle Beispiele der Hofverbauung des *Roten Wien* stellen der *Jakob-Reumann-Hof*[111] im V. Bezirk, der *Karl-Marx-Hof*[112] im XIX. Bezirk der *Karl-Seitz-Hof*[113] im XXI. Bezirk, der *Friedrich-Engels-Hof*[114] im XX. Bezirk und der *Rabenhof*[115] im III. Bezirk dar.

1.2.4.3 ArchitektInnen und Architektur des *Roten Wien*

Die am 1. Mai 1930 in Kraft getretene neue *Wiener Bauordnung*[116] wirkte sich durch Normierungen und Einschränkungen weitgehend auf die Ästhetik der Bauten aus. Damit konnte nicht nur stadtplanerisch in der Form des Flächenwidmungsplanes, sondern auch auf die Wirkung und die Ausgestaltung Einfluss genommen werden.[117] Die Oberhoheit

---

106 Hautmann, Hautmann, Gemeindebauten, 1980, S. 203 f.

107 Marchart, Wohnbau, 1984, S. 23.

108 Hautmann, Hautmann, Gemeindebauten, 1980, S. 203 f.

109 X., Unter-Meidlinger Straße 2–14 – Triester Straße 52–58 – Wienerbergstraße 2–6 – Eschenallee 2–4 – Köglerstraße, 1927–1930, Karl Krist, Robert Oerley, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 258.

110 Mang, Gedanken, in: Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Das Rote Wien, 1993, S. 54.

111 V., Margaretengürtel 100–110 – Siebenbrunnengasse 90–92 – Brandmayergasse 37–39, 1924–1926, Hubert Gessner, Josef Bittner, Adolf Stöckl, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 221–223.

112 XIX., Heiligenstätter Straße 82–92 – Grinzinger Straße – Gunoldstraße – Boschstraße 1–19 – Halteraugasse – Geistingergasse 1, 1927–1930, Karl Ehn, vgl.: Ebd., S. 398–401.

113 XXI., Jedlerseer Straße 66–94 – Voltagasse – Bunsengasse – Edisongasse – Dunantgasse, 1926–1931, Hubert Gessner, vgl.: Ebd., S. 432–435.

114 XX., Friedrich-Engels-Platz 1–10 – Kapaunplatz 1–5, 8–9 – Aignerstraße 8–14 – Leystraße 19–23 – Wehlistraße 24–26 – Forsthausgasse, 1930/31, 1933, Rudolf Perco, vgl.: Ebd., S. 426–428.

115 III., Baumgasse 29–41 – Hainburger Straße 68–70 – Rabengasse 1–9, 2–12 – Lustgasse 5–15 – St.-Nikolaus-Platz 1–7 – Kardinal-Nagl-Platz 5 – Rüdengasse 22, 1925–1928, Heinrich Schmid, Hermann Aichinger, vgl.: Ebd., S. 197–199.

116 Gesetz vom 25. November 1929, womit eine Bauordnung für Wien erlassen wird, in: LGBl. für Wien, 3. Februar 1930, 3. Stück, Nr. 11, Wien, 1930, S. 9.

117 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 128 f.



Abb. 5 Ansicht des 1926 fertig gestellten *Jakob-Reumann-Hof* in Wien V. (Anonym nach 1926).



Abb. 6 Der *Karl-Marx-Hof* in Wien XIX wurde von Karl Ehn entworfen und zwischen 1927 und 1930 gebaut. (Foto Gerlach um 1930).

über die Planverfassung der städtischen Wohnbauten in Wien, aber auch Überprüfung und Begutachtung von Plänen amtsfremder ArchitektInnen hatte dabei die Magistratsabteilung 24 *Architektur* inne.[118] Damit ging die endgültige Festschreibung der schon praktizierten Einteilung von Wohnungen in drei Größen und der Normierung von Fenstern, Türen, Zimmerhöhen, Treppen sowie Küchen einher. Neu hingegen war eine Einteilung der Gebäudehöhe in Bauklassen.[119] Gründerzeitliche Lichthöfe konnten aufgrund der Festschreibung der Bebauungsdichte, der Festlegung des Lichteinfalls und der Gebäudehöhe aber nicht mehr gebaut werden. Die *Bauordnung* fixierte damit die Folgerungen aus der bisherigen kommunalen Bautätigkeit Wiens.[120]

Im Wohnbauprogramm des *Roten Wien* wurden neben den beamteten Architekten eine Vielzahl an PrivatarchitektInnen beauftragt. Die Mehrzahl davon waren Schüler von Otto Wagner, der an der *Akademie der bildenden Künste* unterrichtet hatte.[121] Für die Gemeinde arbeiteten aber auch Schüler der Akademie von Peter Behrens, sowie ArchitektInnen der *Kunstgewerbeschule Wien*[122] und der *Technischen Hochschule Wien*.[123] Alle politischen Lager sowie alle Kunstrichtungen warten vertreten. Um nur einige bedeutende Architekten zu nennen: Hermann Aichinger, Leopold Bauer, Anton Brenner, Karl Ehn, Max Fellerer, Josef Frank, Rudolf Frass, Hubert Gessner, Alfons Hetmanek, Oswald Haerdtl, Josef Hoffmann, Clemens Holzmeister, Emil Hoppe, Ernst Lichtblau, Engelbert Mang, Robert Oerley, Alexander Popp, Heinrich Schmid, Otto Schönthal, Hermann Stiegholzer, Oskar Strnad.[124]

Rund 190 ArchitektInnen schufen bis 1934 an die 760 Gemeindewohnhäuser.[125] Aus verschiedenen Schulen und Richtungen kommend, arbeiteten sie pragmatischerweise vor der Gemeinde zusammen, oft auch in Planungsteams. Nur so konnte durch die Übernahme

---

118 Statistische Abteilung der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien, Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien im Jahre 1938 – Verwaltungsbericht, Wien, 1941, S. 125.

119 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 129.

120 Salomon Rosenblum, Die sozialpolitischen Massnahmen der Gemeinde Wien, Bern, 1935, S. 130 f. Im Ständestaat wurde 1936 zwar eine Abänderung der *Bauordnung* durchgeführt, diese stellte aber keinen fundamentalen Eingriff dar, vgl.: Stadtgesetz vom 2. Juli 1936 betreffend Abänderung der Bauordnung für Wien, in: Gesetzblatt der Stadt Wien, 31. Juli 1936, 14. Stück, Nr. 33, Wien, 1936, S. 107.

121 Gerade die Schüler Otto Wagners lieferten dem so genannten *Revolutionären Stil* des *Roten Wien*, der neben dem bürgerlichen und dem sachlichen Stil wirkte, wichtige Impulse, vgl.: Institut für österreichische Kunstforschung des Bundesdenkmalamtes (Hg.), Österreichische Kunsttopographie, Bd. XLIV, Die Kunstdenkmäler Wiens – Die Profanbauten des III., IV. und V. Bezirkes, Wien, 1980, S. 618; Die sogenannten *Volkswohnungspaläste* blieben laut Feller und Bernard durch die Schüler Wagners aber auch in *bürgerlichen Traditionen* verhaftet, vgl.: Feller, Bernard, Brüche, in: Österreichischer Kunsthistorikertag (Hg.), „Kunstrealitäten", 1997, Tagungsband, S. 125.

122 Seit 1998 die *Universität für angewandte Kunst*.

123 Die *Technische Hochschule Wien* wurde 1975 zur *Technischen Universität Wien.*

124 Kurzbiografien der ArchitektInnen finden sich mitsamt mehr oder weniger vollständigen Werksverzeichnissen in: Weihsmann, Das Rote Wien, 1985; Weihsmann, In Wien erbaut, 2005; www.architektenlexikon.at; Ursula Prokop forscht verstärkt am jüdischen Erbe der Wiener Architektur, vgl.: Prokop, Das jüdische Erbe, 2016.

125 Schütte-Lihotzky, Architektin, 2004, S. 99.



Abb. 7 Beim XX., *Leopold-Winarsky-Hof* arbeiteten erstmals Vetreter der Moderne bei einem Gemeindebau zusammen. Er entstand zeitgleich mit dem *Jakob-Reumann-Hof* in Wien V. (Martin Gerlach 1926).

von Zinskasernen- und ArbeiterInnenhaus-Wohnungsgrundrissen eine neue Formensprache entwickelt werden, die in eine *Neue Sachlichkeit* mündete.[126] Ein erster sachlicher Gemeindebau entstand ab 1924 mit dem *Leopold-Winarsky-Hof*,[127] bei dem das *Stadtbauamt* erstmals VertreterInnen der Moderne wie Adolf Loos, Peter Behrens, Josef Hoffmann, Oskar Strnad, Josef Frank, Oskar Wlach, Franz Schuster und Margarete Schütte-Lihotzky zur Projektierung zuließ.[128] Am Ende der Ersten Republik fielen Stilelemente und Fassadenschmuck fast völlig weg, auch von der vereinheitlichten Bauausführung der Baukörper her wurde eine sterile Uniformität charakteristisch.[129] Wert wurde dabei ebenfalls auf einen identitätsstiftenden *Alpenexpressionismus* durch Holzmeister, Oerley, Schmid, Aichinger und Lois Welzenbacher gelegt.[130] Das *Neue Bauen* der späten 1920er Jahre von Walter

126 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 132–134.

127 XX., Winarskystraße 15–21, Stromstraße 74–76, Vorgartenstraße 44, Pasettistraße 39–45, Leystraße, 1924–1926, vgl.: Ebd., S. 419–421.

128 Schütte-Lihotzky, Architektin, 2004, S. 63–65, 101 f.

129 Weihsmann sieht das langsame Auftreten der *Neuen Sachlichkeit* stilistisch vor allem durch den geometrischen Jugendstil und neoklassizistische Elemente Otto Wagners geprägt, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 124–135.

130 Ebd., S. 144.

Gropius[131] konnte sich einerseits durch die Wirtschaftskrise, andererseits durch konservative Baumethoden und ArchitektInnen im Österreich der Zwischenkriegszeit nicht durchsetzen.

1.2.5 Wider das sozialdemokratische Experiment

1.2.5.1 Endgültiger Fall des *Roten Wien*

Besonders am ideologischen Konzept und der architektonischen Ausgestaltung des Wohnbauprogramms entzündete sich der Gegensatz der politischen Lager. Es konnte von der sozialdemokratischen Gemeinde nur unter schwersten politischen und ökonomischen Konflikten durchgesetzt und -geführt werden.[132]

Die in die Oppositionsrolle gedrängte Wiener *Christlichsoziale Partei* hatte keinerlei eigenständige Konzepte für die bürgerliche Umgestaltung des Wohnungsbauprogramms in Wien. Populistische Stimmungsmache gegen eine vermeintliche Siedlungsfeindlichkeit der Gemeinde zielte auf die Erschließung neuen WählerInnenpotentials der von der Sozialdemokratie ab 1923 vernachlässigten gemeinnützigen Genossenschaften. Vordergründig kämpfte die bürgerliche Opposition aber gegen die sozialdemokratische Umverteilungspolitik der Gemeinde und somit gegen die *Wohnbausteuer*[133] und den *Mieterschutz*.[134]

1928 verlagerte sich der Streit um die Finanzierung des Wohnungsbauprogramms auf die Ebene der Bundespolitik. Die konservative Regierung setzte an der verwundbarsten Grundlage des *Roten Wien* an. Mittels der Abgabenteilungsnovelle vom 28. Januar 1931 wurde die ökonomische Basis der Gemeinde gekappt. Die Abgabenteilung regelte die Teilung der Abgaben an Bundes- und Landessteuern und machte Anfang der 1920er Jahre das Wiener Reformprojekt in all seinen politischen Facetten erst möglich. Durch den Finanzausgleich zwischen Wien und Niederösterreich 1931 mussten öS 30 Mio. abgegeben werden. Damit musste die Zweckbindung der *Wohnbausteuer* zugunsten der Deckung allgemeiner Verwaltungskosten aufgegeben werden.[135] Die Investitionen in den Wohnungsbau sanken 1931/32 von öS 80 Mio. auf öS 43 Mio., also um ca. die Hälfte. Ab März 1933 erließ die Bundesregierung gezielt 16 Notverordnungen, um den Finanzhauhalt der Gemeinde Wien endgültig zu destabilisieren, und trug damit den Gemeindewohnungsbau bis 1934 zu Grabe.[136]

---

131 Jeglicher historische Einfluss wurde abgelehnt, dazu kamen neue Baustoffe wie Stahl und Beton.

132 Hautmann, Hautmann, Gemeindebauten, 1980, S. 109.

133 Trotz der Gegnerschaft der Wiener Christlichsozialen gegen die *Wohnbausteuer* wurde in vielen christlichsozial verwalteten Städten Österreichs eine ähnliche Steuerpolitik durchgeführt. Diese Steuern waren ebenfalls progressiv gestaltet und schöpften vor allem aus *Luxuskonsum*, vgl.: Bauböck, Wohnungspolitik, 1979, S. 138.

134 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 110.

135 Bauböck, Wohnungspolitik, 1979, S. 134 f.

136 Wolfgang Maderthaner, Von der Zeit um 1860 bis 1945, in: Peter Csendes, Ferdinand Opll (Hg.), Wien – Geschichte einer Stadt, Bd. 3: Von 1790 bis zur Gegenwart, Wien, Köln, Weimar, 2006, S. 444–447.

Nicht nur die Verschärfung der politischen Konflikte zwischen den Akteuren auf Bundesebene wirkte sich ab 1930 direkt auf die Politik der sozialdemokratischen Kommunalpolitik aus, sondern auch das Wegfallen der ökonomischen Rahmenbedingungen mit dem Eintreten der *Weltwirtschaftskrise* 1929. Die finanzielle Dauerkrise der Bundesregierung hatte zusehends Einfluss auf die Verteilung der Gelder an die Länder.[137] Damit geriet das Reformprojekt des *Roten Wien* gerade durch seine Abhängigkeit vom internationalen Wirtschaftssystem unter Druck.

Das Wohnbauprogramm, das 1923 mit einem Gemeindratsbeschluss zum Bau von 25.000 Wohnungen in fünf Jahren begonnen hatte, brach schließlich unter andauernden, genau kalkulierten politischen Attacken der konservativen Bundesregierung zusammen. Ein symbolischer Schlusspunkt wurde im kurzen Bürgerkrieg des Februar 1934 von den Protagonisten des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes durch den Beschuss der Gemeindebauten mit Kanonen und deren Erstürmung durch das Bundesheer gesetzt.[138]

1.2.5.2 Wohnbauförderung als Gegenstrategie

Die Errichtung von bürgerlich durchstrukturierten Kleinwohnungen durch private Baufirmen wurde schon Ende der 1920er Jahre vom Nationalratsabgeordneten Felix Pistor[139] im Kampf gegen die kommunale Bautätigkeit und das sozialdemokratische *Mietengesetz*[140] ins Feld geführt.[141] Erst durch die Reform des *Mieterschutzgesetzes* brachte 1929 das *Bundesgesetz zur Förderung der Wohnbautätigkeit*[142] der konservativen Bundesregierung als erster Versuch zur Reaktivierung der privaten Wohnbautätigkeit nach dem *Ersten Weltkrieg* kurzfristig wieder neuen Wind in die Idee der Förderung des privaten Bauens.[143]

Wichtigstes Projekt innerhalb der Wohnbauförderung war das Wohnhochhaus in der I., Herrengasse 6–8 dessen Errichtung direkt und unbürokratisch an Siegfried Theiss[144]

---

137 Bauböck, Wohnungspolitik, 1979, S. 138 f.

138 Hautmann, Hautmann, Gemeindebauten, 1980, S. 135–137.

139 Präsident des *Reichsbundes der Haus- und Grundbesitzer Österreichs*, der ab Anfang 1927 für den *Landbund* (LB) im Nationalrat saß. Seine Nationalratslaufbahn ist durchsetzt mit Lobbying-Arbeit: Anträge gegen den *Mieterschutz* der SozialdemokratInnen und den Kampf gegen öffentliche Förderung für kommunale Bautätigkeit. Er befürwortete die Förderung des privaten Bauens. Erst mit der Aussetzung des Parlamentes 1933 konnte er durch Gespräche mit konservativen Kräften wie dem Bundesminister für Justiz, Kurt Schuschnigg, dem Abgeordneten Kunschak und seiner eigenen Partei, dem *Landbund*, ein Bündnis gegen die kommunale Bautätigkeit der sozialdemokratischen Gemeinde bilden um diese endgültig zu Fall zu bringen.

140 Nach der Auflösung des Parlamentes 1933 wurde zwar die kommunale Bautätigkeit vollständig abgeschafft, das *Mietengesetz* blieb jedoch weitgehend unangetastet.

141 Aufwärts durch Pistor – Zehn Jahre Kampf für Eigentum und Recht – Festschrift zum Bundestag in Bregenz anläßlich der zehnjährigen Führung der Organisation durch Felix Pistor, Wien – Gösting-Graz, 1933, S. 11 f., 28–30, 32.

142 *Bundesgesetz zur Förderung der Wohnbautätigkeit* vom 14. Juni 1929. Für den Fonds wurden Darlehen in einer Höhe von 50 % bis 60 % mit einer einprozentigen Verzinsung bereitgestellt, vgl.: Hans Türr, Die Wohnungsprobleme Österreichs vor und nach dem Krieg, Berlin, 1933, S. 181 f.

143 Willhelm Bonczak, Ein Leben im Dienste der gemeinnützigen Wohnungsfürsorge, Wien, 1947, S. 193.

144 Theiss war schon seit 1912 mit der ausführenden Baufirma H. Rella & Neffe Bau AG vernetzt, die, trotz teuerstem An-

und Hans Jaksch[145] vergeben wurde. Das Bauprojekt wurde gezielt von der konservativen Bundesregierung unterstützt, um im Zentrum des *Roten Wien* einen symbolischen Kontrapunkt zum Wohnbauprogramm der sozialdemokratischen Gemeinde setzen zu können.[146]

Das sachlich gestaltete Gebäude war 1932 nach der geringen Bauzeit von 450 Arbeitstagen bezugsfertig. Nur das Hochhaus selbst wurde in Stahlrippenbauweise ausgeführt, der Rest in traditioneller Ziegelbauweise. Insgesamt enthielt das Gebäude 225 Wohnungen, wobei die Hälfte davon sogenannte *Ledigenwohnungen* waren. Die Besonderheit des Gebäudes liegt nach Meder und Eiblmayer in der Ausführung des 15-stöckigen Hochhausturmes, der ab dem elften Stockwerk terrassenartig zurückgestuft ist: einserseits, um den Lichteinfall nach der *Bauordnung* zu gewährleisten, andererseits, um das Hochhaus nur von wenigen Punkten in der Stadt als solches sichtbar zu machen.[147]

Neben der Errichtung des Wohnhochhauses und anderer Geschossbauten versuchte die konservative Bundesregierung, innerhalb der Wohnbauförderung den Einfamilien- und Mehrfamilienhausbau im Eigentum anzukurbeln.[148]

Bis 1931 konnten durch die Bundesförderung rund 5.000 Wohnungen gebaut werden. Sie wurde jedoch schon 1932 aufgrund von Ineffizienz und der allgemeinen Wirtschaftskrise, zum Missfallen der Industrie und konservativer Wirtschaftskreise,[149] wieder eingestellt. Das *Bundesamt für Wohnbauförderung* (BWF) wurde unter einem neuen Leiter, Heinrich Zichardt, mit dem *Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds* zusammengelegt.[150]

Die private Bautätigkeit im Österreich der Zwischenkriegszeit beschränkte sich vorwiegend auf den Flachbau,[151] sowie wenige Luxus- und Zweckbauten. Die Hauptlast des Wohnungsbaus in Wien trugen gemeinnützige Bauvereinigungen und die Gemeinde.[152] Von 1926 bis 1934 wurden im Gegensatz zu den rund 64.000 Wohnungen der Gemeinde Wien nur 9.212 Wohnungen durch private Bautätigkeit gebaut.[153]

---

bot, die Zusage erhielt. Theiss hatte in seiner Stellung als Präsident der *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs* ebenfalls an der Novellierung der *Bauordnung* für Wien 1930 mitgearbeitet, die die Gemeinde auch für die Errichtung eigener Hochhausprojekte ausgestaltete. Er war außerdem im Kuratorium der Wohnbauförderung tätig, vgl.: Iris Meder, Judith Eiblmayr, Haus Hoch – Das Hochhaus Herrengasse und seine berühmten Bewohner, Wien, 2009, S. 35, 60 f.

145 Jaksch war im Ständestaat von 1936 bis 1938 Präsident der *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs*, vgl.: Ebd., S. 158.

146 Ebd., S. 56.

147 Ebd., S. 65, 68, 88.

148 Friedrich Wiser, Hanns Weeh, Unser Eigenheim – Im Auftrage des Vereins für Wohnbauförderung, Wien, 1930, S. 159 f.

149 Diese forderten 1933 einen erweiterten Abbau des *Mieterschutzes*. Die *Baufähigkeit des Privatkapitals* sollte durch eine Neuumverteilung des Steuergeldes wiederbelebt werden. MieterInnen würden in den privaten Bauten *nur* um 15 % mehr Miete bezahlen, dafür könne das Steuergeld frei zirkulieren und würde nicht vom kommunalen Wohnbau verschlungen, vgl.: Otto Phillip, Die Wiederherstellung der privaten Wohnbautätigkeit, Wien, 1933, S. 7, 28 f.

150 Bonczak, Wohnungsfürsorge, 1947, S. 193.

151 Braumann, Stadtplanung, 1986, S. 5.

152 Bonczak, Wohnungsfürsorge, 1947, S. 193.

153 Bauböck, Wohnungspolitik, 1979, S. 152.



Abb. 8 Modell des Hochhaues in der I., Herrengasse 6–8 von Siegfried Theiss und Hans Jaksch. Das Wohnhaus entstand im Zuge des *Wohnbauförderungsgesetzes* 1929 und war stilistischer Epigone für zahlreiche Geschossbauten des Ständestaates. (Theiss und Jaksch um 1930).

Trotzdem erwies sich der gescheiterte Versuch einer privatwirtschaftlichen Wohnbauförderung als wegweisend für den Ständestaat. Besonders bei der Ausarbeitung einer eigenen Strategie zur Forcierung des privaten Geschosswohnungs- und Einfamilienhausbaus, wie in den folgenden Kapiteln genauer ausgeführt werden wird.

2 WIEN IM STÄNDESTAAT

2.1 Der Städtebau im schwarzen Wien

Die ständestaatliche Verwaltung adaptierte für die Neuorientierung Wiens internationale städtebauliche Fachdiskurse der Stadtsanierung, der Autostadt, des Ausbaus repräsentativer Verwaltungszentren und des öffentlichen Verkehrs der 1930er Jahre.

Das kommunale Wohnbauprogramm des *Roten Wien* sollte aufgegeben werden und dem Verkehrsbau weichen. Dazu musste eine stadtplanerische Lösung für eine verkehrsgerechte Stadt durch Neuordnungs- und Assanierungsstrategien gefunden werden. Innerhalb dieser Strategieänderung war Wien zur Metropole des Fremdenverkehrs durch historisierende Verklärung des kaiserlichen Wiens bestimmt.[1]

Ein städteplanerisches Gesamtkonzept konnte aufgrund der *Weltwirtschaftskrise* nicht verwirklicht werden und blieb weitgehend im Planungsstadium stecken. Deswegen kamen mit einem staatlich geförderten, genossenschaftlichen Siedlungsprogramm und einem von der Stadt Wien unterstützten, privatwirtschaftlichen Geschosswohnungsbau nur punktuelle Eingriffe in die Ausgestaltung der historischen Stadtstruktur zum Tragen.

Die Hofverbauung des *Roten Wien* wurde durch die *Wiener Bauordnung* weitergehend beibehalten. Mit der ideologischen Neuausrichtung wurde jedoch eine fundamentale Änderung der Finanzierungsgrundlagen und der sozialen Ausrichtung vollzogen.

2.1.1 Rahmenbedingungen des ständestaatlichen Städtebaus

Die Neuorientierung der einzigen Großstadt Österreichs und damit die fundamentale Revidierung der Errungenschaften des *Roten Wien* stellten den autoritären Ständestaat vor unerwartete Probleme. Laut Wolfgang Maderthaner „galt es, eine soziale und kulturelle Gegenreformation im großen Stil zu verwirklichen".[2] Der ehemals christlichsoziale Politiker und nunmehriger Bürgermeister Richard Schmitz[3] sollte dieses weitreichende Reform-

1 Kassal-Mikula, Purtscher, Haiko, Tabor, Das ungebaute Wien, 1999, S. 319.

2 Maderthaner, 1860 bis 1945, in: Csendes, Opll (Hg.), Wien, Bd. 3: 1790 bis zur Gegenwart, 2006, S. 474.

3 Der studierte Rechtswissenschafter Richard Schmitz begann nach seiner Tätigkeit als Journalist im Jahr 1918 seine politische Karriere im Wiener Gemeinderat. Von 1920 bis 1934 war er Abgeordneter im Nationalrat.



Abb. 9 Symbolische Grundsteinlegung des Ständestaates am 1. Mai 1934 vor dem Wiener Rathaus. (sitzend v. l. n. r.) Bürgermeister Richard Schmitz, Bundespräsident Wilhelm Miklas und Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. (Anonym 01.05.1934).

werk durchführen. Mit autoritären Rechten[4] ausgestattet, versuchte er einen Rückgriff auf die Tradition der Bürgermeisterschaft Karl Luegers.[5]

Der Kern des ständestaatlichen Programms bestand aus einer Rekatholisierung der Wiener Bevölkerung, einer Reaktivierung des katholisch-konservativen Bürgertums, einer darauf fußenden konservativen Familienpolitik und einer Fürsorgepolitik nach katholischem

4 Schmitz forderte in seinem Kommentar zum Christlichsozialen Parteiprogramm 1932 den Autoritätsstaat und trug damit den antidemokratischen Kräften in der *Christlichsozialen Partei* Rechnung, vgl.: Generalsekretariat der christlichsozialen Bundesparteileitung (Hg.), Das christlichsoziale Programm – Mit Erläuterungen von Richard Schmitz, Wien, 1932; Johann Georg Lackner, Die Ideologie und die Bedeutung der Christlichsozialen Partei bei der Errichtung des „Dollfuß – Schuschnigg Regimes", Wien, 1995, Diplomarbeit, S. 55.

5 1893 gründete der konservative Politiker und Antisemit Lueger die *Christlichsoziale Partei*. Während seiner Bürgermeisterschaft von 1897 bis 1910 wurde Wien durch kommunalpolitische Neuerungen und ein weitreichendes Kommunalisierungsprogramm in eine europäische Großstadt umgewandelt. Darunter fielen die Eingemeindung der Vorstädte, die Neubebauung des ehemaligen Linienwalls, die Elektrifizierung der Straßenbahn, eine kommunale Sozialpolitik, die Kommunalisierung der Gasversorgung und der Bau der *Zweiten Wiener Hochquellwasserleitung*, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 13–16.

Muster. Die Schulreform Otto Glöckels und die Steuerpolitik Breitners, ein Dorn im Auge der konservativen Bundesregierung, wurden zu Fall gebracht.[6]

Der geschichtliche Rückgriff auf Lueger, der die reformerischen Jahre des *Roten Wien* vergessen machen sollte, war aber höchstens von symbolischer Bedeutung für die Reorganisation der Stadt. Die politische Legitimation, die Lueger mit der identitätsstiftenden Einbindung aller WienerInnen zur Neuorganisation der Stadt am Anfang des Jahrhunderts erreichte, scheiterte im Dollfuß-/Schuschnigg-Regime. Die Wiener Arbeiterschaft blieb in fundamentaler Opposition, das Bürgertum[7] war politisch nicht mehr stark genug, um als soziale Basis zu fungieren.[8]

2.1.1.1 Einrichtung des Führerprinzips

Bei der Neuregelung der Verwaltung von Bundesstaat und Ländern kam es ab 1934 zu einer Stärkung der Zentralgewalt. Durch die Neuregelung der Landesgesetze durften Landesgesetzesbeschlüsse nur mit Zustimmung der Regierung veröffentlicht werden. Auch die Praxis der autonomen Länderfinanzen erfuhren durch das Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten starke Eingriffe. Die Autonomie der Länder und das föderalistische Prinzip des Bundesstaates wurden eingeschränkt.[9]

Im März 1934 wurde die Auflösung des Wiener Gemeinderates bekannt gegeben. Nach der Verhaftung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Karl Seitz[10] wurde der Sozialminister Richard Schmitz[11] als Regierungskommissär für Wien eingesetzt und am 6. April 1934 durch Bundeskanzler Dollfuß zum Bürgermeister ernannt. Die Stadträte wurden gleichzeitig aus dem Entscheidungsprozess ausgeschlossen.[12] Eine neue *Wiener Stadtverfassung* auf berufsständisch-autoritärer Grundlage, proklamiert am 1. April 1934, sollte das

6 Maderthaner, 1860 bis 1945, in: Csendes, Opll (Hg.), Wien, Bd. 3: 1790 bis zur Gegenwart, 2006, S. 473–479.

7 Neben der positiven Konnotierung bürgerlicher Werte durch Festivitäten, beispielsweise die Dr.-Lueger-Gedächtnismessen, Sing- und Tanzspiele sowie Umzüge, übernahm ebenfalls der Rückgriff auf die Zeit des Biedermeier eine zentrale Rolle in der Reaktivierung des Wiener Bürgertums, vgl.: Feller, Vergangenheit, in: Kos, Rapp (Hg.), Alt-Wien, Wien, 2005, Ausstellungskatalog, S. 273 f., 277–279.

8 Maderthaner, 1860 bis 1945, in: Csendes, Opll (Hg.), Wien, Bd. 3: 1790 bis zur Gegenwart, 2006, S. 482.

9 Gertrude Enderle-Burcel, Mandatare, 1991, S. 22.

10 Weiters wurden 35 Nationalrats- und Bundesratsabgeordnete sowie zwölf Bezirksvorsteher Wiens festgenommen und in Anhaltelagern interniert, vgl.: Ebd., S. 8.

11 Schmitz war kurzzeitig Bundesminister für soziale Verwaltung vom 21. September 1933 bis 16. Februar 1934 (Dollfuß II). Er wurde wegen politischer Personalrochaden der konservativen Regierung vorzeitig von seinem Staatssekretär für Angelegenheiten der Arbeitsbeschaffung und des Fremdenverkehrs sowie technischen Angelegenheiten des Straßenbaus Odo Neustätter-Stürmer abgelöst (Dollfuß II, Schuschnigg I). Der Universitätsprofessor Josef Dobretsberger übernahm das Amt des Bundesministers für soziale Verwaltung am 17. Oktober 1935 bis 14. Mai 1936 (Schuschnigg I) und Neustätter-Stürmer wurde wieder zum Staatssekretär. Mit Josef Resch konnte ab 14. Mai 1936 (Schuschnigg II, III, IV) der schon unter Dollfuß eingesetzte Bundesminister für soziale Verwaltung (20. Mai 1932–21. September 1933 Dollfuß I) reaktiviert werden. Er füllte das Amt bis zum Anschluss 1938 aus, vgl.: Österreichischer Amtskalender, 1952, S. 10.

12 Maren Seliger, Führerprinzip und berufständische Vertretung auf kommunaler Ebene?, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 162–165.

Verwaltungsvakuum ausfüllen, welches durch die Auflösung des parlamentarischen Systems und der Parteienlandschaft entstanden war. Dem neuen Bürgermeister wurden dabei weitreichende Rechte zugestanden und das demokratische System durchgehend ausgehebelt.[13] Die *Wiener Bürgerschaft* wurde anstelle des Gemeinderates installiert. Sie bestand aus 64 vom Bürgermeister ernannten Mitgliedern und hatte laut Maderthaner „die Funktion eines Verlautbarungs-, Sanktionierungs- und Rechtfertigungsorgans".[14]

Drei Vizebürgermeister wurden von Schmitz am 6. April ins Amt berufen.[15] Mit ihnen sollten auch verschiedenste politische Lager und gesellschaftliche Gruppen integriert werden. Mit dem ersten Vizebürgermeister und *Heimwehrführer* Fritz Lahr die NationalsozialistInnen sowie der rechte Flügel, mit dem christlichsozialen Josef Kresse die kleinen und mittelständischen Unternehmen und mit dem Legitimisten Ernst Karl Winter die sozialdemokratische ArbeiterInnenbewegung.[16]

Durch die Verwaltungs- und Verfassungsreform Otto Enders auf autoritärer Grundlage avancierte die *Vaterländische Front* im Mai 1934 zur Monopolorganisation.[17] Sie sollte die politische Verlässlichkeit von Personen im Verwaltungsapparat garantieren. Dem neuen Bürgermeister oblag es, unliebsame oppositionelle MeinungsträgerInnen nach eigenem Ermessen auszuscheiden. Somit war die Führung Wiens, wie in der Verfassung gefordert, in der Person Richard Schmitz durchwegs autoritär gestaltet.[18] Die Zentralisierung der Landesleitungen in Wien wurde sogar noch vor Inkrafttretender neuen Verfassung verwirklicht und verschiedene Fachgruppen[19] zur Durchsetzung der Interessen der *Vaterländischen Front* installiert.[20]

Durch die neue Verfassung wurde Wien vom Status der Hauptstadt zur *bundesunmittelbaren Stadt*[21] degradiert. Die Verwaltung der Bereiche Gemeinde, Verwaltungsbehörde und Land wurden strikt getrennt. Mit drei *Besonderen Stadtämtern* wurden Behörden erster Instanz, gleich den Bezirkshauptmannschaften, geschaffen, deren Wirkungsbereich sich auf ganz Wien erstreckte.[22]

13 Gertrude Enderle-Burcel, Mandatare, 1991, S. 9.

14 Maderthaner, 1860 bis 1945, in: Csendes, Opll (Hg.), Wien, Bd. 3: 1790 bis zur Gegenwart, 2006, S. 477.

15 Berufung der Vizebürgermeister, in: Wiener Zeitung Nr. 96, 231. Jg., Samstag 7. April 1934, S. 2 f.

16 Trinkaus, Wohnbaupolitik, 2013, Diplomarbeit, S. 23.

17 Sie wurde per BGBl. I Nr. 255/1934: Bundesverfassungsgesetz vom 30. April 1934 über die außerordentlichen Maßnahmen im Bereich der Verfassung, in dem die Auflösung des Nationalrates und Bundesrates mit Verkündung der neuen Verfassung 1934 verlautbart wurde, zum „einzigen Träger der politischen Willensbildung im Staat", vgl.: Die „Vaterländische Front", in: Josef Kimmel, Das österreichische Staatsbürgerbuch – Ein Handbuch der Staats- und Rechtskunde für jedermann, Wien, 1936, S. 95.

18 Seliger, Führerprinzip, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 171 f.

19 *Kulturreferat*, *Mutterschutzwerk*, *Neues Leben*, *Fachreferat Siedlungsbau*.

20 Theodor Veiter, „Das 34er Jahr" Bürgerkrieg in Österreich, Wien – München, 1984, S. 164 f.

21 Der Bundeshauptstadt wurde ihre Stellung als eigenes Bundesland entzogen, vgl.: Verfassung 1934, in: Kimmel, Staatsbürgerbuch, 1936, S. 95.

22 Darunter fiel auch die Bautätigkeit im *Besonderen Stadtamt II*, vgl.: Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Drei Jahre neues Wien, Wien, 1937, S. 16.



Abb. 10 Vereidigung der drei Vizebürgermeister Wiens. (v.l.n.r.) Fritz Lahr, Bürgermeister Richard Schmitz, Josef Kresse und Ernst Karl Winter. (Anonym um 1934).

Diese Zentralisierung betraf ebenfalls die bisherige Gestaltung des *Wiener Stadtbauamtes* und damit direkt die gemeindeeigene Bautätigkeit. Unter der neuen Bezeichnung *Bauamt, technische Angelegenheiten* (Gruppe V) wurden die Abteilungen technischer Richtung, 21 Fachabteilungen und elf Baudienstabteilungen in den Außenbezirken zusammengefasst.[23] Gleichzeitig wurde die im *Roten Wien* eingeführte Position des weisungsberechtigten amtsführenden Stadtrates für das *Stadtbauamt* abgeschafft,[24] womit alleine der Stadtbaudirektor vor der *Wiener Bürgerschaft* verantwortlich war.[25] Franz Musil hatte diese Position von 1925 bis 1942 inne. Somit war der Baumeister des *Roten Wien* auch Alleinherrscher

23 Darunter die Magistratsabteilungen Stadtregulierung, Vermessungswesen; Architektur, Gartenwesen und Denkmalpflege; Straßenbau; Brücken- und Wasserbau; Wohnhausbauten; Wohnhäusererhaltung; Baustoffbeschaffung etc., vgl.: Geleitwort des Stadtbaudirektors, in: Wiener Stadtbauamt (Hg.), Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts, Bd. 1, 1974, S. 20.

24 Ebd., S. 14.

25 Stadtbauamtsdirektion, Führungsaufgaben im technischen Dienst der Hoheitsverwaltung, in: Ebd., S. I/7

der Stadtplanung im Ständestaat.[26] Diese Umstrukturierung wurde für die neuen Aufgaben bewerkstelligt, die Bürgermeister Schmitz dem *Stadtbauamt* zugedacht hatte.

2.1.1.2 Beseitigung der Finanzierungsstrategien des *Roten Wien*

Am 17. Mai 1934 wurde in der ersten Sitzung der gesäuberten Stadtvertretung ein *Sofortprogramm* von öS 60 Mio., mit einer Beteiligung des Bundes von öS 10 Mio., vorgestellt. Dieses beinhaltete neben dem Bau infrastruktureller Einrichtungen wie dem Bau von Brücken, Hochquellwasserleitungsbehälter und dem Ausbau von Schulen auch den Umbau von *verkehrsbehindernden Wohnhäusern* durch sogenannte Assanierungsbauten. Zusätzlich war die Instandsetzung von Althäusern mit öS 5.5 Mio., die Förderung des Baus von sogenannten Familienasylen mit öS 2 Mio. und die neuzeitliche Ausgestaltung von Straßenzügen mit öS 17 Mio. inkludiert.[27] Die Maßnahmen zielten nicht nur auf die Ankurbelung der Wirtschaft ab, sondern auch auf die Senkung der Arbeitslosenzahlen durch die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten.[28]

Um das Bauprogramm durch die private Bauwirtschaft zu ermöglichen, wurde die sozialdemokratische *Wohnbausteuer* innerhalb der Steuerordnung im Juni 1934 in eine Mietsaufwandssteuer umgewandelt. So konnten mit der Abschaffung von Luxussteuern wie der Hauspersonalsteuer, der Genussmittelsteuer, der Lustbarkeitssteuer und der *vexatorischen* Pferdeabgabe auch die Kritikpunkte am *Roten Wien* beseitigt werden.[29] Kompensiert wurde ihr Ausfall durch die Anhebung der Mietzinse der Gemeindebauten um durchschnittlich 70 %,[30] und die Einhebung von Abgaben breiter Kreise der Bevölkerung, beispielsweise auf Trinkwasser und die Müllabfuhr.[31] Somit wirkte sich die steuerliche Umverteilung auf Kosten der ärmeren Bevölkerungsschichten aus.[32]

Die Einführung der Massensteuern war nötig geworden, um das Bürgertum durch weitgehende Steuerbefreiungen als soziale Basis für den Aufbau des *schwarzen Wien* zu gewinnen und gleichzeitig die entgangenen Steuereinnahmen zu kompensieren. Trotzdem konnte wegen der Sanierung des Bundesbudgets und der andauernden *Weltwirtschaftskrise* kein ausgeglichenes Budget im ständestaatlichen Wien erreicht werden.[33]

2.1.1.3 Umwertung der Gemeindebauten im bürgerlichen Lager

Bereits Anfang der 1930er Jahre unterlagen die sozialdemokratischen Gemeindebauten einer politischen Umwertung durch die autoritär agierende Bundesregierung. Diese für

26 Weihsmann, In Wien erbaut, 2005, S. 262.

27 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 19 f.

28 Trinkaus, Wohnbaupolitik, 2013, Diplomarbeit, S. 28.

29 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 23.

30 Maderthaner, 1860 bis 1945, in: Csendes, Opll (Hg.), Wien, Bd. 3: 1790 bis zur Gegenwart, 2006, S. 479.

31 Feller, Baupolitik, 1991, Diplomarbeit, S. 20 f.

32 Baltzarek, Bundeshauptstadt, in: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), Wiener Geschichtsblätter, 29. Jg., Wien, 1974, Sonderheft 2, S. 72.

33 Maderthaner, 1860 bis 1945, in: Csendes, Opll (Hg.), Wien, Bd. 3: 1790 bis zur Gegenwart, 2006, S. 478 f.



Abb. 11 Im Stil der kommunalen Bauten gehaltene Polizeiwohnhausanlage *Engelbert-Dollfuß-Hof* Ecke XVI., Koppstraße – Zagorskigasse. Im Vordergund steht die Büste von Franz Schuhmeier, dem Namensgeber des benachbarten Hofes, die 1934 entfernt wurde. (Rudolf Spiegel um 1934).

bevorzugte Beamtengruppen des späteren Regimes[34] errichteten Polizei- und Justizwachebeamtenwohnhäuser wurden durchgehend im Stil der kommunalen Bauten des *Roten Wien* gehalten. Weihsmann sieht hier eine schleichende Übernahme des späten sachlichen Gemeindebaustils durch das konservative Lager und den Ständestaat. Insgesamt wurden acht Wohnbauten verwirklicht, beispielsweise 1931/32 Justizbeamtenwohnhäuser[35] und 1933/34 die Polizeiwohnhausanlage *Engelbert-Dollfuß-Hof*.[36] Bei der 1934/35 errichteten Polizeiwohnhausanlage XIV., Isbarygasse 5–7 – Samhaberplatz 1 – Rettichgasse wurde als Novum erstmals eine Polizeiwache in einen Gemeindebau integriert.[37]

34 Die Polizei wurde bis 1930 vollkommen der konservativen Bundesregierung unterstellt und deren Verwaltung im *Bundeskanzleramt* zentralisiert. Eine damit einhergehende Umpolitisierung der Polizeibeamten diente in weiterer Folge zur Ausschaltung der politischen Gegner. Unterstützt wurde der polizeistaatliche Charakter durch Notverordnungen, die ab März 1933 zunehmend demokratische Rechte außer Kraft setzten, vgl.: Peter Mähner, Die Rolle der Polizei in der Konstituierungsphase des Austrofaschismus, Wien, 1990, Diplomarbeit, S. 29–34, 52–58, 89.

35 XV., Kriemhildplatz 5 – Alliogasse 14, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2001, S. 348.

36 XVI., Possingergasse 59–61 – Koppstraße – Zagorskigasse, vgl.: Ebd., S. 361.

37 In der Literatur wird der Name der Wohnhausanlage mit *Engelbert-Dollfuß-Hof* angegeben, vgl.: Ebd., S. 335; Durch ein als *„Engelbert-Dollfuß-Hof" – Wohnhausanlage erbaut 1935 in Wien 14, Isbarygasse 5–11. Im Vordergrund Dollfuß-*



Abb. 12 Kruckenkreuzfahnen zeigen symbolisch die Eroberung der Gemeindebauten durch den Ständestaat. (Rudolf Spiegel 1934).

Der soziale Stellenwert der Gemeindebauten des *Roten Wien* im bürgerlichen Lager zeigte sich vor allem in der undemokratischen Vergabe von Gemeindewohnungen an Mitglieder der *Vaterländischen Front* und Polizeibeamte nach Februar 1934.[38] Nach außen wurde jedoch durch Propaganda versucht, die mit Artillerie beschossenen Gemeindebauten als militärische Festungen der Sozialdemokratie[39] zu diskreditieren.[40] Als Warnung an die Arbei-

---

Büste auf hohem Sockel, Rudolf Spiegel 1937 beschriebenes Foto konnte der Standort des *Engelbert-Dollfuß-Hofes* unter Umständen identifiziert werden. Das Foto aus dem *Bestand Zeitgeschichte* des *Bildarchivs Austria* zeigt die 1933/34 erbaute Polizeiwohnhausanlage XVI., Possingergasse 59–61, genauer die Ecke Koppstraße/Zagorskigasse, in: Bildarchiv Austria, Inventarnummer: SP36, Rudolf Spiegel (siehe Abb. 11 in diesem Buch). Im Vordergrund steht die Büste von Franz Schuhmeier, des Namensgebers des benachbarten Hofes. Sie wurde 1934 entfernt, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2001, S. 361. Dadurch kann das Foto auf ca. 1934 datiert werden.

38 AdR Sonderarchiv Moskau; Mähner, Polizei, 1990, Diplomarbeit, S. 68.

39 Hugo Breitner, der Finanzstadtrat des *Roten Wien*, musste sich in einem Prozess ab 1934 von der nunmehr ständestaatlichen Staatsanwaltschaft nicht nur die Vorwürfe gefallen lassen, die Waffen für den Bürgerkrieg beschafft und Misswirtschaft mit Gemeindegeldern betrieben zu haben, sondern auch von der militärisch-strategischen Lage der Gemeindebauten gewusst zu haben. Er entkräftete die Anklagepunkte durch die Darstellung der demokratischen Vergabe von Aufträgen, die er als Finanzstadtrat ausführlich festgehalten hatte, vgl.: Maderthaner, 1860 bis 1945, in: Csendes, Opll (Hg.), Wien, Bd. 3: 1790 bis zur Gegenwart, 2006, S. 465 f.

40 Josef Schneider, C. Zell, Der Fall der Roten Festung, Wien, 1934.

terschaft wurden vom Regime 1934 sogar Postkarten der im Bürgerkrieg beschossenen Gemeindebauten via Flugzeug über Wien abgeworfen.[41]

Die Gemeindebauten blieben, trotz einiger Stimmen aus dem konservativen Lager zu deren Rückbau, weiterhin in ihrer bisherigen Form bestehen. Nur die Umbenennung der Höfe sollte ab dem 17. Februar 1934 durch eine eigens gegründete Kommission vorgenommen werden. Erst 1935/36 wurde mit dieser symbolischen Geste begonnen. Bis dahin war nur der *Karl-Marx-Hof* in *Heiligenstätter-Hof* und der *Giacomo-Matteotti-Hof* in *Giulio-Giordani-Hof*[42] umbenannt worden. Weitere Umbenennungen wurden äußerst unsystematisch durchgeführt. Schmitz beließ zudem einige Namen *austromarxistischer* Politiker zur politischen Befriedigung der Arbeiterschaft bestehen, beispielsweise den *Jakob-Reumann-Hof*.[43]

2.1.1.4 Internationale Verflechtungen des ständestaatlichen Städtebaus

In den 1930er Jahren konnten sich städtebauliche und -planerische Ideen in den unterschiedlichen politischen Systemen der Zwischenkriegszeit etablieren. Insbesondere die *Weltwirtschaftskrise* 1929 und das Aufkommen diktatorischer Systeme beeinflussten den europäischen Städtebau nachhaltig.

Der *diktatorische Städtebau* in Italien, Deutschland und der Sowjetunion diente vor allem der Legitimation und Repräsentation von Herrschaft. Er wies eine große Affinität zum Städtebau absolutistischer Prägung auf, schöpfte aber auch aus Beispielen republikanischer Systeme, die dessen politische und gesellschaftliche Anliegen weitgehend transportierten, wie etwa dem Umbau von Washington Anfang des 20. Jahrhunderts. Die diktatorischen Systeme ließen zudem die städtebaulichen Errungenschaften der politischen *Konkurrenzsysteme* in ihre eigenen Projekte einfließen.[44]

Laut Bodenschatz spiegelte der Städtebau in den Diktaturen zentrale Anliegen wider. Einerseits eine historisch-politische Absicherung durch die Verklärung der Vergangenheit, andererseits die Vorspiegelung einer besseren Zukunft. Neben zahlreichen Modellen und Plänen übernahmen wenige Schlüsselprojekte die Aufgabe, diese Zukunft erlebbar zu machen und durch *schnelles Handeln* Tatkraft gegenüber der nahen demokratischen Vergangenheit zu zeigen.[45] Die vom Staat durchgeführten Baumaßnahmen erforderten neuartige Konzepte der Planung, Lenkung, Beschaffung der Ressourcen und Realisierung, setzen also insgesamt eine Neuordnung der Verwaltung voraus.[46] Dabei wurde, entgegen

41 Maderthaner, 1860 bis 1945, in: Csendes, Opll (Hg.), Wien, Bd. 3: 1790 bis zur Gegenwart, 2006, S. 461.

42 Damit wurde der Namen des 1924 ermordeten italienischen Sozialistenführers Giacomo Matteotti gegen den des 1920 erschossenen italienischen Faschisten Giulio Giordani ausgetauscht. Hans und Rudolf Hautmann sehen darin „eindeutig eine liebesdienerische Geste gegenüber Mussolini, dem „Schirmherrn" des Ständestaates.", vgl.: Hautmann, Hautmann, Gemeindebauten, 1980, S. 174.

43 Ebd., S. 174–178.

44 Bodenschatz, Diktatur, in: Czech, Doll (Hg.), Propaganda, Ausstellungskatalog, 2007, S. 58.

45 Ebd., S. 48.

46 Ebd., S. 60.



Abb. 13 Ernst Rüdiger Starhemberg (l.) und Galeazzo Ciano (r.) betreten mit Begleitern das 1932 fertig gestellte Marmorstadion im *Foro Mussolini* (heute *Foro Italico*) in Rom. Im Hintergrund ist die *Academia della Farnesina* von Enrico Del Debbio zu sehen. (Anonym Juni 1932).

der eigenen Propaganda, nicht nur auf traditionelle Bauweisen zurückgriffen. Vor allem die Taylorisierung erlaubte schnelles Bauen.[47]

Innerhalb der Neuordnung der Großstädte sollten neue Stadtzentren durch den Bau öffentlicher Gebäude, die durch die Anlage von Plätzen, Straßen und Parks für den Einzelnen erfahrbar wurden, verwirklicht werden. Der Ausbau der Infrastruktur des öffentlichen und privaten Verkehrs wurde vorangetrieben. Das Auto hatte dabei zentrale Bedeutung als individuelles Fortbewegungsmittel. Dies schlug sich städtebaulich in der Anlage von Autobahnen und neuen Straßen nieder. Der öffentliche Massenverkehr wurde durch die Errichtung von Kanälen, Flughäfen und U-Bahnsystemen forciert. Zentren für Sport, Studium und Freizeit hatten besondere Bedeutung für die Durchsetzung neuer Gemeinschaften in den Diktaturen.[48]

Die Entwicklung in den Nachbarstaaten Italien und Deutschland wirkte sich auf die städtebauliche Ausgestaltung des *schwarzen Wien* aus, das so weitgehend aus diesen internationalen Konzepten schöpften konnte.

47 Ebd., S. 48.
48 Ebd., S. 58.

2.1.2 Pläne zur Verkehrsstadt

2.1.2.1 Diskurse für einen städtebaulichen Gesamtplan Wiens

Die Stadtplanung in Österreich, insbesondere in Wien, war weit hinter der europäischen Entwicklung zurück. Wissenschaftliche Mittel aus Statistik und Volkswirtschaftslehre, Soziologie, Rechtswissenschaft und Verkehrstechnik kamen kaum zur Anwendung. Dies zeigte sich auch in der geringen Bedeutung des Städtebaus innerhalb der universitären Ausbildung. Erst 1932 konnte an der *Technischen Hochschule Wien* durch Erwin Ilz[49] ein Extraordinat für *Wohnungsbau, Städtebau und Siedlungswesen* eingerichtet werden.[50]

Internationale städtebauliche Konzepte fielen gerade in diesem wissenschaftlichen Umfeld auf fruchtbaren Boden. Die drei folgend vorgestellten Städtebaukonzepte von Erwin Ilz, Egon Riss[51] und Oskar Sitte zeigen die weitgehende Adaptierung des internationalen Diskurses für den Wiener Städtebau. Trotzdem konnte sich keines davon als Gesamtkonzept durchsetzen.

Wie in den folgenden Kapiteln zum Geschosswohnungs-, Siedlungs- und Monumentalbau des autoritären Ständestaates noch dargestellt wird, wurden internationale Beispiele nur innerhalb kleinräumiger Gebietsplanungen angewendet. Sie stellten direkte Anlassentscheidungen dar, für die sich Bürgermeister Schmitz das Recht der endgültigen Entscheidung vorbehielt. Erst durch seine Entschließung war die Rechtswirksamkeit der Neuplanungen gegeben.[52]

Das *Wiener Stadtbauamt* bediente sich im *schwarzen Wien*, der Tradition des *Roten Wien* folgend,[53] städtebaulicher Wettbewerbe[54] unter der Architektenschaft zur Requirierung von Planungsentwürfen.[55] Die Wettbewerbe wurden nicht, wie öfters in der Forschung

49 Der österreichische Architekt Ilz war nach eigenen Angaben seit Mai 1932 Mitglied der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*, vgl.: Mattl, Pirhofer; Wien, in: Holzschuh, Platzer (Hg.): Perle, Ausstellungskatalog Architekturzentrum Wien, 2015, S. 14. Er arbeitete vor allem auf dem Gebiet des Städtebaus und lehrte ab 1932 an der *Technischen Hochschule Wien*. Ab 1934 engagierte er sich verstärkt im *Wiener Künstlerhaus*.

50 Braumann, Stadtplanung, 1986, S. 12.

51 Der österreichische Architekt Egon Riss führte bis 1934 eine Bürogemeinschaft mit Fritz Judtmann. Nach deren Auflösung errichtete er in der XIX., Heiligenstädter Straße von 1935/36 ein innovatives privates Wohnhaus mit *City-Kino*, vgl.: Prokop, Zum jüdischen Erbe, 2016, S. 186

52 Magistratsabteilung 18, Stadtplanung in Wien, in: Wiener Stadtbauamt (Hg.), Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts, Bd. 1, 1974, S. II/14–II/20.

53 Beispielsweise beim Wettbewerb der *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs* zur Verbauung des beim am 15. Juli 1927 abgebrannten Justizpalast gelegenen I., Schmerlingplatzes, vgl.: Meder, Eiblmayr, Hochhaus, 2009, S. 44.

54 Wie beim I., Schmerlingplatz wurde vor allem die harmonische Eingliederung der dreieckigen *Ringstraßenecken* angestrebt. Im Ständestaat fand deswegen 1936 eine Wettbewerbsausschreibung zur städtebaulichen Eingliederung des I., Votivparks mittels eines *Kaiser-Franz-Joseph-Denkmals* durch die *Österreichische Radio-Verkehrs AG* statt. Weitere Wettbewerbe fanden im *Roten Wien* und im Ständestaat für die Ausgestaltung des I., Karlsplatzes statt, vgl.: Kassal-Mikula, Purtscher, Haiko, Tabor, Das ungebaute Wien, 1999, S. 330–332, 344.

55 Magistratsabteilung 18, Stadtplanung in Wien, in: Wiener Stadtbauamt (Hg.), Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts, Bd. 1, 1974, S. II/21.

angedacht, zur alleinigen Beschäftigung der Wiener Architektenschaft benutzt, sondern hatten ihren Platz in der Entwicklung eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes. In diktatorischen Systemen wie Italien, Deutschland und der Sowjetunion dienten die Wettbewerbe beispielsweise der Klärung der zukünftigen städtebaulichen Form.[56] Damit sollte auch in Wien der Weg der städtebaulichen Planungsentwicklung des faschistischen Italien beschritten werden. Dort konnte sich erst über Diskurse in den Architekturmedien und über Planungswettbewerbe der anfänglich auf räumlich isolierte Gebiete konzentrierte Stadtumbau 1931 zu einem städtebaulichen Generalplan ausweiten.[57]

Das ideologische *Stadt-Raum-Konzept* von Egon Riss, ausgearbeitet 1932,[58] propagierte technische Lösungen, die dazu genutzt werden sollten, das Leben des Individuums zu vereinfachen.[59] Dabei sollte eine intensive, sogenannte organische Raumerweiterung als Aufwertung der räumlichen Ausnutzung des Stadtgebietes dienen.[60] Ziel war einerseits die Trennung zwischen Wohnen und Arbeit innerhalb einer aufgelockerten Einzelhausbebauung[61] sowie deren gleichzeitige Durchsetzung mit Kulturinstitutionen,[62] aber auch eine der stetigen Technisierung angemessene verkehrsgerechte Stadt.[63] Dies sollte durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die gleichzeitige Verbreiterung von Gehsteigen, die mittels alleeartiger Baumreihen von den Straßen räumlich und lärmtechnisch getrennt sein sollten, bewerkstelligt werden.[64]

Oskar Sitte dachte 1935 in seiner Dissertation zu Problemen des Städtebaus die Zusammenführung der wirtschaftlichen Modelle des *Roten Wien* und des privatwirtschaftlichen Wohnungsmarktes an. Dabei kam der gemeinnützigen Idee von Bausparkassen und Baugenossenschaften, von ihm als „privatsozialistische (gemeinnützige) Wirtschaft“[65] tituliert, besondere Bedeutung zu. Damit sollte das Mittel gefunden sein, eine wirtschaftliche und auch soziale Verwaltung von modernen Kleinstwohnungen zu gewährleisten.[66]

Neben dem Ausbau verschiedenster Siedlungsformen sprach er sich für die Instandhaltung von Verwaltungs-, Bildungs- und Kulturinstituten des Stadtkerns aus. Die gleichzeitige Sanierung *baufälliger Häuserviertel* der Altstadt im Sinne des Denkmalschutzes sollte, überwacht von Rahmenplänen des Bezirksbauamtes, der Privatwirtschaft überlassen werden. Sitte forderte die Herabsetzung der Bebauungshöhe für Neubauten, um im Stadt-

56 Bodenschatz, Diktatur, in: Czech, Doll (Hg.), Propaganda, Ausstellungskatalog, 2007, S. 60.

57 Bodenschatz (Hg.), Mussolini, 2011, S. 428.

58 Das Konzept wurde von Riss schon 1932 geschrieben, aber erst 1936 veröffentlicht.

59 Egon Riss, Raumveredelung – Die neue Stadt, Wien, 1936, S. 36–39.

60 Ebd., 1936, S. 19–22.

61 Er richtete sich damit direkt gegen das Konzept der Werkssiedlung.

62 Ebd., S. 31–34.

63 Ebd., S. 27.

64 Ebd., S. 14 f.

65 Sitte, Werdendes Wien, 1935, Dissertation, S. 25.

66 Ebd., S. 32–34.

kern eine niedrigere Verbauung zu ermöglichen. Fußgängerzonen sollten die Geschäftsstraßen wie etwa die Kärntnerstraße, den Graben und die Rotenturmstraße vom Durchgangsverkehr befreien. Die Altstadt wurde zum Wohnort der *Staatselite* bestimmt.[67]

Die verkehrstechnische Lösung von Sitte inkludierte einen kreisförmigen Zentral- und Busbahnhof am II., Praterstern, der mit Einfallstraßen in Form von Hochstraßen international angeschlossen war. Grundlage dafür war der 1910 durch Franz Musil erarbeitete Streckenplan für Untergrund-Schnellbahnen[68] in Wien.[69] Ein früher Entwurf von 1934 führte den Zentralbahnhof mit einem Flughafen[70] am Gelände des Nordbahnhofes in Wien II ein.[71]

Das dritte und mitunter interessanteste der vorgestellten Städtebaukonzepte stammte von Erwin Ilz. Es fußt auf seiner 1935 publizierten Schrift über die Lösung der *Wiener Verkehrsfragen*.[72] Darin nahm er mit der Einführung eines Zentralbahnhofes[73] die Idee von Wien als Knotenpunkt in einem großräumigen europäischen Verkehrsnetz vorweg. Das räumliche Leitbild enthält bereits für die spätere Wiener NS-Stadtentwicklung wichtige Grundsätze[74] und Großbauvorhaben. Laut Mattl und Pirhofer zeigt das Konzept „eine beunruhigende Affinität zu Axiomen und Elementen der Moderne".[75]

Seine funktionale Lösung innerhalb einer *organischen Stadt* propagierte er ab 1938 auch verstärkt im nationalsozialistischen Wien.[76] Zentrales Anliegen war der Ausbau zur Verkehrs- und Gartenstadt[77] mit Freiflächen nach US-amerikanischen, deutschen und italienischen Mustern, auf der Grundlage eines städtischen Gesamtplanes. Der öffentliche Verkehr hatte die Aufgabe, die in Wohn- und Arbeitsgebiete getrennten Stadtteile zu verbinden.

---

67 Ebd., S. 86–90.

68 Franz Musil, Die zukünftigen Wiener elektrischen Untergrund-Schnellbahnen, Wien, 1910.

69 Sitte, Werdendes Wien, 1935, Dissertation, S. 101–106.

70 Gestaltet als Oval in 11 m Höhe, verbunden mit den Gebieten über der Donau mit einem Tunnel. Darunter sollte sich der Stückgutbahnhof zur Versorgung der Inneren Stadt befinden. 1935 sah der Entwurf den Flughafen wieder am bereits bestehenden Flugfeld Aspern vor, da dessen Standortwahl durch den Bau der Reichsbrücke obsolet wurde.

71 Sitte, Werdendes Wien, 1935, Dissertation, S. 113 f.

72 Erwin Ilz, Wiener Verkehrsfragen – Zentralbahnhof und Nahverkehr, Wien, 1935, S. 6 f., 13.

73 Als Grundlage dienten Ilz die Publikationen von Karl Hochenegg, der sich mit den Fragen der Wiener Verkehrsverhältnisse in seinen Schriften von 1910, 1923, 1925, 1926 und 1930 beschäftigte. Ilz lehnte jedoch die seiner Ansicht nach nicht mehr zeitgemäßen Gruppenbahnhöfe Hocheneggs ab und sprach sich für einen Zentralbahnhof aus, vgl.: Ebd., S. 16 f.

74 Seine Entwürfe für Stadt- und Straßenregulierungen mündeten 1935 in eine Planung für die Verlängerung der Wiener Ringstraße über die Donau, die er mit Robert Oerley und Hans Pfann ausarbeitete.

75 Mattl, Pirhofer: Wien, in: Holzschuh, Platzer (Hg.): Perle, Ausstellungskatalog Architekturzentrum Wien, 2015, S. 16.

76 Ebd., S. 14–16.

77 Erwin Ilz und der von 1913 bis 1920 agierende Stadtbaudirektor Heinrich Goldemund hatten sich schon 1935 verstärkt innerhalb der *Österreichischen Gesellschaft für Städtebau* für die Schaffung eines Wald- und Wiesengürtels für Siedlungen eingesetzt, vgl.: Die Baugenossenschaft, Jg. 8, 20. August 1935, Nr. 8, Wien, S. 94.

Durch Entkernung von Hinterhöfen, der Schaffung von Verkehrsflächen mittels Durchbrüchen und der Sanierung von Elendsvierteln in den inneren Bezirken Wiens wurde die Assanierung der Altstadt als wichtiger Beitrag zur Hebung der Lebensqualität seiner BewohnerInnen hervorgehoben. Neugeschaffene Freiräume sollten in der Wiener Innenstadt monumentale Bauwerke ermöglichen.[78]

Als Grundlage für die Umsetzung seiner städtebaulichen Konzepte dienten Erwin Ilz' Pläne zur Erweiterung des Wiener Stadtgebietes der beginnenden 1920er Jahre, die ab 1937 durch direkte Anweisung Bürgermeister Schmitz'[79] vom *Wiener Stadtbauamt* wieder aufgegriffen wurden. An der Diskussion beteiligten sich im März mit Erwin Ilz und im Dezember mit Siegfried Theiss wieder prominente Vertreter zweier unterschiedlicher Auffassungen. Ilz forderte die Aufgabe der ringförmigen Stadterweiterung Wiens und die Ausdehnung in den Süden Richtung Wiener Neustadt. Das zusammenhängende Stadtgebiet sollte einheitlich organisiert werden, wobei aber konform der Ideen des Sozialdemokraten Max Emers aus den 1920ern die Grenzen des Wirtschaftsraumes der Stadt zu beachten wären. Die Ausdehnung sollte mit der vollständigen Modernisierung öffentlicher Massenverkehrsmittel einhergehen.[80] Theiss hingegen wollte die Erweiterung des Stadtgebietes mit neuen Bezirken, also Eingemeindungen im Raum des Marchfeldes, wie es 1920 teilweise die *Christlichsoziale Partei* vertreten hatte.[81] Die von Theiss dazu ausgearbeiteten Pläne dienten aber erst der NS-Verwaltung zur Schaffung des Gaues Groß-Wien[82] durch Eingemeindung umliegender Städte und Landstriche. Diese neugeschaffenen Grenzen wurden erst in der Zweiten Republik im Jahr 1954 auf das ca. eineinhalbfache der Fläche von 1937 zurückgenommen.[83]

2.1.2.2 Planungsentwürfe für die Verkehrsstadt und ihre Bedeutung

Die forcierte Umgestaltung der Stadt Wien, bei gleichzeitigem Festhalten an ihren Traditionen, lehnte sich an die von Bodenschatz beschriebenen europäischen, diktatorischen Städtebaustrategien an.[84] Vor allem das faschistische Italien strahlte nach Österreich aus. Dort sollte der Großstadt ein prägnanter Ausdruck zu Zwecken der Reprä-

78 Ilz, Gegenwartsaufgaben des Städtebaues, mit besonderer Berücksichtigung Österreichs, Deutschlands und Italiens, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 90, Heft 1/2, Wien, 1938, S. 17–21.

79 Schmitz war schon 1920 als Wiener Gemeinderat für die Erweiterung der Stadt Wien unter wirtschaftlichen Voraussetzungen. Diese wurde aber 1920 vom *Bauernbund* in Linz vereitelt. Als Bürgermeister von Wien konnte er 1937 einen erneuten Anlauf zu ihrer Durchführung versuchen, vgl.: Wilfried Posch, Lebensraum Wien – Die Beziehungen zwischen Politik und Stadtplanung (1918–1954), Graz, 1976, Dissertation, S. 59–61.

80 Ebd., S. 156 f.

81 Wilfried Posch, Die Wiener Gartenstadtbewegung – Reformversuch zwischen erster und zweiter Gründerzeit, Wien, 1981, S. 98 f.

82 Von der Fläche etwa dreimal so groß wie das heutige Wien.

83 Sandor Bekesi, Shrinking city, in: Wolfgang Kos (Hg.), Kampf um die Stadt, Ausstellungskatalog Wien Museum, Wien, 2010, S. 100 f.

84 Bodenschatz, Diktatur, in: Czech, Doll (Hg.), Propaganda, Ausstellungskatalog, 2007, S. 48.

sentation und Legitimation des politischen Regimes verliehen werden.[85] Die Ausgestaltung öffentlicher Orte nahm dabei einen bedeutenden symbolischen Raum ein, der an die Modernisierung des Verkehrsnetzes gekoppelt wurde. Bahnhöfe, Postämter, Kinos und Sportstätten sollten als Vorzeigeprojekte der politischen Systeme dienen.[86] Während sich in der ungewohnten Größe der Gebäude, vor allem bei der Verkehrsinfrastruktur, die Innovationsfähigkeit des italienischen Faschismus widerspiegeln sollte, blieb die architektonische Gestalt und Lage der Bauwerke in traditionellen Mustern verhaftet. Laut Bodenschatz konnte so das Gegensatzpaar Innovation und Tradition weitgehend aufgelöst werden.[87]

Schon kurz nach der Unterzeichnung der *Römischen Protokolle* 1934 war es zu einer Annäherung der kulturellen Beziehungen zwischen Italien und Österreich gekommen.[88] Gerade der geplante Umbau Roms mittels großer Assanierungsprojekte für Wohnbauten und Verwaltungsgebäude hatte es dem Bundeskulturrat und Architekten Karl Holey[89] angetan, wie er 1936 in der italienischen Botschaft in Wien während eines Vortrages erklärte.[90] Die Anknüpfungspunkte von Architekturformen des italienischen Faschismus mit denen der Bauten des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes wurden Ende 1937 durch eine Ausstellung über *Italiens Städtebaukunst* betont. Sie wurde vom Präsidenten des italienischen Kulturinstitutes und gleichzeitig Gesandten Italiens[91] in Wien, Francesco Salata,

---

85 Bodenschatz, Diktatorischer Städtebau, in: Mattioli, Steinacher (Hg.), Faschismus, 2009, S. 56–58.

86 Aram Mattioli, Architektur und Städtebau in einem totalitären Gesellschaftsprojekt, in: Ebd., S. 21–23.

87 Bodenschatz, Diktatur, in: Czech, Doll (Hg.), Propaganda, Ausstellungskatalog, 2007, S. 58.

88 Durch das bilaterale Abkommen zwischen Österreich und Italien entfaltete sich eine intensive Ausstellungstätigkeit in Wien, die vom italienischen Presse- und Propagandaministerium forciert und vom italienischen Kulturinstitut durchgeführt wurde. Die erste Ausstellung fand 1933 im *Wiener Künstlerhaus* unter dem Titel *Moderne Italienische Kunst* statt. 1935 wurde in der *Wiener Secession* die Ausstellung *Italienische Plastik der Gegenwart* durchgeführt und 1937 die Ausstellung *Italiens Städtebaukunst*, vgl.: Monika Mayer, Aspekte des Wiener Ausstellungswesens im Austrofaschismus und im Nationalsozialismus – am Beispiel des Künstlerhauses und der Secession, in: Herbert Posch, Gottfried Fliedl (Hg.), Politik der Präsentation – Museum und Ausstellung in Österreich 1918–1945, Wien, 1996, S. 81.

89 Er errichtete das österreichische Kulturinstitut in Rom, Gio Ponti das italienische in Wien.

90 Elisabeth Klamper, Die böse Geistlosigkeit – Die Kulturpolitik des Ständestaates, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S.130 f.

91 Neben der italienischen Gesandtschaft in Wien interessierten sich auch die französische und die argentinische für den Volkswohnungsbau des Ständestaates, insbesondere für dessen Wohnungsgrundrisse und Finanzierung. Diesbezügliche Anfragen Mitte bis Ende 1937 wurden mit der Versendung von den in dieser Arbeit verwendeten Broschüren *Wien im Aufbau: Wohnungswesen* und *Familienasyle* beantwortet. Zusätzlich wurden die allgemeinen und technischen Richtlinien zu den später vorgestellten Randsiedlungsaktionen I und II sowie das Ansuchformular für das *Kleinwohnungsbauförderungsgesetzes* von 1937 verschickt, vgl.: Akt: Volkswohnungen und Arbeiterhäuser, Note des BKA wegen Anfrage der Argentinischen Gesandtschaft, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3400.

mit den österreichischen Architekten Karl Holey,[92] Alexander Popp[93] und Leopold Bauer initiiert.[94]

Dem autoritären Ständestaat kann aber keinesfalls ein tiefgreifender Stadtumbau unterstellt werden, wie er beispielsweise durch den Bebauungsplan von 1931 in Rom verwirklicht werden sollte. In Wien wurden zwar Entwürfe einer modernen Verkehrsplanung erdacht, diese waren aber aufgrund fehlender finanzieller Mittel und dem forcierten Bau neuer Verkehrsflächen für den Individualverkehr[95] nicht zur Umsetzung bestimmt. Nicht umsonst überraschen vor allem die Dimensionen der zumeist an der *Technischen Hochschule Wien* erarbeiteten Infrastrukturbauwerke.

Die Entwürfe dienten wie in den diktatorischen Nachbarstaaten Italien und Deutschland zur Klärung einer neuen städtebaulichen Form, die über Fachzeitschriften zur programmatischen Orientierung verbreitet wurden.[96] Die propagandistisch verbreiteten Pläne und Modelle sollten die zukünftige Stadtplanung auch für den Einzelnen erfahrbar machen.[97] Die Reichweite dieser Lösungsvorschläge blieb im Ständestaat jedoch gering. Nur wenige Projekte, beispielsweise der später vorgestellte Stadtflughafen von Brigitte Kundl,[98] wurden

---

92 Die Baukunst von Wohnbauten und Verwaltungsgebäuden wurde von Holey als Ausdruck eines *neuen Geschlechts* eingeführt und gleichzeitig als monumentales Erbe des Römischen Reiches vorgestellt. Neue Städte und Neubaugebiete wurden in einem historischen Kontext hervorgehoben.

93 Popp, Schüler von Peter Behrens, musste am 2. April 1934 zwangsweise der *Vaterländischen Front* beitreten und wurde am 1. Januar 1935 illegales Mitglied der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*. Ab 1930 war er außerordentlicher Professor an der *Akademie der bildenden Künste* in Wien. Clemens Holzmeister bootete ihn 1935/36 bei der Bewerbung als interimistischer Leiter der Meisterschule aus. Erst nach dem Anschluss wurde er kurzfristig Mitglied der kommissarischen Leitung der Akademie, deren Rektorat er von 1941 bis 1945 übernehmen konnte. Im Ständestaat war er Präsident der *Wiener Secession* und Vizepräsident der *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs*, vgl.: Helmut Lackner, Architekt Alexander Popp (1891–194), Linz, 1991, Ausstellungskatalog Stadtmuseum Linz – Nordico, S. 18–20.

94 Die Ausstellung legte besonderes Augenmerk auf den Umbau von Rom. Weiters wurden andere italienische Städte und ihre Regulierungspläne vorgestellt, darunter auch die neu gewonnenen Gebiete wie beispielsweise Addis Abeba. Plastische Architekturmodelle, unter anderem eines des *Foro Mussolini*, und statistisches Material rundeten die Ausstellung ab, vgl.: Secession Wien (Hg.), Ausstellung Italiens Stadtbaukunst – Veranstaltet über Anregung des Königlichen Italienischen Ministeriums für Volkskultur vom Italienischen Kulturinstitut in Wien gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Städtebau und der Wiener Secession, Wien, 1937, S. 5 f. Die im Frühjahr 1937 in der *Wiener Secession* durchgeführte Ausstellung *Deutsche Baukunst – Deutsche Plastik am Reichssportfeld in Berlin* war innerhalb der Bevölkerung weitaus populärer, vgl.: Mayer, Aspekte, in: Posch, Fliedl (Hg.), Präsentation, 1996, S. 81.

95 Baltzarek beschrieb schon 1974, dass für Massenverkehrsmittel im ständestaatlichen Wien keinerlei finanzielle Mittel bereitgestellt wurden, vgl.: Baltzarek, Bundeshauptstadt, in: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), Wiener Geschichtsblätter, 29. Jg., Wien, 1974, Sonderheft 2, S. 83.

96 Bodenschatz, Diktatur, in: Czech, Doll (Hg.), Propaganda, Ausstellungskatalog, 2007, S. 60.

97 Ebd., S. 48.

98 Brigitte Kundl besuchte von 1931 bis 1933 die Meisterklasse von Siegfried Theiss und wurde später dessen Mitarbeiterin. Sie absolvierte 1935 als erste Ingenieurarchitektin ihr Doktorat der technischen Wissenschaften an der *Technischen Hochschule* in Wien, vgl.: Ute Georgeacopol-Winischhofer, Muthwill, Brigitte (geb. Kundl), in: Brigitta Keintzel, Ilse Korotin (Hg.), Wissenschafterinnen in und aus Österreich – Leben – Werk – Wirken, Wien – Köln – Weimar, 2002, S. 528 f.

von der *Vaterländischen Front* für Propagandazwecke benutzt und konnten so in einen öffentlichen Diskurs eingeführt werden. Trotzdem besteht die Bedeutung der hier vorgestellten Projekte in ihrem Hinweis auf die dringlichen Probleme des Wiener Städtebaus um die Schaffung von zentralen infrastrukturellen Verkehrsbauten. Vor allem im universitären Bereich wurde mit der Adaption internationaler, städtebaulicher Lösungen für die Verkehrsstadt Wien experimentiert.

2.1.2.2.1 Wiener Stadtflughafen von Brigitte Kundl

Der Wiener Stadtflughafen, den Brigitte Kundl in ihrer Meisterarbeit bei Siegfried Theiss entwarf, sollte städtebaulich die Entwicklung Wiens zum internationalen Flugverkehrsknotenpunkt unterstützen. Die Dimensionierung des Entwurfs wies vor allem auf die Dringlichkeit der Schaffung eines Gesamtverkehrskonzeptes hin. „Der Städtebauer kann nicht nur an den Architekten das Verlangen stellen, zweckmässig örtliche Lösungen zu finden, sondern er muss von ihm in vorbedachter Weise zukünftige Entwicklungen beherrschen lassen. Von dem Gesichtspunkt einer neuen geistigen und technischen Umstellung ausgehend, wurde dieses Projekt als grosszügige Zukunftslösung aufgestellt.“[99]

Der Flugverkehr wurde von Kundl nicht nur als Massentransportmittel der Zukunft verortet, sondern auch dessen Aufgabenbereich des Luftpostdienstes und des Luftfrachtverkehrs bedacht.[100] Daneben erläuterte sie die Einsatzmöglichkeiten des Flugzeuges bei Naturkatastrophen durch Abwurf von Versorgungsgütern, im Sanitätsdienst, beim Transport von Wertgegenständen und der Umgehung von Streiks bei traditionellen Verkehrsmitteln wie beispielsweise der Eisenbahn.[101]

Die Situation in Wien war, laut Kundl, durch das bereits bestehende Luftverkehrsstreckennetz vorgegeben, das als Knotenpunkt in günstiger geografischer Lage einen internationalen Anschluss nach Osten und Süden gewährleistete. Der bereits am 20. März 1918 installierte österreichische Linienflugverkehr von Wien nach Lemberg wurde bis 1931 auf die Städte Prag, Warschau, Budapest, Belgrad, Venedig, und Mailand ausgedehnt. 1931 wurden bereits 13.851 Flüge mit 22.496 Passagieren durchgeführt.[102]

Dieser wachsenden Bedeutung des Flugverkehrs sollte durch eine innerstädtische Lage des Flughafens Rechnung getragen werden. Durch die Platzwahl sollten Anschlüsse an das Verkehrsnetz der Stadt gewährleistet werden, um die Reisezeit oder Transportzeit möglichst auf ein Minimum zu reduzieren.[103] Der Flughafen in XXII., Aspern, der in beträchtlicher Entfernung zum Stadtzentrum über der Donau lag, sollte aufgegeben werden.[104] Stattdessen sollte ein Stadtflughafen als Verkehrsknotenpunkt am Gelände des

99 Brigitte Kundl, Ein Stadtflughafen für Wien, Wien, 1935, Dissertation, S. 59.
100 Ebd., S. 1–3.
101 Ebd., S. 7 f.
102 Ebd., S. 17–19.
103 Ebd., S. 13.
104 Ebd., S. 19 f.



Abb. 14 Abfertigungs- und Ankunftsgebäude der *Österreichischen Flugverkehrs A. G.* am abgelegenen Flugfeld Aspern. (Anonym 1920er).

Wiener Arsenals im III. Bezirk errichtet und an ein durchdachtes Verkehrsnetz angeschlossen werden. Diese zentralen Aufgaben übernahmen Bahn, Untergrundbahn und Busbahnhof. Der Entwurf eines zu schaffenden Zentralbahnhofs, der später vorgestellt wird, stammt vom Architekten Erich Kuschel.[105] Weiters wurde der Individualverkehr durch die Errichtung von Parkplätzen für Autos in ihrem Lösungsansatz inkludiert.[106]

Internationale Beispiele für innerstädtische Lösungen fand Kundl in England, den USA und Deutschland, wobei sie sich besonders an drei futuristisch anmutenden Entwürfen orientierte. Charles W. Glover & Partners entwarfen 1931 einen Stadtflughafen im Wagenradform, der auf 38 Pfeilern in der Höhe von 40 m über dem Erdboden gelagert und über dem zentralen *King's Cross Bahnhof* in London zur Ausführung kommen sollte. Ein ähnlicher Entwurf wurde im selben Jahr von H. Altvater für den Wettbewerb *Lehigh Airports Competition* in New York vorgelegt. Der Entwurf des Stadtflughafens für London von McMorrou mit einer kreisrunden Landebahn inkludierte eine durchdachte Lösung für die Trennung von Flugsteig und Verkehrswegen.[107]

105 Erich Kuschel, Zentralfernbahnhof Wien, Wien, 1934, Dissertation.

106 Brigitte Kundl, Auszug aus der Doktorarbeit Ein Stadtflughafen für Wien, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 88, Heft 23/24, Wien, 1936, S. 138 f.; Kundl, Stadtflughafen, 1935, Dissertation, S. 55–58.

107 Ebd., S. 21–24.



Abb. 15 Modell des Stadtflughafens am Wiener Arsenal von Brigitte Kundl 1936. Daneben sind zwei Hallen des Zentralfernbahnhofes von Erich Kuschel zu sehen. (Bruno Reiffenstein 1936).

Kundls Entwurf für das Arsenal[108] beinhaltet die Anlage von zweigeschossigen Messe- und Ausstellungshallen in konzentrischen Kreisen für die wirtschaftliche Auslastung des Stadtflughafens.[109] Auf ihnen sollte die kreisrunde Rollbahn für den Flugverkehr mit vier fahrbaren Brücken als Start- und Landebahn[110] ausgeführt werden. Diese in Rahmenkonstruktion aus Eisen geplanten Gebäude wären somit der Hauptbestandteil der Gesamtanlage gewesen. Ein Ausstellungsrestaurant sollte halbkreisförmig angegliedert werden. Innerhalb der konzentrischen Kreise war ein kreisförmiges Kongressgebäude mit einem Ring von Nebengebäuden geplant.[111]

108 Der als Kreisausschnitt konzipierte Flughafen stellte einen einzigen Baukörper im Ausmaß von 70.550 m² mit Gesamtkosten in Höhe von öS 150 Mio. dar, vgl.: Kundl, Auszug, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 88, Heft 23/24, Wien, 1936, S. 138 f.

109 Das Flughafengebäude wurde als eigenständiges Gebäude mit Räumen für Personenverkehr, Güterverkehr, Verwaltung sowie Verkehrsdienst- und Betriebsräumen, Restaurations-, Geschäfts- und Wohnräumen, Arbeits- und Lagerräumen und Flugzeughallen geplant.

110 Die 60 m breiten, in Eisenfachwerk und Stahlkonstruktion ausgeführten Elemente, gewährleisteten eine Einstellung auf die Windverhältnisse. Die einzelnen Teilstücke sollten mit jeweils insgesamt 16 Laufrädern auf einer Kranschiene rollen und von einem 152 PS starken Motor bewegt werden, vgl.: Kundl, Stadtflughafen, 1935, Dissertation, S. 41, 43.

111 Ebd., S. 27–35.

Trotz großer Beachtung des Projektes seitens staatlicher Stellen[112] durch einen Artikel in der Zeitschrift des *Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines* (ÖIAV)[113] im Jahre 1936 kam der Flughafen nicht zur Ausführung.[114] 1937 wurde das Stadtflughafenmodell im Propagandawettstreit mit Deutschland sogar dem gerade im Ausbau befindlichen Berliner Flughafen Tempelhof als Zukunftsbild gegenübergestellt.[115]

2.1.2.2.2 Zentralfernbahnhof von Erich Kuschel

Kuschel forderte 1934 in seiner Doktorarbeit an der *Technischen Hochschule Wien* ein Umdenken bezüglich des aus der Donaumonarchie stammenden Bahnverkehrskonzeptes. Darin sollten die fünf Großbahnhöfe Wiens[116] durch die Errichtung zweier Hauptbahnhöfe[117] zusammengeführt werden, um die weitere Entwicklung der *k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien* zu ermöglichen. Kuschel verwarf dieses Konzept und wollte mit seinem Entwurf einen Zentralfernbahnbahnhof nach internationalem Beispiel entstehen lassen, der der Rolle Wiens in der Zwischenkriegszeit als demografisch stagnierende Stadt gerecht werden sollte.[118]

Nach dem Fall der Monarchie erlitt die Eisenbahnwirtschaft durch wirtschaftliche Krisen und eine daraus resultierende veränderte Verkehrswirtschaft starke Einbußen. Dazu zählten rückgängige Fahrgastzahlen beim Personenverkehr durch die Zunahme des Individualverkehrs auf der Straße und des Flugverkehrs sowie die Umorientierung des Güterverkehrs durch neue Energiequellen, neue Rohstoffe und Standortveränderungen wirtschaftlicher Betriebe. Die *Weltwirtschaftskrise* von 1929 wirkte sich besonders auf die Fahrgastzahlen aus, die von einem Höhepunkt von 7.703.408 Passagieren 1928 bis 1932 auf 4.134.851 Reisende, also auf insgesamt 53 % sanken.[119] Kuschel strich die Bedeutung des zukünftigen Bahnverkehrs als bequemes Massentransportmittel heraus und sprach sich für eine Reformierung aus.[120] Neben der Erhöhung der Reisegeschwindigkeit und der Aufwertung der III. Fahrgastklasse forderte er „die Errichtung neuer Bahnhofsbauten, die

112 AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/3300, Foto mit rückseitiger Pressemeldung: Interessantes Projekt – Stadtflughafen für Wien, 1937.

113 Kundl, Doktorarbeit, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 88, Heft 23/24, Wien, 1936.

114 Das medial stark publizierte Modell des Stadtflughafens wurde am 21.02.1936 von der Meisterschule Prof. Siegfried Theiss dem *Technischen Museum Wien* geschenkt. Dort wurde es wegen starker Beschädigung, und weil es technisch bereits überholt war, 1970 skartiert, vgl.: Kassierungsantrag vom 25.05.1970, in: Technisches Museum Wien Archiv, Mappe BPA 1019/1.

115 Tempelhof wächst zum größten Flughafen heran, in: Der Werker – österreichische Blätter für technische Volksbildung, 2. Jg., Heft 9/10, 15. Juli 1937, S. 21.

116 Franz-Joseph-Bahnhof, Nordwestbahnhof, Nordbahnhof, Ostbahnhof und Südbahnhof.

117 Nord- und Südbahnhof.

118 Kuschel, Zentralfernbahnhof, 1934, Dissertation, S. 1–4.

119 Ebd., S. 29–33.

120 Ebd., S. 96 f.

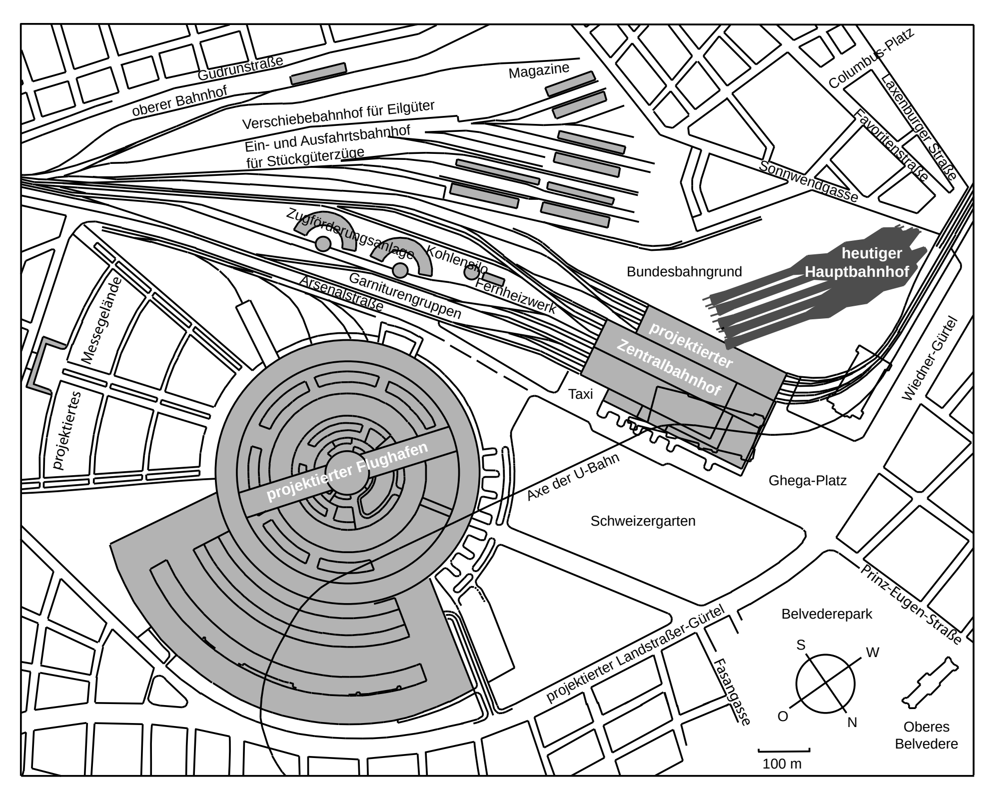


Abb. 16 Lageplan des Zentralfernbahnhofes von Erich Kuschel neben dem projektierten Stadtflughafen von Brigitte Kundl 1934 am Wiener Arsenal. (Andreas Suttner 2016).

nicht zuletzt ein Gradmesser für die Zivilisation und auch die Kulturstufe der Bevölkerung sind."[121]

Internationale Beispiele fand Kuschel vor allem in Europa: in Deutschland den 1889 eröffneten Hauptbahnhof Frankfurt am Main von Hermann Eggert und Johann Wilhelm Schwedler, den zwischen 1907 und 1915 errichteten Hauptbahnhof Leipzig der Architekten William Lossow und Max Hans Kühne und den zwischen 1913 und 1928 gebauten Hauptbahnhof Stuttgart von Paul Bonatz und Friedrich Eugen Scholer; in Italien das Beispiel des Mailänder Hauptbahnhofes von Ulisse Staccini, der 1931 fertig gestellt wurde.[122]

Der Zentralfernbahnhof sollte auf den Gründen des bisherigen Ostbahnhofes am III., Wiedner Gürtel entstehen. Wichtigstes Anliegen war die Trennung von Fern- und Nahverkehr, die durch die Beibehaltung der bisherigen Bahnhöfe für den Nah- und Ausflugsverkehr vollzogen werden sollte. Für den städtischen Bereich dachte Kuschel eine Ver-

121 Kuschel, Zentralfernbahnhof, 1934, Dissertation, S. 97.

122 Ebd., S. 11, 14, 18, 22–28.

bindung der Stadtbahn mit einem U-Bahnnetz an.[123] Besonders interessant erscheint die verkehrstechnische Anbindung des Zentralfernbahnhofes an den vorher vorgestellten Flughafenentwurf von Brigitte Kundl, durch einen 260 m langen Fußgängertunnel.[124] Der Güterverkehr sollte aufgrund bereits bestehender Infrastruktur auf zwei Großbahnhöfen und einem Nebenbahnhof abgewickelt werden: Stückgut- und Eilzugverkehr am neuen Zentralfernbahnhof, Kohlen- und Wagenladungsverkehr am Nordbahnhof und Sammelladungsspediteurverkehr am Nordwestbahnhof.[125]

Die Ausgestaltung des Bahnhofgebäudes orientierte sich weitgehend an den internationalen Beispielen. Drei nebeneinander angeordnete Haupthallen in Stahlkonstruktion[126] sollten den Großteil der insgesamt 46.776 m^2 verbauten Fläche einnehmen. An der östlichen Längsseite sowie der nördlichen Stirnseite sollten niedrigere Bauteile in Eisenbeton zur Ausführung kommen, die organisch mit den drei Hallen verbunden waren. Zwei davon dienten den nördlichen, östlichen und südlichen Linien, eine Halle den westlichen Expressdurchgangslinien. Die Verbindung zu allen Zügen wurde durch einen einzigen geraden, im ersten Stock liegenden Querperron[127] bewerkstelligt, der in seiner Mitte durch eine Stiegen- und Aufzugsgruppe[128] mit der Kassenhalle[129] im Erdgeschoss verbunden sein sollte.[130]

Die äußere architektonische Erscheinung sollte durch die konstruktive Durchbildung der drei Gleishallen dominiert werden, die ihren Ausdruck ebenfalls in der Gruppierung der Baumassen fand. Das Gebäude sollte von außen als Bahnhof erkennbar sein.[131]

2.1.2.2.3 Zentralbahnhof von Johann Aigner

Johann Aigner entwarf 1937 auf Anregung von Alfred Keller[132] an der *Technischen Hochschule Wien* ein Projekt für einen Zentralbahnhof, das weitgehend die Wiener Verhältnisse im

---

123 Ebd., S. 33–35.

124 Ebd., S. 50.

125 Ebd., S. 39–41.

126 Die drei Bogenhallen mit jeweils 60 m Weite sollten eine Länge von 276 m und eine Höhe von 37 m haben, vgl.: Ebd., S. 80 f.

127 Der Querperron sollte mit zwei Dritteln seiner Länge an die Stirnseiten der Gleishallen I und II grenzen, das letzte Drittel sollte unter die im zweiten Stock geplante Halle III reichen, vgl.: Ebd., S. 71.

128 Bestehend aus zwei breiten Steintreppen, einer dazwischenliegenden Rolltreppe und jeweils zwei an den Seiten der Steintreppen angeordneten Aufzügen für jeweils 12 Personen.

129 Die Kassenhalle war als 12 m hohe Eisenbetonrahmenkonstruktion mit einer Fläche von 4.320 m^2 angedacht. Der Fußboden sollte aus Natursteinen bestehen, die Wände aus lichtem Marmor. Die Belichtung sollte durch an zwei Seiten angeordnete bis an die Decke reichende Stahlrahmenfenster gewährleistet werden. Ein Bankhaus, 36 Kassen, ein Reisebüro, ein Rechnungsbüro sollten darin angesiedelt sein.

130 Kuschel, Zentralfernbahnhof, 1934, Dissertation, S. 51–56.

131 Ebd., S. 87.

132 Keller wurde 1930 ordentlicher Professor für Gebäudelehre, Bauwirtschaftslehre und Verkehrshochbau an der *Technischen Hochschule Wien*.

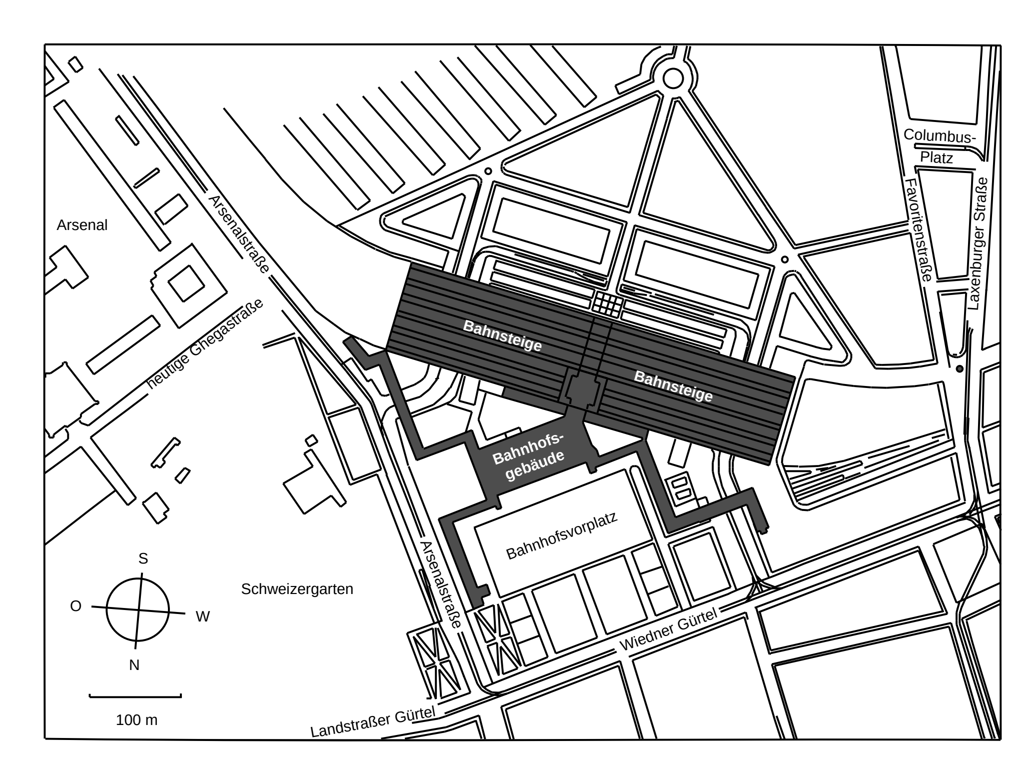


Abb. 17 Lageplan des monumentalen Zentralbahnhofes nach italienischem Muster beim Wiener Arsenal von Johann Aigner 1937. (Andreas Suttner 2016).

internationalen Kontext analysierte.[133] Er lehnte sich dabei an die Studien von Erwin Ilz[134] und Karl Hochenegg[135] an, die den Großstadtpersonenverkehr in seiner ganzen Breite erfassten.[136]

Internationale Vergleichsbeispiele fand Aigner in den USA, Italien und der Sowjetunion: der zwischen 1928 und 1933 gebaute *Union Terminal* von Cincinatti im Bundestaat Ohio von Alfred T. Fellheimer und Steward Wagner, die zwischen 1932 und 1934 errichtete *Stazione di Firenze Santa Maria Novella* in Florenz von der *Gruppo Toscano* und ein nicht ausgeführtes Projekt eines Zentralbahnhofes für Moskau des Architekten Schapiro. Besonderes Interesse galt dabei der allgemeinen Lage, der eisenbahntechnischen Lösung, der

133 Johann Aigner, Die Anlage von Großbahnhöfen mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Verhältnisse, Wien, 1937, Dissertation, S. 1 f.

134 Ilz, Verkehrsfragen, 1935; und besonders seine Vorlesungen an der *Technischen Hochschule Wien.*

135 Karl Hochenegg, Vorschläge zur Verbesserung der Wiener Verkehrsverhältnisse, Wien, 1910.

136 Aigner, Anlage, 1937, Dissertation, S. 38–40.

Anlage der Bahnsteige, der Führung von Nah- und Fernverkehr, den Zubringerwegen der Reisenden und des Gepäcks sowie der Architektur und der Anlage des Grundrisses.[137]

Zentrales Anliegen war eine gute internationale und innerstädtische Anbindung der Reisenden zum Bahnhof. Nah- und Fernverkehr sollten unter einem Dach abgewickelt werden können, wobei zur Steigerung der Effektivität besonders auf die Trennung der Verkehrswege einfahrender und abfahrender Verkehrsmittel Bedacht genommen wurde. Der Anschluss durch eine Untergrundbahn sollte zur Entlastung vor dem zunehmenden Autoverkehr dienen.[138]

Aufgrund dieses durchdachten Verkehrskonzeptes war es Aigner möglich sein Zentralbahnhofkonzept außerhalb der Innenstadt auf bahneigenem Grund beim Wiener Arsenal am Wiedner Gürtel[139] zu situieren.[140]

Die Front des sechsstöckigen, monumentalen Bahnhofsgebäudes, das sich stilistisch an den Bahnhof in Florenz anlehnte,[141] sollte parallel zum Wiedner Gürtel liegen. Darin waren eine runde Zentralhalle,[142] ein Verwaltungsgebäude, ein Empfangsgebäude, ein Bahnhofshotel, eine Postanlage samt Dienstwohnungen, eine Postbahnsteiganlage, eine Fernbahnsteighalle, Wohnbauten und Schulungsräume für Bahnbedienstete angedacht.[143] Nach den internationalen Beispielen von Florenz und Moskau sollte auch ein Hof- und Regierungswartesalon mit eigenem Eingang zur Ausführung kommen.[144]

Die Bahnsteige wurden in Richtung der bereits bestehenden Verbindungsbahn unter einem Winkel von 38° 9' gegen den Wiedner Gürtel gerichtet angedacht.[145] Der heutige Hauptbahnhof in Wien liegt in etwa in derselben Position.

Der eigens geschaffene Bahnhofsplatz war dafür vorgesehen, die 109.774 m^2 von Hochbauten bedeckte Fläche räumlich vom Gürtel trennen.[146] Teilweise von den Gebäuden umgeben sollte er durch die architektonische Ausgestaltung mittels gleichartiger Materialien in die Gesamtanlage eingebunden werden. Durch eine Rednertribüne sollte der Platz als Versammlungsort und Aufmarschplatz dienen und war damit von Aigner als zweckmäßige städtebauliche Lösung konzipiert.[147]

---

137 Ebd., S. 15–24.

138 Ebd., S. 52–56.

139 Fläche ca. 336.000 m² – Wiedner Gürtel, Sonnwendgasse, Schuppenfront und Arsenalstraße.

140 Aigner, Anlage, 1937, Dissertation, S. 56.

141 Ebd., Gesamtschaubild des Bahnhofes im Anhang ohne Seitenbezeichnung.

142 Nur die Schalterhalle sollte sich mit 27 m Firsthöhe von den 22,40 m hohen Teilen abheben.

143 Aigner, Anlage, 1937, Dissertation, S. 57–60.

144 Ebd., S. 80.

145 Ebd., S. 58.

146 Ebd., S. 59.

147 Ebd., S. 119–121.

2.1.2.3 Realität des Brücken- und Straßenbaus der Verkehrsstadt Wien

Der Straßenverkehr wurde am Beginn des 20. Jahrhundert durch den Anstieg des Autoverkehrs zunehmend wichtiger und beeinflusste die europäische Stadtplanung nachhaltig. In Österreich begann der Aufschwung des Straßenbaus durch die Gründung von sogenannten Straßengesellschaften ab 1927.[148]

Schon im *Roten Wien* von 1932 war mittels eines Bauprogramms der gemeindeeigenen *Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt* begonnen worden, die Straßenerneuerung voranzutreiben. Dabei sollten, wie später im Ständestaat, Arbeitsbeschaffungs- und Notstandsprogramme zum Zuge kommen.[149] Dieses System wurde ab 1934 österreichweit durch die Initiierung weniger anleihenfinanzierter, arbeitsintensiver Großprojekte für Straßen- und Brückenbau weiter ausgebaut und propagandistisch verwertet.[150]

Von 1934 bis 1938 wurden in Wien öS 14,2 Mio. für den Wohnbau, öS 10,8 Mio. für die Errichtung von Familienasylen, öS 33,3 Mio. für den Hausreparaturfonds und öS 67,5 Mio. für den Straßen- und Brückenbau veranschlagt.[151] Allein anhand der Zahlen wird ersichtlich, inwieweit der Ausbau der Straßen für den Individualverkehr[152] im autoritären Ständestaat forciert wurde. Dollfuß und Schuschnigg erhofften sich neben der propagandistischen Wirkung eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und eine Ankurbelung der Wirtschaft. Die oft wechselnde Budgetierung hemmte den kontinuierlichen Ausbau aber zunehmend.[153]

Mit dem Bau von Straßen sollte ebenfalls der steigenden Motorisierung Rechnung getragen werden, die nicht nur durch den Fall der Kraftwagenabgabe 1935 unterstützt wurde, sondern auch durch Schutzzölle auf ausländische Produzenten. Dadurch kam es auch zu einer Ankurbelung der österreichischen Autoindustrie.[154] Der Auto-Tourismus sollte als weitere Einnahmequelle für Wien ausgebaut werden.[155]

Trotzdem war der Aufwand des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes für Propaganda höher als der tatsächliche Ausbau der Infrastruktur,[156] wie an den Kernbauten des Straßenbaus in Wien, der Höhenstraße und der Wientalstraße,[157] zu sehen.[158] Die Höhenstraße ist als

148 Braumann, Stadtplanung, 1986, S. 5 f.

149 Georg Rigele, Die Wiener Höhenstraße – Autos, Landschaft und Politik in den dreißiger Jahren, Wien, 1993, S. 96.

150 Emmerich Talos, Sozialpolitik im Austrofaschismus, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 230.

151 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 148.

152 Beispielsweise die Neupflasterung der VI., Mariahilfer Straße, vgl.: Baltzarek, Bundeshauptstadt, in: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), Wiener Geschichtsblätter, 29. Jg., Wien, 1974, Sonderheft 2, S. 83.

153 Rigele, Wiener Höhenstraße, 1993, S. 48.

154 Insbesondere bei den Großserien des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns, etwa durch den Verkauf des Kleinwagens Steyr 50 und des Steyr 100 sowie bei den Kleinserien von Gräf & Stift, vgl.: Ebd., S. 54–57.

155 Ebd., S. 100.

156 Gerhard Senft, Anpassung durch Kontraktion, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 186.

157 Die 11,5 km lange Wiental-Autostraße war nur für den Autoverkehr bestimmt und sollte als neue Westeinfahrt Wiens fungieren, vgl.: Braumann, Stadtplanung, 1986, S. 6; 1934 begonnen, reichte sie von der Schönbrunner Schlossallee bis nach Hadersdorf-Weidlingau, wo sie in die Linzer Straße mündete, vgl.: Baltzarek, Bundeshauptstadt, in: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), Wiener Geschichtsblätter, 29. Jg., Wien, 1974, Sonderheft 2, S. 84.

158 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 46.

einzig vollständig durchgeführtes Projekt zu werten. 1933 wurde ein Wettbewerb für eine Wohn-, Erholungs- und Ausflugstadt auf dem Kahlenberg ausgeschrieben, die einerseits für den Tourismus und andererseits für den Siedlungsbau gedacht war. Es sollte ebenfalls ein Freizeitzentrum mit Schwimmbad und einer Freilichtbühne entstehen.[159] Der Bau und die Erhaltung des Höhenstraßen-Projektes verblieben aber der Stadt Wien, nachdem sich Ende 1935 die Bundesregierung budgetär von der Erhaltung der Bundesstraßen mittels eines Exklamierungsgesetzes befreit hatte.[160] Deswegen konnte der Sieger-Entwurf des Architekten Erich Boltenstern 1935/36 nur teilweise verwirklicht werden. Wichtiger wurde die Höhenstraße als Selbstdarstellungsprojekt des Ständestaates. Sie sollte Modernität mit der Tradition des Wiens Luegers verbinden und wurde propagandistisch als Mittel zur Arbeitsbeschaffung verwertet.[161]

Das Gebiet Grinzing wurde durch einen 1937 stattfindenden öffentlichen Wettbewerb als Verkehrsanbindung zur Höhenstraße angedacht, bei der eine Erhaltung des historischen Ortskerns gewährleistet werden sollte.[162] Mit dem Entwurf der Architekten Karl Wilhelm Schmidt und Daniel Doppelreiter wurde von der Gemeinde Wien auch ein außerhalb des Wettbewerbes gesetzter Beitrag angekauft, der sich nicht nur um die architektonische Ausgestaltung des Gebietes kümmerte.[163] Darin wurde vielmehr der Verkehr als Grundlage des Bebauungsplanes begriffen, da der der Höhenstraße zufließende Verkehr durch den Ortskern von Grinzing geschleust wurde.[164] Die Errichtung neuer Gebäude in diesem Gebiet sollte vom zu erhaltenden Gesamtbild[165] abhängig gemacht werden.[166] Es kam jedoch keines der Projekte zur Ausführung.[167]

Vor allem die Brückenbautätigkeit[168] wurde in Wien vorangetrieben. Die Erneuerung der Rotundenbrücke wurde für die verkehrstechnische Erschließung ins *Sofortprogramm* des Bürgermeisters Schmitz von 1934 aufgenommen. Der Stahl- und Eisenbetonbau wurde am 6. Juni beschlossen und dauerte 16 Monate. Die Gesamtkosten wurden mit öS 2,6 Mio. angegeben.[169] Der Bau der neuen Schlachthausbrücke wurde ebenfalls im *Sofortprogramm*

---

159 Prokop, Rudolf Perco, 2001, S. 403.

160 Rigele, Wiener Höhenstraße, 1993, S. 109–113.

161 Prokop, Rudolf Perco, 2001, S. 325.

162 Ebd., S. 415.

163 Zum Grinzinger Wettbewerb, in: Österreichische Bauzeitung, 3. Jg. Wien, Februar 1938, Nr. 6, S. 65 f.

164 Ebd., S. 69 f.

165 Der Entwurf war Teil einer Broschüre zur Novellierung der *Bauordnung* für Wien 1937 und mit der Forderung zur Errichtung eines *Kunstbeirates* verknüpft.

166 Zum Grinzinger Wettbewerb, in: Österreichische Bauzeitung, 3. Jg. Wien, März 1938, Nr. 7, S. 89 f.

167 Prokop, Rudolf Perco, 2001, S. 415.

168 Im *Roten Wien* wurde schon 1928 der Neubau der Augartenbrücke beschlossen, um dem verstärkten Verkehrsaufkommen Rechnung zu tragen. Hubert Gessners Wettbewerbsentwurf wurde 1929–1931 ausgeführt. Die Brücke wurde kurz vor der Einnahme Wiens 1945 durch die deutschen Truppen gesprengt und ist dadurch unwiederbringlich verloren, vgl.: Markus Kristan, Hubert Gessner – Architekt zwischen Kaiserreich und Sozialdemokratie 1871–1943, Wien, 2011, S. 306.

169 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Die Brückenbautätigkeit der Stadt Wien 1934–1936, Wien, 1937, S. 8.

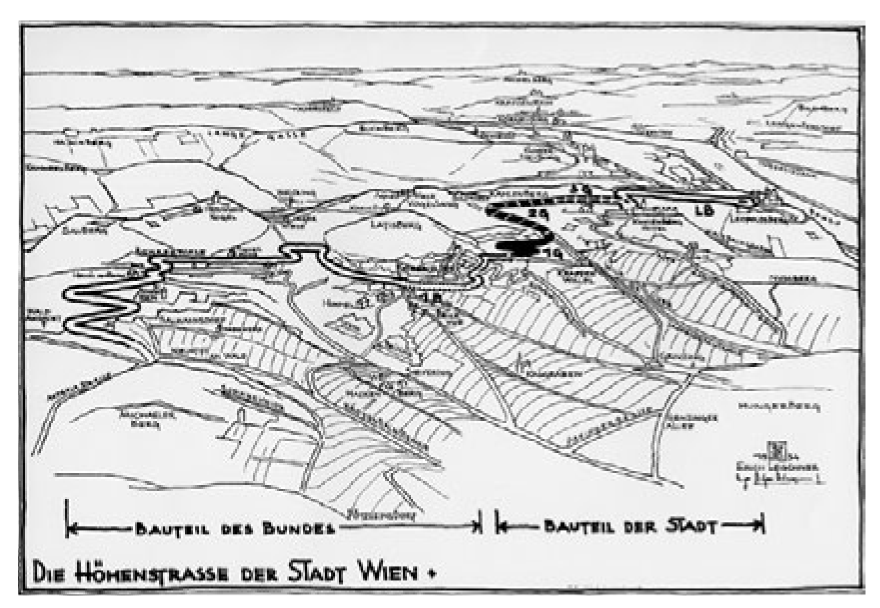


Abb. 18 Entwurf der Wiener Höhenstraße von Erich Franz Leischner 1934 mit den Bauteilen des Bundes und der Stadt Wien. (Foto Gerlach 1934).



Abb. 19 Belastungsprobe der Wiener Reichsbrücke bei der Eröffnung am 10. Oktober 1937. (Albert Hilscher 10.10.1937).

angedacht. Im Herbst 1934 wurde dafür der Entwurf für die Rotundenbrücke aus Kosten- und Zeitgründen adaptiert. Die Gesamtkosten betrugen öS 2,4 Mio.[170] Die öS 31 Mio. für den Bau der Wiener Reichsbrücke wurden hingegen vollständig aus Bundesmitteln bezahlt.[171]

Daneben wurden im Zuge des Baus der Höhenstraße 28 weitere Brücken von der Stadt Wien errichtet. Darunter die Sieveringer Brücke 1935/36, die Kohlenbrennerbrücke 1936 und eine Fußgängerbrücke über die Höhenstraße am Kahlenberg 1936/37.[172]

Neben den Neubauten wurde ebenfalls die Instandsetzung bereits bestehender Brücken begonnen. Ab 1934 wurden die Stubenbrücke, die von der Landstraßer Hauptstraße über den Wienfluss führt, die Marienbrücke mit anschließender Stadtbahndecke, die Schmelzbrücke über der Westbahn und die Franzensbrücke unter einem Gesamtaufwand von öS 1.357.000 renoviert.[173]

2.1.2.4 Arbeitsbeschaffungsprogramme für die Bauwirtschaft

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Österreich der 1930er Jahre griff durch die Wirtschaftskrise rasant um sich.[174] Vor allem Jugendliche waren betroffen. Die ständestaatliche Politik versuchte die Entwicklung einerseits durch den Abbau von Frauenarbeitsplätzen im Bundesdienst bei gleichzeitiger Aufnahme von Männern bei Polizei und Militär zu mindern. Die Arbeitslosenunterstützung wurde ab 1934 zusätzlich vehement eingedämmt, so dass nur jeder zweite Erwerbslose diese erhielt, der Rest galt als *ausgesteuert*.[175]

Die Ankurbelung der Bauindustrie wurde konform des US-amerikanischen *New Deal*[176] zum Bewältigen und Gegensteuern der anhaltenden wirtschaftlichen Rezension des Börsencrashs von 1929 vollzogen. Mittels öffentlicher Gelder sollte die Beschäftigung des Arbeitslosenheeres und die Ankurbelung der Wirtschaft am Ende der Ersten Republik

170 Ebd., S. 23 f.

171 Rigele, Wiener Höhenstraße, 1993, S. 102.

172 Magistratsabteilung 29, Brückenbau und Wasserbau, in: Wiener Stadtbauamt (Hg.), Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts, Bd. 2, 1974, S. XII/6.

173 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Brückenbautätigkeit, 1937, S. 45.

174 Talos, Manoscheck, Konstituierungsprozeß, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 11 f.

175 Talos, Sozialpolitik, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 231 f.

176 Der New Deal des 1933 gewählten US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt stellte ein neuartiges System der Wirtschaftspolitik für die USA und den Weg in den Wohlfahrtsstaat westlicher Prägung dar. Dabei wurde staatlicher Interventionismus mit individueller Initiative verwoben. Roosevelt folgte dabei den staatlichen Gegensteuerungsversuchen seines Vorgängers Hoover gegen die *Weltwirtschaftskrise* von 1929, vgl.: Robert S. McElvaine, The great depression, America, 1929–1941, New York, 1993, S. 162–168. Für die Behebung der allgemein hohen Arbeitslosigkeit und der Wiederherstellung der Wirtschaft kamen Arbeitsbeschaffungsprogramme zum Zuge. Durch die Übernahme dieser Strategie in europäischen Staaten strahlte der New Deal weit über die Grenzen der Vereinigten Staaten aus.



Abb. 20 Die *Arbeitsschlacht* wurde von der *Vaterländischen Front* politisch verwertet. (Vaterländische Front 1935).

gewährleistet werden. Diese Strategie wurde im autoritären Ständestaat weitergeführt und mit einer Ausweitung des 1932 gegründeten *Freiwilligen Arbeitsdienstes* (FAD)[177] unterstützt.[178]

Wie in Deutschland wurde 1935 eine *Arbeitsschlacht* initiiert, deren Schwerpunkt im Straßenbau lag. Es wurden im gleichen Jahr etwa soviel Mittel wie in Deutschland zur Verfügung gestellt, die aber schon 1936 wieder zurück genommen wurden. 1937 wurde ein weiteres, von den aufgewendeten Förderungen her aber kleineres, Programm gestartet.[179] Die Erlöse dieser Arbeitsanleihen verwendete das Regime aber nicht für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern konform ständestaatlicher Währungspolitik zur Stabilisierung der staatlichen Finanzen.[180]

Die Bauindustrie fungierte als Schlüsselindustrie bei der Beschäftigung Arbeitsloser. Nur so konnten die ausgegebenen Gelder weithin sichtbar gerechtfertigt und propagandistisch verwertet werden. Der Bau der Großglockner Straße diente ebenso dazu, wie der der Höhenstraße, der Packstraße und der Reichsbrücke.[181]

---

177 Der freiwillige Arbeitsdienst war definiert als die freiwillige Betätigung von Arbeitslosen bei *gemeinnützigen, zusätzlichen Arbeiten*, vgl.: Bundesgesetz vom 18. August 1932 über den freiwilligen Arbeitsdienst, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich: 14. Oktober 1932, Stück 80, Nr. 304, S. 1105–1107.

178 Verordnung der Bundesregierung vom 9. Juni 1933, betreffend die Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes bei dem zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm des Bundes, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, 17.06.1933, Stück 72, Nr. 229, S. 556.

179 Herbert Matis, Dieter Stiefel, „Mit den Vereinten Kräften des Capitals, des Credits und der Technik…“ – Die Geschichte des österreichischen Bauwesens am Beispiel der Allgemeinen Baugesellschaft – A. Porr Aktiengesellschaft 1896–1945, Bd. 1, Wien – Köln – Weimar, S. 234.

180 Talos, Sozialpolitik, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 230.

181 Matis, Stiefel, Baugesellschaft – A. Porr, Bd. 1, 1994, S. 232 f.

Trotz neuer Bautechniken kamen beim Bau der Wiener Höhenstraße jedoch keinerlei Baumaschinen und Baugeräte[182] zur Verwendung.[183] Der dazu herangezogene *Freiwillige Arbeitsdienst* half mit seiner Belegschaft von ca. 130 Personen mit gemeinnützigen Arbeiten wie Rodungen, Transport und Aushub von Material beim Bau mit, jedoch nur mit geringer Produktivität.[184] Im Österreich der Zwischenkriegszeit wurden überhaupt nur Mischmaschinen, Schwenkkräne mit elektrisch angetriebenen Winden und Aufzüge als technische Hilfsmittel eingesetzt.[185] BauarbeiterInnen waren meist Hilfskräfte, die mittels eigener Muskelkraft und der Hilfe von Pferden arbeiteten. Die Bauwirtschaft konnte gerade deswegen Auffangbecken für ungelernte Arbeitslose werden.[186] Die verputzen Ziegelbauten[187] blieben auch in der Zwischenkriegszeit die technische Grundlage der Bauweise der Gemeinde Wien. Baustoffe des *Neuen Bauens* wie Stahl, Beton und Glas wurden äußerst selten eingesetzt.[188] Somit blieben ökonomische, technische Neuerungen bis auf wenige Beispiele auf der Strecke.[189]

Nutznießer dieser Baupolitik waren vor allem die Baufirmen. Die Baufirma von Anton Porr war beispielsweise an fast allen Arbeitsbeschaffungsprogrammen des autoritären Ständestaates beteiligt. Aufträge konnten durch Netzwerke und Querverbindungen des Präsidenten Ernst Mosing,[190] des Baudirektors Ottokar Stern und des Baurates Max Tazoll[191]

---

182 Die Baumaßnahmen der Arbeitsbeschaffungsprogramme im US-amerikanischen *New Deal* waren ebenfalls ohne Baumaschinen durchgeführt worden, um möglichst viele Arbeitslose zu beschäftigen, vgl.: Diane Ghirardo, Building New Communities – New Deal America and Fascist Italy, Princeton, 1989, S. 116.

183 Geleitwort des Stadtbaudirektors, in: Wiener Stadtbauamt (Hg.), Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts, Bd. 1, 1974, S. 8.

184 Rigele, Wiener Höhenstraße, 1993, S. 119, 122.

185 Magistratsabteilung 24, Der kommunale soziale Wohnhausbau, in: Ebd., S. VII/8.

186 Matis, Stiefel, Baugesellschaft – A. Porr, Bd. 1, 1994, S. 277.

187 Dazu wurden Ziegel kleinsten Formates mit den Abmessungen 25/12/6,5 cm verwendet. Die tragenden Mauern reichten von 38 cm bis zu 51 cm Dicke, vgl.: Magistratsabteilung 24, Der kommunale soziale Wohnhausbau, in: Wiener Stadtbauamt (Hg.), Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts, Bd. 1, 1974, S. VII/10

188 Institut für österreichische Kunstforschung des Bundesdenkmalamtes (Hg.), Österreichische Kunsttopographie, Bd. XLIV, 1980, S. 617.

189 Darunter die Novadom-Bauweise und das Bausystem Solo-Massiv. Erstere ist eine Ziegeltrockenbauweise von Dr. Ing. Honigmann und Ing. Bruckmayer. Schon 1934 wurde mit der Novadom-Bauweise in Split eine Siedlung für die Beamtenschaft ausgeführt. In Wien wurde 1935 in Döbling ein ebenerdiges Objekt und im Frühjahr 1936 ein zweigeschossiges Haus in der XVIII., Pötzleinsdorfer Straße 7 gebaut, vgl.: „Novadom" – eine neue Bauweise, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, Mai 1936, Nr. 14, S. 163 f. 1936 wurde ebenfalls von der *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs* gemeinsam mit der Novadom-Forschungsstelle ein Wettbewerb für den Entwurf von Kleinhäusern in der neuen Bauweise abgehalten. Als Preisrichter fungierte Siegfried Theiss, vgl.: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 88, Heft 35/36, Wien, 1936, S. 212 f. Die Trockenbauweise Solo-Massiv wurde 1934 der *Vaterländischen Front* durch Alfred Rothermann vorgestellt, vgl.: Ing. A. Rothermann & Co, 25.04.1934, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/1301; Broschüre: Ihr Heim wird Wirklichkeit durch Bausystem Solo-Massiv, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/1301.

190 Ab 1920 Vizedirektor der Porr AG, gleichzeitig Direktor der *Bodencreditanstalt-Bank*, Mitglied in mehreren Verwaltungsräten, anerkannter Bankfachmann. 1922 wurde er Präsident der Porr AG, was zu einem engen Zusammenrücken der Baugesellschaft mit der Hausbank führte.

191 Tazoll hatte gute politische Kontakte zum nationalen Lager und requirierte dadurch Aufträge für die Baugesellschaft.

lukriert werden. Ein erster Großauftrag nach dem Regimewechsel war der Bau des Wasserbehälters der Wiener Wasserleitung im Lainzer Tiergarten.[192] Dieser wurde im Sinne der Arbeitslosigkeitsbekämpfung mit nur einem Bagger durchgeführt.[193] Dessen Bau kann als wirkliche Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit gesehen werden, da die Versorgung der Stadt durch den steuerbedingten Rückgang des Wasserverbrauchs von 1931 bis 1937 weitreichend gesichert war.[194]

Von den 145.000 Arbeitenden des Baugewerbes waren 80.000 dauernd arbeitslos und rund 30.000 durchschnittlich nur 15 Wochen des Jahres beschäftigt.[195] Das Budget des Bundes 1937 ermöglichte nur eine Beschäftigung von 6.000 Arbeitskräften des Baugewerbes, unter Hinzuzählung des im nächsten Kapitel vorgestellten Hausreparatur- und Assanierungsfonds insgesamt 12.000 Arbeitende, die damit aus der Arbeitslosigkeit geholt werden konnten.[196] Allgemein wurden von den 550.000 Arbeitslosen nie mehr als 10 % beschäftigt, was zu der Annahme führt, dass das System der Arbeitsbeschaffung höchstens propagandistischen Zwecken diente.[197]

2.2 Geschosswohnungsbau im Ständestaat

2.2.1 Privatwirtschaftlicher Geschosswohnungsbau

2.2.1.1 Assanierungsfonds der Stadt Wien

Das Wohnbauprogramm wurde unter Bürgermeister Schmitz, nach schon bestehenden Einschränkungen im *Roten Wien* durch die *Weltwirtschaftskrise*, 1934 endgültig durch den *Wiener Assanierungsfonds*[198] und den sogenannten Hausreparaturfonds[199] ersetzt.[200] Bereits nach der Auflösung des Parlamentes 1933 war von einer Allianz konservativer Parteien,

---

Er wurde 1934 als Konsulent in die Firma eingeführt und stieg bald in den Verwaltungsrat auf. Nach dem Anschluss verblieb er als einzige Person im Verwaltungsrat und führte als neuer Präsident die Baufirma weiter.

192 Damals der größte Wasserbehälter Europas.

193 Matis, Stiefel, Baugesellschaft – A. Porr, Bd. 1, 1994, S. 238–242.

194 Magistratsabteilung 31, Die Wasserversorgung Wiens, in: Wiener Stadtbauamt (Hg.), Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts, Bd. 2, 1974, S. XIV/3 f.

195 Arbeitsbeschaffung, in: Österreichische Bauzeitung, 2. Jg. Wien, Jänner 1937, Nr. 1, S. 1.

196 Arbeitsbeschaffung, in: Österreichische Bauzeitung, 2. Jg. Wien, Jänner 1937, Nr. 2, S. 13.

197 Matis, Stiefel, Baugesellschaft – A. Porr, Bd. 1, 1994, S. 233.

198 Niedrig verzinstes Darlehen für private Bauherren statt Ankauf des Grundstückes durch die Gemeinde und Niederlegung des Gebäudes, vgl.: Herrmann, Förderung der Bautätigkeit, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, April 1936, Nr. 10, S. 113; LGBl. für Wien Nr. 43/1934: Verordnung des Bürgermeisters der Stadt Wien vom 27. Juli 1934, betreffend die Errichtung eines Fonds zur Förderung der Bautätigkeit in Wien (Wiener Assanierungsfonds); BGBl. II Nr. 339/1934: Bundesgesetz vom 30. Oktober 1934, betreffend den Fonds zur Förderung der Bautätigkeit in Wien (Wiener Assanierungsfonds).

199 BGBl. II, Nr. 130/1934: Subvention zur Erfüllung der Instandsetzungsplicht des Hausbesitzers.

200 Melinz, Unger (Hg.), Wohlfahrt und Krise, 1996, S. 45.



Abb. 21 Der Abriss *verkehrsbehindernder Häuser* und deren Neubau waren der Inhalt der ständestaatlichen Assanierungspolitik. Hier ist der Straßendurchbruch der verlängerten Operngasse im Freihaus-Viertel zu sehen. (Anonym um 1935).

unter Mitwirkung des Finanzministers Kurt Schuschnigg, das kommunale Bauprogramm der Sozialdemokratie durch die Streichung sämtlicher öffentlicher Förderungen zu Fall gebracht worden.[201] Die Stadtregierung rechtfertigte das Abgeben der kommunalen Wohnbaupolitik in die Hand der Privatwirtschaft damit, dass die Gemeinde Wien nicht den gesamten Bedarf einer Millionenstadt decken kann und sich ebenfalls um andere Aufgabenfelder kümmern muss.[202]

Die Assanierungspolitik wurde als Mittel zur „Beseitigung verkehrsbehindernder Häuserblocks"[203] propagiert. Die an deren Stelle neu errichteten Geschäfts- und Wohnhausbauten sollten das Stadtbild abrunden.[204] Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der Förderung privater Hausbauten in bürgerlichen Bezirken. Gebaut wurde für den Mittelstand.[205]

201 Aufwärts durch Pistor, 1933, S. 28–32.
202 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 26.
203 Wir bauen auf, Juli 1934–Juli 1937, 1937, Heft 12, S. 45.
204 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 20.
205 Plischke, Assanierungsfonds, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 222.

Die Assanierungsbauten sollten in Baulücken unter der Ausnutzung bereits bestehender Infrastruktur ausgeführt werden, um hohe Anbindungskosten zu sparen.[206] Dieser scheinbar ökonomische Hintergrund diente der Rechtfertigung der neuen Baupolitik und wurde propagandistisch ausgeschlachtet. Trotzdem muss der Grund für die Neuorientierung eher in der Ankurbelung der privaten Bautätigkeit durch die spekulative Hebung der Gebäudehöhe zur besseren Verwertung durch die EigentümerInnen mittels der Steigerung der Mietparteien gesucht werden.[207] Der gleichzeitige Abbau des *Mieterschutzes* sollte den profitorientierten Baugesellschaften die schnelle Wiederaufnahme der privaten Bautätigkeit ermöglichen. Laut Schmitz sollten durch Mieterhöhungen[208] weitere Anreize und Gewinnmöglichkeiten geschaffen werden.[209] Nicht umsonst stand das 1932 in der I., Herrengasse 6–8 verwirklichte 15-stöckige Wohnhochhaus von Siegfried Theiss und Hans Jaksch Pate für die Baustrategie des ständestaatlichen Wiens. Mittels einer mehr als großzügigen Förderung durch die christlichsoziale Bundesregierung im Rahmen des *Bundesgesetzes zur Förderung der Wohnbautätigkeit* konnte das gegen die kommunale Baupolitik gerichtete Prestigeprojekt innerhalb kürzester Zeit verwirklicht werden.[210] Die Strategie des Assanierungsfonds wurde damit durch das Beispiel der Wohnbauförderung der konservativ durchsetzten Bundesregierung von 1929 bis 1932 vorweggenommen.[211]

Der Assanierungsfonds wurde von einem Kuratorium, bestehend aus Bürgermeister Schmitz und einem von ihm bestimmten Stellvertreter nebst vier ernannten Mitgliedern, verwaltet,[212] unter denen sich mit Anton Schwarz, Robert Pokorny, Franz Schadek Referenten der *Zentralsparkasse*[213] und mit Franz Musil, Adalbert Furch Referenten des *Stadt-*

206 Gleichzeitig wurde der ehemaligen Gemeindeverwaltung des *Roten Wien* der finanziell hohe Aufwand für Anbindungskosten vorgeworfen, vgl.: Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Der Wiener Assanierungsfonds, Wien, 1937, S. 5–7. Diese hatte aber auf eine Errichtung ihrer Gemeindebauten auf leeren Baugrundstücken gesetzt, um den Althausbestand nicht zu verringern und so der nach dem Ersten Weltkrieg herrschenden Wohnungsknappheit zu begegnen. Während der kommunalen Bauphase des *Roten Wien* wurden nur wenige Althäuser niedergelegt, vgl.: Rosenblum, Gemeinde Wien, 1935, S. 143.

207 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wiener Assanierungsfonds, 1937, S. 5–7.

208 1934, 1936 und 1937 kam es zwar zu Novellen des Mieterschutzgesetzes, die Eingriffe des Ständestaates blieben jedoch gering. Steigende Mieten wurden laut Matis und Stiefel spätestens seit dem Zeitpunkt gefürchtet, als man sich bewusst wurde, dass damit auch steigende Löhne in Kauf genommen werden müssen, vgl.: Matis, Stiefel, Baugesellschaft – A. Porr, Bd. 1, 1994, S. 224.

209 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Der Wiener Assanierungsfonds und der Wiener Hausreparaturfonds – Ein Überblick über die Förderung privater Bauvorhaben durch die Stadt Wien unter dem Bürgermeister Richard Schmitz in den Jahren 1934/35, Wien, 1935, S. 26.

210 Georg Schwalm-Theiss, Abhängigkeit und Verführbarkeit – Die Architekten Theiss und Jaksch 1907–1961, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 321 f.

211 Albert Gessmann, Otto Kämpfer, Neues Bauen: Neue Arbeit! – Bauwirtschaftliche Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit in Österreich, Wien, 1932, S. 6 f.

212 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wiener Assanierungsfonds, 1937, S. 7.

213 Der *Zentralsparkasse* wurde die Verwaltung des Fonds zugeteilt, vgl.: Vallazza, Wir bauen auf, 1986, Dissertation, S. 188. Diese enge Zusammenarbeit zwischen Stadtregierung und *Zentralsparkasse* war nur durch Richard Schmitz möglich. Er hatte, kurz nach der Ausschaltung der ArbeiterInnenbewegung, in seiner Funktion als Bürgermeister die so-

Abb. 22 Das *Stadthaus zum Römertor* I., Lichtensteg 2/ Rotenturmstraße 15/Rotgasse 2 von Schmid und Aichinger war der erste geschweißte Stahlhochbau in Wien und eines der ersten drei Häuser des Assanierungsfonds. (Anonym 1935/36).



bauamtes befanden. Insgesamt 25 Sitzungen fanden vom 5. November 1934 bis 2. Februar 1938 statt.[214] Mit der Einsetzung des Kuratoriums als überprüfendes Organ des Assanierungsfonds wurde auf die Kritikpunkte am *Wohnbauförderungsfonds* (WBFF) Anfang der 1930er Jahre reagiert. Beispielsweise waren fast nur Wohngebäude gefördert worden, die auch ohne die finanzielle Unterstützung des Fonds entstanden wären. Es wurden verstärkt Mittelstandswohnungen gebaut, die sich nicht positiv gegen den Bedarf an neuen Wohnungen auswirkten und zusätzlich die Erstellung von Wohnungen für bessere Einkom-

---

zialdemokratischen Mitglieder des Kuratoriums und des Gemeinderatsausschusses der *Zentralsparkasse* abgesetzt. An ihrer statt berief Schmitz eine so genannte unpolitische Kommission ein, dessen Mitglieder von ihm ernannt wurden. Er selbst nahm als weiteres Mitglied dieses eigens installierten Verwaltungsinstrumentes die Koordination der Bautätigkeit der Gemeinde mit der Finanzierung durch die Bank wahr. Damit konnte er die Darlehensvergabe autoritär steuern und nachhaltig beeinflussen, vgl.: Theodor Venus, Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien im Nationalsozialismus, in: Gerald D. Feldmann, Oliver Rathkolb, Theodor Venus, Ulrike Zimmerl, Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit – Regionalbanken, Länderbank und Zentralsparkasse, 2. Bd., München, 2006, S. 530.

214 WStLA, Sig. 1.6.3.B9 Kommissionen 1934–1938, 3. Kuratorium für den Assanierungsfonds.

mensschichten begünstigten.[215] Die schnelle Erschöpfung der Gelder hatte der Wohnbauförderung 1932 ein jähes Ende gesetzt.[216] Die teuren Wohnungen in den privaten Wohnhäusern waren im Vergleich zu den billigen Mietpreisen des *Roten Wien* nicht rentabel. Damit war die Reaktivierung der privaten Bautätigkeit durch die Bundesregierung 1932 eindeutig gescheitert.[217] Schmitz konnte erst nach der Ausschaltung des sozialen Wohnbaus und der Änderung gesetzlicher Grundlagen in Wien die Wiederbelebung der Förderung privater Bautätigkeit versuchen.

Der Assanierungsfonds wurde trotzdem mit geringeren Mitteln ausgestattet als der *Wohnbauförderungsfonds*. Auch dessen Darlehen mussten höher verzinst zurückgezahlt werden.[218] Realität war ferner, dass diese oft verspätet ausbezahlt wurden und die Bauführer sich einen Zwischenkredit aufnehmen mussten, was zu einer Verteuerung der Bauvorhaben führte. Dies veranlasste den Direktor der *Zentralsparkasse* Friedrich Thausing dazu, aufgrund der begrenzten und damit übersehbaren Anzahl der Bauvorhaben die Stadt Wien als Bürge und Zahler sowie zur Sicherstellung des Grundbucheintrages anzuhalten.[219]

Im Februar 1936 wurden dann die Bestimmungen des Fonds[220] auf die Verbesserung *städtebaulicher Verhältnisse* ausgedehnt und mit nicht rückzahlbaren Darlehen unterstützt.[221] Nach der Wiederverlautbarung[222] des Fonds im März 1936 zog sich jedoch die Bundesregierung als Mitfinanzier zurück und überließ das Feld der Wiener Gemeindeverwaltung, was ein Zusammenschmelzen der durch das Bundesgesetz dotierten öS 6 Mio. auf öS 600.000 nach sich zog.[223] Zur Kompensation des Subventionsausfalles wurde im April sogar angeregt, den Fonds auf die Verbauung von bereits bestehenden Baulücken auszudehnen, um die Niederlegungskosten der Häuser sparen zu können.[224]

Der Assanierungsfonds hatte aufgrund seiner geringen wirtschaftlichen Ausgestaltung nur wenig Einfluss auf das Baugeschehen in Wien.[225] Laut eigenen Angaben der Wiener Stadtverwaltung wurden damit in den Jahren 1934 bis Anfang 1938 insgesamt 55 Geschoss-

215 Laut Wilhelm Bonczak, dem Präsidenten des *Zentralverbandes der gemeinnützigen Baugenossenschaften in Österreich*, entzog das *Bundesgesetz zur Förderung der Wohnbautätigkeit* dem gemeinnützigen Wohnbau öffentliche Gelder, vgl.: Bonczak, Wohnungsfürsorge, 1947, S. 173 f.

216 Türr, Wohnungsprobleme Österreichs, 1933, S. 184 f.

217 Rosenblum, Gemeinde Wien, 1935, S. 147 f.

218 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wiener Assanierungsfonds, 1937, S. 7 f.

219 Herrmann, Förderung der Bautätigkeit, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, April 1936, Nr. 10, S. 113.

220 Gesetzblatt der Stadt Wien Nr. 19/1936: Stadtgesetz vom 21. Februar 1936, betreffend die Änderung der Bestimmungen über den Wiener Assanierungsfonds.

221 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 25.

222 G.Bl. der Stadt Wien Nr. 21/1936: Verordnung des Bürgermeisters der Stadt Wien vom 14. März 1936 betreffend die Wiederverlautbarung der Verordnung über den Wiener Assanierungsfonds.

223 Friedrich Thausing, Das Problem der Assanierungsbauten, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, April 1936, Nr. 10, S. 114.

224 Herrmann, Förderung der Bautätigkeit, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, April 1936, Nr. 10, S. 113.

225 Melinz, Unger (Hg.), Wohlfahrt und Krise, 1996, S. 45.

wohnungsbauten unterstützt.[226] Bis Ende 1936 konnten nur rund 40 bewilligten innerstädtischen Umbauten insgesamt öS 14.912.000 zugesagt werden. 398 Wohnungen wurden dabei, laut offiziellen Angaben, durch 1.329 Kleinwohnungen[227] ersetzt.[228] Am Beginn des Jahres 1937 sollten 14 Geschosswohnungsbauten neu errichtet und zehn aus dem Jahr 1936 fertig gestellt werden. Für die 24 Objekte mit 713 Klein- und Mittelwohnungen wurden öS 7 Mio. der öS 18 Mio. Gesamtkosten aufgewendet.[229] Für Ende 1937 waren rund öS 2 Mio. für den Umbau von fünf Häusern der Wollzeile[230] veranschlagt, die allesamt zur Ausführung kamen. Weiters wurden öS 1.290.000 zum Bau von Sozialeinrichtungen, von Siedlungen sowie zum Bau eines Durchganges von der VII., Neubaugasse 17/19 in die Seidengasse bereitgestellt.[231]

Finanziert wurden mit dem Assanierungsfonds aber nicht nur Hochbauten, sondern auch *besondere städtebauliche Anliegen* von Schmitz, wie etwa die Niederlegung des Hauses I., Tiefer Graben 38/Maria am Gestade 8 zur Errichtung einer Stiegenanlage, der Neubau des Pfarrhofes V., Wiedner Hauptstraße 105 und der Bau des Kahlenbergrestaurants an der Höhenstraße.[232] Die Gelder wurden auch verstärkt für die Finanzierung des Straßenbaus herangezogen, beispielsweise wurde für die Wientalstraße eine Unterführung in der XIII., Hietzinger Hauptstraße 1 ausgeführt. Weiters wurde der bereits im Kapitel Brücken- und Straßenbau beschriebene Neubau von zwei Straßen im Gebiet Grinzing des Bezirkes XIX. Döbling als Zubringer zur Höhenstraße geplant.[233] Aufgrund der geringen Mittel sollte ab 1938 der Straßenbau endgültig zugunsten der Hochbautätigkeit zurückgenommen werden.[234] Für Anfang des Jahres waren noch drei *Stockwerkshäuser* geplant, die aber nicht mehr zur Ausführung kamen.[235]

Finanziert wurden die Wohnhäuser genauso wie der Bau der technischen Infrastruktur nicht in der Tradition des *Wiener Stadtbauamtes*, sondern fast vollständig aus Fremdmit-

---

226 Wiener Assanierungsfonds 1938, in: Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 46, Nr. 8, 19. Februar 1938, S. 3.

227 Im Vergleich dazu der Förderaufwand der Bundesregierung zur Schaffung von Kleinwohnungen. 1935 wurden bundesweit 657 Klein-, 233 Mittel- und 45 Ledigenwohnungen geschaffen. Die Baukosten betrugen insgesamt öS 4.169.480, die Bundeszuschüsse öS 489.585, vgl.: Die Hochbauförderung der Bundesregierung 1935, in: Österreichische Bauzeitung, 2. Jg. Wien, März 1937, Nr. 8, S. 86.

228 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wiener Assanierungsfonds, 1937, S. 7.

229 Die Wiener Assanierungsbauten im Jahre 1937, in: Österreichische Bauzeitung, 2. Jg. Wien, Februar 1937, Nr. 4, S. 42.

230 I., Wollzeile 21, 23, 30, 32 und I., Wollzeile 35/Postgasse 1,3.

231 Aus der Wiener Gemeindestube – Stadtrandsiedlung und Assanierungsbauten, in: Österreichische Bauzeitung, 2. Jg. Wien, November 1937, Nr. 42, S. 508.

232 Mistelbauer, Wohnbau, 2016, Diplomarbeit, S. 58.

233 Aus der Wiener Gemeindestube – Stadtrandsiedlung und Assanierungsbauten, in: Österreichische Bauzeitung, 2. Jg. Wien, November 1937, Nr. 42, S. 508.

234 Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 46, Nr. 1, 1. Jänner 1938, S. 1.

235 III., Fasangasse 14, VII., Neustiftgasse 43; XIII., Lainzer Straße 138, vgl.: Wiener Assanierungsfonds 1938, in: Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 46, Nr. 8, 19. Februar 1938, S. 3.



Abb. 23 Fertig gestellte Stiegenanlage nach einem Entwurf von Franz Matuschek zur Kirche I., Maria am Gestade, für die ein Wohnhaus ohne Ersatzbau abgerissen wurde. (Foto Gerlach 1937).

teln.[236] Viele Baumeister konnten die große Eigenleistung jedoch nicht aufbringen, die einem Erwerb von Assanierungsbauten vorausging,[237] wodurch der Fonds fast nur von großen, finanzstarken Baufirmen genutzt werden konnte.[238]

2.2.1.1.1 Assanierungsgebiete

Die Assanierung städtebaulicher Gebiete wie der Freihausgründe an der Grenze des IV. und der Wollzeile im I. Bezirk sollten alleine mit den Strategien des privaten Wohnbaus bewältigt werden.

Der Epigone dieser Sanierungsgebiete ist im letzten städtebaulichen Projekt der Monarchie, der Verbauung der Gründe des ehemaligen Palais Modena im III. Bezirk, zu finden.

236 Melinz, Unger (Hg.), Wohlfahrt und Krise, 1996, S. 46.

237 Vallazza, Wir bauen auf, 1986, Dissertation, S. 195.

238 Matis, Stiefel, Baugesellschaft – A. Porr, Bd. 1, 1994, S. 329–232.

Die einheitliche Verbauung um ein Parkviertel wurde 1916 begonnen. Durch die Verschiebung des Projektes in die 1920er Jahre und eine damit einhergehende Veränderung des städtischen Wohnbaukonzeptes im *Roten Wien* konnte die private Verbauung aber nur teilweise durchgeführt werden. Vielmehr erfuhr das großbürgerliche Viertel durch den Bau von Gemeindebauten eine weitreichende Veränderung der sozialen Struktur.[239] Damit stand im Modena-Viertel die Verbauung durch privat finanzierte Wohnhäuser mit der der Gemeindebauten in direkter Konkurrenz.

Nicht so im nichtkommunalen Miethausensemble im IV. Bezirk, das durch die Verlängerung der Operngasse auf dem Gelände des ehemaligen Freihauses entstand. Die Verbauung der Freihausgründe lag durch die Änderung der Gemeindebaustrategie 1923[240] bis zum Bau eines Gebäudes der Krankenkasse Ecke Operngasse 9/Treitlstraße 3 lange Zeit brach.[241] Nach dem vorzeitigen Ende der Wohnbauförderung 1932 konnte erst mit der Initiierung des Assanierungsfonds 1934 wieder eine private Bautätigkeit in diesem Viertel entfaltet werden.[242]

Bei der Sitzung des Kuratoriums des Wiener Assanierungsfonds am 25. Dezember 1934 wurde der Umbau der Freihausgründe erstmals besprochen. Dadurch konnte eine vor dem Ersten Weltkrieg in der Mühlgasse begonnene Neubebauung[243] weitergedacht werden. Die Verlängerung der Operngasse sollte mit einem grundlegenden Umbau des Viertels gekoppelt werden. Als erste Objekte wurden die Schleifmühlgasse 12 und 14 für den Abriss bestimmt, um die Verbindungsstraße zwischen Naschmarkt und Wiedner Hauptstraße zu erweitern. Die Ecke Margaretenstraße und Schleifmühlgasse sollte nebst angeschlossenem Haus in der Operngasse als nächstes abgebrochen werden. An beiden Stellen

239 Die Verbauung mit späthistorischen Zinshäusern wurde 1923 begonnen: Am Modenapark 3, Friedrich Mahler, 1930, Baugesellschaft Reform; Am Modenapark 6, Baugesellschaft Carl Korn, 1923, Bauherr AG für Wohnungsbauten; Gottfried-Keller-Gasse 11, Ernst Epstein, 1924, Bauherr E. Epstein; Gottfried-Keller-Gasse 13, Ernst Epstein, 1929, Baugesellschaft Carl Korn. Die Gemeindebauverbauung ab 1929: Am Modenapark 7, Rudolf Frass, 1930; Grimmelshausengasse 6–8, Leo Kammel und Reform Baugesellschaft, 1930, Bauherr „Austria" Gemeinnützige Genossenschaft zur Beschaffung von Wohnungen für öffentlich Angestellte; Grimmelshausengasse 10, Dr. Armand Weiser, 1929, Bauherr Gemeinde Wien. Daneben entstand 1931 ein Haus in sachlich kubischen Formen: Das Haus Am Modenapark 10, Siegfried C. Drach und Alexander Osterberger, vgl.: Friedrich Achleitner, Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert, Bd.III/1 Wien 1.–12. Bezirk, St. Pölten – Salzburg, 2010, S. 122; Institut für österreichische Kunstforschung des Bundesdenkmalamtes (Hg.), Österreichische Kunsttopographie, Bd. XLIV, 1980, S. 102 f.

240 Einer der Großbesitzer wurde nach dem Abwandern des Naschmarktes aus dem Freihaus die Allgemeine Baugesellschaft Porr AG, deren Grundstück zwischen Friedrichstraße und Resselgasse sowie zwischen Wiedner Hauptstraße und Operngasse lagen. Sie gehörte 1920 der *Haus-Aktiengesellschaft* an, die durch den Zusammenschluss mit den Aktiengesellschaften *Vindobona*, *Kärntnertor*, *Centrum*, *Fundus*, *City* und *Wieden* zum Gemeindewohnbaumodell der Zwischenkriegszeit umfunktioniert werden sollte, wodurch der gesamte Wohnungsbau in den Händen eines Baukonzerns konzentriert gewesen wäre, vgl.: Matis, Stiefel, Baugesellschaft – A. Porr, Bd. 1, 1994, S. 245, 247, 249, 340.

241 Ebd., S. 340.

242 Ebd., S. 230.

243 Der aus der Kaiserzeit stammende Bebauungsplan von 1910 wurde in den 1930er Jahren übernommen, trotz der rasanten Zunahme des Autoverkehrs und der mehr als spitzen Winkel der Straßen- und Gebäudeecken, vgl.: Vallazza, Wir bauen auf, 1986, Dissertation, S. 190.



Abb. 24 Blick in die Operngasse an der Ecke Schleifmühlgasse beim Umbau der Freihausgründe. Links das Wohnhaus *Zu den vier Jahreszeiten* von Kastner und Waage. Rechts das 1935/36 errichtete Wohnhaus von Franz Gessner. Im Hintergrund ist das *Porrhaus* zu sehen. (Anonym um 1935).

sollten moderne, in ihrer Form charakteristische, sechsstöckige Hochhäuser mit Geschäftsräumen im Erdgeschoss sowie Klein- und Mittelwohnungen entstehen.[244] In der Kuratoriumssitzung vom Juni 1935 wurde mit der Genehmigung von insgesamt öS 4 Mio. mehr als 50 % des im Vorjahr getätigten Gesamtaufwandes des Assanierungsfonds für die Durchführung des Freihausumbaus[245] genehmigt. Die Freigabe der großzügigen Mittel wurde

244 Der Umbau des Freihauses, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, Jänner 1936, Nr. 4, S. 40.

245 Gleichzeitig wurde auch eine Sanierung des Viertels um die Großmarkthalle im III. Bezirk, die sogar mit dem Zubau zum Wohnbau der Elisabethinen in der Invalidenstraße 13–15 begonnen wurde, angedacht, vgl.: Protokoll über die 7. Sitzung des Kuratoriums für den Wiener Assanierungsfonds am 14. März 1935, in: WStLA, Sig. 1.6.3.B9 Kommissionen 1934–1938, 3. Kuratorium für den Assanierungsfonds. Interessanterweise in dem Bezirk situiert, in dem der spätere Bürgermeister Schmitz von 1918 bis 1923 als Gemeinderat tätig war, vgl.: Fritz Braun, Der politische Lebensweg des Bürgermeisters Richard Schmitz – Beiträge zur Innenpolitik der Ersten Republik Österreich und zur Geschichte der Christlichsozialen Partei, Wien, 1968, Dissertation, S. 45. Schmitz wohnte bis zu seinem Umzug 1934/35 in der I., Lichtenfelsgasse 2, ganz nahe des angedachten Sanierungsgebietes im III. Bezirk in der Weyrgasse 3, vgl.: Adolph Lehmann (Hg.), Wiener Adressbuch – Lehmanns Wohnungsanzeiger für Wien, Bd. 1934 und 1935, in: http://www.digital.wienbibliothek.at/periodical/titleinfo/5311 (Zugriff: 14.09.2016).

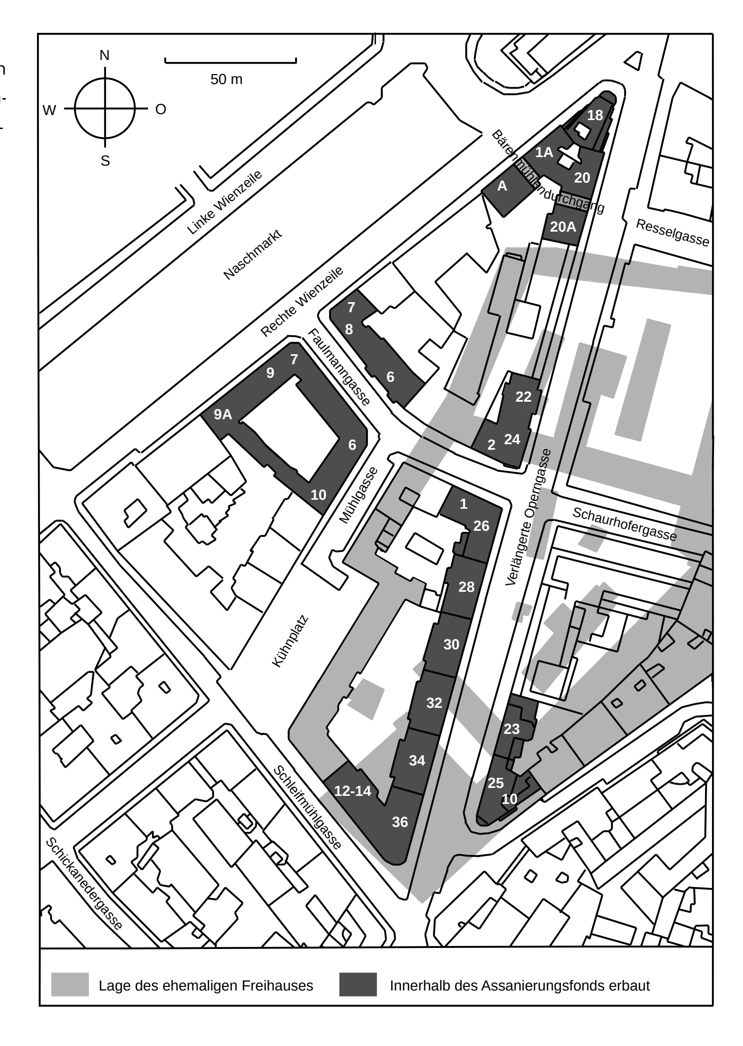


Abb. 25 Durch die Assanierung des ehemaligen Freihaus in Wien IV wurde das einzige zusammenhängende Planungsgebiet nichtkommunaler Zeilenverbauung der Zwischenkriegszeit in Wien geschaffen. (Andreas Suttner 2016).

argumentativ durch den von wenigen großen Firmen koordinierten Umbau gerechtfertigt, der zudem in kurzer Zeit durchgeführt werden sollte.[246] Durch den Assanierungsfonds konnte so das einzige zusammenhängende Planungsgebiet nichtkommunaler Zeilenverbauung[247] der gesamten Zwischenkriegszeit Wiens entstehen.[248] Mit dem Instrument des Assanierungsfonds behielt sich Bürgermeister Schmitz die zentrale Rahmenplanung von

246 Protokoll über die 9. Sitzung des Kuratoriums für den Wiener Assanierungsfonds am 14. Juni 1935, in: WStLA, Sig. 1.6.3.B9 Kommissionen 1934–1938, 3. Kuratorium für den Assanierungsfonds.

247 Die Gebäude der Operngasse 9, 11, 18, 20, 20a, 22–24, 23–25, 26, 28–36 konnten so verbaut werden.

248 Bundesdenkmalamt (Hg.), Dehio – Die Kunstdenkmäler Österreichs – Wien II. bis IX. und XX. Bezirk, Wien, 1993, S. 184.



Abb. 26 1939 fertig gestellter Wohnbau im Sanierungsgebiet I., Wollzeile 21/23 vom Johann Eggenfelder. (Foto Reiffenstein 1942).

Assanierungsgebieten vor, um Schwerpunkte in der städtebaulichen Regulierung Wiens selbst bestimmen zu können.

Beim Abriss der alten Gebäude wurde für 113 Mietparteien die Kündigung aufgrund des Assanierungsfondsgesetzes[249] durchgesetzt.[250] Die gesetzliche Grundlage des Abrisses wurde einfach gehandhabt. Schon bei wirtschaftlicher Abbruchreife, nicht nur bei technischer, wurde es den VermieterInnen möglich gemacht, ihre Mietparteien zu kündigen.

249 Per Bescheid „Ausführung eines Neubaues mit Hilfe des Wiener Assanierungsfonds (§ 1, Abs. 1 und 2 des Bundesgesetzes vom 30. Oktober 1934, BGBl. No. 339)" wurden beispielsweise am 11.11.1937 alle Mietparteien des Wohnhauses I., Postgasse 1–3 mit Termin für Mai 1938 vom Wiener Stadterweiterungsfonds gekündigt. Am gleichen Tag suchte dieser um die Demolierungsbewilligung beim Besonderen Stadtamt I an. Prekärerweise war gerade am Tag davor der Bescheid der Baubewilligung durch das Besondere Stadtamt II eingegangen und das Darlehen durch den Assanierungsfonds genehmigt worden, vgl.: Akt: Gerichtliche Kündigung der Mietparteien in den Häusern Postgasse 1 und 3, in: ÖStA AVA I/3g Verzeichnis Stadterweiterungsfonds (1858–1938), II. Allgemeine Akten, Schachtel: 265/32-32a.

250 Else Spiesberger, Das Freihaus, Wiener Geschichtsbücher, Bd. 25, Wien, 1980, S. 91 f.

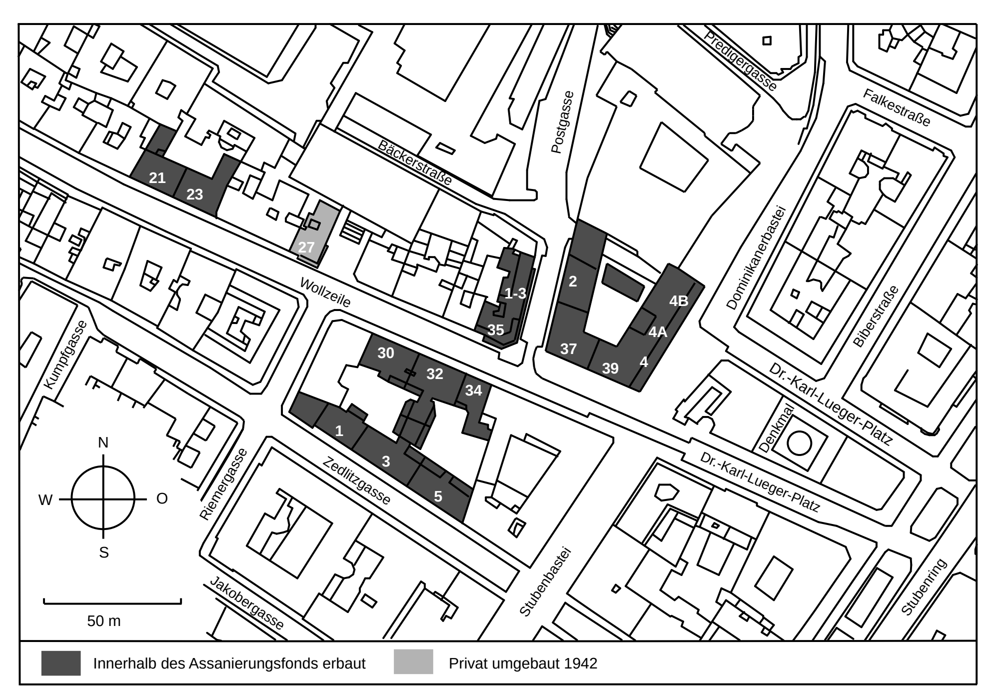


Abb. 27 Lageplan des Assanierungsgebietes I., Wollzeile. (Andreas Suttner 2016).

Kündigungen durften in Assanierungshäusern bereits durchgeführt werden, wenn nur die Zusage für das Darlehen oder die Baubewilligung[251] erfolgt war. Obwohl das Gericht die Abbruchreife feststellen konnte, war ein Demolierungsauftrag der Gemeinde bindend, die sich damit eine Entscheidung vorbehielt.[252] Zudem fiel in fertigen Assanierungsbauten den VermieterInnen wieder das Kündigungsrecht zu, womit der *Mieterschutz* umgangen wurde.[253] In Assanierungsbauten konnte außerdem der Mietzins auf das Doppelte der unter *Mieterschutz* stehenden Häuser angehoben werden.[254] Erst 1937 wurde von der Stadtverwaltung an der Rechten Wienzeile 71 im V. Bezirk ein Ausweichobjekt[255] mit 51 Zimmer-Küche- und fünf Zimmer-Küche-Kabinett-Wohnungen für Mietparteien geplant, die wegen Abrisses delogiert wurden.[256]

---

251 Die Zusage an die VermieterInnen war damit nicht mehr nötig, vgl.: LGBl. Wien, vom 19. September 1937, 44 R 926/37.

252 Nationalrat Rechtsangelegenheiten, in: Österreichische Bauzeitung, 3. Jg., Wien, Jänner 1938, Nr. 2, S. 21

253 Vallazza, Wir bauen auf, 1986, Dissertation, S. 179.

254 Ebd., 1986, S. 198.

255 Die Mieten des Objektes lagen unter oder gleichauf mit den Mieten der Gemeindebauten des *Roten Wien*, anders als bei den anderen durch die Gemeinde errichteten Wohnbauten des später beschriebenen *Kleinwohnungsförderungsgesetzes* von 1937, vgl.: Mistelbauer, Wohnbau, 2015, Diplomarbeit, S. 65.

256 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Wohnungs- und Siedlungswesen, Städtischer Grundbesitz, Wien, 1937, S. 6.

Das im Freihausviertel bereits erprobte Mittel des Assanierungsgebietes wurde ab November 1937 auch für den Umbau der Wollzeile im I. Bezirk angedacht. Dabei legte Schmitz besonderes Augenmerk auf den Abriss des unter Denkmalschutz stehenden Palais Paar.[257] Im November kam es zur Überprüfung der Gebäude in der Wollzeile 30/32, Wollzeile 35, Wollzeile 21/23 zwecks Regulierung der Straße.[258] Der geplante Umfang der Umbauarbeiten[259] war jedoch geringer als der der Niederlegung und Gesamtverbauung der Freihausgründe.

2.2.1.2 Hausreparaturfonds der Stadt Wien

Die Idee eines Hausreparaturfonds ging ebenfalls auf die Wohnbauförderung zurück und sollte in der Höhe von öS 20 Mio. von Sozialversicherungsinstituten bereitgestellt werden.[260] Initiiert wurde er aber erst 1934 gemeinsam mit dem Assanierungsfonds.

Wie beim Assanierungsfonds wurde ein Kuratorium gegründet, das aus dem Vorsitzenden Bürgermeister Schmitz, seinem Stellvertreter Vizebürgermeister Josef Kresse[261] und sechs Mitgliedern bestand. Drei der Mitglieder waren Vertreter der Bundesminister des *Bundesministeriums für Finanzen* (BMfF), des *Bundesministeriums für Handel und Verkehr* (BMfHuV) sowie des *Bundeministeriums für soziale Verwaltung* (BMfsV), drei ernannte Schmitz selbst.[262] Nach dem teilweisen Rückzug des Bundes musste der Wiener Hausreparaturfonds am 1. März 1935 abgeändert werden.[263] Die vollständige Aussetzung der Bundesmittel 1936 wurde mit der Bevorzugung des Assanierungsfonds und des Siedlungsbaus gerechtfertigt.[264]

Der Hausreparaturfonds war so ausgestaltet, dass er neben Instandsetzungsarbeiten auch auf Verbesserungsarbeiten an Wohnhäusern angewendet werden konnte.[265] Darunter fielen die Ausbesserung von Tonrohrkanälen, der Einbau von Badezimmern und Aborten sowie die Modernisierung der Steuerung von Personenaufzügen.[266]

257 I., Wollzeile 30.

258 Protokoll über die 24. Sitzung des Kuratoriums für den Wiener Assanierungsfonds am 9. November 1937, in: WStLA, Sig. 1.6.3.B9 Kommissionen 1934–1938, 3. Kuratorium für den Assanierungsfonds.

259 Die Finanzierung der Umbauten in der Wollzeile wurde im Co- und Refinanzierungsweg von der *Zentralsparkasse*, der *Mercurbank*, dem *Bankhaus Schoeller* und der *Österreichischen Baukreditbank* getragen. Durch den Assanierungsfonds konnte die Zusammenarbeit der Bankinstitute, die seit 1933 bestand, kontinuierlich ausgebaut werden, vgl.: Venus, Zentralsparkasse, in: Feldmann, Rathkolb, Venus, Zimmerl, Banken und Sparkassen, 2. Bd., 2006, S. 638 f.

260 Gessmann, Kämpfer, Bauwirtschaftliche Maßnahmen, 1932, S. 53 f.

261 Aufgrund der strengen Richtlinien des Fonds und der Vorarbeit des Magistrates wurden viele Ansuchen massenweise abgefertigt. Die Vorsitzführung vertraute Bürgermeister Schmitz im Regelfall seinem Stellvertreter Kresse an.

262 Trinkaus, Wohnbaupolitik, 2013, S. 70–72.

263 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 25.

264 Nationalrat a. D. Pistor über aktuelle Fragen des Siedlungs- und Wohnungswesen, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, Jänner 1936, Nr. 4, S. 38.

265 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 25.

266 Wiener Hausreparaturfonds, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, Mai 1936, Nr. 13, S. 153.



Abb. 28 Im Zuge des Hausreparaturfonds durchgeführte Fassadenerneuerung. (Anonym um 1935).

Der Umbau von Großwohnungen in mehrere Kleinwohnungen[267] wurde ebenfalls möglich gemacht. Zuschüsse von 20 %, höchstens aber öS 600 wurden für die Teilung einer Wohnung gewährt. Auflagen für die neue Kleinwohnung waren ein Wohnraum, eine Küche und Nebenräume.[268] Auch Geschäfts- und Vereinslokale durften ab 1934 in Wohnungen umgewandelt werden,[269] was bis 1936 zusätzliche 256 Wohnungen brachte.[270]

Es kam, nach Angabe der ständestaatlichen Stadtregierung, während seines Bestehens in den Jahren 1934 bis 1936 zur Förderung von 14.859 Ansuchen, von insgesamt 20.701

267 Diese Möglichkeit zur Hebung der Wohnungsanzahl war schon während der dritten Wohnungkonferenz 1931 diskutiert worden. Ein eigens gebildetes Subkomitee für die Teilung von Großwohnungen und Umwandlung von Geschäftsräumen innerhalb des *Fachausschusses für Wohnbauförderung im Österreichischen Verband für Wohnungsreform* beschäftigte sich weitergehend mit der Idee, vgl.: Bonczak, Wohnungsfürsorge, 1947, S. 326. In Deutschland wurde dieses propagandistische Mittel von den NationalsozialistInnen ab 1934 zur Steigerung der Wohnungszahlen verwendet. In diesem Jahr waren das rund 45% der Neuzugänge, vgl.: Mümken, Kapitalismus und Wohnen, 2006, S. 144 f.

268 Weigel, Einraumwohnung, 1996, S. 126.

269 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wohnungs- und Siedlungswesen, 1937, S. 6; Die Hochbauförderung der Bundesregierung 1935, in: Österreichische Bauzeitung, 2. Jg. Wien, März 1937, Nr. 8, S. 86.

270 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wohnungs- und Siedlungswesen, 1937, S. 6.

getätigten. Den Löwenanteil übernahm dabei der III. Bezirk mit 1.123 Ansuchen, knapp vor dem XVI. mit 1.116 Ansuchen, dem XIII. mit 1.107 Ansuchen und dem II. Bezirk mit 1.014 Ansuchen.[271]

2.2.1.3 Privater Eigentumskleinwohnungsbau

Die Bausparbewegung stand traditionell bei der Finanzierung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen im Vordergrund. Allen voran die *Bausparkasse der Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot*[272] die ihren Sitz in Salzburg[273] hatte. Sie kontrollierte den Eigenheimbau in Österreich fast zur Gänze.[274] Da der Eigentumshausbau im Ständestaat kontinuierlich ausgebaut werden sollte,[275] wurden die Bausparkassen 1932 mit dem Österreichischen Bausparkassengesetz und 1933 mittels einer Bauspargesetzesnovelle aufgewertet. Dadurch sollten schlechter wirtschaftende Bausparkassen finanziell abgewickelt werden können. Ende 1935 wurden sie innerhalb eines Fachverbands[276] im Rahmen des *Finanzbundes* in die *Vaterländische Front* eingebunden.[277]

Ab 1934 propagierte der dem Regime nahe stehende Verein *Der Blaue Adler – Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*, mittels Wohnungs- und Stockwerkseigentums die Bautätigkeit anzukurbeln.[278] Ein erster Gesetzesentwurf wurde dem Justizministerium vorgelegt,

271 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Der Wiener Hausreparaturfonds, Wien, 1937, S. 6 f.

272 Die Bausparkasse wurde 1921 von Georg Kropp in Deutschland gegründet. Österreichweit wurden von der ersten Zuteilung 1926 bis Anfang 1938 5.000 Eigenheime finanziert. In der Zeit des Ständestaates, also von Ende 1933 bis Anfang 1938, immerhin rund 1.500 Eigenheime, vgl.: Bausparkasse GdF Wüstenrot (Hg.), 40 Jahre Wüstenrot-Bausparen in Österreich, Salzburg, 1966, S. 34–36.

273 Durch die Muttergesellschaft im deutschen Ludwigsburg ergaben sich mitunter brisante politische Querverbindungen. Die österreichische *Bausparkasse der Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot* galt weithin als Hochburg illegaler Salzburger NationalsozialistInnen. Im April 1938 wurde sogar eine *Ehrentafel* mit den Namen der Mitarbeiter die „Lebensgefahr, Kerker, Ausweisung und Existenzgefährdung auf sich nahmen" im eigenen Mitteilungsblatt veröffentlicht. Auch Namen teils ranghoher Mitglieder, die im nationalen Lager oder illegal in der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei* tätig waren, wurden publiziert. Ob als Kniefall vor dem neuen Regime oder aus eigenem Antrieb muß weitere Forschung klären, vgl.: Das Wüstenroter Werk in der Kampfzeit, in: Das Wüstenroter Eigenheim, Jg. 1938, Nr. 4, Salzburg, S. 65.

274 Robert Hoffmann, Entproletarisierung durch Siedlung? Die Siedlerbewegung in Österreich 1918 bis 1938, in: Gerhard Botz, Hans Hautmann, Helmut Konrad, Josef Weidenholzer (Hg.), Bewegung und Klasse – Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Wien – München – Zürich, 1978, S. 734 f.

275 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wiener Assanierungsfonds und der Wiener Hausreparaturfonds, 1935, S. 28.

276 Bestimmungen für den Fachverband der Bausparunternehmungen, vgl.: BGBl. Nr. 531/1935: Verordnung des Bundesministers für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt, womit die Satzungen des Bundes der Geld-, Kredit- und Versicherungsunternehmen erlassen werden.

277 Präsident des *Finanzbundes* war mit Ludwig Draxler der Leiter des *Bundesministeriums für Finanzen*, vgl.: Die Eingliederung des Bausparwesens in die berufständische Wirtschaftsordnung Österreichs, in: Das Wüstenroter Eigenheim, Jg. 1936, Februar, Salzburg, S. 42 f.

278 Taetigkeitsbericht des Blauen Adler Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom November 1936 bis Dezember 1937, S. 6, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 559/1/2.

um die Diskussion zu beschleunigen.[279] 1935 setzte sich Ernst Mosing[280] in verschiedenen Artikeln in der *Wiener Wirtschaftswoche* wiederholt für eine Einführung dieser Idee ein.[281]

Bei einer eigens initiierten Kundgebung *Wer baut baut auf!* des *Blauen Adler* wurden 1936 die historischen Wurzeln und ideologischen Grundlagen des Gesetzesentwurfes umrissen. Eine Wiederbelebung des Gesetzes von 1879 sollte einen Teil des Miethausbestandes in die Eigentümerschaft überführen. Dabei war die Überlegung wichtig, dass eher eine Wohnung als ein ganzes Haus gekauft werden würde. Zudem wurde damit gerechnet, dass sich das Eigentumsverhältnis positiv auf die Erhaltung der Häuser auswirken würde. Die Finanzierung von Eigentumswohnungen und -geschäften sollte von den Bausparkassen[282] getragen werden. Auf der Basis internationaler Beispiele von Ungarn, Polen, Frankreich, Italien, Deutschland den USA und einigen nordischen Ländern war ein einheitlicher Gesetzesentwurf[283] ausgearbeitet worden.[284]

1936 entsandte der ständische *Gewerkschaftsbund* eine Delegation nach Budapest, die in einem Bericht des Redakteurs Wilhelm Salzer in der Sitzung der Bau-Sektion des *Blauen Adler* vom 8. November 1937 gipfelte. Nach der Entscheidung, eine eigene Rechtsform einzuführen wurde mittels der Sonderschrift *Wir müssen bauen* Kontakt mit zuständigen Stellen[285] aufgenommen.[286]

Schon vorher wurde versucht, die Eigentumsidee mittels Erstellung von Kleinwohnungen[287] umzusetzen. Da noch keine allgemeingültige Gesetzesvorlage existierte, entwickelten unterschiedlichste Institutionen eigene Lösungsmodelle.[288] Beispielsweise wurde vom

279 Der Blaue Adler – Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Hg.), Mitteilungen des Blauen Adler – Wir müssen bauen, Jg. 3, Nr. 13, Wien, 1937, S. 39.

280 Ab 1922 Präsident der Porr AG, gleichzeitig Direktor der *Bodencreditanstalt-Bank* und damit der Hausbank der Porr AG, Mitglied in mehreren Verwaltungsräten, anerkannter Bankfachmann, vgl.: Matis, Stiefel, Baugesellschaft – A. Porr, Bd. 1, 1994, S. 238–242.

281 Erich Exel, Das Wohnungseigentum – Geschichte – Praxis – Ideologie, Wien, 1949, S. 10.

282 Angedacht waren Eigenmittel in Höhe von 40 %.

283 Die MiteigentümerInnen der Liegenschaften sollten Verantwortung für das Gemeinschaftseigentum Keller, Stiegenhäuser, Waschküchen, Aufzüge, Heizungsanlagen und Höfe mittragen. Im Gesetz wurde ebenfalls der finanzielle und rechtliche Umgang mit anderen MiteigentümerInnen und den VerwalterInnen geklärt, vgl.: Gesetz betreffend Eigentum an Wohnungen und Geschäftsräumen, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 559/1/1.

284 Wer baut baut auf! Kundgebung des Blauen Adler, Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, im groszen Konzerthaussaal (Wien) am 25. März 1936, S. 19–21, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 559/1/13.

285 *Gewerkschaftsbund*, *Mieterbund*, *Gewerbeverein*, *Ingenieur- und Architekten-Verein*, *Ingenieurkammer*, *Bundesministerium für Justiz*, *Bundesministerium für soziale Verwaltung*, *Bundeskanzleramt*, Landesstatthalter, Banken, Sparkassen, verschiedene Zeitungen u. a. Den Kontakt zum Bundesminister für Finanzen Rudolf Neumayer übernahm der ehemalige Botschafter C. Dumba.

286 Taetigkeitsbericht des Blauen Adler Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom November 1936 bis Dezember 1937, S. 5–7, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 559/1/2.

287 Die Kleinwohnungen hatten durch das *Wohnbauförderungsgesetz* Anfang der 1930er Jahre eine Größe von 35 m² bis 60 m², vgl.: Gessmann, Kämpfer, Bauwirtschaftliche Maßnahmen, 1932, S. 40.

288 Der Blaue Adler – Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Hg.), Mitteilungen des Blauen Adler – Wir müssen bauen, Jg. 3, Nr. 13, Wien, 1937, S. 40.

Direktor des *Blauen Adler*, Stefan Margulies,[289] der Vorschlag getätigt, ein Grundstück in bester Lage in Wien für eine Wohnhausanlage[290] mit ca. 30 mittleren Eigentumswohnungen anzukaufen. Das Projekt sollte ohne öffentliche Förderung durch eine bestehende Genossenschaft und die *Bausparkasse* finanziert werden. Die termingerechte Fertigstellung des Musterbaus sollte publizistisch unterstützt werden. Aus propagandistischen Gründen sollte nach Fertigstellung eine Gedenktafel mit dem Hinweis der Förderung durch Kardinal Theodor Innitzer, Präsident Drexel[291] und Clemens Holzmeister am Eigentumswohnhaus angebracht werden.[292] Stadtbaudirektor Musil lehnte die Anfrage des *Blauen Adler* an Bürgermeister Schmitz zur diesbezüglichen Nutzung des innerstädtischen Grundstückes VII., Lerchenfelder Straße 1 im Juli 1936 ab.[293]

Zwei nicht näher benannte Aktiengesellschaften wollten ihre Eigentumswohnungshäuser mittels einer Genossenschaft finanzieren. Der *Mieterbund* versuchte ebenfalls zwei Objekte zu errichten, deren Eigentümer er vorerst bleiben wollte.[294] Als Vorzeigeobjekte wurden auf den Gründen des ehemaligen Freihauses am 20. März 1936 das Haus Rechte Wienzeile 71[295] sowie ein Haus in der Castelligasse[296] im V. Bezirk geplant.[297]

Josef Peßl[298] sprach sich Ende 1937 für die Errichtung eigener Hauseigentumsgesellschaften zur Lösung von Finanzierungsproblemen aus. Zur Ausführung sollten moderne Mietshäuser verschiedener Größen mit mittleren und kleinen Wohnungen in den Villenvierteln und an den Stadträndern kommen.[299] Zwei nicht näher benannte Baufirmen

---

289 Ebenfalls Direktor der Vaterländischen Baugesellschaft.

290 Die Erstellung von Kleinhäusern im dicht verbauten Gebiet wurde als unmöglich verworfen. Trotzdem wollte die Vereinigung auch nicht auf die Erstellung von Objekten am Stadtrand ausweichen.

291 Pater Albert Drexel war auch Obmann der allgemeinen Baugenossenschaft Alba in Innsbruck, vgl.: Die Eingliederung des Bausparwesens in die berufständische Wirtschaftsordnung Österreichs, in: Das Wüstenroter Eigenheim, Jg. 1936, Februar, Salzburg, S. 43.

292 Vorschlag betreffend praktische Inangriffnahme der Stockwerks- bzw. Wohnungs-Eigentum – Aktion des Blauen Adler, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 559/1/3.

293 Michael J. Zeps, Documents of Baudirektion Wien 1919–1941: Notes of Michael J. Zeps, S. J., in: Marquette University – History Department (Hg.), History and Faculty Research, 2011, S. 184, Aktenzahl: 2795/36, in: http://epublications.marquette.edu.

294 Der Blaue Adler – Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Hg.), Mitteilungen des Blauen Adler – Wir müssen bauen, Jg. 3, Nr. 13, Wien, 1937, S. 40.

295 1937/38 wurde an dieser Stelle vom Architekten Konstantin Peller das *Wohnhaus zum Wassermännchen* verwirklicht, jedoch nicht als Eigentumsbau, vgl.: Weihsmann, In Wien erbaut, 2005, S. 287.

296 Anscheinend das 1936 von Hans Plaschke gebaute Haus Castelligasse 7.

297 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 26 f.

298 Tätig als Prokurist bei der Landeshypothekenanstalt Linz, wurde Peßl 1929 Leiter der im vorhergehenden Jahr gegründeten *Geschäftsstelle für Wohnbauförderung* und später zusätzlich Vorstandsmitglied im *Zentralverband der gemeinnützigen Baugenossenschaften in Österreich*. Er arbeitete vor allem für die Siedlungsförderung, vgl.: Bonczak, Wohnungsfürsorge, 1947, S. 162 f., 192.

299 Der Blaue Adler – Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Hg.), Mitteilungen des Blauen Adler – Wir müssen bauen, Jg. 3, Nr. 13, Wien, 1937, S. 26 f.

meldeten sich noch im Dezember 1937 beim *Blauen Adler* mit der Idee, Wohnhäuser mit Eigentumswohnungen und Stockwerkseigentum zu errichten.[300]

2.2.2 Wohnungsbau durch die Gemeinde

2.2.2.1 Familienasyle

Wie beim Assanierungsfonds bereits angesprochen, konnte sich die Gemeinde Wien als Bauträger und -ausführer nicht gänzlich zurückziehen um das Feld der Privatwirtschaft zu überlassen. Gerade die eingespielte Infrastruktur innerhalb des *Stadtbauamtes* und die bereits durch den Wohnbau im *Roten Wien* erprobte Beamtenschaft stellten eine Konstante bei der Ausführung von Wohnbauten dar, auf die der autoritäre Ständestaat zurückgreifen musste. Ideologisch pendelte die Gemeindeverwaltung unter Bürgermeister Schmitz zwischen christlicher Fürsorgepolitik und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Im *Sofortprogramm* von 1934 wurde deswegen rund ein Sechstel der finanziellen Mittel für den Bau von Familienasylen[301] veranschlagt. Diese wurden neben den später vorgestellten Siedlungsprojekten und Notstandsgärten[302] zur Verminderung der Arbeitslosenzahlen und zur Bekämpfung der steigenden Obdachlosigkeit gebaut. Das christlichsoziale System der Fürsorge wurde im Dollfuß-/Schuschnigg-Regime forciert zur Disziplinierung[303] von Arbeitslosen ausgebaut. Mit dem gleichzeitigen Stopp des Wohnbauprogramms, steigenden Mieten und zunehmender Armut[304] sollte mittels Familienasylen, Herbergen und Kleinwohnungsbauten die ideologische Familienpolitik getragen werden. Ab 1935[305] kam

300 Taetigkeitsbericht des Blauen Adler Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom November 1936 bis Dezember 1937, S. 5–7, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 559/1/2.

301 Im öffentlichen Diskurs wurde die Bezeichnung *Familienasyl* der bisherigen Titulierung *Notstandswohnung* vorgezogen, vgl.: Das Wohnungswesen der Stadt Wien im Haushaltsplane für das Jahr 1935, in: Die Wohnung, 6. Jg., Nr. 1, Jänner 1935, S. 2. Die NS-Verwaltung übernahm das ständestaatliche Modell der Familienasyle trotz ideologischer Ablehnung, welches dadurch einen Vorläufer für den Volkswohnungsbau im Nationalsozialismus darstellt, vgl.: Helmut Weihsmann, Bauen unterm Hakenkreuz – Architektur des Untergangs, Wien, 1998, S. 1042.

302 Handverlesenen Arbeitslosen wurde ab 1934 eine Anbaufläche von rund 220 m² zur Verfügung gestellt. Diese 2.986 Parzellen waren Grundflächen der Stadt Wien, die für eine spätere Verbauung gedacht waren und damit einer Zwischennutzung zugeführt wurden, vgl.: Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wohnungs- und Siedlungswesen, 1937, S. 15. 1935 wurden weitere Grundstücke in den Bezirken II., X., XIII., XV., XVI., XX. und XXI. für die Notstandsgartenaktion bereitgestellt. Insgesamt standen im selben Jahr rund 600.000 m² Fläche zur Verfügung, vgl.: Eduard Brabenec, Notstandsgartenaktion der Stadt Wien, in: Die Wohnung, 6. Jg., Nr. 2, Februar 1935, S. 2.

303 Weitere Disziplinierungsanstalten existierten für *unverbesserliche Vagabunden* und Obdachlose in der Bettlerbeschäftigungsanstalt im Dauerobdachlosenheim Wien und dem Arbeits- und Haftlager im oberösterreichischen Schlögen. Jugendliche wurden der *Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige Kaiser Ebersdorf* in Wien XI zugeführt, vgl.: Melinz, Fürsorgepolitik(en), in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 244 f., 250.

304 Melinz, Unger (Hg.), Wohlfahrt und Krise, 1996, S. 76–78.

305 Beschlussfassung in den Sitzungen der Wiener Bürgerschaft 5. Juli 1935, 8. November 1935 und 20. März 1936, in: Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 26.



Abb. 29 Familienasyl St. Anna des Architekten Engelbert Mang in der XXI., Mühlschüttelgasse 55–57, errichtet 1936. (Foto Gerlach 1936).



Abb. 30 Familienasyl *St. Richard* in der V., Siebenbrunnengasse 76–78 – Einsiedlergasse 11 von Hanns Stöhr. (Foto Gerlach 1936).

es zum Bau von mehreren Familienasylen,[306] die der Krisenintervention[307] dienten. Sie sollten außerdem den Mangel an Kleinwohnungen ausgleichen.[308]

Diese von der Gemeinde Wien gebauten Assanierungsbauten,[309] also Gemeindebauten im engeren Sinn, stellten ideologisch eine Umwertung des Wohnbauprogrammes des *Roten Wien* dar. Die insgesamt rund 1.000 Wohnungen[310] sollten Familien bis zur Reintegration in den Arbeitsprozess und der damit gegebenen finanziellen Voraussetzung, höhere Mieten bezahlen zu können, Obdach geben. Fürsorgerinnen, HausinspektorInnen und Seelsorger nahmen dabei die Aufgabe der Erziehung zur *gesellschaftsfähigen* und ökonomisch selbstständigen Familie wahr. Eine mit scheinbarer Wohltätigkeit einhergehende Christianisierung der Arbeiterfamilien[311] drückte sich vor allem in der Ausgestaltung christlicher Feiern in den Asylen aus.[312] Mit dem Bau der Familienasyle war auch die Praxis der Vergabe der Gemeindewohnungen, die im *Roten Wien* auf Grundlage des Bedarfs erfolgte und gesamtgesellschaftlich regulierte Mieten ermöglichte, hinfällig geworden.[313] Die billigen Mieten der Gemeindebauten wurden den Marktpreisen der privaten Mietshäuser angeglichen.[314]

Die Errichtung von sieben Familienasylen gilt als gesichert. In den Eigenpublikationen der Stadt wird ein achtes, in Bau befindliches Familienasyl *St. Johann* erwähnt.[315] Während Weihsmann dessen Standort in der 1938 erbauten Wohnhausanlage X., Erlachgasse 53–57 sieht,[316] schlägt Franz Denk die genauere Erforschung der in der Nähe liegenden Wohnhausanlage X., Buchengasse 25–27 vor.[317] Trinkaus bestätigt in seiner Diplomarbeit den Ort mittels Konsultation der Protokolle der Sitzung der *Wiener Bürgerschaft* vom 10.12.1936.[318] Markus Mistelbauer hinterfragt in seiner Diplomarbeit den Widerspruch zwischen den aufgefundenen Plänen der Wohnhausanlage, die von 1937 stammen, und der Bautafel der

306 Melinz, Unger (Hg.), Wohlfahrt und Krise, 1996, S. 80.

307 Für Frauen und Mädchen gab es außerdem ein eigenes Obdachlosenheim in der XII., Kastanienallee, vgl.: Die Familienasyle der Stadt Wien, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 89, Heft 19/20, Wien, 1937, S. 137.

308 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 104.

309 Laut Melinz waren die Familienasyle ein Wiener Spezifikum, vgl.: Melinz, Fürsorgepolitik(en), in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 246 f.

310 Die ständestaatliche Verwaltung hatte errechnet, dass für die Obdachlosen immer rund 1.000 Wohnungen gebraucht würden, daher auch die magische Zahl des Familienasylbaus.

311 Melinz, Unger (Hg.), Wohlfahrt und Krise, 1996, S. 80 f.

312 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Familien-Asyle, 1937, S. 8.

313 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 37 f.

314 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Die Finanzwirtschaft der Stadt Wien, Wien, 1937, S. 13.

315 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Die Familien-Asyle der Stadt Wien, Wien, 1937, S. 9.

316 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 263.

317 www.franzdenk.at/familienasyle/start.htm (Zugriff: 14.09.2016)

318 Der Bauplatz wurde anscheinend aus demografischen Überlegungen gewechselt. In der XIV., Linzer Straße 154–156–158 wurde unter NS-Verwaltung 1938–1942 stattdessen der *Lützow-Hof* von Konstantin Peller mit 110 Wohnungen geplant und von der Gemeinde errichtet, vgl.: Trinkaus, Wohnbaupolitik, 2013, S. 79.

Anlage, die ein Entstehen von 1936 bis 1938 angibt. Seine These: Die Anlage wurde als Familienasyl begonnen und ab 1937 in ein Kleinwohnungshaus umgeplant und -gebaut.[319] Nach dem Scheitern der Familienasylbauten wäre ein Umschwenken auf den, in den nächsten Kapiteln ausführlich beschriebenen, Kleinwohnungsbau durchaus denkbar. Stellt er doch eine effektive Finanzierungsmöglichkeit zur Errichtung von Wohnbauten dar.

2.2.2.2 Bundesgesetze für den Kleinwohnungsbau

Ein Aktionskomitee der technischen Körperschaften Österreichs, der *Innung und Wiener Zunft der Baumeister*, der *Ingenieurkammer*, des *Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines* und der *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs* (ZVAÖ) hatte Anfang 1937 ein Programm entwickelt, in dem die Wiederbelebung des städtischen Wohnungsbauprogramms vorgesehen war. Dieses sollte auf privatwirtschaftlicher Ebene durch Förderungen der öffentlichen Hand durchgeführt werden.[320] Im März 1937 wurde dafür das *Kleinwohnungshausförderungsgesetz* (KlWFG)[321] initiiert. Zur leichteren Abwicklung der Vergabe der zweistelligen Hypotheken an Private wurde der Bundesförderung am 14. August 1937 mit der Gründung der *Baukredit-Bank*[322] eine leistungsfähige Baukreditstelle zur Seite gestellt.[323]

Mit dem Bundesgesetz wurde eine Regelung geschaffen, um Wohnungen bis zu einer Größe von 80 m² und Einfamilienhäuser zu fördern, die bis Ende 1938 beziehbar sein mussten.[324] Im Pflichtgutachten für den Gesetzesentwurf des Berichterstatters Friedrich Funder vom Februar 1937 wurde in Bezug auf das *Wohnbauförderungsgesetz* von 1929 festgestellt, dass die verwendeten Mittel großteils für Spekulationsbauten ausgegeben wurden und deshalb ein strenges Einhalten der Vorgaben des neuen Gesetzes gefordert. Es wurde zugegeben, dass dem großen finanziellen Aufwand des Bundes, vor allem durch das Steigen der Bodenpreise in der Umgebung der durch öffentliche Gelder finanzierten Bauten, eine nur geringe Zahl an Wohnungen gegenüberstand. Gleichzeitig wurde eine ästhetische

---

319 Die idente Lagebeschreibung und Wohnungszahl des in der Eigenpublikation der Stadt Wien erwähnten Asyls und der Wohnungsanlage ist für ihn ein weiteres Indiz, vgl.: Mistelbauer, Wohnbau, 2016, Diplomarbeit, S. 60, 104.

320 Arbeitsbeschaffung, in: Österreichische Bauzeitung, 2. Jg. Wien, Jänner 1937, Nr. 1, S. 1 f.

321 Bundesgesetz betreffend die Förderung der Errichtung von Kleinwohnungshäusern (KlWFG.)., in: Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 17. März 1937, Stück 21, Nr. 74, S. 317–319; Verordnung der Bundesminister für soziale Verwaltung und für Finanzen zur Durchführung des Bundesgesetzes über die Förderung der Errichtung von Kleinwohnungshäusern (1. KlWFG), in: Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 25. März 1937, Stück 23, Nr. 85, S. 325–341; Verordnung der Bundesministers für soziale Verwaltung zur Durchführung des Bundesgesetzes über die Förderung der Errichtung von Kleinwohnungshäusern (2. KlWFG), in: Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 25. März 1937, Stück 23, Nr. 86, S. 342.

322 Die Befugnisse der *Baukredit-Bank* reichten von der Finanzierung durch Darlehen über die Trägerschaft von Bauvorhaben bis hin zur Projektüberprüfung einzelner Pläne, vgl.: Österreichische Baukredit-Bank (Hg.), Statut der Oesterreichischen Baukredit-Bank, Wien, 1937, S. 3–5.

323 Österreichische Baukredit-Bank hat die Geschäftstätigkeit aufgenommen, in: Österreichische Bauzeitung, 2. Jg. Wien, September 1937, Nr. 34, S. 410.

324 Vallazza, Wir bauen auf, 1986, Dissertation, S. 209.

Bauausführung gefordert, die im Gesetz festgeschrieben werden sollte.[325] Trotzdem wurde schon kurz nach Erlass des neuen Bundesgesetzes ein Ansteigen der Baumaterialienpreise festgestellt, dem mittels eines im April 1937 von Rechtsanwalt Ruzicka geforderten Nachtragsgesetzes begegnet werden sollte.[326]

Unter der Oberhoheit des Bundesministers für soziale Verwaltung Josef Resch[327] wurde ein zehnköpfiger Beirat zur Abgabe von Gutachten über die Ansuchen für die Ausfallbürgschaft gegründet. Dieser bestand aus je zwei Vertretern des *Finanzbundes*, des *Gewerbebundes*, des *Industriellenbundes*, der *Ingenieurkammern* und des *Gewerkschaftsbundes*, die durch einen Dreiervorschlag bestellt wurden. Dem *Bundesministerium für soziale Verwaltung* oblag gleichzeitig die Baukontrolle.[328]

Die erste Sitzung des Beirates fand am 19. Juni 1937 im Sitzungssaal des Bundesministeriums statt. Dazu wurden der Architekt Siegfried Theiss, der Baumeister Anton Bauer, Bundeswirtschaftsrat Franz Pongratz, Wilhelm Salzer, der Sekretär der Gewerkschaft, Robert Pokorny, der Direktor der *Zentralsparkasse*[329], Oskar Zaglits, der Direktor der Landeshypothekenanstalt, Josef Gerhold, Martin Kallir, Heinrich Goldemund[330] und der Direktor der Firma S. Kössler, Hans Bayer, als Fachreferenten eingeladen.[331]

Die bundesweiten Bewerbungen liefen aufgrund zu hoher Eigenmittel anfangs eher schleppend an. Die Bauwirtschaft forderte deswegen statt der 40 % Eigenmittel eine Rücknahme auf 20 %.[332] Der Bund reagierte im Februar 1938 mit einem parallel zum *Kleinwohnungshausförderungsgesetz* verabschiedeten *Bundesgesetz über die Förderung der*

---

325 Dokument: Haus der Bundesgesetzgebung – Staatsrat: Pflichtgutachten 1937, in: ÖStA AdR BMfsV 1, 7. BWSA 1918–1942, Schachtel: 3402, Mappe: Allgemein.

326 Dokument: Entwurf eines Nachtragsgesetzes zum Bundesgesetz betreffend die Förderung der Errichtung von Kleinwohnungshäusern. (Kl.W.f.G.), in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3402, Mappe: Allgemein.

327 Resch, bis 1938 Direktor der Arbeiterversicherungsanstalt, war Bundesminister für soziale Verwaltung vom 20. Mai 1932–21. September 1933 (Dollfuß I) und vom 14. Mai 1936–11. März 1938 (Schuschnigg II, III, IV). Unter ihm diente auch der, durch die Ablösung von Richard Schmitz als Wiener Bürgermeister, kurzzeitig als Bundesminister für soziale Verwaltung eingesetzte Odo Neustätter-Stürmer (16. Februar 1934–17. Oktober 1935 Dollfuß II, Schuschnigg I) als Staatssekretär für die Angelegenheiten der Arbeitsbeschaffung und des Fremdenverkehrs sowie technischen Angelegenheiten des Straßenbaus. Hans Rott war von 3. November 1936–11. März 1938 (Schuschnigg III, IV) Staatssekretär für die Angelegenheiten des gesetzlichen Schutzes der Arbeiter und Angestellten), bevor er ab dem 16. Februar 1938 (Schuschnigg IV) Bundesminister im *Bundeskanzleramt* wurde, vgl.: Österreichischer Amtskalender, 1952, S. 10 f.

328 Bundes-, Wohn- und Siedlungsamt, Referat W2, 1010 Wien, Hanuschgasse 3, in: Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 1937, Stück 23, Nr. 85, S. 326 f.

329 Wie schon vorher erwähnt, beeinflusste Richard Schmitz durch seine Doppelfunktion in der Kommission der *Zentralsparkasse* und im Kuratorium des Assanierungsfonds die Vergabe der Bauaufträge des Fonds nachhaltig. Diese Konstellation funktionierte ebenfalls mit dem Kuratorium des KIWFG.

330 Heinrich Goldemund war Präsident des *Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereins* und ehemaliger christlichsozialer Abgeordneter, vgl.: Posch, Lebensraum Wien, 1976, Dissertation, S. 64.

331 Akt: Beirat gemäß § 8, Abs. 3, KIWFG und § 6, 1. KIWFV. Einberufung der Mitglieder zur 1. Sitzung., in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3402, Mappe: Allgemein.

332 Zum Wohnbauförderungsgesetz – Mängel des Gesetzes, in: Österreichische Bauzeitung, 3. Jg., Wien, Februar 1938, Nr. 6, S. 80.

Errichtung von Wohnhäusern (WFG).[333] Darin wurden ein nicht rückzahlbarer Betrag von 10 % der Gesamtkosten und die Übernahme der Bürgschaft des Darlehensbetrages von Bankinstituten und Sparkassen durch den Bund gewährt. Somit schrumpften die Eigenmittel auf 30 %. Die Gesamtsumme der Förderungen wurde mit öS 20 Mio. festgelegt.[334] Die Größe der Wohnungen durfte dabei bis 120 m^2 betragen. Die Dauer des beratenden Beirates war bis zum 31. Dezember 1939 festgelegt.[335]

In der ersten Sitzung des KlWFG-Beirates im Juni 1937 wurde unter anderem über drei privat finanzierte Häuser in Wien von insgesamt elf bundesweiten Ansuchen beraten. In der zweiten Sitzung vom 14. Juli 1937 tat sich gerade die Gemeinde Wien, die in der ersten Sitzung kein Ansuchen gestellt hatte, mit mehreren Projekten hervor. Diese insgesamt sechs der acht für Wien eingereichten Ansuchen sollten von der gemeindeeigenen *Zentralsparkasse*[336] gefördert werden. Einige bereits angesuchte, aber nicht behandelte Projekte sowie neue Ansuchen auf den Baugründen zurückgetretener privater BauwerberInnen wurden mit neuen Nummern in die nächsten Sitzungen aufgenommen. Dieses Vorgehen diente eher einer Handhabungserleichterung als der Steigerung der Ansuchenzahlen. Für die 5. Sitzung vom 27. August, die 6. Sitzung vom 20. September 1937 und die 9. Sitzung vom 16. März 1938 fehlen leider die Übersichten, trotzdem lässt sich ein Trend für das gesamte Jahr 1937 erkennen. Die Ansuchen der Gemeinde verteilten sich gleichmäßig auf die inneren Bezirke, mit Ausnahme des XVI. Bezirkes. Nur beim V. Bezirk wurden mit sechs Projekten, beim II. Bezirk mit drei und beim III. und IX. Bezirk jeweils mit zwei Projekten mehrere Häuser geplant. Es gab keine Mehrfachnennungen der Baugründe. Insgesamt wurden 609 Wohnungen in 16 Projekten angesucht.

---

333 Bundesgesetz über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern (WFG. 1938), in: Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 25. Februar 1938, Stück 18, Nr. 49, S. 217–220; Verordnung der Bundesminister für soziale Verwaltung, für Finanzen und für Justiz zur Durchführung des Bundesgesetzes über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern (1. WFV. 1938), in: Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 1938, Stück 22, Nr. 66, S. 236–239, Verordnung der Bundesministers für soziale Verwaltung zur Durchführung des Bundesgesetzes über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern (2. WFV. 1938), in: Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 1938, Stück 22, Nr. 67, S. 252.

334 Wohnbauförderung 1938, in: Österreichische Bauzeitung, 3. Jg., Wien, März 1938, Nr. 8, S. 97-99.

335 Verordnung der Bundesminister für soziale Verwaltung, für Finanzen und für Justiz zur Durchführung des Bundesgesetzes über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern (1. WFV. 1938), in: Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 1938, Stück 22, Nr. 66, S. 236–238.

336 Daneben hatte die I. Österreichischen Sparkasse einen großen Anteil an den Darlehen der I. Hypothek des gesamten KlWFG, in: Dokumente: Beirat nach KlWFG – 1. Übersicht; Beirat nach KlWFG – 2. Übersicht; Beirat nach KlWFG – 3. Übersicht; Beirat nach KlWFG – 4. Übersicht; Beirat nach KlWFG – 7. Übersicht; Beirat nach KlWFG – 8. Übersicht, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3402, Mappe: Allgemein; Die Darlehen der zweiten Hypothek wurden bis 30. Sept. 1937 mehrheitlich von den *Arbeiterversicherungsanstalten* (AVA) in Wien bestritten. Die AVA des XX. Bezirkes förderte unangefochten an der Spitze 17 Einfamilienhäuser, 43 Mehrfamilienhäuser und 47 Mietshäuser mit einem Gesamtvolumen von öS 14.170.107. Diverse andere Versicherungsanstalten hatten nur einen kleinen Anteil an der Förderleistung des KlWFG, in: Dokument: Statistik der bis 30. September 1937 bewilligten Ansuchen mit Uebernahme der Ausfallbürgschaft nach dem KlWFG (BGBl. Nr. 74/37) 1937, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3402, Mappe: Allgemein.

Die privaten Projekte erreichten ihre Spitzen im XIII. Bezirk mit 15 Ansuchen, im XIX. Bezirk mit zehn Ansuchen und im XVI. Bezirk mit 16 Ansuchen. Bis auf drei Projekte im III. und VI. Bezirk lagen die angesuchten Bauten alle in den äußeren Bezirken. Es ist ebenfalls ersichtlich, dass von den insgesamt 39 Projekten (mit Einbeziehung der Mehrfachnennungen) nur 502 Wohnungen angesucht wurden. Auch Ein- und Zweifamilienhäuser waren darunter.

Im bundesweiten Vergleich lag die Stadt Wien immer ca. bei einem Drittel oder gar der Hälfte der gesamten Ansuchen.[337] Ein statistischer Zwischenbericht bis 30. September 1937 der 7. Sitzung des WlWFG-Beirates veranschaulicht die genauere Verteilung der Ansuchen. Mit 837 geplanten Wohnungen war Wien vor allen anderen Bundesländern mit bundesweit insgesamt 1.393 Wohnungen eindeutig führend.[338] Davon sollten rund 596 städtische Wohnungen in zwölf Häusern mit einer jährlichen Gesamtförderungssumme von öS 5.364.000 unterstützt werden.[339] Antragsteller mit den bundesweit meisten Ansuchen bis Ende 1937 war demnach die Gemeinde Wien, nicht zuletzt durch die Selbstfinanzierung mittels der gemeindeeigenen *Zentralsparkasse* der Stadt Wien.

Durch das *Kleinwohnungshausförderungsgesetz* wurden bis Ende 1937 in Wien, laut Statistik des Magistrates, insgesamt 1.255 Kleinwohnungen in sieben Flachbauten (Ein- und Zweifamilienhäuser) und 58 Hochbauten gefördert. Davon entfielen 16 Häuser auf die Gemeinde Wien, 48 auf private BauwerberInnen und ein Haus auf eine Genossenschaft. Der finanzielle Aufwand für die Bautätigkeit belief sich auf öS 17.226.279.[340] Ab 1938 sollte mittels *Bundesgesetz über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern* die Errichtung von insgesamt 4.910 Wohnungen bis Ende des Jahres bewerkstelligt werden.[341]

Die Angleichung der Bundesgesetze an die des Wiener Assanierungsfonds wurde schon im Juni 1937 durch einen Antrag der Grazer Stadtverwaltung im Bundestag angedacht. Die Bestimmungen des Assanierungsfonds bezüglich der Freimachung von Abrissobjekten durch Kündigung der Mieterparteien sollte bundesweit übernommen werden. Die gesetzliche Grundlage, MieterInnen nur dann kündigen zu können, wenn der gesamte Neubau eine größere Wohnfläche aufweist als der Altbau, sollte dabei um ein Vielfaches erweitert werden. Damit wurde sukzessive der *Mieterschutz* abgebaut, wenn er dem *öffentlichen Interesse* entgegenstand.[342] Zusätzlich forcierte das autoritäre Regime die

337 Dokumente: Beirat nach KlWFG – 1. Übersicht; Beirat nach KlWFG – 2. Übersicht; Beirat nach KlWFG – 3. Übersicht; Beirat nach KlWFG – 4. Übersicht; Beirat nach KlWFG – 7. Übersicht; Beirat nach KlWFG – 8. Übersicht, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3402, Mappe: Allgemein.

338 Dokument: Statistik der bis 30. September 1937 bewilligten Ansuchen mit Uebernahme der Ausfallbürgschaft nach dem KlWFG (BGBl. Nr. 74/37) 1937, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3402, Mappe: Allgemein.

339 Aus der Wiener Gemeindestube – Stadtrandsiedlung und Assanierungsbauten, in: Österreichische Bauzeitung, 2. Jg. Wien, November 1937, Nr. 42, S. 508.

340 Magistrat Wien, Anfrage betreffend den Zuwachs an Wohnungen in Wien in den Jahren 1918/37, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3255, GZ 12.156/38.

341 Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 45, Nr. 52, 18. Dezember 1937, S. 3.

342 Vorlage der Bundesregierung (Entwurf). Bundesgesetz womit die §§ 19 und 43 des Mietengesetzes ergänzt werden,

Abb. 31 Karteikarte des KIWFG zur Sanierung des *Variete Westend* in der XVII., Taubergasse 1–3.

Zusammenfassung der MieterInnen innerhalb einer zentralen Vertretung im „sozialen Geiste des ständischen Staatsaufbaues“ im *Mieterbund*.[343] Konform der neuen Linie und damit der Praktiken des Assanierungsfonds wurde beispielsweise für Januar 1938 dem *Variete Westend* XVII., Taubergasse 1–3 – Johann-Nepomuk-Berger-Platz 12 gekündigt. Die Begründung war, dass der Baubeginn[344] wegen des gesetzlich vorgeschriebenen Termins nicht verzögert werden dürfe. 80 Menschen verloren dadurch ihre Arbeitsstätte.[345]

2.2.2.3 Rückgriff auf die Gemeindebautätigkeit

Die Trennung in von privaten Trägern errichtete Assanierungsobjekte innerhalb des Assanierungsfonds und in durch die Gemeinde errichtete Familienasyle wurde spätestens durch die Förderung des Bundes innerhalb des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* 1937 vollständig durchbrochen. Wie bereits anschaulich dargestellt, konnte die Gemeinde ihr

in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3401.

343 Mieterbund Österreichs, 9. Juli 1937, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3401.

344 Mistelbauer geht nur von einem Umbau und keinem Neubau des Gebäudes aus, vgl.: Mistelbauer, Wohnbau, 2016, Diplomarbeit, S. 66 f.

345 Akt: Variete Westend Wien XVIII., Auflösung eines mit der Gemeinde abgeschlossenen Bestandsvertrages, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3403.

städtisches Wohnbauprogramm[346] innerhalb kurzer Zeit beginnen und forcieren. Somit wurde die ideologische Umwertung der Bautätigkeit der Gemeinde innerhalb einer Fürsorgepolitik eindeutig zurückgenommen. Dies veranlasste Bürgermeister Schmitz sogar zu einem späten Eingeständnis in der Sitzung der *Wiener Bürgerschaft* Ende 1937, dass der Wohnungsbedarf durch Privatbauten nicht gedeckt werden konnte und sowieso zur Hälfte durch öffentliche Mittel und Förderungen aufrechterhalten werden musste.[347] In diesem Sinne wurde auch für 1938 die Schaffung von „stadteigenen Kleinwohnungshäusern" für „die zahlungsschwächeren Schichten der Bevölkerung" durch die Gemeinde Wien angedacht.[348] Rund die Hälfte der für 1938 geplanten 4.910 Wohnungen sollten durch das *Stadtbauamt* errichtet werden.[349] Grob gesagt, sollte die Gemeindebautätigkeit wieder aufgenommen werden.

Weihsmann spricht von einer Eigenbauleistung der Gemeinde im *schwarzen Wien* im Umfang von 3.584 Wohnungen, die der zehnjährigen Bautätigkeit des *Roten Wien* mit 63.754 Wohnungen gegenüberstand.[350] Trotzdem wurden die wenigen durch das *Stadtbauamt* erstellten Gemeindebauten während des Ständestaates ideologisch abgelehnt und wie der durch das KlWFG unterstützte Bau IX., Reznicekgasse 18–22 sehr schlicht ausgeführt.[351]

Nach dem Sturz des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes im Jahre 1938 wurden die Bundesgesetze bis zu ihrem vorgeschriebenen Auslaufen weitergeführt, wobei darauf verwiesen wurde, dass von den veranschlagten öS 40 Mio. erst Bürgschaften von öS 8 Mio. übernommen worden waren. Noch vor der Anpassung an die sogenannten *deutschen Reglements* und damit an die *Nürnberger Rassengesetze*[352] sollte der Fonds bis Ende 1938 mit Nachdruck weitergeführt werden.[353] Das *Bundesgesetz über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern* von 1938 wurde mit allen seinen Fristen vollständig durchgeführt und kam

---

346 Aus den Protokollen der *Bank Austria* geht ebenfalls hervor, dass 42% der Hypothekenübernahmen des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* 1937/38 mit der Gemeinde Wien abgeschlossen wurden. Immerhin öS 2.795.800 von insgesamt öS 6.651.100 (1937: öS 6.271.600, Beginn 1938 bis zur NS-Diktatur: öS 379.500), vgl.: Bank Austria, Historisches Archiv, Zentralsparkasse, Protokoll der Verwaltungskommission, 1937, 1938. Für die I. Österreichische Sparkasse liegen aufgrund fehlender Unterlagen des Archivs leider keine Vergleichszahlen vor.

347 Seliger, Führerprinzip, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 177. Im Dezember 1937 wurde die Wende in der Wohnbaupolitik ausführlich in der Sitzung der Bürgerschaft diskutiert, wobei nicht nur positive Stimmen zu vernehmen waren, obwohl Schmitz die Bürgerschaft vom Erfolg des neuen Finanzierungsmodelles überzeugen wollte, vgl.: Trinkaus, Wohnbaupolitik, 2013, S. 102, 105.

348 Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 46, Nr. 1, 1. Jänner 1938, S. 1.

349 Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 45, Nr. 52, 18. Dezember 1937, S. 3.

350 In seiner Berechnung fanden sich auch die rund 1.000 Wohnungen der Familienasyle und die Häuser der später vorgestellten Randsiedlungsaktionen, vgl.: Weihsmann, Bauen unterm Hakenkreuz, 1998, S. 1042.

351 Achleitner, Österreichische Architektur, Bd. III/1, 2010, S. 248.

352 Akt: Wohnbauförderung; Behandlung jüdischer Bauwerber, 9. April 1938, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 2405.

353 Behördliche Bauförderung – Die ersten Maßnahmen für Österreich, in: Österreichische Bauzeitung, 3. Jg., Wien, Juni 1938, Nr. 8 b, S. 135.



Abb. 32 Schlichter Wohnbau des KIWFG in der IX., Reznicekgasse 18–22, Konrad von Götz, 1935–1937. (Andreas Suttner 2012).



Abb. 33 Die Dachgleichenfeier des innerhalb des KIWFG entstandenen Hauses XIX., Philippovichgasse 6–10 fand erst 1939 unter NS-Verwaltung statt. (Anonym 19.04.1939).

so eher der NS-Verwaltung zugute.[354] Dies führte dazu, dass einige der veranschlagten Wohnhäuser bis 1939/40 fertig gestellt werden konnten. Die Wirksamkeit der Fonds hielt sich aber durch die kurze Zeitspanne, in der nur wenige Bauvorhaben verwirklicht werden konnten, in Grenzen. Im Verlauf des Jahres 1938 kam es durch das Bundesgesetz zur Förderung mehrerer Privathäuser in Wien, die vor allem im XIII. Bezirk mit elf Projekten situiert waren. Die weiteren acht Ansuchen waren ebenfalls in Außenbezirken angesiedelt.[355]

2.2.3 Architekten, Architektur und Wohnungstypen

2.2.3.1 Architekten im Ständestaat

Welche Umbrüche folgten der Etablierung des Ständestaats in der Architektenschaft? Das Wissen um Brüche und Kontinuitäten wird zwar in der Literatur immer wieder anhand einzelner Fallbeispiele thematisiert, es existieren aber noch keine umfassenden Studien. Im Folgenden habe ich daher versucht, einen ungefähren Vektor festzustellen, wobei damit bei Weitem kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann.

Viele oppositionell eingestellte Architekten verließen, verstärkt nach dem Bürgerkrieg im Februar 1934, Österreich Richtung Deutschland, Frankreich, USA, Sowjetunion und Tschechoslowakei. Die Verbleibenden, ehemals für das *Rote Wien* bauenden Sozialdemokraten, konnten wenige öffentliche Aufträge requirieren. Großaufträge wurden meist an politisch konforme Architekten vergeben, trotzdem wurden international renommierte Sozialdemokraten wie Walter Loos, Hans Adolf Vetter, Ernst Plischke, Max Fellerer und Oswald Haerdtl nicht in ihrer Arbeit behindert.[356]

Der *Österreichische Werkbund*, der die *Neue Sachlichkeit* anhand der Wiener Werkbundsiedlung von 1932 verdeutlicht hat, zerbrach 1933 zunehmend an internen Konflikten politischer wie auch persönlicher Natur. Der am 24. Februar 1934 von Josef Hoffmann neu gegründete *Neue österreichische Werkbund* hatte bereits eine andere politische Ausrichtung. Mittels einer *national-konservativen Eigensäuberung* wurden unerwünschte Mitglieder wie etwa sozialdemokratische und jüdische Architekten[357] entfernt. Josef Frank, er war

354 Akt: Kleinwohnungsbauförderung; Verständigung von Bauwerbern, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 2405.

355 Liste der seit 15. September 1938 bewilligten Ansuchen um Übernahme der Bürgschaft bzw. Gewährung eines Zuschusses nach dem WFG 1938, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3404.

356 Plischke erhielt im Ständestaat den Staatspreis für Architektur 1935 und Haerdtl 1937, vgl.: Iris Meder, Offene Welten – Die Wiener Schule im Einfamilienhausbau 1910–1938, Stuttgart, 2003, Dissertation, S. 549, 553 f. Von den genannten Architekten konnten trotzdem nur noch Max Fellerer (Genossenschaftshaus Leopoldau, Wohnhaus Rechte Wienzeile 7 – Faulmanngasse 5–7 mit Clemens Holzmeister und Philipp Diamantstein) und Walter Loos (Einfamilienhaus für den Assanierungsfonds XIX., Dionysius-Andrassy-Straße 13) öffentliche Aufträge ausführen.

357 Kurzbiografien der ArchitektInnen finden sich mitsamt mehr oder weniger vollständigen Werksverzeichnissen in: Weihsmann, Das Rote Wien, 1985; Weihsmann, In Wien erbaut, 2005; www.architektenlexikon.at. Ursula Prokop forscht verstärkt am jüdischen Erbe der Wiener Architektur, vgl.: Ursula Prokop, Zum jüdischen Erbe in der Wiener Architektur

Gründungsmitglied des *Werkbundes* von 1912 und bis 1934 maßgeblicher Protagonist, verließ Österreich Richtung Schweden.[358] Präsident wurde Clemens Holzmeister, als Vizepräsidenten agierten Josef Hoffmann und Peter Behrens. Die Vereinigung stand damit nach ihrer Neugründung unter dem Stern des *vaterländischen Systems*.[359]

Vor allem Clemens Holzmeister besetzte als *staatstragender Architekt* mehrere Schlüsselpositionen im Ständestaat: Präsident der *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs*, ab 1924 bis 1938 ordentlicher Professor der Meisterklasse an der *Akademie der Bildenden Künste*, Rektor der Akademie von 1933 bis 1937, Vorsitzender des *Werkbundes*, Baurat und Mitglied des Stadtrates der Gemeinde Wien als Stadtkulturrat ab 1934, Oberbaurat, Staatsrat und Senatsrat. Dazu kam seine persönliche Freundschaft[360] mit Schuschnigg und Dollfuß.[361] Weiters wurde der spätere Dombaumeister von St. Stephan, Karl Holey, 1934 in den Bundeskulturrat berufen und war damit wie Holzmeister in einem staatlichen Gremium präsent. Beide entwarfen im Ständestaat fast ausschließlich Sakralbauten, deren Stellenwert dadurch zu erahnen ist.[362] Holey war außerdem von 1937 bis 1938 Rektor der *Technischen Hochschule Wien*.[363] Robert Kramreiter war der dritte wichtige Architekt für den katholischen Kirchenbau, der ebenfalls Schlüsselbauten für den Ständestaat plante.[364]

Im Assanierungsprojekt des Ständestaates in Wien konnten jedoch auch evangelische Architekten wie Josef Vytiska, Konrad von Götz sowie jüdische Architekten[365] wie Felix Augenfeld, Philipp Diamantstein und Alfred Neumann noch Aufträge requirieren.[366] Während in Österreich, laut Prokop, jüdische Architekten ihre Werke bis zum Anschluss 1938 in Fachzeitschriften publizieren konnten, um in der Fachwelt für weitere Aufträge

– Der Beitrag jüdischer ArchitektInnen am Wiener Baugeschehen 1868–1938, Wien – Köln – Weimar, 2016.

358 Er brach aber erst 1938 mit der Arisierung seiner Firma *Haus und Garten* seine Beziehungen zu Wien endgültig ab, vgl.: Prokop, Zum jüdischen Erbe, 2016, S. 111, 119 f.

359 Astrid Gmeiner, Gottfried Pirnhofer, Otto Kapflinger, Vladimir Slapeta, Akos Moravanzky, Der Österreichische Werkbund – Alternative zur klassischen Moderne in Architektur, Raum- und Produktgestaltung, Salzburg und Wien, 1985, S. 186–189.

360 In der Ersten Republik waren die Mitglieder des Cartellverbandes (CV) in der Politik als Minister und Mitglieder der *Christlichsozialen Partei* überaus stark vertreten. Holzmeister war beispielsweise Cartellbruder von Dollfuß, vgl.: Wilfried Posch, Clemens Holzmeister – Architekt zwischen Kunst und Politik, Wien, 2010, S. 233, 189. In der katholischen Studentenverbindung Norica in Wien waren neben Holzmeister auch Richard Schmitz, Josef Resch, Leopold Figl, Julius Raab Mitglieder, vgl.: Enderle-Burcel, Mandatare, 1991, S. 105; mehr zur Rolle des CV im politischen Geschehen des Ständestaates, vgl.: Stephan Neuhäuser, „Wer, wenn nicht wir?" – 1934 begann der Aufstieg des CV, in: Stephan Neuhäuser (Hg.), „Wir werden ganze Arbeit leisten …" – der austrofaschistische Staatsstreich 1934 – neue kritische Texte, Norderstedt, 2004, S. 65–140.

361 Clemens Holzmeister, Architekt in der Zeitwende, Salzburg – Stuttgart – Zürich, 1976, S. 49.

362 Feller, Baupolitik, 1991, Diplomarbeit, S. 133.

363 Mistelbauer, Wohnbau, 2016, Diplomarbeit, S. 44.

364 Prokop, Rudolf Perco, 2001, S. 282.

365 Ursula Prokop weist in ihrer Schlussbetrachtung auf die widersprüchlichen Indizien hin, die sie zur Situation jüdischer Architekten in der Zwischenkriegszeit gefunden hat. Diese betreffen einerseits den Status, als Beamte im *Stadtbauamt* arbeiten zu können, und andererseits die Besetzungspraxis von Professuren, vgl.: Prokop, Zum jüdischen Erbe, 2016, S. 249 f.

366 Weihsmann, In Wien erbaut, 2005, S. 14.

präsent zu bleiben, war das 1935 im nationalsozialistischen Deutschland bereits nicht mehr möglich.[367] Mit der Anpassung an *deutsche Reglements* 1938 durften jüdische Architekten und BauwerberInnen keine neuen Bauten errichten. Wenn sie ihre Ansuchen beispielsweise innerhalb des *Bundesgesetzes über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern* von 1938 noch vor dem Anschluss eingereicht hatten, war es ihnen unter kommissarischer Leitung und Arisierung erlaubt, diese fertig zu stellen.[368]

Überhaupt sollten der Architektenschaft, laut *Österreichischem Ingenieur- und Architekten-Verein*, im Ständestaat Führungsaufgaben zugedacht werden. Der Verein strebte dafür eine Eingliederung in den *Kulturrat* oder *Wirtschaftsrat* an.[369] In Anlehnung an die Aussage Benito Mussolinis, dass sie führende Rollen in der europäischen Wirtschaft einnehmen sollten, wurden sie auch vom autoritären Regime in Österreich aufgrund ihrer *idealistischen und realistischen Erziehung* zum *Problemlöser* für die Wirtschaftskrise stilisiert.[370] Die Sonderstellung der Architektenschaft wurde 1937 mittels Trennung zwischen Bauberatung und Bauausführung durch eine Verordnung im österreichischen Bundesgesetz[371] festgeschrieben. Sie waren damit Planverfasser, Bauaufsicht und Bauausführende. Der Baugewerbetreibende[372] sollte hingegen nur mehr ausführendes Organ sein.[373]

Trotz dieser Sonderstellung innerhalb des politischen Systems zeigten sich auch offene Brüche mit dem Dollfuß-/Schuschnigg-Regime. Beispielsweise entzündete sich der Zorn der Architektenschaft an der rigiden Assanierungspolitik in der Wiener Innenstadt.[374] Neben Josef Hoffmann, Max Fellerer, Robert Oerley, Oswald Haerdtl und Franz Schuster nahmen rund 20.000 WienerInnen an der Protestaktion gegen Bauspekulation *Rettung des alten Wien* teil. Diese richtete sich vor allem gegen die Assanierung der Wollzeile und forderte im Sinne des Denkmalschutzes eine Änderung des Bebauungsplanes.[375] Stadtbaudirektor Musil griff im November 1937, auf Wunsch von Richard Schmitz, den Vorschlag der *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs* auf, den Generalsanierungsplan aus dem Jahr 1892 dahingehend zu überarbeiten. Die Zentralstelle für Denkmalschutz sollte dabei die historische Bausubstanz, trotz der selbst gewählten Rolle des Bürgermeisters Schmitz als *Erneuerer von Wien*, vor zu weit gehenden Eingriffen schützen. Er regte dafür die

367 Prokop, Zum jüdischen Erbe, 2016, S. 144 f.

368 Akt: Wohnbauförderung; Behandlung jüdischer Bauwerber, 9. April 1938, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 2405.

369 Carl Grünhut-Bartoletti, Der Ingenieur im Ständestaat, Wien, 1934, S. 21.

370 Ebd., S. 5 f.

371 Verordnung des Bundesministers für Handel und Verkehr über die Abänderung der Verordnung, betreffend die Ziviltechniker, RGBl. Nr. 77/1913, in der derzeit geltenden Fassung, in: Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 02.03.1937, Stück 17, Nr. 61, S. 297–304.

372 Damit wurde die Forderung der Architektenschaft von 1935 erfüllt, wonach Baumeister einem Planungsverbot unterliegen sollten, einerseits aufgrund fehlender Ausbildung, andererseits wegen eines konstatierten Interessenkonfliktes zwischen Kontrolle und Ausführung des Baus, vgl.: Mistelbauer, Wohnbau, 2016, Diplomarbeit, S. 35.

373 Heinrich Pawlik, Otto R. Hellwig (Hg.), Das Kleinwohnungshaus – Ratschläge und technische Richtlinien im Sinne des Gesetzes betreffend die Förderung der Errichtung von Kleinwohnungshäusern, Wien, 1937, S. 45.

374 Prokop, Rudolf Perco, 2001, S. 335.

375 Posch, Gartenstadtbewegung, 1981, S. 96, 98.



Abb. 34 Clemens Holzmeisters einziges Assanierungsgebäude innerhalb des Assanierungsfonds an der IV., Rechten Wienzeile 7–9. Das Haus wurde mit Max Fellerer, Philipp Diamantstein, Eugen Wörle entworfen und von 1935 bis 1937 errichtet. (Foto Gerlach 1937).



Abb. 35 Wohnbau in der IV., Operngasse 23–25 errichtet 1935/36 von Franz Gessner. (Foto Gerlach 1937).

Gründung einer Kommission an, für die als Mitglied auch Karl Holey in seiner Funktion als Bundeskulturrat in Betracht gezogen wurde.[376]

Viele der Architekten im Ständestaat hatten bereits im *Roten Wien* für die Gemeinde gearbeitet. Im Sanierungsgebiet I., Operngasse wurden beispielsweise Architekten unterschiedlicher Stilformen beschäftigt wie etwa Clemens Holzmeister und Franz Gessner. Dies lässt sich auch in der Ausformung ihres Stils sehr gut erkennen, somit setzt sich die Stilmischung des *Roten Wien* auch im Ständestaat fort. Dazu ist zu bemerken, dass die Übernahme von Stilelementen des *Roten Wien* von Privatarchitekten an privaten Bauten schon Anfang der 1930er Jahre verstärkt einsetzte.[377] Überhaupt ist eine Kontinuität der Architekten über das *Rote Wien* und den Ständestaat bis hin zum Nationalsozialismus feststellbar. Der Wiener Oberbaurat Karl Ehn, im Ständestaat Hauptverantwortlicher der Magistratsabteilung 22,[378] führte seine Karriere auch unter NS-Verwaltung fort.[379] Josef Bittner war Mitarbeiter des *Stadtbauamtes* von 1921 bis 1939.[380] Franz Musil, Baumeister des *Roten Wien*, war von 1925 bis 1942 als Stadtbaudirektor für die Stadtplanung verantwortlich.[381]

2.2.3.2 Entwicklung des privaten Wohnbaus in der Zwischenkriegszeit

Die Rücknahme der finanziellen Mittel für die kommunalen Großbauten Anfang der 1930er Jahre ließ insgesamt eine stilistische Erneuerung des privaten Wohnungsbaus zu. Gleichzeitig kam es, durch die bereits oben angesprochene neue *Wiener Bauordnung* von 1930, zu einer Vereinfachung der Baukörper und der Fassaden. Somit ist eine stilistische Kontinuität der funktionell-nüchternen Sachlichkeit der späten Gemeindebauten in den frühen 1930er Jahren mit der der Bauten des *schwarzen Wien* durchwegs gegeben.[382] Weihsmann spricht von einer durch die Wirtschaftskrise bedingten Sachlichkeit, die seiner

---

376 Zeps, Documents of Baudirektion, in: Marquette University – History Department (Hg.), History and Faculty Research, 2011, S. 195 f., Aktenzahl: 4353/37, 4587/37, in: http://epublications.marquette.edu.

377 Klerikale und christlichsoziale Wohnbauten sowie Infrastruktureinrichtungen verwendeten ebenfalls Dreieckserker, Turmpartien, spitzbögige Arkaden- und Laubengänge, *Kunst am Bau* und plastische Fassadenelemente. Ebenfalls im privaten Wohnbau, vor allem um das Viertel III., Modenapark fällt die gleichartige Fassadengestaltung auf, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 1985, S. 228 f., 364.

378 Weihsmann, In Wien erbaut, 2005, S. 75 f.

379 Weihsmann, Bauen unterm Hakenkreuz, 1998, S. 1053. Karl Ehn war von 1920 bis März 1934 sozialdemokratisches Gewerkschaftsmitglied und von 1927 bis 1929 Mitglied der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei*. Vom März 1934 bis März 1938 gehörte er der *Vaterländischen Front* an. Ehn arbeitete für die illegale *Nationalsozialistische Deutschen Arbeiterpartei* als Zellenleiter, war jedoch trotz seines Ansuchens um Aufnahme kein Parteimitglied, vgl.: Genoveva Kriechbaum, Der enigmatische Architekt Karl Ehn 1884–1959, in: Gerald Kriechbaum, Genoveva Kriechbaum (Hg.), Karl-Marx-Hof Versailles der Arbeiter – Wien und seine Höfe, Wien, 2007, S. 83.

380 Weihsmann, In Wien erbaut, 2005, S. 42.

381 Ebd., S. 262.

382 Ebd., S. 124–126.

Ansicht nach bereits die Sparsamkeit des Volkswohnungsbaus der NS-Architektur vorwegnahm.[383]

Diese stilistische Querverbindung zwischen Privat- und Gemeindebauten war weitgehend durch die Verbauung des Modenaparks in Wien III eingeleitet worden und setzte sich forciert im Umbau der Operngasse auf den ehemaligen Freihausgründen fort.

Ende der 1920er Jahre entstanden noch Privatbauten im Stil des Historismus, die aber schon aus dem Formenrepertoire des kommunalen Wohnungsbaus schöpften.[384] Dazu fanden eigenständige architektonische Lösungen Eingang ins Baugeschehen.[385] Ihren Abschluss fand diese erste Phase des Wiener Privathausbaus mit der Errichtung der III., Salesianergasse 18 und mit der V., Gassergasse 2–8.[386]

Die glatten, neusachlichen Gebäude Clemens Holzmeisters,[387] Ernst Epsteins[388] und Arnold Karplus[389] fallen schon in eine weitere Phase. Im III. Bezirk waren es die beiden Mietshäuser von Siegfried C. Drach[390] und Alexander Osterberger Am Modenapark 10 von 1931 und in der Neulinggasse 52/Salesianergasse 11[391] von 1935, die vor allem wegen ihrer technischen Lösungen beispielhaft sind.[392] Das Wohnhochhaus von Theiss und Jaksch in der I., Herrengasse 6–8 von 1931/32 ist ebenfalls als beispielgebend anzusehen und hat, wie im nächsten Kapitel beschrieben, auch stilistisch auf die Bauten des Assanierungsfonds Einfluss ausgeübt.

2.2.3.3 Stil der Assanierungsbauten

Die Geschossbauten im Ständestaat wurden betont schlicht und ohne aufwendigen Dekor ausgeführt, laut Barbara Feller und Erich Bernard eine „bewußte Abkehr vom Pathos der Gemeindewohnanlagen“ des *Roten Wien*.[393]

---

383 Ebd., S. 119.

384 III., Weyrgasse 5, 1924, Ernst Arnold Egli; V., Margarentengürtel 36, 1926/27, Ernst Lichtblau.

385 III., Petrusgasse 1, 1927/28, Franz Gessner; III., Am Modenapark 7, 1930/31, Rudolf Frass; V., Gassergasse 33–35, 1929–1933, Gustav Schläfrig, Hanns Reisner.

386 1930/31, Karl Limbach, Ludwig Tremmel.

387 IV., Faulmanngasse 5; IV., Rechte Wienzeile 7, 1935–1937, Clemens Holzmeister, Max Fellerer, Philipp Diamantstein

388 Wohnhausanlagen der Versicherungsangestellten *Phönix* III., Rochusgasse 17 und *Allianz- und Giselaverein* III., Traungasse 7, 1933, Ernst Epstein.

389 III., Am Modenapark 14, 1937, Arnold Karplus.

390 Drach wendete sich schon bei der Konzeption der privaten Siedlung *Malfatti* XIII., Franz-Schalk-Platz 1–15 1930–1932 von einer historischen Architektur Richtung schmucklose, sachliche Baukörper ab, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 303.

391 Der siebengeschossige, sachliche Stahlbeton-Skelettbau wurde von 1935 bis 1938 errichtet. Er war mit einer Stahlblechverkleidung am Portal und Vestibül sowie einer hofseitig verglasten Vorhangfassade ausgeführt. Das für die 1930er Jahre als sehr sachlich und funktional konzipierte Mietshaus gilt als Vorwegnahme des internationalen Stils nach 1945, vgl.: Bundesdenkmalamt (Hg.), Dehio Wien II. bis IX. und XX. Bezirk, Wien, 1993, S. 121; Institut für österreichische Kunstforschung des Bundesdenkmalamtes (Hg.), Österreichische Kunsttopographie, Bd. XLIV, 1980, S. 634.

392 Institut für österreichische Kunstforschung des Bundesdenkmalamtes (Hg.), Österreichische Kunsttopographie, Bd. XLIV, 1980, S. 102 f., 622.

393 Feller, Bernard, Brüche, in: Österreichischer Kunsthistorikertag (Hg.), „Kunstrealitäten“, 1997, Tagungsband, S. 125.



Abb. 36 Die *Bärenmühle* in der IV., Operngasse wurde erst 1938 fertig gestellt und von der NS-Verwaltung propagandistisch vereinnahmt. (Martin Gerlach 1938).

Während sich die schlichte stilistische Ausgestaltung der durchgehend vom *Stadtbauamt* der Stadt Wien ab 1934 errichteten Familienasyle weitgehend an die Hofverbauungstypen des *Roten Wien* anlehnte, zeigt die Verbauung des Assanierungsgebietes IV., Operngasse das gesamte stilistische Repertoire des privaten, ständestaatlichen Wohnbaus innerhalb des Assanierungsfonds und des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* 1937. Die Verbauung der Operngasse orientierte sich, laut Plischke, weitgehend an zeitgenössischen Beispielen der Stadtsanierung Italiens[394] und Frankreichs.

Der in den unteren Geschossen der Wohn- und Geschäftshäuser situierte Bereich für Geschäfte und Büros wurde durch unterschiedliche Fassadenverkleidungsmaterialien und Gesimsgliederung von dem darüberliegenden Wohnbereich abgesetzt. Für die Verkleidung der Geschäftszeilen wurde Stein verwendet, für die Gestaltung des Wohnbereiches Farb-

394 Die moderne Architektur des Assanierungsfonds lehnte sich ebenfalls an die der italienischen Avantgardisten an, vgl.: Bericht des „Zentralverbandes bildender Künstler Österreichs", in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 559/1/7.



Abb. 37 Abgesetzte Geschäftszone beim Assanierungsbau in der VII., Lerchenfelder Straße 81, 85/89 (Foto Gerlach 1937).

putz.[395] Schon das 1931/32 durch die konservative Bundesregierung geförderte Wohnhochhaus-Prestigeprojekt in der I., Herrengasse 6–8,[396] wies die farbliche Trennung von Geschäfts- und Wohnbereich auf und könnte durchaus als Ideengeber fungiert haben.[397]

395 Plischke, Assanierungsgebiet Operngasse, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 228.

396 1931/32, Siegfried Theiss, Hans Jaksch.

397 Alexander Grabner sieht in seiner unveröffentlichten Seminararbeit stilistische Querverbindung beim Haus IV., Faulmanngasse 5; IV. Rechte Wienzeile 7, 1935–1937, Clemens Holzmeister, Max Fellerer, Philipp Diamantstein, genauer der kubische Ecktrakt, die abgesetzte Zone im Erdgeschoss und die Fassadengliederung durch französische Balkone, vgl.: Alexander Grabner, Seminararbeit Österreichische Architektur 1920/30 – Theiss & Jaksch Hochhaus Herrengasse, April 1999, S. 14, in: Univ.-Prof. Dr. Peter Haiko, Kunstgeschichtliches Seminar, Wintersemester 1998/99, in: Architekturzentrum Wien, Sammlung, Nachlass Theiss & Jaksch N45 (in Bearbeitung). Feller und Bernard erkennen die Formensprache des Hochhauses Herrengasse in der zurückhaltenden Gestaltung einiger Häuser im Sanierungsgebiet IV. Operngasse wieder, die durch „serielle Wiederholungen und Verzicht auf appliziertes Ornament […] den Aufbruch in ein modernes Zeitalter signalisieren" sollen, vgl.: Feller, Bernard, Brüche, in: Österreichischer Kunsthistorikertag (Hg.),

Die zweigeschossige Sockelzone, bestehend aus Geschäften und Büros, wurde mittels schwarzer Spiegelglasplatten und einem kupferfarbenen Gesimsstreifen von der übrigen weißen Fassade abgesetzt.[398] Diese Trennung findet sich nicht nur im ständestaatlichen Assanierungsgebiet IV., Operngasse, sondern auch bei den Gebäuden der zeitlich späteren Assanierung der Wollzeile im I. Bezirk.[399] Auch außerhalb der Sanierungsgebiete fand dieses stilistische Mittel für die Ausgestaltung der Fassaden innerhalb der Förderung des Assanierungsfonds weitreichende Anwendung. Beispielsweise beim *Stadthaus zum Römertor* I., Lichtensteg 2 – Rotenturmstraße 15 – Rotgasse 2,[400] beim Wohn- und Geschäftshaus I., Singerstraße 4,[401] 1935–1937, beim *Lindwurmhaus* I., Laurenzerberg 3 – Hafnersteig 10,[402] beim Wohnhaus *Zum verlornen Sohn* VII., Neubaugasse 17/19 – Ahornergasse 7,[403] in der VII., Lerchenfelder Straße 60[404] und in der VII., Lerchenfelder Straße 81, 85/89.[405] Innerhalb des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* von 1937 wurde die explizite Trennung des Wohn- und Geschäftsbereichs durch unterschiedliche Materialien und Farbgestaltung weitgehend zurückgenommen und nur mehr die Absetzung der Geschäftszone mittels eines Gurtgesimses präferiert. Eines der wenigen Beispiele, die der stilistischen Ausgestaltung des Assanierungsfonds folgen, stellt das erst 1938 fertig gestellte Wohn- und Geschäftshaus III., Landstraßer Hauptstraße 129[406] dar. Der Geschäftsbereich wurde mittels einer Natursteinverkleidung von den Wohnbereichen abgesetzt.[407]

Ein weiteres Mittel der Fassadengliederung stellten quaderförmige Erker dar,[408] die bei fast allen Gebäuden des Assanierungsfonds und KlWFG als stilistisches Merkmal und zur gleichzeitigen Maximierung der Wohnfläche verwendet wurden. Die Erkergliederung ist besonders auffallend und wirkt insbesondere bei Ecklösungen. Einzigartige Beispiele einer gestaffelten, sich nach oben verbreiternden Erkergliederung stellt das *Stadthaus zum Römertor* I., Lichtensteg 2 – Rotenturmstraße 15 – Rotgasse 2[409] und das Wohnhaus XIII., Maxingstraße 4b[410] dar. Der *Windmühlhof* VI., Windmühlgasse 13a[411] wartet mit einem gerundeten Erker auf, der durch ein Relief und eine farbliche Gestaltung den Mittelpunkt

„Kunstrealitäten", 1997, Tagungsband, S. 125 f.

398 Meder, Eiblmayr, Hochhaus, 2009, S. 78.

399 Siehe Bauliste und Einführung in das Kapitel auf S. 202: Assanierungsfonds, Assanierungsgebiet Wollzeile.

400 1934/35, Heinrich Schmid, Hermann Aichinger, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

401 1935–1937, Karl Hofmann, Felix Augenfeld, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

402 1935–1937, Felix Angelo Pollak, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

403 1936/37, Hermann Stiegholzer, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

404 1935–1937, Heinrich Sperber, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

405 1935–1937, Hermann Stiegholzer, Herbert Kastinger, siehe Bauliste.

406 1938, Wilhelm Peterle, KlWFG 1937, siehe Bauliste.

407 Siehe Bauliste.

408 Plischke, Assanierungsgebiet Operngasse, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 228.

409 1934/35, Heinrich Schmid, Hermann Aichinger, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

410 1935–1937, August Belohlavek, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

411 1937/38, KlWFG 1937, siehe Bauliste.



Abb. 38 Erkergliederung am Wohnhaus des Assanierungsfonds XIII., Maxingstraße 4b von August Belohlavek. (Foto Gerlach 1937).

der Fassade bildet. Bei den Familienasylen findet sich hingegen, bis auf wenige Beispiele, keine Erkergliederung.

Die Fassadengestaltung der Assanierungsbauten in der VI., Operngasse wurde weitgehend durch Steinrahmungen der Fenster und durch Holzmarkisen aufgelockert, ebenfalls durch Balkone und einfache Eisenbalustraden über dem Kranzgesims.[412] Fensterrahmungen finden sich an fast allen Fassaden der Gebäude des Assanierungsfonds, des KlWFG und der Familienasyle.[413] Die Fenster selbst waren großflächiger als im *Roten Wien* und von modernem Aussehen, um das großstädtische Erscheinungsbild der Wohnbauten zu unterstreichen. Nach italienischem Vorbild wurden auch Holzjalousien und -rollos verwendet.[414] Französische Fenster kamen besonders im Sanierungsgebiet Operngasse zum Einsatz.

412 Plischke, Assanierungsgebiet Operngasse, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 228.

413 Siehe Bauliste.

414 Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.), Wiener Fenster – Gestaltung und Erhaltung, Werkstattbericht Nr. 140, Wien, 2014, S. 35 f.



Abb. 39 Durchgehende Fassadengliederung in der IV., Operngasse 34–28. (Anonym 1937).



Abb. 40 Kleinwohnungshausanlage der Gemeinde Wien *Wohnhaus zum Wassermännchen* V., Rechte Wienzeile 71 von Konstantin Peller und Adolf Stöckl. (Andreas Suttner 2012).



Abb. 41 Privat errichtetes Wohnhaus in der XXI., Weisselgasse 15 – Schleifgasse 9. (Andreas Suttner 2016).



Abb. 42 Wohnhaus in der VI., Gumpendorfer Straße 89 von Wilhelm Kattus, errichtet 1937. (Andreas Suttner 2012).

Die scheinbare Monumentalität der Wohnbauten wurde durch eine kubische Dachgestaltung und überdimensionierte Eingangsbereichslösungen erzielt.[415] Diese stilistische Ausgestaltung, die schon den Gemeindebauten des *Roten Wien* eigen war, wurde in der Republik von konservativer Seite weitgehend abgelehnt, jedoch bei fast allen Gebäuden des Assanierungsfonds, KlWFG und der Familienasyle weitergeführt. Ein imposantes Beispiel liefert das *Wohnhaus zum Wassermännchen* V., Rechte Wienzeile 71,[416] wo die Wirkung mittels einer nach oben strebenden Fassadengliederung und eines wuchtigen Heraustretens des Gebäudes aus der Straßenflucht unterstützt wurde.

Weitere stilistische Merkmale der Wohnhäuser des Ständestaates wurden, ausgehend von der Übernahme von Eigenheiten des Gemeindebaustils für den privaten Wohnbau innerhalb der Verbauung des III., Modenaparks Anfang der 1930er Jahre, schlicht von Beispielen des kommunalen Wohnbaus entlehnt. Beispielsweise weisen die Wohnhäuser VI., Mollardgasse 28 – Grabnergasse 2,[417] III., Invalidenstraße 17 – Ungargasse 1[418] und XXI., Weisselgasse 15/17 – Schleifgasse[419] abgerundete Eckausbildungen auf. Weitere Beispiele extravaganter Ecklösungen finden sich beim *Hueberschen Haus* I., Singerstraße 30–32 – Seilerstätte 4[420] und beim Wohnhaus Operngasse 23–25 – Margaretenstraße 10.[421] Die Weiterführung der Hofverbauung des *Roten Wien* bei den Familienasylen habe ich eingangs schon erwähnt. Diese resultierte nicht zuletzt aus der Anwendung der *Wiener Bauordnung* von 1930 und der Oberhoheit des *Stadtbauamtes* über die Bauaufsicht.

Als besonders innovatives Beispiel der Fassadengestaltung innerhalb des Assanierungsfonds sticht das Haus VI., Gumpendorfer Straße 89[422] von Wilhelm Kattus hervor. Die zurückgestufte Fassade wird durch runde Gitterbalkone und abgerundete Eckausbildung dynamisiert. Das Gebäude stellt ein Beispiel des internationalen neusachlichen Stils dar.

Trotz dieser oft wiederkehrenden stilistischen Merkmale wurde der Großteil der Häuser des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* 1937, oftmals kleine innerstädtische Baulückenverbauungen mit wenigen Wohnungen, meist nur mit schlichter sachlicher Fassade ausgeführt, beispielsweise die Wohnhäuser VIII., Neustiftgasse 14,[423] IX., Marktgasse 15/17[424] und IX., Salzergassse 12.[425] „Glatt verputzte Fassaden ohne aufwendige Gliederung oder

---

415 Plischke, Assanierungsgebiet Operngasse, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 228.

416 1937/38, Konstantin Peller, KlWFG 1937, siehe Bauliste.

417 1937/38, Engelbert Mang, KlWFG 1937, siehe Bauliste.

418 1935/36, Karl Koblischek, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

419 1937, Bauherr und Bauausführung: Franz Josef Hopf, KlWFG, siehe Bauliste. Das Wohnhaus wurde schon 1934 für den Assanierungsfonds angesucht, aber aufgrund der politischen Einschätzung des Bauherrn als Nationalsozialisten abgelehnt, vgl.: Trinkaus, Wohnbaupolitik, 2013, Diplomarbeit, S. 69.

420 1937–1939, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

421 1935/36, Franz Gessner, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

422 1937, Wilhelm Kattus, KlWFG, siehe Bauliste.

423 1937/38, Otto Nadel, KlWFG, siehe Bauliste.

424 1938, Franz Wiesmann, KlWFG, siehe Bauliste.

425 1938, Franz Wiesmann, KlWFG, siehe Bauliste.

sonstigen Zierrat“[426] der 21 Wohnbauten der Gemeinde Wien innerhalb der 49 des KlWFG resultierten laut Mistelbauer vor allem aus der stilistischen Entwicklung der mit der Planung und Ausführung bedachten Architekten des *Wiener Stadtbauamtes*. Obwohl von verschiedenen Richtungen kommend, glichen sie sich während ihrer Tätigkeit im *Stadtbauamt* einem sachlichen und schlichten Stil an, der sich vor allem wegen finanzieller Überlegungen durchsetzen konnte.[427] Diese gestalterische Schlichtheit wurde, laut Plischke, im Ständestaat durchwegs als *Österreichische bzw. Wiener Variante der Moderne* uminterpretiert, bei einem der letzten Projekte des ständestaatlichen Bauens, dem Umbau des Dominikanerklosters I., Dr.-Karl-Lueger-Platz 4[428] im Assanierungsgebiet I., Wollzeile durch die neue nationalsozialistische Verwaltung aber weitgehend zurückgenommen. Die Fensterrahmung und die Dachform wurden angepasst.[429]

2.2.3.4 Künstlerische Ausgestaltung der Fassaden durch *Kunst am Bau*

Das *Rote Wien* betrat neue Wege bei der Errichtung von Denkmälern, indem diese abseits der städtebaulich dafür Vorgesehenen repräsentativen Ringstraße in den Wohnvierteln zur Aufstellung kamen. Sie wurden nicht nur in den Parkanlagen der neuen kommunalen Gemeindebauten platziert, sondern auch in den Häusern und an deren Fassaden.[430]

Im *schwarzen Wien* wurde diese Praxis weitergeführt und schon 1934 vom *Österreichischen Heimatschutz*[431] in einem *Wettbewerb für die Schaffung künstlerischer Denkzeichen zur Erklärung der Namen von Strassen und Plätzen* in der Tradition der alten Wiener Hauszeichen verortet.[432] Durch das Anbringen von *Kunst am Bau* an den schlichten Fassaden der neu errichteten Assanierungsbauten sollte eine historische Kontinuität von Erinnerungsräumen[433] konstruiert werden.[434] Dies zielte, neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bildender KünstlerInnen,[435] auf die Rechtfertigung des Abtragens alter zugunsten moderner Bauten

426 Mistelbauer, Wohnbau, 2015, Diplomarbeit, S. 67.

427 Ebd., S. 67–69.

428 1936–39, Kurt Klaudy, Georg Lippert, Anton Liebe, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

429 Plischke, Assanierungsfonds, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 222.

430 Seiter, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 411.

431 In Deutschland entstanden, breitete sich die *Heimatschutzbewegung* ab 1908 auf Tirol aus und hielt 1912 mit der Gründung der Dachorganisation *Verband Österreichischer Heimatschutzvereine* auch in Wien Einzug. Die Verklärung einer mittelalterlichen und habsburgisch-biedermeierlichen Tradition *Alt-Wiens* diente als Projektionsfläche, die sich gegen die Modernisierung des Wiener Stadtbildes richtete, vgl.: Termini, Entschandelung, in: Kos, Rapp (Hg.), Alt-Wien, Wien, 2005, Ausstellungskatalog, S. 209, 214.

432 Feller, Vergangenheit, in: Ebd., S. 275.

433 Die ideologische Umwertung von symbolischen Orten des *Roten Wien* wurde ebenfalls durch den Abriss sozialdemokratischer, republikanischer und die Aufstellung ständestaatlicher Denkmäler bewerkstelligt. Alleine in Wien wurden bis 1936 bis an die 50 Dollfuß-Denkmäler errichtet. Bis Dezember 1934 waren ebenfalls symbolische Straßennamen durch sogenannte *unpolitische* ersetzt worden, vgl.: Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 497, 517; Alois Sillaber, Straßennamen: Wegweiser zur Identität, in: Ebd., S. 587 f.

434 Prokop, Rudolf Perco, 2001, S. 334.

435 Durch den *Blauen Adler* und den *Zentralverband der bildenden Künstler Österreichs* wurde gefordert, der Arbeitslosig-

ab.[436] Damit konnte ebenfalls eine sachliche Neugestaltung von Fassaden durch den Hausreparaturfonds gerechtfertigt werden, die mit der *Unwirtschaftlichkeit der Erhaltung der künstlerisch wertlosen Gassenschauflächen*[437] und der Ankurbelung der Bauindustrie mit gleichzeitiger Eindämmung der Arbeitslosigkeit begründet wurde.[438] Die Versachlichung diente im *schwarzen Wien* aber eher dazu, das Bild einer verstärkten Bautätigkeit durch forcierte Modernisierung der Fassaden präsent zu halten. Teilweise musste sogar der barocke Fassadenschmuck[439] der abgerissenen Häuser am neuen, sachlichen Haus wieder angebracht werden, um mit diesem Zugeständnis die Assanierungsobjekte gefällig zu machen.[440]

Inhalte der *Kunst am Bau* konnten durch die Gemeinde, die KünstlerInnen zur Ausführung künstlerischer Arbeiten heranzog und deren Entwürfe prüfte, weitgehend kontrolliert werden. Möglich wurde dies durch die Übertragung der *Künstlerförderung* von der Magistratsabteilung 24 *Architektur* auf die Magistratsabteilung 50 *Kulturamt*, die gleichzeitig in den Dienst des Assanierungfonds gestellt wurde.[441] Eine zentrale *Künstlerkammer*, wie sie bereits 1933 als Triebfeder der Kulturpolitik angedacht wurde, kam jedoch nie zustande. Vielmehr wurden Kultur und Kunst nur politisch verwertet.[442] Neben anfänglicher Weiterführung der Instrumente des *Roten Wien* wurde der Kunstbetrieb zusehends zwischen Unterrichtsministerium, Museen, Akademien und KünstlerInnenverbänden eingeengt. Innerhalb der *Vaterländischen Front* war dafür der Architekt Clemens Holzmeister im Fachbeirat *Bildende Kunst* zuständig, im *VF-Werk Neues Leben*[443] der Künstler Carry Hauser.

---

keit der bildenden KünstlerInnen zu begegnen. Dies sollte durch die Zweckbindung eines gesetzlich vorgeschriebenen Prozentsatzes der Errichtungskosten von Wohnhäusern zu deren Ausschmückung erreicht werden, vgl.: Bericht des „Zentralverbandes bildender Künstler Österreichs", in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 559/1/7. Die Arbeitslosigkeit resultierte nicht zuletzt aus dem Ende des kommunalen Wohnbaus Anfang der 1930er Jahre. Aufgabe der KünstlerInnen sollte die ideologische Ausgestaltung der im Ständestaat propagierten *Österreich-Ideologie* sein. Dadurch konnten sie gleichzeitig in den Arbeitsprozess reintegriert werden, vgl.: Gabriele Stöger-Spevak, Skulptur und Politik – Neoklassizistisches Pathos und gemäßigte Moderne, in: Kos (Hg.), Kampf, Ausstellungskatalog, 2010, S. 241 f.

436 Feller, Kunst-am-Bau, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 283–285.

437 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wiener Hausreparaturfonds, 1937, S. 8 f.

438 Ebd., S. 5.

439 Darunter auch das Sandsteinrelief zweier ballspielender Löwen am I., Laurenzerberg 3 – Hafnersteig 10, 1935–1937, Felix Angelo Pollak, Assanierungsfonds, vgl.: Heinrich Pawlik, Die Löwen von Wien, in: Die Wohnung, 6. Jg., Nr. 3, März 1935, S. 8; siehe Bauliste.

440 Vallazza, Wir bauen auf, 1986, Dissertation, S. 191–193.

441 Statistische Abteilung der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien, Verwaltungsbericht, 1941, S. 125.

442 Alfred Pfoser, Gerhard Renner, „Ein Toter führt uns an!" Anmerkungen zur kulturellen Situation im Austrofaschismus, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 342 f.

443 Guido Zernatto gründete 1936 die Teilorganisation *Neues Leben* kurz nach seiner Berufung als Generalsekretär der *Vaterländischen Front* nach dem Vorbild der deutschen nationalsozialistischen Organisation *Kraft durch Freude* und des italienisch faschistischen *Dopolavoro*. In den Organisationen wurden Freizeit, Erholung und Massentourismus geschickt mit Wehrertüchtigung und den ideologischen Zielen der diktatorischen Systeme verknüpft, vgl.: Robert Kriechbaumer, Ein Vaterländisches Bilderbuch – Propaganda, Selbstinszenierung und Ästhetik der Vaterländischen Front 1933–1938, Wien, Berlin, Zürich, 2002, S. 31 f.

In der Vereinigung *Neues Leben* wurde eine Durchsetzung und Verfestigung des ständestaatlichen Ideals durch künstlerische Ausgestaltungen angestrebt.[444] Die ideologische Ausrichtung der *Kunst am Bau* wurde dabei innerhalb des Konstruktes der *Österreich-Ideologie* verortet. Inhalte waren vorwiegend christliche Mythologie, Handwerkskunst und Brauchtum.[445] Weiters die Darstellung der *glorreichen* österreichischen Vergangenheit sowie Landschaft und Natur.[446]

Die Polizeiwohnhausanlage XIV., Isbarygasse 5–7 – Samhaberplatz 1 – Rettichgasse,[447] deren Errichtung eine ideologische Umwertung der kommunalen Hofverbauung für die bevorzugten Gruppen des Regimes darstellte, setzte ein erstes diesbezügliches politisches Zeichen durch einen Verweis auf die Machtmittel des Staates. In der Isbarygasse wacht auf einem weit sichtbaren Relief *Erzengel Michael* über dem Drachenkopf. Somit stand am Anfang des *schwarzen Wien* die Klärung der politischen Fronten zwischen Sozialdemokratie und *Vaterländischer Front*.

Besonders stark wurde die Verwobenheit des autoritären Regimes mit der katholischen Kirche durch die Verwendung sakraler *Kunst am Bau* thematisiert, insbesondere bei den Familienasylen.[448] Ausgehend vom ersten Familienasyl *St. Brigitta*[449] wurde die Benennung der weiteren Heime durchgehend mittels der künstlerischen Darstellung von Heiligen verbunden und durch deren zugeschriebene Tugenden der Fürsorgecharakter hervorgehoben.[450] Im Familienasyl *St. Josef*[451] wurde neben der Darstellung des *Hl. Josef* auch ein Keramikrelief *Mutter mit Kind* angebracht.

Kunst am Bau mit religiöser Semantik wurde aber auch an den Gebäuden des Assanierungsfonds verwendet. Am *Hueberschen Haus* I., Singerstraße 30–32 – Seilerstätte 4[452] die Steinplastik *Maria Immaculata auf Wolkenberg mit Engelsköpfen* und am Wohnhaus IV., Ziegelofengasse 18[453] wurde die Sandsteingruppe *Marienkrönung* des abgerissenen Hauses wieder ins Portal integriert. Das durch die NS-Verwaltung entfernte Fassadenmotiv *Vaterland und Kirche* in der VIII., Strozzigasse 6,[454] dem Nachbarhaus des konservativen Verlagshauses Herold[455], wies ebenfalls auf eine weitgehende Verquickung von Kirche und Staat hin.

444 Pfoser, Renner, „Ein Toter führt uns an!“, in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 342.

445 Elisabeth Corazza, Beate Lang, Frank M. Weber, Mosaike an Wiener Gemeindebauten – Kunst am Bau im Wien der Nachkriegszeit, Wien, 2009, S. 31.

446 Mattl, Im Namen des Staates, in: Wailand, Weh (Hg.), Kunst am Bau, 1998, S. 26.

447 1934/35, Hermann Stiegholzer, Erich Franz Leischner, siehe Bauliste.

448 Feller, Kunst-am-Bau, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 283–285.

449 XX., Adalbert-Stifter-Straße 69–71, 1935, Engelbert Mang, Fassadenplastik *Hl. Brigitta* von Oskar Thiede.

450 Für die weiteren Familienasyle siehe Bauliste.

451 X., Ettenreichgasse 42–44, 1935/36, Franz Wiesmann, Gusssteinfigur Hl. Josef im Mitteltrakt von Josef Heu, Keramikrelief Mutter mit Kind an der Fassade Troststraße.

452 1937–1939, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

453 1937, Franz Paitl, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

454 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 236f; Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

455 Unter NS-Verwaltung wurde an der VIII., Strozzigasse 8 ein Fresko angebracht; vgl.: Ebd.

Abb. 43 *Erzengel Michael* an der Polizeiwohnhausanlage XIV., Isbarygasse 5–7 – Samhaberplatz 1 – Rettichgasse. (Andreas Suttner 2012).



Am häufigsten waren Motive mit Berufen und Darstellungen lokaler Handwerke verbreitet. Im Assanierungsgebiet I., Wollzeile am Wohnhaus I., Postgasse 1–3 – Wollzeile 35[456] das Fassadengraffito *Wollerzeugung* von Leopold Schmid, an der Wohnhausanlage II., Wehlistraße 156/158[457] das Relief *Schiffersleute auf der Donau*. Die Handwerksszenen am runden Erker des Wohnhauses VI., Windmühlgasse 13a – Fillgradergasse 17/19[458] verweisen ebenfalls auf lokale Berufe des Bezirkes. Bei der Hauptfeuerwache Hernals XVII., Taubergasse 1–3 – Johann-Nepomuk-Berger-Platz 12[459] stellte die bronzene Statue des Feuerwehrmanns, der ein Haus in Händen hält, einen direkten Hinweis auf die Nutzung des Gebäudes dar. Das Steinrelief *Bauen Vertrauen* am Haus *Zum verlornen Sohn* VII., Neu-

456 1938, Hermann Stiegholzer, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

457 1938, Franz Wiesmann, KIWFG, siehe Bauliste.

458 1937/38, KIWFG, siehe Bauliste.

459 1937–1939, Konstantin Peller, Adolf Stöckl, KIWFG, siehe Bauliste.



Abb. 44 Gusssteinfigur *Hl. Josef* von Josef Heu am gleichnamigen Familienasyl in der X., Troststraße. (Foto Gerlach 1936).

baugasse 17/19 – Ahornergasse 7,[460] das zwei junge Männer mit einer Fackel darstellt, ist wohl eher als Querverweis auf die Bautätigkeit des Assanierungsfonds zu verstehen.

Die ideologische Familienpolitik des Ständestaates wurde am Haus VIII., Lerchenfelder Straße 60[461] durch die Tonfiguren *Bauer und Kind, Mutter und Kind* von Rudolf Peschl dargestellt. Die Malerarbeiten von Rudolf Böttger am Wohnhaus V., Brandmayergasse 27 – Diehlgasse 14/16[462] zum gleichen Thema schöpfen bereits aus dem Repertoire des Nationalsozialismus. Sie wurden in der Nachkriegszeit durch die Installation *Idylle*[463] thematisiert und entschärft.

460 1936/37, Hermann Stiegholzer, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

461 1935–1937, Heinrich Sperber, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

462 1937, Hanns Stöhr, KIWFG, siehe Bauliste.

463 Nachdem nach 1945 nur das Hakenkreuz aus der Fahne des Kindes entfernt wurde, hält die Künstlerin Ulrike Lienbacher der Familienidylle mit einer darüber angebrachten Glasplatte den Spiegel vor, vgl.: Harald A. Jahn, Das Wunder des Roten Wien – Aus den Mitteln der Wohnbausteuer, Bd. 2, Wien, 2014, S. 44 f.

Abb. 45 Steinrelief *Bauen Vertrauen* am Assanierungshaus VII., Neubaugasse 17–19. (Andreas Suttner 2012).



Weitere Themenbereiche waren lokale Ereignisse, insbesondere lokale Sagen, frühere Funktionen und historische Persönlichkeiten. Das Wohnhaus V., Rechte Wienzeile 71[464] wurde nicht nur mit dem Steinrelief *Zum Wassermännchen* versehen, sondern auch mit einer Tafel im Eingangsbereich, die die Sage erläutert. Am Heimhof *Zur Spinnerin am Kreuz* in der X. Triester Straße 85 – Altdorferstraße 2 – Raxstraße 113 ist das Wandbild eines Ritters und der Sagengestalt der *Spinnerin am Kreuz* mit der Datierung 1938 zu sehen.[465]

464 1937/38, Konstantin Peller, KIWFG, siehe Bauliste.

465 Das Hauszeichen befindet sich am *Heimhof Zur Spinnerin am Kreuz* X., Triester Straße 85 – Altdorferstraße 2, erbaut 1932/33 von Silvio Mohr und Robert Hartinger, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 256. Ein Umbau in der Triester Straße – Altdorferstraße wurde am 28. Oktober 1937 von der Bürgerschaft beschlossen, wodurch 65 Wohnungen entstehen sollten, vgl.: Trinkaus, Wohnbaupolitik, 2013, Diplomarbeit, S. 103. Anscheinend wurde der Umbau nicht durchgeführt. Einzig das auf 1938 datierte Mosaikbild an der Fassade Ecke Triester Straße – Altdorferstraße deutet auf nachträgliche Veränderungen hin. Die Ausführung des Hauszeichens dürfte jedoch mit der 1938 durchgeführten Restaurierung des an der Triester Straße liegenden historischen Bildstocks *Spinnerin am Kreuz* zusammenhängen.



Abb. 46 Hauszeichen *Zum Wassermännchen* von Otto Hofner am Wohnhaus V., Rechte Wienzeile 71. (Foto Gerlach 1937).

Am Haus XV., Johnstraße 2 – Felberstraße 124/126[466] wurde mit dem Kupferblechrelief *Weidenbaum mit Eule* von Josef Heu ein direkter Bezug zu der frühen Funktion des Areals gegeben. Der *Gründer des Lichtental – 1662 Joh. Adam Liechtenstein 1712* wurde durch ein Relief am Wohnhaus IX., Salzergasse 12[467] verewigt. Beim Haus in der VI., Gumpendorfer Straße 78[468] wurde mittels eines Freskos *Hier stand bis zum Jahre 1935 das Blümelhaus* auf das frühere Aussehen des abgerissenen Wohnhauses hingewiesen. Die Bildhauerarbeiten von Theodor Igler am Haus XVII., Blumengasse 48 – Weidmanngasse 14[469] beziehen sich direkt auf den Gassennamen und liefern eine mittelalterliche Darstellung eines Frühlingsfestes. Ein Steinrelief zur Erinnerung an die *Ungarherberge* von Oskar Thiede findet sich am Wohn- und Geschäftshaus III., Ungargasse 7 – Beatrixgasse 5/7.[470] Am *Wohnhaus zum Römertor* I., Lichtensteg 2 – Rotenturmstraße 15 – Rotgasse 2[471] erinnerte das nicht erhaltene Hauszeichen *Im 1. Jahrhundert unserer Zeitrechnung stand hier die Porta Principalis Dextra – ein Haupttor des römischen Lagers* an die geschichtliche Bedeutung des Standortes. Eine Ansicht der Landstraße von 1792 zeigt das Majolikarelief von Heinrich Revy am Haus III., Invalidenstraße 17 – Ungargasse 1 *Invalidenhaus – Konvent der – Elisabethinen – und Gasthaus zum „Bretzlbuam"*.[472] Das nicht erhaltene Fresko am Haus XVII., Veronikagasse 44 – Her-

466 1937, Anton Jung, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

467 1938, Franz Wiesmann, KIWFG, siehe Bauliste.

468 1937, Richard Weisse, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

469 1938, Konstantin Peller, KIWFG, siehe Bauliste.

470 1935/36, Hermann Stiegholzer, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

471 1934/35, Heinrich Schmid, Hermann Aichinger, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

472 Das Majolikarelief am Haus III., Invalidenstraße 17 – Ungargasse 1, 1935/36, Karl Koblischek, Assanierungsfonds, galt 2005 noch als verloren, vgl.: Feller, Vergangenheit, in: Kos, Rapp (Hg.), Alt-Wien, Wien, 2005, Ausstellungskatalog, S. 275.

Abb. 47 Nicht erhaltenes Hauszeichen am *Stadthaus zum Römertor* I., Lichtensteg 2 – Rotenturmstraße 15 – Rotgasse 2. (Foto Gerlach 1937).



nalser Hauptstraße 19[473] trug, neben der bildlichen Darstellung der Straßensituation und eines Verkehrsunfalls, die Bildunterschrift *Eine Strassenenge an dieser Stelle – im Volksmund Todesecke genannt – wurde durch Umbau im Jahre 1937 beseitigt.*[474]

Die Konstruktion von Erinnerungsräumen wurde im Assanierungsgebiet IV., Operngasse forciert vorangetrieben, da dort der Ständestaat aus der reichhaltigen Geschichte des abgerissenen Freihauses schöpfen konnte. Die *Lehensgabe des Grundes an die Reichsgrafen von Starhemberg* wurde in einem Kunstrelief von Josef Preyer und Oswald Rous am Wohn-

473 1936/37, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

474 Matis, Stiefel, Baugesellschaft – A. Porr, Bd. 1, 1994, S. 228. Jan Tabor weist darauf hin, dass viele der ständestaatlichen Hauszeichen zunehmend in ihrer Erhaltung bedroht sind. Abgetragen wurde beispielsweise bereits ein Mosaik am privaten Wohnhaus XIII., Geylinggasse 25, 1936/37, Gustav Schläfrig, KIWFG 1937, vgl.: Jan Tabor, Ständestaatsmoderne, 15.05.2013, Vortrag im Architekturzentrum Wien.



Abb. 48 Die bildliche Darstellung der beseitigten Straßenenge am Wohnhaus XVII., Veronikagasse 44 ist nicht mehr erhalten. (Anonym 1939).

haus IV., Margaretenstraße 10 – Operngasse 23–25[475] gestaltet. Am Haus *Zu den vier Jahreszeiten* IV., Schleifmühlgasse 12/14 Operngasse 36 – Häuser Operngasse 30/32/34[476] wurde der *Plan des Freihauses* als Fresko von Hans André dargestellt.

Die ehemalige *Bärenmühle* wurde als Steinrelief am gleichnamigen Wohn- und Geschäftshaus IV., Rechte Wienzeile 1/1a – Operngasse 18/20/20a[477] von Oskar Thiede entworfen. An die Uraufführung von Wolfgang Amadeus Mozarts *Zauberflöte* im mit der Freihausniederlegung abgerissenen *Theater auf der Wieden* erinnert am *Papageno-Hof* IV., Operngasse 26 – Faulmanngasse 1[478] das Majolikarelief *Papageno* von Heinrich Revy.

Einige der Arbeiten der *Kunst am Bau* wurden an den Gebäuden des Assanierungsfonds und des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* erst unter NS-Verwaltung vollendet. Ein eindeutiges Beispiel ist am Haus IV., Operngasse 22/24 – Faulmanngasse 2[479] zu finden.

475 1935/36, Franz Gessner, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

476 1935–1937, Eugen Kastner, Fritz Waage, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

477 1937/38, Heinrich Schmid, Hermann Aichinger, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

478 1936/37, Franz Gessner, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

479 1937–1939, Hans Irschik, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

Abb. 49 Fresko *Plan des Freihauses* von Hans André am Haus IV., Operngasse 36. (Franz Lobinger 1937).



Karl Krall führte das Hausrelief zur Kreuzung Faulmanngasse *Es gibt nur einen Adel, den Adel der Arbeit* aus. In der Zweiten Republik wurde das Relief durch die Entfernung des Namens *Adolf Hitler* entschärft.[480] Der Kampf mit dem Drachen, der 1935 die politischen Fronten durch die religiöse Semantik des *Erzengels Michael* geklärt hatte, fand sich in Form einer Darstellung der Siegfried-Sage durch Ferdinand Opitz erst wieder am Wohnhaus VII., Mondscheingasse 9.[481] Diesmal schöpfte die Analogie aus dem nationalsozialistischen Formenrepertoire der deutschen Sagenwelt. Eine im Ständestaat als Fassadenschmuck geplante Heiligenfigur wurde dafür verworfen.[482]

Bei anderen künstlerischen Arbeiten kann nicht so leicht auf den politischen Hintergrund geschlossen werden, beispielsweise beim Haus III., Schlachthausgasse 44,[483] dessen Relief von Leopold Hohl gestaltet wurde. Es ist das einzige, das einen Ausgleich innerhalb einer *Volksgemeinschaft* herstellen will. Im Zentrum findet sich ein Bauer, der mit einem

480 Plischke, Assanierungsgebiet Operngasse, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 224.

481 1939/40, Walter Pind, KIWFG, siehe Bauliste.

482 Mistelbauer, Wohnbau, 2015, Diplomarbeit, S. 93.

483 1937/38, Otto Nadel, KIWFG, siehe Bauliste.


Abb. 50 Die Darstellung der Siegfried-Sage am Haus VII., Mondscheingasse 9 schöpft bereits aus den Repertoire des Nationalsozialismus. (Andreas Suttner 2012).


Abb. 51 Bildhauerarbeiten von Leopold Hohl am Wohnhaus III., Schlachthausgasse 44. (Andreas Suttner 2012).

Arbeiter fraternisiert, daneben eine Frau mit Kind. Das Wohnhaus wurde erst nach dem Anschluss 1938 fertig gestellt und durch die Anbringung des Hauszeichens von den NationalsozialistInnen vereinnahmt.[484]

Viele der beschäftigten Bildhauer, die uns auch bei der späteren Beschreibung der ständestaatlichen Denkmäler wieder begegnen werden, weisen eine weitgehende Kontinuität vom *Roten Wien* bis hin zum Ende des Ständestaates auf, wie beispielsweise Siegfried Bauer, Josef Heu, Florian Josephu-Dorouot, Johann Troyer und Anton Endstorfer. Die Bildhauer Heinrich Scholz, Rudolf Schmidt, Otto Hofner, Franz Zerritsch, Franz Barwig jun., Oskar Thiede, Ferdinand Opitz, Wilhelm Frass, Josef Müllner, Georg Samwald, Robert Obsieger, Franz Seifert, Karl Stemolak, Otto Fenzl und Josef Riedl waren sogar noch nach dem Anschluss für das nationalsozialistische Regime tätig.[485] Auch Rudolf Eisenmenger, Albert Janesch und Ferdinand Kitt arbeiteten für verschiedene politische Systeme.[486]

Durch die Kontinuität der KünstlerInnen vom *Roten Wien* bis zum Nationalsozialismus konnten sozialromantische Handwerksszenen und Märchenmotive der sozialistischen *Kunst am Bau*, insbesondere klischeehafte Abbildung von Rollenbildern, leicht in einer ständestaatlichen und später nationalsozialistischen Ideologie aufgehen. Die Eigenart des Umgangs mit dem sachlichen Stil in Wien scheint wegweisend, einerseits für die Zeit der nationalsozialistischen Verwaltung, andererseits für die Nachkriegszeit, wo wiederum mit Symbolen an den schlichten Bauten ein historischer Bezug hergestellt wurde.

484 Mistelbauer, Wohnbau, 2015, Diplomarbeit, S. 66.
485 Seiter, Idylle, in: Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Das Rote Wien, 1993, S. 88.
486 Mattl, Im Namen des Staates, in: Wailand, Weh (Hg.), Kunst am Bau, 1998, S. 29.

2.2.3.5 Die Wohnungstypen der Geschosswohnungsbauten

Nach der Volkszählung 1934 konnten die Wohnungsverhältnisse Wiens durch statistische Erhebungen berechnet werden. Die 441.388 Kleinwohnungen Wiens, bestehend aus Zimmer und Kabinett, machten rund 72 % der 613.436 Wohnungen aus. Mittelwohnungen, zwei bis drei Zimmer und ein Kabinett, waren mit 148.567 rund 24 % des Gesamtbestandes. 3,8 %, also 23.481 Wohnungen, hingegen hatten vier Zimmer oder mehr. Bei der Kleinwohnung herrschte vor allem die Einzimmerwohnung vom Typ Küche-Zimmer vor, die mit einer Anzahl von 227.731 Wohnungen rund 37 % des Gesamtbestandes ausmachte. Statistisch gesehen wohnten durchschnittlich 3,2 Personen in einem Drittel der Wiener Einzimmerwohnungen, die damit eindeutig überbelegt waren.

Der Hausbestand wurde in Kleinhäuser mit bis zu drei Wohnungen (mit 24.563 41 %), größere Mietshäuser von vier bis 19 Wohnungen (mit 21.915 37 %) und Massenmietshäuser ab 20 Wohnungen (mit 10.095 18 %) eingeteilt.[487] Die Kleinwohnungen nahmen bei den Haustypen einen besonderen Stellenwert ein und erfüllten mehrere wichtige Aufgaben. Einerseits eine bessere finanzielle Verwertung der *Stockwerkshäuser* durch die HausbesitzerInnen aufgrund des Mehr an Mietparteien.[488] Andererseits konnten damit die Gesamtwohnungsanzahl schneller gesteigert werden. Das wiederum wirkte sich positiv auf die Statistik und deren propagandistische Verwertung aus.

Die Grundrisse der im Ständestaat propagierten Kleinwohnungen orientierten sich weitgehend an denen des *Roten Wien*, wobei aber die Wohnküche zugunsten eines eigenen Küchenraumes aufgegeben wurde. Wie in der *Bauordnung* vorgegeben, lagen drei bis vier Kleinwohnungen im Wohnungsverband auf einer Etage an einem Stiegenhaus.

Der vom Magistrat der Stadt Wien durch- und ausgeführte Bauplan für die Familienasyle sah zwei Wohnungsgrößen vor. Die kleine Standardwohnung hatte durchschnittlich 35 m². Durch einen Vorraum von 2 m² mit angehängtem WC von 1 m² gelangte man in die rund 12 m² große Wohnküche. Im Anschluss an die Wohnküche befand sich ein rund 20 m² großes Zimmer für die Aufstellung von vier Betten. Die größere Wohnung mit durchschnittlich 45 m² wurde selten ausgeführt. Der Wohnungsplan dieser Type wies ein zusätzliches Kabinett aus.[489] Dort wurde mit der Aufstellung von bis zu fünf Betten für kinderreiche Familien gerechnet.[490] Im Schnitt waren die Wohnungstypen in den Familienasylen des Ständestaates ein wenig kleiner als die, die mit 38 m² in den Gemeindebauten bis 1927 gebaut wurden. Die Wohnungsgrößen erreichten aber niemals den Standard,

487 Wie wohnt der Wiener?, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, Dezember 1936, Nr. 35, S. 421; Magistrat der bundesunmittelbaren Stadt Wien (Abteilung 47 – Statistik) (Hg.), Die Ergebnisse der Erhebung der Wohnverhältnisse in Wien am 22. März 1934, Wien – Leipzig, 1935.

488 Nationalrat a. D. Pistor über aktuelle Fragen des Siedlungs- und Wohnungswesen, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, Jänner 1936, Nr. 4, S. 39.

489 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Familien-Asyle, 1937, S. 14, 20, 24, 29.

490 Ebd., S. 8 f.

der ab 1926 mit der kleinsten Type von 40 m^2 vorgegeben war. Die Größeren Typen von 49 m^2 und 57 m^2 wurden in den Familienasylen nicht gebaut.[491]

Auch die Wohnungen des Assanierungsfonds und des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* 1937 lehnten sich an die Größen der Familienasyle an, obwohl im KlWFG 1937 Wohnungsgrößen bis 80 m^2 und im *Bundesgesetz über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern* 1938 bis 120 m^2 gefördert wurden.[492] Beispielsweise wurden in der propagandistisch verwerteten Vorzeige-Kleinwohnungshausanlage *Wohnhaus zum Wassermännchen* V., Rechte Wienzeile 71,[493] Wohnungstypen mit durchschnittlich 38 m^2 Gesamtfläche gebaut. Die Grundrisse in diesem Ausweichsobjekt für delogierte MieterInnen glichen denen der Familienasyle. Ein Vorraum mit WC führte in die Wohnküche durch die der Schlafraum erreichbar war.[494] Nur fünf Wohnungen von insgesamt 51 hatten ein zusätzliches Kabinett.[495] In den durch die Gemeinde innerhalb des KlWFG erstellten Wohnbauten herrschte die Küche-Zimmer-Wohnung mit WC als Standardtype vor. Vereinzelt gab es mit sogenannten *Ledigenwohnungen* auch Einzimmerwohnungen von 25 m^2. Trotzdem finden sich in der V., Wiedner Hauptstraße 103,[496] VII., Mondscheingasse 9 und XIX., Philippovichgasse 6–10 auch Wohnungen für den Mittelstand, in zwei der Häuser sogar mit Wohnungsgrößen von 70 bis 80 m^2.[497]

Beim letzten Kleinwohnungshaus-Projekt des Assanierungsfonds am I., Dr.-Karl-Lueger-Platz 4[498] wurden Wohnungen von 29 m^2 bis zu 73 m^2 errichtet. Im Durchschnitt wiesen die Wohnungen eine Größe von rund 52 m^2 auf. Die kleinste Wohnung bestand aus einem Vorzimmer von 4,3 m^2, von dem aus ein rund 2,7 m^2 großes Bad mit WC, eine Küche mit 8 m^2 und ein 14 m^2 großes Zimmer erreichbar waren. Überhaupt zeichneten sich die Wohnungen durch eigene Küchenräumlichkeiten aus, die statt der Wohnküche ausgeführt wurden. Auch bei der größten Wohnung war kein Vorraum vorhanden, sondern ein zentrales 7,7 m^2 großes Vorzimmer. Die Wohnung beinhaltete ein WC mit 1,5 m^2, ein Bad mit 4,7 m^2, eine Küche mit 9,6 m^2, zwei Zimmer mit 17, 6 und 19,8 m^2 und ein Kabinett von 14,5 m^2.[499]

---

491 Marchart, Wohnbau, 1984, S. 30.

492 Vallazza, Wir bauen auf, 1986, Dissertation, S. 209; Verordnung der Bundesminister für soziale Verwaltung, für Finanzen und für Justiz zur Durchführung des Bundesgesetzes über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern (1. WFV. 1938), in: Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 1938, Stück 22, Nr. 66, S. 236–238.

493 1937/38, Konstantin Peller, KlWFG 1937, siehe Bauliste.

494 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wohnungs- und Siedlungswesen, 1937, S. 19.

495 Baltzarek, Bundeshauptstadt, in: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), Wiener Geschichtsblätter, 29. Jg., Wien, 1974, Sonderheft 2, S. 80.

496 Der Bau des ausschließlich in Verantwortung der Gemeinde zu errichtende Kleinwohnungshauses wurde am 28. Oktober 1937 von der Bürgerschaft beschlossen, vgl.: Trinkaus, Wohnbaupolitik, 2013, Diplomarbeit, S. 103.

497 Mistelbauer, Wohnbau, 2015, Diplomarbeit, S. 68, 88, 92, 112.

498 1936–1939, Kurt Klaudy, Georg Lippert, Anton Liebe, Assanierungsfonds, siehe Bauliste.

499 Wilhelm Wantra, Das Wiener Zinshaus – Eine Entwicklungsgeschichtliche Studie mit ausschließlicher Berücksichtigung der zweckbaulichen Formen, Wien, 1953, Dissertation, Abb. 22.

Abb. 52 Wohnungstype für ärmere Schichten mit 35,57 m² im Familienasyl *St. Engelbert*. (Andreas Suttner 2016).

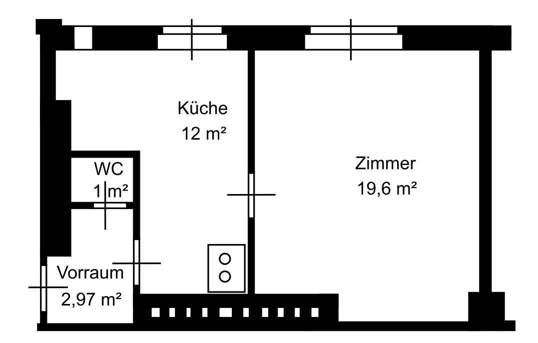


Abb. 53 Kleinwohnungshaustype im Wohnhaus *Zum Wassermännchen in* in der V., Rechte Wienzeile 71 mit 35,90 m². (Andreas Suttner 2016).

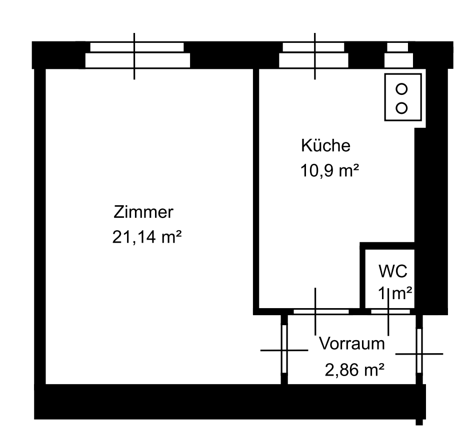
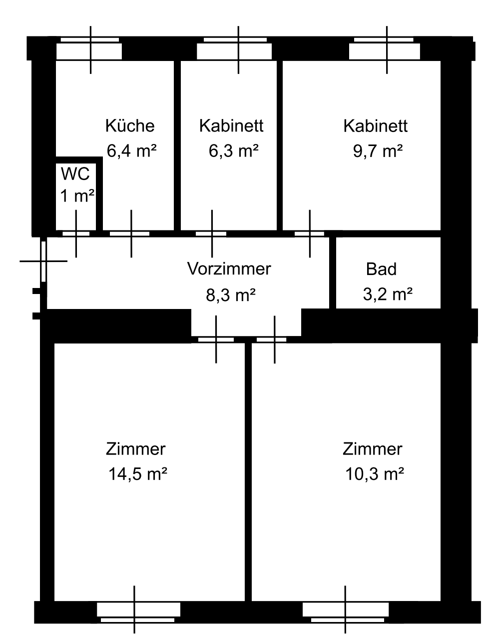


Abb. 54 Wohnungstype für bürgerliche Schichten am Dr.-Karl-Lueger-Platz 4 mit insgesamt 61 m². (Andreas Suttner 2016).



2.3 Siedlungsbau im Ständestaat

2.3.1 Stadtrandsiedlungsbau

2.3.1.1 Selbsthilfe vs. Ausbeutung – Konzepte der ständestaatlichen Stadtrandsiedlungen

Das *Österreichische Kuratorium für Wirtschaftlichkeit* (ÖKW)[500] beschäftigte sich im Zuge der Wirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre mit der Auswertung von Siedlungskonzepten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dabei wurden internationale Beispiele[501] mit den gesetzlichen Grundlagen des Siedlungsbaus in Österreich verglichen.[502] Gerade der ab 1931 in Deutschland mit erheblichen finanziellen Mitteln begonnene Stadtrandsiedlungsbau wurde in Österreich genauestens beobachtet und ausgewertet. Durch eine Adaptierung erhoffte sich vor allem der österreichische Bausektor staatliche Förderungen in hohem Ausmaß und unterstützte die Siedlungspläne weitgehend.[503] Einziger, dafür aber vehementester Gegner der Stadtrandsiedlung waren die österreichischen Bausparkassen, die einen Rückgang ihrer Mitgliederzahlen durch billige Förderungen des Bundes befürchteten.[504]

Die Wirtschaftskrise konnte so von konservativen Kreisen dazu genutzt werden, eine ideologische Reagrarisierung[505] durch die sogenannte Innenkolonisation, die Erschließung des Staatsgebietes durch Siedlungsbau, einzuleiten. Es verwundert daher nicht, dass internationale Beispiele der Selbsthilfe, vor allem der *wilden Siedlungen* am Rand der Städte des nationalsozialistischen Deutschland, als durchaus verwertbare Modelle bezeichnet wurden.[506]

---

500 Der illegale Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart leitete 1933 im *Österreichischen Kuratorium für Wirtschaftlichkeit* das Aktionskomitee des Arbeitsausschusses *Innenkolonisation*. Er war zudem Obmannstellvertreter des Arbeitsausschusses, der sich mit der Behandlung aller Fragen des österreichischen Siedlungswesens auseinandersetzte, Österreichisches Kuratorium für Wirtschaftlichkeit (Hg.), Der Aufbau des Österreichischen Siedelungswerkes – Bericht des ÖKW-Arbeitsausschusses „Innenkolonisation", Wien, 1933, S. 14 f.

501 Deutschland, Bulgarien, Dänemark, Estland, Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechoslowakische Republik, Ungarn, vgl.: Ebd., S. 102–144.

502 Ebd., S. 23–27.

503 Hoffmann, Entproletarisierung, in: Botz, Hautmann, Konrad, Weidenholzer (Hg.), Bewegung und Klasse, 1978, S. 721–723.

504 Ebd., S. 734.

505 In der Nebenerwerbssiedlung wurden, wie der Name schon sagt, die ArbeiterInnen dem Arbeitsmarkt erhalten. Es kam nicht zur propagierten Reagrarisierung. Dass es sich bei dem Schlagwort nur um eine ideologische Verzerrung der realen Politik handelt, zeigt Klaus Novy in seinem Aufsatz von 1981 anhand von Finanzierungs- und Eigentumsstrategien. Die konservativen Kreise bevorzugten eine Finanzierung durch Bausparen und damit durch aufgewendetes Eigenkapital. Dies sollte in einer Übernahme des gebauten Hauses als vererbbares Eigentum münden. Das sozialistisch-genossenschaftliche Siedlungskonzept vor 1934 betrachtete das Haus als Genossenschaftseigentum. Somit wurde die Frage der bevorzugten Finanzierung auf dem Feld der populistischen Ideologisierung und dem Kampf um WählerInnenstimmen einer riesigen SiedlerInnenbewegung ausgetragen, vgl.: Klaus Novy, Selbsthilfe als Reformbewegung – Der Kampf der Wiener Siedler nach dem 1. Weltkrieg, in: Elke Krasny (Hg.), Hands-on Urbanism 1850–2012 – Vom Recht auf Grün, Wien, 2012, S. 131–136, 153.

506 Das *Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit* attestierte 1931 den Selbsthilfeprojekten ebenfalls ein positives Zeugnis, vgl.: Ebd., S. 19.

Ein damit vergleichbares Beispiel fand das *Österreichische Kuratorium für Wirtschaftlichkeit* in der Primitivsiedlung Wien-Lobau. Die arbeitslosen SiedlerInnen wurden durch die Bereitstellung billigen Pachtgrundes durch die Gemeinde Wien und Sachleistungen des *Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft* (BMfLuF) unterstützt.[507]

Das Siedlungsprogramm war die wichtigste Wohnbauaktion des Ständestaates innerhalb der weitgehend privatwirtschaftlich organisierten Wohn- und Siedlungsbautätigkeit.[508] Das Konzept der Notsiedlungen, verwirklicht im Wien der Ersten Republik im Projekt Leopoldau[509] 1932/33, wurde im Ständestaat weitgehend übernommen und erweitert.[510] Durch die autoritäre Bundesregierung konnte das schon 1932 existierende Konzept der Christlichsozialen über sogenannte Stadtrandsiedlungen zentral durchgesetzt werden. Das konkurrierende konservative Siedlungskonzept[511] des Landbündlers Franz Bachinger[512] wurde hingegen verworfen. Das christlichsoziale Nebenerwerbssiedlungskonzept von Alexander Mahr[513] stützte sich weitgehend auf die deutsche Vorlage des *Reichskommissars für vorstädtische Kleinsiedlungen*, trotz deren Ausrichtung innerhalb der nationalsozialistischen *Blut- und Boden*-Ideologie der *Scholle*.[514]

In den Nebenerwerbssiedlungen sollte ArbeiterInnen die Möglichkeit gegeben werden, Verdienstmöglichkeiten außerhalb der Industriearbeit zu finden, da der Wirtschaftskrise mit Kurzarbeit gegengesteuert wurde.[515] Die Siedlerstellen sollten an diejenigen vergeben werden, die im Rahmen des *Freiwilligen Arbeitsdienstes*[516] an der Erbauung mitwirkten.[517]

---

507 Ebd., S. 176–178.

508 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 104.

509 Die Idee von Stadtrandsiedlungen als Teil des Arbeitsbeschaffungsprogrammes wurde schon ab 1929 durch die Einschränkung der finanziellen Mittel des *Roten Wien*, einerseits durch die Wirtschaftskrise, andererseits durch die autoritäre Bundesregierung, forciert, vgl.: Ebd., S. 33.

510 Fritz Vogel, Die bundesstaatliche Förderung des Siedlungs- und Kleinwohnungsbaues in Österreich, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 89, Heft 19/20, Wien, 1937, S. 115.

511 Der Entwurf des Siedlungsförderungskonzeptes der IV. Gesetzgebungsperiode war vor allem auf ländliche, bäuerliche Vollerwerbssiedlungen privatwirtschaftlicher Prägung ausgerichtet und wurde weitgehend von der österreichischen Bauwirtschaft und der unter deutschen Vorzeichen stehenden *Wiener Baukredit-Bank* unterstützt. Staatliche Förderungen wurden darin weitgehend abgelehnt, vgl.: Österreichisches Kuratorium für Wirtschaftlichkeit (Hg.), Innenkolonisation, 1933, S. 153–169.

512 Franz Bachinger war von 20. Mai 1932–10. Mai 1933 (Dollfuß I) Bundesminister im *Bundeskanzleramt* und mit den Angelegenheiten der inneren Verwaltung beschäftigt, vgl.: Österreichischer Amtskalender, 1952, S. 10

513 Unterstützt wurden die Siedlungspläne ebenfalls von Clemens Holzmeister.

514 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 103 f.

515 Alexander Mahr, Die Stadtrandsiedlung – Ihre Bedeutung für die Bekämpfung der Krise und die Sicherung ihres wirtschaftlichen Erfolges, Wien, 1933, S. 7 f.

516 Es existierten schon Anfang der 1930er Jahre Pläne, Arbeitslose innerhalb eines staatlichen Arbeitslosenheeres zu disziplinieren. Dieses Konzept wurde der genossenschaftlichen Selbsthilfe und basisdemokratischen Vereinen gegenübergestellt. Die Arbeiter sollten durch eine straffe Führung den Bau der Siedlung effizient verwirklichen, vgl.: Gessmann, Kämpfer, Bauwirtschaftliche Maßnahmen, 1932, S. 67 f.

517 Gesetzliche Grundlage und Ideengeber waren das österreichische Bundesgesetz vom 18. August 1928 und die deutsche Notverordnung von 1931, vgl.: Mahr, Stadtrandsiedlung, 1933, S. 16 f.



Abb. 55 Blick in die für den Siedlungsbau im Ständestaat wegweisende Stadtrandsiedlung Leopoldau in Wien XXI. (Anonym 1930er).

Die Regierung erhoffte sich dadurch eine Senkung der Gesamtkosten. Um die Kosten noch weiter zu reduzieren, wurden ebenfalls Einsparungen beim verwendeten Material und dessen Transport sowie der Herstellung der Häuser geplant.

Die Finanzierung dieser ökonomisch künstlich niedrig gehaltenen Siedlungsaktion war durch Kredite des Bundes angedacht.[518] Damit wurde weitgehend das in der *Weltwirtschaftskrise* entstandene Finanzierungskonzept für Stadtrandsiedlungen der Weimarer Republik adaptiert. Es wurde in Österreich auch verstärkt fortgeführt,[519] als die NationalsozialistInnen sich in Deutschland 1933 langsam von der Siedlungsform entfernten, sie als liberales Gedankengut verwarfen und Großsiedlungen für ihr ideologisches Konstrukt der *Volksgemeinschaft*[520] propagierten.[521]

518 Ebd., S. 41–43.

519 Bundesweit wurden von 1932 bis 1938 insgesamt 340 Stadtrandsiedlungen in 133 Gemeinden errichtet, vgl.: Hoffmann, Hack' und Spaten, 1987, S. 255.

520 Auch im US-amerikanischen *New Deal* wurde die Forcierung von Eigenheimbauprogrammen für Familien mit geringem Einkommen forciert. Ideologisch stand die US-amerikanische *back to the land*-Entstädterungspolitik den Binnenkolonisations-Diskursen der europäischen Diktaturen sehr nahe. Trotz Parallelen bei den urbanistischen Konzepten versuchte die US-Regierung aber nicht die Schaffung einer künstlichen Gemeinschaft wie der Nationalsozialismus mit der *Volksgemeinschaft* oder die Vereinzelung von BewohnernInnen wie im faschistischen Italien, vgl.: Eduard Führ, Amerikanischer Städtebau in den 1930er Jahren, in: Czech, Doll (Hg.), Propaganda, Ausstellungskatalog, 2007, S. 391.

521 Mümken, Kapitalismus und Wohnen, 2006, S. 120–124, 144 f.

Schon Anfang 1934 erkannte die *Vaterländische Front* die Bedeutung des Siedlungsbaus. Er sollte nicht nur die wirtschaftliche Lage der eigenen Mitglieder verbessern, sondern auch Neuzugänge durch die als Aufbauarbeit verstandene Propagandawirkung ansprechen.[522] Innerhalb der Zentralleitung sollte ein *Referat für Siedlungswesen* und eigene Unterreferate geschaffen werden. Die Kanzleien dafür wurden in den Wiener Bezirksleitungen VI und VII angedacht. Als Leiter wurden die Bezirksfunktionäre Powolny, Sedlatschek[523] und Kallinka vorgeschlagen.[524] Ab April 1934 bewarben sich ebenfalls der Forsttechniker Karl Nagel[525] und der bisherige Referent des Siedlungswesens der *Vaterländischen Front* Margareten, Karl Hesse,[526] als Hauptreferenten für das Siedlungswesen in der Bundesführung.[527] Verwirklicht wurde die Dachorganisation im Juli 1934 mit der Etablierung des *Österreichischen Hauptverbandes für Siedlungs- und Kleingartenwesen in der Vaterländischen Front* unter der Leitung von Amand Vejborny.[528] Alle Vereine und Genossenschaften auf dem Gebiet des Siedlungs- und Kleingärtnerwesens sollten somit unter Führung der *Vaterländischen Front* im Hauptverband und dessen Fachverbänden gesammelt werden. Die Mitgliedschaft war zudem Voraussetzung für öffentliche Förderungen.[529]

Mittels einer Verordnung der Bundesregierung vom 3. März 1934[530] wurden die sozialdemokratischen Mitglieder der privatrechtlichen Körperschaften ausgeschaltet. Dies betraf ebenfalls die Baugenossenschaften. Deren Leitung konnte entweder enthoben und durch *Verwalter* und *Verwaltungsausschüsse* weitergeführt werden, oder Überwachungspersonen des *Bundes-, Wohn- und Siedlungsamtes* (BWSA) konnten bei der Leitung von Baugenossenschaften jederzeit ein Einspruchsrecht geltend machen. Österreichweit betraf die Verordnung 1934 ganze 33 Genossenschaften. Zwischen 1935 und 1937 stieg die Anzahl sogar auf rund 40.[531]

---

522 Bezirksstelle Neubau, Stadtrandsiedlung, 02.01.1934, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/1301.

523 Der Stadtbaumeister und Vorstandsmitglied der gemeinnützigen Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft „Baue dein Heim" verfasste 1933 ein Exposé zur Siedlungsfinanzierung mit Kapital der Privatwirtschaft, vgl.: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/1301.

524 Bezirksstelle Neubau, Stadtrandsiedlung, 02.01.1934, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/1301.

525 Der Obmann der Vereinigung *Notwehr – Erwerbsloser Österreichs* bewarb sich mit seinem 1931 gefertigten Siedlungs- und Finanzierungsprogramm zur Errichtung einer genossenschaftlichen Erwerbssiedlungsgemeinschaft, die laut Eigenaussage 1932 als Stadtrandsiedlung *Leopoldau* ausgeführt wurde, vgl.: Forsttechniker Karl Nagel, 6. April 1934, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/1301.

526 Praktische Erfahrung hatte er laut Eigenaussage bereits durch die Beteiligung am Bau der Großsiedlung *Ostmark* und der Siedlung *Gartenheim* erworben.

527 Bundesfürsorgerat Karl Hesse Hilfsdirektor i. R. 17. April 1934, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2594.

528 Vejborny war bis 1932 Leiter des *Bundes-, Wohn- und Siedlungsamtes*, ab1932 Geschäftsführer der *Österreichischen Wohnfürsorgegesellschaft*, vgl.: Bonczak, Wohnungsfürsorge, 1947; Karl Maria Stepan, Der Oesterreichische Hauptverband für das Siedlungs- und Kleingartenwesen in der Vaterländischen Front, in: Die Baugenossenschaft, Jg. 7, 20. Juli 1934, Nr. 7, Wien, S. 85.

529 Amand Vejborny, Was soll der Hauptverband?, in: Die Baugenossenschaft, Jg. 7, 20. August 1934, Nr. 8, Wien, S. 98.

530 Verordnung der Bundesregierung vom 3. März 1934, BGBl. Nr. 130/1934: Vorkehrungen zur Sicherung einer mit den Interessen der Allgemeinheit übereinstimmenden Geschäftsführung privatrechtlicher Körperschaften.

531 Bonczak, Wohnungsfürsorge, 1947, S. 274–277.



Abb. 56 Eingangsportal der Siedlung Starchant, eines der wenigen christlichsozialen Siedlungskonzepte der 1920er Jahre, in der XVI., Johann-Staud-Straße 12–24 von Silvio Mohr und Robert Hartinger. (Martin Gerlach 19.11.1932).

Ebenso erging es den basisdemokratischen Vorständen bereits bestehender Baugenossenschaften des Wiener Raumes, die durch die *Verwaltungsausschüsse* unter die neue Dachorganisation des Siedlungs- und Kleingartenwesens gezwungen wurden.[532] Sämtliche Wiener Siedlungsgenossenschaften, die mit der Gemeinde auf geschäftlicher Ebene zusammenarbeiteten, wurden unter die Aufsicht des *Wohnungsamtes* gestellt, welches auch deren Revision durchführte.[533] Die Mitgliederversammlungen wurden fast gänzlich ausgesetzt, da sich die sozialdemokratische Siedlungsgenossenschaft *Altmannsdorf – Hetzendorf* bei einer Versammlung im Herbst 1934 gegen eine Verwaltungskandidatenliste gewehrt hatte.[534] Von einer endgültigen Auflösung war nur die *Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft Wolfersberg*[535] betroffen, deren Siedlung ab 1933 schrittweise privatisiert wurde.[536] Nach 1934 konnte sich neben der bestimmenden *Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und*

532 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 103 f.

533 Bonczak, Wohnungsfürsorge, 1947, S. 289.

534 Hoffmann, Hack' und Spaten, 1987, S. 231.

535 Die Genossenschaft wurde am 26. November 1933 aufgelöst und die 1927 gegründete *Gemeinnützige Gesellschaft für Innenkolonisation* (INKO) übernahm als nicht-sozialistische Vereinigung die Leitung der Siedlung. Ihr Obmann, Josef Schneider, wurde unter NS-Verwaltung Reichsleiter für die Siedlungsbewegung, vgl.: Trübswasser (Hg.): Ergänzungen zur Jubiläumsbroschüre, 1990, S. 5.

536 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 125.

Baustoffanstalt fast nur noch die konservative Genossenschaft *Heim*[537] am Siedlungsbau in Wien beteiligen.[538]

1935 ging Alexander Mahr dazu über, sein Stadtrandsiedlungskonzept mit den amerikanischen fordistischen Siedlungsanlagen von Henry Ford und Franklin D. Roosevelt zu vergleichen. Weiters nahm er die Teilerwerbssiedlungen in Deutschland und die IndustriearbeiterInnensiedlungen in England als Epigonen der Krisenintervention und Lebenssicherung wahr.[539] Die Siedlungsbewirtschaftung der Einzelparzellen durch Viehhaltung und Gemüseanbau wurde von ihm als Grundlage der Eigenversorgung verstanden.[540] Qualitäts-Obstkulturen sollten zusätzliches Einkommen für die SiedlerInnen schaffen.[541] Auch für den Hausbau hatte Mahr neue Ideen. Für Spezialarbeiten sollten arbeitslose Bauarbeiter im Rahmen des *Freiwilligen Arbeitsdienstes* herangezogen werden. Die Zuweisung einer Siedlerstelle sollte gleichzeitig die Streichung der Arbeitslosenunterstützung nach sich ziehen.[542]

Daneben existierten noch andere Konzepte zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes durch die Errichtung von Nebenerwerbssiedlungen sowie Wochenend- und Ferienhauskolonien,[543] beispielsweise die 1935 unter dem Protektorat des dem Regime nahe stehenden Vereins *Der Blaue Adler* gegründete *Siedlungs- und Tauschgemeinschaft Baugenossenschaft mbH* (SILGE).[544]

Ab 1936 änderte sich die Linie des Siedlungsbaus im konservativen Lager vehement. Die Gelder für Nebenerwerbssiedlungen sollten zugunsten einer Reagrarisierung *zur Schaffung von Dauerexistenzen* für Vollerwerbssiedlungen aufgewendet werden. Nach dem

---

537 In der von der christlichen Genossenschaft *Heim* erstellten Siedlung Starchant wurde mittels unterschiedlicher Haustypen ein individualisiertes Aussehen der Häuser angestrebt. Zentrum der Siedlung war eine Kirche, vgl.: Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 153. Ihr Obmann Franz Ullreich war als ehemaliger christlichsozialer Gemeinderat bestens vernetzt. Im Ständestaat bekleidete er die Position eines Mitgliedes im *Verwaltungsausschuss* des Bundesministeriums, vgl.: Posch, Gartenstadtbewegung, 1981, S. 91, 96. Die Genossenschaft baute 1933 bis 1935 in Wien-Schwarzlackenau 20 Randsiedlungshäuser der Randsiedlungsaktion I und 2 Häuser der Randsiedlungsaktion II unter Heranziehung des *Freiwilligen Arbeitsdienstes*. Zweitere waren mit 2 Zimmern und diversen Nebenräumen relativ großzügig ausgestaltet, vgl.: Josef Knakal, 25 Jahre Baugenossenschaft Heim – Ein Tätigkeitsbericht anlässlich der Vollendung des 25. Bestandsjahrs der „Gemeinnützigen Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Heim, Wien, 1937, S. 23.

538 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 103 f.

539 Alexander Mahr, Nebenberufssiedlungen – Wirtschaftliche Grundlagen und Finanzierung, Schriftenreihe des „Blauen Adler“, Nr. 2, Wien – Leipzig, 1935, S. 13 f.

540 Ebd., S. 41.

541 Ebd., S. 44.

542 Ebd., S. 69 f.

543 Richtlinien für die Geschäftsführung, S. 1, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/1294.

544 Kriehuber der Sektionschef der Siedlungssektion, lehnte sich mit seinen Konzepten an Alexander Mahr an. Ziel war dabei die Propagierung der Nebenberufssiedlungsidee, vgl.: Der „Blaue Adler“ – Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Hg.), Mitteilungen des „Blauen Adler“ – Des „Blauen Adler“ Ziele und Wege (Erster Tätigkeitsbericht), Jg. 1, Nr. 1, Wien, 1935, S. 35 f. Die finanziellen Mittel sollten zum überwiegenden Teil aus den Beiträgen der Mitglieder lukriert werden, vgl.: Satzung (Genossenschaftsvertrag), S. 1, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/1294.



Abb. 57 Siedler bei der Bewirtschaftung ihrer Felder in der Stadrandsiedlung XXI., Leopoldau. (Anonym um 1935).

Konzept des deutschen Wohnungsreformers Ludwig Neundörfer[545] sollte der Ausfall zu besiedelnder, stadtnaher Anbauflächen nur durch eine wirkliche Unabhängigkeit der SiedlerInnen von Förderungsmitteln in Kauf genommen werden. Staatsrat Ignaz Josef Tschurtschenthaler[546] forderte in diesem Sinne die vollkommene Aussetzung des Baus von Wohnsiedlungen zugunsten der Errichtung von landwirtschaftlichen Siedlungen. Nebenerwerbssiedlungen sollten nur dort gebaut werden, wo einerseits zu wenige Wohnungen existierten und andererseits die SiedlerInnen als Lohn- oder KurzarbeiterInnen Anstellung fänden.[547]

Ideologisiert wurde das Konzept der Vollerwerbssiedlung 1937 in der Urschrift *Das Siedlungsproblem in Österreich* von Baumeister Rudolf Lang. Die Erziehung der Siedlerfamilien zur christlichen Weltanschauung und die *Weckung eines Heimatgefühls* durch die Siedlerstelle gefiel der *Vaterländischen Front.* Lang prophezeite ebenfalls die Entstehung

545 Der Soziologe Neundörfer war von 1933 bis 1939 in Heidelberg als Stadtplaner tätig. Er setzte sich für den Siedlungsgedanken ein.

546 Von 1934 bis 1938 Staatsrat und Mitglied des Bundesrats. Vom 7. März bis 2. Mai 1934 gehörte er kurz dem Bundesrat an. Ab März 1934 war er ebenfalls Landesführer der *Ostmärkischen Sturmscharen* (OSS) in Kärnten, vgl.: Enderle-Burcel, Mandatare, 1991, S. 250. Mehr zu den *Sturmscharen* als paramilitärische Parteiarmee der Christlichsozialen ab 1930 in: Walter Reich, Die Ostmärkischen Sturmscharen – Für Gott und Ständestaat, Frankfurt am Main, 2000.

547 Nationalrat a. D. Pistor über aktuelle Fragen des Siedlungs- und Wohnungswesen, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, Jänner 1936, Nr. 4, S. 38 f.

eines Gliedes zwischen der rein städtischen und bäuerlichen Kultur auf Basis der „körperlichen und seelischen Gesundheit der Familie".[548] Das Wohnen in Siedlungen wurde, konform der Enzyklika *Quadragesimo anno*,[549] als Grundlage der *Entproletarisierung*[550] erkannt.[551]

Die Schlichtheit der Musterhausentwürfe wies schon den ideologischen Weg der ständestaatlichen Siedlungspolitik. Die primitiven Behausungen der KurzarbeiterInnensiedlungen sollten das *Großstadtproletariat* am Rand der Städte in den Agrarsektor rückführen, um ein gleichzeitiges politisches Aufbegehren der Arbeitslosen verhindern zu können.[552]

2.3.1.2 Zusammenführung des Siedlungsbaus unter die Oberhoheit des Bundes

Die bereits weiter oben angesprochene Zusammenlegung der Wohnbauförderung und des *Siedlungsamtes* 1932 war der Beginn einer verstärkten Konzentration der Siedlungs- und Wohnungsangelegenheiten im Bund.

Durch die Verordnung vom 3. März 1934 waren nicht nur die Siedlungsgenossenschaften unter die Hoheit des Bundes gestellt worden, sondern auch alle Verbände und Dachorganisationen des Wohnungs- und Siedlungsbaus. Bundesminister Josef Resch wurde beispielsweise Präsident des *Österreichischen Verbandes für Wohnungsreform*. Seinen Stellvertreter stellte der Leiter des *Bundes-, Wohn- und Siedlungsamtes* Heinrich Zichardt.[553]

Die 1928 im *Siedlungsamt* angedachte Ausgestaltung des *Zentralverbandes der gemeinnützigen Baugenossenschaften in Österreich* (ZVGB)[554] zu einem Pflichtverband mit einer Revisionsbefugnis für den gesamten gemeinnützigen Baugenossenschaftssektor scheiterte Anfang der 1930er Jahre endgültig durch die Genossenschaftsnovelle Theodor Innitzers.[555] Im März 1934 wurde der Zentralverband zu einem außerordentlichen Verbandstag gezwungen, der zur politischen Säuberung desselben diente.[556]

---

548 Baumeister R. M. Lang, Das Siedlungsproblem in Österreich, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/858.

549 In der päpstlichen Enzyklika, die Vorbild der ständestaatlichen Verfassung Österreichs war, beschäftigte sich ein eigenes Unterkapitel mit der *Entproletarisierung* und der Auflösung der Klassengegensätze, vgl.: Figl, Quadragesimo anno, 1995, Diplomarbeit, S. 44, 46 f., 49 f., 81.

550 Werner Suppanz spricht von einer Modernisierung ohne Modernität als ständestaatliche Zielvorstellung des Stadtrandsiedlungsbaus. Die *Entproletarisierung* entspricht dabei einer *Wiederherstellung der Gemeinschaft*, vgl.: Werner Suppanz, Entproletarisierung in der Stadtrandsiedlung – eine Gegen/Moderne Strategie, in: Antje Senarclens de Grancy, Heidrun Zettelbauer (Hg.), Architektur. Vergessen, Wien, 2011, S. 203.

551 Baumeister R. M. Lang, Das Siedlungsproblem in Österreich, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/858.

552 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 104.

553 Bonczak, Wohnungsfürsorge, 1947, S. 327 f.

554 1928 aus der gemeinnützigen Ein- und Mehrfamilienhäuser-Baugenossenschaft E.-B.-G. unter dem Namen *Zentralverband der gemeinnützigen Bauvereinigungen in Österreich* gegründet. Der letzteVerbandsvorstand 1938 war einflussreich besetzt. Um nur einige Namen zu nennen: Josef Peßl, Josef Dobretsberger, Heinrich Pawlik, Franz Ullreich etc. Im Verband wirkten ca. 180 Genossenschaften und darin rund 30.000 bis 40.000 Mitglieder, vgl.: Ebd., S. 408 f.

555 Ebd., S. 277.

556 Ebd., S. 258.

Ähnlich erging es auch dem *Österreichischen Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter*. Im März 1934 übernahm ein *Verwaltungsausschuss* des *Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft* den bisher demokratisch geleiteten, jedoch der sozialistischen Partei nahe stehenden Verband.[557]

Beide Verbände wurden in den *Österreichischen Hauptverband für Siedlungs- und Kleingartenwesen in der Vaterländischen Front* eingegliedert, wo sie als Pflichtverbände für jeweils einen speziellen Bereich des Siedlungswesens verantwortlich waren. Der *Zentralverband der gemeinnützigen Baugenossenschaften in Österreich* war für Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaften zuständig, der *Österreichische Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter* für die Kleingarten- und Schrebergartenvereine. Die KleintierzüchterInnen wurden eigens im *Bund der Kaninchen- und Kleintierzüchter Österreichs* zusammengefasst.

Das *Bundes-, Wohn- und Siedlungsamt* im *Bundesministerium für soziale Verwaltung* übernahm die Oberhoheit über die gemeinnützigen Bauvereinigungen, das *Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft* über die Verbände der SchrebergärtnerInnen und der KleintierzüchterInnen.[558] Gleichzeitig wurden die politisch neu ausgerichteten Vereine und Genossenschaften von den Bundesstellen auf den präferierten Randsiedlungsbau eingeschworen.[559]

2.3.1.3 Die Realität des Randsiedlungsbaus in Wien

Der Randsiedlungsbau wurde wie im *Roten Wien* rechtlich im Rahmen des *Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds* des *Bundes-, Wohn- und Siedlungsamtes*[560] durchgeführt.[561]

Innerhalb der dritten und vierten Stadtrandsiedlungsaktion vom 26. Juni 1934 und 8. November 1935 wurde der Bau neuer Siedlungen durch die *Wiener Bürgerschaft* beschlossen.[562] Die treuhändische Verwaltung dieser Siedlungsaktionen wurde durch die Gemeinde

557 Posch, Gartenstadtbewegung, 1981, S. 96.

558 Amand Vejborny, Was soll der Hauptverband?, in: Die Baugenossenschaft, Jg. 7, 20. August 1934, Nr. 8, Wien, S. 98; Amand Vejborny, Die Stellung des Hauptverbandes und seiner Unterverbände, in: Die Baugenossenschaft, Jg. 7, 20. Oktober 1934, Nr. 10, Wien, S. 125.

559 Baute das *Bundes-, Wohn- und Siedlungsamt* des *Bundesministeriums für soziale Verwaltung* nach eigenen Angaben 1932 noch neun Mietshäuser und 54 Ein- und Zweifamilienhäuser mit insgesamt 223 Wohnungen und 1933 fünf Mietshäuser und 59 Ein- und Zweifamilienhäuser mit 115 Wohnungen, so entstanden im Ständestaat 1934 nur noch 42 Ein- und Zweifamilienhäuser mit 50 Wohnungen. Die Randsiedlungsaktion von 1932 nahm mit 209 Randsiedlungshäusern immer mehr Raum ein. 1933 waren es 418 Häuser, 1934 1.343 Häuser und 1935 wurde mit 2.081 Randsiedlungshäusern der Höchststand erreicht, vgl.: Volkswohnungen in Österreich, Note des BKA, Auswärtige Angelegenheiten, wegen Anfrage dr kgl.ital. Gesandtschaft in Wien, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3400; zum Vergleich: Seit seiner Initiierung 1921 bis 1928 wurden mit der Hilfe des *Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds* in Wien insgesamt 454 Siedlungshäuser errichtet, vgl.: Hoffmann, Entproletarisierung, in: Botz, Hautmann, Konrad, Weidenholzer (Hg.), Bewegung und Klasse, 1978, S. 718.

560 Gesetzliche Grundlage waren das Bundesgesetz vom 15. April 1921, BGBl. Nr. 252/1921 und das Statut des *Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds* BGBl. Nr. 187/1925. Damit konnte neben dem gewährten Budget auf rückfließende Annuitäten von vormals gewährten Darlehen des Fonds zurückgegriffen werden, vgl.: Vogel, Förderung, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 89, Heft 19/20, Wien, 1937, S. 114.

561 Melinz, Unger (Hg.), Wohlfahrt und Krise, 1996, S. 27.

562 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 26.



Abb. 58 Flugbild der Stadtrandsiedlung XXII., Breitenlee, die wie alle Stadtrandsiedlungen des Ständestaates von jeglicher Infrastruktur abgeschnitten war. (Anonym 1930er).

an den Generaldirektor der nach dem Bürgerkrieg politisch gesäuberten und in *Wiener Siedlungsgesellschaft m.b.H.* (WSG)[563] umbenannten *Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Bauanstalt*[564] Hermann Neubacher[565] übergeben.[566] 1935 wurden 532 Siedlerstellen in Breitenlee und am Aspern-Flugfeld[567] durch die Siedlungsgesellschaft erstellt. Der Ausbau der Siedlungen in Hirschstetten und Neustraßäcker wurde 1936 mit insgesamt 125 Siedlerstellen ebenfalls von der *Wiener Siedlungsgesellschaft* durchgeführt. Die Gartengröße der

563 Barbara Feller, 75 Jahre Bauen für Wien – Die Geschichte der GESIBA, Wien, 1996, S. 44.

564 Vom *Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen* auf Betreiben von Otto Neurath im September 1921 gegründet, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 105.

565 Er führte durch Vermittlung von Julius Deutsch die Geschäftsleitung der GESIBA. Ab 1924 fungierte er als Generaldirektor. Nach dem Bürgerkrieg 1934 verblieb er zwar im Amt, doch führte seine Nähe zum illegalen Nationalsozialismus 1935 zu seiner Verhaftung. Nach Amnestierung 1936 wurde er 1938 durch Arthur Seyß-Inquart zum ersten NS-Bürgermeister von Wien berufen, vgl.: Feller, GESIBA, 1996, S. 23–25.

566 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 110.

567 Planerstellung von Architekt Würzl.



Wiener Siedlungsgesellschaft m. b. H.

III. Randsiedlungsaktion der Stadt Wien (1934)

Nr. 98

Stundenausweiskarte

für

Herrn

Wohnort

Beruf

FREIWILLIGER ARBEITSDIENST

Wiener Siedlungsgesellschaft m. b. H.

Abb. 59 Stundenausweiskarte der Stadtrandsiedlungsaktion für den *Freiwilligen Arbeitsdienst* für die bereits in *Wiener Siedlungsgesellschaft* umbenannte *Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt*.

Stellen variierte von 1.200 m² bis 2.000 m².[568] Von insgesamt öS 50.000 Förderung für Wiener Siedlungen, die 1934 gebraucht wurden, konnte nur die Erfüllung von 1.000 Siedlerstellen in Aussicht gestellt werden.[569] Jedoch wurden nicht einmal diese, vor allem wegen der zu geringen finanziellen Mittel, bis Anfang 1938 verwirklicht. Die Kredite des *Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds* beliefen sich bei der sogenannten Randsiedlungsaktion I auf öS 4.500 pro Siedlerstelle.[570] Die Randsiedlungsaktion II wurde 1935, aufgrund der zu geringen Gößen der Häuser für Großfamilien, ins Leben gerufen. Innerhalb dieser wurden Darlehen bis zu öS 7.000 gewährt.[571]

An den Randsiedlungsaktion I beteiligte sich die Stadt Wien beispielsweise mit einem Betrag von öS 500. In selber Höhe lagen die Eigenmittel, die der Siedler zu leisten hatte. Die Gesamtkosten pro Siedlerstelle betrugen somit öS 5.500. Zusätzlich verpflichtete sich der zukünftige Siedler zu 2.000 Stunden Arbeitsleistung. Die Vergabe der einzelnen Siedlungshäuser wurde mit Los entschieden. Darüber hinaus mussten die Anwärter ein vom

568 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 185.

569 Stadtrandsiedlung, 05.01.1934, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/1301.

570 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 110.

571 Knakal, Baugenossenschaft Heim, 1937, S. 13 f.



Abb. 60 Errichtung von Siedlungshäusern in der Stadtrandsiedlung XXI., Leopoldau. (Anonym um 1935).

Bundes-, Wohn- und Siedlungsamt entworfenes Punktesystem erfüllen, um ihre Tauglichkeit für die Siedlerstelle zu beweisen. Die Durchführung von Selbstversorgersiedlungen wurde aufgrund der Selbstausbeutung der Siedler und der daraus resultierenden Unabhängigkeit von Arbeitsplätzen in Industrie und Staat mit Begeisterung propagiert.[572] Die starke Nachfrage der Bevölkerung nach den Häusern der Randsiedlungsaktion entsprach laut Robert Hoffmann „einem in der Arbeitsbevölkerung tief verwurzelten Bedürfnis nach alternativen Wohn- und Arbeitsformen."[573]

Für ein Haus der Siedlung Hirschstetten mussten, laut *Bundes-, Wohn- und Siedlungsamt*, beispielsweise 3.404 Arbeitsstunden alleine für den Hausbau geleistet werden. Für die Aufschließung des Grundstückes wurden insgesamt 302 Arbeitsstunden benötigt. Die Arbeitsleistung des *Freiwilligen Arbeitsdienstes* wurde dabei mit 52 % von einem gelernten und gerecht entlohnten Arbeiter angegeben. Die Baukosten betrugen insgesamt öS 7.403,64, da zu den reinen Baukosten von öS 5.283,30 noch ein Architektenhonorar von öS 38,49 sowie Genossenschaftsregien und -spesen von öS 100 hinzukamen. Der *Freiwillige Arbeits-*

572 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 108–110.

573 Hoffmann, Hack' und Spaten, 1987, S. 266 f.

dienst leistete öS 561,13 Barauslagen, zusätzliche Barauslagen von öS 379,24 wurden für Verköstigung, Prämien etc. veranschlagt.[574]

Auch bei anderen Siedlungsbauten wurde die vorgeschriebene Arbeitszeit um ein vielfaches überschritten. Bei der Durchführung der Siedlungsaktion in Leopoldau wurden pro gebautem Haus durchschnittlich 4.812 Stunden Leistung angegeben, mit einem Teilaufwand des *Arbeitsdienstes* von 45 %. Der Bauwert des Hauses betrug mit der zugerechneten Arbeitszeit insgesamt öS 8.034 von öS 5.338 reinen Baukosten.[575] In der Siedlung Breitenlee wurden 3.534 Arbeitsstunden pro Haus geleistet. Die Arbeitsleistung des *Freiwilligen Arbeitsdienstes* lag bei 52 %. Reine Baukosten waren öS 5.393,72, der Gesamtwert des Hauses lag bei öS 7.631,62.[576] Am Asperner Flugfeld wurden pro Haus 3.398 Stunden geleistet. Die Arbeitsleistung des *Arbeitsdienstes* betrug 60 %. Der reine Bauwert des Hauses betrug öS 4.893,52, der Gesamtbauwert öS 7.557,56.[577] Interessanterweise musste der Mehraufwand an reinen Baukosten zur veranschlagten Förderung von der Siedlungsgenossenschaft rückgeführt werden. Die Qualität der ersten Häuser 1934/35 in der Randsiedlung IV Neustraßäcker war, trotz des großen Aufwandes für die SiedlerInnen, aber sehr zweifelhaft. Bei der Bauabnahme wurden bei allen 70 Siedlerstellen undichte Dächer festgestellt.[578]

Die Randsiedlungsaktion I wurde von 1934 bis 1936 bundesweit mit insgesamt 4.425 Siedlerstellen durch finanzielle Mittel in Höhe von öS 20.104.413[579] unterstützt. Wien hatte davon einen geringen Anteil. Die Randsiedlungsaktion II[580] von 1935 wurde in Wien mit öS 32.200 und damit mit 1,5 % bundesweitem Anteil gestützt. Bei voller Auslastung der Kreditvergabe konnten damit in Wien im zweijährigen Bestehen der Siedlungsaktion II nur wenige Häuser unterstützt werden.[581] Bundesweit konnten bis 1938 insgesamt 400 Sied-

574 Dokument: 3. und 4. Randsiedlungsaktion der Stadt Wien 1934/35, Anlage III: Hirschstetten 1937, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3200, Stadt Wien RSA I Hirschstetten 1935 (III/4).

575 Dokument: 4. Randsiedlung der Stadt Wien 1935, Anlage V: Leopoldau, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3201, Mappe: Leopoldau Gemeinde Wien.

576 Dokument: 3. Randsiedlung der Stadt Wien 1934, Anlage II: Breitenleerstrasse, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3201, Mappe: Wien Gemeinde R. Aktion 3. Breitenleerstr. (1934).

577 Dokument: 3. Randsiedlung der Stadt Wien 1934, Anlage I: Aspern-Flugfeld, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3201, Mappe: Wiener Siedlungsgesellschaft Flugfeld.

578 Akt: Vorlage der Endabrechnung usw., in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3200, Mappe: Wiener Siedlungsgesellschaft Neustrassaecker.

579 Die Randsiedlungsaktion von 1932/33 erhielt im Vergleich dazu insgesamt rund öS 2 Mio. an Spezialdotierung, vgl.: Bonczak, Wohnungsfürsorge, 1947, S. 155.

580 Bundesweit errichtete Siedlungen der Randsiedlungsaktion II des Ständestaates für den Mittelstand: Innsbruck-Pradl (Holzbauweise), Stadtrandsiedlungsanlage Innsbruck-Hötting (Holzbauweise), Randsiedlungsanlage Salzburg Sam-Hallwag, Stadtrandsiedlung Salzburg-Itzling, Bergknappensiedlung Ampflwang am Hausruck (Holzbauweise), Randsiedlungsanlage Vorarlberg-Frastanz (Holzbauweise), vgl.: Vogel, Förderung, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 89, Heft 19/20, Wien, 1937, S. 113–117.

581 Knakal, Baugenossenschaft Heim, 1937, S. 13 f.



Abb. 61 Doppelsiedlungshaustyp der Stadtrandsiedlung Breitenlee in Wien XXII, der von 1934 bis 1936 insgesamt 261 Mal gebaut wurde. Der 1.200 m² bis 2.000 m² große Grund pro Haus diente der Selbstversorgung der HausbesitzerInnen. (Anonym um 1935).



Abb. 62 Häuser der Stadtrandsiedlung beim Flugfeld XXII. Aspern mit einer Gartengrößen bis zu 1.500 m². (Anonym um 1935).

lerstellen gefördert werden.[582] Der italienischen Gesandtschaft wurden 1937 vom *Bundesministerium für soziale Verwaltung* etwas höhere Zahlen mitgeteilt und damit ein Bauprogramm von 4.472 Randsiedlungshäusern der Randsiedlungsaktion I mit öS 22.622.035 Darlehen in den Jahren 1934 bis 1936 angegeben. Die Randsiedlungsaktion II in den Jahren 1935/36 wurde mit 375 errichteten Häusern und einem Gesamtdarlehen von öS 2.300.990 beziffert.[583] Insgesamt wurden in Wien innerhalb der beiden ständestaatlichen Randsiedlungsaktionen 981 Häuser erstellt.[584]

Durch den Assanierungsfonds wurde der infrastrukturelle Ausbau von Siedlungen forciert. Ausgehend von der Idee der Sanierung der *wilden Nachkriegssiedlungen* von 1935 waren die Areale Bruckhaufen, Wolfersberg und *Brettldorf*[585] zur Umgestaltung bestimmt. Die SiedlerInnen sollten mit Fondsmitteln ihre Gründe kaufen können und darauf baulich einwandfreie Häuser herstellen.[586] So wurden in der Siedlung Bruckhaufen 115 betonierte Senkgruben gefördert. Von für weiteren Umbau der Siedlung veranschlagten öS 1.320.000 wurden 1936 öS 200.000 zum Kanalbau verwendet.[587] Weiters kam, aufgrund der Neuzuzüge und dem Mehr an Kindern, in der Nähe der Siedlungen Aspern, Neustraßäcker und Leopoldau bzw. Nordrandsiedlung 1934[588] und 1937[589] jeweils eine Schule zur Ausführung.[590]

Trotzdem blieben die Gemeinschaftseinrichtungen der Stadtrandsiedlungen mehr als dürftig. Es gab keinerlei technische Infrastruktur wie Gas, Wasser, Strom, feste Straßen oder ein Kanalnetz. Eine Anbindung an das Verkehrsnetz war meist nicht gegeben. Ärzte oder Geschäfte fehlten fast durchwegs.[591] Erst für 1938 war die Errichtung von Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergärten, Kindertagesheimstätten, Fürsorgegebäude, Räumlichkeiten der *Vaterländischen Front* und Seelsorgeeinrichtungen in den Siedlungen Brei-

---

582 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 104.

583 Volkswohnungen in Österreich, Note des BKA, Auswärtige Angelegenheiten, wegen Anfrage dr kgl.ital. Gesandtschaft in Wien, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3400.

584 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 185. Laut Trinkaus wurden in der Siedlung Leopoldau im *Roten Wien* von 1932 bis 1933 425 Siedlerstellen geschaffen, insgesamt in der Zeit von 1932 bis 1935/36 1.407 (laut den Zahlen von Novy und Förster 1.406) Siedlerstellen, vgl.: Trinkaus, Wohnbaupolitik, 2013, Diplomarbeit, S. 44.

585 Die *wilde Siedlung* an der Donau im Norden Wiens, die nach der Bauweise ihrer Häuser benannt wurde, bestand schon im 19. Jahrhundert und wurde in der Zwischenkriegszeit durch die expandierende SiedlerInnenbewegung forciert ausgebaut. Ab 1924 war sie von der sozialdemokratischen Gemeinde für einen Umbau vorgesehen, blieb aber bis 1935 unangetastet, vgl.: Frei, Graswurzel, 1991, S. 155 f.

586 Protokoll über die 7. Sitzung des Kuratoriums für den Wiener Assanierungsfonds am 14. März 1935, in: WStLA, Sig. 1.6.3.B9 Kommissionen 1934–1938, 3. Kuratorium für den Assanierungsfonds.

587 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wiener Assanierungsfonds, 1937, S. 7; mehr zu den einzelnen Projekten des Kanalbaus, vgl.: Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Die Kanalisation der Stadt Wien, Wien, 1937.

588 XXII., Langobardengasse 56 – Oberdorfstraße, Volks-Hauptschule Aspern.

589 XXII., Aderklaaer Straße 2, Hauptschule Leopoldau.

590 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 440, 450, 456.

591 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 140.



Abb. 63 Schlicht und sachlich gestaltete Schule XXI., Aderklaaer Straße 2, 1937 von Hanns Stöhr und Karl Ehn als Infrastrukturmaßnahme für die Stadtrandsiedlung Leopoldau gebaut. (Andreas Suttner 2016).

tenlee, Aspern und Leopoldau geplant.[592] Infrastrukturelle Einrichtungen sollten durch den Bau von Häusertypen, die Wohnen und Gewerbe verbanden, geschaffen werden.[593] In der Nordrandsiedlung existierten beispielsweise nur eine Siedlungsfeuerwehr und eine Verkaufsstelle als Gemeinschaftseinrichtung.[594]

Dafür funktionierte die auf den landwirtschaftlichen Ertrag ausgerichtete und politische sowie religiöse Disziplinierung und Überwachung bestens. Die Errichtung der wenigen Kleintierställe[595] und die Durchführung von Dachausbauten wurden forciert. Es existierten eigene *Heiratsverpflichtungslisten* für die SiedlerInnen. Zusätzlich wurden die BewohnerInnen mittels *gärtnerischer Gutachten* überwacht, ob sie säumig bei der Bebauung der Parzellen waren, was eine Kündigung und Neuvergabe des Grundstückes nach sich ziehen

592 Aus der Wiener Gemeindestube – Stadtrandsiedlung und Assanierungsbauten, in: Österreichische Bauzeitung, 2. Jg. Wien, November 1937, Nr. 42, S. 508; WStLA, Sig. 1.3.2.245.K5, Stadtrandsiedlungen 1934–1966.

593 Das Siedlungshaus mit Bäckereibetrieb, in: Österreichische Bauzeitung, 3. Jg. Wien, Jänner 1938, Nr. 2, S. 16 f. Unter dem Assanierungsfonds wurde beispielsweise das Haus XII., Weissenthurngasse 16 im Verband mit sechs Zweifamiliendoppelhäusern errichtet. Im untersten Geschoss befand sich, laut Aussage einer Bewohnerin 2012, einst ein Lebensmittelgeschäft, das als Infrastruktur für die Siedlung diente.

594 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 146.

595 Meist waren dies Hühner- oder Schweineställe. In der Nordrandsiedlung wurde ab Oktober 1937 die Einrichtung einer Ziegenweide angedacht.

konnte. Die Idee der Selbstversorgung wurde durch die Stadt mit gemeinsamen Vorträgen für SiedlerInnen in einer Gartenbauschule unterstützt.[596]

Sozialminister Josef Dobretsberger versuchte ab Oktober 1935 die unter seinem Vorgänger Odo Neustätter-Stürmer großzügig bereitgestellten Finanzmittel auf eine konstante Budgetierung umzustellen. Er scheiterte jedoch am Widerstand industrieller Kreise. Unter Sozialminister Resch, der bereits im Mai 1936 ernannt wurde, schrumpfte das Budget für den Siedlungsbau weiter.[597] Die Bundesmittel für den Stadtrandsiedlungsbau wurden bis auf ein Drittel zurückgezogen und ein Scheitern des *Entproletarisierungskonzeptes* musste offen zugegeben werden. Der Siedlungsbau kam aber auch deswegen weitgehend zum Erliegen, da eine Siedlerstelle oft nicht den Lebensunterhalt für eine Familie zuließ.[598] Aus diesem Grund wurde die Siedlungsaktionen für die vollerwerbstätige Arbeiterschaft, Beamtenschaft, kleine Gewerbetreibende und Angestellte geöffnet.[599]

In Wien wurde sogar beraten, ob die Randsiedlungsaktion durch den Wegfall des *Freiwilligen Arbeitsdienstes*[600] überhaupt möglich wäre. Das *Bundes-, Wohn- und Siedlungsamt* hatte 1936 für die Randsiedlungsaktion der Stadt Wien zwar Kreditmittel für 230 Siedlerstellen bereitgestellt, diese wollte und konnte die Kosten für den *Arbeitsdienst* aber nicht selbst aufbringen und nahm Abstand von deren Errichtung.[601] Die ausführende Treuhänderin *Wiener Siedlungsgesellschaft* stand deswegen kurz vor ihrer Liquidierung.[602] Eine kurzfristige Rettungsaktion durch die Vergabe von 210 Geldpreisen für *eifrige Siedler* in der Gesamthöhe von öS 3.000, wurde 1936[603] von Bürgermeister Schmitz ins Leben gerufen.[604] Dadurch konnten aber das Scheitern des ständestaatlichen Siedlungsbaus und der *ideologischen Entproletarisierung* der Arbeiterschaft nicht mehr verhindert werden.

2.3.2 Eigentumshaus und Siedlung

2.3.2.1 Eigentumshausbau im Ständestaat

Der gemeinnützige *Verein für Eigenheimbau und Wohnbauförderung* versuchte durch Beratungen bei der Nutzung von Förderungenleistungen und der Durchführung baulicher Maßnahmen, den Eigenheimbau in Österreich salonfähig zu machen. Seinen Sitz hatte

596 WStLA, Sig. 1.3.2.245.K5, Stadtrandsiedlungen 1934–1966.

597 Hoffmann, Entproletarisierung, in: Botz, Hautmann, Konrad, Weidenholzer (Hg.), Bewegung und Klasse, 1978, S. 733 f.

598 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 146.

599 Hoffmann, Entproletarisierung, in: Botz, Hautmann, Konrad, Weidenholzer (Hg.), Bewegung und Klasse, 1978, S. 735.

600 1937 konnten bundesweit nur mehr 3.000 Arbeiter des *Arbeitsdienstes* bezahlt werden, vgl.: Ebd., S. 734.

601 Akt: Magistrat Wien Randsiedlungsaktion 1936; Akt: V. Stadtrandsiedlungsaktion 1936 Abstandnahme, AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 13145, Mappe: Wien Stadtgemeinde allgemein.

602 Feller, GESIBA, 1996, S. 44.

603 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wohnungs- und Siedlungswesen, 1937, S. 12.

604 Dokument: Wirtschaftspraemien an Stadtrandsiedler, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3200, Mappe: Wien Stadtgemeinde allgemein.

er in der Strauchgasse 1 im I. Bezirk. Sprachrohr des Vereins war die Zeitung *Eigenheim und Weekend*.[605]

In Österreich sollte der Eigenheimbau ab 1930 innerhalb des *Bundesgesetzes zur Förderung der Wohnbautätigkeit* angekurbelt werden. Die *Wiener Bauordnung* von 1930 war durchgehend auf die Ausgestaltung von Geschossbauten mit einer großen Anzahl an Wohnungen zugeschnitten.[606] Deswegen sollten Einzelhäuser entstehen, die an die gesetzlich vorgeschriebenen Größen von Kleinwohnungen mit ca. 60 m^2 und Mittelwohnungen von 100 bis 130 m^2 angepasst waren.[607] Bundesweit konnten, laut Eigenaussage, mittels *Wohnbauförderungsgesetz* zwischen 1929 und 1932 ganze 130 Einfamilienhäuser entstehen.[608]

Die ersten Musterhäuser[609] verschiedener ArchitektInnen in Deutschland und Österreich im Sinne des *Neuen Bauens* entstanden ebenfalls um 1930. Dabei wurde wie bei den Miet- und Eigentumshäusern besonders auf den Grundriss Bedacht genommen, der eine optimierte Ausnutzung der Räume auf einer kleinen Grundfläche gewährleisten sollte. Die weggefallenen Repräsentationsräume ließen eine allgemeine Verkleinerung des Wohnhauses zu. Zusätzlich sollte durch modernes Mobiliar eine zweckmäßige Ausnutzung möglich werden. Das Haus sollte, der Dienstleistung einer Maschine gleich, Möglichkeit zum Wohnen, Schlafen, Essen und Kochen sowie der Freizeitgestaltung bieten.

Durch Verzicht auf Dekor wurde das Eigenheim äußerlich seiner chronologischen Einordnung in einen bestimmten Stil enthoben. Die äußere Gestalt des Hauses sollte einzig dem Grundriss und den Lichtverhältnissen untergeordnet werden, wobei die sachlich glatten Wände nur eine Funktion des Wohnens ausdrückten. Das Dach wurde wie der Rest des Hauses möglichst ökonomisch gestaltet. Das Flachdach stellte dabei eine Möglichkeit dar, eine billige Dachlösung mit der Einrichtung einer Dachterrasse zu verknüpfen.[610]

Eingebettet war das Wohngebäude in einem Garten, der zur Erholung dienen sollte[611] und nicht wie beim Stadtrandsiedlungsbau als ökonomische Anbaufläche zum Nebenerwerb.

Unter dem Eindruck dieser sachlichen ökonomischen Hausentwürfe wurde die Wiener Werkbundsiedlung[612] 1931 unter der Leitung von ihrem Präsidenten Josef Frank begonnen. Die Planung der Werkbundsiedlung ging auf den Wiener Städtebaukongress von 1926 zurück. Eine Vielzahl von zwei- und dreigeschossigen Typen wurde geschaffen, wobei

---

605 Wiser, Weeh, Eigenheim, 1930, S. 109.

606 Ebd., S. 159 f.

607 Ebd., S. 10.

608 Antimarxistische Wohnbaupolitik – Die Wohnbauförderung des Bundes, Wien, 1932, S. 12 f.

609 Eines dieser Häuser war das vom Atelier Theiss & Jaksch 1930 erbaute XIII., Veitlissengasse 1. Es diente dazu, die Wohnbauförderung als Werbeträger salonfähig zu machen, vgl.: Achleitner, Österreichische Architektur, Bd. III/2, 2010, S. 63.

610 Karl Maria Grimme, Das Eigenheim – Sein Bau und Anlage, Leipzig – Wien, 1930, S. 9–17.

611 Ebd., S. 60 f.

612 Bauträger war die *Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt*, vgl.: Gmeiner, Pirnhofer, Kapflinger, Slapeta, Moravanzky, Der Österreichische Werkbund, 1985, S. 155.

jeder Architekt eigene Lösungen für den Innenausbau anbot. Ziel war es, mit minimalen bautechnischem Aufwand maximalen Wohnkomfort zu schaffen. Die Strategie zur Finanzierung der Eigentumswohnhäuser war dem der kommunalen Hofverbauung des *Roten Wien* diametral entgegengerichtet. Sie sollte durchwegs von der Privatwirtschaft und nicht von der *Wohnbausteuer* der Stadt Wien getragen werden, um so als bauliches Alternativkonzept zu fungieren.

Auf den späteren Eigentumshausbau hatte die sachlich gehaltene Mustersiedlung aber keinerlei Auswirkung. Durch die Konzipierung als Eigentumssiedlung konnten nur KundInnen aus dem gehobenen Mittelstand Häuser erstehen.[613] Die moderne stilistische Ausgestaltung schreckte jedoch KäuferInnen aus dem Bürgertum ab. So konnte nur rund ein Fünftel der Häuser verkauft werden, den Rest übernahm die Gemeinde 1939 als Mietwohnungen.[614] Clemens Holzmeister griff 1933 innerhalb einer Sitzung des *Werkbundes* sogar den Initiator Josef Frank an und unterstellte ihm ein misslungenes Gesamtkonzept, sowohl in wirtschaftlicher wie auch in wohntechnischer Hinsicht.[615] Hier muss aber darauf hingewiesen werden, dass der Architekturkreis um Holzmeister nur eine Nebenrolle in der Ausgestaltung der Siedlung spielte.[616] Außerdem waren bereits interne politische sowie persönliche Konflikte im *Österreichischen Werkbund* offen ausgebrochen, die, wie bereits weiter oben beschrieben, zu seiner Neugründung im Februar 1934 unter *vaterländischer Prägung* als *Neuer Österreichischer Werkbund* führten.

Neben der herkömmlichen Ziegelbauweise erfuhr die Holzbauweise für Siedlungsbauten und Kleinhäuser ab Anfang der 1930er Jahre einen Aufschwung. Vorzüge der Holzgerippebauweise lagen, laut der BefürworterInnen, vor allem in der Anwendung des billigen und leicht handzuhabenden Baustoffes. Obwohl die Grundrisse durch die Bauweise adaptiert werden mussten, konnte die Außenwirkung durch Heraklitplattenbelegung auch im Sinne des *Neuen Bauens* erfolgen. Daneben wurden aber auch traditionelle Formen des ländlichen Holzbaus präferiert.[617]

Mittels des Assanierungsfonds wurde ab 1934 der Bau von Eigentumshäusern als sogenannte Kleinwohnungen unterstützt[618] und damit die Idee der Wohnbauförderung wieder aufgegriffen. Ausgehend von drei unterstützten Objekten im Mai 1936 im XIII., XVII. und

613 Weihsmann, Wiener Moderne, 1983, S. 15–19.

614 Gmeiner, Pirnhofer, Kapflinger, Slapeta, Moravanzky, Der Österreichische Werkbund, 1985, S. 159; Gerhard Weissenbacher, In Hietzing gebaut – Architektur und Geschichte eines Wiener Bezirkes, Bd. 2, Wien, 1998, S. 290.

615 Posch, Clemens Holzmeister, 2010, S. 241 f.

616 Achleitner, Österreichische Architektur, Bd. III/2, 2010, S. 60.

617 Julius Duhm, Das neuzeitliche Holzhaus, Wien – Leipzig, 1935; Clemens Holzmeister, Der Holzhausbau, Wien, 1934. Während im alpinen Westen Österreichs eine Tradition der Holzbauweise für Wohnhäuser existierte, wurden mit ihr im Großraum Wien vorwiegend temporäre Bauten wie Barackenlager assoziiert. Darauf weist z. B. der umgangssprachlich verwendete abwertende Begriff des *Brettldorfes* hin.

618 Kurt Rosche, Die Stadt Wien und das Siedlungswesen, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 89, Heft 19/20, Wien, 1937, S. 122 f.



Abb. 64 Zweifamilienhaus des Assanierungsfonds mit zwei Wohnungen und gemeinsamer Stiegenhausanlage unter einem Walmdach im Bau. (Rudolf Spiegel 06.1934).

XVIII. Bezirk,[619] wurden bis Anfang 1937 für 63 getätigte Ansuchen öS 37.838.800 zur Verfügung gestellt.[620] Insgesamt soll bis Februar 1938 der Bau von 88 Häusern finanziell unterstützt worden sein.[621] Zielgruppe des Fonds waren größtenteils reichere Kreise bis hinunter zum Mittelstand, bestehend aus öffentlichen Angestellten, Geschäftsleuten und FreiberuflerInnen.[622] Es kamen aber nicht nur Einfamilienhäuser zur Ausführung, sondern auch Mehrfamilienhäuser mit bis zu vier Eigentumswohnungen.[623]

Erst der autoritäre Ständestaat kurbelte den Eigentumshausbau konzeptionell an. Ab 1937 wurde dieser mit zusätzlichen Bundesmitteln unterstützt, um die Schaffung von Eigenheimen in einem Gartenstadt-Siedlungskonzept kulminieren lassen zu können.

619 Wiener Assanierungsfonds, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, Mai 1936, Nr. 13, S. 153.

620 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wiener Assanierungsfonds, 1937, S. 7.

621 Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 46, Nr. 8, 19. Februar 1938, S. 3. Für 1938 waren noch 25 Einfamilienhausbauten geplant, vgl.: Trinkaus, Wohnbaupolitik, 2013, Diplomarbeit, S. 60.

622 Vallazza, Wir bauen auf, 1986, Dissertation, S. 197 f.

623 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wiener Assanierungsfonds und der Wiener Hausreparaturfonds, 1935, S. 28.

Durch das *Kleinwohnungshausförderungsgesetz*[624] konnten bis Ende 1937 in Wien aber insgesamt nur sieben Ein- und Zweifamilienhäuser gefördert werden.[625]

2.3.2.2 Eigentumshäuser in der Gartenstadt

Die Berufung des Obmannes der Baugenossenschaft *Heim* und gleichzeitigen Gartenstadtbefürworters Franz Ullreich[626] in den *Verwaltungsausschuss* des Bundesministeriums für den an die *Vaterländische Front* angegliederten *Österreichischen Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter* blieb 1934 ohne Folgen für die Siedlungspolitik.[627] Vielmehr wurde im Ständestaat auf den innerstädtischen Umbau innerhalb des Assanierungsfonds zurückgegriffen und die Innenkolonisation in Nebenerwerbs- und Stadtrandsiedlungen auf Bundesebene vorangetrieben.

Bürgermeister Schmitz erklärte erst ab 1935, die Idee des Kleinsiedlungsbaus verstärkt umsetzen zu wollen.[628] Diese propagandistischen Lippenbekenntnisse verstärkten sich im Jahr 1936 durch das absehbare Scheitern der Stadtrandsiedlungsaktion.[629] Dadurch konnten ab 1937 das Eigentumshaus und der Schrebergarten[630] als neue Linie des städtischen Siedlungsbaus hervorgehoben werden. Diese von der Stadtgemeinde als *Werdende Siedlungen* bezeichneten Anlagen wurden mit der Überlassung von aufgeschlossenen Grundstücken zu billigen Preisen[631] innerhalb des Assanierungsfonds forciert unterstützt.[632] Durch die Bereitstellung der günstigen Gründe waren Siedlungen und Schrebergärten propagandistische Selbstläufer. So wurde auch die Wiener SiedlerInnenbewegung vom Dollfuß-/Schuschnigg-Regime politisch vereinnahmt.

---

624 Ein- und Zweifamilienhäuser waren im ersten Entwurf des Gesetzes gar nicht vorgesehen, wurden aber nach Protest der Baugenossenschaften in die endgültige Gesetzesvorlage aufgenommen, vgl.: Bonczak, Wohnungsfürsorge, 1947, S. 178.

625 Magistrat Wien, Anfrage betreffend den Zuwachs an Wohnungen in Wien in den Jahren 1918/37, in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3255, GZ 12.156/38.

626 Posch, Gartenstadtbewegung, 1981, S. 91.

627 Ebd., S. 96.

628 Ebd., S. 98.

629 Stadtbaudirektor Musil forderte Bürgermeister Schmitz nach dem Scheitern der Randsiedlungsaktion zur Durchführung einer aktiveren Siedlungspolitik auf. Ein durch das Wiener Magistrat ausgearbeiteter Plan sollte bereits im Budget 1937 Beachtung finden, vgl.: Zeps, Documents of Baudirektion, in: Marquette University – History Department (Hg.), History and Faculty Research, 2011, S. 184, Aktenzahl: 3042/36, in: http://epublications.marquette.edu.

630 Konform seiner Gemeindebautätigkeit und seiner Unterstützung der Schrebergartenidee als Mitglied des Kleingartenausschusses von 1918 an, hat Schmitz die Siedlungspolitik der Stadt Wien in diese Richtung beeinflusst, vgl.: Braun, Richard Schmitz, 1968, Dissertation, S. 45 f. Schon 1920 hatte er am ersten christlichsozialen Wohnsiedlungskonzept mitgewirkt, welches in der allerersten Sitzung des Nationalrates von ihm eingebracht wurde. Dadurch wurde der ideologische Kampf um das in Wien bereits diskutierte Thema Gartenstadt auch auf Bundesebene zwischen den Christlichsozialen, SozialdemokratInnen und den Großdeutschen begonnen, vgl.: Hoffmann, Entproletarisierung, in: Botz, Hautmann, Konrad, Weidenholzer (Hg.), Bewegung und Klasse, 1978, S. 714–716.

631 Damit wurde die Linie der Bodenbereitstellung des *Roten Wien* von Schmitz für private Siedlungen wiederbelebt, vgl.: Rosenblum, Gemeinde Wien, 1935, S. 142.

632 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wohnungs- und Siedlungswesen, 1937, S. 13.

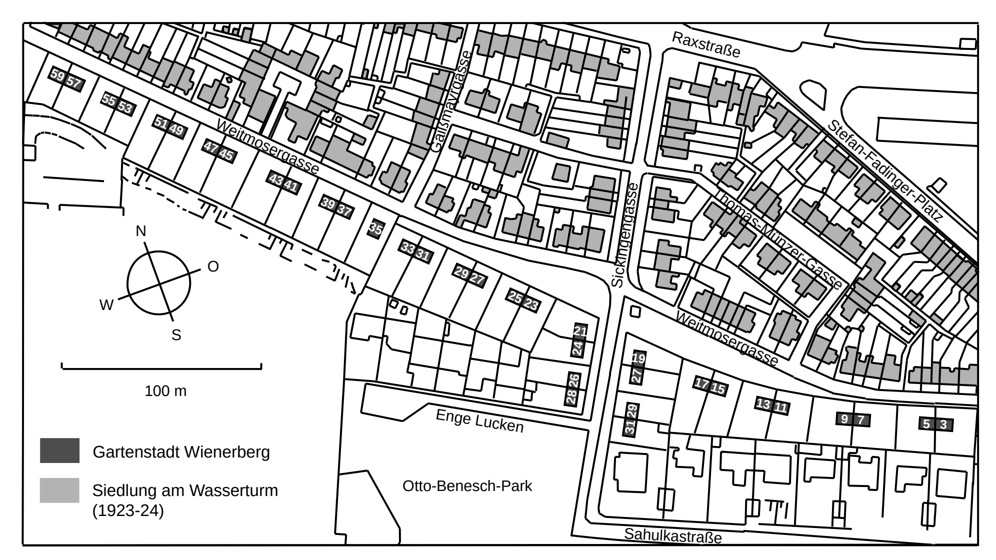


Abb. 65 Lageplan der Siedlung X., Weitmosergasse neben der im *Roten Wien* ausgeführten Eigenheimsiedlung X., Am Wasserturm. (Andreas Suttner 2016).

Der 1935 begonnene Bau der „Gartenstadt des kleinen Mannes“[633] auf dem Wienerberg, nahe des historischen Bildstocks *Spinnerin am Kreuz*, stand Pate für die Idee der privaten Hausbautätigkeit innerhalb von Gartensiedlungsarealen an den Ausfallstraßen der Stadt Wien.[634] Die insgesamt 35 Haushalte, 17 Doppelhäuser und ein Einzelhaus, mit einer Gartengröße von 1.200 m²[635] in der Weitmosergasse Wien X wurden als einzige Einfamilienhäuser des Ständestaates durch das *Wiener Stadtbauamt* ausgeführt.[636] Damit sollte neben der schon bestehenden *Baurechts-Siedlung* Am Wasserturm im X. Bezirk „eine Anzahl moderner und dabei doch bescheidener, den gegenwärtigen Verhältnissen angepasster Häuschen mit Garten errichtet werden.“[637] Schon der erste Siedlungsteil war 1923/24 zwar durch die *Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt* errichtet und als Treuhänderin finanziert worden, aber auch hier kam es zum Verkauf der einzelnen Objekte als Eigentumshäuser.[638]

633 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 26 f.

634 Die neue Wohnsiedlung auf dem Wienerberg, in: Die Wohnung, 7. Jg., Nr. 9, September 1936, S. 2; Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 26.

635 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 185.

636 Rosche, Siedlungswesen, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 89, Heft 19/20, Wien, 1937, S. 122 f.

637 Wiener städtischer Haushaltsausschuß, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, Juni 1936, Nr. 17, S. 204.

638 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 106, 260–262.

Um den Eigentumshausbau innerhalb eines Gartenstadtgürtels weiter anzukurbeln, wurden in der Siedlung Wolfersberg von der Gemeinde billige Grundstücke[639] zur Errichtung von Kleinwohnungshäusern verkauft. Deren Bau sollte innerhalb von drei Jahren durchgeführt werden und wurde vom *Bundes-, Wohn- und Siedlungsamt* beaufsichtigt. Speziell am Wolfersberg wurde forciert privatisiert. Die meisten Häuser konnten jedoch nicht innerhalb der Frist fertig gestellt werden.[640] 1936 wurde den Mitgliedern der Baugenossenschaft *Aus eigener Kraft* in Floridsdorf[641] ebenfalls eine Option zum Grundkauf angeboten.[642]

Daneben wurden andere Siedlungen als Eigenheimsiedlungen erweitert oder umgestaltet, so auch am Cobenzl Wien XIX, am Paulinensteig Wien XVI und an der Alten Donau Wien XXI.[643] 1936 entstand die *Dr. Engelbert Dollfuß*-Anlage als Eigenheimsiedlung neben der Siedlung Am Flötzersteig Wien XIV.[644] Im Februar 1937 wurde die Kleingartenanlage Sillergärten am Ameisbach Wien XII durch den Ankauf der Gründe als weitere Eigenheimsiedlung konzipiert. Der Aufschließungs- und Aufteilungsplan wurde im April erstellt.[645] Der Ankauf der Gründe für die Kleingartenanlage Rosenberg am Rosenhügel im XIII. Bezirk ging im März 1937 einher mit der Umbenennung in *Gartenstadt Rosenberg*.[646] Auf der Heubergkuppe Wien XVII entstanden 1937 21 Sommerhütten in einer Schrebergartensiedlung.[647]

Die Stadt Wien unterstützte 1936 den Bau einer *Eigenheim-Plansiedlung* der *Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot* am Bierhäuselberg in Wien XIV mit der Bereitstellung von billigen Grundstücken.[648]

Die realen Baubewegungen in Wien zwischen 1936 bis Anfang 1938 zeigen ein deutliches Bild einer im autoritären Ständestaat erweiterten privatwirtschaftlichen Siedlungsbautätigkeit. Viele der durch den Assanierungsfonds geförderten Häuser wurden in oder um bereits bestehende Siedlungen gebaut. Besonders sind die Areale XXI. Bruckhaufen, XXII. Aspern, XXI. Siedlung an der Gerasdorfer Straße, XI. Siedlung Alt-Simmering, XI.

---

639 1934/35 wurden die Grundstücke am Jupiterweg und Sonnenweg mit Einzelhäusern ausgebaut, vgl.: Trübswasser (Hg.): Ergänzungen zur Jubiläumsbroschüre, 1990, S. 6.

640 AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3203, 3204, Mappe: Wien Wolfersberg.

641 Die Genossenschaft unterstützte seit 1922/23 zahlreiche Siedlungsprojekte im heutigen XXI. und XXII. Bezirk, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 440 f., 451–459.

642 Förderung der Eigenheimbewegung durch die Stadt Wien, in: Die Wohnung, 7. Jg., Nr. 9, September 1936, S. 3.

643 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wohnungs- und Siedlungswesen, 1937, S. 13.

644 1936 wurde die Baubewilligung für 14, 1937 für 7 Häuser erteilt, vgl.: WStLA, Sig. 1.3.2.245.K2.2, Mappe: 16. Bezirk 1936–1965.

645 WStLA, Sig. 1.3.2.245.K2.2, Mappe: 16. Bezirk 1936–1965.

646 Die Bedeutung der *Gemein-, Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Gartenstadt Rosenberg GmbH* wird durch Bürgermeister Schmitz Ehrenschutz für die Weihnachtsfeier unterstrichen, vgl.: WStLA, Sig. 1.3.2.245.K2.2, Mappe: 13. Bezirk 1936–1964.

647 WStLA, Sig. 1.3.2.245.K2.3, Mappe: 17. Bezirk 1936–1965.

648 Trübswasser (Hg.): Ergänzungen zur Jubiläumsbroschüre, 1990, S. 6; Alex Popp, Die Musterwohnsiedlung am Bierhäuselberg bei Wien, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, September 1936, Nr. 26, S. 318.

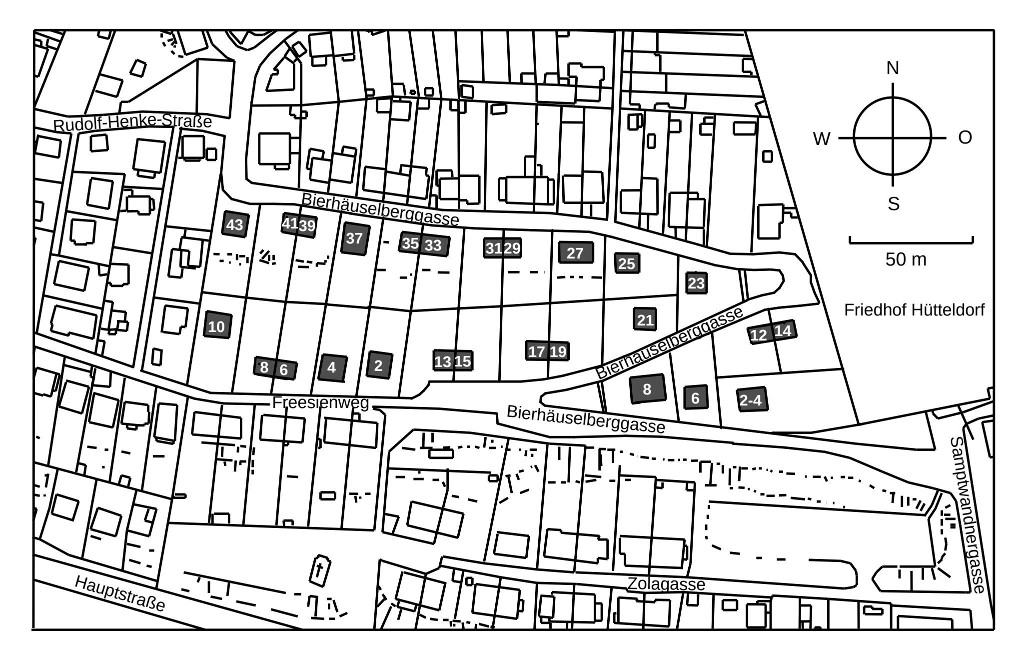


Abb. 66 Lageplan und Parzellenaufteilung der Wüstenrot-Eigenheimsiedlung am XIV., Bierhäuselberg. Die Oberleitung über die Anlage hatte Alexander Popp. (Andreas Suttner 2016).

Kleingartenanlage Neugebäude, XVII., Schafbergsiedlung, XIX. Kahlenbergdorf und XIV. Kleingartenanlage am Wolfersberg hervorzuheben.[649] Möglich wurde dies vor allem durch die Vereinfachung der Teilung von Grundstücken durch eine Novelle der *Wiener Bauordnung*[650] 1936. Bauplätze und Kleingartenflächen für den Hausbau konnten ohne Änderungen des Grundbuchstandes aufgeteilt werden. Im gleichen Jahr wurde per Erlass[651] eine Regelung für das Mindestausmaß von Kleingärten und Bauplätzen geschaffen.[652]

Die Idee der Eigentumssiedlung und der Gartenstadt konnte sich, vor allem durch das Scheitern des Randsiedlungsbaus auf genossenschaftlicher Grundlage, als neues Konzept des Ständestaates etablieren. Der *Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds* schwenkte 1937 auf die Förderpolitik des Wiener Assanierungsfonds und dessen Kleinhausbaus um und unterstützte die Errichtung von Kleinstwohnungshäusern im Eigentum.[653] Im Gegensatz zur Wohnbauförderung zwischen 1929 und 1932 wurden aber keinerlei finanzielle Mittel,

649 Baubewegung: Neubauten, in: Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 44, 1936; Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 45, 1937; Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 46, 1938.

650 Stadtgesetz vom 02.07.1936, Gesetzblatt für Wien Nr. 38 Bauordnungsnovelle 1936.

651 Verordnung des Bürgermeisters vom 03.08.1936, Gesetzblatt für Wien Nr. 40.

652 Magistratsabteilung 35, 36 und 37, Die baubehördlichen Angelegenheiten, in: Wiener Stadtbauamt (Hg.), Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts, Bd. 2, 1974, S. XVIII/11.

653 BGBl. Nr. 74/1937.

sondern nur eine Ausfallbürgschaft konform der privatwirtschaftlichen Finanzierungslinie der ständestaatlichen Stadtregierung Wiens zur Verfügung gestellt.[654] Auch diese Eigentumshäuser kamen in und um bereits bestehende Siedlungsareale Wiens zur Ausführung.

Fraglich bleibt natürlich, welche Schichten Zugang zu diesen Eigentumssiedlungen hatten, eine Lösung der Arbeitslosenfrage konnte damit nicht in Angriff genommen werden, da schon bei den Randsiedlungsaktionen die geforderten Eigenmittel von der Arbeiterschaft nicht aufgebracht werden konnten. Vielmehr sollten die Klein- und Schrebergärten der Arbeiterschaft zur Nahversorgung und sommerlichen Nutzung dienen. Die Schrebergartenhütten hatten nicht das Ausmaß der schon weiter oben beschriebenen Eigentumskleinhäuser und waren auch nicht als ganzjährig bewohnbare Gebäude zu werten, sondern nur für eine Nutzung im Sommer bestimmt. Die Größe der Baulichkeiten wurde 1936 in den *Kleingärten ohne Widerruf* auf eine 50 m^2 bebaute Fläche festgelegt. Vorher war teilweise nur eine Bebauung von 16 m^2 erlaubt gewesen. Die Häuschen durften in Leichtbauweise ausgeführt nur im Sommer bewohnt werden. In *Kleingärten auf Widerruf* war keine Baulichkeit gestattet.[655]

2.3.2.3 Die Gemeindesiedlung als Gartenstadt

Die Gartenstadtidee konnte sich im Ständestaat auch als städtebauliches Muster der Stadt Wien durchsetzen, die 1937 wieder auf die Errichtung von kommunalen Siedlungen durch das *Wiener Stadtbauamt* setzte. Damit näherte sich die ständestaatliche Verwaltung der Siedlungsbautätigkeit des *Roten Wien*[656] an, die in den 1920er Jahren mit Reihenhaussiedlungen, einer Mischung aus kommunalem Wohnbau und Gartenstadt, begonnen worden war.[657]

Mit der Beseitigung der Kriegsbaracken in der Hasenleitengasse in Simmering[658] wurde 1937 eine begrünte und geräumige *Stadtrandsiedlung holländischen Typs* begonnen. Das

654 Vogel, Förderung, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 89, Heft 19/20, Wien, 1937, S. 117.

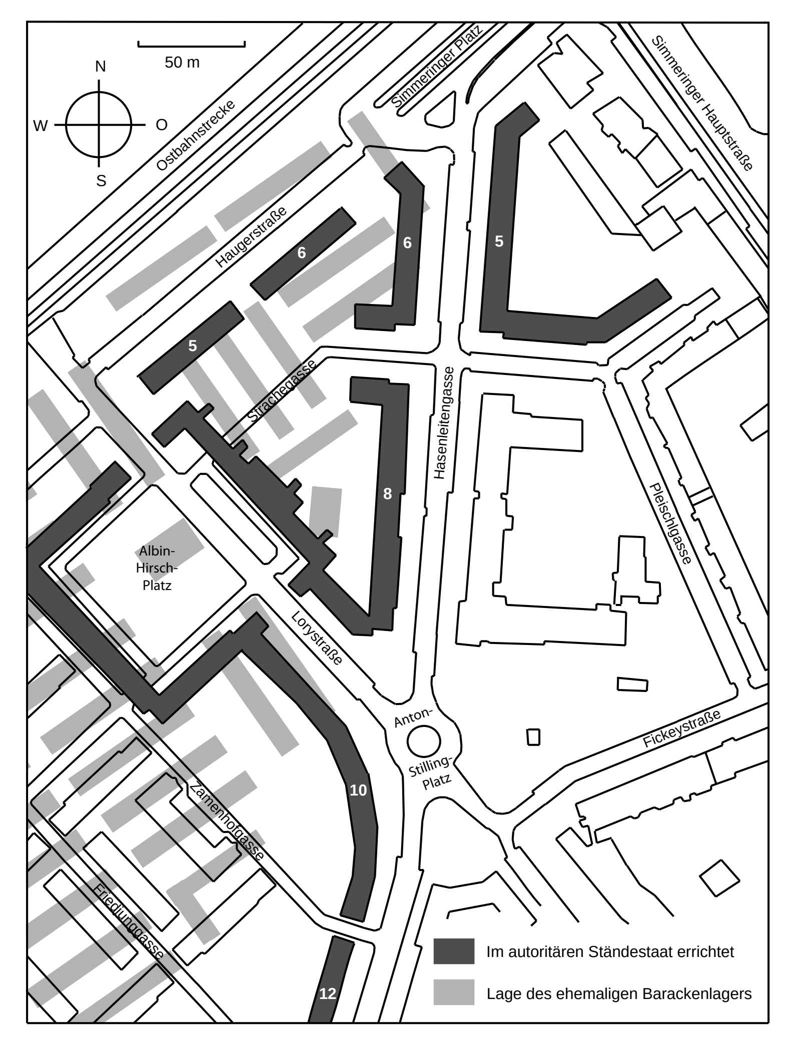
655 Verordnung des Bürgermeisters vom 01.08.1936, LGBl. Nr. 11/1936, in: Magistratsabteilung 35, 36 und 37, Die baubehördlichen Angelegenheiten, in: Wiener Stadtbauamt (Hg.), Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts, Bd. 2, 1974, S. XVIII/14.

656 Die Gemeinde legte aus nahe liegenden ideologischen Gründen der *Rekollektivierung* des Arbeiters und ökonomischer Kostenersparnis von Aufschließungen ihr Hauptaugenmerk auf mehrstöckige und dichte Verbauung von Siedlungen. Innerhalb dieser durchgeplanten und -gedachten Anlagen ließen sich auch die sozialdemokratischen Gemeinschafteinrichtungen verwirklichen. Eigenheimsiedlungen und Schrebergärten als Streusiedlungen waren zwar geduldet, wurden aber weitgehend nicht unterstützt, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 116 f. Gebaut wurden die ersten drei Siedlungen Hermeswiese, Weißenböckstraße und Freihof von beamteten Architekten des Magistrats. Ab 1926 wurden auch private Architekten hinzugezogen, vgl.: Ebd., S. 106.

657 Die Gemeinde rechtfertigte die mehrstöckige Siedlungsbebauung am *Kongress des Internationalen Verbandes für Städtebau, Landesplanung und Gartenstädte* 1926 in Wien durch die geringeren Aufschließungskosten, die kleinen Flächen und die schnellere Beseitigung der Wohnungsnot, vgl.: Ebd., S. 160 f.

658 1937 wurde auch die Auflösung der zweiten Kriegsspital-Baracken-Siedlung in der XIII., Linzer Straße 299 angedacht, vgl.: Franz Musil, Wien erneuert sich, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 89, Heft 19/20, Wien, 1937, S. 119; Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier – Die

Abb. 67 Überbauung des *Russenlagers* in der XI., Hasenleitengasse durch den Umbau zur Gartenstadtsiedlung. Um die Barackenkirche wurde 1937 der Albin-Hirsch-Platz als Zentrum der Siedlung errichtet. (Andreas Suttner 2016).



Projekt, geplant vom Architekten Morzin Aemilian Servé, konnte jedoch im Ständestaat nicht mehr vom *Wiener Stadtbauamt* vollendet werden.[659] Die NS-Verwaltung übernahm die bereits im Bau befindlichen Wohnblöcke im Gebiet Alt-Simmering – Hasenleitengasse 5, 6–8, 10–14; Haugergasse 3–5; Strachegasse 13 und erweiterte die Siedlung bis 1940. Ein im Ständestaat entstandenes Kloster in der Hasenleitengasse 9 wurde zur Schule umfunktioniert.[660] Im Gegensatz zu allen anderen auf Österreich bezogenen Projekten zur Besei-

Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938–1939, Wien, 1996, S. 99.

659 Kassal-Mikula, Purtscher, Haiko, Tabor, Das ungebaute Wien, 1999, S. 319.

660 Weihsmann, Bauen unterm Hakenkreuz, 1998, S. 1042 f.

tigung von Elendswohnungen im nationalsozialistischen Deutschland wurde der Bau dieser Siedlung von der NS-Verwaltung der Gemeinde Wien überlassen.[661]

Die Ab- und Umsiedlung der BewohnerInnen von Barackenlagern[662] wurde in den 1930er Jahren international diskutiert, sowohl in Europa als auch in den USA. Der Ständestaat schöpfte aus diesen Ideen und versuchte in der Hasenleitengasse zuerst einige Baublöcke herzustellen, um dann die BewohnerInnen des sogenannten *Russenlagers* laufend umsiedeln zu können.[663] Insgesamt 800 Familien mit 3.500 Menschen, davon 1.080 Schulkinder und 500 Kleinkinder, waren betroffen. Rund 90 % der Erwachsenen waren arbeitslos und *ausgesteuert*.[664] Die NS-Verwaltung hingegen beschritt einen besonders dreisten Weg. Aus Gemeindebauten zwangsweise ausquartierte jüdische BewohnerInnen wurden als sogenannte *Abrissmieter* benutzt, das Barackenlager zum zeitlich und räumlich begrenzten Anhaltelager umfunktioniert.[665]

2.3.3 Stil der Siedlungen

2.3.3.1 Stil der Stadtrandsiedlungen

Ideologisch wurde das Siedlungshaus als *Arbeiterwohnung der Zukunft* propagiert und den kleinen Zimmer-Küche-Wohnungen der Mietskasernen gegenübergestellt. Dabei wurden Reihenhaussiedlungen von 50 bis 100 Eigenheimen angedacht.[666] Die Typenentwürfe der Reihenhaus-Siedlungskonzepte waren mannigfaltig. Kreisförmige Anordnung der Siedlungshäuser mit strahlenförmigen davon ausgehenden Anbauflächen der Architekten Hermann Stiegholzer und Herbert Kastinger[667] standen neben Ideen der Verkettung von mehreren Reihenhäusern durch die dem Regime nahe stehende *Siedlungs- und Tauschgemeinschaft Baugenossenschaft mbH*.[668]

Die Stadtrandsiedlungshäusertypen, die bei einem Wettbewerb der *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs* und des *Österreichischen Werkbundes* entworfen wurden, unter-

661 Akt: Beseitigung von Elendswohnungen in Österreich, Erlass des Reichs- und Preussischen Arbeitsministers vom 17. Mai 1938, IV a 7 Nr. 3.020 Ö. 7., in: AdR BMfsV 1, 7. BWSA, Schachtel: 3408.

662 Die Bevölkerung der Elendsviertel bildete ein spezielles widerständisches Milieu, das nicht nur im Ständestaat ein andauernder Unruheherd blieb. Die Zerstreuung der BewohnerInnen hatte somit ebenfalls einen politischen Hintergrund, vgl.: Maderthaner, 1860 bis 1945, in: Csendes, Opll (Hg.), Wien, Bd. 3: 1790 bis zur Gegenwart, 2006, S. 492–494.

663 Neue Städtische Arbeitsvergebungen, in: Amtsblatt der Stadt Wien, Nr. 28, Jg. 45, 10. Juli 1937, S. 14; Weihsmann, Bauen unterm Hakenkreuz, 1998, S. 1042 f.

664 Maderthaner, 1860 bis 1945, in: Csendes, Opll (Hg.), Wien, Bd. 3: 1790 bis zur Gegenwart, 2006, S. 492.

665 Exenberger, Koß, Ungar-Klein, Nichtarier, 1996, S. 99–108.

666 Das kleine Eigenheim – die Arbeiterwohnung der Zukunft, in: Österreichische Bauzeitung, 3. Jg. Wien, Jänner 1938, Nr. 3, S. 33 f.

667 Daniel Doppelreiter, Das Siedlerdorf, in: Bundesministerium für Handel und Verkehr (Hg.), Der Siedler – Anlage – Pläne und Kosten der Stadtrandsiedlung, Wien, 1934, S. 36.

668 Aufbau in Österreich – Zeitschrift für Wirtschaftsbelebung, Bauförderung und Wohnkultur, Jg. 1, Wien, Nr. 1, April 1935, S. 2.

schieden sich jedoch vehement von diesen Reihenhaustypen. Entwurfsaufgabe des Wettbewerbes war ein Kernhaus mit 26 m^2 Wohnfläche für drei Personen. Dieses sollte bis zu einer Größe von sechs Personen erweiterbar sein. Bei der Wahl des Baumaterials wurde darauf geachtet, dass es für ungelernte Arbeitskräfte bearbeitbar blieb, um das nicht unterkellerte Haus ohne Gas- und Wasseranschlüsse und den Stall auf einer Grundfläche von 2.500 m^2 errichten zu können. Dabei durften Gesamtkosten von öS 5.500, öS 1.350 für Arbeit und Leistung und öS 4.150 für den Bau nicht überschritten werden. Die Entwürfe der Architekten Josef Proksch, Josef Heinisch und Franz Kuhn, allesamt Doppelhäuser, wurden prämiert.[669]

Das erste Stadtrandsiedlungsprojekt in Leopoldau wich 1932 von den vorhergehenden Wiener Siedlungsphasen weitgehend ab. Das Grundstück wurde von 200 m^2 auf 2.000 m^2 angehoben. Damit wurde die Idee der Reihenhaussiedlung obsolet und trat hinter die Selbstversorgungsidee zurück. Die Anordnung der Parzellen sowie Doppelhäuser wurde rasterförmig und an Hauptstraßen liegend durchgeführt. Zusätzlich wurde ein durch die *Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt*, genauer von Architekt Richard Bauer, entworfenes Kernhaus mit normierten Teilen gebaut, um die Kosten weiter zu minimieren. Statt einem Siedlungshaus der alten Bauweise oder einer Wohnung im städtischen Wohnhaus konnten nun drei Kernhäuser errichtet werden. Gleichzeitig fehlte es jedoch an den finanziellen Mitteln, eine Siedlungsinfrastruktur für das soziale Miteinander zu errichten.[670]

Die Häuser der Stadtrandsiedlung Leopoldau waren aufgrund der geringen finanziellen Mittel so klein als möglich geplant, um mehr Geld für die Wirtschaftseinrichtung der Gärten zur Verfügung zu haben. Die Größe der Wohnküche betrug 10,5 m^2 und die des Schlafraumes 9,5 m^2. Der Dachboden hatte ein Ausmaß von 20 m^2. Die Häuser hatten einen gedeckten Vorplatz von 4 m^2 und einen Kleintierstall von 10 m^2.[671] Die Umfassungsmauern wurden aus Hohlziegeln, bestehend auf einem Betonfundament, ausgeführt. Der einfache Kehlbalkendachstuhl und die Decke waren aus Holz, der Fußboden aus Beton und der Stall eine holzverschalte Riegelwandkonstruktion.[672]

Die Haustypen der Nebenerwerbssiedlungen im Dollfuß-/Schuschnigg-Regime bestanden allesamt aus einem Zimmer und einer Wohnküche einschließlich Vorraum, alles in Ziegelbauweise ausgeführt. Angeschlossen waren aus Holz konstruierte Wirtschaftsräume wie eine Wasch- und Futterküche, ein Stall für Kleintiere und ein Keller. Der über eine Holzstiege erreichbare Dachboden konnte zum Schlafraum umfunktioniert werden. Zur Ausstattung der Siedlerstellen gehörten eine betonierte Kompostanlage, ein Abort und

669 Wettbewerb der *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs* und des *Österreichischen Werkbundes* für Entwürfe von Siedlungshäusern, in: Bundesministerium für Handel und Verkehr (Hg.), Der Siedler, 1934, S. 36.

670 Novy, Förster, Einfach bauen, 1991, S. 33.

671 Ausgeführte Siedlungen – Stadtrandsiedlung Leopoldau (Wien) von Philipp Knab und Architekt Richard Bauer, in: Bundesministerium für Handel und Verkehr (Hg.), Der Siedler, 1934, S. 36.

672 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 109.



Abb. 68 Doppelsiedlungshäuser der Stadtrandsiedlung Leopoldau von Richard Bauer, die von der konservativen Bundesregierung als *Arbeiterwohnung der Zukunft* ideologisiert wurden. (Anonym um 1930).

ein Schlagbrunnen.[673] 1935 wurden diese Kernhaustypen von den Architekten Josef Heinzle und Anton Ubl in der Nordrandsiedlung Leopoldau verwirklicht. Wohnküche und Schlafraum waren bei Heinzle 25,98 m² und bei Ubl 27,38 m² groß und damit ein wenig größer als Richard Bauers Kernhaustyp. Der Wirtschaftsteil mit Stall nahm 14,35 m² bis 18,89 m² ein. Der Dachboden wurde für einen weiteren Ausbau konzipiert. Ausgeführt wurde der Haustyp Heinzles jeweils aus Holz und aus Ziegel, Ubls Haustyp in kombinierter Holz-Ziegel-Bauweise. Die Kosten der Häuser beliefen sich mit rund öS 8.034 etwas höher, als veranschlagt.[674] Die Häuser waren jedoch, wie 1936 festgestellt werden musste, aufgrund sparsamer Bauweise von kurzer Lebensdauer.[675]

673 Rosche, Siedlungswesen, in: Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 89, Heft 19/20, Wien, 1937, S. 122.

674 Zimmerl, Kübeldörfer, 2002, S. 144 f.

675 Nationalrat a. D. Pistor über aktuelle Fragen des Siedlungs- und Wohnungswesen, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, Jänner 1936, Nr. 4, S. 38.

2.3.3.2 Stil der Gartenstadtsiedlung am Wienerberg

Die an der X., Weitmosergasse errichteten 17 Doppelhäuser und ein Einzelhaus wurden als Reihenhaussiedlung konzipiert und hatten jeweils rund 1.200 m² Grund.[676] Sie lagen den 188 Häusern der durch das *Rote Wien* erbauten einzigen Eigenheimsiedlung X., *Am Wasserturm* gegenüber und bildeten den Eingang zum Erholungsgebiet Wienerberg.[677] Die Häuser wurden mit dünnwandigen Hohlziegelwänden errichtet und 1938 mit Heraklitplatten gedämmt.[678]

Eine Haushälfte hatte eine Grundfläche von annähernd 52 m². Der straßenseitig gelegene Eingang führte in einen zentral gelegenen Vorraum, der den Anschluss an die Treppe nach oben und alle Räume garantierte. Rechter Hand vom Vorraum waren das Bad, WC und die 9,6 m² große Küche gelegen. Die andere Seite des Hauses wurde von einem rund 22,8 m² großen Zimmer dominiert. Im Dachausbau des Satteldachs befanden sich ein



Abb. 69 Doppelhäuser der Gartenstadtsiedlung am Wienerberg in der X., Sickingengasse 22–28, errichtet von 1935 bis 1937. (Foto Gerlach 1937).

---

676 Für die gesamte Anlage wurde 1936 ein Kostenvoranschlag von insgesamt öS 497.700 errechnet, vgl.: Baltzarek, Bundeshauptstadt, in: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), Wiener Geschichtsblätter, 29. Jg., Wien, 1974, Sonderheft 2, S. 80 f.

677 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 261 f.

678 J. G. Cammerer, Der praktische Wärmeschutz von Heraklitplatten, in: Heraklit-Rundschau, August 1938, 10 Jg., Nr. 3, S. 2.

Schlafzimmer und ein kleineres Kabinett.[679] Die Häuser waren damit für damalige Verhältnisse sehr modern ausgestattet.[680]

Fünf der von André Roder ausgeführten Hauszeichen sind noch an den Häusern in der Weitmosergasse erhalten. Sie dienten der Individualisierung der baugleichen Haustypen und hatten durchwegs religiöse Inhalte: am Haus Nr. 3 *St. Severin*, an der Nr. 15 *St. Kl. M. Hofbauer*, am Haus Nr. 25 *St. Rupert*, *St. Josef. D. n.* am Haus Nr. 39 und *St. Johannes d. T.* am Haus Nr. 57.

2.3.3.3 Stil der Wüstenrot-Eigenheim-Plansiedlung

Neben Nothäusern für die Arbeitslosen entstanden auch Eigentumshäuser für den Mittelstand. Beispielsweise schrieb die *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs* 1936 einen Wettbewerb für eine Bausparer-Mustersiedlung aus, der vom *Bundesministerium für Handel und Verkehr* unterstützt wurde. Ziel war ein einheitliches Aussehen und eine damit einhergehende Normierung der Häuser im Bezug auf Fenstergröße, Türgröße, Situierung, Dachneigung, Dachdeckung und Einfriedung der Objekte. Die Bauoberleitung der im selben Jahr durch die *Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot* am Bierhäuselberg in Wien XIV begonnenen Siedlung übernahm Architekt Alexander Popp.[681] Das eigens entworfene Konzept der *Eigenheim-Plansiedlung* sah eine einheitlich durchgebildete Eigenheimkolonie vor. Für die 26 Bauparzellen waren vier Haustypen[682] vorgesehen, die zeitgleich errichtet werden sollten.[683] Dieses Bauspar-Eigenheim-Plansiedlungskonzept wurde von Popp, laut Eigenaussage 1937, als nur unter einer starken Staatsautorität verwirklichbar ideologisiert.[684]

Stilistisch wurde eine Abkehr von internationalen Lösungen des modernen Bauens propagiert. Die „kalte, nüchterne Sachlichkeit“ *unterlag* bei den Entwürfen „dem anheimelnden Reiz alter, deutscher Bauten“. Ein Rückgriff auf „eine heimische, traditionelle

679 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wohnungs- und Siedlungswesen, 1937, S. 17.

680 Baltzarek, Bundeshauptstadt, in: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), Wiener Geschichtsblätter, 29. Jg., Wien, 1974, Sonderheft 2, S. 80 f.

681 Alexander Popp, Die Musterwohnsiedlung am Bierhäuselberg bei Wien, in: Österreichische Bauzeitung, 1. Jg. Wien, September 1936, Nr. 26, S. 318; Norbert Mayr betont, dass widersprüchliche Quellen über die Bauoberleitung Popps existieren. Einerseits soll es eine Beauftragung durch Clemens Holzmeister gegeben haben, andererseits aber den direkten Wunsch der Bausparkasse Wüstenrot, vgl.: Mayr, Mustersiedlung, in: Nierhaus, Orosz (Hg.), Werkbundsiedlung, 2013, Ausstellungskatalog, S. 254.

682 Zum Vergleich: Die Holzhäuser der Stadtrandsiedlungen kosteten rund öS 5.500, die Häuser der Bierhäuselbergsiedlung je nach Größe zwischen öS 22.000 und öS 50.000. Nimmt man den Durchschnittslohn eines Bauarbeiters der Siedlung Wolfersberg von öS 1,13 im Jahre 1936 dazu, kann man leicht die Dimensionen der Kosten ermessen. Der Preis pro m² betrug in der Siedlung Bierhäuselberg alleine öS 4, vgl.: Trübswasser (Hg.): Ergänzungen zur Jubiläumsbroschüre, 1990, S. 6.

683 O. Ponholzer, Die Wüstenroter Mustersiedlung in Wien – Siedlungen aus einem Guß, in: Das Wüstenroter Eigenheim, Jg. 1935, Mai, Salzburg, S. 122–125.

684 Der Plansiedlungsgedanke in der Welt, in: Bausparen in Österreich, Jg. 1937, Nr. 3, Salzburg, S. 92. Popp war am 1. Januar 1934 der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei* als illegales Mitglied beigetreten, vgl.: Lackner, Alexander Popp, 1991, Ausstellungskatalog, S. 18.

Bauweise“ des Wohnungsbaus sollte es ermöglichen, Häuser zu „gestalten, die gemütlich und behaglich sind, Heime, in denen man sich wohlfühlen kann.“ Ziel des Wettbewerbes war es, „das alte Bürgerhaus wieder zum Leben zu erwecken“.[685] Es verwundert daher nicht, dass moderne Stilmittel wie Glasflächen und Flachdächer, die beispielsweise die Wiener Werkbundsiedlung geprägt hatten, als „von jüdischem Geist angekränkelte Bauschöpfungen“[686] abgelehnt wurden.[687] Trotzdem dominiert ein strenger sachlicher Stil mit architektonischen Elementen des städtischen Hausbaus wie etwa französischen Fenstern und asymmetrischen Satteldächern die Häuser der Siedlung.[688] Von der taylorisierten Aufteilung der Räume und der stilistischen Sachlichkeit der Fassaden waren die Häuser eher vergleichbar mit dem Baustil der durch den Assanierungsfonds unterstützten Kleinhäuser sowie der durch die Bundesregierung ab 1937 geförderten Eigentumshäuser.

Die Grundfläche der einzelnen, zweigeschossigen Wohneinheiten betrug zwischen 50 und 60 m² und war damit eindeutig größer als die der Kernhäuser der Stadtrandsiedlungen. Bei allen ausgeführten Häusern waren im Erdgeschoss die Küche, das Esszimmer und das Wohnzimmer in getrennten Räumen untergebracht. Die Küche lag mit dem Vorzimmer, WC und Stiegenaufgang im Norden des Grundrisses, Esszimmer und Wohnzimmer zeigten ausschließlich nach Süden. Die oberen Räume waren für südlich gelegene Schlafzimmer und Schlafräume reserviert. Im Norden des ersten Stockes lag wahlweise ein Arbeitsraum, ein nicht näher bezeichnetes Zimmer und ein Bad bzw. eine Dusche. Einige der Häuser waren unterkellert.

Die größere Type A der Architekten Winkler und Kraft war als zweigeschossiges Doppelwohnhaus konzipiert. Wie an den meisten Häuseren der Siedlung wurden Erker mit französischen Fenstern ausgeführt. Die Architektengemeinschaft Adolf Paar und Hans Paar sowie der Architekt Anton Hoch errichteten 1936/37 jeweils ein alleinstehendes zweigeschossiges Einfamilienhaus. Eine Besonderheit stellt das vom Architekten Theodor Schöll errichtete ebenerdige Einfamilienhaus auf einer Grundfläche von 83 m² dar. Er richtete Zimmer, Schlafraum und Essnische nach Süden aus, Küche, Bad und Arbeitszimmer nach Norden. Ein zentral gelegener Vorraum, der durch einen westlich gelegenen Windfang betreten werden konnte, diente als Verteiler in alle Räume.[689]

Die EigentümerInnen der von der *Bausparkasse Wüstenrot* errichteten Häuser wurden nach Fertigstellung der Eigenheimsiedlung Bierhäuselberg verpflichtet, individuelle Hauszeichen, also *Kunst am Bau*, an ihren Plansiedlungshäusern anzubringen. Dafür wurde 1937 sogar eigens ein Wettbewerb veranstaltet.[690] Was der Ständestaat im Großen versuchte,

---

685 Ponholzer, Mustersiedlung, in: Das Wüstenroter Eigenheim, Jg. 1935, Mai, Salzburg, S. 137.

686 Otto Kampmüller, Auf dem Weg zur Plansiedlung – Wüstenroter Siedlungsarbeit in der Ostmark, in: Das Wüstenroter Eigenheim, Jg. 1938, Nr. 8/9, Salzburg, S. 220

687 Meder, Offene Welten, 2003, Dissertation, S. 550 f.

688 Mayr, Mustersiedlung, in: Nierhaus, Orosz (Hg.), Werkbundsiedlung, 2013, Ausstellungskatalog, S. 255.

689 Die Wüstenroter Bierhäuselberg-Siedlung, in: Das Wüstenroter Eigenheim, Jg. 1937, Juli/August, Salzburg, S. 122–125, S. 237–241.

690 Dabei wurde mit verschiedensten Techniken experimentiert: Steinmetzarbeiten, gebrannter Ton, Terrakotta, glasierte



Abb. 70 1936 am XIV., Freesienweg 8–6 errichtetes Doppelwohnhaus der größeren Type von den Architekten Winkler und Kraft. (Andreas Suttner 2016).



Abb. 71 Einfamilienhaus mit Zeltdach und Hauszeichen am Eckerker am XIV., Freesienweg 2, 1936 erbaut von Adolf Paar und Hans Paar. (Andreas Suttner 2016).



Abb. 72 Drei innerhalb des Assanierungsfonds entstandene Zweifamilienhäuser in der XVIII, Bastiengasse 111 (1936/37), 113 (1936), 115 (1936/37). (Martin Gerlach 1937).

die Historisierung der Stadt bei gleichzeitigem Abriss historischer Gebäude, kann der *Bausparkasse Wüstenrot* aber nicht unterstellt werden. Das Hauszeichen diente eher als Schmuckelement für die sachlichen Fassaden der wenigen Haustypen der durchkonstruierten Plansiedlung. Damit sollte die Individualität der einzelnen Häuser und auch die ihrer BesitzerInnen hervorgehoben werden. Gleichzeitig sollte dadurch die Gemeinschaftsbildung, die das *Rote Wien* konform des politischen Ideals der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* innerhalb seiner gleichförmigen Reihenhaussiedlungen propagiert hatte, weitgehend unterbunden werden.

2.3.3.4 Eigentumshäuer im Assanierungsfonds und *Kleinwohnungshausförderungsgesetz*

Hier muss angemerkt werden, dass die stilistischen Vorstellungen vom Kleinhausbau des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* 1937 durch seine mitwirkenden Architekten weitaus offener als die der *Eigenheim-Plansiedlung* am Bierhäuselberg waren. Otto Rudolf Hellwig und Richard Bauer zitierten, neben anderen Lösungsvarianten, Beispiele aus der Wiener

---

Feinkeramik, geschmiedetes Eisen, getriebenes Kupfer, Holzschnitzerei, Mosaik, Fresko, Sgraffito, Hinterglasmalerei, Intarsia aus Tonscherben, vgl.: Klemens Frömel, „Kunst am Haus" – Betrachtungen anläßlich des Wettbewerbes, in: Das Wüstenroter Eigenheim, Jg. 1937, Mai, Salzburg, S. 124 f.



Abb. 73 Im Assanierungsfonds 1935/36 entstandenes Dreifamilienhaus in der XIX., Scheibengasse 4. (Foto Gerlach 1937).



Abb. 74 Privates Wohnhaus von 1935/36 in der XIII., Dostojewskigasse 22–24 von Robert Kalesa. (Foto Gerlach 1937).



Abb. 75 Zweifamilienhaus des Assanierungsfonds von 1937/38 in der XIX., Eroicagasse 33. Das Haus ist nicht mehr erhalten. (Foto Gerlach 1937).

Werkbundsiedlung von Richard Bauer und Walter Loos.[691] Trotz der stilistischen Vielfalt der in den Selbstdarstellungsbroschüren der ständestaatlichen Gemeindeverwaltung von 1935 und 1937 vorgestellten Häuser[692] entsprach diese aber keineswegs der Realität des ständestaatlichen Mehrfamilienhausbaus. Vorwiegend kam ein Haustyp zur Ausführung, der zwei oder drei übereinanderliegende Einfamilienwohnungen mit einer im Wohnungsverband integrierten gemeinsamen Stiegenhausanlage auf einer nahezu quadratischen Grundfläche verband. Diese Kuben waren nach oben hin fast durchgehend mit einem flachen Zelt- oder Walmdach abgeschlossen.

Gerade diese Art des Kleinhausbaus der 1930er Jahre zeigt, laut Iris Meder, den starken Einfluss von Josef Frank und der *Wiener Schule*. Franks in der Wiener Werkbundsiedlung errichtetes kubisches Haus mit Flachdach[693] kann leicht mit dem von Baumeister Max Schandl errichteten Kleinfamilienhaus innerhalb des Assanierungsfonds in der Trummelhofgasse 7 in Wien XIX verglichen werden. Franks Dachlösung wurde im Hausbau des

691 Pawlik, Hellwig (Hg.), Das Kleinwohnungshaus, 1937, S. 36 f.

692 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wiener Assanierungsfonds und der Wiener Hausreparaturfonds, 1935, S. 25–30; Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wiener Assanierungsfonds, 1937, S. 55–61.

693 XIII., Woinovichgasse 32.

Ständestaats weitgehend zurückgenommen und durch ein flaches Walm- oder Zeltdach ersetzt.[694]

Durch die Errichtung dieser mehrgeschossigen Kuben konnte die *Wiener Bauordnung* von 1930 für den Mehrfamilienhausbau auf einfachste Art umgesetzt werden. Zusätzlich war eine intensive Ausnutzung auch kleiner Grundstücke gegeben.[695] Die sachlichen Fassadenlösungen dieser oftmals durch Baumeister und nicht durch Architekten erbauten Häuser sind sehr schlicht. Wenige der Objekte durchbrechen die Fassadengestaltung mittels Balkonen, Erker oder Terrassenanbauten.

2.3.3.5 Stil der Siedlung Hasenleitengasse

Die Siedlung Hasenleitengasse stellt die einzige größere Reihenhausverbauung des Ständestaates in Wien dar. Sie wurde im Zuge des internationalen Diskurses zur Elendsviertel- und Kriegsbarackensanierung projektiert. An Stelle der ehemaligen Lazarettbaracken[696] sollten in mehreren Etappen insgesamt dreißig Baublocks mit 1.200 Wohnungen entstehen.[697] Die Größen der in den ersten sechs Wohnblocks aufgeteilten 421 Kleinwohnungen wurden wie im Mietshaus- und Kommunalbau mit 23, 29 und 35 m² veranschlagt. Das *Stadtbauamt* konzipierte im autoritären Ständestaat den Löwenanteil der bis 1940 erstellten 564 Wohnungen. Unter NS-Verwaltung wurden die Wohnungsgrößen auf 46, 53, und 56 m² angehoben und damit deutlich vergrößert.[698]

Die mehrstöckigen Gebäude erinnern an eine Mischung aus kommunalem Wohnbau, Gartenstadt und NS-Volkswohnungsbau. Obwohl versucht wurde, die Ähnlichkeit mit Siedlungen des *Roten Wien* weitgehend zu vermeiden, ist ein Vergleich möglich. In den als Zeilen- und Blockrandbebauung ausgeführten Wohnhäusern wurden auch kommunale Einrichtungen geplant, in diesem speziellen Fall die Errichtung eines Klosters[699] als *religiöse Infrastruktur*. Interessant erscheint ebenfalls das Zentrum der Siedlung, der 1937 um die ehemalige Barackenkirche errichtete Albin-Hirsch-Platz, der konform ständestaatlicher Ideologie die Kirche in den Mittelpunkt der Großverbauung rückte.[700]

Die schlicht-sachliche Ausführung der Fassaden wurde ohne Dekor oder Balkone bewerkstelligt. Nur die Anordnung der Sprossenfenster und der versetzten Stiegenhäuser gliedern die zwei- bis dreigeschossigen Gebäude um den Albin-Hirsch-Platz. Breite monumental anmutende Durchgänge mit runden Säulen führen in die Höfe der weitläufigen Siedlung.

---

694 Meder, Offene Welten, 2003, Dissertation, S. 547.

695 Leicht zu sehen beim Haus XIII., Zichygasse 3, das gleich mehrere Wohnungen übereinander vereint. Das schmale Grundstück und die Höhe des Hauses zeigen die besondere Raumausnutzung.

696 Die Baracken mit je drei hintereinander angeordneten Wohneinheiten waren rund 80 m lang und 13 m breit, vgl.: Stadt Wien – Wiener Wohnen (Hg.), Gemeinde baut. Wiener Wohnbau 1920 bis 2020, Wien, 2014, S. 24.

697 Ebd., S. 26.

698 Weihsmann, Bauen unterm Hakenkreuz, 1998, S. 1042 f.

699 Das Kloster wurde nach dem Anschluss in eine Schule sowie einen Kindergarten umgebaut.

700 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 271.



Abb. 76 Fertig gestellte Häuser in der XI., Hasenleitengasse 6—14 im Jahr 1937. Die Gartenstadtsiedlung wurde von Morzin Aemilian Servé geplant. (Martin Gerlach 1937).

In der Hasenleitengasse 5 und 6 sowie der Haugerstraße 3 und 5 wurde eine Blockrandbebauung mit dreigeschossigen, in der Strachegasse mit zwei- und dreigeschossigen Wohnbauten errichtet. Nach oben abgeschlossen werden die Wohnhäuser mittels Walmdächern, die in der Zweiten Republik fast durchgehend mit Dachgaupen ausgebaut wurden.

2.3.3.6 Die Schrebergartenhäuser

Die Sommerhütten der Schrebergärten waren mit einer Gesamtgröße bis zu 50 m² sehr knapp bemessen. Die Ausführung in Holz- und Leichtbauweise diente weitgehend den ökonomischen Interessen der KleingartenbesitzerInnen,[701] die damit einen bewohnbaren Unterstand für ihre Anbaufläche besaßen. Die oftmals zweigeschossigen, individuell gebauten Hütten haben aber keinerlei architektonische Bedeutung innerhalb der Siedlungsarchitektur. Trotzdem besitzen sie als Do-it-yourself-Unterkünfte durchwegs reformpolitische Bedeutung. In ihrer Bauweise sind sie mit den Häusern der in Eigenregie durchgeführten *wilden Siedlungen* nach Ende des *Ersten Weltkriegs* vergleichbar.

701 Achleitner, Österreichische Architektur, Bd. III/3, 2010, S. 437.

2.4 Denkmal-, Kirchen- und Verwaltungsbau im Ständestaat

Die Ausgestaltung der Wohnbauten im *schwarzen Wien* blieb weitgehend ideologiefrei und wurde meist auf ihre ökonomische Funktion reduziert. Somit ging die Entwicklung in Österreich zwischen 1934 und 1938 nur bedingt konform der deutschen und italienischen ideologisch besetzten *Bauten der Bewegung*.[702] Vielmehr übernahmen Denkmäler die Aufgabe der ideologischen Verortung und stellten so ein Bindeglied zur *Österreich-* und *Heimatideologie* des autoritären Ständestaates her.[703] Daneben hatte gerade die katholische Kirche, die im Ständestaat als Mobilisierungskraft für die Massen fungierte und so die fehlende Basis der *Vaterländischen Front* kompensierte, besonderen Einfluss auf das Regime.[704] Dies manifestierte sich nicht zuletzt durch den verstärkten katholischen Kirchenbau Anfang der 1930er Jahre. Meiner Meinung nach stellten die Kirchen erste Repräsentativbauten für das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime dar und zeigten die starke Verschränkung von Kirche und Staat.[705]

Besonders spannend erscheint 1935 die Planung einer monumentalen *Frontführerschule*, die, wie später beschrieben, die Idee der Repräsentation des Regimes durch die Verschmelzung der ideologischen Bauträger des Denkmals, der Kirche und der politischen Einrichtung der *Vaterländischen Front* versuchte. Somit könnte sie als Versuch einer hybriden Monumentalbauweise, die ihren Ausdruck in Grundriss und Fassadengestaltung finden sollte, gewertet werden.

Erst 1936 sprach sich Clemens Holzmeister öffentlich für die architektonische Erneuerung von Amtsgebäuden wie Steuerämtern, Polizeistationen und Post- und Telegrafenämtern[706] aus.[707] Er schöpfte dabei aus den diktatorischen Städtebaustrategien Italiens. Dort sollte Anfang der 1930er Jahre der Neubau monumentaler öffentlicher Gebäude den Schein einer modernen und technisch versierten staatlichen Lenkung aufrechterhalten. Als Vorzeigeprojekte dienten dazu Bahnhöfe, Postämter, Brücken, Parteibauten, Stadien, Wohnbauten und Flugzeughangars.[708] So konnte neben den später ausführlicher beschriebenen Projekten der *Frontführerschule* und des Rundfunkgebäudes der *Österreichischen Radio-Verkehrs AG* (RAVAG) ab 1937 die Planung eines *Hauses der Vaterländischen Front* für

---

702 Feller, Baupolitik, 1991, Diplomarbeit, S. 58 f.

703 Ebd., S. 64.

704 Ebd., S. 92 f.

705 Die kirchlichen Bauten sind heutzutage teilweise mit Gedenktafeln versehen, die auf die Umstände ihrer Entstehung hinweisen und den autoritären Ständestaat thematisieren. Beispielsweise distanziert sich der Pfarrgemeinderat der XV. Christkönigkirche seit 2010 mit einer eigenen Tafel von allen autoritären Aspekten der Politik von Seipel und Dollfuß.

706 Umgesetzt wurde dies z. B. 1936/37 vom beamteten Architekten der Postdirektion Leopold Hocheisl in der XVII., Wattgasse 56–60, vgl.: Achleitner, Österreichische Architektur, Bd.III/2, 2010, S. 185.

707 Der Blaue Adler – Verband zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Hg.), Mitteilungen des Blauen Adler – Zwei Jahre Blauer Adler, Jg. 2, Nr. 4, Wien, 1936, S. 19.

708 Mattioli, Architektur und Städtebau, in: Mattioli, Steinacher (Hg.), Faschismus, 2009, S. 20 f.

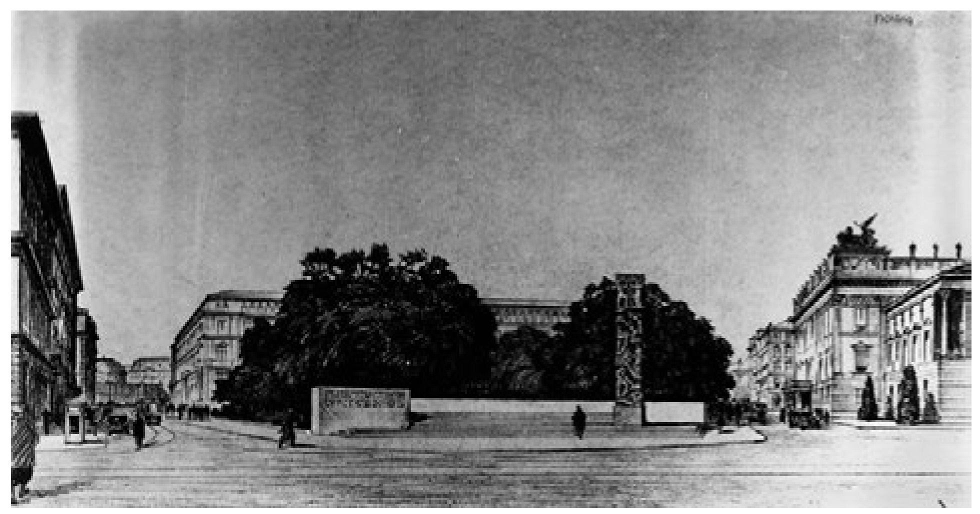


Abb. 77 Preisgekrönter Wettbewerbsentwurf für das Denkmal der Arbeit am I., Dr.-Karl-Renner-Ring von Siegfried Theiss, Werner Theiss, Hans Jaksch und Ferdinand Opitz. (Martin Gerlach 1935).

die Teilorganisationen, eines Hauptpostgebäudes,[709] einer Flugzeughalle in Aspern und eines Neubaus des Messegeländes[710] initiiert werden. Sie sollten als Beispiele repräsentativer Monumentalarchitektur[711] verwirklicht werden.[712] Fast alle Projekte wurden durch die Machtübernahme der NationalsozialistInnen zum Erliegen gebracht, einzig das Rundfunkgebäude konnte gänzlich fertig gestellt werden.

709 Der Wettbewerb für ein Hauptpostgebäude, im Stubenviertel zwischen Fleischmarkt, Laurenzerberg und Dominikanerbastei gelegen, wurde im Sommer 1937 gemeinsam vom Ministerium für Handel und dem *Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein* ausgerufen. Trotz des Anschlusses wurde der Wettbewerb weitergeführt und durch eine Jury, die den Wünschen der NS-Verwaltung entsprach, am 30. April 1938 beurteilt. Von 27 eingereichten Projekten wurden die Entwürfe von Heinrich Schmid und Hermann Aichinger, Josef Vytiska und Josef Demetz sowie Fidelius Schmid und Kurt Leschinger prämiert, vgl.: Prokop, Hauptpostgebäude, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 426–429; Prokop, Rudolf Perco, 2001, S. 334, 339.

710 Der Anfang 1938 ausgeschriebene Wettbewerb zur Neubebauung des Ausstellungs- und Messegeländes im II. Bezirk, im Geviert Ausstellungsstraße, Vorgartenstraße, Meiereistraße und Hauptallee, konnte durch den Anschluss nicht mehr ausgeführt werden. Das Siegerprojekt von Max Fellerer und Eugen Wörle nahm Bedacht auf das Stadion, den Trabrennplatz und den Volksprater, vgl.: Wettbewerbe, in: Österreichische Bauzeitung, 3. Jg. Wien, Jänner 1938, Nr. 2, S. 21–23; Prokop, Rudolf Perco, 2001, S. 416.

711 Auch an der *Technischen Hochschule Wien* wurden Einzelprojekte für die Planung monumentaler Gebäude durchgeführt. Im Dezember 1937 entwarf beispielsweise Josef Dobrowolny einen Vorschlag zur Umgestaltung des VII. Bezirkes. Eine umfangreiche Stadtsanierung im Bereich Spittelberg und der umliegenden Gebiete sollte einerseits Grünflächen und andererseits einem monumentalen Gebäudezug für die Bundesregierung Platz schaffen, vgl.: Josef Dobrowolny, Ein Vorschlag für die Umgestaltung des 7. Wiener Gemeindebezirkes, Wien, 1937, Dissertation, S. 48 f.

712 Prokop, Rudolf Perco, 2001, S. 333.

In Deutschland, Italien und der Sowjetunion wurde, laut Bodenschatz, schon ab 1933 eine *überzogene Monumentalisierung* der Architektur innerhalb eines Wettbewerbes der drei politischen Systeme begonnen, die gravierende Folgen für eine diktatorische Neuordnung der europäischen Großstädte hatte.[713] Ursache für den verspäteten Bau der ideologiebesetzten monumentalen Bauten in Österreich könnten durchaus die fehlenden finanziellen Mittel gewesen sein und nicht, wie oftmals behauptet, die verspätete Reaktion des Regimes. Ich weise schon jetzt auf ähnliche Finanzierungsstrategien bei der Durchführung von Kirchen- und Repräsentativbauten hin.

2.4.1 Die Denkmäler des Ständestaates

Kurz nach der Errichtung des autoritären Ständestaats wurde das *Denkmal der Republik*[714] als wichtigstes republikanisch-demokratisches Symbol mit Kruckenkreuzfahnen verhüllt. An dessen Stelle wurde die Errichtung eines *Denkmals der Arbeit* zur Befriedigung der Arbeiterschaft als ein erstes Projekt des neuen Regimes geplant. 1934 wurde dafür ein Wettbewerb initiiert,[715] den Siegfried Theiss, Hans Jaksch, Werner Theiss und Franz Opitz gewannen. Das Denkmal kam jedoch nicht zur Aufstellung.[716]

Die ideologische Umwertung von symbolischen Orten des *Roten Wien* wurde im Ständestaat weitgehend durch Verhüllungen, weniger durch forcierten Abriss sozialdemokratischer und republikanischer Denkmäler bewerkstelligt. Die Initiative für Abtragungen ging meist nicht vom Regime und der Verwaltung aus, sondern von Privatpersonen.[717] Die Umbenennung von symbolischen Straßennamen in sogenannte *unpolitische* wurde von der Verwaltung bis Dezember 1934 hingegen sehr schnell durchgeführt.[718] Trotzdem kam es zu verwaltungstechnischen Verzögerungen, wodurch beispielsweise der Karl-Marx-Platz bis zum 1. Februar 1936 bestehen bleiben konnte.[719]

Erst mit der Ermordung von Engelbert Dollfuß während des nationalsozialistischen Putschversuches am 25. Juli 1934 wurde ein zentrales Thema für die Ausgestaltung der ständestaatlichen Denkmäler gefunden,[720] das eine umfassende Denkmalflut auslöste.[721]

---

713 Bodenschatz, Diktatorischer Städtebau, in: Mattioli, Steinacher (Hg.), Faschismus, 2009, S. 46 f.

714 Das von Anton Hanak geschaffene Denkmal wurde am 12. November 1928, dem zehnten Jahrestag der Republik, an der Ringstraße vor dem österreichischen Parlament enthüllt, vgl.: Seiter, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 420.

715 Grassegger, Denkmäler, in: Ebd., S. 497–500.

716 Vasak, Kulturpolitik, 1996, Diplomarbeit, S. 34.

717 Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 501 f.

718 Alois Sillaber, Straßennamen: Wegweiser zur Identität, in: Ebd., S. 587 f.

719 Hautmann, Hautmann, Gemeindebauten, 1980, S. 174–178.

720 Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 502.

721 Ebd., S. 497.

2.4.1.1 Denkmäler der *Vaterländischen Front*

Die Stilisierung des 1934 ermordeten Engelbert Dollfuß zu einem *Helden- und Märtyrerkanzler* und in weiterer Folge zu einem *Heiligen* war zentraler Punkt der *Österreich-Ideologie*. Die Mythisierung seiner Person als Sinnbild einer neuen Gesellschaftsordnung schlug sich in der verstärkten Ausgestaltung der Stadt mittels profaner und religiöser Denkmäler, Büsten und Gedenktafeln nieder.[722] Ein sprunghafter Anstieg der nach Dollfuß benannten Straßen und Plätze um 1934 sowie die Aufstellung von rund 58 Dollfuß-Denkmälern bis 1936 verdeutlichen die forcierte Umgestaltung der republikanischen Erinnerungspolitik durch den Ständestaat.[723]

Die Überwachung der Aufstellung von Dollfuß-Denkmälern sowie deren Durchführung und die künstlerische Bewertung waren zentral dem *Kulturreferat* des Regimes unterstellt.[724] Während kleine Denkmalprojekte unbürokratisch errichtet werden konnten, scheiterten große Projekte fast durchwegs an der Einigungsfähigkeit der *Vaterländischen Front* über deren Ausgestaltung, Ausführung und Aufstellungsorte. Die schnelle Aufbringung der nötigen finanziellen Mittel für großangelegte Denkmäler stellte aufgrund von propagandistisch unterstützten Spendenaktionen meist kein Problem dar.[725]

Vor allem die enge Verwobenheit der Kirche mit dem Dollfuß-/Schuschnigg-Regime schlug sich in der Errichtung von Dollfuß-Denkmälern in Form seines Namenspatrons, des Bischofs St. Engelbert, nieder. Wichtigstes Denkmal in Wien war das 1936 am ständestaatlichen Prestigeobjekt Wiener Höhenstraße errichtete Denkmal zur Erinnerung an den Spatenstich durch Dollfuß. Zur Ausführung kam der Siegerentwurf eines 1935 durchgeführten Wettbewerbes von Architekt Alexander Popp und Bildhauer Rudolf Schmidt.[726] 1936 wurde in der *Marienkapelle* der *Michaelerkirche* in Wien ein schon nach einem fehlgeschlagenen Attentat projektiertes Relief ausgeführt. Es stellt einen betenden Dollfuß dar und ist noch heute erhalten.

Schon kurz nach der Ermordung Dollfuß' gipfelte die am 31. Juli 1934 an die *Vaterländische Front* übermittelte Idee des Architekten Fritz Neumeier zur Errichtung eines Denkmals am Ballhausplatz in die Planung für ein monumentales Dollfuß-Nationaldenkmal. Dieses sollte die *österreichische Nation* und den *neuen Staat* versinnbildlichen.[727] Im Herbst 1934 wurde dafür eigens ein *Dollfuß-Denkmal-Referat* gegründet, dem neben den Spitzen der Regierung Schuschnigg und Starhemberg, Kardinal Innitzer und einigen Ministern, die Künstler und Architekten Max Fellerer, Karl Holey, Alfred Keller, Rudolf Kloss, Josef Müllner, Johann Popp und Michael Powolny angehörten. Die Mitglieder des Referates

722 Vasak, Kulturpolitik, 1996, Diplomarbeit, S. 11 f.

723 Sillaber, Straßennamen, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 588.

724 Vasak, Kulturpolitik, 1996, Diplomarbeit, S. 12 f.

725 Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 503.

726 Ebd., S. 508 f.

727 Ebd., S. 512 f.



Abb. 78 Das Dollfuß-Denkmal *Sankt-Engelbert-Säule* wurde an der Stelle des Spatenstichs an der Höhenstraße bei der Einmündung Krapfenwaldgasse ausgeführt. (Foto Gerlach 16.06.1936).

entschieden sich für die Errichtung dreier Denkmäler, eines *religiösen*, eines *monumentalen* und eines *lebenden*.[728]

Als *religiöses Denkmal* wurde die bereits von Robert Kramreiter projektierte Kirche auf der Hohen Wand adaptiert und am 21. Juli 1935 von Kardinal Innitzer eingeweiht.[729]

Ein *monumentales Denkmal* wurde am Ballhausplatz, in der Nähe der Todesstätte von Dollfuß, geplant. Der Wettbewerbsentwurf von Clemens Holzmeister und Hans André sah einen mit *Untersberger Forellenmarmor* verkleideten, monumentalen Steinblock[730] vor. Ein geplantes Relief sollte Dollfuß inmitten der Jugend, der Stände, Bauern, Arbeiter und Familie bei der Pflanzung eines Baumes als Symbol für das *VF-Werk Neues Leben* zeigen. Die Aufstellung des Steinblocks mitsamt Sockel,[731] auf dem der *österreichische Adler* herausgearbeitet werden sollte, war in einer künstlichen Vertiefung mit einer Treppenanlage

728 Vasak, Kulturpolitik, 1996, Diplomarbeit, S. 14.

729 Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 507.

730 Mit einer Länge von 10 m, einer Breite von 3,5 m und einer Höhe von 3,33 m.

731 Mit einer Höhe von 2,5 m.

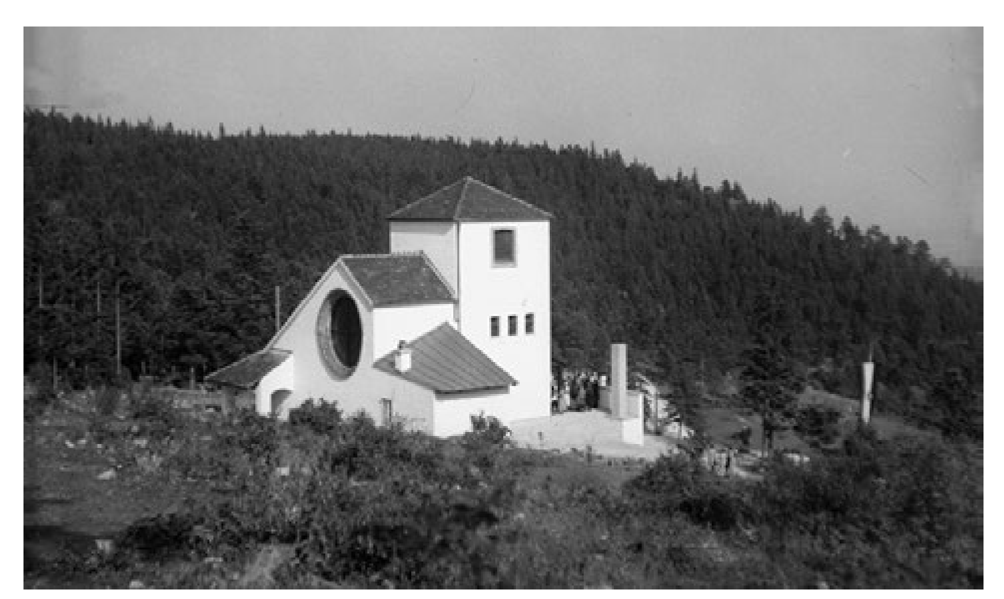


Abb. 79 Die Kirche von Robert Kramreiter auf der Hohen Wand in Niederösterreich wurde nach dem Mord an Engelbert Dollfuß zum *religiösen Denkmal* umfunktioniert. (Anonym o. J.).

angedacht. Nach der Grundsteinlegung vom 18. Oktober 1936 wurde das Denkmalprojekt nicht mehr verwirklicht.[732]

Ein *lebendes Denkmal* wurde mit der Errichtung einer *Frontführerschule* für die Jugend im Fasangarten geplant.[733] Auf dieses besondere Bauwerk werde ich bei der Beschreibung der Monumentalbauten noch genauer eingehen.

Neben den Dollfuß-Denkmälern waren die Gedenkstätten für die während des Bürgerkriegs und des Putschversuches 1934 getöteten Mitglieder der Exekutive, des Bundesheeres und der Wehrverbände im Ständestaat weit verbreitet. 1935 wurde am Wiener Zentralfriedhof ein durch einen zweitplazierten Wettbewerbsentwurf des Bildhauers Hans André und des Architekten Norbert Schlesinger von 1934 gestaltetes *Denkmal der Exekutive* errichtet. In der Wiener *Votivkirche* kam 1935 das *Denkmal für die gefallenen Sicherheitsbeamten* von Clemens Holzmeister und Carl Wollek zur Ausführung. Auch in der Siedlung Starchant wurde ein rund sechs Meter langes Denkmal für die Gefallenen des *Heimatschutzes* und Bundesheeres, die Angehörige der christlichen Gewerkschaft waren, aufgestellt.[734] Gleich in der Nähe befand sich das 1935 enthüllte, drei Meter hohe

732 Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 515 f.

733 Vasak, Kulturpolitik, 1996, Diplomarbeit, S. 16.

734 Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 523–525.

Denkmal für die Gefallenen des *Wehrbundes*[735] und des *Freiheitsbundes*[736] von Carl Philipp.[737] Die 1935 erbaute Dollfuß-Kirche auf der Hohen Wand diente ebenfalls dem Gedenken der während des Bürgerkrieges getöteten Exekutivbeamten und Angehörigen der Wehrverbände.[738]

2.4.1.1 Denkmäler und *Österreich-Ideologie*

Neben den Dollfuß-Denkmälern und den Denkmälern für die Gefallenen des Bürgerkrieges versuchte der autoritäre Ständestaat, konform der politischen *Österreich-Ideologie*, einen Rückgriff auf die *ruhmreichen Vergangenheit Österreich-Ungarns*. Dabei standen jedoch, trotz Naheverhältnis Schuschniggs zu legitimistischen Kreisen, keinerlei restaurative Gedanken im Vordergrund. Der während des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes propagierte *Habsburger-Mythos* sollte einzig der Durchsetzung eines *Österreich-Bewusstseins* durch die Belebung *altösterreichischer Traditionen* dienen.

In diesem Sinne wurde ab 1934 die Errichtung eines *Kaiser-Franz-Joseph-Denkmals* in zentraler Lage in Wien angedacht. Dafür wurde eigens die *Vereinigung zur Errichtung eines Kaiser-Franz-Joseph-Denkmals* gegründet, die unter dem Ehrenschutz des Bundespräsidenten und der Bundesregierung stand.[739] Dem Komitee gehörten die Spitzen der *Vaterländischen Front* an. Insgesamt wurden drei Wettbewerbe initiiert, von dessen Entwürfen keiner zur Ausführung kam.

Beim ersten von der Stadt Wien ausgeschriebenen Wettbewerb 1936 wurde noch kein expliziter Standort angegeben. Siegerprojekt war der Entwurf von Clemens Holzmeister und Hans André für ein Denkmal am I., Michaelerplatz.

Ein zweiter Wettbewerb wurde im selben Jahr von der *Österreichischen Radio-Verkehrs AG* und der *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs* ausgeschrieben, bei dem die Aufstellung des Denkmals schon in eine städtebauliche Lösung für den heutigen IX., Votivpark und IX., Sigmund-Freud-Park[740] angedacht war. Sieger waren Theiss, Jaksch

---

735 Der bürgerliche *Wehrbund* wurde am Beginn der jungen Republik als Gegenstück zum sozialdemokratischen *Wehrverband* errichtet. Damit konnte der starke sozialdemokratische Einfluss im österreichischen Bundesheer zurückgedrängt werden.

736 Der *Freiheitsbund* wurde 1927 als Wehrverband der christlichsozialen Gewerkschaften gegründet. Er lag im Widerstreit mit den Sozialdemokraten und der *Heimwehr*. 1936 wurde er im Zuge der Entstehung der *Frontmiliz* aufgelöst.

737 Erst 1992 wurde das ständestaatliche Denkmal, das nach dem Krieg bei der Küffner Sternwarte wieder errichtet wurde, endgültig abgetragen und dem Historischen Museum der Stadt Wien übergeben, vgl.: Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 517.

738 Ebd., S. 507.

739 Ebd., S. 533.

740 Die Standortwahl wurde schon kurz nach dem Tod des Kaisers 1916 vom Architekten Friedrich Ohmann für die Errichtung eines *Franz-Joseph-Monuments* präferiert. Neben der Aufstellung eines *Kaiser-Franz-Joseph-Denkmals* sollten weitere Denkmäler und ein Habsburgermuseum zur Ausführung kommen, vgl.: Seiter, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 416. Im Ständestaat gelangten auch wieder Habsburgerskulpturen aus den Depots zur Aufstellung, vgl.: Vasak, Kulturpolitik, 1996, Diplomarbeit, S. 18.



Abb. 80 Mit dem *Österreichischen Heldendenkmal* im äußeren Burgtor wurde 1934 das wichtigste Denkmal des Ständestaates geschaffen. (Albert Hilscher um 1934).

und Theiss,[741] deren Projektentwurf schon 1936 einen Übergang zum Monumentalismus verdeutlichte.[742]

Ein dritter Wettbewerb sah 1937 das Denkmal in der Nähe der neuen Hofburg in Wien I vor und wurde durch die *Vereinigung zur Errichtung eines Kaiser-Franz-Joseph-Denkmals* ausgeschrieben.[743] Nur kurzzeitig wurde 1937 am Heldenplatz eine zehn Meter hohe Denkmalattrappe aufgestellt.[744]

Ein weiteres Thema der historisierenden Verklärung war die zweite Türkenbelagerung von 1683, deren 250. Jubiläum 1933 ihren Ausdruck in großen Türkenbefreiungsfeiern fand. Dabei wurden die Rolle der katholischen Kirche für die konservative Bundesregierung und den Ständestaat, die *kulturelle Berufung Österreichs* und die Abwehr territorialer Bedrohungen durch *österreichisches Heldentum* verschmolzen. Am 9. Juni 1935 wurde ein Denkmal für Markus von Aviano in einer Nische bei der Wiener Kapuzinerkirche von Kardinal Innitzer eingeweiht, dessen Ausgestaltung durch einen 1933 gestarteten Wettbewerb Hans Maurer zufiel.[745]

Das wohl wichtigste Denkmal des Ständestaates wurde mit dem *Österreichischen Heldendenkmal* im Burgtor verwirklicht. Die 1933 unter dem Ehrenschutz der Bundesregierung,

741 Vasak, Kulturpolitik, 1996, Diplomarbeit, S. 20 f.

742 Kassal-Mikula, Purtscher, Haiko, Tabor, Das ungebaute Wien, 1999, S. 330–333, 344.

743 Vasak, Kulturpolitik, 1996, Diplomarbeit, S. 20 f.

744 Seiter, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 442.

745 Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 535 f.

Kardinal Innitzers und der österreichischen Landeshauptleute gegründete *Vereinigung zur Errichtung eines österreichischen Heldendenkmales 1934* schrieb einen diesbezüglichen Wettbewerb aus.[746] Der daraus hervorgegangene Entwurf für ein gesamtösterreichisches Nationalehrenmal symbolisierte für Schuschnigg *alte, österreichische Soldatentugenden* als Vorbild für die Jugend des Ständestaates.[747]

Der überarbeitete Wettbewerbsentwurf von Rudolf Wondracek kam 1934 zur Ausführung. Das Burgtor wurde äußerlich kaum verändert. Im Inneren wurden zwei Monumentaltreppen installiert. Der Gedächtnisraum befand sich unter freiem Himmel. Wilhelm Frass entwarf die acht Köpfe als Symbole der Völker der Monarchie an der Monumentaltreppe und den liegenden Krieger aus rotem Marmor. Die Steinschnitte der 24 Soldaten stammen von Herbert Dimmel und Leopold Schmid. Wilhelm Frass entwarf ebenfalls vier Adler für die seitlichen Pforten zur Ringstraße. Finanzierungsprobleme hatten die geplante Umgestaltung des gesamten Platzes verhindert,[748] obwohl die Bundesregierung die Errichtung mit der Übernahme der Hälfte der Kosten unterstützte.

Die Einweihung vom 9. September 1934 wurde am Vortag durch ein Großereignis auf der Hohen Warte im XIX. Bezirk eingeleitet, bei dem 300 Jahre österreichische Geschichte gefeiert wurden.[749]

2.4.2 Sakralbauten, Klosterbauten und katholischer Wohnbau

2.4.2.1 Kirchenbau

Getreu der ständestaatlichen Ideologie, die Kirche als politischen Machtfaktor zu reaktivieren und damit eine Rekatholisierung der Arbeiterschaft[750] einzuleiten, rückte die Kirchenbautätigkeit und die sakrale bildende Kunst im Ständestaat in den Vordergrund.[751] Die Allianz von Kirche und Dollfuß-/Schuschnigg-Regime wurde durch die rasche Einbindung des Dollfuß-Gedenkens in den Ritus der katholischen Kirche forciert. Sie schlug sich vor allem bei der Errichtung von Dollfuß-Gedächtnis-Kirchen, -Kapellen und -Kreuzen nieder, die gleichermaßen eine Kulisse für kirchliche und politische Veranstaltungen bildeten. Beispielsweise die Adaptierung der Kirche Kramreiters auf der Hohen Wand von

746 Ebd., S. 526.

747 Kahler, Kriegerdenkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 392.

748 Vasak, Kulturpolitik, 1996, Diplomarbeit, S. 19 f.

749 Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 528 f.

750 Die Spitzen der Entwicklung der Kirchenzugehörigkeit in Wien gestalteten sich konform der Ausrichtung des jeweiligen politischen Systems. Im *Roten Wien* kam es durch Propaganda gegen den *Prälaten ohne Milde* Ignaz Seipel im Jahr 1927 zu 28.837 Kirchenaustritten. Während des Ständestaates traten 1934 wieder 32.943 Menschen in die katholische Kirche ein, vgl.: Ernst Hanisch, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus", in: Talos, Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, 2005, S. 71.

751 Klamper, Wiederverchristlichung, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 148 f.

1935, die nicht nur dem Gedenken an Dollfuß, sondern auch dem der im Bürgerkrieg und während des Putsches von 1934 Gefallenen diente.[752]

Die stilistische Erneuerung des Kirchenbaus der späten 1920er Jahre in Deutschland hatte eine starke Vorbildwirkung für die österreichischen Architekten Clemens Holzmeister und Robert Kramreiter. Sie entwickelten insbesondere zusammen mit dem Klosterneuburger Augustiner-Chorherr Pius Parsch[753] und dem Kölner Baumeister Dominikus Böhm[754] eine neue Formensprache. Trotz unterschiedlicher architektonischer Auffassungen gelten Holzmeister und Kramreiter als Wegbereiter des modernen Kirchenbaus in Österreich. Dombaumeister Karl Holey beschränkte sich, im Gegensatz zu den beiden Architekten, auf Umbauten und das äußere Erscheinungsbild der Kirchen.[755]

Der forcierte Kirchenbau im ständestaatlichen Österreich, insbesondere in Wien, wurde mit der Dringlichkeit der Seelsorge und der Überbelegung bestehender Pfarren gerechtfertigt. Kirchenneubauten und Vergrößerung von bereits vorhandenen Bauwerken sollten vorangetrieben werden. Ab 1934 wurden die Pfarre Neu-Fünfhaus als sogenannte *Seipel-Dollfuß-Gedächtniskirche*, die *Pfarrkirche zur Königin des Friedens* Wien X, die Kirche *St. Hubertus und Christopherus* im Lainzer Tiergarten, der Erweiterungsbau der *Pfarrkirche St. Laurenz* in Währing und die *Kaiser-Karl-Gedächtniskirche* neu errichtet.[756]

Der Bau der Seipel-Gedächtniskirche war schon 1933 begonnen worden. Das Anliegen von Clemens Holzmeister dabei war, mittels einer schlichten Ausgestaltung eine harmonische Einbindung des Sakralbaus in den ArbeiterInnenbezirk zu erreichen. Erst 1934 wurde die Kirche laut Prokop durch die Beisetzung Dollfuß' „zu einem – wenn auch bescheidenen – Pantheon des Ständestaates."[757]

Robert Kramreiter forderte ebenfalls eine harmonische Einbindung der Großstadtkirchen in den Stadtraum, sie sollten dabei aber die Besonderheit ihrer sakralen Ausgestaltung nicht verlieren. Im Mittelpunkt des liturgischen Geschehens sollte aber weiterhin der Innenraum stehen. Verwirklicht sah Kramreiter diese drei Punkte in seinem Bau der *St.-Josefs-Kirche*[758] im XXI. Bezirk. Die Gestaltung wurde harmonisch ausgewogen, um die gesamte Anlage von historischen Stilformen freizumachen und somit eine moderne Dominante im Stadtteil entstehen zu lassen.[759]

752 Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 506 f.

753 Der Augustinerchorherr Johann Parsch war Mitbegründer der *Liturgischen Bewegung*, die er vor allem publizistisch begleitete. In Anlehnung an das Urchristentum sollten *Heilige Messen* mit aktiver Teilnahme der katholischen Gemeinde gestaltet werden.

754 Der deutsche Architekt Böhm gestaltete ab 1919 neue Lösungen im Kirchenbau im Sinne der *Liturgischen Bewegung* aktiv mit.

755 Bernard, Feller, Kirchliche Bauten, in: Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Bd. 1, 1994, S. 208–210.

756 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 30, 32 f.

757 Prokop, Rudolf Perco, 2001, S. 284 f.

758 Als Patron der Arbeiter, Familien und Werkmänner oftmals für die Namensgebung neuer Kirchen im Ständestaat verwendet, vgl.: Feller, Baupolitik, 1991, Diplomarbeit, S. 104.

759 Pius Parsch, Robert Kramreiter, Neue Kirchenkunst im Geist der Liturgie, Wien, 1939, S. 47–53.



Abb. 81 Clemens Holzmeisters *Seipel-Dollfuß-Gedächtniskirche* am XV., Vogelweidplatz 7–8 fügt sich harmonisch in den sie umgebenden ArbeiterInnenbezirk ein. (Julius Scherb um 1935).



Abb. 82 Robert Kramreiters von 1936/37 erbaute Kirche *St. Josef* am XXI., Pius-Parsch-Platz 3 von 1936/37 wird durch ihr Loggienportal mit Darstellungen der zwölf Apostel dominiert. (Julius Scherb 1930er).

Abb. 83 Kramreiters Siedlerkirche *Hl. Elisabeth* wurde 1937 in der XXI., Kugelfanggasse 29–31 als neues religiöses Zentrum für die *wilde Siedlung* Bruckhaufen errichtet. (Robert Kramreiter 1937).

Das religiöse Leben in den Stadtrandsiedlungen sollte von Siedlerkirchen dominiert werden. Wie bei den Großstadtkirchen wurde angedacht, sie harmonisch in die bescheidenen Siedlungen einzufügen. Ein einfacher Innenraum, ohne Seitenschiffe und eine Fassade ohne Ornamente sollten diese ideologische Gestaltung weithin unterstützen. Ein Beispiel für eine Siedlerkirche dieses Typs findet sich in Kramreiters katholischer Kirche Bruckhaufen.[760]

Weiters wurden Projekte zum Umbau bereits bestehender Kirchen[761] angedacht.[762]

Die Finanzierung des katholischen Kirchenbaus wurde auf verschiedene Arten durchgeführt, wobei gerade Spenden- und Sammelaktionen von Kirchenbauvereinen, insbesondere des *Wiener Kirchenbauvereines*, wichtig waren. Der Erfolg dieser Aktionen dürfte gerade durch die gesellschaftliche Stellung der Kirche im autoritären Ständestaat gewährleistet worden sein. Weiters wurden Kirchenbaulotterien durchgeführt. Die Stadt Wien unter Schmitz unterstützte die Bauvorhaben weniger durch die Förderung mittels öffentlicher Gelder, dafür aber durch die Bereitstellung billiger Grundstücke und die Einnahme symbolischer Mietzinse.[763]

760 Hl. Elisabeth, XXI., Kugelfanggasse 29, vgl.: Parsch, Kramreiter, Kirchenkunst, 1939, S. 102–105.

761 V., Wiedner Hauptstraße, 1936–1938; XVIII., Gertrudplatz, Karl Holey, 1934. Die Kirche XXIII., Endressstraße 117, Clemens Holzmeister, 1934 wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg in den heutigen XXIII. Bezirk eingemeindet, vgl.: Feller, Baupolitik, 1991, Diplomarbeit, S. 141, 143.

762 Parsch, Kramreiter, Kirchenkunst, 1939, S. 173.

763 Feller, Baupolitik, 1991, Diplomarbeit, S. 123–125.

Der evangelische Kirchenbau war vor allem durch den Protestanten Siegfried Theiss und den Katholiken Hans Jaksch beeinflusst.[764] Der Einfluss von Clemens Holzmeisters *Seipel-Dollfuß-Gedächtniskirche* war schon an deren Entwurfes der Kirche H. B.[765] in der Schweglerstraße 39 Wien XV zutage getreten. Die Kirche wurde in Anlehnung an die der evangelischen Konfession während des Ständestaates vermehrt beitretenden Arbeiterschaft nach außen hin einfach gehalten und harmonisch ins Stadtbild eingepasst.[766] Die Entwürfe der Zwischenkriegszeit versuchten den evangelischen Kirchenbau vom klassischen Sakralbau zu lösen. Im Mittelpunkt stand die Ausrichtung des Gemeindezentrums.[767]

Für eine Baulücke am Sebastianplatz 4 im III. Bezirk wurde 1937 ein Wettbewerb für eine Kirche initiiert, bei dem Siegfried Theiss und sein Sohn Werner Theiss mitplanten.[768] Sie gewannen den *Ideen-Wettbewerb der evangelischen Gemeinde A. B. Wien zur Erlangung von Entwürfen für die Erbauung einer Kirche und eines Amts- und Wohngebäudes in Wien III.* Grundlage des Planes war eine weithin als sakral erkennbare Baulückenverbauung durch einen Turmbau.[769] Ein zweiter Entwurf der beiden, der in einem folgenden engeren Wettbewerb getätigt wurde, ließ die Fassade des Gebäudes klarer als Sakralbau hervortreten. Neben der klareren Gliederung in einen Turmbau und ein Wohnhaus wurde die fast quadratische Fassade der eigentlichen Kirche mit einem riesigen Rundfenster versehen. Das Presbyterium entschied sich aber für den stilistisch sakraler gehaltenen Entwurf Otto Hofmanns, der aber nicht mehr zur Ausführung kam.[770]

2.4.2.2 Katholische Notkirchen, Kapellen, Klöster und Wohnbau

Die Idee der Notkirche, eigens für arme Gemeinden konzipiert, fand ebenfalls ihren Platz in der architektonischen Ausgestaltung neuer Kirchenbaukunst. Dabei wurde besonders auf die Adaptierung von schon vorhandenen Bauwerken zu einer liturgischen Verwendung geachtet.[771] Die städtebaulich einfach gehaltenen Notkirchen wurden vor allem in größeren Wohnhausanlagen des *Roten Wien* am Stadtrand[772] installiert. Sie dienten als ideologisches Mittel, um die breite Masse der Einwohner zur Neubelebung religiöser Praktiken anzuhalten. Finanziert wurde der Notkirchenbau in Wien ab 1931 hauptsächlich von *Caritas*-Direktor Josef Gorbach aus den Erträgen seines katholischen Zweigroschenblattes

764 Grabner, Kirchenbauten und Kirchenentwürfe, 2002, Diplomarbeit, S. 1.

765 Die reformierte Kirche nach dem Helvetischen Bekenntnis H. B. und die lutherische Kirche nach dem Augsburgischen Bekenntnis A. B. sind die beiden großen evangelischen Kirchen in Österreich.

766 Grabner, Kirchenbauten und Kirchenentwürfe, 2002, Diplomarbeit, S. 64–68.

767 Ebd., S. 80.

768 Ebd., S. 64.

769 Ebd., S. 73 f.

770 Ebd., S. 76–78.

771 Parsch, Kramreiter, Kirchenkunst, 1939, S. 161 f.

772 Schon 1929 beanstandete Prälat Jakob Fried das Fehlen von 95 Kirchen im Wiener Stadtgebiet. Gerade die von ihm empfohlenen Standorte kamen, durch seine Nähe zu Notkirchenbauvereinen, in den folgenden Jahren oftmals zur Ausführung, vgl.: Feller, Baupolitik, 1991, Diplomarbeit, S. 99

Wochenflugschrift für Recht und Wahrheit. Spenden und unverzinste Darlehen der LeserInnen ermöglichten eine Reihe von weiteren Umbauten[773] in sogenannte *Gorbach-* oder *Zweigroschenblatt-Kirchen*.[774] Speziell das *Bruder-Konrad-Werk*, 1934 kurz nach der Eröffnung der ersten Notkirche im *Sandleitenhof*[775] gegründet, widmete sich der Errichtung weiterer Notkirchen in den Hochburgen der Arbeiterschaft. Die Spitzen der Gemeinde und der Kirche, Bürgermeister Schmitz, Kardinal Theodor Innitzer und Prälat Jakob Fried, stellten das Präsidium.[776] Die Notkirchen wurden aber nicht nur in den Gemeindebauten, sondern auch in den Siedlungsanlagen des ehemaligen *Roten Wien* errichtet.[777]

Kapellen kamen in Krankenhäusern, Greisenasylen und Versorgungshäusern zur Ausführung.[778] Darunter entstand die Kapelle am *Friedhof der Namenlosen* Wien XI im Zuge der Hochwasserschutzbauten durch den *Freiwilligen Arbeitsdienst*. Mit deren Errichtung wurde auch die Verflechtung der Arbeitsbeschaffungsprogramme des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes und einer katholischen Bautätigkeit[779] weithin sichtbar.[780]

Eine stilistische Erneuerung war ab Anfang der 1930er Jahre auch bei den wenigen durch die katholische Kirche errichteten Wohnbauten zu sehen. Besonders ist die 1930/31 erbaute *Herz-Jesu-Klosterschule* mit Schwesternheim[781] im III. Bezirk hervorzuheben, bei der es zu einer weitgehenden Übernahme architektonischer Formen des *Roten Wien* kam. Eine Anpassung an die umliegenden Gemeindebauten wurde vom Architekten Felix

---

773 Darunter: II., Am Tabor 7, Clemens Holzmeister, 1932–1935; XVI., Hasnerstraße 11, Rudolf Vogt, Ignaz Köck, 1933; Im Ständestaat gebaut: XX., Gaußplatz 14, 1935; XXI., Galvanigasse 1–5, 1935/36; XXI., Triestinggasse 30, Stadtrandsiedlung Leopoldau, 1937; XXI., Weißenwolffgasse 36, Schwarzlackenau, 1936; vgl.: Ebd., S. 138, 142, 143.

774 Ebd., S. 121 f.

775 Wiener kommunale Wohnanlage von 1924–1928 mit mehr als 1.500 Wohnungen gelegen in XVI., Sandleitengasse – Steinmüllergasse – Rosenackergasse –Karl-Metschl-Gasse – Baumeistergasse – Nietzscheplatz- Gomperzgasse – Liebknechtgasse – Rosa-Luxemburg-Gasse – Mateottiplatz.

776 Feller, Baupolitik, 1991, Diplomarbeit, S. 101 f.

777 Beispielsweise wurde bei der Auflösung der *Genossenschaft Wolfersberg* das Genossenschaftshaus *Schutzhaus am Wolfersberg* in der XIV., Anzbachgasse 89 geschlossen und zur Notkirche umfunktioniert. 1949 errichtete der Architekt Ladislaus Hruska dort die Pfarre St. Josef, vgl.: Trübswasser (Hg.): Ergänzungen zur Jubiläumsbroschüre, 1990, S. 4–7; weitere Notkirchen im Ständestaat: X., Quellenstraße 197, Robert Kramreiter, 1934/35; XIII., Bossigasse 68–70, Firma Hartl, 1937; XIV., Anzbachgasse 89, Siedlung Wolfersberg, Rudolf Hammer, 1934; XVI., Adaption eines Saales in Wohnhausanlage Sandleiten, 1934; XVII., Josef-Redl-Gasse, Schafberg, 1934; daneben Notgottesdienste im *Karl-Marx-Hof*, *Gartenstadt Jedlesee* (*Karl-Seitz-Hof*), *Leopold-Winarsky-Hof*, *Friedrich-Dittes-Hof*, *Fuchsenfeldhof*, *Goethehof* und in Fürsorgeeinrichtungen wie dem Versorgungshaus Meldemannstraße, Waisenhaus Hohe Warte, Obdachlosenheim Arsenalstraße 9; auch in öffentlichen Bahnhöfen wie dem Westbahnhof, Südbahnhof (Ost), vgl.: Feller, Baupolitik, 1991, Diplomarbeit, S. 140, 141, 144.

778 Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Drei Jahre neues Wien, 1937, S. 33 f.

779 Auch beim Bau der Kirche St. Hubertus und Christophorus der Architekten Kurt Klaudy, Georg Lippert und Anton Liebe in der XIII., Dr.-Schober-Straße 96 wurde der *Freiwillige Arbeitsdienst* zum Bau herangezogen. Die Steine wurden, um die Baukosten zu senken, im nahe gelegenen Lainzer Tiergarten gebrochen, vgl.: Gerhard Weissenbacher, In Hietzing gebaut – Architektur und Geschichte eines Wiener Bezirkes, Bd. 1, Wien, 1996, S. 223.

780 Feller, Baupolitik, 1991, Diplomarbeit, S. 109.

781 III., Landstraßer Hauptstraße 137 – Rabengasse.



Abb. 84 Während der Hochwasserschutzarbeiten wurde zwischen 1933 und 1935 die Kapelle am XI., *Friedhof der Namenlosen* vom *Freiwilligen Arbeitsdienst* errichtet. (Andreas Suttner 2012).

Angelo Pollak[782] gegenüber heimattümelnder Bauweise vorgezogen, wobei er sich einer Mischung aus expressionistisch-symbolischer und sachlich-rationaler Architektur bediente. Der Bau scheint einzigartig und blieb in weiterer Folge ohne Auswirkung auf den katholischen Wohnbau.[783]

Durch den Assanierungsfonds konnten weitere katholische Wohnbauten in Wien begonnen werden, die alle in sachlicher Form ausgeführt wurden. Der Umbau des *Dominikanerkonventes* und des *Wohnbaues des Ordens der Dominikaner*[784] wurde ab 1935 von Kurt Klaudy, Georg Lippert, Anton Liebe durchgeführt. Die *Wohnhausanlage der Elisabethinen*,[785] die noch im *Roten Wien* 1932 begonnen wurde, erfuhr im Ständestaat eine Vollendung der Blockbebauung durch Karl Koblischek.[786] 1936 bis 1938 errichtete Karl Ehn das *Wohn- und*

782 Er konvertierte Ende der 1920er Jahre zum römisch-katholischen Glauben und unterhielt enge Verbindungen zum Orden *Herz-Jesu*, für den er, laut Ursula Prokop, neben der Schwesternschule im III. Bezirk auch in Berlin ein Spital errichtete. Innerhalb des Assanierungsfonds verwirklichte er das Wohnhaus I., Laurenzerberg 3 – Hafnersteig 10, vgl.: Prokop, Zum jüdischen Erbe, 2016, S. 176 f.

783 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 207 f.

784 I., Postgasse 2 – Dr.-Karl-Lueger-Platz 4 – Wollzeile 37–39–49.

785 III., Invalidenstraße 17 – Ungargasse 1.

786 Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 207 f.

Abb. 85 Die *Herz-Jesu-Klosterschule* in der III., Landstraßer Hauptstraße 137 – Rabengasse von 1930/31 schöpft aus der Übernahme der Formensprache des *Roten Wien*. (Andreas Suttner 2016).





Abb. 86 Karl Ehn entwarf das 1936–1938 errichtete Pfarr- und Wohnhaus der Kirche *St. Florian* in der V., Wiedner Hauptstraße 105. (Foto Gerlach 12.1936).

Pfarrhaus St. Florian.[787] Außerhalb des Assanierungsfonds, aber interessanterweise vom Architekten des Stadtbaumtes Walter Pind durchgeführt, entstand 1935/36 der Zubau zum *Kloster der Kongregation der Schwestern von der schmerzhaften Mutter* unweit des späteren Sanierungsgebietes XI., Hasenleitengasse.[788]

2.4.3 Monumentale Verwaltungsgebäude und das *lebende Dollfuß-Denkmal*

2.4.3.1 Das Rundfunkgebäude der *Österreichischen Radio-Verkehrs AG*

Das zentrale Rundfunkgebäude in der Argentinierstraße war der erste Versuch einer monumentalen städteplanerischen Ausgestaltung für die *Vaterländische Front*. Es stellt auch das einzige monumentale Profangebäude dar, das im Ständestaat fast vollständig fertig gestellt wurde.

Die rasche Inangriffnahme des Baus versinnbildlicht vor allem den Stellenwert des Mediums Radio für das Regime, dem ebenfalls durch die Errichtung stärkerer Sendeanlagen am Bisamberg in Niederösterreich Rechnung getragen wurde. Das Medium diente ab 1933 zu Propagandazwecken gegen nationalsozialistische Propagandasender aus Deutschland[789] und zur gleichzeitigen Festigung der *Österreich-Ideologie*.[790]

Der schnell wachsende Sendebetrieb wurde in verschiedenen adaptierten Gebäuden[791] durchgeführt. Durch die Errichtung des Funkhauses sollte ein Zentralgebäude entstehen.[792] Den Wettbewerb für die Ausschreibung gewann das Architektenbüro Heinrich Schmid und Hermann Aichinger gleichauf mit Clemens Holzmeister. Eine Arbeitsgemeinschaft aus den dreien wurde mit der Durchführung beauftragt, wobei Clemens Holzmeister die Gestaltung des repräsentativen Teils und der Fassade übernahm. Der technische Teil wurde von Schmid und Aichinger bestritten. Das Gebäude konnte erst kurz nach dem Anschluss unter NS-Verwaltung fertig gestellt werden.[793]

Die Anlage besteht aus mehreren kubischen Baukörpern, deren monumentaler Mittelpunkt zur Argentinierstraße hin ein überhöhter Trakt darstellt. Die Fassadengliederung des schlichten, sachlichen Blocks wird durch gleichmäßige Fensteranordnung bewerkstel-

787 V., Wiedner Hauptstraße 105, vgl.: Ebd., S. 228.

788 XI., Simmeringer Hauptstraße 173–175, vgl.: Ebd., S. 271.

789 Michaela Höck, Medienpolitik im „Ständestaat" oder die politische Einflussnahme auf die Österreichische Radioverkehrs A. G. (RAVAG), Wien, 2003, Diplomarbeit, S. 168–170.

790 Ebd., S. 136–138.

791 Der erste Standort befand sich im Dachgeschoss des ehemaligen Heeresministeriums am Stubenring und wurde 1925 durch die Anmietung von Räumen in der Johannesgasse erweitert. 1928 wurden weitere Räumlichkeiten im Ronacher adaptiert.

792 Höck, Medienpolitik, 2003, Diplomarbeit, S. 94 f.

793 Kassal-Mikula, Purtscher, Haiko, Tabor, Das ungebaute Wien, 1999, S. 319.



Abb. 87 Monumentales Funkhaus der *Österreichischen Radio-Verkehrs AG* in der I., Argentinierstraße 30–30a von Clemens Holzmeister, Heinrich Schmid und Hermann Aichinger. (Anonym 1937).

ligt. Zur Monumentalität trägt besonders ein Fries aus geschlitzten Öffnungen bei, welches in einigem Abstand zu den Fenstern zum Kranzgesims hin abgeschlossen ist.[794]

2.4.3.2 Das *lebende Denkmal Frontführerschule*

Ende Oktober 1935 wurde im Zuge einer Sitzung des *Dollfuß-National-Denkmal-Komitees* eine *Führerschule* des *Österreichischen Jugendführerwerks*[795] als *lebendes Denkmal* für Dollfuß geplant. Als Termin für den Baubeginn wurde das Frühjahr 1936 veranschlagt.

In den südlichen Anlagen von XIII., Schönbrunn sollte ein *Dollfuß-Triumphbogen* mit angeschlossenem Versammlungsplatz und dahinter ein Gebäude mit Unterrichts- und Internatsräumen entstehen. Im südlichen Teil sollten die schon bestehenden Bundesspielplätze für MittelschülerInnen durch weitere Sportanlagen nebst einem Schwimmbecken erweitert werden. Als Zentrum der Anlage war eine *Dollfuß-Kapelle* geplant.[796] Die Idee der

794 Institut für österreichische Kunstforschung des Bundesdenkmalamtes (Hg.), Österreichische Kunsttopographie, Bd. XLIV, 1980, S. 638.

795 Sammelorganisation der *Vaterländischen Front.*

796 Das österreichische Jugendführerwerk, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/3172.

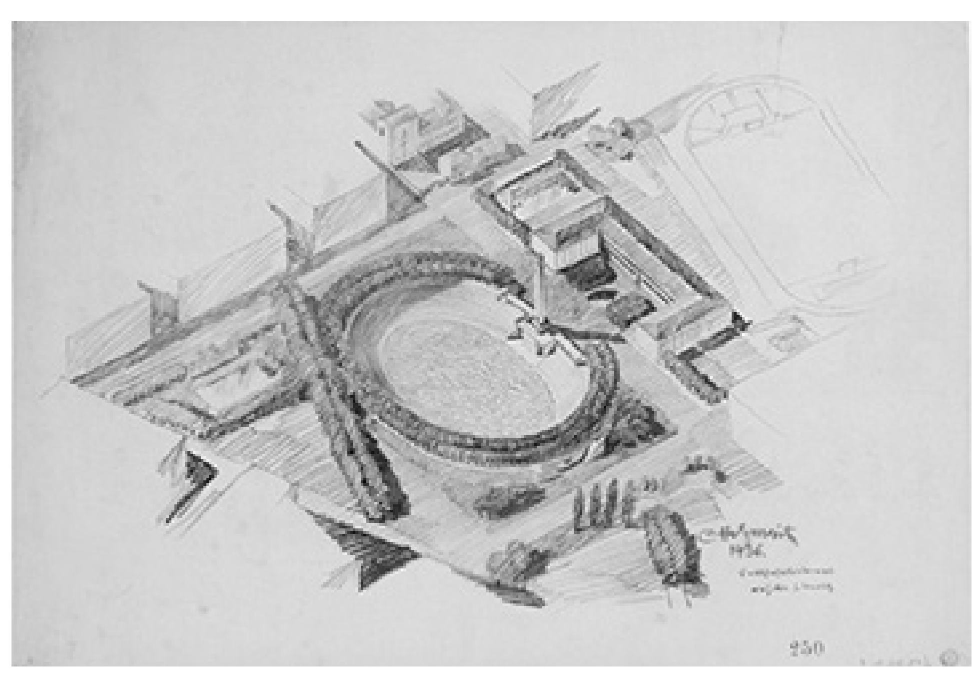


Abb. 88 Clemens Holzmeisters erster Entwurf einer *Frontführerschule* im XV., Märzpark von 1936. Am oberen Bildrand ist die *Seipel-Dollfuß-Gedächtniskirche* zu sehen. (Clemens Holzmeister 1936).

Ausgestaltung des Versammlungsplatzes als Freilichttheater[797] in antiker Form stammte von Schuschnigg persönlich. Er sah darin eine Nachbildung des italienischen *Forum Romanum*.[798]

Erste Entwürfe von Clemens Holzmeister aus dem Jahr 1936 dachten die Errichtung eines Jugendstadions, der *Dollfuß-Führerschule* und des *Dollfuß-Denkmals* auf der Schmelz im XV., Märzpark an.[799] Er knüpfte damit unübersehbar an die städtebaulichen Planungen des faschistischen Italien[800] an, wo 1932 für die Jugendorganisation *Opera Nazionale Balilla* (ONB) in Rom das *Foro Mussolini* errichtet worden war. Dort befanden sich das *Marmorstadion*, Bildungseinrichtungen und Sportplätze. Ein 1932 errichteter Monolith,

797 In die Wiese eingebaute Stufen, die als Sportanlage und Versammlungsort genutzt werden sollten. Alleine der Vorplatz wurde mit einem Fassungsvermögen von 80.000 bis 100.000 Menschen geplant, vgl.: Das österreichische Jugendführerwerk, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/3172.

798 Grassegger, Denkmäler, in: Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I, 1998, S. 497, 517.

799 Albertina Museum Wien, Nachlass Clemens Holzmeister, Inventarnummern: CLHA 13/6/1; CLHA 13/6/3; Zwischen Neubaugürtel und der *Seipel-Dollfuß-Gedächtniskirche* ca. auf dem Standort der Wiener Stadthalle gelegen, vgl.: Weihsmann, Das Rote Wien, 2002, S. 349.

800 Mussolinis Vorstellungen vom Wiedererstarken des *Augustinischen Reiches* sollten sich in der Sichtbarmachung von Herrschaftsverhältnissen durch den Bau von Großprojekten niederschlagen, vgl.: Bodenschatz (Hg.), Mussolini, 2011, S. 163–165.

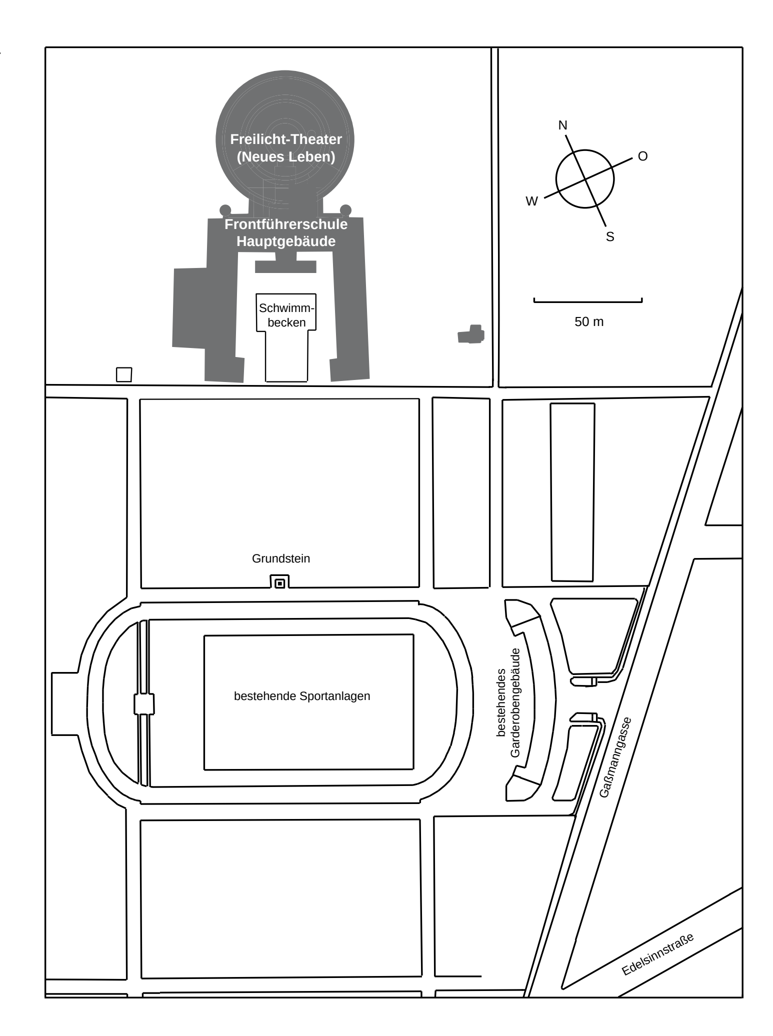


Abb. 89 Lageplan der *Frontführerschule* mit Schwimmbecken und Freilichttheater im XIII., Fasangarten neben den Bundesspielplätzen. (Andreas Suttner 2016).

der mit der Aufschrift *Mussolini Dux* versehen war,[801] dürfte Holzmeister inspiriert haben. Er plante das Dollfuß-Denkmal als Monolith mit aufgesetztem Kruckenkreuz.[802] Der endgültige Standort der *Frontführerschule* wurde im Lauf des Jahres 1936 im Fasangarten festgelegt.[803] Den endgültigen Planungsentwurf für die *Führerschule* nebst Amphitheater und deren Situierung am Gelände tätigte Robert Kramreiter.[804]

801 Ebd., S. 137.

802 Albertina Museum Wien, Nachlass Clemens Holzmeister, Inventarnummer: CLHA 13/6/2.

803 Information 7. Juli 1936, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/3172.

804 Diverses Planmaterial, genauer handelt es sich um kolorierte Kopien zur gesamten *Frontführerschule* nebst Amphitheater und der Geländesituation aus dem Februar 1937, finden sich im Nachlass des Architekten Robert Kramreiter im Ar-

Erste Berechnungen veranschlagten öS 30.000 für die gesamte Infrastruktur des Versammlungsplatzes mit Kassenräumen, öffentlichen Bedürfnisanstalten, Einfriedung, Masten und Beleuchtung. Ein *würdiger und monumentaler Dollfuß-Triumphbogen* sollte, mit monumentalen Reliefs und Plastiken ausgestattet, rund öS 150.000 kosten. Das Unterrichts- und Internatsgebäude war mit einer Bausumme von öS 1.900.000 veranschlagt. Das Schwimmbad sollte mitsamt seiner Anlagen öS 160.000 und das Freitheater öS 250.000 ausmachen. Aufgrund finanzieller Überlegungen sollte der *Freiwillige Arbeitsdienst* die Regulierungs-, Terrain- und Erdarbeiten des halbkreisförmigen Versammlungsplatzes vor dem *Dollfuß-Triumphbogen* und des Freitheaters durchführen. Die teure Errichtung von Sportflächen sollte vorerst vermieden und durch die Benutzung der in der Nähe liegenden Bundesspielplätze kompensiert werden. Die errechneten Gesamtkosten des Neubaues lagen also bei insgesamt öS 2.460.000.[805] Eine spätere und genauere Kostenaufstellung revidierte alleine die Ausgaben für den Neubau des Hauptgebäudes der *Führerschule* auf insgesamt öS 2.364.260.[806]

Die im Hauptgebäude geplante Kirchenanlage sollte nach außen gerichtet der Ausgangspunkt für das Freilichttheater werden, um der Ablauf religiöser Zeremonien durch den übrigen Schulbetrieb nicht zu stören. Die architektonische Lösung des umschließenden Gebäudes wählte Kramreiter so, dass die sakrale Formensprache des Kirchenkomplexes von außen leicht vom übrigen Gebäude zu unterscheiden war, wodurch eine Kreuzung zwischen Sakral- und Profanarchitektur geschaffen werden konnte. Der verhältnismäßig hohe Kirchenraum sollte mit der Vorhalle direkt verbunden werden. Eine Orgel sollte durch die Öffnung einer Bogenwand auch nach außen in die von einem Wald umschlossenen Freilichttheateranlage wirken können.[807]

Diese Kreuzung aus monumentalem Sakral- und Profanbau könnte als eigenständige architektonische Lösung des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes gewertet werden. Nicht umsonst rückte der Kirchenarchitekt Kramreiter die Rolle der Kapelle in das Zentrum der Anlage. Die Idee der Verschmelzung des Ideologieträgers Denkmal mit einem kirchlichen Bau und einer politischen Einrichtung der *Vaterländischen Front* erscheint weithin einzigartig. Vor allem die Dimensionen der Sakralanlage, die nach außen als Kulisse für das monumentale Freilichttheater genutzt werden sollte, überraschen.

---

chitekturzentrum Wien, Sammlung, N12-42-1-P_12. Im Staatsarchiv AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2176 ist ebenfalls ein Bestand an kopierten Plänen vorhanden, jedoch nicht so vollständig wie im AZW. Ein intensiv in Zeitungen und Zeitschriften publiziertes Modell der *Frontführerschule* ist leider nicht mehr auffindbar.

805 Unterlage: Rundlauf, 1937, in: Architekturzentrum Wien, Sammlung, N12-42-001-Dok, Robert Kramreiter „Dollfuß Führerschule“, Fasangarten bei Schönbrunn, Baubeschreibung.

806 Kostenaufstellung für den Neubau der Dollfuß-Führerschule im Fasangarten, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2176.

807 Parsch, Kramreiter, Kirchenkunst, 1939, S. 163 f.

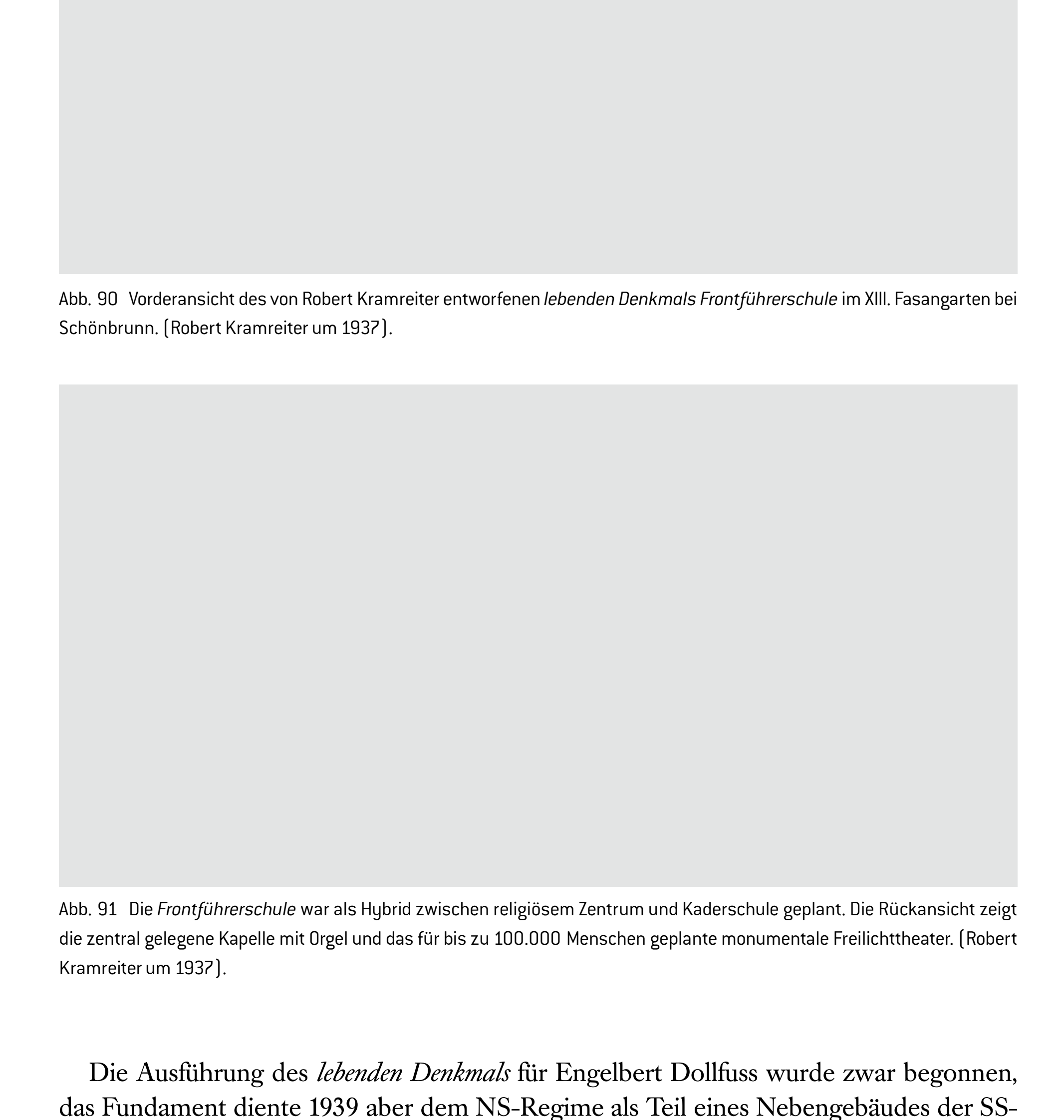


Abb. 90 Vorderansicht des von Robert Kramreiter entworfenen *lebenden Denkmals Frontführerschule* im XIII. Fasangarten bei Schönbrunn. (Robert Kramreiter um 1937).

Abb. 91 Die *Frontführerschule* war als Hybrid zwischen religiösem Zentrum und Kaderschule geplant. Die Rückansicht zeigt die zentral gelegene Kapelle mit Orgel und das für bis zu 100.000 Menschen geplante monumentale Freilichttheater. (Robert Kramreiter um 1937).

Die Ausführung des *lebenden Denkmals* für Engelbert Dollfuss wurde zwar begonnen, das Fundament diente 1939 aber dem NS-Regime als Teil eines Nebengebäudes der SS-Kaserne[808] XIII., Am Fasangarten 2.[809]

808 In der Zweiten Republik wurde sie zur *Maria-Theresien-Kaserne* des österreichischen Bundesheers.

809 Kassal-Mikula, Purtscher, Haiko, Tabor, Das ungebaute Wien, 1999, S. 319.

2.4.3.3 Das *Fronthaus* als repräsentatives Zentrum der *Vaterländischen Front*

Ideell wurde der Bau eines allgemeinen Verwaltungs- und Repräsentativgebäudes der *Vaterländischen Front*, des sogenannten *Fronthauses*,[810] durch die Bauten verwandter politischer Systeme – *Vorbildsysteme* wie Italien und *Konkurrenzsysteme* wie Deutschland – gerechtfertigt. Das als Prestigeprojekt zur Legitimation und Repräsentation des Regimes zu wertende Gebäude sollte als Zentralheim in Nähe des *Bundeskanzleramtes* (BKA) errichtet werden.[811] Die dadurch entstehende monumentale Platzgestaltung des I., Ballhausplatzes wurde mit den gerade im Entstehen begriffenen Zentren von Berlin, Nürnberg, München, Hamburg und Rom verglichen.[812] Die Dimensionen des Gebäudes und des Vorplatzes standen aber weit hinter den Planungen für den faschistischen Parteibau *Casa Littoria* am Gelände des *Foro Mussolini* zurück, die selbst noch die der überdimensionierten Reichskanzlei Hitlers[813] übertrafen.[814]

Mit der Errichtung des *Fronthauses* wurde eine räumliche Zentralisierung der Teilvereinigungen *Österreichisches Jungvolk* (ÖJ) und *Neues Leben* sowie dem Generalsekretariat angestrebt.[815]

Die Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbes durch die *Zentralvereinigung der Architekten Österreichs* wurde von der *Vaterländischen Front* jedoch strikt abgelehnt und damit die zentrale Entscheidung für das Projekt in Eigenregie durchgeführt.[816] Clemens Holzmeister wurde mit der Planung und Durchführung des *Fronthausbaues* beauftragt. Dieser zeichnete sich auch für den Entwurf und die Pläne verantwortlich.[817]

Das Projekt genoss als neues Verwaltungszentrum des Regimes 1937/38 starke Publizität in dessen Mittelpunkt ein Modell des Gebäudes innerhalb seiner Umgebung am Ballhausplatz sowie die Entwurfsskizzen von Clemens Holzmeister standen.[818] Angelehnt

---

810 Abteilung Fronthausbau der *Vaterländischen Front*.

811 Gründe für die Errichtung eines Fronthauses, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2584.

812 Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Nr. 90, Heft 3/4, Wien, 1938, S. 21.

813 Nacheinander entstanden in Berlin ab 1933 bis 1936 die *Reichsbank*, der *Flughafen Tempelhof* und das *Reichssportfeld*, welches sogar das *Foro Mussolini* an Größe übertraf. Die Entwicklung der städtebaulichen Form wurde in der Berliner Wilhelmstraße in den Stadtbezirken Mitte und Kreuzberg, wo sich der Sitz der nationalsozialistischen Regierung befand, weitgehend abgeschlossen. Dort entstanden das *Reichsluftfahrtministerium* und das *Propagandaministerium*. Den Höhepunkt stellte die neue monumentale *Reichskanzlei* 1938/1939 dar, vgl.: Bodenschatz, Diktatur, in: Czech, Doll (Hg.), Propaganda, Ausstellungskatalog, 2007, S. 55.

814 Bodenschatz (Hg.), Mussolini, 2011, S. 169 f.

815 Gründe für die Errichtung eines Fronthauses, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2584.

816 Korrespondenz Zentralvereinigung der Architekten Österreichs 6. Juli 1937 bis 16. August 1937, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2606.

817 Entwurf für ein Honorarabkommen zwischen dem GS der VF und Prof. Dr. Clemens Holzmeister, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2592.

818 Die Skizzen sind heute noch in der *Albertina* in Wien zugänglich. Das Modell ist leider nicht mehr auffindbar, weder bei den ErbInnen noch bei österreichischen Institutionen, die den Nachlass verwalten: darunter vor allem das *Bauarchiv Innsbruck*, die *Albertina*, die *Angewandte in Wien*, das *Wien Museum*, das *Wiener Stadt- und Landesarchiv* sowie das *Österreichische Staatsarchiv*.



Abb. 92 Das Modell des *Fronthauses* am I., Ballhausplatz, flankiert vom *Bundeskanzleramt* links und der Präsidentschaftskanzlei in der Hofburg rechts. An selber Stelle steht heute ein Bundesamtsgebäude. Anstatt des geplanten *monumentalen Dollfuß-Denkmals* findet sich heute das *Deserteursdenkmal*. (Julius Scherb um 1937).

an die Bauhöhe und die Dimensionierung des *Bundeskanzleramtes* und der *Hofburg* sollte das *Fronthaus* den Minoritenplatz schließen. Die Formensprache war ebenfalls an diese beiden Gebäude angelehnt, um eine harmonische Einordnung zu gewährleisten. Nur ein Mittelrisalit, der gleichzeitig den monumentalen Haupteingang des Gebäudes beinhaltete, war um sechs Meter höher angelegt. Dieses symbolische Zentrum des Bauwerkes war mit kleinen Balkonen vor neun Hauptfenstern der Repräsentationsräume ausgestaltet. An ihnen sollten die Wappen der neun Bundesländer angebracht werden. Ein monumentaler Fries unter dem Kranzgesims sollte mit einem steinernen Kruckenkreuz und dem Doppeladler mit Bundeswappen in Bronze ausgeführt werden. Die Seiten des Mittelrisalites sollten mit den Symbolen der acht Stände versehen werden. Die Monumentalität nach außen wurde durch zwei reichlich ausgestaltete Nebeneingänge unterstrichen. Im Inneren des *Fronthauses* war ein Sitzungssaal für 600 bis 800 Personen neben weiteren Repräsentations- und Sitzungsräumen angedacht.[819]

819 Das Haus der Front, in: Preßverein des Wiener Bildungswerkes (Hg.), Die Pause, Nr. 12, 1937, S. 44–47.



Abb. 93 Entwurf des monumentalen Mittelrisalits des *Fronthauses* von Clemens Holzmeister. Er sollte durch die mit den Wappen der neun Bundesländer geschmückten Balkone gegliedert werden. (Clemens Holzmeister 1937/38).

Der Übergang der Baugrundstücke[820] in Eigentum der *Vaterländischen Front* wurde durch ein Bundesgesetz des *Bundesministeriums für Finanzen* bewerkstelligt.[821] Das Bauwerk hingegen sollte im Eigentum des Bundes stehen, womit die bisherigen Mietkosten anderer Verwaltungsgebäude eingespart werden konnten. Dieser ökonomische Faktor wurde ebenfalls propagiert.[822]

Die Finanzierung des Gebäudes wurde hauptsächlich über eine Spendensammlung im sogenannten *Frontarbeitsopfer* bestritten. Menschen die Spenden verweigerten und Firmen,[823] die nur kleine Beträge spendeten, wurden freundlich, aber bestimmt zurechtgewiesen. Sie wurden angehalten, dem Ansehen des jeweiligen Unternehmens entsprechend zu spen-

820 Liegenschaft E. Z. 1722, Grundbuch Innere Stadt und der Ballhauspark: Grundstück Nr. 66/2 und Nr. 66/4.

821 Bundesgesetzblatt 1937, Stück 60, Nr. 234.

822 Gründe für die Errichtung eines Fronthauses, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2584.

823 Einige der Firmen schickten Spendenlisten, auf denen einzelne Zahlungsunwillige kenntlich gemacht wurden, andere verschleierten dies mit Gesamtbetragslisten.



Abb. 94 Rede von Kurt Schuschnigg bei der Aufstellung des monumentalen *Fronthaus*-Grundsteins, die mittels Massenaufmarsch propagandistisch verwertet wurde. (Fritz Zvacek 24.07.1937).

den.[824] Die im April 1937 veranschlagten öS 8.470.000 Gesamtkosten der Errichtung des 118.000 m^3 großen Gebäudes samt Frontgebäude und Wohntrakten,[825] standen aber im krassen Gegensatz zu den im Juli 1937 getätigten Einnahmen von öS 430.000 des *Frontarbeitsopfers*.[826] Eine eigens für den *Fronthausbau* initiierte Lotterie sollte das Budget zusätzlich erhöhen.[827] Damit wurden Finanzierungsstrategien vom Kirchen- und Denkmalbau übernommen. Eine allgemeine Spendenaktion sollte, konform deutscher und italienischer Strategien, den Bau des Zentralgebäudes der *Vaterländischen Front* durch eine scheinbare Massenbasis ermöglichen und so eine emotionale Bindung herstellen. Außerdem konnte dadurch die schlechte finanzielle Situation der *Vaterländischen Front* verschleiert werden.

Die Aufstellung des monumentalen Grundsteines[828] am 24. Juli 1937 wurde durch einen Massenaufmarsch der Teilorganisationen propagandistisch verwertet. Der Grundstein bestand aus *Poschacher Granit* aus dem Werk Plöcking in Oberösterreich und wurde von

824 AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2603, 2604, 2606–2615.

825 Vorschlag für die Erbauung eines Frontgebäudes 9.4.1937, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2592.

826 Entwurf für ein Honorarabkommen zwischen dem GS der VF und Prof. Dr. Clemens Holzmeister, in: Ebd.

827 AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2616.

828 Das Objekt wog 2.200 kg mit einem Ausmaß von 120 cm x 85 cm x 65 cm.



Abb. 95 Unter NS-Verwaltung wurde 1939 die Weiterführung der *Fronthaus*-Baustelle als Gebäude des Reichsnährstandes der Landesbauernschaft *Donauland* geplant. (Anonym 1939).

der Firma Poschacher inklusive Gravierung und Polierung hergestellt.[829] Die Urkunde aus Kalbspergament wurde von Architekt Otto Hurm beschriftet.[830] Aus den Bundesländern wurden jeweils zwei bis drei kg Erde von, für das Konstrukt der *Österreich-Identität* wichtigen, symbolisch und ideologisch besetzten Orten[831] in Kassetten gesammelt.[832] Diese sollten vom *Österreichischen Jungvolk* in jeweiliger Landestracht im Grundstein versenkt werden.[833]

Die Ausführung des *Fronthauses*[834] war bereits bis zum Keller vorangeschritten, als es von der NS-Verwaltung nach dem Anschluss 1938 zurückgestellt wurde.[835]

829 Fronthaus – Baubericht Nr. II 21. Juli 1937, in: AdR Sonderarchiv Moskau, Schachtel: 514/1/2592.

830 Dr. Otto Hurm 24. Juli 1937, in: Ebd.

831 *Haydn-Grab* Burgenland, *Krönungsstuhl* bei Maria Saal Kärnten, *Dollfuß-Geburtshaus* Acker Niederösterreich, Linzer Landhaus Oberösterreich, Hohensalzburg Salzburg, Schlossbergturm Steiermark, *Andreas-Hofer-Denkmal* Iselberg Tirol, Pfänderspitze Vorarlberg, Kahlenberg Wien und Erde vom *Dollfuß-Grab* Friedhof Hietzing in Wien.

832 Betreff: Fronthaus Erde 28. Juli 1937, in: Ebd.

833 Vorschlag zur Grundsteinlegung 13. Juli 1937, in: Ebd.

834 Bei der Anwerbung der Arbeitskräfte wurde vor allem auf deren politische Gesinnung geachtet. KommunistInnen und SozialdemokratInnen sollte der Einblick in die Baupläne verwehrt werden, da Sabotageakte befürchtet wurden, vgl.: Arbeitsnachweis der Stadt Wien für das Baugewerbe 15. September 1937, in: Ebd.

835 Peter Noever (Hg.), Wiener Bauplätze, 1986, S. 71.

2.5 Fazit des ständestaatlichen Städtebaus 1934 bis 1938

2.5.1 Internationale und nationale Einflüsse auf den Städtebau

Der autoritäre Ständestaat versuchte eine Neuordnung der Stadt Wien. Im historischen Zentrum sollten monumentale Bauwerke und Verwaltungsgebäude entstehen. Die historisch gewachsene Wohnbausubstanz sollte mittels einer Strategie der Assanierung in Richtung Verkehrsstadt verändert werden. Dafür wurde ebenfalls der Verkehrsbau mittels Brücken- und Straßenbau intensiviert. Die Peripherie der Stadt war als Gartenstadtgürtel angedacht: einerseits durch die Errichtung von Stadtrandsiedlungen für Erwerbslose, andererseits durch den Ausbau bereits bestehender Siedlungsgebiete mittels der Ankurbelung des Eigentumshausbaus. Diesem Konzept sollte durch eine geplante Erweiterung des Wiener Stadtgebietes und der Eingemeindung niederösterreichischer Gemeinden ab 1938 mehr Raum gegeben werden.

Insgesamt fußte der ständestaatliche Städtebau aber auf keiner Gesamtstrategie oder -planung. Städtebauliche Diskurse fanden in Wien erstmals 1932 durch den Städtebauer Erwin Ilz Einzug an der *Technischen Hochschule Wien*. Die städtebaulichen Planungen von Ilz, Egon Riss und Oskar Sitte orientierten sich an zeitgenössischen nationalen und internationalen Beispielen. Die Findung der städtebaulichen Form selbst wurde ab 1934 durch die ausführenden Architekten mittels chirurgischer Eingriffe ins Stadtgeschehen innerhalb von Einzelprojekten und Sanierungsgebieten getragen. Einen besonderen Stellenwert nahmen dabei Wettbewerbe ein, durch die eine Adaption der internationalen und nationalen Diskurse weitgehend forciert werden konnte. Die Absegnung der Entwürfe behielten sich aber die politischen und planerischen Hauptprotagonisten des autoritären Regimes vor, die in allen Kuratorien und Wettbewerbsgremien vertreten waren.

National waren vor allem die Neuerungen des sozialdemokratischen Städtebaus, der sich nicht an der internationalen Entwicklung der Gartenstadt und der Trabantenstadt orientiert hatte, ausschlaggebend. Er setzte durch die innerstädtische Verbauung von brachliegenden Grundstücken auf eine Steigerung der Wohnungszahlen. Dafür wurde mit der sogenannten Hofverbauung ein Mittel gefunden, um die Wohnbauten durch Innenhöfe aufzulockern und insgesamt die Wohnungen im Wohnungsverband neu anzuordnen. Das gewährleistete eine direkte Belüftung und Belichtung der einzelnen Wohnungen. Festgeschrieben wurden die Erkenntnisse des Wohnungsbaus in der *Wiener Bauordnung* von 1930. Der Ständestaat behielt diese Form der Baugestaltung weitgehend bei.

International beeinflussten vor allem die aus der *Weltwirtschaftskrise* von 1929 hervorgegangenen städtebaulichen Neuerungen den Ständestaat. Hier sind die Diskurse des *autoritären Städtebaus* zwischen Italien, Deutschland und der Sowjetunion zu nennen. Des Weiteren strahlte der Städtebau der autoritäre Regime auch auf die westlichen, demokratischen Systeme aus, insbesondere durch die Adaption der Diskurse innerhalb des *New Deal* am Beginn der 1930er Jahre.

Der Stadtrandsiedlungsbau wurde direkt vom deutschen Beispiel der konservativen Regierung Brüning der Weimarer Republik übernommen und bereits 1932 durch Bundesgelder in Angriff genommen. Ähnliche Strategien boten dem Ständestaat auch die *back to the land*-Bewegung im Amerika des *New Deal* und der Stadtrandsiedlungsbau des faschistischen Italien.

Eine Stadtsanierungsstrategie lehnte sich an die italienische Sanierung Roms an. Die autoritäre Verwaltung Wiens adaptierte dafür das *Bundesgesetz zur Förderung der Wohnbautätigkeit*, das von 1929 bis 1932 zur Ankurbelung privater Bautätigkeit im *Roten Wien* durchgeführt wurde. Der sogenannte Assanierungsfonds wurde durch das *Kleinwohnungshausförderungsgesetz* 1937 auch auf Bundesebene durchgesetzt.

Die Errichtung monumentaler Verwaltungsgebäude wurde aus dem internationalen Diskurs zwischen Italien, Deutschland und der Sowjetunion 1935 abgeleitet. Besonders beim Bau der *Frontführerschule* 1937 des Architekten Kramreiters ist der Einfluss des *Foro Mussolini* und des nationalsozialistischen *Reichssportfeld* ersichtlich. Trotzdem konnte im Dollfuß-/Schuschnigg-Regime durch die Verschmelzung mit einer katholischen Kapelle als Kulisse für Veranstaltungen ein eigener Stil gefunden werden.

Internationale Beispiele halfen auch bei der Findung der Form und Ausgestaltung von Verkehrsbauten, wie sie in Einzelplanungen an der *Technischen Hochschule Wien* ersonnen wurden. Hier war vor allem der internationale Diskurs für zentrale Verkehrsbauten wie Bahnhöfe und Stadtflughäfen tragend, insbesondere der Staaten Deutschland, Italien, USA, England und der Sowjetunion. Die Projekte hatten aufgrund des eingeschränkten Verkehrsnetzes und der nicht vorhandenen Finanzmittel keine Aussicht auf Verwirklichung, zeigen aber die internationale Reichweite der Planungsdiskurse für die Stadt Wien.

2.5.2 Die städtebauliche Wohnbaustrategie

Ab 1934 wurde im ständestaatlichen Wien vom Bund und der Stadt jeweils eine eigene Baustrategie favorisiert, die sich nach der politischen Säuberung der gesamten Bau- und Wohnungsverwaltungslandschaft endgültig entfalten konnte. Dabei halfen vor allem Zentralisierungsmaßnahmen des Bundes und der Länder, die die Konzepte autoritär durchsetzen konnten. Beispielgebend für die Bautätigkeit im *schwarzen Wien* war das *Wohnbauförderungsgesetz* von 1929.

Die Stadt Wien konzentrierte sich innerhalb der Förderung des Assanierungsfonds auf die Auslagerung der Bautätigkeit an private BauherrInnen, die Lückenverbauungen im dicht verbauten Stadtgebiet ausführen sollten.[836] Bürgermeister Richard Schmitz hatte dafür anfangs aber keine zweckdienlichen Instrumente geschaffen, sondern vielmehr die gesamte Planung in seine eigenen Hände genommen. Er kontrollierte persönlich das

836 Der Hintergrund einer besseren finanziellen Verwertung durch die HausbesitzerInnen ist schon durch die Propaganda bezüglich dem Mehr an Wohnungen leicht zu erahnen.

Wiener Baugeschehen und bestimmte neue Planungsgebiete, bis hinunter auf die Ebene der Standorte und der stilistischen Ausführung von einzelnen Gebäuden. Dies war ihm nicht nur innerhalb der Kuratorien des Assanierungsfonds und des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* des Bundes möglich. Durch sein politisches Mitwirken in der *Zentralsparkasse* hatte er auch die Finanzierung der Projekte fest in der Hand.

Die Gemeinde baute ab 1934 auch in Eigenregie. Die dabei erstellten Familienasyle wurden aber nicht in der Tradition der kommunalen Gemeindebauprojekte des *Roten Wien* verortet, sondern erfüllten eine besondere Funktion als Bauten der Fürsorge innerhalb der ständestaatlichen Baustrategie. Grund für diesen Rückgriff auf die kommunale Bautätigkeit war wohl die bessere infrastrukturelle Aufstellung der Magistrate.

Eine Förderung von Einfamilienhäusern durch den Assanierungsfonds sollte den Eigenheimbau weiter ankurbeln. Diese wurden innerhalb bereits bestehender Siedlungsareale errichtet. Schon bestehende Genossenschafts-, Eigenheim- und Schrebergartensiedlungen versorgte die Stadtregierung verstärkt mit billigeren Gründen für den Eigenheimbau, um mittels schon vorhandener Aufschließung politisch zu punkten.

Der Bund unterstützte ab 1932 insbesondere den Siedlungsbau für Erwerbslose, indem er als Geldgeber für die Gemeinde und Genossenschaften fungierte. Der favorisierte Stadtrandsiedlungsbau des *Bundes-, Wohn- und Siedlungsamts* wurde bundesweit durchgeführt und als *Entproletarisierungskonzept* ideologisiert. Durch fehlende finanzielle Mittel scheiterte er jedoch bis 1936 vollständig. Die Rücknahme der Maßnahme durch die Bundesregierung bedeutete nicht nur die Aufgabe des Siedlungsprogramms für die Massen, sondern auch die der *Arbeiterwohnungen der Zukunft*. Die bereits erstellten Stadtrandsiedlungen über der Donau blieben durchwegs ohne infrastrukturelle Anbindung zurück. Sie waren auch von der Wiener Stadtregierung nur spärlich durch den Assanierungsfonds mit Infrastrukturmaßnahmen bedacht worden.

Die AdressatInnen des Siedlungskonzeptes änderten sich mit der Ankurbelung des Eigentumshausbaus in der Gartenstadt endgültig von der Arbeiterschaft hin zum Mittelstand und zu besser situierten Kreisen. Die soziale Verschiebung war schon im Randsiedlungsbauprogramm ersichtlich geworden, als Eigenkapital zur Errichtung der Häuser benötigt und die Arbeiterschaft durch diese finanzielle Hürde fast vollständig ausgeschlossen wurde. Die ArbeiterInnen sollten wieder im Massenwohnbau unterkommen, den die Stadt und der Bund 1937 verstärkt zu schaffen begannen. Am Gartenstadtkonzept sollte er höchstens durch die Bewirtschaftung eines Schreber- oder Kleingartens Anteil haben. Der genossenschaftliche Siedlungsbau wurde zugunsten der Aufschließung der Ränder des Stadtgebietes durch Eigenheimsiedlungen zurückgenommen. Bestehende genossenschaftliche Siedlungen oder *wilde Siedlungen*, um im Jargon der Zeit zu bleiben, wurden durchwegs der Privatisierung zugeführt oder wie in Hasenleiten durch kommunale Gartenstadtsiedlungen überbaut.

1937 schwenkte der Bund mit der Finanzierung der privaten Bauwirtschaft innerhalb des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* wieder auf die Unterstützung der Errichtung von Hochbauten um. Dabei sind Überlappungen der Konzepte vom Bund und der Stadt Wien

festzustellen. Die gesetzlichen Reglements der Schmitz'schen Assanierungspolitik wurden von der autoritären Bundesregierung weitgehend übernommen und im *Kleinwohnungshausförderungsgesetz* 1937 adaptiert. Wie beim Assanierungsfonds wurde die Errichtung von Kleinwohnhäusern in Eigentumssiedlungen mit Bundesgeldern forciert.

Die Stadt Wien bediente sich der zugesagten Bundesmittel des KlWFG, um die begonnenen Strategie der Assanierung weiterführen zu können. Dies wird vor allem im kleinen Wiener Wohnbauprogramm des Ständestaates[837] deutlich. Dabei kam es zu einer vorsichtigen Rücknahme der bisherigen Baustrategie. Die Stadt übernahm Ende 1937 rund 50% der geförderten Bauten in Eigenregie, wobei auf größere Gebäudezüge Wert gelegt wurde. Der Rückgriff auf den Bau von Siedlungsgeschossbauten in der Hasenleitengasse durch das Scheitern der Randsiedlungsaktion ist als schleichende Rückkehr des Reihenhaussiedlungsbaus des *Roten Wien* zu werten. Dem bauerprobten *Wiener Stadtbauamt* oblag dabei die Aufgabe der Maximierung des Wohnungsbaus unter den geänderten politischen Vorzeichen des ständestaatlichen Stadtumbaus. Einzig die Finanzierung blieb in privatwirtschaftlichen Mustern verhaftet.

Durch die enge und kooperative Zusammenarbeit des Bundes und der Stadt Wien konnte sich eine gemeinsame Strategie herauskristallisieren, die dringliche Aufgaben der beginnenden modernen Städteplanung lösen sollte. Besonders wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, dass innerhalb des kleinen Wiener Wohnbauprogramms gezielter auf die demografische Situation der Stadt und die Wohnbedürfnisse eingegangen werden konnte. Obwohl immer noch teure Innenstadtbauten errichtet wurden, konnte sich die Bautätigkeit auch auf die Peripherie des Stadtgebietes erweitern. Somit entstand ein städtebauliches Konzept, das außerhalb der Verbauung von kleinen Sanierungsgebieten wie etwa der Freihausgründe stand und eine vorausschauende Planung abseits der schleppenden Annahme angebotener Umbauten durch private Baufirmen zuließ.

Ein Einspielen und Greifen der ständestaatlichen Strategien wurden vor allem durch die mit vier Jahren sehr kurz bemessene Zeitspanne des Bestehens des *schwarzen Wien* und die verschärfte wirtschaftliche Krisensituation durch die *Weltwirtschaftskrise* von 1929 im Keim erstickt. Es ist heute nicht zu ermessen inwiefern sich die Konzepte zur Wohnbautätigkeit ohne Dauerkrisen auswirken hätten können.

Der Assanierungsfonds hat, laut eigenen Angaben der Stadtverwaltung, in den vier Jahren seines Bestehens insgesamt 55 Geschossbauten und 88 Familienhausbauten unterstützt. Durch das *Kleinwohnungshausförderungsgesetz* wurden 1937, ebenfalls laut Aussage der Gemeinde, insgesamt 1.255 Kleinwohnungen in sieben Ein- und Zweifamilienhäusern sowie 58 Hochbauten gefördert. Dazu kamen noch insgesamt sieben bis acht Familienasyle der Stadt Wien und die durch Wohnungsteilung entstandenen Kleinwohnungen innerhalb des Hausreparaturfonds bis Ende 1936. Das Gesamtvolumen im ständestaatlichen Wien unterstützter Wohnbauten lag also bei insgesamt 95 Familienhausbauten und 121 Hoch-

837 Städte wie Linz und Graz versuchten ebenfalls mittels kleiner Wohnbauprogramme innerhalb des KlWFG der Wohnungsnot Herr zu werden.

bauten mit ca. 4.600 Wohnungen, wobei einige noch unter NS-Verwaltung fertig gestellt wurden. Mit den Häusern der Randsiedlungsaktionen und der Eigentums-Gartenstädte kann man in den Jahren 1934 bis Anfang 1938 von insgesamt rund 5.700 Wohnungen sprechen.

Die Anzahl der durch den Assanierungsfonds und das KlWFG geförderten Häuser ist innerhalb der zwischen 1936 bis Anfang 1938 neu entstehenden privaten Bautätigkeit in Wien verschwindend gering.[838] Auch ein Vergleich mit der kommunalen Bautätigkeit des *Roten Wien* und den durchschnittlich 6.000 Neubauwohnungen pro Jahr, zeigt eine darniederliegende ständestaatliche Bautätigkeit. Innerhalb der kurzen Zeit ihres Wirkens konnte sich die Förderung der Assanierung, vor allem durch die permanente wirtschaftliche Krise, nicht entfalten. Es wurde 1938 sogar der Straßenbau zurückgenommen, um im selben Jahr insgesamt 4.910 geplante Wohnungen durch private BauherrInnen und das *Stadtbauamt* innerhalb des Assanierungsfonds und des *Bundesgesetz über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern* 1938 fertig zu stellen, die Hälfte davon in Eigenregie der Gemeinde.

2.5.3 Die ideologischen Verwaltungsgebäude

Die Modernisierungsfähigkeit autoritärer Systeme in Europa sollte sich, ausgehend von Italien, am Beginn der 1930er Jahre im Ausbau der Infrastruktur zeigen. Die Errichtung von Bahnhöfen, Postgebäuden, Universitäten, Freizeitanlagen, Parteihäusern sowie Straßen und Autobahnen wurde forciert durchgeführt. Daneben sollte eine soziale Infrastruktur mit Kirchen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Freizeiteinrichtungen entstehen. Die Schaffung repräsentativer Zentren durch monumentale Verwaltungs- und Parteigebäude mündete 1935 in einem Wettbewerb zwischen dem faschistischen Italien, dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion.

Um sich ebenfalls als modernes und modernisierendes autoritäres System darstellen zu können, begann das autoritäre Regime im Februar 1934 damit den Straßen- und Brückenbau verstärkt anzukurbeln. Prunkstück wurden im Wiener Raum die Höhenstraße als touristisches Aussichtsstraßenprojekt und die Wiener Reichsbrücke. Repräsentative Infrastrukturprojekte, die an der *Technischen Hochschule Wien* ersonnen wurden, wie der Wiener Stadtflughafen, der Zentralbahnhof nach italienischem Muster und die Ausgestaltung der Ringstraßenecken blieben aber in der Planungsphase stecken. Dafür verantwortlich war vor allem der chronische Geldmangel des autoritären Ständestaats durch die wirtschaftliche Dauerkrise.

Der Bau der *sozialen Infrastruktur* in Wien beschränkte sich ab 1934 vorwiegend auf den Kirchenbau und gründete auf der Allianz des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes mit der

838 Baubewegung: Neubauten, in: Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 44, 1936; Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 45, 1937; Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 46, 1938.

katholischen Kirche. Mit der Einrichtung eines Netzes von Notkirchen in den Gemeindebauten, den Hochburgen der Sozialdemokratie, sollte die konfessionslose Arbeiterschaft unter die das politische System stabilisierende Kirche gezwungen werden. Der Kirchenbau war für den autoritären Ständestaat vor allem wegen der Übernahme der christlichen Formensprache für die eigenen politischen Ziele wichtig. Dieser strahlte ebenfalls auf die sachliche Architektur des Familienasylbaus aus, bei dem Hausbilder christlichen Inhalts ausgeführt wurden. Neben diesen Fußnoten im öffentlichen Raum übernahmen Denkmäler, vor allem vom *Märtyrerkanzler* Dollfuß, die repräsentative Erinnerungspolitik des Ständestaates.

Ein erster monumentaler Verwaltungsbau wurde 1935 mit dem Rundfunkgebäude der *Österreichischen Radio-Verkehrs AG* begonnen. Damit sollte, neben der Zentralisierung des Rundfunks im Kampf gegen die Propagandasender des nationalsozialistischen Deutschland, auch symbolisch das Attentat auf Dollfuß überdeckt werden. Während die Wohnbauten weitgehend ideologiefrei gebaut wurden, kann die stilistische Ausgestaltung des Funkhauses als erster Monumentalbau des Ständestaates gewertet werden. Die sachliche Fassade wird durch einen monumentalen Eingang, gleichmäßige Fensterachsen und ein monumentales Fries aus geschlitzten Öffnungen geordnet.

1936 wurde offiziell damit begonnen, sachliche Amtsgebäude und Polizeistationen zu errichten. Ein erstes sachliches Postgebäude wurde 1936/37 in der Wattgasse errichtet. Trotz dreier monumentaler Eingänge fügt sich der Monumentalbau gut in den Straßenverlauf ein. Damit schloss das Regime an den Bau vom Bund finanzierter Polizeistationen, Polizeiwohnhöfe und Wohnhäuser für die Beamtenschaft an, die noch im Stil des *Roten Wien* vor dem Februar 1934 errichtet wurden. Ziel war die Festigung des Regimes bei den BeamtInnen. Weitere Planungen wie etwa der Wettbewerb für ein Hauptpostgebäude 1937 standen schon unter dem Stern des nahenden Anschlusses.

Neben diesen Gebäuden wurden zwei Monumentalbauten geplant, die die *Vaterländische Front* direkt repräsentieren sollten: die *Frontführerschule* Robert Kramreiters und der *Fronthausbau* Clemens Holzmeisters.

Kramreiter versuchte 1935 die Attribute des Denkmals, der Kirche und des politischen Verwaltungsbaus beim Entwurf der *Frontführerschule* im Fasangarten als *lebendes Dollfuß-Denkmal* zusammenzuführen. Diese Verschmelzung dreier stilistischer Elemente konnte sich nur aus der Versachlichung des Kirchenbaus innerhalb der Spezifika des autoritären Systems österreichischer Prägung entwickeln. Die nach außen hin sichtbare Kapelle war, im Zentrum der Anlage als Kulisse eines gigantischen Versammlungsplatzes in Form eines antiken Amphitheaters gedacht. Internationale Beispiele für die Anlage waren das *Foro Mussolini* und das *Reichssportfeld* in Berlin.

Für den Bau des *Fronthauses* am Ballhausplatz wurde der Entwurf des *Staatsarchitekten* Clemens Holzmeister von oben durchgesetzt. Das Gebäude sollte sich harmonisch in die historistische Umgebung einfügen. Monumentale Eingänge und ein reichlich ausgestalteter Mittelrisalit im Zentrum der Anlage sollten als architektonische Träger der *Österreich-Ideologie* fungieren. Am schleppenden Bauablauf war mitunter die finanzielle Situation

schuld. Die *Vaterländische Front* adaptierte dafür Finanzierungsstrategien des Kirchenbaus, in der freiwillige und unfreiwillige Spender den Bau 1937 mittels des sogenannten *Frontarbeitsopfers* ermöglichen sollten. Die emotionale Verbundenheit zum Regime sollte als nützlicher Nebeneffekt gestärkt werden. Das Bauvorhaben scheiterte an der wirtschaftlichen Krise, überzogenen finanziellen Erwartungen und dem nahenden Anschluss.

Der sachliche Monumentalstil der Verwaltungsgebäude und der *Bauten der Bewegung* ist durchwegs vergleichbar mit den Ideen des faschistischen Italien und des nationalsozialistischen Deutschland. In der stilistischen Ausprägung der Monumentalbauten findet sich jedoch ein direkter Bezug zur konstruierten *Österreich-Ideologie* des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes. Bei der *Frontführerschule* verdeutlicht der Hinweis auf die christliche Gemeinschaft, durch die Kulissenhaftigkeit der Kapelle vor dem runden, antik anmutenden Versammlungsplatz, die Ziele des Regimes für die ständestaatliche Jugend. Beim *Fronthaus* offenbart die Ausgestaltung des Mittelrisalites die verwaltungstechnische und politische Funktion des Verwaltungsgebäudes der *Vaterländischen Front*. Die Wappen der Bundesländer und die Zeichen der acht Stände werden symbolisch unter dem Kruckenkreuz und dem goldenen Doppeladler mit dem Bundeswappen zusammengeführt.

Inwieweit der österreichische Ständestaat mit Monumentalbauten merkbar in das Bild der Stadt eingegriffen hätte, kann heute nicht mehr abgeschätzt werden. Die Durchführung der Großprojekte wäre aber, wenn es die finanzielle Situation und die Einigungsfähigkeit der Wiener Stadtbeamtenschaft erlaubt hätte, sicherlich forcierter in Angriff genommen worden.

2.5.4 Ausblick

Was bleibt vom Ständestaat? Nachdem 1938 die zahlreichen Denkmäler des Ständestaates abgetragen und die Straßen- und Platznamen durch Umbenennungen bereinigt worden waren, blieb nichts als eine gewaltige Infrastruktur an katholischen Kirchenbauten übrig. Die Fassaden der Häuser des Assanierungsfonds und des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* unterscheiden sich visuell kaum von der Architektur der späten Gemeindebauten des *Roten Wien* und der Wohnhäuser der Nachkriegszeit. Sie treten deshalb nicht als bewusste Architektur des Ständestaates in Erscheinung. Insgesamt blieb der Ausbau Wiens unter der ständestaatlichen Verwaltung Stückwerk.

Sieht man sich die Entwicklung der Bautätigkeit Österreichs und speziell Wiens nach 1945 an, erkennt man das konsensuelle Nebeneinanderstehen aller Finanzierungsmodelle der Zwischenkriegszeit. Nicht nur die Gemeindebautätigkeit[839] wurde wieder aufgenom-

839 Bereits 1947 wurde der soziale Wohnungsbau in Wien wieder aufgenommen. Bis 1955 konnten ca. 50.000 Wohnungen geschaffen werden, vgl.: Stadtbauamt der Stadt Wien (Hg.), Der soziale Wohnungsbau der Stadt Wien, Wien, 1956, S. 32.

men, sondern auch die Förderung der privaten Finanzierung[840] von Wohnbauten. Zusätzlich konnte sich in der Zweiten Republik die Assanierungspolitik[841] erneut etablieren. Ohne diese Verflechtung wären die Wiederherstellung und der Ausbau Wiens zur postmodernen Stadt im 20. und 21. Jahrhundert undenkbar gewesen. Nicht zuletzt lag die Kulminierung der verschiedenen Strategien in einem städtebaulichen Gesamtkonzept maßgeblich in der Etablierung des besonderen politischen Systems nach 1945 begründet. Das Nebeneinander der Strategien wäre aber ohne Vertrauen der politischen Lager in die gemeinsamen demokratischen Institutionen nach 1945 nicht denkbar gewesen.

Durch die Gründung des *Vereins der Freunde des Wohnungseigentums* am 15. Juli 1950[842] konnte sich mit dem *Wohnungswiederaufbaugesetz* auch ein eigenes Eigentumswohnungsbauprogramm entwickeln. Ideologisch knüpfte es an die Versuche der 1930er Jahre an und richtete sich abermals gegen die kommunale Bautätigkeit.[843] Getragen wurde die Wiederbelebung der Idee des Wohnungseigentums ab Sommer 1945 durch den Wiener Gemeinderat und Landtagsabgeordneten Erich Exel. Die Privatwirtschaft sollte wieder die Grundlage des zukünftigen Wohnbaus in Österreich sein.[844] Damit wurde auch in den 1950er Jahren die *Entproletarisierung* der Gesellschaft das Ziel konservativer Politik.[845] Eigentum sollte die ÖsterreicherInnen unempfänglicher für politische Strömungen machen, wobei nicht nur der Nationalsozialismus, sondern auch der Sozialismus gemeint war. Gleichzeitig wurde wieder auf die Förderung des Baus von Eigentumssiedlungen zurückgegriffen.[846]

Laut der Thesen von Barbara Feller, Erich Bernard[847] und Jan Tabor kam es nach 1945 zu einer weitgehenden Entfaltung des architektonischen Stils des Ständestaates in Österreich.

Tabor verweist nicht nur auf die Kunstwerke innerhalb der *Kunst am Bau*, die von denselben KünstlerInnen geschaffen wurden und aus der Semantik des Ständestaates schöpfen, insbesondere aus der christlichen Mythologie, sondern auch auf die stilistische Ausgestaltung der Fassaden und die Architektur der Bauten. Die Architektenschaft, darunter Robert Kramreiter und Clemens Holzmeister, schloss in der Zweiten Republik an

840 Nach dem Krieg wurden zur Ausweitung der Bautätigkeit durch Private und Genossenschaften wieder Darlehen durch den *Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds* vergeben. Ab 1951 unterstützte die Stadt Wien diese Aktion für gemeinnützige Bauvereinigungen. Die Wohnbauförderung wurde per Gesetz vom 7. Juli 1954 wieder aufgenommen und sowohl von privaten Bauherren wie auch von der Gemeinde genutzt, vgl.: Ebd., S. 56.

841 Diese umfasste die Bereinigung *abgewohnter Viertel sowie funktionsloser Altstadtkerne*, die städtebauliche Reorganisation der Gründerzeit-Viertel und die Sanierung historischer Stadtkerne, vgl.: Ebd., S. 166 f.

842 Verein der Freunde des Wohnungseigentums (Hg.), 5 Jahre Wohnungseigentum in Österreich, Wien, 1955.

843 Verein der Freunde des Wohnungseigentums (Hg.), 10 Jahre Wohnungseigentum, Wien, 1960.

844 Exel, Das Wohnungseigentum, 1949, S. 12 f.

845 Ebd., S. 25.

846 Erwin Fischer, „Wohnungseigentum" – Ein Weg zur Lösung der Wohnungsfrage, Wien, 1950, S. 18 f.

847 Feller, Bernard, Brüche, in: Österreichischer Kunsthistorikertag (Hg.), „Kunstrealitäten", 1997, Tagungsband.

die Zeit des autoritären Ständestaates an. Besonders hervorzuheben ist dabei der 1952 entstandene *Kardinal-Innitzer-Hof* I., Brandstätte 1 – Stephansplatz 8 von Josef Vytiska.[848]

Feller und Bernard sehen die personellen Kontinuitäten der Architekten und Politiker als maßgeblich für die Weiterführung der sogenannten *Österreichischen bzw. Wiener Moderne* und verweisen bei der Architektur nach 1945 auf „einen eigenen Konnex zur politischen Entwicklung, wo nun zahlreiche Männer in entscheidende Funktionen kamen, deren Prägungen und erste politische Erfahrungen in der Zeit des Ständestaates stattgefunden hatten".[849] Sie entlarven damit ebenfalls die sogenannte *Stunde Null*[850] als Gründungsmythos der Zweiten Republik. Erst mit dem Rückzug der Architekten Oswald Haerdtl, Siegfried Theiss und Hans Jaksch Ende der 1950er Anfang der 1960er Jahre konnte es zu einem Generations- und Richtungswechsel kommen.[851]

Die Wohnbauten des Ständestaates können deshalb heute nur schwer durch das Wissen um ihre Bauzeit und der speziellen Fördermodalitäten identifiziert werden. Den aufmerksamen BetrachterInnen erschließen sich die zwischen 1934 und 1938 gebauten Wohnbauten vor allem anhand der oftmals noch bestehen gebliebenen *Kunst am Bau.*

Ich habe mich deswegen entschlossen, im nächsten Kapitel eine genaue Aufstellung der Gebäude und der Infrastrukturmaßnahmen aufzulisten, um die Stadt des Ständestaates für FlaneurInnen und Architekturinteressierte erfahrbar zu machen.

848 Jan Tabor, Ständestaatsmoderne, 15.05.2013, Vortrag im Architekturzentrum Wien.

849 Feller, Bernard, Brüche, in: Österreichischer Kunsthistorikertag (Hg.), „Kunstrealitäten", 1997, Tagungsband, S. 129.

850 Der politische Begriff deckt den vollständigen Neubeginn Österreichs, ausgehend von 1945, ab, ohne die Zeit der Ersten Republik, des Ständestaates und des Nationalsozialismus darin zu integrieren.

851 Feller, Bernard, Brüche, in: Österreichischer Kunsthistorikertag (Hg.), „Kunstrealitäten", 1997, Tagungsband, S. 129 f.

3 LISTE DER BAUWERKE

Die folgende Liste wurde unter der Zuhilfenahme aller in der Publikation verwendeten Werke erstellt.

Insbesondere halfen mir die Primärquellen aus dem *Wiener Stadt- und Landesarchiv*, dem *Österreichischen Staatsarchiv* und dem *Historischen Archiv der Bank Austria* dabei, Häuser des Assanierungsfonds und des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* von 1937 aufzuspüren, die in den ausführlichen Eigenpublikationen der Stadt Wien und in der Forschung noch nicht publiziert wurden. Trotzdem konnte ich mich aufgrund von Lücken und fehlender Dokumente (besonders die nach Auskunft der *I. Österreichische Sparkasse* nicht vorhandenen Protokolle der Verwaltungskommission) nur an die absolute Vollständigkeit annähern. Besonders sind hier die Einfamilienhäuser des Assanierungsfonds und KlWFG zu nennen, die in den Unterlagen der bundesunmittelbaren Stadt Wien teilweise ohne Hausnummer, Einlagezahl oder Grundstücksnummer genannt wurden.

Beim Abklären von Häuserdaten, ArchitektInnen, KünstlerInnen und beteiligten Institutionen halfen mir vor allem die Eigenpublikationen der Stadt Wien und die hervorragenden topografischen Sammelwerke von Friedrich Achleitner und Helmut Weihsmann sowie das Dehio-Handbuch der *Abteilung Denkmalforschung des Bundesdenkmalamtes.* Weitere essentielle Rechercheinstrumente waren die Plattformen www.architektenlexikon.at und www.wien.gv.at/kultur/kulturgut/. Die Namen der BauherrInnen wurden allesamt im Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien veröffentlicht, wodurch ich sie bedenkenlos übernehmen konnte. Weiterführende Informationen über Bauwerke, die in die nachfolgenden Baubeschreibungen eingeflossen sind, wurden im vorhergehenden Fließtext schon eigens zitiert. Nicht zuletzt stellen die Wohnhäuser und ihre oftmals signierten Kunstwerke selbst wichtige Quellen dar.

Den Häusern des Hausreparaturfonds habe ich in der Liste keinen eigenen Platz zugedacht, da sie nur Adaptionen darstellen. Die Notkirchen habe ich aufgrund ihrer städtebaulichen und architektonischen Schlichtheit, die oftmals durch die adaptierten Gebäude vorgegeben wurde, ebenfalls nicht aufgenommen. Aus dem gleichen Grund sind in dieser Liste auch keine Schrebergartenhäuser aufgeführt. Zusätzlich wurde bis auf besonders wichtige Beispiele auch auf die Darstellung der Denkmäler verzichtet. Diese hatten zwar für die Bauwirtschaft und die Architektenwettbewerbe eine erhebliche Bedeutung, waren aber für den Wohnungsbau und das städtische Gesamtkonzept weitgehend unerheblich. *Kunst am Bau* habe ich hingegen bei den einzelnen Häusern angegeben.

3.1 Geschosswohnungsbauten

3.1.1 Assanierungsfonds

I., Laurenzerberg 3 – Hafnersteig 10

Privates Wohnhaus

1935–1937, Entwurf: Felix Angelo Pollak, Bauausführung: Reform-Baugesellschaft Bauherr: Bunzl & Biach, 8 bzw. 10 Geschosse, 40 Wohnungen, 11 Geschäftslokale, Sandsteinrelief *Ballspielende Löwen.*
Bei diesem Wohnbau handelt es sich um das erste bewilligte Projekt des Assanierungsfonds, in dessen erster Kuratoriumssitzung vom 5. November 1934. Es wurde mit zwei weiteren Bauten des I. Bezirkes, dem *Stadthaus zum Römertor* und dem *Hueberschen Haus*, mit Vorrang behandelt.
Das sachliche Gebäude besteht aus mehreren ineinandergerschobenen Baukörpern. Die Fassade wird durch Fenster gegliedert, die durch Gesimse betont werden. Der Hafnersteig wurde mit einer eingeschossigen vorgesetzten Geschäftszone bedacht, die durch eine Terrasse und ein Gurtgesims abgesetzt wird.
Über dem Eingangsportal am Laurenzerberg wurde das Hauszeichen des Vorgängerhauses, zwei kleine Skulpturen ballspielender Löwen, als Zierelement in die Fassade integriert.

I., Lichtensteg 2 – Rotenturmstraße 15 – Rotgasse 2

Privates Wohnhaus

Stadthaus zum Römertor

1934/35, Entwurf: Heinrich Schmid, Hermann Aichinger, Bauausführung: Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG, Bauherr: Georg Engelhardt, 7 Geschosse, 12 Wohnungen, 16 Geschäftslokale, Hauszeichen *Im 1. Jahrhundert unserer Zeitrechnung stand hier die Porta Principalis Dextra – ein Haupttor des römischen Lagers* nicht erhalten.
Es handelt sich um eines der drei Häuser, die in der ersten Sitzung vom 5. November 1934 mit Vorrang behandelt wurden. Zuerst war angedacht, das Stiegenhaus des Nachbarobjektes mitzunutzen. Das Kuratorium entschied sich in der zweiten Sitzung jedoch dagegen. Stattdessen sollten keine Laubengänge zur Ausführung kommen, dafür aber eine erkerartige Ausladung zur Erzielung der Trakttiefe. Bildhauerarbeiten wurden ebenfalls beschlossen.
Das in Stahlskelettbauweise ausgeführte Wohn- und Geschäftshaus verbreitert sich nach oben durch wuchtige Erker, die wiederum durch vertikale Fensterreihen dominiert werden. Eine zweigeschossige Geschäftszeile wird dadurch abgesetzt. Ein vertikales Rundfensterband wurde erst im Zuge einer Renovierung und eines Ausbaus zu einem Hotel bis 2013 in die Fassade eingefügt.
→ siehe Abb. 22, 47

I. Postgasse 1–3 – Wollzeile 35

Kommunale Wohnhausanlage (Gemeindebau)

Assanierungsgebiet Wollzeile

1938, Hermann Stiegholzer, Bauherr: Gemeinde Wien, 7 Geschosse, Fassadengraffito *Wollerzeugung* von Leopold Schmid.

Neben den Geldern des Assanierungsfonds wurden zusätzliche Mittel aus dem *Wiener Stadterweiterungsfonds* bereitgestellt.
Ein fast durchgehender Erker unterstützt das wuchtige Hervortreten des Wohn- und Geschäftshauses über die Straßenflucht und setzt gleichzeitig die eingeschossige Geschäftszeile vom Wohnbereich ab. Zusätzlich wird die Trennung auch optisch durch eine Natursteinverkleidung vollzogen. Der Eckblock weist eine schlichte Fenstergliederung auf. Fertig gestellt wurde das Gebäude erst unter NS-Verwaltung.
→ siehe Abb. 27

I., Postgasse 2 – Dr.-Karl-Lueger-Platz 4 – Wollzeile 37–39

Privates Wohnhaus
Assanierungsgebiet Wollzeile
1936–1939, Entwurf: Kurt Klaudy, Georg Lippert, Anton Liebe, Bauausführung: Wayss & Freitag, Bauherr: Dominikanerprediger Ordenskonvent, 7 Geschosse, 72 Wohnungen, 7 Geschäftslokale.
Das Wohnhaus stellt eines der letzten Projekte des Ständestaates und gleichzeitig den städtebaulich größten Eingriff in der Inneren Stadt dar. Der Wohnbau des Ordens der Dominikaner, ein Fondshaus des *Bundes- Wohn- und Siedlungsamtes* des *Bundesministeriums für soziale Verwaltung*, wurde dafür abgetragen.
Der quaderförmige Block wird durch einfache Fenster mit Rahmung gegliedert. Eine zum Dr.-Karl-Lueger-Platz hin vorgesetzte Geschäftszone wird durch eine Terrasse bekrönt. Im Durchgang zur Postgasse befinden sich Geschäfte und eine Gaststube.
In der Bauausführung zeigt sich die Rücknahme der vom autoritären Ständestaat propagierten *Österreichischen bzw. Wiener Moderne* durch Anpassung der Dachform an die Umgebung. Der Bau wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt.
→ siehe Abb. 27, 54

I., Singerstraße 4

Privates Wohn- und Geschäftshaus
Lindwurmhaus
1935–1937, Entwurf: Karl Hofmann, Felix Augenfeld, Bauausführung: Kurt Klein, H. Schuster, Bauherr: Arthur Soffer, 7 Geschosse, 26 Wohnungen, 4 Geschäfts- und Ausstellungslokale.
Das Möbelhaus Arthur Soffer ist eines der drei Häuser, die als Gegengewicht zum kapitalintensiven Umbau der Freihausgründe durch große Firmen unterstützt wurden. Um die Mittel klein zu halten, wurde ein geplantes achtes Geschoss nicht ausgeführt.
Das Dachgeschoss des sachlichen *Lindwurmhauses* wurde zurückgesetzt und terrassiert. Eine zweigeschossige Geschäftszone mit Natursteinverkleidung ist vom Wohnbereich abgesetzt. Im Foyer wurde eine Bauinschrift mit den Erbauungsjahren angebracht. Der architektonische Stil steht in einem Naheverhältnis zur Architektur der 1950er Jahre.

I., Singerstraße 30–32 – Seilerstätte 4

Privates Wohnhaus
Huebersches Haus
1937–1939, Bauausführung: Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG, 8 Geschosse, Steinplastik *Maria Immaculata auf Wolkenberg mit Engelsköpfen.*
Das Wohnhaus war eines der drei Häuser, die in der ersten Sitzung vom 5. November 1934 mit Vorrang behandelt wurden. Trotzdem wurde erst im April 1937 eine Geldtransaktion an die Union-Baumaterialiengesellschaft in einer nicht öffentlichen Sitzung geplant. Den Umbau führte später jedoch die Baugesellschaft A. Porr durch.
Das dreiseitig freistehende Eckhaus ist im sachlichen Stil gehalten. Die konkave Ecklösung inkludiert einen konvexen Gitterbalkon über dem nach hinten versetztem Erdgeschoss, dem zwei Pfeiler vorgelagert sind. In der Seilerstätte beherrscht ein breiter Erker die Fassade. Das oberste Stockwerk wurde zurückgesetzt.

I., Wollzeile 21/23

Private Wohnhäuser
Assanierungsgebiet Wollzeile
1937–1939, Entwurf: Johann Eggenfelder, 7 Geschosse.
Schon in einer Sitzung nach dem April 1937 von der Bau und Terrain A.G. geplant, wurden die Gebäude erst 1939 als Wohn- und Geschäftshäuser erbaut. Nach der Fertigstellung 1939 wurden sie an ein Mitglied des Aufsichtrates der Bau und Terrain A.G. verkauft. Das Unternehmen besaß bereits andere Immobilien in der Wollzeile.
Die sachlich schlichten Fassaden weisen eine einfache Fenstergliederung und eine durch ein Gurtgesims abgesetzte Geschäftszeile auf.
→ siehe Abb. 26, 27

I., Wollzeile 30/32/34 – Zedlitzgasse 1–5

Privates Wohnhäuser
Assanierungsgebiet Wollzeile
1937/38, Entwurf: Ludwig Wurm von Arnkreuz sen., Bauausführung: Brüder Redlich, G. A. Wayss GesmbH, Wayss und Freytag A.G., Meinong GesmbH, 7 Geschosse.
Das Häuserensemble, dem das ehemalige Barockpalais Paar in der Wollzeile 30 zum Opfer fiel, wurde durch die *Zentralsparkasse* und die *Schoeller-Bank* co-finanziert.
Der zusammenhängende, zentral um einen Innenhof gruppierte Wohnhausverband, wurde im sachlichen Stil errichtet. In der Wollzeile gliedern Erker die Fassade, in der Zedlitzgasse vertikale Balkon- und Loggienbänder, die teilweise mit Beton ausgeführt wurden. Auch hier wurde die Geschäftzeile optisch abgesetzt.
→ siehe Abb. 27

III., Invalidenstraße 17 – Ungargasse 1

Privates Wohnhaus

Assanierungsgebiet Großmarkthalle

1935/36, Entwurf: Karl Koblischek, Bauausführung: Wayss & Freytag A. G. und Meinong GmbH, Bauherr: Elisabethinen, 7 bzw. 8 Geschosse, 83 Wohnungen, 14 Geschäftslokale, Majolikarelief einer Ansicht der Landstraße von 1792 *Invalidenhaus – Konvent der – Elisabethinen – und Gasthaus zum „Bretzlbuam"* von Heinrich Revy.

Das Gebäude stellt die Weiterführung und gleichzeitig den Abschluss der Blockrandbebauung der Invalidenstraße 13–15, die im Jahre 1932 begonnen wurde, dar. Das Viertel um die Großmarkthalle im III. Bezirk war ein weiteres kleines Sanierungsgebiet neben der Operngasse und der Wollzeile. Die Fassade weist eine abgerundete Eckausbildung auf, die durch hervortretende runde Gitterbalkone dominiert wird. Diese Gliederung wird durch vertikale Gurtgesimse unterstützt. Nach oben wird das Gebäude durch eine Terrasse bekrönt, deren Pfeiler zur monumentalen Wirkung des Gebäudes beitragen. Die Fassadengliederung steht in einem Naheverhältnis zur Architektur des *Roten Wien.*

III., Landstraßer Hauptstraße 31

Privates Wohnhaus

Haus zur goldenen Birn

1934/35, Entwurf: Karl Wilhelm Schmidt, Bauherr und -ausführung: Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG, 8 Geschosse, 34 Wohnungen, 6 Geschäftslokale.

Das sachliche Großstadthaus weist eine symmetrisch, glatte Fassade mit abgesetzter Geschäftszone auf. Die Fenstergliederung wird an ihren Randachsen in vertikale Loggienbänder aufgelöst. Über diesen wird das oberste Stockwerk durch Terrassen zurückgesetzt, was zur turmartigen Überhöhung des Baukörpers beiträgt.

III., Landstraßer Hauptstraße 126 – Eslarngasse 1

Privates Wohnhaus

1935–1937, Entwurf: Johann Ferdinand Hilscher, Guido Uxa, Bauausführung: Gustav Adolph Wayß Ges.m.b.H, Bauherren: Wilhelm Peterle, Hans Leitner, 5 Geschosse, 36 Wohnungen, 14 Geschäftslokale.

Die eingeschossige Ladenzeile liegt an der Straßengrenze der Landstraßer Hauptstraße und wird durch den nach hinten verschobenen, L-förmig angeordneten Wohnbau abgesetzt. Der Baukörper in der Eslarngasse weist eine einfache Fenstergliederung auf, dessen schmale zur Hauptstraße hin weisende Front wird mit einem dreieckigen Erker abgeschlossen. Der Baukörper in der Landstraßer Hauptstraße wird durch zwei vertikale Balkonbänder an seinen Rändern gegliedert.

III., Reisnerstraße 10 – Beatrixgasse 23

Privates Wohnhaus

1935/36, Entwurf: Hermann Stiegholzer, Bauausführung: Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG, 5 bzw. 6 Geschosse, 18 Wohnungen, 4 Geschäftslokale.

Da in dieser Gegend, laut Kuratorium, billige Wohnungen gefragt waren, wurde das Projekt unter der Bedingung gefördert, dass keine Wasserleitung und keine Zentralheizung installiert werden sollten.
Zwei Erker gliedern die Fassade des sachlichen Wohnhauses. Das Hauptportal in der Reisnerstraße ist mit Natursteinplatten eingefasst.

III., Ungargasse 7 – Beatrixgasse 5/7

Privates Wohnhaus
1935/36, Entwurf: Hermann Stiegholzer, Bauausführung: Franz Katlein, 6 Geschosse, 37 Wohnungen, 4 Geschäftslokale, Steinrelief zur Erinnerung an die *Ungarherberge* von Oskar Thiede.
Die Gemeinde Wien als Eigentümerin des abgerissenen Gebäudes unterstützte dessen Assanierung. Das Wohnhaus weist in der Beatrixgasse eine Fassade mit einfacher Fenstergliederung auf. Diese wird durch horizontale und vertikale Rillen im Putz, die eine breite Fensterrahmung einfassen, unterstützt. Der zur Ungargasse vorragende turmartige Risalit wird von zwei gerahmten Atelierfenstern bekrönt, die dem Bauwerk eine monumentale Note geben. Die Fassade der Ungargasse bleibt sachlich glatt verputzt, die eingeschossige Geschäftszone wird durch den vorgeschobenen Erker des Turmes abgesetzt.

III., Weißgerberlände 6

Privates Wohnhaus
1937/38, Entwurf: Karl Ernst, Ernst Frommer, F. S. Lam, Bauausführung: Stabil Baugesellschaft für Hoch- und Tiefbau mbH, 7 Geschosse.
Das Zinshaus für den gehobenen Mittelstand weist eine sachlich glatte, symmetrische Fassade auf. Die mittlere Hauptzone ist leicht zurückgesetzt und um ein Geschoss erhöht. Die Randachsen der Baulückenbebauung werden durch Gitterbalkone gegliedert.

IV., Margaretenstraße 10 – Operngasse 23–25

Privates Wohnhaus
Assanierungsgebiet Freihaus
1935/36, Entwurf: Franz Gessner, Bauausführung: Beton- und Tiefbauunternehmen Wayss, Bauherr: Arnold Löffler, 7 Geschosse, 52 Wohnungen, 16 Geschäftslokale, Magazine und Ateliers, Kunststeinrelief *Lehensgabe des Grundes an die Reichsgrafen von Starhemberg* von Josef Preyer und Oswald Rous.
Die markante expressive Ecklösung der Eckparzelle erinnert an die Architektur des *Roten Wien* und ist der Eckrundung des Hauses Operngasse 30 gegenübergestellt. Halbkreisförmige Balkone gleichen die konkave Ecklösung des turmartig überhöhten Baukörpers aus. Die Fassade wird durch Fenster und Erker rhythmisiert. Das breite Kranzgesims wird durch Dachterrassen bekrönt.
→ siehe Abb. 24, 25, 35

IV., Operngasse 22/24 – Faulmanngasse 2

Private Wohnhäuser

Assanierungsgebiet Freihaus

1937–1939, Hans Irschik, 7 Geschosse, Hausrelief zur Kreuzung Faulmanngasse *Es gibt nur einen Adel, den Adel der Arbeit* wurde unter NS-Verwaltung von Karl Krall ausgeführt und heute durch die Entfernung des Namens *Adolf Hitler* entschärft.
Die sachlichen Wohnhäuser liegen am Durchgang zwischen Operngasse zur Rechten Wienzeile. Die Gebäude bestehen aus ineinandergeschobenen Baukörpern, die als asymmetrische Erker ausgebildet sind. Über dem monumentalen Hauptgesims befindet sich eine Dachterrasse mit einem nach hinten versetzten Stockwerk.
→ siehe Abb. 25

IV., Operngasse 26 – Faulmanngasse 1

Privates Wohnhaus

Papageno-Hof

Assanierungsgebiet Freihaus

1936/37, Entwurf: Franz Gessner, Bauausführung: Beton- und Tiefbauunternehmen Wayss, Bauherr: Arnold Löffler, 7 Geschosse, Majolikarelief *Papageno* von Heinrich Revy 1937.
Das Wohnhaus ist in die siebengeschossige Zeilenverbauung Operngasse 26–36 integriert. Die Fassade wird durch Erker gegliedert.
→ siehe Abb. 25

IV., Operngasse 28

Privates Wohnhaus

Assanierungsgebiet Freihaus

1936/37, Entwurf: Alfred Adler, Martin Johann Schmid, Bauherr und -ausführung: Gustav Adolph Wayß Ges.m.b.H, Hubert Redlich, 7 Geschosse, Glas- und Sgraffitogemälde im Stiegenhaus von Rudolf Holzinger.
Das Haus in der Häuserzeile 26–36 weist eine Erkergliederung auf.
→ siehe Abb. 25

IV., Rechte Wienzeile 1/1a – Operngasse 18/20/20a

Private Wohnhäuser

Bärenmühle

Assanierungsgebiet Freihaus

1937/38, Entwurf: Heinrich Schmid, Hermann Aichinger, Bauausführung: H. Rella & Co., Bauherr: Oskar Pöller, 8 Geschosse, 79 Wohnungen, 6 Geschäftslokale, Steinrelief *Bärenmühle* von Oskar Thiede, nicht mehr vollständig erhaltene Bauinschrift im *Bärenmühldurchgang*: *Dieses Haus wurde anstelle eines den Verkehr behindernden Althauses mit Hilfe des Assanierungsfonds nach den Plänen der Architekten H. Schmid – H. Aichinger im Jahre 1937 errichtet.*

Das verglaste Wohn- und Geschäftshaus stellt eine Verbauung eines keilförmigen Eckgrundstückes zum Karlsplatz hin dar. Das Gebäude wurde mit überhöhtem vorgeschobenem Baukörper und mit einem halbkreisförmigen Vorbau ausgeführt. Die schmale Eckfront ist durchgehend verglast. Die Fassaden der Operngasse und Rechten Wienzeile wurde durch glatte Erker, die ihrerseits nur durch Fenster gegliedert sind, Richtung Eckfront ausgerichtet. Im Bereich des Eckbaukörpers weisen die Fenster eine wuchtige Rahmung auf.
→ siehe Abb. 25, 36

IV., Rechte Wienzeile 7 – Faulmanngasse 6–8; Rechte Wienzeile 9 – Faulmanngasse 5/7 – Mühlgasse 6/10

Private Wohnhäuser
Assanierungsgebiet Freihaus
1935–1937, Entwurf: Clemens Holzmeister, Max Fellerer, Philipp Diamantstein, Eugen Wörle, Bauausführung: Maximilian Soeser, Bauherr: Oskar Pöller, 6 bzw. 7 Geschosse, 131 Wohnungen, 17 Geschäftslokale.
Der mehrteilige Häuserkomplex links und rechts der Faulmanngasse stellt den einzigen von Clemens Holzmeister erbauten Assanierungsbau im Ständestaat dar. Seine Pläne für ein Wohnhaus innerhalb des Assanierungsfonds in der I., Dorotheergasse von 1935 wurden nicht ausgeführt.
Der Bau des Nebenbaus in der Faulmanngasse durfte, laut Assanierungsfonds-Kuratorium, erst begonnen werden, wenn das Hauptgebäude an der Wienzeile 7/9 eine künstlerisch ausgestaltete Fassade bekam. Die Schmucklosigkeit des Gebäudes wurde bemängelt. Die Bedingung wurde im November 1936 aber zurückgenommen, als bekannt wurde, dass es sich um eine Natursteinfassade handelt.
Die Eckblöcke des sachlich glatten Baus sind teilweise durch Fenster sowie französische Fenster gegliedert. Zur Mühlgasse hin weist die Fassade auch Balkone auf. Die monumentale Wirkung des Daches über dem Kranzgesims wird durch hervortretende Dachfenster erzielt. Das Gebäude steht in einem stilistischen Naheverhältnis zum Hochhaus in der I., Herrengasse 6–8.
→ siehe Abb. 25, 34

IV., Schleifmühlgasse 12/14 Operngasse 36; Häuser Operngasse 30/32/34

Private Wohnhäuser
Zu den vier Jahreszeiten
Assanierungsgebiet Freihaus
1935–1937, Entwurf: Eugen Kastner, Fritz Waage, Bauherr und -ausführung: Universale-Redlich & Berger Bau-A.G., 7 Geschosse, 141 Wohnungen, 24 Geschäftslokale, 7 Geschosse, Fresko *Plan des Freihauses* von Hans André.
Die sachlichen Häuser der Häuserzeile Operngasse 26–36 wurden mit einer durchgehenden Erkergliederung ausgeführt.
→ siehe Abb. 24, 25, 39, 49

IV., Ziegelofengasse 18

Privates Zinshaus

1937, Bauherr und Entwurf: Franz Paitl, Bauausführung: Baugesellschaft Paitl & Meissner, stark beschädigte Sandsteingruppe *Marienkrönung* am Portal.

Die Zwischenfinanzierung des Gebäudes übernahm die *Mercurbank.*

Der Wohnbau ist durch einen flachen Mittelrisalit mit breiten Fenstern gegliedert. Diese sind durchgehend mit einer einfachen Putzrahmung versehen. Die seitlichen Achsen des obersten Geschosses wurden als Loggien ausgebildet. Das Erdgeschoss, das durch ein Gurtgesims abgesetzt ist, verstärkt die monumentale Wirkung des Gebäudes durch breite, vorgeschobene Pfeiler.

V., Schönbrunner Straße 96–98 – Nevillegasse 2

Privates Wohnhaus

1937, Entwurf: Heinrich Schmid, Hermann Aichinger, Bauherr und –ausführung: Reformbaugesellschaft, 23 Wohnungen, 3 Geschäftslokale, 7 Geschosse.

Das Mietshaus besteht aus zwei ineinandergeschobenen Baukörpern. Diese werden durch einfache Fenster und Eckfenster gegliedert. Im ersten Stock weisen die Fenster durchgehend eine wuchtige Putzrahmung auf, die durch die ebenfalls wuchtige Ausbildung des Kranzgesimses ausgeglichen wird. Die Verbindung der Baukörper wird durch filigrane Gitterbalkone hergestellt.

VI., Gumpendorfer Straße 78

Privates Wohnhaus

1937, Entwurf: Richard Weisse, Bauausführung: Franz Katlein, 6 Geschosse, 22 Wohnungen, 4 Geschäftslokale, Fresko: *Hier stand bis zum Jahre 1935 das Blümelhaus.*

Der Fassadeschmuck des im Besitz der Gemeinde Wien stehenden Gumpendorfer Schlössels wurde teilweise beim neu errichteten Gebäude für den Garteneingang und die Fassade wiederverwendet.

Der schmale Eckerker über dem alten Haustor wurde am Neubau erneut angebracht. Er wird von durchgehenden Gesimsen gegliedert. An seinen Rändern schwächen Gitterbalkonbänder seine Dominanz ab und reintegrieren ihn in die Fassade, die eine einfache Fenstergliederung aufweist.

VI., Gumpendorfer Straße 89

Privates Wohnhaus

1937, Entwurf: Wilhelm Friedrich Kattus, Bauausführung: Reformbaugesellschaft, 6 Geschosse, 25 Wohnungen, 4 Geschäftslokale.

Dieses Haus ist eines der interessantesten Wohnbauten des Assanierungsfonds, vor allem durch seine asymmetrisch zurückgestufte Fassade mit abgerundeten Balkonen. Diese moderne funktionale Lösung stellt ein augenscheinliches Ausbrechen aus dem Bebauungsschema anderer Wiener Assanierungsbauten dar.

→ siehe Abb. 42

VI., Hofmühlgasse 20 – Münzwardeingasse 7

Privates Wohnhaus

1935–1937, Entwurf: Anton Jung, Bauausführung: Gebrüder Schlarbaum Baugesellschaft, Bauherrin: Josefine Schlarbaum, 6 Geschosse, 31 Wohnungen, 4 Werkstätten, 1 Atelier.
Die Fassade wird mittels durchlaufender Gesimse mit flächendeckenden Reliefdekors, zwischen den symmetrisch angeordneten Fenstern, gegliedert.

VII., Lerchenfelder Straße 81, 85/89 – Badhausgasse 12, 4–5

Private Wohnhäuser

1935–1937, Entwurf: Hermann Stiegholzer, Herbert Kastinger, Bauausführung: Universale Redlich und Berger Bauaktiengesellschaft, 6 Geschosse, 58 Wohnungen, 12 Geschäftslokale.
Zuerst wurde die Verbauung der Straßennummern 79–89 von der Baugesellschaft eingereicht. Das Kuratorium wollte aber die Förderung für das teure Gebäude nur dann vergeben, wenn der Bau ohne Zentralheizung ausgeführt würde. Außerdem wurde eine künstlerische Ausgestaltung der Fassade gefordert.
1937 wurde die Lerchenfelder Straße 85/89 an den Niederösterreichischen Landesverband des österreichischen Industriellenverbandes veräußert.
An der Fassade der Badhausgasse verbinden durchgehende horizontale und vertikale Rillen im Putz die Rahmen der Fenster schachbrettartig. Die Badhausgasse 8–12 weist zusätzlich einen nach hinten gestaffelten Baukörper auf. Die Badhausgasse 4 wird mittels Balkonen zur nach vorne gestaffelten Nr. 6 hin in das Häuserensemble eingebunden.
In der Lerchenfelder Straße 81 wird die Fassade durch französische Fenster gegliedert, in der Lerchenfelder Straße 85–89 durch einfache Fenstergliederung. Beide Gebäude weisen an der Front einen dominierenden Erker auf.
→ siehe Abb. 37

VII., Neubaugasse 17/19 – Ahornergasse 7

Private Wohnhäuser
Zum verlornen Sohn

1936/37, Entwurf: Hermann Stiegholzer, Bauausführung: Franz Katlein, 7 Geschosse, 104 Wohnungen, 10 Geschäftslokale und Büros, Steinrelief *Bauen Vertrauen*, Bauinschrift im Innenhof.
Die symmetrische Fassade in der Neubaugasse weist zwei Eckrisalite auf, die dem Durchgang zur Seidengasse einen monumentalen Einstieg geben. Der Eindruck wird durch ein Hauptgesims verstärkt.
Die sachlichen Gebäude sind durch einen Innenhof miteinander verbunden, der als öffentlicher Durchgang dient. Dieser wird architektonisch von Erkern mit Eckfenstern und Balkonen dominiert. Eine Freitreppe führt durch den Hof zur verlängerten Seidengasse. Der Innenhof ist durch Beete erschlossen.
Das Gebäude in der Seidengasse besteht aus einer durch Naturstein abgesetzten Geschäftszone und wird durch seine Fenster gegliedert. Ein Erker in der Ahornergasse rundet das Eckgebäude ab.
→ siehe Abb. 45

VII., Neustiftgasse 45

Privates Zinshaus

1937, Entwurf: Eugen Schiller, BauherrInnen: Julius und Frieda Petzold, 6 Geschosse.
Beim sachlichen Assanierungsbau handelt es sich um die Bebauung einer schmalen Baulücke. Über dem Sims, der die Geschäftszeile vom übrigen Gebäude abtrennt, befinden sich drei französische Fenster. Diese sind mittels Putzrahmung mit drei darüber liegenden Fenstern verbunden. Dadurch wird ein Übergang zur Fenstergliederung der oberen Fassade hergestellt.

VII., Neustiftgasse 79 – Myrthengasse 9

Privates Wohnhaus

1937, Bauausführung: Baugesellschaft Gebrüder Schlarbaum, 6 Geschosse.
Die Fassade weist eine einfache Erker- und Fenstergliederung auf. Eckfenster runden das Ensemble ab.

VIII., Josefstädter Straße 3

Privates Wohnhaus

1935–1937, Entwurf: August Strang, Johann Ferdinand Hilscher, Bauausführung: Franz Katlein, Bauherr: Max und Marie Menger-Stiftung, 7 Geschosse
Der Wohnbau wird von einem breiten Erker dominiert, der durch Fenster und Eckfenster gegliedert wird. Das oberste Geschoss des Erkers wird durch eine Dachterrasse nach hinten versetzt.

VIII., Lerchenfelder Straße 50

Privates Wohnhaus

1937, Entwurf: Heinrich Schmid, Bauausführung: Universale Redlich & Berger AG, 6 Geschosse, 46 Wohnungen.
Die Baudurchführung der Lerchenfelder Straße 60 war aus Gründen einer durchgehenden Straßenfreimachung an den Umbau dieses Gebäudes geknüpft.
Das Wohn- und Geschäftshaus wurde mit einer sachlich glatten Fassade mit Fenstergliederung ausgeführt. Das oberste Stockwerk wird durch eine balkonartige Terrasse nach hinten versetzt.

VIII., Lerchenfelder Straße 60

Privates Wohnhaus

1935–1937, Entwurf: Heinrich Sperber, Bauausführung: Kurt Klein, 7 Geschosse, 26 Wohnungen, 2 Geschäftslokale, Tonfiguren *Bauer und Kind, Mutter und Kind* von Rudolf Peschl.
Nach kurzer Rückstellung wurde das Bauvorhaben 1935 doch vom Assanierungsfonds unterstützt. Grund war die Einsparung von öS 900 Mietzinsbeihilfe der Stadt Wien für das alte Objekt. Gleichzeitig wurde die Unterstützung der kleinen Baufirma als Gegengewicht zum kapitalintensiven Umbau der Operngasse als wichtig erachtet.
Die enge Baulückenverbauung weist einen Erker auf, der die Fassade dominiert und mit einem Balkon bekrönt ist. Die Geschäftszeile wird durch ein Sichtziegelgesims abgesetzt. Durch eine Terrasse wird das oberste Stockwerk nach hinten versetzt.

VIII., Strozzigasse 6

Privates Wohnhaus

Nachbarhaus zum versachlichten Verlagshauses Herold. Das Fassadenmotiv *Vaterland und Kirche* wurde von der NS-Verwaltung entfernt.

Nach dem Abriss des Gebäudes wurde in den 1990er Jahren auf den Grundstücken Nr. 6 und 8 das *Studentenwohnheim Friedrich Funder* errichtet.

VIII., Strozzigasse 8

Bürogebäude

Verlagsanstalt und Druckerei Herold

1936–1938, Entwurf: Hans Payer, Fresken von Hans André, Innenmalerei von Igo Pötsch.

Mithilfe des Assanierungsfonds wurde das Gebäude des 1912 gegründeten Herold-Verlages, in dem auch die konservative, christliche Tageszeitung *Reichspost* ihren Sitz hatte, adaptiert und die Fassade versachlicht. Am Tag des Justizpalastbrandes war das Gebäude sogar Ziel eines Brandanschlages, der aber wenig Schaden anrichtete.

Bürgermeister Richard Schmitz war enger Freund, Verbindungsbruder und ehemaliger Mitarbeiter von Friedrich Funder, dem Chefredakteur der regierungsnahen *Reichspost* und Vorstandsmitglied des Herold-Verlages. Die Vergabe erscheint deswegen besonders fragwürdig, auch weil die Assanierung des Gebäudes lange diskutiert wurde, da sie keine dringende Straßenfreimachung darstellte.

Unter NS-Verwaltung wurden Fresken an der Fassade des Gebäudes angebracht, die eine Verbundenheit der Arbeiter mit den Berufsgruppen des Verlags- und Druckereiwesens zeigten.

Nach einem Bombentreffer wurde das Gebäude stark verändert wieder aufgebaut. Nach dessen Abriss in den 1990er Jahren kam auf dem Gelände und dem Nachbargrundstück Nr. 6 das *Studentenwohnheim Friedrich Funder* zur Ausführung.

VIII., Strozzigasse 14–16, 18–20

Private Wohnhäuser

NS-Wohnhausanlage

1937–1939, Friedrich Lojda, Carl Dobek, 6 Geschosse, 56 Eigentumswohnungen, 3 Geschäfte.

Aus dem U-förmig hinter die Grundstücksgrenze reichenden sechsgeschossigen Baukörper des sachlichen Wohnhauses treten an beiden Seiten schmale fünfgeschossige Seitenrisalite hervor. Die Fenster sind an ihren Ober- und Unterkanten über alle Baukörper hinweg mit horizontalen Rillen im Putz verbunden und unterstützen die strenge Fenstergliederung. Das ausgebildete Kranzgesims des Gebäudes erzeugt eine monumentale Wirkung. Fertig gestellt wurde der Wohnbau erst unter NS-Verwaltung.

XII., Meidlinger Hauptstraße 16/18

Private Wohnhäuser

1935, Entwurf: Ernst Epstein, Bauausführung: H. Rella & Co, Bauherr: Arnold und Hugo Pater, 5 Geschosse, 25 Wohnungen, 7 Geschäftslokal, 1 Garage.

Die Förderung war zuerst an den gleichzeitigen Abriss der Nachbargebäude 8–14 geknüpft, um eine sinnvolle Straßenfreimachung durchführen zu können. Durch die Assanierung konnte der Grund für die Theresienbadgasse und die Sternkreuzung freigemacht werden.
Eine symmetrische Fassadengliederung durch vertikale Fensterbänder sogenannter Bay Windows, plastisch aus der Fassade hervortretende Fenster, erinnert an die gestalterischen Elemente des Jugendstils.

XIII., Auhofstraße 178/180

Private Wohnhäuser
1934–1938, Entwurf: Stephan Simony, Josef Heinzle, Ernst Frommer, 35 Wohnungen, 4 Geschäftslokale.
Der lang gezogene Baukörper weist eine einfache Fenstergliederung auf. An der schmalen risalitartigen Stirnseite ordnen vier Balkone über zwei mit Sichtziegeln gerahmten Geschäftsportalen die Fassade.

XIII., Maxingstraße 4b

Privates Wohnhaus
1935–1937, Entwurf: August Belohlavek, künstlerische Gestaltung: Emil Hoppe, Otto Schönthal, Bauausführung: Gustav Adolph Wayß Ges.m.b.H., 4 Geschosse, 19 Wohnungen.
Das asymmetrische Gebäude wird durch seinen Eckblock dominiert, der aus zwei übereinandergestaffelten Erkern besteht. Nach oben hin wird die Verbindung mit der Hauptfassade durch eine eingeschobene Terrasse hergestellt. Der Übergang zum dreigeschossigen Erker an der Maxingstraße wird durch zwei Gitterbalkone bewerkstelligt.
→ siehe Abb. 38

XV., Johnstraße 2 – Felberstraße 124/126

Private Wohnhäuser
1937, Entwurf: Anton Jung, Bauherr und Bauausführung: Bauunternehmung Ing. Hubert Redlich, 5 Geschosse, 42 Wohnungen, 11 Geschäftslokale, 2 Ateliers, Kupferblechrelief *Weidenbaum mit Eule* von Josef Heu 1937.
Die Förderungszusage war an die künstlerische Ausgestaltung der Fassade geknüpft.
Die Fassade des sachlichen Eckhauses wird in der Felberstraße durch Gitterbalkone und Fenster gegliedert. In der Johnstraße schiebt sich ein schmaler Erker aus dem Gebäude, dessen Ränder durch Gitterbalkone wieder in die Fassade eingebunden werden.

XV., Sechshauser Straße 75/75a/77

Private Wohnhäuser
1937/38, Entwurf: Heinrich Till, Bauausführung: Karl Stigler, Alois Rous, Bauherr: Leopold Schimek, 4 Geschosse.
Das Häuserensemble besteht aus zwei sehr unterschiedlichen Fassadenlösungen. Die Häuser 75 und 77 sind baugleich. Ein durchgehend verglastes Stiegenhaus dominiert als zurückgesetzter,

aber überhöhter rechteckiger Baukörper das Zentrum der Gebäude. Der Eindruck wird durch das ebenfalls abgesetzte Portal verstärkt. Die nach beiden Seiten flankierenden Fassadenteile werden durch Fenster gegliedert.
Das zwischen den Gebäuden gebaute Haus 75a wird durch ein vertikales Band abgerundeter Doppel-Balkone dominiert. Die leicht heraustretenden Seitenrisalite weisen eine einfache Fenstergliederung auf.

XVI., Ottakringer Straße 229 – Maroltingergasse 100/102
Private Wohnhäuser
1936/37, Entwurf: Karl Limbach, Bauausführung: Artur Weihs, Bauherrin: Edith Weinberger, 5 Geschosse, 42 Wohnungen, 9 Geschäftslokale, 1 Atelier.
Der sachliche Wohnbau wird durch von der Fassade abgesetzte erkerartige Bereiche gegliedert. Ein turmartig überhöhter Baukörper dominiert den Eckbereich.

XVII., Hormayrgasse 39 – Leopold-Ernst-Gasse 33
Privates Wohnhaus
1935, Entwurf: Karl Limbach (Baudirektor der Vaterländischen Baugesellschaft), Bauherr und Bauausführung: Vaterländische Baugesellschaft, 5 Geschosse, 23 Wohnungen, 7 Geschäftslokale.
Trotz der für die Assanierung unerheblichen Lage in einer Nebengasse wurde der Bau aufgrund des kleinen Bauwerbers unterstützt.
Die Fassadierung des Wohnhauses unterstützt durch vertikale Rahmungsbänder eine einfache Fenster- und Erkergliederung. In der Leopold-Ernst-Gasse dominiert ein aufgesetzter rechteckiger Baukörper über dem Kranzgesims. Dieser verleiht dem Gebäude in Verbindung mit zwei symmetrisch angebrachten Erkern an den Rändern der Fassade eine durchwegs monumentale Wirkung.

XVII., Veronikagasse 44 – Hernalser Hauptstraße 19
Privates Wohnhaus
1936/37, Entwurf und Bauausführung: Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG, 6 Geschosse, 21 Wohnungen, 5 Geschäftslokale, Fresko mit der bildlichen Darstellung der Straßensituation vor dem Umbau: *Eine Strassenenge an dieser Stelle – im Volksmund „Todesecke" genannt – wurde durch Umbau im Jahre 1937 beseitigt*, nicht erhalten.
Mit der Genehmigung des kleinen Projektes sollte ein Gegengewicht zum Umbau der Freihausgründe durch große Firmen geschaffen werden.
Das sachliche Gebäude wird durch Erker gegliedert und weist eine abgesetzte Geschäftszone auf.
→ siehe Abb. 48

XIX., Billrothstraße 22 – Hardtgasse 1
Privates Wohnhaus
1935/36, Bauausführung: Ungarische Baugesellschaft, 2 Geschosse, Roxy-Kino.

Das zweigeschossige sachliche Gebäude ist nicht erhalten. Ab 1936 waren im Erdgeschoss die Räumlichkeiten des *Roxy-Kinos* untergebracht.

XIX., Billrothstraße 58–62 – Pyrkergasse 2a–4b

Private Wohnhäuser

1936–1938, Entwurf: Karl Alois Krist, Bauherr und Bauausführung: Baugesellschaft Gebrüder Schlarbaum, 3 bzw. 4 Geschosse, 42 Wohnungen, 6 Geschäftslokale, 2 Ateliers, Wohnungen für die Beamtenschaft.

Die Giebelfront mit jeweils drei seitlich angeordneten Balkonen ist gegen die Billrothstraße gerichtet.

Die vier Gebäude in der Pyrkergasse haben allesamt einen schmalen, abgesetzten Stiegenhausbereich, der in der Fassade als überhöhter rechteckiger Baublock zurückgesetzt wurde. Die Häuser 2b und 2c weisen runde Stiegenhausfenster auf, die Häuser 4a und 4b rechteckige. Verstärkt wird die Wirkung der Stiegenhausbereiche durch die hervortretende Ausformung der Eingangsportale.

XIX., Iglaseegasse 67/69

Private Wohnhäuser

1937, Bauausführung: Baugesellschaft Gebrüder Schlarbaum, 3 Geschosse, 14 Wohnungen.

Die zwei freistehenden Mietshäuser wurden aufgrund der Neuerschließung des Straßenzuges für die Förderung ausgewählt.

Beide Häuser weisen ein durchgehend verglastes Stiegenhaus auf.

3.1.2 Familienasyle

V., Siebenbrunnengasse 76–78 – Einsiedlergasse 11

Kommunale Wohnanlage (Gemeindebau)

Familienasyl St. Richard

1936/37, Entwurf: Hanns Stöhr, Bauherr: Gemeinde Wien, 5 Geschosse, 75 Wohnungen, Fassadenfigur *Hl. Richard* von Gustav Gurschner.

Der Gebäudezug wurde als Bebauung einer Baulücke im Straßenverband der Einsiedlergasse und einer Eckparzelle in der Siebenbrunnengasse ausgeführt. Die beiden Gebäude flankieren die Pfarrkirche *Herz-Jesu* in der Einsiedlergasse Nr. 9.

Die Fassade wird durch für die 1930er Jahre typische Elemente wie die abwechselnde Anordnung von Fenstern unterschiedlicher Größen mit Fensterrahmungen und Loggien gegliedert. Das Erdgeschoss ist durch ein Gurtgesims abgesetzt.

→ siehe Abb. 30

X., Ettenreichgasse 42–44

Kommunale Wohnanlage (Gemeindebau)
Familienasyl St. Josef
NS-Wohnhausanlage
1935/36, Entwurf: Franz Wiesmann, Bauherr: Gemeinde Wien, 4 Geschosse, 112 Wohnungen, Gusssteinfigur *Hl. Josef* im Mitteltrakt von Josef Heu, Keramikrelief *Mutter mit Kind* an der Fassade Troststraße.
Die schlichte viergeschossige Blockrandverbauung umschließt E-förmig 2 Höfe und weist eine einfache Fenstergliederung auf. Ein Sichtziegelband schließt die Baukörper nach unten hin ab.
→ siehe Abb. 44

XVI., Tautenhayngasse 28 – Küchelbeckergasse 1–3 – Minciostraße 6–8 – Oeverseestraße

Kommunale Wohnanlage (Gemeindebau)
Familienasyl St. Engelbert
1935/36, Entwurf: Franz Wiesmann, Bauherr: Gemeinde Wien, 4 Geschosse, 167 Wohnungen, Sandsteinfigur *St. Engelbert mit Kind* von Anton Endstorfer.
Das Gebäude besteht aus einem Baublock mit dekorlosen Fassaden, der einen Innenhof umschließt. Ein turmartig überhöhter Eckrisalit dominiert die Eckfront am Schnittpunkt der Oeversee- und Minciostraße.
→ siehe Abb. 52

XVI., Wiesberggasse 6b

Kommunale Wohnanlage (Gemeindebau)
Familienasyl St. Elisabeth
1937, Entwurf: Karl Ehn, Bauherr: Gemeinde Wien, 4 Geschosse, 75 Wohnungen, Fassadenfigur *St. Elisabeth* von Anton Endstorfer.
Schmale erkerartige Risalite und eine schlichte Fenstergliederung ordnen die Fassade.

XX., Adalbert-Stifter-Straße 69–71

Kommunale Wohnanlage (Gemeindebau)
Familienasyl St. Brigitta
1934/35, Entwurf: Engelbert Mang, Bauherr: Gemeinde Wien, 3 Geschosse, 217 Wohnungen, Fassadenplastik *Hl. Brigitta* von Oskar Thiede.
Dieses erste Familienasyl des Ständestaates wurde in einem adaptierten Gebäude errichtet, das sich seit dem *Ersten Weltkrieg* in Bau befand und im Eigentum der Gemeinde stand.
Der um zwei Höfe gruppierte schmucklose Wohnbau inkludierte zweigeschossige Gebäude mit gemeinsamer Badeanlage. Ein Spielplatz und Tagesheimstätten für Kinder wurden 1937 angedacht.
Die Wohnungen bestanden aus Zimmer und Wohnküche.
Die Wohnanlage wurde 1984 abgerissen.

XX., Wehlistraße 32–38 – Engerthstraße 35
Kommunale Wohnanlage (Gemeindebau)
Familienasyl St. Leopold
1935/36, Stephan Simony, Otto Felix Schloßberger, Bauherr: Gemeinde Wien, 5 bzw. 6 Geschosse, 114 Wohnungen, Fassadenplastik *St. Leopold* von Heinrich Scholz.
Die autoritäre Wirkung des sachlichen Gebäudes resultiert aus turmartig überhöhten Baukörpern. Die Fassade wird zusätzlich durch Fenster und vertikale Loggienbänder gegliedert.

XXI., Mühlschüttelgasse 55–57 – Fultonstraße 3 – Floridusgasse 42–44
Kommunale Wohnanlage (Gemeindebau)
Familienasyl St. Anna
1935/36, Entwurf: Engelbert Mang, Bauherr: Gemeinde Wien, 3 bzw. 4 Geschosse, 92 Wohnungen, Fassadenfigur *Hl. Anna* von Fritz Zerritsch.
Der offene Eingang in den Innenhof wird von zwei vorragenden dreigeschossigen Risaliten beherrscht, an die hufeisenförmig drei versetzte viergeschossige Baukörper angeschlossen sind. Horizontale Rillen im Putz verbinden die Ober- und Unterkanten der Sprossenfenster über das gesamte Gebäude hinweg.
→ siehe Abb. 29

3.1.3 *Kleinwohnungshausförderungsgesetz* 1937

II., Miesbachgasse 17 – Obere Augartenstraße 44
Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)
1937/38, Entwurf: Konstantin Peller, Bauherr: Gemeinde Wien, 4–5 Geschosse, 79 Wohnungen.
Das sachliche Eckgebäude besteht aus verschobenen Baukörpern mit einer einfachen Fenstergliederung. Ein 5-geschossiger turmartiger, rechteckiger Erker mit Eckfenstern dominiert das durchgehend 4-geschossige Gebäude. Die beiden Baukörper an der Oberen Augartenstraße werden durch vier viertelkreisförmige Balkone verbunden. Aufgesetzte quaderförmiger Baukörper erhöhen zudem das Gebäude, das erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt wurde. Im *Zweiten Weltkrieg* wurde es durch einen Bombentreffer beschädigt.

II., Schüttelstraße 11
Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)
1937/38, Entwurf: Franz Schacherl, Bauherr: Gemeinde Wien, 20 Wohnungen.
Das Wohnhaus wurde durch einen Bombentreffer im *Zweiten Weltkrieg* zerstört.

II., Untere Augartenstraße 15/17 – Haasgasse 4/6
Kommunale Wohnhausanlage (Gemeindebau)
1939, Entwurf: Hanns Stöhr, Bauherr: Gemeinde Wien, 4 bzw. 5 Geschosse, 57 Wohnungen.

Das Gebäude ist in der Unteren Augartenstraße fünfgeschossig und in der Haasgasse viergeschossig. Die Fassaden sind ähnlich schlicht gehalten und werden durch jeweils einen schmalen Erker in der Mitte dominiert. Dieser ist in der Unteren Augartenstraße dreigeschossig und damit um ein Geschoss höher als in der Haasgasse. In der Unteren Augartenstraße wurde das Erdgeschoss zusätzlich durch einen Sims abgesetzt. Das Gebäude wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt.

II., Wehlistraße 156/158
Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)
1937/38, Franz Wiesmann, Bauherr: Gemeinde Wien, 5 Geschosse, 58 Wohnungen, Relief *Schiffersleute auf der Donau.*
Der Wohnblock ist sehr schlicht gehalten und ähnelt durchwegs der architektonischen Ausgestaltung der Familienasyle. Die einfache Fenstergliederung wird durch Fenstersimse unterstützt. Der Wohnbau wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt und im *Zweiten Weltkrieg* durch einen Bombentreffer beschädigt.

III., Am Modenapark 5
Privates Mietshaus
1937, Entwurf: Leo Kammel, Bauherr: Georg Farkas, 7 Geschosse.
Das Gebäude wurde mit 18 Wohnungen für die siebente Sitzung des KlWFG geplant. Der Beirat hatte aber Bedenken bezüglich der Wohnungsgrößen des Miethauses.
Ein Erker dominiert die Fassade des Wohnhauses. Dessen Ränder werden aber durch filigrane Gitterbalkone in die durch die Fenster gegliederte Fassade eingebunden.

III., Landstraßer Hauptstraße 129
Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)
1938, Entwurf: Wilhelm Peterle, Bauherr: Gemeinde Wien, 6 Geschosse, 10 Wohnungen.
Die sachlich, schlichte Fassade der engen Baulücke wird durch gerahmte Fenster gegliedert. Eine Geschäftszone wird mittels eines Gurtgesimses und Natursteinverkleidung abgesetzt.

III., Oberzellergasse 4/6
Private Wohnhäuser
1941, Bauherr: Aktiengesellschaft für Bauwesen, 7 Geschosse, 42 Wohnungen.
Die glatte, sachliche Fassade wird durch Fenster gegliedert. Das Haus Nr. 6 weist an seinem Rand zusätzlich ein vertikales Loggienband auf. Das oberste Geschoss beider Häuser ist an seiner Vorder- und Rückseite durch eine Dachterrasse nach hinten versetzt. Das Erdgeschoss wird durch Beton abgesetzt.

III., Schlachthausgasse 44

Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)

1937/38, Entwurf: Otto Nadel, Bauausführung: Stadtbauamt, Bauherr: Gemeinde Wien, 5 bzw. 6 Geschosse, 24 Wohnungen, Bildhauerarbeiten mit Darstellung von Bauer, Arbeiter und Frau mit Kind von Leopold Hohl.

Die Fassade wird von einem weit vorspringenden Kubus, der über das Kranzgesims emporragt, dominiert. Dieser Erker wird durch horizontale Simse gegliedert.

→ siehe Abb. 51

V., Brandmayergasse 27 – Diehlgasse 14/16

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)

1937, Entwurf: Hanns Stöhr, Bauherr: Gemeinde Wien, 5 Geschosse, 88 Wohnungen, Malerarbeiten Rudolf Böttger durch Installation *Idylle* von Ulrike Lienbacher erweitert und thematisiert. Das sachliche Gebäude weist eine schlichte Fenstergliederung auf. In der Brandmayergasse unterstützen zwei asymmetrisch angeordnete Erker die Gliederung, in der Diehlgasse ein vertikales Loggienband. Das Erdgeschoss wird durchgehend durch ein Gurtgesims abgesetzt.

V., Gassergasse 24/26 – Kliebergasse 6

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)

NS-Volkswohnungen

1937/38, Entwurf: Karl Ehn, Erich Franz Leischner, Bauherr: Gemeinde Wien, 5 Geschosse, 59 Wohnungen, Bildhauerarbeiten von Robert Obsieger 1938.

Die sachlich schlichte Fassade des Eckhauses wird durch Fenster mit Fensterrahmung gegliedert. Fertig gestellt wurde es erst unter NS-Verwaltung.

V., Hauslabgasse 25

Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)

NS-Wohnhausanlage

1938/39, Entwurf: Karl Ehn, Bauherr: Gemeinde Wien, 5 Geschosse, 30 Wohnungen.

Die Fassade wird durch einfach gereihte Fenster mit Fensterrahmung gegliedert. Das zurückgesetzte und überhöhte Stiegenhaus wird nach unten hin durch ein Portal mit Sichtziegelrahmung abgeschlossen, die sich in einem Sichtziegelsockel fortsetzt. Das Gebäude wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt.

V., Kliebergasse – Gassergasse 22

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)

NS-Wohnhausanlage

1938, Entwurf: Karl Ehn, 5 Geschosse, 38 Wohnungen.

Das Wohnhaus wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt, im *Zweiten Weltkrieg* durch einen Bombentreffer zerstört und 1958–1960 wieder aufgebaut.

V., Rechte Wienzeile 71

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)
Wohnhaus zum Wassermännchen
1937/38, Entwurf: Konstantin Peller, Bauherr: Gemeinde Wien, 4 Geschosse, 56 Wohnungen, Steinrelief *Zum Wassermännchen* von Otto Hofner, Tafel mit Erläuterung der Sage im Eingangsbereich.
Auf dem Grundstück war 1936 ein Haus des *Mieterbundes* für die Ankurbelung des Eigentumswohnungsbaus geplant. 1937 wurde jedoch von der Stadtverwaltung dort das *Wohnhaus zum Wassermännchen* als Ausweichobjekt für MieterInnen errichtet, die aufgrund des Assanierungsgesetzes aus ihren Häusern delogiert wurden.
Die Monumentalität des Wohnbaus ergibt sich aus der vertikalen Fenstergliederung, die das Gebäude über einem monumentalen Eingangsbereich nach oben streckt. Der Charakter wird ebenfalls durch das wuchtige Heraustreten des Baus aus der Straßenflucht verstärkt.
→ siehe Abb. 40, 46, 53

V., Straußengasse 9

Privates Mietshaus
1937, Bauherr und Entwurf: Franz Paitl, Bauausführung: Baugesellschaft Paitl & Meissner, 6 Geschosse.
Das Erd- und das Obergeschoss werden jeweils durch ein Gurtgesims abgesetzt. Im ersten Stock wird diese Trennung durch unverputzte Sichtziegelbereiche zwischen den Fenstern verstärkt. Die vertikalen Fensterreihen an den Rändern sind leicht zurückgesetzt.

V., Wiedner Hauptstraße 103

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)
1937/38, Entwurf: Karl Ehn, Bauherr: Gemeinde Wien, 5 Geschosse, 9 Wohnungen, 2 Geschäftslokale.
Laut Trinkaus wurde das Kleinwohnungshaus in der Sitzung vom 28. Oktober 1937 von der *Bürgerschaft* genehmigt.
Mit 8 rund 80 m² großen Wohnungen und einer Hausbesorgerwohnung im Erdgeschoss war das Wohnhaus für reichere Kreise geplant. Die Wohnungen weisen eine Vorraum, zwei große Zimmer, Küche, Badezimmer mit Badewanne und ein WC auf.
Das sachlich glatte Gebäude wird durch gleichförmig angeordnete Fenster mit einfacher Fensterrahmung gegliedert und orientiert sich damit stilistisch am Nebengebäude Wiedner Hauptstraße 105, der ebenfalls von Ehn geplante und ausgeführte Pfarrhof. Der Wohnbau wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt.

V., Ziegelofengasse 12/14

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)
NS-Wohnhausanlage
Furtmüllerhof

1938, Franz Wiesmann, Konstantin Peller, Bauherr: Gemeinde Wien, 6 Geschosse, 54 Wohnungen, Bildhauerarbeiten von Edwin Grienauer 1938.
Zwei symmetrisch angeordnete Erker, die durch Fenstersimse gegliedert sind, ordnen die Fassade des sachlichen Wohnbaus. Das Wohnhaus wurde erst unter NS-Verwaltung begonnen.

VI. Linke Wienzeile 130

Privates Wohnhaus
1937/38, Bauherr: Franz Kühnel, 7 Geschosse, 30 Wohnungen.
Das Wohnhaus wurde für den Assanierungfonds geplant, jedoch erst 1937 durch das *Kleinwohnungshausförderungsgesetz* gefördert.
Zwei Erker, dessen obere Enden durch Balkone bekrönt und die am unteren Ende durch einen Balkon U-förmig verbunden sind, dominieren die Fassade. Das Erdgeschoss und der oberste Stock sind mittels durchgehender Balkone über Gurtgesimsen abgesetzt.

VI., Mollardgasse 28 – Grabnergasse 2

Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)
1937/38, Entwurf: Engelbert Mang, Bauherr: Gemeinde Wien, 5 bzw. 6 Geschosse, 55 Wohnungen, 7 Geschäftslokale.
Statt der geplanten 179 Wohnungen wurden, laut Trinkaus, nur 55 Wohneinheiten errichtet.
Das Eckgebäude orientiert sich stark am Formenrepertoire des *Roten Wien*. Ein abgerundeter, leicht rückversetzter Baukörper im Zentrum der Anlage ragt turmartig über die fünfgeschossige Fassade und dominiert das Ensemble. Daran angebrachte runde Gitterbalkone verstärken den Eindruck. Die übrige Fassade ist durch die Anordnung der Fenster und Gesimse gegliedert. Zwei vertikal angeordnete, abgerundete Gitterbalkonreihen an den Rändern unterstützen die Gliederung. Das Gebäude wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt.

VI., Windmühlgasse 13a – Fillgradergasse 17/19

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)
1938, 6 Geschosse, 64 Wohnungen.
Der sachliche Wohnbau wird durch Eckfensterreihen und vertikal laufende Bänder zweier Fenstertypen gegliedert. Einzig ein abgerundeter, kunstvoll gestalteter Erker ragt aus der Fassade hervor. Das Erdgeschoss ist durch ein Gurtgesims abgesetzt. Das Haus wurde erst unter NS-Verwaltung gebaut.

VII., Mondscheingasse 9

Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)
NS-Volkswohnungen
1939/40, Entwurf: Walter Pind, Magistratsabteilung 24, Bauherr: Gemeinde Wien, 6 Geschosse, 18 Wohnungen, Bildhauerarbeiten mit Darstellung von Siegfried im Kampf mit dem Drachen von Ferdinand Opitz.

Die Wohnhausanlage war mit 19 50–75 m^2 Wohnungen geplant, ausgeführt wurde sie erst unter NS-Verwaltung mit 18 60–80 m^2 großen Wohnungen für Parteifunktionäre. Die Bildhauerarbeiten von Opitz wurden statt einer im Ständestaat geplanten Heiligenfigur ausgeführt und zudem an einer anderen Stelle an der Fassade angebracht.
Der asymmetrische Wohnbau ist hinter die Straßengrenze zurückversetzt. Die hervorragende Gebäudeecke wird durch Eckfenster gegliedert. Die zurückgestufte Fassade weist einen abgerundeten Erker über dem Haupteingang auf. Der Rand zum Nebengebäude wird durch Loggien aufgelöst. Die Geschäftszone setzt sich durch drei horizontale Rillen im Putz ab.
→ siehe Abb. 50

VII., Neustiftgasse 14

Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)
1937/38, Entwurf: Otto Nadel, Bauherr: Gemeinde Wien, 6 Geschosse, 20 Wohnungen.
Das schmale Gebäude weist eine sachliche Fassade mit einfacher Fenstergliederung auf. Die Geschäftszeile ist durch ein Gesims abgesetzt.

VII., Neustiftgasse 52

Privates Mietshaus
1937, Bauherr: Hans Ungethüm.
Das Wohnhaus ist nicht erhalten.

IX., Marktgasse 15/17

Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)
1938, Entwurf: Franz Wiesmann, Bauherr: Gemeinde Wien, 5 Geschosse, 10 Wohnungen.
Es handelt sich um ein sachliches, sehr schlichtes Gebäude mit einfacher Fenstergliederung.

IX., Reznicekgasse 18–22 – Wiesengasse 38 – Badgasse 33/35

Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)
NS-Wohnhausanlage
1939, Entwurf: Karl Ehn, Bauherr: Gemeinde Wien, 6 Geschosse, 61 Wohnungen.
Die Fassade des durch die Stadt Wien konzipierten Kleinwohnungshauses ist durch doppelte vertikale Fensterreihen gegliedert. Der Eckblock zur Reznicekgasse hin ist ebenfalls vertikal mit einer dreireihigen Fensterzusammenfassung geordnet. Der durch Sichtziegel umrahmte und überhöhte Haupteingang und ein ausgeprägtes Kranzgesims verstärken den monumentalen Ausdruck des Wohnbaus. Verwirklicht wurde der Bau in unveränderter Form erst unter NS-Verwaltung.
→ siehe Abb. 32

IX., Rufgasse 4 – Nußgasse 3/5

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)
1939, Entwurf: Erich Franz Leischner, Bauherr: Gemeinde Wien, 4 Geschosse, 49 Wohnungen.

Ein Hauptrisalit, der das lang gezogene Gebäude zur Rufgasse hin abschließt, ist mit einem erkerartigen Quader bekrönt, der über das Kranzgesims hinausragt. Die Fassade besteht aus einfacher Fenstergliederung. Der Wohnbau wurde erst unter NS-Verwaltung begonnen.

IX., Salzergasse 12

Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)
1938, Entwurf: Franz Wiesmann, Bauherr: Gemeinde Wien, 6 Geschosse, 10 Wohnungen. Relief *Gründer des Lichtental – 1662 Joh. Adam Liechtenstein 1712.*
Das schmale Gebäude ist ein einfach gehaltener sachlicher Bau mit Fenstergliederung. Es wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt.

X., Buchengasse 25–27

Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)
Familienasyl St. Johann
1938, Entwurf: Konstantin Peller, Karl Ehn, Bauherr: Gemeinde Wien, 4 Geschosse, 189 Wohnungen, Inschrift: *Diese Wohnhausanlage hat die Stadt Wien im Jahre 1936 begonnen und wurde 1938 vollendet.*
In der Diplomarbeit von Trinkaus wurde die Wohnhausanlage aufgrund der Protokolle der Sitzung der *Bürgerschaft* als achtes Familienasyl *St. Johann* identifiziert. Mistelbauer geht in seiner Diplomarbeit davon aus, dass die Anlage als Familienasyl begonnen, jedoch 1937 innerhalb des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* umgeplant und umgebaut wurde. Nach dem Scheitern des Konzeptes der Familienasylbauten ist eine Umstellung auf eine effektivere Finanzierung durchaus plausibel. Der Assanierungsfonds war zu der Zeit bereits mit dem Umbau des Sanierungsgebiets I., Wollzeile ausgelastet. Eine Umwidmung als Kleinwohnungsanlage für propagandistische Zwecke, etwa um den Erfolg des KlWFG durch höhere Wohnungsanzahlen zu garantieren, wäre also durchaus zielführend gewesen.
Mehrere Blöcke umschließen, in Anlehnung an die Hofverbauung des *Roten Wien*, einen Innenhof. Die Fassade ist durch vertikale, kurze Erker mit Gesimsen gegliedert. Denk sieht hier ein Abweichen vom Stil der Familienasyle in Richtung *klassischem Volkswohnungsbau.*

XIII., Amalienstraße 36

Privates Wohnhaus
1937, Bauherr: Mayreder Kraus & Co Bauunternehmung, 17 Wohnungen.
Das Gebäude ist nicht erhalten.

XIII., Auhofstraße 92 a

Privates Wohnhaus
1937, Bauherr: Leopold Fischer, 4 Geschosse, 8 Wohnungen.
Die sachliche Fassade wird durch sich abwechselnde vertikale Gitterbalkon- und Fensterbänder gegliedert. Am zwischen den Balkonen liegenden Fensterband stellen Simse eine Verbindung zwischen den Balkonen her. Das außen liegende Fensterband bleibt sachlich glatt.

XIII., Geylinggasse 25

Privates Wohnhaus

1936/37, Entwurf: Gustav Schläfrig, Bauherr: Gemeinnützige Ein- und Mehrfamilienhäuser Baugenossenschaft reg. GmbH, Bauausführung: H. Rella & Co, 3 Geschosse, 14 Wohnungen, das Mosaik an der Fassade ist nicht erhalten.

Der Bau war schon vor dem KlWFG 1937 geplant und wäre, laut dem Präsidenten der Baugenossenschaft, Wilhelm Bonczak, auch ohne die gesetzliche Grundlage und die finanzielle Hilfe der *Zentralsparkasse* begonnen worden. Die Finanzierung erleichterte die Durchführung des Bauvorhabens jedoch, für das schon 1936 der Baugrund angekauft worden war. Am 1. Februar 1938 konnte das für die besser situierten Einwohner Hietzings gebaute Wohnhaus bereits bezogen werden.

Das freistehende Wohnhaus wird zur Geylinggasse und zur Rückseite hin von zwei vertikalen Balkonbändern mit je drei Gitterbalkonen dominiert. Diese werden zur Seitenfläche hin durch Gesimse in einen Seitenrisalit eingebunden. An der Hauptfassade umschließen die Balkonbänder sechs gerahmte quadratische Fenster.

XIII., Hietzinger Hauptstraße 142–142a–144

Private Wohnhäuser

1937, Bauherrin: Olga Woller, 4 Geschosse, 27 Wohnungen.

Gitterbalkone und Loggien gliedern die Fassade des Wohnhausensembles.

XIII., Wlassakstraße 33/35

Privates Wohnhaus

1937, Bauherr: Hans Leitner, 4 Geschosse.

Das freistehende sachliche Doppelhaus weist eine einfache Fenstergliederung auf.

XIV., Töpfelgasse 12 – Serravagasse 20

Privates Wohnhaus

1937/38, Entwurf: Friedrich Hugo Neumann (Frederick H. Newman), 4 Geschosse, 17 Wohnungen.

Das Eckhaus war schon in der dritten Sitzung des KlWFG von Hedwig und Alexander Neumann mit 11 Wohnungen geplant gewesen.

Während die Serravagasse von Gitterbalkonen dominiert wird, bleibt die Fassade zur Töpfelgasse hin sachlich schlicht. Fensterreihen sind auf einer erkerartigen Erhöhung angeordnet, die diese gleichzeitig von den Garagentoren im Erdgeschoss absetzt.

XIV., Zehetnergasse 38 – Felbingergasse 75

Privates Mietshaus

1937, Bauherrr: Ernst Habel, 5 Geschosse, 30 Wohnungen.

Der sachliche Eckblock weist im obersten Geschoss der Felbingergasse einen Einschnitt in Form einer Dachterrasse auf. Die Fassade wird durch breite horizontale Bänder zwischen den Fenstersimsen dominiert. Diese Gliederung wird wiederum durch eine horizontale Zusammenfassung

von Fensterpaaren mittels Gesimsen durchbrochen. Ein weit auskragendes Kranzgesims bildet den Abschluss.

XV., Felberstraße 122

Privates Wohnhaus

1937/38, Entwurf: Franz Gessner, Bauausführung: Robert Rabas, Bauherr: Ludwig Löhr, Robert Rabas, 6 Geschosse, 19 Wohnungen.
Ein breiter Erker, der durch eine vertikale Doppelbalkonreihung gegliedert wird, dominiert das Wohnhaus. An den Rändern verstärken einfache Fensterreihen den Eindruck eines nach vorne ragenden Gebäudes. Darüber erhebt sich ein quaderförmiger zurückgesetzter Block, der den Erker in seiner Wirkung ausgleicht.

XV., Hollergasse 36

Privates Miethaus

1937/38, Entwurf: Josef Vytiska, Bauherr und Bauausführung: Leopold Hausenberger, 5 Geschosse, 20 Wohnungen.
Die Fassade des sachlichen Wohnhauses wird von zwei symmetrisch verlaufenden Reihen französischer Fenster gegliedert.

XVI., Haberlgasse 74 – Friedmanngasse 46/48

Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)

1937, Entwurf: Erich Franz Leischner, 4 Geschosse, 30 Wohnungen.
Das Gebäude weist eine einfache Erkergliederung auf. Es wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt.

XVI., Lienfeldergasse 71/73

Private Wohnhäuser

1937, Bauherr: Wayss & Freitag A.G., Meinong GmbH, 5 Geschosse, 38 Wohnungen.
Die Fassaden der schlichten Wohnhäuser werden durch ihre Fenster gegliedert.

XVI., Römergasse 60/62

Private Wohnhäuser

1937, Bauherr: Wayss & Freytag AG, Meinong GmbH, 5 Geschosse, 38 Wohnungen.
Die Wohnhäuser lehnen sich stilistisch an die Fassadengliederung der Häuser Lienfeldergasse 71/73 an.

XVII., Blumengasse 48 – Weidmanngasse 14

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)

1937/38, Entwurf: Konstantin Peller, Adolf Stöckl , Bauherr: Gemeinde Wien, 4 Geschosse, 20 Wohnungen, Bildhauerarbeiten mit Darstellung eines mittelalterlichen Frühlingsfestes von Theodor Igler 1938.

Der viergeschossige Eckblock hebt sich durch seine Dimensionen von den ihn umgebenden dreigeschossigen Gründerzeithäusern ab.
Das Erdgeschoss wird durch ein Gurtgesims abgesetzt, welches an die Fenster des ersten Obergeschosses angegliedert ist und den Baukörper dadurch in zwei horizontale Teile schneidet. Während der untere Teil sachlich glatt bleibt, werden die drei oberen Geschosse durch einen einreihigen vertikalen Erker über dem Haupteingang in der Weidmanngasse und durch Eckfenster gegliedert. Das Gebäude wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt.

XVII., Taubergasse 1–3 – Johann-Nepomuk-Berger-Platz 12

Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)
Hauptfeuerwache Hernals
1937–1939, Entwurf: Konstantin Peller, Adolf Stöckl, 4 Geschosse, 68 Wohnungen, Bildhauerarbeiten von Alfred Hoffmann 1938.
Für den Baubeginn wurde im Januar 1938 das Varieté Westend demoliert und damit 80 Personen unter der Begründung der Einhaltung des Bautermins entlassen. Laut Mistelbauer handelt es sich um keinen Neubau, sondern um einen Umbau.
Das sachliche Gebäude mit einfacher Fenstergliederung weist einen Sichtziegelsockel und eine Ziegelportalrahmung auf. Das Haus wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt.
→ siehe Abb. 31

XVIII., Wallrißstraße 64

Privates Wohnhaus
1937, Bauherren: Anton und Hans Wanecek, 5 Geschosse, 13 Wohnungen.
Das fünfgeschossige Zinshaus wird durch je ein Gurtgesims über dem Erdgeschoss und dem zweiten Stock gegliedert. Darüber tritt ein schmaler quarderförmiger Baublock aus dem Dach hervor, der von zwei Dachfenstern flankiert wird.

XIX., Gallmeyergasse 8a

Privates Miethaus
1937, Bauherr und Entwurf: Carl Fleischer, 3 Geschosse.
Das sachliche freistehende Haus wird an seiner langen Stirnfront durch eine Doppelreihe zurückgesetzter Balkone dominiert. An der schmalen Seitenfront gliedern zwei vertikale Reihen französischer Fenster die Fassade.

XIX., Kaasgrabengasse 20/22

Privates Wohnhaus
1937, Entwurf: Gustav Menzel, Erwin Böck, Bauausführung: Österreichische Realitäten AG, 5 Geschosse, 27 Wohnungen.
Die beiden baugleichen, freistehenden Mehrfamilienhäuser werden an ihren Rändern durch loggienartige Eckbalkone gegliedert. Die sachliche Hauptfassade weist eine einfache Gliederung durch gerahmte Fenster auf. Ein Walmdach mit Schleppgaupen bildet das oberste Geschoss.

XIX., Philippovichgasse 6–10 – Franz-Klein-Gasse 2 – Lissbauergasse
Kommunaler Wohnbau (Gemeindebau)
1940, Entwurf: Hanns Stöhr, Bauherr: Gemeinde Wien, 4 Geschosse, 36 Wohnungen, 1 Geschäftslokal.
Die Wohnungen waren für reichere Kreise konzipiert. Die Hausmeisterwohnung hat als einzige kein eigenes Badezimmer.
Der Haupteingang wird von zwei Rundfenstern flankiert und durch 13 Kacheln, auf denen alle zwölf Tierkreissymbole und als Abschlussstein die Sonne dargestellt werden, umkränzt. Zusätzlich ist der gesamte Portalbereich durch eine schwere dunkelbraune Kachelrahmung vom übrigen Gebäude abgesetzt.
Darüber erstreckt sich ein vertikales Band von drei wuchtigen Betonbalkonen, die aus dem architektonischen Repertoire des *Roten Wien* entlehnt sind. Diese dominieren, mit zwei Eckbalkonen an den Rändern, das aus mehreren verschobenen Baukörpern zusammengesetzte Ensemble.
→ siehe Abb. 33

XIX., Rodlergasse 20
Privates Miet-Kleinwohnungshaus
1937, Bauherr: Otto Kollisch, 5 Geschosse.
Das glatte, sachliche Gebäude weist eine einfache Fenstergliederung und ein wuchtiges Eingangsportal auf.

XIX., Scheibengasse 8 – Dionysius-Andrassy-Straße 12
Privates Wohnhaus
1937, Bauherr: Hans Irschik, 3 Geschosse, 10 Wohnungen.
Der Baukörper wird von einem breiten Mittelrisaliten mit einfacher Fenstergliederung dominiert. Die zu beiden Seiten daran angeschlossenen Balkone bilden die Ränder des Mehrfamilienhauses.

XX., Karajangasse 4
Privates Wohnhaus
1937/38, Bauherrin: Friedericke Feuer, Bauausführung: Otto Zaufal, 6 Geschosse, 16 Wohnungen.
Sachlich schlicht gehaltenes Wohnhaus mit einfacher Fenstergliederung.

XXI., Weisselgasse 15/17 – Schleifgasse 9
Private Wohnhäuser
1937, Entwurf, Bauherr und Bauausführung: Franz Josef Hopf, 5 Geschosse.
1934 wurde das Ansuchen des Bauherrn Hopf für den Assanierungsfonds, laut Trinkaus, aufgrund der politischen Einschätzung desselben als Nationalsozialist, abgelehnt. Innerhalb des *Kleinwohnungshausförderungsgesetzes* 1937 konnte der Wohnbau verwirklicht werden. Die Wohnungsaufteilung und -größe entspricht der der Gemeindebauten.
Die breite Fassade des nüchternen Wohn- und Geschäftshauses wird durch schmale vertikale loggienartige Erker gegliedert. Die Ecklösung wird durch ein abgesetztes dreireihiges vertikales

Fensterband bewerkstelligt, dass die Eckrundung weitgehend verstärkt. Die Geschäftszone hingegen, ist durch ein breites Gurtgesims von den übrigen Geschossen getrennt.
→ siehe Abb. 41

3.2 Siedlungen, Ein-/Mehrfamilienhäuser

3.2.1 Siedlungen

X., Weitmosergasse 1–59 – Altdorferstraße 9 – Sickingengasse 22–28 und 25–31
Assanierungsfonds der Stadt Wien
Gartenstadtsiedlung der Gemeinde Wien
Gartenstadt Wienerberg
1935–1937, Entwurf: Silvio Mohr, Robert Hartinger, Franz Wiesmann, Bauausführung: Stadtbauamt, Bauherr: Gemeinde Wien, 17 Doppelhäuser und ein Einzelhaus, Gartengröße 1200 m², Hauszeichen von André Roder.
Die 1923–1924 von Franz Schuster und Franz Schacherl unter finanzieller Mithilfe der *Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt* erbauten 188 Häuser der Siedlung am Wasserturm stellten unter der Bezeichnung *Eigenheimkolonie* die erste nicht genossenschaftlich errichtete Siedlung Wiens dar. Die zwischen Raxstraße und Weitmosergasse gelegenen Objekte von 35–64 m² Größe wurden einzeln als Eigenheim verkauft.
Die kurze Zeile Weitmosergasse 3–59 mit ihren ökonomischen Doppelhäusern wurde nach dem Entwurf von Franz Wiesmann ausgeführt. Nach dem Scheitern des KurzarbeiterInnensiedlungskonzeptes wurde sie vom Ständestaat als Gartenstadt propagiert.
Die Siedlung ist bis auf das einzige Einfamilienhaus mit der Nr. 35 vollständig erhalten. Die von André Roder ausgeführten Hauszeichen mit durchwegs religiösen Inhalten, sind noch an fünf Häusern in der Weitmosergasse vorhanden. *St. Severin* am Haus Nr. 3, *St. Kl. M. Hofbauer* an der Nr. 15, *St. Rupert* am Haus Nr. 25, *St. Josef. D. n.* am Haus Nr. 39 und *St. Johannes d. T.* am Haus Nummer 57. Die Wandstatue *St. Engelbert* von André Roder am abgerissenen Einfamilienhaus Nr. 35 ist nicht mehr erhalten.
→ siehe Abb. 65, 69

XI., Areal Hasenleitengasse 5, 6–14, Haugerstraße 3–5, Strachegasse 13
Gartenstadtsiedlung der Gemeinde Wien
NS-Wohnhausanlage
1937–1939, Albin-Hirsch-Platz, Entwurf: Morzin Aemilian Servé, Bauherr: Gemeinde Wien.
Der Umbau des seit 1915 bestehenden Barackenlazarettlagers Simmering wurde in der Sitzung der Bürgerschaft vom 16. April 1937 mit der Errichtung von 72 Wohnungen beginnend beschlossen. Insgesamt sollten 1.200 Wohnungen in dreißig Baublöcken entstehen. Bis zur Machtübernahme durch die NationalsozialistInnen konnten im Gebiet Alt-Simmering sechs Wohnblocks mit 421 Wohnungen begonnen werden. Darunter Hasenleitengasse 8, 6, 5, 14, 12, 10 und Block 1–3.

Neben einem in der Hasenleitengasse 9 entstandenen Klostergebäude sollten weitere Einrichtungen der *Vaterländischen Front*, Kindergarten, Hort, Erwachsenenfürsorge und eine Mütterberatung eingerichtet werden. Diese sollten um die alte Holzkirche angeordnet in einstöckiger Bauweise ausgeführt werden, im Gegensatz zu den zweistöckig geplanten Wohnanlagen.
Die Anlage in der Strachegasse, Haugerstraße, Oerleygasse, Luise-Montag-Gasse und Am Kanal wurde erst 1950 fertig gestellt.
→ siehe Abb. 67, 76

XII., Defreggerstraße – Rosenhügelstraße – Atzgersdorfer Straße – Endergasse – Dorfmeisterstraße – Wundtgasse – Haunzahndgasse – Helfertgasse – Schurzgasse – Jungpointgasse
Siedlungserweiterung durch Eigenheimbau
Schrebergartensiedlung Am Rosenhügel
1936, Entwurf und Bauausführung: Franz Schwindshackl, Bauherrin: Hedwig Auferbauer.
Die Siedlung wurde von 1921 bis 1926 durch gewerkschaftlich-genossenschaftliche Selbsthilfe errichtet und von Hugo Mayer und Ferdinand Krause gebaut. Die Siedler leisteten 2.500 bis 3.000 Arbeitsstunden, wobei die Siedlungshäuser erst nachher verlost wurden. Im *Roten Wien* wurde der Selbstversuch der autonomen ArbeiterInnenbewegung jedoch eingedämmt und dürfte erst im Ständestaat, auch aus ökonomischen Gründen der Baufinanzierung mit wenig Eigenkapital, wieder aufgenommen worden sein. Das zur Verfügung Stellen billiger Grundstücke für den Eigentumshausbau durch die bundesunmittelbare Stadt Wien konnte politisch verwertet werden. Ab 1936 wurden Holzhäuser mit einer Wohnfläche von 40 m² errichtet, die mit ausgebautem ersten Stock eine Gesamtwohnfläche von rund 60 m² hatten.

XIII., Anzbachgasse – Jupiterweg – Venusweg – Mondweg – Sonnenweg – Merkurweg – Marsweg – Kometenweg – Erdenweg – Uranusweg – Siriusweg – Neptunweg – Saturnweg
Assanierungsfonds der Stadt Wien
Siedlungserweiterung durch Eigenheimbau
Siedlung Wolfersberg
Die *wilden Nachkriegssiedlungen* sollten mittels Assanierungsfonds umgebaut werden. Ziel war der Ankauf des Grundstückes durch die bisherigen SiedlerInnen, die darauf ein Eigenheim errichten sollten.
In diesem speziellen Fall wurde nach der Zwangsauflösung der Siedlergenossenschaft 1933 die Notsiedlung schrittweise beseitigt. Durch den Ankauf von 542 Grundstücken durch die Gemeinde Wien 1934, die als Einzelsiedlerstellen im Baurecht abgegeben wurden, sollte der Umbau zur Eigenheimsiedlung bewerkstelligt werden. Eine einheitliche Verbauung auf beiden Seiten des Sonnenwegs und des Jupiterwegs wurde schon 1934 begonnen, um den Ausblick auf die gerade fertig gestellte Höhenstraße zu gewährleisten. Die Errichtung der Häuser beaufsichtigte das *Bundes-, Wohn- und Siedlungsamt.*
Die Kanalisation und der Straßenbau wurden 1936 mit einem nicht rückzahlbaren Betrag von öS 475.000 finanziert.

XIV., Bierhäuselberggasse – Freesienweg

Wüstenrot-Eigenheimsiedlung

1935/37, Oberleitung: Alexander Popp, Entwurf: Theodor Schöll, Friedrich Punzmann, Alexander Popp, Adolf Paar, Hans Paar, Hermann Kutschera, Bauherr: Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, 26 Haushalte bestehend aus 7 Doppelhäusern und 12 Einzelhäuern.

Die ständestaatliche Mustersiedlung wurde von Alexander Popp als Eigentums-Plansiedlung konzipiert. Auf den 26 Bauparzellen, die von der Stadt Wien günstig abgegebenen wurden, sollte eine einheitliche Siedlung entstehen. Dafür wurden mehrere Haustypen innerhalb eines Wettbewerbes bestimmt, aus denen die BausparerInnen auswählen konnten. Diese kamen zeitgleich zur Ausführung. Im Gegensatz zu modernen Projekten wie der Wiener Werkbundsiedlung wurde auf große Glasflächen und Flachdächer verzichtet. Erker mit dunklem Farbputz und französischen Fenstern, Eckerker und unterschiedliche Dachtypen, die von asymmetrischen Satteldächern bis hin zu Zeltdächern reichen, gehören zu den stilistischen Besonderheiten der Siedlung.

Um die Einheitlichkeit der Typenhaussiedlung zu durchbrechen, wurde die Individualisierung der Häuser durch das Anbringen von Hauszeichen angestrebt. Einige davon sind auf den Häusern der teilweise gut erhaltenen Siedlung noch vorhanden.

Das Konzept der Eigenheim-Plansiedlung wurde von der *Bausparkasse Wüstenrot* auch in anderen Landeshauptstädten auf immer die gleiche Weise durchexerziert.

→ siehe Abb. 66, 70, 71

XVI., Johann-Staud-Straße 12–24 – Gallitzinstraße (Theodor-Storm-, Franz-Eichert-, Pönninger-, Mörikeweg)

Assanierungsfonds der Stadt Wien
Siedlungserweiterung durch Eigenheimbau
Siedlung Starchant

1937–1938, Entwurf: Silvio Mohr, Robert Hartinger, Bauherr: Christlichsoziale Siedlungsgenossenschaft *Heim.*

Die Siedlung, in deren Zentrum sich die Pfarr- und Wallfahrtskirche Starchant befindet, wurde 1921 begonnen. Mit einem Gasthaus und individuellen Dachlösungen sowie Grundrissen wurde deren dörflicher Charakter betont.

Die christlichsoziale Genossenschaft *Heim* nahm durch ihre private Förderung die Grundlage des Eigenheimbaus unter dem Ständestaates vorweg. Trotzdem orientierte sich die Ausgestaltung der Siedlung, vor allem durch *Kunst am Bau* und Fassadengestaltung der Häuser, an stilistischen Beispielen des *Roten Wien.*

Die Siedlung Starchant wurde neben anderen Siedlungsbauten der Genossenschaft im Siedlungs-Propagandafilm *Der Weg zur Sonne* in Szene gesetzt.

→ siehe Abb. 56

XXI., Arbeiterstrandbadstraße – Am Bruckhaufen – Donauturmstraße
Assanierungsfonds der Stadt Wien
Siedlungserweiterung durch Eigenheimbau
Siedlung Bruckhaufen
Mit dem Kanal- und Senkgrubenbau durch den Assanierungsfonds sollte ab 1937 eine Infrastruktur für die *wilde Nachkriegssiedlung* geschaffen werden. Ziel der Stadtregierung war der Ankauf von Grundstücken zur Errichtung von Eigenheimen zwecks vollständiger Umgestaltung der Siedlung.
1937 wurde mit der Errichtung einer sachlichen Siedlungskirche von Robert Kramreiter in der Kugelfanggasse 29–31 die Notkirche als religiöses Zentrum der Siedlung ersetzt.

XXII., Wagramer Straße – Hubertusdamm – Warhanekgasse – Schießstattgasse
Assanierungsfonds der Stadt Wien
Siedlungserweiterung durch Eigenheimbau
Siedlung Brettldorf
Aufgrund der Lage im Überschwemmungsgebiet der Donau sollte der Umbau in eine Eigenheimsiedlung ab 1935 systematisch durchgeführt werden. Dazu wurde eine Anschüttung des Hubertusdammes durchgeführt. Der Kanalbau wurde ebenfalls forciert.
Auf dem Gebiet der in unmittelbarer Nähe zum Bruckhaufen liegenden Siedlung entstand für die *Wiener Internationale Gartenschau* in den 1960er Jahren der Donaupark.

XXI., Lavantgasse – Thayagasse – Trisannagasse – Iselgasse – Aistgasse – Lafnitzgasse – Möllplatz
Stadtrandsiedlung Anlage 5
Leopoldau Bauteil 2
Nordrandsiedlung
1934–1935, 1937, Planung: Josef Heinzle, Anton Ubl, Bauausführung: Wiener Siedlungsgesellschaft, Bauherr: Gemeinde Wien, 324 Siedlerstellen, Gartengröße 2500 m^2.
Der erste Bauteil war von Gemeinde und GESIBA als Nebenerwerbssiedlung im *Roten Wien* 1932/33 begonnen worden. 425 Häuser wurden zum Zweck der Überwindung der Wirtschaftskrise in der Form von Kern-Doppelhäusern zwischen Triestinggasse, Schererstraße, Egon-Fridell-Gasse, Oswald-Redlich-Straße, Dopschgasse und Koschackergasse gebaut. Der Direktor der später in *Wiener Siedlungsgesellschaft* umbenannten *Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt* Richard Bauer plante die Siedlung, deren Grundeinteilung in weiterer Folge beispielgebend für die folgenden Bauabschnitte wurde.
Den zweiten Bauabschnitt planten die Architekten Josef Heinzle und Anton Ubl im Ständestaat. Neben dem billigen Kernhaustyp wurde auch die Art der Finanzierung übernommen. Ideologisch wurde dieses Vorgehen durch die *Entproletarisierung* der Arbeiterschaft und die Arbeitsbeschaffung gerechtfertigt.
Heinzles Haustyp wurde 72 Mal aus Holz und 129 Mal aus Ziegel erbaut. Ubls Haustyp 123 Mal in kombinierter Ziegel-Holz-Bauweise.
Eine Siedlungsfeuerwehr und ein Geschäft waren die einzigen Gemeinschaftseinrichtungen.

Teilweise erhalten ist die Siedlung im Bereich der heutigen Nordrandsiedlung, der Rest wurde mit der Großfeldsiedlung überbaut.
→ siehe Abb. 55, 57, 60, 68

XXI., Kerpengasse – Meyerbeergasse – Weißenwolfgasse
Stadtrandsiedlung
Schwarzlackenau II
Ehemalige Polizeisiedlung
1933–1935, Bauausführung: Christlichsoziale Siedlungsgenossenschaft *Heim*.
Die Siedlung von Karl Alois Krist aus den Jahren 1922–1924 wurde im autoritären Ständestaat um eine Polizeisiedlung erweitert. 20 Kleinhäuser der Randsiedlungsaktion I und zwei großzügigere Häuser der Randsiedlungsaktion II wurden durch die Baugenossenschaft *Heim* errichtet. Diese war neben der in *Wiener Siedlungsgesellschaft* umbenannten *Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt* die einzige Genossenschaft die im *schwarzen Wien* baute.

XXII., Enzianweg 1–59 – Hagedornweg 181 – Lavendelweg 2–72 Resedaweg 165, 4–70
Stadtrandsiedlung Anlage 1
Am Flugfeld Aspern
1934–1936, Planung und Entwurf: Hanns Würzl, Bauausführung: Wiener Siedlungsgesellschaft, 271 Häuser, Gartengröße 1500 m².
Die Siedlung wurde wie alle anderen Stadtrandsiedlungen mit rasterförmig angeordneten Parzellen angelegt.
→ siehe Abb. 62

XXII., Murraygasse – Quadenstraße – Schrebergasse – Gladiolenweg – Markweg
Siedlungserweiterung durch Eigenheimbau
Kriegsheimstätte Hirschstätten
Die Siedlung wurde von Adolf Loos für einen Vorläufer der Gemeindesiedlungsgenossenschaften entworfen und 1921 gebaut. Diese Kriegsheimkehrersiedlungen waren für landwirtschaftliche Nutzung konzipiert. In den Hinterhofgärten fanden sich Nutztierställe. Insgesamt besteht die Siedlung aus 192 zweigeschossigen Wohnhäusern, die entlang schmaler Wege in kleinen Parzellen angelegt sind.
Ab 1934 wurde die Siedlung schrittweise erweitert.

XXII., Rittersporn-, Hyazinthen-, Zschokkegasse und Plankenmaisstraße
Stadtrandsiedlung Anlage 3
Hirschstetten II
1934–1936, Planung: Fritz Sammer, Rudolf Richter, Bauausführung: Wiener Siedlungsgesellschaft, 54 Häuser, Gartengröße 1500 m².
Die Stadtrandsiedlung wurde im Anschluss an die Siedlung Neustraßäcker errichtet.

XXII., Salbei-, Rittersporn- und Zschokkegasse,
Stadtrandsiedlung Anlage 4
Neustraßäcker II
1934–1936, Planung: Josef Proksch, Bauausführung: Wiener Siedlungsgesellschaft, 71 Häuser, Gartengröße 1200 m^2.
Die Siedlung wurde im Anschluss an die Stadtrandsiedlung Hirschstetten errichtet. Heute sind die Zweifamilien-Kernhäuser nur mehr rudimentär erhalten.

XXII., Ziegelhof–, Spargelfeldstraße, Rautenweg, Breitenleer Straße
Stadtrandsiedlung Anlage 2
Breitenlee II und III
1934–1936, Planung: Hermann Stiegholzer, Hermann Kastinger, Richard Bauer, Bauausführung: Wiener Siedlungsgesellschaft, 261 Häuser, Gartengröße 1200–2000 m^2.
Die Kernhäuser sind stark verändert erhalten.
→ siehe Abb. 58, 59, 61

3.2.2 Assanierungsfonds

XI., Mühlsangergasse 29
Privates Zweifamilienhaus
1935/36, Bauherr: Ing. Patzer, 3 Geschosse, 2 Wohnungen.
Das Eigentumshaus wurde in der dritten Sitzung des Kuratoriums als eines der ersten Projekte des Kleinhausbaus, mit einer Förderung von öS 21.550 bei öS 73.300 Gesamtkosten bedacht.
Das Zweifamilienhaus wird an der Paulasgasse durch einen Mittelrisalit für die Stiegenhausanlage dominiert, der als Walmgaupe abschließt. An der gegenüberliegenden Seite des Walmdaches findet sich ebenfalls eine Walmgaupe. Ein runder Eckerker dominiert hingegen die Fassade der Mühlsangergasse.

XI., Udelweg 3
Privates Zweifamilienhaus
1937/38, Bauherr: Franz Gradinger, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Eines der während des *schwarzen Wien* in der neugeschaffenen Siedlung am Neugebäude gebauten Eigentumshäuser. Es kann nicht mehr eruiert werden, ob das Haus erhalten ist.

XI., Udelweg 7
Privates Zweifamilienhaus
1937/38, Bauherr: Johann Agler, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Es kann nicht mehr eruiert werden, ob das Haus erhalten ist.

XI., Udelweg 9

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, Bauherrinnen: Valerie Gröger, Johanna Kiesling, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Es kann nicht mehr eruiert werden, ob das Haus erhalten ist.

XI., Udelweg 31

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, BauherrInnen: Karl und Edith Bacher, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Es kann nicht mehr eruiert werden, ob das Haus erhalten ist.

XI., Unterfeldgasse 2

Privates Einfamilienhaus

1936/37, 2 Geschosse, 1 Wohnung.
Es kann nicht mehr eruiert werden, ob das Haus erhalten ist.

XII., Stachegasse 6

Privates Zweifamilienhaus

1935/36, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Die einfache Fenstergliederung der sachlichen Fassade wird durch mehrere hervortretende Erker unterstützt. Ein Walmdach bekrönt das Zweifamilienhaus.

XII., Weissenthurngasse 16

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, Bauherr: Anton Ehlich, Bauausführung: Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG, 4 Geschosse, 2 Wohnungen.
Das sachliche Doppelhaus Nr. 14/16 wurde zeitgleich mit sechs weiteren Zweifamiliendoppelhäusern errichtet.
Die Fassade wird durch die Fenster gegliedert. Laut einer Wohnungsbesitzerin wurde es durch einen Dachausbau des Satteldaches in der Nachkriegszeit zum Dreifamilienhaus umgestaltet. Das Loggienband an der Seite wurde ebenfalls erst nach 1945 angebaut. Anstelle des heutigen Kellers befand sich ein Lebensmittelgeschäft.

XIII., Anton-Langer-Gasse 21

Privates Zweifamilienhaus

1936, Bauherrin: Marie Lasnicek, Bauausführung: Joseph Münster, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Bei dem Objekt handelt es sich um zwei übereinanderliegende Wohnungen die mit einer Stiegenhausanlage verbunden sind. Nach oben wird das Haus durch ein Walmdach abgeschlossen. Ein Gitterbalkon tritt an einer Hausecke im zweiten Geschoss aus dem Gebäude heraus.

XIII., Auhofstraße 71

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, BauherrInnen: Adolf und Dora Wanschura, Bauausführung: Josef Schodak, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Die Stiegenhausanlage des schlichten Gebäudes mit Walmdach befindet sich hinter dem zentral gelegenen Eingang.

XIII., Berghaidengasse 49

Privates Zweifamilienhaus

1936/37, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Das zweigeschossige Gebäude vereint zwei übereinanderliegende Wohnungen unter einem Zeltdach.

XIII., Biraghigasse 69

Privates Eigentumshaus

1936/37

Das Haus ist nicht mehr erhalten.

XIII., Dostojewskigasse 4

Privates Eigentumshaus

1936/37

Das Haus ist nicht mehr erhalten.

XIII., Dostojewskigasse 19

Privates Zweifamilienhaus

1936, Bauherr: Johann Sachs, Bauausführung: Walter R. Tesch, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Das Zweifamilienhaus wird durch ein Zeltdach bekrönt und ist heute mit Heraklit-Platten verkleidet.

XIII., Dostojewskigasse 22–24

Privates Eigentumshaus

1935/36, Entwurf und Bauausführung: Robert Kalesa, 2 Geschosse.

Das zweigeschossige Haus mit Walmdach besteht aus zwei ineinandergeschobenen Baukörpern.
Ein dreigliedriger Erker mit Fenstern und Sims ist gegen die Dostojewskigasse gerichtet.
Die Fassade des seitlichen Baukörpers wird durch Fenster gegliedert, die mittels Gesims verbunden sind.

→ siehe Abb. 74

XIII., Fasangartengasse 92

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, BauherrInnen: Richard und Maria Nathschläger, 2 Wohnungen.

Das Haus ist nicht mehr erhalten.

XIII., Gallgasse 76
Privates Einfamilienhaus
1936/37, 3 Geschosse, 1 Wohnung.
Das sachliche Haus wird durch ein Mansardendach bekrönt.

XIII., Gogolgasse 16
Privates Einfamilienhaus
1935, Entwurf und Bauausführung: Wenzl Hartl Holzkonstruktions-Baugesellschaft, Bauherrin: Marie Hermann, 2 Geschosse, 1 Wohnung.
Das als zweigeschossiges Holzhaus mit Zeltdach ausgeführte Gebäude ist nicht mehr erhalten.

XIII., Gogolgasse 23
Privates Zweifamilienhaus
1936/37, Entwurf: Herbert Maier, Bauausführung: W. F. Sommer, BauherrInnen: Karl und Theresia Renschläger, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Das sachliche Gebäude besteht aus mehreren Baukörpern, die ineinandergeschoben sind. Die Fassade wird zur Gogolgasse hin durch einen schmalen, weit austretenden Risaliten dominiert, aus dem ein runder Balkon hervortritt.

XIII., Gusterergasse
1936/37, 2 Wohnungen.
Das Haus in der Gusterergasse, von der Gründung 1929 bis 1948 Gustrogasse, ist aufgrund fehlender Unterlagen heute nicht mehr zu eruieren.

XIII., Himmelhofgasse 44
Privates Einfamilienhaus
1935/36, Entwurf: Franz Birchmann jun., Bauausführung: Schnuparek & Marik, Bauherr: Oberpolizeirat Langenberger, 1 Wohnung.
Von den öS 29.000 Gesamtkosten des sachlichen Einfamilienhauses mit Satteldach übernahm der Assanierungsfonds öS 8.800.

XIII., Josef-Gangl-Gasse 32
Privates Zweifamilienhaus
1937/38, BauherrInnen: Johann und Wilhelmine Hellmer, Frau Seltenhammer, Bauausführung: Robert Fürst, 3 Geschosse, 2 Wohnungen.
Das zweistöckige Haus weist ein Krüppelwalmdach mit einer breiten Schleppgaupe auf. An der Straßenseite tritt ein Balkon aus der Fassade.

XIII., Josef-Gangl-Gasse 50
Privates Eigentumshaus
1936/37

Das ursprüngliche Haus ist leider durch diverse Umbauten nicht mehr erhalten.

XIII., Konrad-Duden-Gasse 56

Privates Dreifamilienhaus

1936/37, 3 Geschosse, 3 Wohnungen.

Das Objekt besteht aus drei übereinanderliegenden Wohnungen und wird nach oben hin von einem Zeltdach abgeschlossen. Ein zweigeschossiger Erker an der Fassade der Konrad-Duden-Gasse schließt mit einem Gitterbalkon ab.

XIII., Küniglberggasse 44

Privates Einfamilienhaus

1935/36, Bauherr: Prief. Kleinegge, Bauausführung: Mayereder-Kraus & Co, 2 Geschosse, 1 Wohnung.

Das Haus wurde schon in der ersten Sitzung des Assanierungsfonds angesucht und stellt eines der interessanteren Beispiele für das *Neue Bauen* innerhalb des Assanierungsfonds dar. Es besteht aus mehreren ineinandergeschobenen Baukörpern, von denen der das Stiegenhaus führende turmartig überhöht ist. Am Flachdach findet sich eine Dachterrasse.

XIII., Pacassistraße

Privates Eigentumshaus

1936/37

Die Bebauung des Küniglberges mit villenartigen Häusern wurde ab Mitte der 1930er Jahre verstärkt durchgeführt. Genauere Daten zu diesem Haus sind in den Unterlagen leider nicht mehr zu eruieren.

XIII., Ratmannsdorfgasse 16

Privates Zweifamilienhaus

1934/35, Entwurf: Karl Holey, Bauausführung: Maximilian Hofman, Bauherr: Karl von Vaugoin, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Für den Bau des zweigeschossigen Gebäudes mit Zeltdach wurden von öS 53.900 Gesamtkosten öS 22.000 als Förderung zugesprochen.

Das Eigentumshaus entspricht der Standardtype des Ständestaates, wobei die Fassade dem Gründerzeithausstil der Jahrhundertwende angepasst wurde.

XIII., Heschweg 173

Privates Einfamilienhaus

1936/37, 2 Geschosse, 1 Wohnung.

Das Eigentumshaus mit Satteldach wurde umgebaut und ist nicht mehr vollständig erhalten.

XIII., Sauraugasse 5

Privates Einfamilienhaus

1935/36, Entwurf: F. Breitenecker, Bauausführung: F. Breitenecker, 2 Geschosse, 1 Wohnung.
Ein Zeltdach bekrönt das zweigeschossige Haus. Der Eingangsbereich wird durch einen parallel zum Gebäude laufenden Stiegenaufgang betont, der auf einen terrassenförmig vorgesetzten Gitterbalkon führt.

XIII., Schenkweg 5

Privates Zweifamilienhaus

1936/37, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Hier handelt es sich um die Standardtype des Zweifamilienhauses mit übereinanderliegenden Wohnungen und gemeinsamer Stiegenhausanlage unter einem Zeltdach. Die Fenster zur Belichtung des Stiegenhauses sind hier als Unikum des Eigentumshauses rautenförmig ausgeführt.

XIII., Veitingergasse 78

Privates Zweifamilienhaus

1936, Bauherr und Bauausführung: Robert Fürst, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Der zweigeschossige Eigentumshausbau besteht aus übereinanderliegenden Wohnungen, die von einem Zeltdach bekrönt sind. Fenster und französische Balkone gliedern die Fassade in der Veitingergasse.

XIII., Weinrothergasse 11

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, Bauherr: Johann Hofbauer, Bauausführung: Josef Münster, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Auch hier handelt es sich um den Standardtyp des zweigeschossigen Zweifamilienhauses, diesmal mit Walmdach. Das Eingangsportal wurde vom jetzigen Besitzer durch einen wettergeschützten, verglasten Zugang erweitert.

XIII., Wenzgasse 17

Privates Einfamilienhaus

1935/36, Entwurf und Bauausführung: Ferd. Dehm & F. Olbricht Nachf., 3 Geschosse, 1 Wohnung.
Das sachliche Gebäude ist mit einem Flachdach ausgestattet. Durchgehende, terrassenförmige Balkone dominieren und gliedern die Fassade horizontal.

XIV., Flötzersteig 203

Privates Einfamilienhaus

1935/36, Bauherr: Mikula, 2 Geschosse, 1 Wohnung.
Das sachliche Haus wird durch ein Satteldach bekrönt. Die Gliederung wird durch Fenster bewerkstelligt, die durch Sichtziegel aus der Fassade hervortreten. Weiters wurde ein eingeschossiger Eckerker angebracht.

XIV., Zolagasse 15/17

Private Doppelzweifamilienhäuser

1936/37, Bauherren: Franz Schlarbaum, Leopold Schlarbaum, Bauausführung: Baugesellschaft Gebrüder Schlarbaum, je 3 Geschosse, je 2 Wohnungen.

Das Doppelhausensemble der Zolagasse 15/17 wird von zwei Seitenrisaliten beherrscht. Jedes der Häuser beinhaltet zwei Wohnungen mit einem gemeinsamen Stiegenhaus. Während die Nr. 15 noch die originalen Fenster aufweist, wurden sie beim Nachbarhaus zu Bogenfenstern umgestaltet. Das gemeinsame Satteldach wurde ebenfalls erneuert.

XVI., Erdbrustgasse 70

Privates Eigentumshaus

1936/37

Das Haus ist nicht mehr erhalten.

XVII., Alszeile 46

Privates Zweifamilienhaus

1935/36, Entwurf: Josef Jarischko, Bauausführung: Josef Jarischko, Karl Sticher, Bauherr: Johann Matiasek, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Ein mit Balkon überbauter Eingang dominiert die Seitenfassade des Eigentumshauses mit Zeltdach. Die Straßenfassade wird durch Fenster gegliedert.

XVII., Seemüllergasse 23

Privates Zweifamilienhaus

1936/37, Bauherr: Schöll, Bauausführung: Gross, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

An den zweigeschossigen, kubusförmigen Baukörper wurde ein eingeschossiger Flachbau mit Terrasse angeschlossen. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindet sich ein Risalit für das Stiegenhaus, der den Baukörper überragt. Die sonst gleichmäßige Gliederung der Fassade wird durch die Fensteranordnung bewerkstelligt.

XVII., Franz-Glaser-Gasse 36

Privates Zweifamilienhaus

1936/37, Bauherr: Ondracec, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Von den Gesamtkosten öS 46.900 übernahm der Fonds öS 14.100 als Förderung.

Aus dem zweigeschossigen Haus treten seitlich zwei eingeschossige Anbauten hervor. Zur Straße hin wird die Fassade durch ein mit Gesimsen verbundenes Fensterband gegliedert.

XVII., Hochweg 20

Privates Einfamilienhaus

Siedlung geistiger Arbeiter Waldegghof

1936/37, Bauherr: Bernsteiner, Bauausführung: Tominschek, 2 Geschosse, 1 Wohnung.

Das Einfamilienhaus wird durch ein Satteldach bekrönt, unter dem sich ein durchgehender Balkon befindet. Ein Seiteneingang tritt als Erker aus der Seitenwand. Das Fenster an der straßenseitigen Fassade wird durch Sichtziegel hervorgehoben.

XVII., Hochweg 22

Privates Einfamilienhaus
Siedlung geistiger Arbeiter Waldegghof
1936/37, Bauherr: Soukop, Bauausführung: Pokorny, 2 Geschosse, 1 Wohnung.
Ganz anders als das Nachbarhaus mit der Nr. 20 entspricht das Objekt dem Standardtyp des sachlichen zweigeschossigen Mehrfamilienhauses mit Zeltdach.

XVII., Dornbacher Straße 13

Privates Eigentumshaus
1935/36, Entwurf und Bauausführung: Adalbert Kallinger & Co, Bauherr: Johann Manhart, 3 Geschosse.
Das zweigeschossige Haus wird von einem Walmdach mit einer Schleppgaupe bekrönt. Das Erdgeschoss ist mit einem Gurtgesims abgesetzt. Zwei mittels Putztechnik hervorgehobene horizontale Fensterreihen ordnen die Fassade an der Straßenseite.

XVII., Scherlandgasse 16

Privates Zweifamilienhaus
1936/37, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Das Eigentumshaus vereinigt zwei Wohnungen unter einem Zeltdach. Straßenseitig ragt ein Kubus aus der Fassade hervor, der von einem Gitterbalkon bekrönt wird.

XVIII., Bastiengasse 111

Privates Zweifamilienhaus
1936/37, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Das Haus wird von einem Walmdach bekrönt. Zur Bastiengasse hin tritt ein durch horizontale Rillen im Putz verzierter Seitenrisalit aus dem Bauwerk hervor. Er enthält das Stiegenhaus und dient als Eingangsbereich. Eine mit Schleppdach bekrönte Loggia, führt den Risalit wieder ins Gebäude zurück. Das Haus hat eine Garage.
→ siehe Abb. 72

XVIII., Bastiengasse 113

Privates Zweifamilienhaus
1936, Bauherr: A. Mück, Bauausführung: Alfred Rothermann, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Das zweigeschossige Eigentumshaus ist von außen fast baugleich mit der Bastiengasse 111, weist aber eine differente Fensteranordnung auf.
→ siehe Abb. 72

XVIII., Bastiengasse 115

Privates Zweifamilienhaus

1936/37, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Der zweigeschossige Bau entspricht der Standardtype des Zweifamilien-Eigentumshauses mit Zeltdach. Der überdachte Stiegenaufgang zur Eingangstür ist teilweise mit Sichtziegeln ausgeführt.
→ siehe Abb. 72

XVIII., Blaselgasse 28

Privates Eigentumshaus

1936/37

Das Gebäude ist nicht mehr erhalten.

XVIII., Herbeckstraße 170

Privates Eigentumshaus

1937/38, 3 Wohnungen.

Der Teil der Herbeckstraße wurde 1937 in die neugeschaffene Naaffgasse eingegliedert. Genauere Angaben zu dem Haus sind nicht mehr zu eruieren.

XVIII., Pötzleinsdorfer Straße 61 – Schafberggasse 1a

Privates Eigentumshaus

1935/36, Entwurf: Viktor Fenzl, Bauausführung: Universale-Redlich & Berger Bau A.G., 3 Geschosse.

Das Haus mit Walmdach und Schleppgaupe ist nicht mehr erhalten. Die sachliche Fassade wurde durch einen Erker und einen angehängten Gitterbalkon dominiert.

XVIII., Schafberggasse 27

Privates Einfamilienhaus

1936, Entwurf: Herbert Lorenz, Bauausführung: Josef Lorenz, 2 Geschosse, 1 Wohnung.

Das zweigeschossige Haus mit Satteldach und Holzgeländerbalkon ist nicht mehr erhalten.

XVIII., Krottenbachstraße 279

Privates Eigentumshaus

1936/37

Das Gebäude ist nicht mehr erhalten.

XIX., Alfred-Wegener-Gasse 8

Privates Eigentumshaus

1935/36, Bauausführung: Eberhart Schwanda, 2 Geschosse.

Das zweigeschossige Haus mit Satteldach und in Holzbauweise ausgeführtem Stockwerk ist nicht mehr erhalten.

XIX., Bretschneidergasse 5

Privates Zweifamilienhaus

1937, BauherrInnen: Rudolf und Cäcilie Hutterer, 2 Wohnungen.
Das Gebäude ist nicht mehr erhalten.

XIX., Cobenzlgasse 57

Privates Zweifamilienhaus

1937, BauherrInnen: Ernst und Paula Richter, Bauausführung: Wenzl Hartl Holzkonstruktions-Baugesellschaft, 2 Wohnungen.
Das Zweifamilienhaus ist nicht mehr erhalten.

XIX., Dionysius-Andrassy-Straße 13

Privates Terrassenwohnhaus

1936, Entwurf: Walter Loos, BauherrInnen: Otto und Hedwig Lenz, 3 Geschosse.
Das sachliche Wohnhaus von Walter Loos wird zur Straße hin von einer vorgelagerten Terrasse dominiert.

XIX., Eroicagasse 33

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, BauherrInnen: Ferdinand und Marie Zdenek, Bauausführung: Karl Höllerl, 2 Wohnungen.
Das Haus ist nicht mehr erhalten.
→ siehe Abb. 75

XIX., Eroicagasse 35a

Privates Eigentumshaus

1937, Entwurf: Wilhelm Ritthaler, Bauausführung: Karl Speta, 3 Geschosse.
Das dreigeschossige Haus mit Satteldach, Schleppgaupe und in Holzbauweise ausgeführtem obersten Stockwerk mit Holzgeländerbalkon unterlag starken baulichen Veränderungen. Trotzdem ist die anfängliche Form noch sehr gut erhalten. Ein überdachtes Stiegengeländer an der Seite des Hauses führt ins zweite Geschoss.

XIX., Formanekgasse 7

Privates Kleinwohungshaus

1937/38, Bauherr: Karl Patzner, 4 Wohnungen.
Das Kleinwohnungshaus ist nicht mehr erhalten und wurde mit einem Vierfamilienhaus überbaut.

XIX., Formanekgasse 48

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, Bauherr: Friedrich und Adamine Heller, Bauausführung: Hugo Winkler, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Das Zweifamilienhaus mit gemeinsamer Stiegenhausanlage wurde mit Walmdach ausgeführt. Durch nachträglich eingebaute Schleppgaupen ist ein Dachgeschoss entstanden. Ein vorgeschobener Erker an der Straßenfassade, wird von einem Gitterbalkon bekrönt.

XIX., Grinzingersteig 2a

Privates Einfamilienhaus

1935/36, Entwurf: Rudolf Scherer, Bauausführung: Wenzl Hartl Holzkonstruktions-Baugesellschaft, Bauherr: Martin Herkuleiyus, 2 Geschosse, 1 Wohnung.

Das zweigeschossige Haus, dessen obere Etage in Holzbauweise ausgeführt und mit einem Zeltdach versehen war, ist nicht mehr erhalten.

XIX., Grinzingersteig 9

Privates Eigentumshaus

1936/37

Das Haus ist nicht mehr erhalten.

XIX., Hansi-Niese-Gasse 8

Privates Dreifamilienhaus

1935/36, Entwurf und Bauausführung: Robert Fürst, Hildebrand Schenk, 3 Geschosse, 3 Wohnungen. Hier handelt es sich um drei übereinanderliegende Wohnungen mit einem gemeinsamen Stiegenhaus unter einem Walmdach. An der Rückseite wurde das Haus durch einen zweigeschossigen Erker erweitert, der in der obersten Etage einen Gitterbalkon aufweist. Die Straßenfassade wird von einem Seitenrisalit mit angehängtem Gitterbalkon dominiert, der mit einer Walmgaupe bekrönt ist.

XIX., Iglaseegasse 26

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, BauherrInnen: Heinrich und Helene Manlik, Bauausführung: Franz Sieß, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Das zweigeschossige Haus mit Walmdach wird zur Straße hin durch unterschiedlich große gerahmte Fenster gegliedert. An der Seitenfassade tritt ein filigraner Gitterbalkon aus dem Gebäude hervor.

XIX., Krapfenwaldgasse 5

Privates Eigentumshaus

1936/37

Das Gebäude ist nicht mehr erhalten.

XIX., Krapfenwaldgasse

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, BauherrInnen: Otto und Emilie Horeysi, Bauausführung: Wenzl Hartl Holzkonstruktions-Baugesellschaft, 2 Wohnungen.

Das Gebäude ist nicht mehr erhalten.

XIX., Leopold-Steiner-Gasse 45

Privates Dreifamilienhaus

1935, Entwurf: Siegfried C. Drach, Bauausführung: Strum und Sogl, BauherrInnen: Jakob und Friederike Salpeter, 3 Geschosse, 3 Wohnungen.

Das Haus setzt sich aus einer Vielzahl ineinandergeschobener kubischer Baukörper zusammen. Dadurch konnten auf mehreren Ebenen Terrassen ausgebildet werden. Es handelt sich um eines der wenigen, von der Gestaltung und Ausführung her innovativen, Eigentumshäuser des Assanierungsfonds, bei dem der internationale Stil des *Neuen Bauens* gut adaptiert wurde. Durch einen Umbau in den 1990er Jahren wurde das Haus baulich stark verändert.

XIX., Paul-Ehrlich-Gasse 2 – Leopold-Steiner-Gasse 43

Privates Zweifamilienhaus

1937, Entwurf: Wilhelm Baumgarten, Bauausführung: Universale-Redlich & Berger Bau A.G., Bauherrin: Eleonore Farago, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Aus der Fassade des Zweifamilienhauses tritt an der Straßenseite fast unmerklich ein risalitartiger Vorbau hervor, der mittels Schleppdach ins Satteldach zurückgeführt wird. Der Sockel des Hauses wurde mit Natursteinen ausgeführt.

XIX., Scheibengasse 4

Privates Dreifamilienhaus

1935/36, Bauausführung: Julius Hirnschrodt, Bauherr: Schubert, 2 Geschosse, 3 Wohnungen.

Das sachliche Haus mit Walmdach ist nicht mehr erhalten. Die Fassade wurde durch Erker und Risalite dominiert.

→ siehe Abb. 73

XIX., Scheimpfluggasse 12

Privates Eigentumshaus

1934, Entwurf und Bauausführung: Adalbert Kallinger & Co, Bauherr: Karl Matisek, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Das zweigeschossige Haus wird von einem Zeltdach bekrönt. Die Eckfenster werden durch horizontale, erhabene Putzapplikationen betont. Ein Sims setzt das Erdgeschoss ab.

XIX., Trummelhofgasse 7

Privates Zweifamilienhaus

1937, Entwurf: Max Schandl, Bauausführung: Max Schandl, Bauherr: Ing. Goldemund jun., 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Auch bei diesem Haus werden zwei Wohnungen mit einem gemeinsamen Stiegenhaus in einem quaderförmigen Baublock zusammengeführt. Das Gebäude wird durch ein flaches Walmdach bekrönt. An der Straßenseite befindet sich ein überdachtes Eingangsportal. Die übrige Fassade weist eine einfache Fenstergliederung auf.

XIX., Trummelhofgasse 8 – Koselgasse

Privates Eigentumshaus

1937/38, Bauherr: Hubert Rodler, Bauausführung: Alfred Ruf.

Das sachliche Gebäude ist nicht mehr erhalten und wurde, laut einer Nachbarin, Ende der 1990er Jahre abgerissen.

XIX., Unterer Schreiberweg 93

Privates Zweifamilienhaus

1936/37, 2 Geschosse, 2 Wohnungen

Die zwei Wohnungen und das gemeinsame Stiegenhaus der Standardtype sind, laut eines der Besitzer, immer noch erhalten. Das Gebäude ist mit einem Satteldach ausgeführt.

XIX., Verlängerte Windhabergasse

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, 2 Wohnungen.

Das Haus ist in den Unterlagen nicht mehr zu eruieren, dürfte aber am nahe gelegenen Schulsteig errichtet worden sein.

XIX., Zehenthofgasse 30

Privates Zweifamilienhaus

1937/38, Bauherr: Rudolf und Franziska Henz, Bauausführung: Adalbert Kallinger, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Das zweigeschossige Haus mit Zeltdach weist ein Eckfenster und ein verglastes Eingangsportal auf.

XXI., Dr.-Albert-Geßmanngasse 24

Privates Einfamilienhaus

1935/36, Entwurf: Franz Karl, Bauausführung: Franz Karl, 1 Geschoss, 1 Wohnung.

Das Einfamilienhaus besteht aus mehreren Baukörpern. Zur Straße hin bekrönt ein Walmdach den ersten Baukörper. Aus diesem tritt nach hinten ein Baukörper mit Zeltdach und seitlich ein abgerundeter Baukörper mit Flachdach hervor.

XXI., Mallygasse 5

Privates Einfamilienhaus

1936/37

Das Haus wurde durch einen Bombentreffer zerstört.

XXI., Meyerbeergasse 15

Privates Einfamilienhaus

Stadtrandsiedlung

Schwarzlackenau II

Ehemalige Polizeisiedlung
1935, Bauausführung: Genossenschaft *Heim.*
Das Haus ist nicht mehr erhalten.
Laut Auskunft einer Anwohnerin stand auf dem Grundstück eines der Randsiedlungs-Kernhaustypen der im Ständestaat gegründeten, ehemaligen Polizeisiedlung zwischen Mayerbeergasse, Kerpengasse und Weißenwolfgasse. Die Gründe wurden für öS 0,50 pro m² an die Polizisten verkauft. Im Vergleich zu den öS 1,13 Stundenlohn für einen Arbeiter der Wolfersbergsiedlung waren die Grundstücke äußerst günstig.

XXI., Strebersdorf, bei Mühlweg

Privates Eigentumshaus
1936/37, Bauherr: Raschel.
Das Haus ist aufgrund fehlender Unterlagen leider nicht mehr zu eruieren.

XXI., Untere Sätzen

Privates Eigentumshaus
1936/37
Das Eigentumshaus lag am äußersten Ende im Norden Wiens, fast schon am Fuße des Bisamberges. Rund um die ca. 1920 aus der Kellergasse hervorgegangene Untere Sätzen wurden Ende der 1930er Jahre verstärkt Gassen errichtet. Genauere Angaben zu dem Haus sind leider nicht zu eruieren.

XXII., Erzherzog-Karl-Straße 184

Privates Zweifamilienhaus
1937/38, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Das Haus besteht aus zwei übereinanderliegenden Wohnungen mit einem gemeinsamen Stiegenhaus und wird von einem Krüppelwalmdach bekrönt.

3.2.3 *Kleinwohnungshausförderungsgesetz* 1937

XIII., Elisabethallee 38

Privates Zweifamilienhaus
1937, Bauherrin: Sophie Kriz, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.
Auch hier findet sich der Haustyp des zweigeschossigen Zweifamilienhauses mit einem Zeltdach, wie er innerhalb des Assanierungsfonds verstärkt gebaut wurde. Die Fassade weist auf Höhe der Fenster Simse und vertikale Putzapplikationen auf.

XIII. Gobergasse 10

Privates Einfamilienhaus
1937, Bauherr und -ausführung: Paul May, 1 Wohnung.

Das Einfamilienhaus ist einem privaten dreigeschossigen Mehrfamilienhaus gewichen und nicht mehr erhalten.

XIII., Ratmannsdorfgasse 14 – Gobergasse 24–26

Privates Eigentumshaus

1938, BauherrInnen: Paul und Maria Piller, 2 Geschosse.

Das Haus besteht aus mehreren ineinandergeschobenen Baukörpern, wobei das Hauptgebäude mit einem Walmdach bekrönt ist.

XIII., Stadlergasse 9

Privates Wohnhaus

1937, Bauherr: Leopold Födinger, 2 Geschosse, 4 Wohnungen.

Das zweigeschossige Haus wird von einem Walmdach bekrönt. Die vier Wohnungen und die Stiegenhausanlage sind in einem Baukörper untergebracht.

XIII., Trazerbergstraße 76

Privates Zweifamilienhaus

1937, Bauherrin: Juliana Swoboda, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Die Wohnungseinteilung des ehemaligen Zweifamilienhauses mit Zeltdach besteht, laut Besitzer, trotz Generalsanierung von 1956 weiter. Zwei übereinanderliegende Wohnungen mit einem gemeinsamen Stiegenhaus nehmen insgesamt 240 m^2 Fläche ein. Die einzige Veränderung am Gebäude besteht in der Installation einer Garage.

XIII., Wolfersberggasse 4a

Privates Eigentumshaus

1938, Bauherr: Johann Petter.

Das Haus ist nicht mehr erhalten.

XIII., Zichygasse 3

Privates Dreifamilienhaus

1938, Bauherrin: Stefanie Pajer, Bauausführung: Karl Limbach, 4 Geschosse, 3 Wohnungen.

Hier wurde der zweigeschossigen Standardtype mit gemeinsamer Stiegenhausanlage, wie sie oft im *schwarzen Wien* gebaut wurde, ein drittes Geschoss aufgesetzt. Am schmalen Grundstück und der Höhe der Bebauung zeigt sich die besondere Raumausnutzung des Eigentumshauses.

Die Fassade weist eine einfache Fenstergliederung auf. Das Zeltdach wurde augenscheinlich nach 1945 durch vier Schleppgaupen zu einer vierten Wohnung ausgebaut.

XVI. Gallitzinstraße 56

Privates Eigentumshaus

1937, BauherrInnen: Heinrich und Leopoldine Zinke.

Das Haus ist nicht mehr erhalten.

XVIII., Max-Emanuel-Straße 3 – Rumplerweg 1

Privates Einfamilienhaus

1937, Bauherr: Gemeinnützige Wohnungs- und Heimstättenbaugenossenschaft für öffentliche Angestellte, 2 Geschosse, 1 Wohnung.

Das Eigentumshaus wird von einem Walmdach bekrönt. Zur Max-Emanuel-Straße hin ragt ein Seitenrisalit mit angebautem Balkon aus dem Baukörper. Laut derzeitigem Besitzer ist der Farbputz der Fassade noch originalgetreu erhalten. Die Raumaufteilung ist ebenfalls unverändert. Es wurde außerdem eine Küche nach Frankfurter Muster installiert.

XVIII., Naaffgasse 56

Privates Mehrfamilienhaus

1937, Bauherr: Viktor Patzig, 1 Geschoss, 1 Wohnung.

Das Doppelhaus Nr. 56/58 ist mit einem gemeinsamen Walmdach ausgeführt. Es liegt auf einem Fahnengrundstück.

XVIII., Naaffgasse 58

Privates Wohnhaus

1937, BauherrInnen: Leopold und Johanna Gruber, 1 Geschoss, 1 Wohnung.

Das Wohnhaus bildet ein Doppelhaus mit Nr. 56.

XIX., Daringergasse 22

Privates Kleinwohnhaus

1937, Bauherrin: Margarethe Magg, Bauausführung: Alois Schneider, 6 Wohnungen.

Das Haus ist nicht mehr erhalten.

XIX., Kaasgrabengasse 29 – Suttingerstraße 15

Privates Wohnhaus

1937, BauherrInnen: Othmar und Josefine Nemecek, 3 Geschosse, 3 Wohnungen

Das dreigeschossige Gebäude wird nach oben hin mit einem Zeltdach abgeschlossen. Eine Garage wurde nachträglich eingebaut.

XIV., Kinkplatz 12

Privates Zweifamilienhaus

1937, BauherrInnen: Josef und Anna Samek, Bauausführung: Odwody & Weidisch, 2 Geschosse, 2 Wohnungen.

Bei diesem Haus handelt es sich ebenfalls um die Standardtype zweier übereinanderliegender Wohnungen mit Stiegenhausanlage unter einem Zeltdach.

3.3 Kirchen, Verwaltungsbauten, Infrastruktur

3.3.1 Kirchen

V., Wiedner Hauptstraße 105
Assanierungsfonds der Stadt Wien
Wohn- und Pfarrhaus St. Florian (alter Pfarrhof)
1936–1938, Entwurf: Karl Ehn, Bauausführung: Friedrich Ettl, 6 Wohnungen.
Die architektonisch schlichte Ausgestaltung von Karl Ehn lehnt sich an der des Nachbarhauses Wiedner Hauptstraße 103 an, dessen Architekt er ebenfalls war. Das Gebäude wurde erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt.
Die alte Kirche wurde 1964 zur Verkehrsregulierung der Wiedner Hauptstraße vollständig abgebrochen.
→ siehe Abb. 86

X., Quellenstraße 195–197
Friedenskirche
1934–1936, Entwurf: Robert Kramreiter, Leo Schmoll, Bauausführung: Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG, Bauherr: Pallottiner-Orden.
Die Kirche wird zur Quellenstraße hin durch einen turmartigen Risalit dominiert, der aus der Fassade des kubusartigen Gebäudes heraustritt. Bogenfenster ordnen die übrige Fassade.

XIII., Dr.-Schober-Straße 96/ St.-Hubertus-Platz
Pfarrkirche St. Hubertus und St. Christophorus
1935–1936, Entwurf: Kurt Klaudy, Georg Lippert, Anton Liebe.
Die Kirche wurde mit der Hilfe des *Freiwilligen Arbeitsdienstes* gebaut. Die Steine wurden aus Kostengründen im nahen Lainzer Tiergarten gebrochen.

XV., Schweglerstraße 39
Zwinglikirche H. B.
1935–1937, Entwurf: Siegfried Theiss, Hans Jaksch, Bauherr: Evangelisch reformierte Pfarrgemeinde H. B.
Die schlichte freistehende Anlage mit Kirche inkludiert ein zweigeschossiges Pfarrhaus und einen Küsterwohntrakt. Die Einfachheit der Fassade der U-förmig um einen Hof angelegten Kirche ähnelt stilistisch der *Seipel-Dollfuß-Gedächtniskirche.*

XV., Vogelweidplatz 7–8 – Burjanplatz 2
Seipel-Dollfuß-Gedächtniskirche
Christ-Königskirche
1933/34, Entwurf: Clemens Holzmeister, Bauausführung: Mayreder Kraus & Co, Bauherrin: Hildegard Burjan.

Es handelt sich um eine schlichte turmlose Kirche. Holzmeister versuchte damit, den religiösen Bau in den umgebenden ArbeiterInnenbezirk zu integrieren.
Die Idee für die *Ignaz-Seipel-Gedächtniskirche* stammte von der Nationalratsabgeordneten Hildegard Burjan sowie Engelbert und Alwine Dollfuß. Nach der Ermordung Dollfuß wurde dessen Sarg in die Krypta eingestellt.
→ siehe Abb. 81

XVI., Sandleitengasse 51–53

Pfarrkirche St. Josef
1935/36, Entwurf: Josef Vytiska, Bauherr: Allgemeiner Wiener Kirchenbauverein, Bauausführung: Mayreder Kraus & Co., *Christogramm-Fenster* von Karl Hauk.
Kurz nach den Kämpfen gegen die SozialdemokratInnen im Februar 1934 wurde von Heinrich Voith eine Notgottesdienststätte in einem Saal der Wohnhausanlage Sandleiten eingerichtet. Diese war die erste Notkirche in einem Gemeindebau. Die Pfarrkirche *St. Josef* löste diese Notgottesdienststätte ab.
Vytiska versuchte den Sakralbau an die sachliche Architektur des nahen Gemeindebaus anzupassen. Trotzdem war die Kirche durch einen schlanken hohen Turm und runde Fenster mit Christogrammen weithin als Sakralbau erkennbar.
Das Fresko-Altarbild der *Arbeiterkirche* von Hans André wurde Richard Schmitz 1936 zu seinem 50. Geburtstag gewidmet.

XVIII., Gertrudplatz – Währinger Straße 95

Pfarrkirche St. Gertrud
1934, Entwurf: Karl Holey.
Der Erweiterungsbau zog eine Umorientierung der Kirche nach Süden mit monumental ausgebildeter Nordfront nach sich. Auf den Fenstern werden der Hl. Engelbert und der Hl. Theodor dargestellt.

XXI., Kugelfanggasse 29–31

Pfarrkirche Hl. Elisabeth
Siedlung Bruckhaufen
1937, Entwurf: Robert Kramreiter, Bauherr: Erzdiözese Wien, Bauausführung: Amlacher & Sauer.
Die sachliche Kirche wurde bei der Umstrukturierung der *wilden Nachkriegssiedlung* Bruckhaufen zur Eigenheimsiedelung, anstelle einer Notkirche als neues religiöses Zentrum erbaut. Heute ist sie stark verändert. Der beim Neubau außen gelegene Stiegenaufgang befindet sich heute in einem neu zugebauten Vorraum. Der Hauptraum wurde mit zusätzlichen Fenstern versehen.
→ siehe Abb. 83

XXI., Pius-Parsch-Platz 3

Pfarrkirche St. Josef und Jakob
1936/37, Entwurf: Robert Kramreiter, Bauherr: Erzdiözese Wien.

Es handelt sich um einen Neubau der abgetragenen Pfarrkirche *Jakob der Ältere* als *Josefskirche*. Das viergeschossige Loggienportal wurde mit 12 Apostelfiguren in 9 Feldern versehen. Laut einem angetroffenen Zeitzeugen wurde die Kirche durch eine Fliegerbombe schwer beschädigt und verändert wieder aufgebaut. Beispielsweise wurde die Durchfahrt nicht wieder errichtet, sondern der seitliche Zubau geschlossen.
→ siehe Abb. 82

XXII., Esslinger Hauptstraße 74
Pfarrkirche St. Josef
1937/38, Entwurf: Heinrich Vana, Bauherr: Erzdiözese Wien, *Bronzekreuz* von Angela Stadtherr 1938.
Bei der Errichtung wurden Teile des Vorgängerbaus miteinbezogen. Bei der Kirche handelt es sich um die letzte Kirche Wiens, die unter NS-Verwaltung geweiht wurde. Die Weihe führte Kardinal Innitzer durch.

3.3.2 Monumentale Verwaltungsbauten und das *lebende Dollfuß-Denkmal*

I., Argentinierstraße 30–30a,
Rundfunkgebäude der Österreichischen Radio-Verkehrs AG
1935–1939, Entwurf: Heinrich Schmid, Baudurchführung mit Clemens Holzmeister, Hermann Aichinger, Bauausführung: H. Rella & Co., Bauherr: Österreichische Radio-Verkehrs AG.
Mehrere kubische Baukörper bilden die weit hinter die Straßenflucht zurückgesetzte Anlage. Eine einfache Fenstergliederung rhythmisiert die Fassade. Der hohe Trakt wird zum Kranzgesims hin durch einen Fries, der aus geschlitzten Öffnungen besteht, abgeschlossen. Der dreiteilige Haupteingang wird durch eine vorgelagerte Freitreppe betont und trägt zur Monumentalität des Gebäudes bei.
Erst unter NS-Verwaltung fertig gestellt, erlitt das Gebäude Bombenschäden im *Zweiten Weltkrieg* und wurde 1979 bis 1983 erweitert.
→ siehe Abb. 87

I., Ballhausplatz
Fronthaus der Vaterländischen Front
1937/38, Entwurf: Clemens Holzmeister, Bauherr: Vaterländische Front.
Der Zentralverwaltungsbau der *Vaterländischen Front* sollte besonders durch seine architektonische Außenwirkung auffallen. Zentrum sollte ein Mittelrisalit werden, dessen Fassade durch neun Balkone mit den Wappen aller Bundesländer und einem Doppeladler am monumentalen Fries unter dem Kranzgesims gegliedert war. Das aus mehreren versetzten Baukörpern bestehende Gebäude sollte durch monumentale Eingänge betreten werden. Im Inneren waren Büroräumlichkeiten und ein Vortragssaal geplant. Trotz großer Mängel in der Finanzierung wurde mit dem Bau 1937 begonnen. Bis zum Anschluss 1938 konnte aber nur ein eingeschossiger Rohbau entstehen.

Im Juli 1938 wurden die bestehenden Pläne Holzmeisters als Kreishaus der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei* übernommen, jedoch zugunsten der diesbezüglichen Verwendung des Parlamentes wieder fallengelassen. Später sollte an der Stelle ein Verwaltungsbau des Reichsnährungsstandes der Landesbauernschaft *Donauland* entstehen, wegen des beginnenden Krieges wurde der Bau aber wieder eingestellt. 1941/42 plante Hanns Dunstmann ein Ausstellungspalais.
Heute steht an der Stelle das Bürogebäude des *Bundeskanzleramtes* (Außen- und Innenministerium). An der exakt selben Position des Ballhausplatzes, an der das *monumentale Denkmal* für Engelbert Dollfuß geplant war, findet sich heute das *Deserteursdenkmal* von Olaf Nicolai.
→ siehe Abb. 92, 93, 94, 95

XIII., Fasangarten Schönbrunn

Frontführerschule der Vaterländischen Front
lebendes Dollfuss-Denkmal
1938, Entwurf: Robert Kramreiter, Bauherr: Rudolf Kloss, Dollfuss-Denkmal Referat der Vaterländischen Front, Bauausführung: Mayreder Kraus & Co.
Das Gebäude wurde ab 1935 als *lebendes Denkmal* für Engelbert Dollfuß geplant, 1938 wurde mit dem Bau begonnen. Mit einem *monumentalen Denkmal* am Ballhausplatz und einem *religiösen Denkmal* auf der Hohen Wand in Niederösterreich waren zwei weitere Gedenkstätten geplant. Kramreiters Entwurf sah ein Hybridgebäude zwischen religiösem Zentrum und Kaderschule vor. Im Zentrum des Baus sollte eine Kirchenanlage entstehen, die auch nach außen als religiöses Bauwerk erkennbar sein sollte. Davor war ein monumentales Freilichttheater nach dem Beispiel des Marmorstadion im *Foro Mussolini* geplant, um religiöse und weltliche Zeremonien durchführen zu können. Diese Verschmelzung zwischen Denkmal sowie Sakral- und Profanbau erscheint weithin einzigartig. Der Bau könnte als eigenständige architektonische Richtung des Ständestaates gewertet werden.
1939 wurden die Pläne unter NS-Verwaltung zugunsten der Fasangartenkaserne der SS aufgegeben (heutige Maria-Theresien-Kaserne).
→ siehe Abb. 88, 89, 90, 91

3.3.3 Infrastruktur

I., Tiefer Graben 36 – Maria am Gestade 8

Assanierungsfonds der Stadt Wien
1935/36, Entwurf: Franz Matuschek, Bauausführung: Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG, *Hannaken-Brunnen* von Rudolf Schmidt.
Das Haus wurde ohne Ersatzbau vollständig niedergelegt um die Sicht auf die Kirche freizugeben. Durchgeführt wurde der Abriss von der Firma A. Porr. Die Verkehrlösung und Platzgestaltung wurde von Franz Matuschek geplant. Dies inkludiert die Stiegenanlage am Passauerplatz und den mit dem Bildhauer Rudolf Schmidt verwirklichten Hannaken-Brunnen. Die Gesamtsumme sollte

vollständig aus Mitteln des Assanierungsfonds bestritten werden. Laut Trinkaus kostete die Stiegenanlage öS 130.000 und der Straßenumbau 180.000 Schilling.
→ siehe Abb. 23

II., Untere Donaustraße – Praterstern

Kanalbau der Stadt Wien
Linker Hauptsammelkanal
1935, Bauausführung: Wiener Stadtbauamt.
Die Ziegelkanäle aus dem 19. Jahrhundert wurden durch einen Sammelkanal mit Betonprofil in der Länge von 566 m ersetzt.

II., Pratergelände

Kanalbau der Stadt Wien
Linker Hauptsammelkanal
1937, Bauausführung: Wiener Stadtbauamt.
Der 1.719 m lange Volkspraterkanal sollte die Entwässerung des Volkspraters, des Messegeländes, Teile der Hauptallee und des Trabrennplatzes, die bisher durch Senkgruben bewerkstelligt wurde, sicherstellen.

II.–XXII., Reichsbrücke

Bundesprojekt
1938, Entwurf: Fa. Waagner-Biro AG, Theiss & Jaksch, Bauausführung: Arthur Porr Baufirma, Beratung: Clemens Holzmeister.
Die Brücke wurde wegen einer geplanten Wahrzeichenfunktion als Kettenbrücke ausgeführt. Die Ausschreibung des Wettbewerbes fand schon im Februar 1933 statt. Eröffnet wurde der fertige Infrastrukturbau aber erst am 10. Oktober 1937. Die Eröffnung wurde mit einem Umzug der *Teilorganisation Neues Leben* sowie Reden von Bundesregierungsmitgliedern und Kardinal Innitzer begangen. Die Belastungsprobe führten 36 Lastkraftwagen und 14 Straßenbahnwagen am 1.–3. Oktober durch. 1976 stürzte die in Schwingung geratene Brücke, die sogar den Zweiten Weltkrieg unbeschadet überstanden hatte, ein.
→ siehe Abb. 19

II.–III., Rotundenbrücke

Assanierungsfonds der Stadt Wien
1934–1936, Entwurf: Fa. Waagner Biro, Bauausführung: Baufirma Universale-Redlich & Berger Bau A.G., Beratung: Clemens Holzmeister, Stahl- und Eisenbetonbauweise.

II.–III., Schlachthausbrücke (Stadionbrücke)

Assanierungsfonds der Stadt Wien
1934–1935, Entwurf: Wiener Brückenbau und Eisenkonstruktions A.G., Bauausführung: Mayreder Kraus & Co, künstlerische Ausgestaltung: Hermann Kutschera.

III., Landstraßer Hauptstraße 2
Großmarkthalle
1935, Entwurf: Leo Kammel, Karl Stigler, Alois Rous, Bauausführung: Universale-Redlich & Berger Bau AG.
Die Trennung der bereits bestehenden Markthallen durch eine Gleisanlage, wurde durch die Errichtung einer Brückenhalle umgangen. Der Umbau der Großmarkthalle gliederte sich in die Schlussphase der Straßenregulierung des Sanierungsgebietes ein, das 1932 begonnen worden war. Die Halle wurde in den 1970er Jahren abgerissen und durch einen Neubau ersetzt, der im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends einer Neugestaltung des Bahnhofes Wien Mitte weichen musste.

VI.–VII., Mariahilfer Straße
Projekt der Stadt Wien
Straßenbau
Bauausführung: TEERAG-ASDAG.
Die Neupflasterung der Mariahilfer Straße wurde im Zuge der Ausgestaltung neuzeitlicher Straßenzüge durchgeführt.

XII.–XIV., Wientalstraße
Projekt der Stadt Wien
Straßenbau
Die 11,5 km lange Wiental-Autostraße sollte als neue Westeinfahrt Wiens fungieren. Von der Schönbrunner Schlossallee führte sie über den Hietzinger Kai bis zur St. Veit Brücke, weiter entlang des Wienflusses zum Auhof. Sie endete in Hadersdorf-Weidlingau bei der Kielmannseggbrücke, wo sie in die Linzer Straße mündete.

XIII., Hietzinger Hauptstraße 1
Assanierungsfonds der Stadt Wien
Straßenunterführung
Wientalstraße
1934, Bauausführung: Gustav Adolph Wayß Ges.m.b.H.
Die Straßenunterführung wurde im Zuge der Baurbeiten für die Wientalstraße durchgeführt.

XIII., Hietzinger Hauptstraße – Mantlergasse – Bossigasse
Kanalbau der Stadt Wien
1935–1948, Bauausführung: Wiener Stadtbauamt.
Durch den 1935 begonnenen Kanalbau konnte die Besiedelung des Areals zwischen dem Roten Berg und der Hietzinger Hauptstraße begonnen werden.

X.–XI., Laaerberg
Kanalbau der Stadt Wien
Laaerberger Sammler

1937, 1952, 1955, Bauausführung: Wiener Stadtbauamt.
Zur Entwässerung des Nordosthanges des Laaerberges reichte der Sammelkanal von der Hasenleitengasse 1955 bis zur Ostbahn.

XI., Hasenleitengasse 9

Kloster/Schule
1937/38, Entwurf: Morzin Aemilian Servé, Sgraffito von Otto Homolatsch.
Das im *schwarzen Wien* entstandene Klostergebäude oder Fürsorgerinnenheim wurde unter NS-Verwaltung zur Schule umfunktioniert. Ein monumentaler, überdachter Haupteingang führt in das sonst schlicht sachlich gehaltene Gebäude.

XIV., Wolfersberg

Assanierungsfonds der Stadt Wien
Kanalbau der Stadt Wien
1936, Bauausführung: Wiener Stadtbauamt.
Der Kanal diente zur Entwässerung der Siedlung am Wolfersberg, um die Privatisierung des Areals zu unterstützen.

XVII., Wattgasse 56–60

Verwaltungs- und Amtsgebäude der Stadt Wien
Postgebäude
1936/37, Entwurf: Leopold Hocheisl, Bauausführung: Union Baugesellschaft, Bauherr: Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung Wien.
Die sehr schlicht gestaltete Fassade mit einfacher Fenstergliederung erinnert an die architektonische Gestaltung des Rundfunkgebäudes der *Österreichischen Radio-Verkehrs AG*. Drei symmetrisch angeordnete monumentale Eingänge mit Steinverkleidung dominieren das Erdgeschoss, das durch ein Gurtgesims abgesetzt ist.

XVIII., Gentzgasse – Aumannplatz

Kanalbau der Stadt Wien
Rechter Hauptsammelkanal
1936–1938, Bauausführung: Wiener Stadtbauamt.
Der 1.056 m lange Kanal in der Gentzgasse reicht vom Inneren Währinger Gürtel am Rand des IX. Bezirks bis zu einer in Laufe der Kanalarbeiten errichteten Überfallkammer am Aumannplatz.

XIX., Josefsdorf – Kahlenberg Höhenstraße

Assanierungsfond der Stadt Wien
Ausflugsrestaurant Wiener Kahlenberg
1934–1937, Entwurf: Erich Boltenstern, Bauausführung: Kahlenberg A.G.

Die Restauration war für den Massenbetrieb konzipiert und wurde zwecks Gewinnung eines neuen Publikums für die Höhenstraße, insbesondere des *kleinen Mannes*, forciert. Das Restaurant wurde mehrfach verändert.

XIX., Wiener Höhenstraße
Projekt der Stadt Wien
Straßenbau
1934–1938, Entwurf: Heinrich Goldemund, Rudolf Koller, Erich Franz Leischner, Bauausführung: Wiener Stadtbauamt.
Der Entwurf für die Aussichtsstraße stammt aus dem Jahr 1905, wurde aber erst ab 1934 in drei Bauabschnitten begonnen. Brücken und Straßenelemente prägen das Landschaftsbild der Höhenstraße. Unter den 28 Brücken wurden 1935/36 die Sieveringer Brücke, 1936 die Kohlenbrennerbrücke und 1936/37 ein Fußgängersteg am Kahlenberg errichtet.
→ siehe Abb. 18

XXI., Aderklaaer Straße 2
Verwaltungsgebäude der Stadt Wien
Hauptschule der Stadt Wien Leopoldau
1937, Entwurf: Hanns Stöhr, Karl Ehn, Bauausführung: Wiener Stadtbauamt.
Die Schule wurde als Infrastruktureinrichtung der Stadtrandsiedlung Leopoldau gebaut. Die sachliche architektonische Ausgestaltung ist sehr schlicht und stellt die Funktion des Gebäudes in den Vordergrund.
→ siehe Abb. 63

XXI., Floridsdorfer Hauptstraße 1A
Projekt der Stadt Wien
1937, Abwasserpumpwerk, Entwurf: Franz Wiesmann, Stadtbauamt, Bauherr: Gemeinde Wien.
Das schlicht gehaltene, funktional sachliche Pumpenhaus ist leicht als Industriebau erkennbar. Die Fassade wird durch große Glasfenster dominiert.

XXI., Floridsdorfer Hauptstraße – Brünner Straße – Fännergasse
Kanalbau der Stadt Wien
Floridsdorfer Entlastungskanal
1935–1946, Bauausführung: Wiener Stadtbauamt.
Der Kanal wurde mitsamt dem Abwasserpumpwerk in acht Baulosen ausgeführt. Er entwässert einen Großteil des wachsenden Industriegebietes des XXI. Bezirks.

XXI., Bruckhaufen
Assanierungsfonds der Stadt Wien
Kanalbau der Stadt Wien
1937, Bauausführung: Wiener Stadtbauamt.

Durch den Assanierungsfonds wurden in der Siedlung Bruckhaufen 115 betonierte Senkgruben geschaffen, die eine schnellere Privatisierung des Areals ermöglichen sollten.

XXI., Schererstraße

Genossenschaftshaus

Stadtrandsiedlung Leopoldau

1935, Entwurf: Max Fellerer, Bauausführung: Gemeinde Wien.

Das Gebäude wurde als eine der wenigen Infrastruktureinrichtungen der Stadtrandsiedlung Leopoldau des *Roten Wien* im autoritären Ständestaat errichtet. Den Löwenanteil der Bauleistung erbrachte der Siedlerverein.

Das vollständig aus Holz gebaute funktionale Gebäude bestand aus zwei ineinandergeschobenen Baukörpern. Erst nach 1945 wurden Gas, Strom und Kanalisation eingeleitet.

Das Gebäude ist nicht mehr erhalten.

XXII., Langobardenstraße 56 – Oberdorfstraße

Verwaltungsgebäude der Stadt Wien

Volks- und Hauptschule der Stadt Wien Aspern

1934, Entwurf: Adolf Stöckl, Josef Bittner, Bauausführung: Wiener Stadtbauamt.

Die Schule wurde als Infrastrukturmaßnahme ins neue Siedlungsgebiet nördlich der Donau für die schulpflichtigen Kinder der ständestaatlichen Stadtrandsiedlungen Aspern, Hirschstetten und Neustraßäcker gebaut.

Die Nähe zur Architektur des *Roten Wien* ist vor allem durch Eckfenster, Fensterrahmungen und den runden Eckerker über dem Haupteingang gegeben. Die Fassade besteht aus ineinandergestaffelten Baukörpern.

XXIII., Wittgensteinstraße (nach 156)

Projekt der Stadt Wien

Wasserbehälter der Hochquellwasserleitung im Lainzer Tiergarten, 1935–1938, Entwurf: Stadtbauamt, Bauausführung: Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG.

Obwohl der Wasserverbrauch der Stadt Wien von 1931 bis 1937 sank, wurde im Ständestaat der Wasserbehälter im Lainzer Tiergarten gebaut. Er war als erster in Wien in Stahlbetonbauweise ausgeführt worden und mit seinen 144.000 m^3 gleichzeitig der größte aller Wiener Behälter. Sein Wasserüberschuss wurde in einem Kraftwerk der Stadt Wien in Elektrizität umgewandelt.

Die Gestaltung des Eingangsgebäudes ähnelt einer Wiener Vorstadtvilla.

3.4 Vergleichsbeispiele

3.4.1 *Rotes Wien*

I., Herrengasse 6–8

Privates Wohnhochhaus

Wohnbauförderungs- und Mietengesetz 1929

1931/32, Entwurf: Siegfried Theiss, Hans Jaksch, Bauherr: Österreichisches Creditinstitut, Bauausführung: N. Rella & Co., Fa. Waagner-Biro, 225 Wohnungen, 16 Geschosse.

Das sachliche Wohnhochhaus konnte durch die Bereitstellung großzügiger finanzieller Mittel innerhalb der Wohnbauförderung 1929 in nur 450 Arbeitstagen fertig gestellt werden. Die Gewährung der Fördergelder wurde äußerst unbürokratisch durchgeführt und an Theiss und Jaksch vergeben.

Das 15-stöckige Wohnhochhaus ist ab dem elften Stockwerk terrassenartig zurückgestuft und in Stahlgerippebauweise ausgeführt, das übrige Gebäude in traditioneller Ziegelbauweise.

Der Geschäftsbereich in der zweigeschossigen Sockelzone wird mit Spiegelglasplatten und einem kupferfarbenen Gesimsstreifen von der weißen Fassadengestaltung des Wohnbereiches getrennt. Das Gebäude kann als stilistischer Epigone der städtischen Bürgerhaus-Fassadengestaltung im Ständestaat gewertet werden, wie sie vor allem im Assanierungsgebiet IV., Operngasse zur Ausführung kam.

Außerdem stand das Finanzierungsmodell des *Bundesgesetzes zur Förderung der Wohnbautätigkeit* Pate für die Baustrategie des Ständestaates in Wien. Durch die finanzielle Förderung des privaten Wohnbaus von 1929 bis 1932 konnte ein Modus gefunden werden, der in die Ausgestaltung des Assanierungsfonds gipfelte. In weiterer Folge wurde die Finanzierungsstrategie im *Kleinwohnungshausförderungsgesetz* 1937 sowie dem *Bundesgesetz über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern* 1938 verfeinert.

→ siehe Abb. 8

III., Landstraßer Hauptstraße 137 – Rabengasse

Privatbau

Herz-Jesu-Klosterschule Schwesternheim

1930/31, Entwurf: Felix Angelo Pollak, Bauherr: Herz-Jesu-Klosterschule, 5 Geschosse.

Dieses Gebäude ist eines der wenigen Wiener Beispiele für den katholischen Wohnbau am Beginn der 1930er Jahre.

Die sachlich schlichte Ausgestaltung der Fassade stellt den Versuch der Integration des katholischen Baus in das Umfeld der Gemeindebauten dar, da die Bautätigkeit der Gemeinde den III. Bezirk verstärkt zum ArbeiterInnenbezirk umgewertet hat. Das verglaste überhöhte Stiegenhaus und das betonte Erdgeschoss gliedern die schmucklose Fassade des Eckbaus. Die Privatwohnungen befinden sich im zurückversetzten Obergeschoss.

→ siehe Abb. 85

III., Neulinggasse 39 – Grimmelshausengasse 10 – Salesianergasse

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)

Sanierungsgebiet Modenapark

1930/31, Entwurf: Armand Weiser, 54 Wohnungen, 6 Geschosse.

Der lang gezogene, asymmetrische Gemeindebau im Sanierungsgebiet Modenapark wird an seinen Rändern durch turmartige überhöhte Baukörper und ein breites Kranzgesims nach oben abgeschlossen. Am Modenapark wird die abgerundete Ecke durch ein T-förmiges Fensterband hervorgehoben, die Ecke Salesianergasse durch abgerundete Gitterbalkone. Im Zentrum der Fassade an der Neulinggasse, über dem mit Klinkern verkleideten Haupteingang, bilden Gitterbalkone ein vertikales Band. Das Erdgeschoss des sachlichen Wohnbaus wird durch ein Gurtgesims abgesetzt.

III., Neulinggasse 48 – Am Modenapark 7

Privates Wohnhaus

Sanierungsgebiet Modenapark

1930/31, Entwurf: Rudolf Frass, Adolf Zwerina, 6 Geschosse, Keramikplastiken von Wilhelm Frass

Bei diesem Wohnhaus im Sanierungsgebiet Modenapark zeigen sich starke Entlehnungen der Gemeindebauarchitektur. Ein vertikales Band verglaster Veranden, kombiniert mit Eckbalkonen, und umschließende Eisengeländer beherrschen das Ensemble. Die übrige Fassade wird durchgehend mittels französischer Fenster gegliedert.

Die Keramikplastiken über dem Haupteingang in der Neulinggasse und an der Fassade des obersten Geschosses am Modenapark wurden vom Bruder des Architekten entworfen und verwirklicht.

III., Salesianergasse 1 b – Grimmelshausengasse 6 – Bayerngasse 5

Privates Wohnhaus

Sanierungsbebiet Modenapark

Wohnbauförderungs- und Mietengesetz 1929

1930, Entwurf: Leo Kammel, Bauherr: Austria Gemeinnützige Genossenschaft zur Beschaffung von Wohnungen für öffentliche Angestellte, Bauausführung: Wiener Reformbaugesellschaft, 6 Geschosse.

Der nur durch Bundesmitteln finanzierte Wohnbau für die höhere Beamtenschaft im Sanierungsgebiet Modenapark, schöpfte unübersehbar aus dem Formenrepertoire der Gemeindebauarchitektur. Die getäfelte Fassade wird mittels Querbändern und schmalen Erkern mit zur Fassade hin abgerundeten Balkonen gegliedert.

III., Traungasse 7 – Zaunergasse

Privates Wohnhaus

Sanierungsgebiet Modenapark

1933, Entwurf: Ernst Epstein, Bauherr: Allianz- und Giselaverein, 8 Geschosse.

Der monumentale, sachliche Eckwohnbau wird durch einen zurückversetzten dreigeschossigen Turmaufsatz mit 28 Wohnungen für Versicherungsangestellte überhöht. Zwei Fenstertypen gliedern die Fassade.

V., Margaretengürtel 100–110 – Siebenbrunnengasse 90–92 – Brandmayergasse 37–39

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)
Jakob-Reumann-Hof
1924–1926, Entwurf: Hubert Gessner, Josef Bittner, Adolf Stöckl, Bauherr und Bauausführung: Gemeinde Wien, 2 bis 9 Geschosse, 478 Wohnungen, Bronzebüste *Jakob Reumann* von Franz Seifert.
Bei dem nach dem ersten sozialdemokratischen Bürgermeister Wiens benannten Gemeindebau handelt es sich um einen Schlüsselbau für das *Rote Wien*. Der an der *Ringstraße des Proletariats*, dem Wiener Gürtel, liegende *Volkswohnungspalast* stellt eine der ersten monumentalen Hofanlagen dar. Das neungeschossige Zentrum dominiert die Anlage. Es wird von siebengeschossigen Seitenflügeln flankiert. Die Straßen, die mehrere Baublöcke hätten bilden sollen, wurden, laut Weihsmann, eigens für die drei zusammenhängenden Höfe aufgelassen. Die Wohnungsgrößen variieren von 25 bis 60 m².
Die stilistische Ausgestaltung mit Dreieckserkern, Arkaden und Rundbögen ist typisch für Hubert Gessner. Franz Seifert, der Erschaffer des Republikdenkmals beim Parlament in Wien, schuf die Bronzebüste von Jakob Reumann.
→ siehe Abb. 2, 5

XI., Alberner Hafenzufahrtsstraße

Römisch-katholische Auferstehungskapelle
Friedhof der Namenlosen
1933–1935, Entwurf: Carl Eder, Bauausführung: *Freiwilliger Arbeitsdienst.*
Die Kapelle wurde im Zuge der Donau-Schutzdammerneuerung der christlichsozialen Regierung begonnen. Das in Niederösterreich liegende Albern wurde erst 1938 in den 23. Bezirk von Groß-Wien eingemeindet. Seit 1956 ist es Teil des Bezirks Simmering.
Finanziert wurde ihr Bau durch Entgeltverzicht der Arbeiter, freiwilligen Spenden und Eigenkapital der Kirche.
Die zylinderförmige Kapelle wird an beiden Seiten von am Baukörper anliegenden Stiegenaufgängen flankiert, die den Hochwasserschutzdamm hinaufführen. Neben den beiden Stiegengeländern treten ein gerahmtes Eingangsportal und drei gerahmte Rundfenster wuchtig aus der Fassade hervor. Über dem Portal findet sich noch immer eine kreuzförmige Steinarbeit, die einst als Grundfläche für das Kruckenkreuz gedient haben könnte.
→ siehe Abb. 84

XIII., Jagdschloßgasse 68–90 – Veitingergasse 71–117

Wiener Werkbundsiedlung
1932, Leitung: Josef Frank.

Die internationale Werkbundsiedlung wurde vom *Österreichischen Werkbund* als Mustersiedlung für die Gartenstadtbewegung geplant. Ziel war es, möglichst billige Eigentumshäuser mit größtmöglichem Wohnkomfort herzustellen. Die Gemeinde verlangte die Ausführung in Ziegelbauweise, womit besondere Lösungen des *Neuen Bauens* von vorneherein ausgeschlossen waren. Die bekannten ArchitektInnen Josef Frank, Walter Loos, Margarete Schütte-Lihotzky, Max Fellerer, Anton Brenner, Josef Hoffmann, um nur einige zu nennen, beeindrucken mit oftmals großartigen Lösungen.

XVI., Possingergasse 59–61 – Koppstraße – Zagorskigasse

Polizeiwohnhausanlage

Engelbert-Dollfuß-Hof

1933/34, Entwurf: Staatshochbauamt.

Das Wohnhaus für Polizeibeamte schöpfte unübersehbar aus dem Stil der Gemeindebauten. Schmale überhöhte Risalite rhythmisieren die Fassade des U-förmigen Gebäudes. Horizontale Farbputzbänder betonen die Fenster und den Sockelbereich.

Der Namenszug *Dollfuß-Hof* wurde entfernt.

→ siehe Abb. 11

XIX., Heiligenstätter Straße 82–89 – Grinzinger Straße, Gunoldstraße – Boschstraße 1–19 – Halteraugasse – Geistingergasse 1

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)

Karl-Marx-Hof

1927–1930, 1933, Entwurf: Karl Ehn, Bauherr und -ausführung: Gemeinde Wien, 5–6 Geschosse, 1.382 Wohnungen, Tonfiguren *Freiheit*, *Aufklärung*, *Fürsorge*, *Körperkultur* von Josef Franz Riel, Bronzeplastik *Sämann* von Otto Hofner.

Der symbolträchtigste Gemeindebau des *Roten Wien* besteht aus einem langgezogenen Baukörper in Zeilenverbauung. Der Mittelteil des Bauwerkes verbindet zwei seitlich angeordnete Bauteile miteinander. Der dort angelegte Ehrenplatz wird durch die architektonische Ausformung des Hofes dominiert. Ein zurückversetzter Baukörper wird durch sechs monumentale Türme, die mit Fahnenstangen versehen sind, überhöht. Sie bilden nach oben hin den Abschluss für Balkone, Loggien und Erker, die aus dem Baukörper risalitartig hervortreten. Rundbogenartige Durchgänge unterstreichen den monumentalen Charakter der Wohnhausanlage.

Die großzügig angelegten Höfe waren mit Kindergarten und Wäschereien ausgestattet.

→ siehe Abb. 6

XX., Winarskystraße 15–21, Stromstraße 74–76, Vorgartenstraße 44, Pasettistraße 39–45, Leystraße

Städtische Wohnhausanlage (Gemeindebau)

Leopold-Winarsky-Hof

1924–1926, Entwurf: Peter Behrens, Josef Hoffmann, Josef Frank, Oskar Strnad, Oskar Wlach unter Beteiligung von Franz Schuster und Margarete Schütte-Lihotzky, Bauherr und Ausführung: Gemeinde Wien, 760 Wohnungen.

Erstmals führten VertreterInnen der Moderne wie Adolf Loos, Peter Behrens, Josef Hoffmann, Oskar Strnad, Josef Frank, Oskar Wlach, Franz Schuster und Margarete Schütte-Lihotzky einen Gemeindebau aus. Es wurde jedoch kein Planungsteam gebildet, wie sonst bei den Gemeindebauten üblich. Vielmehr führten einzelne ArchitektInnen die Planung der verschiedenen Baublöcke durch. Deren Handschrift tritt deswegen deutlich sichtbar hervor. Peter Behrens plante die Stiegen 15, 24, 25, 28 und 32, Josef Hoffmann die Stiegen 1–14 und Josef Frank gemeinsam mit Oskar Strnad und Oskar Wlach die Stiegen 16–23.
Im Vergleich zum zeitgleich im V. Bezirk entstandenen *Jakob-Reumann-Hof* offenbart sich durchaus ein sehr unterschiedlicher Zugang der architektonischen Ausgestaltung der Höfe des *Roten Wien.*
→ siehe Abb. 7

3.4.2 Ständestaat

I., Äußeres Burgtor

Österreichisches Heldendenkmal
1934, Entwurf: Rudolf Wondracek, Ausgestaltung: Wilhelm Frass, Herbert Dimmel, Leopold Schmid.
Das wichtigste Denkmal des Ständestaates wurde 1934 nach adaptierten Plänen Rudolf Wondraceks im Burgtor ausgeführt. Die fundamentale Umgestaltung des Platzes wurde jedoch durch Finanzierungsprobleme verhindert.
Äußerlich wurde das Burgtor kaum verändert. Im Inneren entstand ein Gedächtnisraum unter freiem Himmel, der von zwei Monumentaltreppen erreicht werden konnte. Wilhelm Frass entwarf die acht Köpfe als Symbole der Völker der Monarchie an der Monumentaltreppe und den liegenden Krieger aus rotem Marmor. Die Steinschnitte der 24 Soldaten stammen von Herbert Dimmel und Leopold Schmid. Wilhelm Frass entwarf ebenfalls vier Adler für die seitlichen Pforten zur Ringstraße.
Die Einweihung des Denkmals durch Kardinal Innitzer am 9. September 1934 wurde in eine Großveranstaltung eingebunden.
→ siehe Abb. 80

I., Wollzeile 27

Kommunaler Wohnhausbau (Gemeindebau)
1942, Entwurf: Hans Schimitzek, 7 Geschosse.
Das sachliche Wohnhaus wird durch einen breiten turmartig hervortretenden Eckerker beherrscht, der durch Eckfenster gegliedert wird. Die Geschäftszeile wird durch Naturstein vom Wohnbereich abgesetzt.
→ siehe Abb. 27

III., Am Modenapark 14

Privates Wohnhaus

1937/38, Entwurf: Arnold Karplus, Bauausführung: Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG, Bauherr: Anker-Versicherungsgesellschaft, 7 Geschosse.
Das moderne Wohnhaus wird durch einen Erker dominiert, der an seinen Rändern durch vertikale Loggien- und Balkonbänder aufgelöst wird. Die Fassade ist durch vertikale Bandgesimse gegliedert.

III., Neulinggasse 52 – Salesianergasse 11

Privates Wohnhaus

Sanierungsgebiet Modenapark

1935–1938, Entwurf: Alexander Osterberger, Siegfried C. Drach, Bauausführung: Strum & Sogl, 7 Geschosse.
Das auf einer Eckparzelle gebaute Gebäude weist eine nicht symmetrische Fassade auf. Das Erdgeschoss wirkt, durch einen vorspringenden fünfgeschossigen Erker in der Salesianergasse und einen viergeschossigen an der Neulinggasse, sockelartig nach hinten versetzt. Dieser Eindruck wird durch die an den Erkern verlaufenden Balkonbänder, eine fassadenartige Rückstufung der oberen zwei Stockwerke und ein Ansetzen der Erker erst ab dem dritten Geschoss verstärkt. Ein vertikales Balkonband schließt den durch Fenster gegliederten Baukörper in der Neulinggasse gegen das angrenzende Gebäude ab.
Osterberger und Drach nahmen mit dem funktional, sachlich gestalteten Stahlbeton-Skelettbau die stilistischen Entwicklungen des *internationalen Stils* nach 1945 vorweg.

V., Castelligasse 7

Privates Wohnhaus

1936, Entwurf und Bauausführung: Hans Plaschke, Bauherr: Ad. Kratochvil, 6 Geschosse.
Das Wohnhaus wurde als Vorzeigeprojekt zur Ankurbelung des Eigentumswohnungsbaus vom *Mieterbund* errichtet.
Die Fassade wird durch breite tief sitzende Fenster gegliedert. Das Erdgeschoss wird durch ein spitz hochgezogenes Sockelgesims, das den schmalen Eingang betont, abgesetzt.

VI., Windmühlgasse 11 – Fillgradergasse 17–21

Privates Wohnhaus

Windmühlhof

1935–1937, Entwurf: Ernst Frommer, Bauausführung: Stabil Baugesellschaft mbH, 6 Geschosse, 66 Wohnungen, Sgraffito mit Darstellung lokaler Berufe von Igo Pötsch.
Zwei Erker an der Ecke Windmühl- und Fillgradergasse, die durch Eckbalkone verbunden und gerahmte Fenster geordnet sind, treten wuchtig über die Straßenfront und dominieren den sachlich schlichten Wohnbau.

VII., Urban-Loritz-Platz 8

Privates Wohnhaus

1936/37, Entwurf: Josef Vytiska, Bauausführung: Union Baugesellschaft, 7 Geschosse.
Drei vertikale Loggienbänder dominieren die Fassade. Zwischen ihnen sind zwei doppelreihige Fensterbänder angeordnet. Die Geschäftszeile wird durch ein Gurtgesims abgesetzt. Im obersten Stockwerk befindet sich eine durchgehende Terrasse, die ebenfalls mit einem Gitter ausgeführt ist und die Balkonbänder horizontal verbindet.
Die großen Eigentumswohnungen waren durchgehend mit Bad und Küche ausgestattet, die Kleinwohnungen mit Kochnischen.

VII., Zieglergasse 85 – Badhausgasse 2 – Lerchenfelder Straße 79/80

Privates Wohnhaus

1935–1937, Entwurf: Johann Ferdinand Hilscher, 6 Geschosse, 7 Geschosse, 33 Wohnungen.
Der städtebaulich markante Kopfbau wird zur Zieglergasse hin durch ein vertikales Band von Balkonen dominiert, die heute durchgehend verglast sind. Die Geschäftszone ist durch ein breites Bandgesims abgesetzt. Über dem Haupteingang in der Badhausgasse befindet sich in einem schmalen, überhöhten Baukörper ein durchgehend verglastes Stiegenhaus

IX., Liechtensteinstraße 88 – Reznicekgasse 2 – Salzergasse 35

Privates Wohnhaus

1935–1937, Entwurf: Konrad von Götz, Bauausführung: Hans Schneider, 7 Geschosse.
Das privat errichtete Mittelstandswohnhaus wird durch überhöhte Erker gegliedert, die von einem ausgeprägten Gurtgesims im obersten Geschoss durchschnitten werden. Ein vertikales Balkonband und das durch eine Dachterrasse zurückgesetzte oberste Geschoss zwischen den beiden Erkern unterstützen das Hervortreten des Gebäudes über die Straßenlinie in der Reznicekgasse. Die übrige Gliederung übernehmen vertikal angeordnete Bänder französischer Balkone.

X., Erlachgasse 53 – 57

Kommunale Wohnanlage (Gemeindebau)
NS-Wohnhausanlage

1938–1941, Entwurf: Franz Wiesmann, Bauherr: Gemeinde Wien, Bauausführung: Albrecht Michler, Malerarbeiten Albert Janesch, Fassadenplastik.
Das Ensemble besteht aus unterschiedlichen Baukörpern, die risalitartig ineinandergeschoben sind. Die Gliederung wird durch symmetrische Balkonbänder und die Anordnung der Fenster bewerkstelligt. Die Pläne wurden von der NS-Stadtverwaltung übernommen.

XI., Simmeringer Hauptstraße 173–175

Römisch-katholische Konventkirche

1935/36, Entwurf: Walter Pind, Bauherr: Kloster der Kongregation der Schwestern von der schmerzhaften Mutter, 3 Geschosse.

Der Zubau zum Kloster wird durch einen durchgehend verglasten Stiegenhauserker dominiert, der von einem Steinkreuz bekrönt wird. Die übrige Fassade wird durch unterschiedliche Fenstertypen gegliedert. Das Erdgeschoss und das dritte Geschoss werden zusätzlich durch ein Gurtgesims abgesetzt.

XIV., Isbarygasse 5–7 – Samhaberplatz 1 – Rettichgasse

Polizeiwohnhausanlage

1934/35, Entwurf: Hermann Stiegholzer, Erich Franz Leischner, Bauherr: Petrarca-Wohnhausbau-Gesellschaft, Bauausführung: Franz Katlein, Gebrüder Schlarbaum, Universale Baugesellschaft, Redlich & Berger, 3 bzw 4 Geschosse, 168 Wohnungen, Kunst am Bau *Erzengel Michael*.

Die Wohnhausanlage für Polizeibeamte lässt unschwer die politische Umwertung und die Übernahme architektonischer Elemente des Gemeindebaustils für eine der bevorzugten Gruppen des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes erkennen. Weihsmann hebt den kasernenartigen Charakter dieser *Polizeisiedlung* hervor. Ein Novum stellte 1934 jedenfalls die Integration einer Polizeistation in die Hofverbauung dar.

Die Fassade wird durchgehend durch im kurzen Abstand angeordnete Erker und Risalite gegliedert. In der Isbarygasse wacht der auf einem Drachenkopf stehende, geharnischte *Erzengel Michael* über dem überhöhten Hofeingang.

In der Literatur wird die Polizeiwohnanlage auch als *Engelbert-Dollfuß-Hof* bezeichnet, wobei die Zuordnung des Namens nicht genau zu erruieren ist. Beispielsweise trug die Polizeiwohnhausanalage XVI., Possingergasse 59–61 – Koppstraße – Zagorskigasse den Namensschriftzug *Dollfuß-Hof*.

→ siehe Abb. 43

XIV., Linzer Straße 154–156–158

Kommunale Wohnanlage (Gemeindebau)

Lützow-Hof

NS-Volkswohnungen

1938–1942, Konstantin Peller, Bauherr: Gemeinde Wien, 110 Wohnungen.

Der für ein achtes Familienasyl vorgesehene Standort wurde Ende 1936, laut Trinkaus, zugunsten der X., Buchengasse 25–27 aufgegeben. Erst unter NS-Verwaltung wurde ein Gebäudekomplex errichtet. Die einzelnen Trakte stehen aus Gründen des militärischen Luftschutzes weit auseinander. Ein Naheverhältnis zur Siedlungsarchitektur der 1950er und 1960er Jahre ist gegeben.

Die Giebelfront der drei Gebäude ist gegen die Linzer Straße gerichtet. Die dazwischenliegenden Freiflächen wurden Ende des 20. Jahrhunderts durch Lärmschutzwände geschlossen.

XVIII., Gentzgasse 72

Privates Wohnhaus

Zum luckerten Stein

1934, Entwurf, Bauherr und Bauausführung: Hans Schneider jun., 4 Geschosse.

Der Wohnbau stellt eine Adaptierung eines denkmalgeschützten Zinshauses durch Aufstockung und Vereinfachung der Fassade dar. Die Fassade wird durch drei symmetrisch angeordnete schmale Erker gegliedert. Das Erdgeschoss wird mittels eines Gurtgesimses abgesetzt.

XIX., Heiligenstädter Straße 95

Privates Wohnhaus

1935/36, Entwurf: Egon Riss, Bauherr: Szmul Pasternak, Bauausführung: Artur Biber, 5 Geschosse, City-Kino.

Die Fassade des für die 1930er Jahre einzigartigen Gebäudes wird durch geschossweise versetzte Loggien gegliedert. Im Erdgeschoss waren die Räumlichkeiten des *City-Kino* untergebracht. Das Wohnhaus wurde 1938 arisiert.

XXI., Klasnerweg – Hufgasse – Steinheilgasse

Wilde Barackensiedlung

1934, Bauausführung: Eigenleistung der SiedlerInnen.

Diese *wilde Siedlung* wurde im Zuge der Wirtschaftskrise in Selbsthilfe erstellt. Die SiedlerInnen bauten Holzhütten ohne jeglichen Komfort.

Die Siedlung ist nicht erhalten.

XXII., Lobaugasse 62–118

Stadtrandsiedlung Heustadlmais

1937, Bauausführung: Eigenleistung der SiedlerInnen.

Die rund 24 Doppelkernhäuser wurden von den SiedlerInnen selbst gebaut. Der Selbstversorgungscharakter stand dabei im Vordergrund.

XXIII., Endresstraße 117

Pfarrkirche St. Erhard

1934–1936, Entwurf: Clemens Holzmeister, Bauausführung: Franz Katlein, Bauherr: Erzdiözese Wien.

Der Erweiterungsbau wurde durch den Abbruch des in die Speisinger Straße hineinragenden Langhauses bewerkstelligt. Die West-Ost-Ausrichtung wurde in eine Nord-Süd-Ausrichtung umgeändert.

Im *schwarzen Wien* war der heutige XXIII. Bezirk noch nicht eingemeindet

Hohe Wand, Maiersdorf in Niederösterreich

Engelbertkirche

Religiöses Dollfuss-Denkmal

1932, Robert Kramreiter, 1934 Umbau von Clemens Holzmeister, Wandbild Max Frey.

Das *religiöse Denkmal* für Engelbert Dollfuß wurde mit der Adaptierung von Robert Kramreiters Kirche auf der Hohen Wand durch Clemens Holzmeister geschaffen. Mit einem *monumentalen*

Denkmal am Ballhausplatz und einem *lebenden Denkmal* im Fasangarten waren zwei weitere Gedenkstätten geplant. Die Kirche wurde am 21. Juli 1935 von Kardinal Innitzer geweiht.
Die an einem Abhang gelegene Kirche wird von einem Turm mit quadratischer Grundfläche dominiert, der über den quer liegenden Baukörper des Kirche ragt. An der Rückseite befindet sich ein Rundfenster. Augenscheinlich bestehen stilistische Anknüpfungspunkte mit Robert Kramreiters 1936/37 am XXI., Pius-Parsch-Platz 3 errichteten Pfarrkirche *St. Josef und Jakob*.
Die noch heute existierende Dollfuß-Gedächtnisstätte wird für Gottesdienste unter freiem Himmel genutzt. Eine Wandmalerei von Max Frey zeigt Engelbert Dollfuß gemeinsam mit Jesus und den Märtyrern.
Die Kirche liegt unweit vom niederösterreichischen Texing, wo 1998 das *Dr.-Engelbert-Dollfuß-Museum* im Geburtshaus von Dollfuß eröffnet wurde.
→ siehe Abb. 79

4 LITERATURVERZEICHNIS

Primär- und Sekundärquellen

Friedrich Achleitner, Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert, Bd.III/1 Wien 1.–12. Bezirk, St. Pölten – Salzburg, 2010.

Friedrich Achleitner, Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert, Bd.III/2 Wien 13.–18. Bezirk, St. Pölten – Salzburg, 2010.

Friedrich Achleitner, Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert, Bd.III/3 Wien 19.–23. Bezirk, St. Pölten – Salzburg, 2010.

Johann Aigner, Die Anlage von Großbahnhöfen mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Verhältnisse, Wien, 1937, Dissertation.

Margit Altfahrt, Birgit Bolognese-Leuchtenmüller, Wolfgang Förster, Robert Hoffmann, Dieter Stiefel, Die Zukunft liegt in der Vergangenheit – Studien zum Siedlungswesen der Zwischenkriegszeit, Wien, 1983.

Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 44, 1936.

Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 45, 1937.

Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, Jg. 46, 1938.

Antimarxistische Wohnbaupolitik – Die Wohnbauförderung des Bundes, Wien, 1932.

Ingrid Holzschuh, Monika Platzer (Hg.): „Wien. Die Perle des Reiches“, Ausstellungskatalog Architekturzentrum Wien, 2015.

Aufwärts durch Pistor – Zehn Jahre Kampf für Eigentum und Recht – Festschrift zum Bundestag in Bregenz anläßlich der zehnjährigen Führung der Organisation durch Felix Pistor, Wien – Gösting – Graz, 1933.

Rainer Bauböck, Wohnungspolitik im sozialdemokratischen Wien 1919–1934, Salzburg, 1979.

Eve Blau, The architecture of Red Vienna 1919–1934, Cambridge, London, 1998.

Harald Bodenschatz (Hg.), Städtebau für Mussolini – Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien, Berlin, 2011.

Harald Bodenschatz, Pierro Sassi, Max Welch Guerra (Hg.), Urbanism and Dictatorship – A European Perspective, Bauwelt Fundamente 153, Basel – Gütersloh – Berlin, 2015.

Willhelm Bonczak, Ein Leben im Dienste der gemeinnützigen Wohnungsfürsorge, Wien, 1947.

Christoph Braumann, Stadtplanung in Österreich von 1918–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Salzburg, Wien, 1986.

Fritz Braun, Der politische Lebensweg des Bürgermeisters Richard Schmitz – Beiträge zur Innenpolitik der Ersten Republik Österreich und zur Geschichte der Christlichsozialen Partei, Wien, 1968, Dissertation.

Bundesdenkmalamt (Hg.), Dehio – Die Kunstdenkmäler Österreichs – Wien II. bis IX. und XX. Bezirk, Wien, 1993.

Bundesministerium für Handel und Verkehr (Hg.), Der Siedler – Anlage – Pläne und Kosten der Stadtrandsiedlung, Wien, 1934.
Peter Csendes, Ferdinand Opll (Hg.), Wien – Geschichte einer Stadt, Bd. 3: Von 1790 bis zur Gegenwart, Wien, Köln, Weimar, 2006.
Gerhard Botz, Hans Hautmann, Helmut Konrad, Josef Weidenholzer (Hg.), Bewegung und Klasse – Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Wien – München – Zürich, 1978.
Elisabeth Corazza, Beate Lang, Frank M. Weber, Mosaike an Wiener Gemeindebauten – Kunst am Bau im Wien der Nachkriegszeit, Wien, 2009.
Hans Jörg Czech, Nikola Doll (Hg.), Kunst und Propaganda im Streit der Nationen 1930–1945, Ausstellungskatalog Deutsches Historisches Museum Berlin, Dresden, 2007.
Josef Dobrowolny, Ein Vorschlag für die Umgestaltung des 7. Wiener Gemeindebezirkes, Wien, 1937, Dissertation.
Julius Duhm, Das neuzeitliche Holzhaus, Wien – Leipzig, 1935.
Gertrude Enderle-Burcel, Mandatare im Ständestaat 1934–1938 – Biographisches Handbuch der Mitglieder des Staatsrates, Bundeskulturrates, Bundeswirtschaftsrates und Länderrates sowie Bundestages, Wien, 1991.
Erste Österreichische Spar-Casse (Hg.), Wien am Graben, 21–150 Jahre Erste Österreichische Spar-Casse – 150 Jahre Österreichische Geschichte, Wien, 1969.
Erich Exel, Das Wohnungseigentum – Geschichte – Praxis – Ideologie, Wien, 1949.
Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier – Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938–1939, Wien, 1996.
Gerald D. Feldmann, Oliver Rathkolb, Theodor Venus, Ulrike Zimmerl, Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit – Regionalbanken, Länderbank und Zentralsparkasse, 2. Bd., München, 2006.
Barbara Feller, 75 Jahre Bauen für Wien – Die Geschichte der GESIBA, Wien, 1996.
Barbara Feller, Baupolitik in Wien im Austrofaschismus, Wien, 1991, Diplomarbeit.
Thomas Figl, Die Enzyklika Quadragesimo anno und ihr Einfluß auf die österreichische Verfassung vom 1. Mai 1934, Wien, 1995, Diplomarbeit.
Erwin Fischer, „Wohnungseigentum" – Ein Weg zur Lösung der Wohnungsfrage, Wien, 1950.
Alfred Georg Frei, Die Arbeiterbewegung und die „Graswurzel" am Beispiel der Wiener Wohnungspolitik 1919–1934, Wien, 1991.
Alfred Georg Frei, Rotes Wien – Austromarxismus und Arbeiterkultur – Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik 1919–1934, Berlin, 1984.
Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hg.), Der 4. März 1933 – Vom Verfassungsbruch zur Diktatur, Wien, 1984.
Generalsekretariat der christlichsozialen Bundesparteileitung (Hg.), Das christlichsoziale Programm – Mit Erläuterungen von Richard Schmitz, Wien, 1932.
Albert Gessmann, Otto Kämpfer, Neues Bauen: Neue Arbeit! – Bauwirtschaftliche Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit in Österreich, Wien, 1932.
Diane Ghirardo, Building New Communities – New Deal America and Fascist Italy, Princeton, 1989.
Astrid Gmeiner, Gottfried Pirnhofer, Otto Kapflinger, Vladimir Slapeta, Akos Moravanzky, Der Österreichische Werkbund – Alternative zur klassischen Moderne in Architektur, Raum- und Produktgestaltung, Salzburg und Wien, 1985.
Alexander Grabner, Die Kirchenbauten und Kirchenentwürfe der Architekten Siegfried Theiß und Hans Jaksch, Wien, 2002, Diplomarbeit.

Karl Maria Grimme, Das Eigenheim – Sein Bau und Anlage, Leipzig – Wien, 1930.

Karl Maria Grimme, Die Mietwohnung von heute – Wie richte ich sie ein?, Wien – Leipzig, 1932.

Carl Grünhut-Bartoletti, Der Ingenieur im Ständestaat, Wien, 1934.

Tilman Harlander, Wolfgang Pyta (Hg.), NS-Architektur: Macht und Symbolik, Berlin, 2010.

Hans Hautmann, Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919–1934, Wien, 1980.

Stefan Heinrich, Erste Republik – Austrofaschismus – Anschluss. Ausgewählte Maßnahmen der Finanzkrisenbewältigung, Wien, 2011, Diplomarbeit.

Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Das Rote Wien 1918–1934, Wien, 1993.

Karl Hochenegg, Vorschläge zur Verbesserung der Wiener Verkehrsverhältnisse, Wien, 1910.

Michaela Höck, Medienpolitik im „Ständestaat" oder die politische Einflussnahme auf die Österreichische Radioverkehrs A. G. (RAVAG), Wien, 2003, Diplomarbeit.

Robert Hoffmann, „Nimm Hack' und Spaten…" – Siedlung und Siedlerbewegung in Österreich 1918–1938, Wien, 1987.

Clemens Holzmeister, Architekt in der Zeitwende, Salzburg – Stuttgart – Zürich, 1976.

Clemens Holzmeister, Bauten, Entwürfe und Handzeichnungen, Salzburg – Leipzig, 1937.

Clemens Holzmeister, Der Holzhausbau, Wien, 1934.

Institut für österreichische Kunstforschung des Bundesdenkmalamtes (Hg.), Österreichische Kunsttopographie, Bd. XLIV, Die Kunstdenkmäler Wiens – Die Profanbauten des III., IV. und V. Bezirkes, Wien, 1980.

Erwin Ilz, Wiener Verkehrsfragen – Zentralbahnhof und Nahverkehr, Wien, 1935.

Harald A. Jahn, Das Wunder des Roten Wien – Aus den Mitteln der Wohnbausteuer, Bd. 2, Wien, 2014.

Alexander Kaiser, Das österreichische Wohnungswesen der Ersten und Zweiten Republik im Vergleich, am Beispiel des geförderten Wohnbaus, unter besonderer Berücksichtigung der sozialdemokratischen Wohnbaupolitik in Wien, Wien, 2011, Diplomarbeit.

Renata Kassal-Mikula, Vera Purtscher, Peter Haiko, Jan Tabor, Das ungebaute Wien 1800 bis 2000 – Projekte für die Metropole, Wien, 1999.

Brigitta Keintzel, Ilse Korotin (Hg.), Wissenschafterinnen in und aus Österreich – Leben – Werk – Wirken, Wien – Köln – Weimar, 2002.

Josef Kimmel, Das österreichische Staatsbürgerbuch – Ein Handbuch der Staats- und Rechtskunde für jedermann, Wien, 1936.

Ulrich Kluge, Der österreichische Ständestaat 1934–1938, Wien, 1984.

Josef Knakal, 25 Jahre Baugenossenschaft Heim – Ein Tätigkeitsbericht anlässlich der Vollendung des 25. Bestandsjahrs der „Gemeinnützigen Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Heim, Wien, 1937.

Helmut Konrad, Wolfgang Maderthaner (Hg.), Das Werden der Ersten Republik – … der Rest ist Österreich, Bd. 1, Wien, 2008.

Wolfgang Kos (Hg.), Kampf um die Stadt, Ausstellungskatalog Wien Museum, Wien, 2010.

Wolfgang Kos, Christian Rapp (Hg.), Alt-Wien, Wien, 2005, Ausstellungskatalog Wien Museum.

Elke Krasny (Hg.), Hands-on Urbanism 1850–2012 – Vom Recht auf Grün, Wien, 2012.

Gerald Kriechbaum, Genoveva Kriechbaum (Hg.), Karl-Marx-Hof Versailles der Arbeiter – Wien und seine Höfe, Wien, 2007.

Robert Kriechbaumer, Ein Vaterländisches Bilderbuch – Propaganda, Selbstinszenierung und Ästhetik der Vaterländischen Front 1933–1938, Wien, Berlin, Zürich, 2002.

Markus Kristan, Hubert Gessner – Architekt zwischen Kaiserreich und Sozialdemokratie 1871–1943, Wien, 2011.
Brigitte Kundl, Ein Stadtflughafen für Wien, Wien, 1935, Dissertation.
Erich Kuschel, Zentralfernbahnhof Wien, Wien, 1934, Dissertation.
Helmut Lackner, Architekt Alexander Popp (1891–194), Linz, 1991, Ausstellungskatalog Stadtmuseum Linz – Nordico.
Johann Georg Lackner, Die Ideologie und die Bedeutung der Christlichsozialen Partei bei der Errichtung des „Dollfuß – Schuschnigg Regimes", Wien, 1995, Diplomarbeit.
Adolph Lehmann (Hg.), Wiener Adressbuch – Lehmanns Wohnungsanzeiger für Wien, in: http://www.digital.wienbibliothek.at/periodical/titleinfo/5311 (Zugriff: 14.09.2016).
Brigitte Lehmann (Hg.), Dass die Frau zur Frau erzogen wird – Frauenpolitik und Ständestaat, Wien, 2008.
Magistrat der bundesunmittelbaren Stadt Wien (Abteilung 47 – Statistik) (Hg.), Die Ergebnisse der Erhebung der Wohnverhältnisse in Wien am 22. März 1934, Wien – Leipzig, 1935.
Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Der Wiener Assanierungsfonds und der Wiener Hausreparaturfonds – Ein Überblick über die Förderung privater Bauvorhaben durch die Stadt Wien unter dem Bürgermeister Richard Schmitz in den Jahren 1934/35, Wien, 1935.
Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien – Ein Überblick über die Tätigkeit der Stadt Wien seit dem Kriegsende zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Hebung der Wohnkultur, Wien, 1926.
Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Der Wiener Assanierungsfonds, Wien, 1937.
Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Der Wiener Hausreparaturfonds, Wien, 1937.
Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Die Brückenbautätigkeit der Stadt Wien 1934–1936, Wien, 1937.
Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Die Familien-Asyle der Stadt Wien, Wien, 1937.
Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Die Finanzwirtschaft der Stadt Wien, Wien, 1937.
Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Die Kanalisation der Stadt Wien, Wien, 1937.
Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Drei Jahre neues Wien, Wien, 1937.
Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Wohnungs- und Siedlungswesen, Städtischer Grundbesitz, Wien, 1937.
Peter Mähner, Die Rolle der Polizei in der Konstituierungsphase des Austrofaschismus, Wien, 1990, Diplomarbeit.
Alexander Mahr, Die Stadtrandsiedlung – Ihre Bedeutung für die Bekämpfung der Krise und die Sicherung ihres wirtschaftlichen Erfolges, Wien, 1933.
Alexander Mahr, Nebenberufssiedlungen – Wirtschaftliche Grundlagen und Finanzierung, Schriftenreihe des „Blauen Adler", Nr. 2, Wien – Leipzig, 1935.
Peter Marchart, Wohnbau in Wien 1923–1983, Wien, 1984.
Herbert Matis, Dieter Stiefel, „Mit den Vereinten Kräften des Capitals, des Credits und der Technik…" – Die Geschichte des österreichischen Bauwesens am Beispiel der Allgemeinen Baugesellschaft – A. Porr Aktiengesellschaft 1896–1945, Bd. 1, Wien – Köln – Weimar, 1994.
Aram Mattioli, Gerald Steinacher (Hg.), Für den Faschismus bauen – Architektur und Städtebau im Italien Mussolinis, Zürich, 2009.
Iris Meder, Offene Welten – Die Wiener Schule im Einfamilienhausbau 1910–1938, Stuttgart, 2003, Dissertation.

Iris Meder, Judith Eiblmayr, Haus Hoch – Das Hochhaus Herrengasse und seine berühmten Bewohner, Wien, 2009.
Robert S. McElvaine, The great depression, America, 1929–1941, New York, 1993.
Gerhard Melinz, Gerhard Unger (Hg.), Wohlfahrt und Krise – Wiener Kommunalpolitik 1929–1938, Wien, 1996.
Markus Mistelbauer, Architektur und Ideologie – Wohnbau im Austrofaschismus, Wien, 2015, Diplomarbeit.
Andreas Mittelmeier, Austrofaschismus contra Ständestaat – Wie faschistisch war das autoritäre Regime im Österreich der 1930er Jahre verglichen mit Mussolinis Italien, Wien, 2009, Diplomarbeit.
Eric Mumford, The CIAM Discourse on Urbanism, 1928–1960, Cambridge, Massachusetts, 2000.
Jürgen Mümken, Kapitalismus und Wohnen – Ein Beitrag zur Geschichte der Wohnungspolitik im Spiegel kapitalistischer Entwicklungsdynamik und sozialer Kämpfe, Lich/Hessen, 2006.
Franz Musil, Die zukünftigen Wiener elektrischen Untergrund-Schnellbahnen, Wien, 1910.
Otto Naderer, Der bewaffnete Aufstand – Der Republikanische Schutzbund der österreichischen Sozialdemokratie und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg (1923–1934), Graz, 2004.
Stephan Neuhäuser (Hg.), „Wir werden ganze Arbeit leisten…" – der austrofaschistische Staatsstreich 1934 – neue kritische Texte, Norderstedt, 2004.
Andreas Nierhaus, Eva-Maria Orosz (Hg.), Werkbundsiedlung Wien 1932 – Ein Manifest des Neuen Wohnens, Ausstellungskatalog Wien Museum, Wien, 2013.
Peter Noever (Hg.), Wiener Bauplätze – Verschollene Träume-Angewandte Projekte, Wien, 1986.
Klaus Novy, Wolfgang Förster, Einfach bauen – Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlerbewegung, Wien, 1991.
Österreichische Baukredit-Bank (Hg.), Statut der Oesterreichischen Baukredit-Bank, Wien, 1937.
Österreichische Nationalbank (Hg.), Österreichische Geldgeschichte – vom Mittelalter bis zum Euro, S. 88, in: https://www.oenb.at/Ueber-Uns/Geldmuseum/Geschichte-des-Geldes.html (Zugriff: 14.10.2016).
Österreichischer Amtskalender für das Jahr 1952, 20. Jg., Wien, 1952.
Österreichischer Kunsthistorikertag (Hg.), „Kunstrealitäten" – Blinde Flecken der Kunstgeschichte, Wien, 1997, Tagungsband des 9. Österreichischen Kunsthistorikertages.
Österreichisches Kuratorium für Wirtschaftlichkeit (Hg.), Der Aufbau des Österreichischen Siedelungswerkes – Bericht des ÖKW-Arbeitsausschusses „Innenkolonisation", Wien, 1933.
Pius Parsch, Robert Kramreiter, Neue Kirchenkunst im Geist der Liturgie, Wien, 1939.
Heinrich Pawlik, Otto R. Hellwig (Hg.), Das Kleinwohnungshaus – Ratschläge und technische Richtlinien im Sinne des Gesetzes betreffend die Förderung der Errichtung von Kleinwohnungshäusern, Wien, 1937.
Otto Phillip, Die Wiederherstellung der privaten Wohnbautätigkeit, Wien, 1933.
Herbert Posch, Gottfried Fliedl (Hg.), Politik der Präsentation – Museum und Ausstellung in Österreich 1918–1945, Wien, 1996.
Wilfried Posch, Clemens Holzmeister – Architekt zwischen Kunst und Politik, Wien, 2010.
Wilfried Posch, Die Wiener Gartenstadtbewegung – Reformversuch zwischen erster und zweiter Gründerzeit, Wien, 1981.
Wilfried Posch, Lebensraum Wien – Die Beziehungen zwischen Politik und Stadtplanung (1918–1954), Graz, 1976, Dissertation.
Ursula Prokop, Rudolf Perco 1884–1942 – Von der Architektur des Roten Wien zur NS-Megalomanie, Wien – Köln – Weimar, 2001.

Ursula Prokop, Zum jüdischen Erbe in der Wiener Architektur – Der Beitrag jüdischer ArchitektInnen am Wiener Baugeschehen 1868–1938, Wien – Köln – Weimar, 2016.
Walter Reich, Die Ostmärkischen Sturmscharen – Für Gott und Ständestaat, Frankfurt am Main, 2000.
Ilse Reiter-Zatloukal, Christine Rothländer, Pia Schölnberger (Hg.), Österreich 1933–1938 – Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien, 2012.
Stefan Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I. – Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern, Wien – Köln – Weimar, 1998.
Georg Rigele, Die Wiener Höhenstraße – Autos, Landschaft und Politik in den dreißiger Jahren, Wien, 1993.
Egon Riss, Raumveredelung – Die neue Stadt, Wien, 1936.
Salomon Rosenblum, Die sozialpolitischen Massnahmen der Gemeinde Wien, Bern, 1935.
Christine Schaunig, „Frauen im Austrofaschismus – Rückschritt, Stillstand, Fortschritt? Eine Suche in der Stadt und auf dem Land“, Wien, 2010, Diplomarbeit.
Josef Schneider, C. Zell, Der Fall der Roten Festung, Wien, 1934.
Sepp Schüller, Das Rom Mussolinis – Rom als moderne Hauptstadt, Düsseldorf, 1943.
Margarethe Schütte-Lihotzky, Warum ich Architektin wurde, Wien, 2004.
Valentin Schwarz, „Austrofaschismus“ – mehr als nur ein Kampfbegriff? – Begriffsgeschichte der konkurrierenden politisch-wissenschaftlichen Paradigmen des Dollfuß/Schuschnigg Regimes, Wien, 2013, Diplomarbeit.
Secession Wien (Hg.), Ausstellung Italiens Stadtbaukunst – Veranstaltet über Anregung des Königlichen Italienischen Ministeriums für Volkskultur vom Italienischen Kulturinstitut in Wien gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Städtebau und der Wiener Secession, Wien, 1937.
Maren Seliger, Karl Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848–1932 – Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur, Wien, 1984.
Antje Senarclens de Grancy, Heidrun Zettelbauer (Hg.), Architektur. Vergessen, Wien, 2011.
Oskar Sitte, Werdendes Wien – Ein Versuch zur Lösung der Wohnungs- und Verkehrsfrage in Wien, Wien, 1935, Dissertation.
Else Spiesberger, Das Freihaus, Wiener Geschichtsbücher, Bd. 25, Wien, 1980.
Stadt Wien – Wiener Wohnen (Hg.), Gemeinde baut. Wiener Wohnbau 1920 bis 2020, Wien, 2014.
Stadtbauamt der Stadt Wien (Hg.), Der soziale Wohnungsbau der Stadt Wien, Wien, 1956.
Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.), Wiener Fenster – Gestaltung und Erhaltung, Werkstattbericht Nr. 140, Wien, 2014.
Statistische Abteilung der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien, Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien im Jahre 1938 – Verwaltungsbericht, Wien, 1941.
Jan Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur- Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922–1956, Bd. 1, Wien, 1994.
Emmerich Talos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem – Österreich 1933–1938, Wien – Berlin – Münster, 2013.
Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus – Politik-Ökonomie-Kultur 1933–1938, Wien, 2005.
Matthias Trinkaus, Wohnbaupolitik in Wien 1934–1938, Wien, 2013, Diplomarbeit.
Gerhard Trübswasser (Hg.): Zur Geschichte der Siedlungen Wolfersberg Bierhäuselberg – Ergänzungen zur Jubiläumsbroschüre 1989, Wien, 1990.
Hans Türr, Die Wohnungsprobleme Österreichs vor und nach dem Krieg, Berlin, 1933.

Brigitte Vallazza, „Wir bauen auf" – Propaganda und Gegenpropaganda zur Bautätigkeit im österreichischen Ständestaat (1934–1938), Wien, 1986, Dissertation.

Alexandra Vasak, Kulturpolitik im Austrofaschismus hinsichtlich der bildenden Künste: Architektur Bildhauerei Malerei, Wien, 1996, Diplomarbeit.

Theodor Veiter, „Das 34er Jahr" Bürgerkrieg in Österreich, Wien – München, 1984.

Verein der Freunde des Wohnungseigentums (Hg.), 5 Jahre Wohnungseigentum in Österreich, Wien, 1955.

Verein der Freunde des Wohnungseigentums (Hg.), 10 Jahre Wohnungseigentum, Wien, 1960.

Vereinigung zur Errichtung eines österreichischen Heldendenkmals (Hg), Österreichisches Heldendenkmal – Gedenkschrift anlässlich der Weihe des österreichischen Heldendenkmals am 9. September 1934, Wien, 1934.

Markus Wailand, Vitus H. Weh (Hg.), Zur Sache Kunst am Bau – Ein Handbuch, Wien, 1998.

Wilhelm Wantra, Das Wiener Zinshaus – Eine Entwicklungsgeschichtliche Studie mit ausschließlicher Berücksichtigung der zweckbaulichen Formen, Wien, 1953, Dissertation.

Doris Weigel, Die Einraumwohnung als räumliches Manifest der Moderne – Untersuchungen zum Innenraum der dreißiger Jahre, Schliengen, 1996.

Helmut Weihsmann, Bauen unterm Hakenkreuz – Architektur des Untergangs, Wien, 1998.

Helmut Weihsmann, Das Rote Wien – Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934, Wien, 1985.

Helmut Weihsmann, Das Rote Wien – Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934, Wien, 2002.

Helmut Weihsmann, In Wien erbaut – Lexikon der Wiener Architekten des 20. Jahrhunderts, Wien, 2005.

Helmut Weihsmann, Wiener Moderne 1910–1938 – Modernes Bauen in Wien zwischen den Kriegen, Wien, 1983.

Gerhard Weissenbacher, In Hietzing gebaut – Architektur und Geschichte eines Wiener Bezirkes, Bd. 2, Wien, 1998.

Gerhard Weissenbacher, In Hietzing gebaut – Architektur und Geschichte eines Wiener Bezirkes, Bd. 1, Wien, 1996.

Florian Wenninger, Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938 – Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien – Köln, Weimar, 2013.

Wiener Stadtbauamt (Hg.), Die Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts und der städtischen Unternehmungen technischer Richtung in der Zeit von 1935 bis 1965 – ein Bericht in zwei Bänden, Bd. 1, Wien, 1974.

Wiener Stadtbauamt (Hg.), Die Tätigkeit des Wiener Stadtbauamts und der städtischen Unternehmungen technischer Richtung in der Zeit von 1935 bis 1965 – ein Bericht in zwei Bänden, Bd. 2, Wien, 1974.

Friedrich Wiser, Hanns Weeh, Unser Eigenheim – Im Auftrage des Vereins für Wohnbauförderung, Wien, 1930.

Leonhard Woldan, Kurt Schuschnigg als katholischer „Kulturdeutscher": Analyse eines politischen Weltbilds, 2013, Wien, Diplomarbeit.

Ulrike Zimmerl, Kübeldörfer – Siedlung und Siedlerbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit, Wien, 2002.

Periodika

Aufbau in Österreich – Zeitschrift für Wirtschaftsbelebung, Bauförderung und Wohnkultur
Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich
Das Wüstenroter Eigenheim – Monatsschrift für das Bausparwesen in Österreich
Der Werker – österreichische Blätter für technische Volksbildung
Die Baugenossenschaft – Zeitschrift für Bau- und Wohnungswesen
Die Pause
Die Wohnung – Illustrierte Monatsschrift für Wohnungswesen, Unterhaltung und Wissen
Gesetzblatt der Stadt Wien
Heraklit-Rundschau – Hausmitteilung der Heraklit-Werke Radenthein und Simbach
History and Faculty Research, in. http://epublications.marquette.edu
Landesgesetzblatt für Wien
Mitteilungen des Blauen Adler – Wir müssen bauen
Österreichische Bauzeitung
Wiener Geschichtsblätter
Wiener Zeitung
Wir bauen auf
Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines

Vortrag

Jan Tabor, Ständestaatsmoderne, 15.05.2013, Vortrag im Architekturzentrum Wien

Albertina Museum Wien

Nachlass Clemens Holzmeister

Architekturzentrum Wien, Sammlung

Nachlass Robert Kramreiter N12
Nachlass Theiss & Jaksch N45 (in Bearbeitung)

Historisches Archiv der Bank Austria

Bank Austria, Historisches Archiv, Zentralsparkasse, Protokoll der Verwaltungskommission, 1937
Bank Austria, Historisches Archiv, Zentralsparkasse, Protokoll der Verwaltungskommission, 1938

Österreichisches Staatsarchiv

ÖStA AdR BMfsV 1, 7. BWSA 1918–1942
ÖStA AdR Sonderarchiv Moskau 1918–1938 Fonds 514
ÖStA AdR Sonderarchiv Moskau 1918–1938 Fonds 559
ÖStA AVA I/3g Verzeichnis Stadterweiterungsfonds (1858–1938), II. Allgemeine Akten

Technisches Museum Wien Archiv

BPA 1019/1

Wiener Stadt- und Landesarchiv

WStLA, Sig. 1.6.3.B9 Kommissionen 1934–1938, 3. Kuratorium für den Assanierungsfonds
WStLA, Sig. 1.3.2.245.K5, Stadtrandsiedlungen 1934–1966
WStLA, Sig. 1.3.2.245.K2, Kleingärten 1936–1965

Onlinequellen

www.architektenlexikon.at
www.digital.wienbibliothek.at
www.franzdenk.at/familienasyle/start.htm
www.ris.bka.gv.at
www.wien.gv.at/kultur/kulturgut/
http://sammlungenonline.albertina.at/
http://epublications.marquette.edu

5 ABBILDUNGSNACHWEISE

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen, und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in diesem Buch eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung beim Verlag.

Cover: © Photo Wilhelm/Interfoto/picturedesk.com; APA: 20101120_PD20899 (RM)
Abb. 1: © Imagno/picturedesk.com; APA: 19360101_PD0411 (RM)
Abb. 2: © ÖNB/Hilscher; Bildarchiv Austria: NB 521.909 – B
Abb. 3: © Andreas Suttner; Grundlage: Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien – Ein Überblick über die Tätigkeit der Stadt Wien seit dem Kriegsende zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Hebung der Wohnkultur, Wien, 1926, Abb. 10
Abb. 4: © Andreas Suttner; Grundlage: Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien – Ein Überblick über die Tätigkeit der Stadt Wien seit dem Kriegsende zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Hebung der Wohnkultur, Wien, 1926, S. 29
Abb. 5: © ÖNB; Bildarchiv Austria: 144.750B
Abb. 6: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 2962M
Abb. 7: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 919M
Abb. 8: © Technisches Museum Wien: Inv.-Nr. 7459
Abb. 9: © akg-images/picturedesk.com; APA: 19340501_PD0073 (RM)
Abb. 10: © ÖNB; Bildarchiv Austria: Pk 2865, 12 – 1
Abb. 11: © ÖNB/Spiegel; Bildarchiv Austria: SP 36
Abb. 12: © ÖNB/Spiegel; Bildarchiv Austria: SP 162
Abb. 13: © ÖNB/VGA; Bildarchiv Austria: E10/585
Abb. 14: © ÖNB/Postarchiv; ÖNB: 146.526D
Abb. 15: © Technisches Museum Wien: BPA-001019; Abgedruckt mit der Verwendungszusage von Victoria, Paulus und Maria Reiffenstein 2016, Rechte des Modells liegen beim Technischen Museum Wien
Abb. 16: © Andreas Suttner; Grundlage: Mehrzweckkarte, MA 41 Stadtvermessung; Stadtflughafen und Messegelände für Wien. Lageplan, in: Brigitte Kundl, Ein Stadtflughafen für Wien, Wien, 1935, Dissertation; Plan der Gesamtanlage, in: Erich Kuschel, Zentralfernbahnhof Wien, Wien, 1934, Dissertation
Abb. 17: © Andreas Suttner; Grundlage: Mehrzweckkarte, MA 41 Stadtvermessung; Grossbahnhof für Wien. Erdgeschoss, in: Johann Aigner, Die Anlage von Großbahnhöfen mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Verhältnisse, Wien, 1937, Dissertation
Abb. 18: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1:3903M
Abb. 19: © ÖNB/Hilscher; Bildarchiv Austria: H 4544/5

Abb. 20: © ÖNB/Tyrolia, Vaterländische Front; Bildarchiv Austria: PLA16310504
Abb. 21: © ÖNB/Österreichische Lichtbildstelle; Bildarchiv Austria: L 54632 – B01
Abb. 22: © ÖNB; Bildarchiv Austria: 134.130D
Abb. 23: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5710M
Abb. 24: © ÖNB/Österreichische Lichtbildstelle; Bildarchiv Austria: L 54596 – B01
Abb. 25: © Andreas Suttner; Grundlage: Mehrzweckkarte, MA 41 Stadtvermessung; Übersichtsplan des Freihausgebietes, in: Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Der Wiener Assanierungsfonds, Wien, 1937, S. 45; 744. Übersichtsplan, IV., Operngasse, Verbauung der Zwischenkriegszeit, in: Institut für österreichische Kunstforschung des Bundesdenkmalamtes (Hg.), Österreichische Kunsttopographie, Bd. XLIV, Die Kunstdenkmäler Wiens – Die Profanbauten des III., IV. und V. Bezirkes, Wien, 1980, S. 617
Abb. 26: © WStLA/B. Reiffenstein; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Reiffenstein, FC: 2932M
Abb. 27: © Andreas Suttner; Grundlage Mehrzweckkarte, MA 41 Stadtvermessung
Abb. 28: © ÖNB/Österreichische Lichtbildstelle; Bildarchiv Austria: L 54583 – B01
Abb. 29: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5020M
Abb. 30: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5023M
Abb. 31: © Archiv der Republik des Österreichischen Staatsarchivs: AdR BMSV Wohnbauförderung allgemein Schachtel 3875 Karteikarte
Abb. 32: © Andreas Suttner
Abb. 33: © ÖNB/Weltbild; Bildarchiv Austria: S 385/34
Abb. 34: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5109M
Abb. 35: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5113M
Abb. 36: © ÖNB/Gerlach; Bildarchiv Austria: GER 3450D
Abb. 37: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5168M
Abb. 38: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5170M
Abb. 39: © ÖNB; Bildarchiv Austria: L 55.367C
Abb. 40: © Andreas Suttner
Abb. 41: © Andreas Suttner
Abb. 42: © Andreas Suttner
Abb. 43: © Andreas Suttner
Abb. 44: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1:5014M
Abb. 45: © Andreas Suttner
Abb. 46: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5096M

Abb. 47: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5101M
Abb. 48: © ÖNB/Wienkartei, Bildarchiv Austria: 77.033B
Abb. 49: © ÖNB/Lobinger; Bildarchiv Austria: 76906 – B
Abb. 50: © Andreas Suttner
Abb. 51: © Andreas Suttner
Abb. 52: © Andreas Suttner; Grundlage: Wohnungstype, in: Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Die Familien-Asyle der Stadt Wien, S. 24
Abb. 53: © Andreas Suttner; Grundlage: Wohnhausbau, V., Rechte Wienzeile, in: Magistrat der Stadt Wien (Hg.), Wien im Aufbau – Wohnungs- und Siedlungswesen, Städtischer Grundbesitz, Wien, 1937, S. 19
Abb. 54: © Andreas Suttner; Grundlage: Grundriss – 1. Stock Kleinwohnungshaaus 1; Dr.-Karl-Lueger-Platz, in: Wilhelm Wantra, Das Wiener Zinshaus – Eine Entwicklungsgeschichtliche Studie mit ausschließlicher Berücksichtigung der zweckbaulichen Formen, Wien, 1953, Dissertation, Abb. 22
Abb. 55: © ÖNB/Wienkartei, Bildarchiv Austria: 140.983 FFA(B)
Abb. 56: © ÖNB/Gerlach, Bildarchiv Austria: GER 2454D
Abb. 57: © ÖNB; Bildarchiv Austria: 140991 – B
Abb. 58: © ÖNB/Austroflug; Bildarchiv Austria: AF 8.658 C*(R)POS
Abb. 59: © Edith Keck: Familienbesitz
Abb. 60: © ÖNB, Bildarchiv Austria: 140.988 B
Abb. 61: © Edith Keck: Familienbesitz
Abb. 62: © ÖNB/Österreichische Lichtbildstelle; Bildarchiv Austria: L 54780 – B
Abb. 63: © Andreas Suttner
Abb. 64: © ÖNB/Spiegel; Bildarchiv Austria: Sp 152
Abb. 65: © Andreas Suttner; Grundlage: Mehrzweckkarte, MA 41 Stadtvermessung; WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1:5276M
Abb. 66: © Andreas Suttner: Grundlage: Mehrzweckkarte, MA 41 Stadtvermessung; Grundrißplan der Bierhäuselberg-Siedlung, in: Das Wüstenroter Eigenheim – Monatsschrift für das Bausparwesen in Österreich, Jg. 1937, Heft 7/8 Juli/August, S. 236
Abb. 67: © Andreas Suttner; Grundlage: Mehrzweckkarte, MA 41 Stadtvermessung; Freytag & Berndt (Hg.), Buchplan von Wien, Maßstab 1:15 000, Wien, 1937
Abb. 68: © ÖNB; Bildarchiv Austria: 140984 – B
Abb. 69: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5152M
Abb. 70: © Andreas Suttner
Abb. 71: © Andreas Suttner
Abb. 72: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5121M
Abb. 73: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5116M
Abb. 74: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5169M

Abb. 75: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5120M
Abb. 76: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5472M
Abb. 77: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 4001M
Abb. 78: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 4707M
Abb. 79: © ÖNB/Österreichische Lichtbildstelle; Bildarchiv Austria: L 53083 – B
Abb. 80: © ÖNB/Zeitgeschichte; Bildarchiv Austria: OEGZH2781-b1
Abb. 81: © ÖNB/Wienkartei; Bildarchiv Austria: 294.236D
Abb. 82: © ÖNB/Wienkartei; Bildarchiv Austria: 290.385D; Abgedruckt mit der Verwendungszusage von Pedro Kramreiter 2016
Abb. 83: © Architekturzentrum Wien, Sammlung: N12-043-001-P-14_2; Plan zur Erbauung einer katholischen Kirche in Wien XXI. Ecke Siedlergasse Kugelfanggasse K.P. 1904/2 E.Z. 4156 M 1:100
Abb. 84: © Andreas Suttner
Abb. 85: © Andreas Suttner
Abb. 86: © WStLA/Foto Gerlach; Wiener Stadt und Landesarchiv: WStLA, Fotoarchiv Gerlach, FC1: 5062M
Abb. 87: © ÖNB; Bildarchiv Austria: L 55.774-C
Abb. 88: © Albertina, Wien: CLHA/13/6/1; www.albertina.at; Abgedruckt mit der Verwendungszusage von Christian Holzmeister 2016
Abb. 89: © Andreas Suttner; Gezeichnet nach der Grundlage des Planes von Robert Kramreiter aus dem Architekturzentrum Wien, Sammlung N12-42-1-P_12
Abb. 90: © Architekturzentrum Wien, Sammlung; N12-42-2-P; Foto der Schautafel
Abb. 91: © Architekturzentrum Wien, Sammlung: N12-42-3-P; Foto der Schautafel
Abb. 92: © ÖNB; Bildarchiv Austria: 294.328-D; Abgedruckt mit der Verwendungszusage von Christian Holzmeister 2016
Abb. 93: © Albertina, Wien: CLHA/13/11/2; www.albertina.at; Abgedruckt mit der Verwendungszusage von Christian Holzmeister 2016
Abb. 94: © ÖNB/Wienkartei; Bildarchiv Austria: 140.129A(B)
Abb. 95: © ÖNB/Wienkartei; Bildarchiv Austria: 73.508B
Wienkarte in der vorderen Klappe: © Andreas Suttner

6 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Die Abkürzungen wurden im Hinblick auf eine internationale Leserschaft bis auf wenige Beispiele in der Regel ausgeschrieben und werden hier der Vollständigkeit halber angeführt.

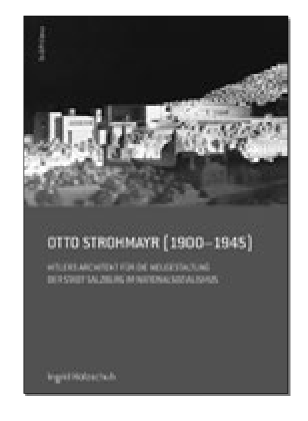
AVA	Arbeiterversicherungsanstalten
BGBl	Bundesgesetzblatt
BKA	Bundeskanzleramt
BMfF	Bundesministerium für Finanzen
BMfHuV	Bundesministerium für Handel und Verkehr
BMfLuF	Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft
BMfsV	Bundesministerium für soziale Verwaltung
BWSA	Bundes-, Wohn-, und Siedlungsamt
BWSF	Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds
CIAM	Congrès Internationaux d' Architcture Moderne
CP	Christlichsoziale Partei
INKO	Gemeinnützige Gesellschaft für Innenkolonisation
FAD	Freiwilliger Arbeitsdienst
GESIBA	Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt
k. k.	kaiserlich-königliche
KlWFG	Bundesgesetz betreffend die Förderung der Errichtung von Kleinwohnungshäusern 1937; hier auch mit Kleinwohnungshausförderungsgesetz abgekürzt
LB	Landbund
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖIAV	Österreichischer Ingenieur- und Architektenverein
ÖJ	Österreichisches Jungvolk
ÖKW	Österreichisches Kuratorium für Wirtschaftlichkeit
ONB	Opera Nazionale Balilla
OSS	Ostmärkische Sturmscharen
ÖVSK	Österreichischer Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PNF	Partito Nazionale Fascista
RAVAG	Österreichische Radio-Verkehrs AG
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SILGE	Siedlungs- und Tauschgemeinschaft Baugenossenschaft mbH
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
VF	Vaterländische Front

WBFF	Wohnbauförderungsfonds
WFG	Bundesgesetz über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern 1938
WSG	Wiener Siedlungsgesellschaft m.b.H.
ZVAÖ	Zentralvereinigung der Architekten Österreichs
ZVGB	Zentralverband der gemeinnützigen Baugenossenschaften in Österreich

7 PERSONENREGISTER



böhlau



INGRID HOLZSCHUH

OTTO STROHMAYR (1900–1945)

HITLERS ARCHITEKT FÜR DIE NEUGESTALTUNG DER STADT SALZBURG IM NATIONALSOZIALISMUS

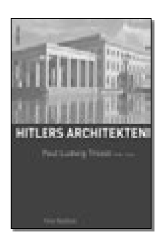
Architekt Otto Strohmayr zeichnet in der Zeit des Nationalsozialismus gemeinsam mit seinem Kollegen Otto Reitter für die Planung der wichtigsten Repräsentationsbauten der Partei in der Stadt Salzburg verantwortlich. Nach einer erfolgreichen Ausbildung in den 1920er-Jahren an der Akademie der bildenden Künste in Wien bei Peter Behrens und Clemens Holzmeister findet der »Holzmeister-Preisträger«nach der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich im NS-Parteiapparat einen neuen Auftraggeber und schafft den Aufstieg in den höchsten Architektenkreis um Albert Speer. Im vorliegenden Buch wird das von Strohmayr hinterlassene umfangreiche Planmaterial der sogenannten »Führerbauten«untersucht und erstmalig das Interesse und die persönliche Einflussnahme Adolf Hitlers auf den Planungsprozess in Salzburg dokumentiert.

2015. 263 S. 180 S/W-ABB. BR. 170 X 240 MM. | ISBN 978-3-205-79513-1

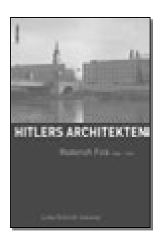
HITLERS ARCHITEKTEN

HISTORISCH-KRITISCHE MONOGRAPHIEN
ZUR REGIMEARCHITEKTUR IM NATIONALSOZIALISMUS

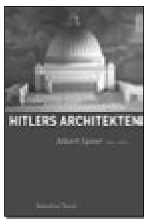
HERAUSGEGEBEN VON
RAPHAEL ROSENBERG UND WINFRIED NERDINGER



BD. 1 | TIMO NÜSSLEIN
PAUL LUDWIG TROOST (1878–1934)
2012. 324 S. 156 S/W- UND 16 FARB. ABB.
GB. MIT SU. | ISBN 978-3-205-78865-2



BD. 3 | LIOBA SCHMITT-IMKAMP
RODERICH FICK (1886–1955)
2014. 339 S. 186 S/W-ABB. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-79594-0



BD. 2 | SEBASTIAN TESCH
ALBERT SPEER (1905–1981)
2016. 337 S. 233 S/W-ABB. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-79595-7

Dieses Buch beschäftigt sich mit der Baupolitik des autoritären Ständestaates in Wien von 1934 bis 1938. Die autogerechte Verkehrsstadt stand dabei im Zentrum einer urbanen Baustrategie, die aus nationalen und internationalen Beispielen schöpfte. Wohnungs-, Siedlungs- und Verwaltungsgebäude werden genauso dargestellt, wie geplante Monumentalbauten der Einheitspartei Vaterländische Front.



ISBN 978-3-205-20292-9 | WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM